Presseschau

DPolG NRW

2020 – 2025

Auf den folgenden Seiten befinden sich die Auszüge der Presseartikel, in denen die DPolG NRW Erwähnung findet. Überwiegend den jeweiligen Onlineportalen der Druckausgabe entnommen.

Teil 1

2020 – 2023

DPolG NRW in Presse und Medien ab 01-2020:

„RP+“-Artikel vom 07.01.2020: „Konsequenz aus Anfeindungen und Bedrohungen – Bürgermeister aus dem Rheinland will sich bewaffnen“

https://rp-online.de/nrw/landespolitik/nrw-buergermeister-aus-rheinland-will-sich-bewaffnen_aid-48166207#successLogin

Düsseldorf · **Ein rheinisches Stadtoberhaupt beantragt einen Waffenschein – der Politiker fürchtet um seine Sicherheit. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul und die Polizeigewerkschaft halten nichts von solcher Selbstbewaffnung.**

Als Konsequenz aus zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen will sich ein Stadtoberhaupt in Nordrhein-Westfalen bewaffnen. „Der Bürgermeister einer Gemeinde begehrt die Erlaubnis zum Erwerb, Besitz und Führen von Waffen wegen einer besonderen Gefährdungslage“, heißt es in der Ankündigung einer Verhandlung des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts.

Es geht dabei um einen Waffenschein. „Es geht um den großen Waffenschein, also um richtige Schusswaffen“, sagte eine Sprecherin des Verwaltungsgerichts nach Rücksprache mit der zuständigen Kammer. Weil es um das Führen einer Waffe im Amt geht, ist auch das Verwaltungsgericht mit der Sache befasst. Nach Informationen unserer Redaktion aus Justizkreisen handelt es sich um eine Kommune im Rheinland, in der es unter anderem Probleme mit Rechtsextremen gibt.

Der Bürgermeister wollte sich auf telefonische und schriftliche Anfrage aus persönlichen Gründen nicht äußern und bat um Schutz seiner Privatsphäre. Unsere Redaktion hat daher entschieden, seinen Namen und den der Kommune nicht zu nennen.

Der Mann dürfte der erste Bürgermeister in NRW sein, der zum eigenen Schutz eine Waffe tragen möchte. Dabei gehören Drohbriefe und -mails für viele Lokalpolitiker inzwischen zum Alltag. Der Hass, der Stadtoberhäuptern im Internet entgegenschlägt, nimmt zu, wie zuletzt eine Umfrage in der Region ergab.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) erinnerte daran, dass das Gewaltmonopol beim Staat liege. „Persönlich halte ich nichts davon, wenn sich Privatpersonen und Mandatsträger bewaffnen“, sagte Reul. Die Behörden nähmen Bedrohungen sehr ernst. „Wenn es Anhaltspunkte für Gefährdungen gibt, werden alle nötigen Maßnahmen ergriffen. Betroffene können sich jederzeit an die Polizei wenden“, betonte Reul.

Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft warnte Bürgermeister vor Selbstbewaffnung. „Wenn sich das Stadtoberhaupt selbst nicht mehr sicher fühlt, was empfinden dann erst die Bürger? Das ist eine fatale Entwicklung“, kritisierte Landeschef Erich Rettinghaus. Er habe zwar Verständnis, wenn Politiker sich schützen wollten: „Aber das ist Sache der Polizei. Der Bürgermeister sollte eher über Personenschutz nachdenken als über den Erwerb einer Waffe.“

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds NRW, Jürgen Schneider, zeigte sich beunruhigt. „Amts- und Mandatsträger berichten uns von Beleidigungen oder hemmungslosen Pöbeleien in sozialen Netzwerken“, sagte Schneider. Das sei ein Alarmzeichen für die Gesellschaft – „auch weil es von verrohter Sprache zu Gewalt nicht weit ist“.

Dass die Sorge begründet ist, belegen Taten der jüngsten Zeit. 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke erschossen, mutmaßlich von einem Rechtsextremisten. 2017 verletzte ein Angreifer den Bürgermeister von Altena im Sauerland, Andreas Hollstein (CDU), Vertreter einer liberalen Flüchtlingspolitik, mit einem Messer. Kölns parteilose Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker wurde am Tag vor ihrer Wahl 2015 ebenfalls Opfer eines Messerangriffs.

Der Vorsitzende des Städtetages NRW, Hamms Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann, fordert daher eine intensivere Debatte und eine Verständigung über Werte des Zusammenlebens. „Die Gesellschaft muss die unterstützen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen“, sagte er.

„DBB NRW“ online vom: 06.01.2020 – „Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat für unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie“:

https://www.dbb-nrw.de/aktuelles/news/der-oeffentliche-dienst-ist-das-rueckgrat-fuer-unseren-rechtsstaat-und-unsere-demokratie/

Bundesminister des Innern Horst Seehofer auf dbb Jahrestagung

Foto: Copyright DBB NRW – Horst Seehofer spricht auf dbb Jahrestagung

Heute (06.01.) hat die dbb Jahrestagung in Köln mit Reden von Ulrich Silberbach, Vorsitzender des dbb und Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, begonnen.

Ulrich Silberbach sagte in seiner Eröffnungsrede: „Wir verspielen ein Stück Zukunft in Deutschland, wenn wir den Sanierungsfall öffentlicher Dienst jetzt nicht zukunftsfest machen.“ Die Zeiten, in denen der Rotstift immer wieder an den öffentlichen Dienst gesetzt werde, müssten endgültig und nachhaltig vorbei sein. Die Bewältigung drängender Herausforderungen dürfe nicht an mangelndem Personal scheitern, so der dbb Bundesvorsitzende.

Die seit 2004 von 38,5 auf 41 Wochenstunden angehobene Arbeitszeit für die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten bezeichnete der dbb Chef zudem als „einseitiges Sparen zu Lasten einer Gruppe“.

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Deutschland sei sehr hoch, so der Bundesinnenminister Seehofer. Er sei das Rückgrat für den Rechtsstaat und die Demokratie in Deutschland.

Außerdem, so Seehofer, hätten die Beamtinnen und Beamten bloße Ankündigungen satt. Sie fragen: Wird es denn auch gemacht? Sein Haus habe das vor sechs Tagen in Kraft getretene Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz auf den Weg gebracht. „Neben den guten

Tarifabschlüssen der letzten Jahre und dem Personalaufbau trägt dieses Gesetz dazu bei, dass wir attraktiv, wettbewerbsfähig und zukunftsfähig bleiben.“

Mit Blick auf die Gewalt gegen Beschäftigten im öffentlichen Dienst meinte er, dass die Bundesregierung alles unternehme, um für mehr Sicherheit zu sorgen. Neben strafrechtlichen Verschärfungen sei es „erforderlich, das gesellschaftliche Klima gegenüber uniformierten Polizei- und Rettungskräften zu verbessern sowie den Respekt und die Anerkennung gegenüber diesen zu stärken. Horst Seehofer griff den Vorschlag von Ulrich Silberbach auf, ein Meldesystem für Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst einzurichten.

Weitere Informationen auf der Website des dbb.

„DBB“ online vom: 06.01.2020 – „dbb Jahrestagung 2020 – Öffentlicher Dienst: Ein Sanierungsfall“:

https://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/oeffentlicher-dienst-ein-sanierungsfall.html

dbb Jahrestagung 2020

Öffentlicher Dienst: Ein Sanierungsfall

Fotos: Marco Urban

Der öffentliche Dienst in Deutschland ist ein Sanierungsfall – rund 300.000 Beschäftigte fehlen aktuell. dbb Chef Ulrich Silberbach fordert deshalb bei der dbb Jahrestagung in Köln massive Investitionen in den Staatsdienst.

300.000 Menschen fehlen einer Verbandsabfrage des dbb zufolge derzeit im öffentlichen Dienst – „in der frühkindlichen Bildung, in Schulen und Berufsschulen, bei den Sicherheitsbehörden, in Justiz und Finanzämtern, im Gesundheitsdienst, in der Pflege, in der Sozialen Arbeit, im technischen Dienst, bei den Bürgerdiensten, in der Lebensmittelkontrolle, in Natur- und Umweltschutz“, gab Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des Dachverbands der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, in seiner Auftaktrede zur dbb Jahrestagung am 6.

Januar 2020 in Köln bekannt und ergänzte: „In den kommenden zehn Jahren werden zudem mehr als 1,3 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Damit steht uns ein ganz gewaltiger Verlust von Arbeitskraft und Knowhow ins Haus. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit, den der öffentliche Dienst zu bewältigen hat – und leider sind wir bislang noch nicht einmal richtig aus den Startlöchern gekommen. Das ist wirklich dramatisch. Wir müssen schleunigst die Beine in die Hand nehmen und zusehen, dass wir den öffentlichen Dienst mit sinnhafter Digitalisierung und nachhaltiger Personalpolitik fit für die Zukunftsaufgaben bekommen."

Silberbach warnte vor den gravierenden Folgen für Land und Gesellschaft. „60 Prozent der Bevölkerung halten den Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben für überfordert. Das ist ein alarmierendes Anzeichen für den Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit unseres Staates. Wenn es bei den Berufsfeuerwehren brennt, wenn nahezu bundesweit Jugendämter, Schulen und Kitas Landunter melden, wenn Gesundheitsämter und medizinische Dienste so ausgedünnt sind, dass sie Schul- und amtsärztliche Untersuchungen, Hygienekontrollen nicht mehr ordnungsgemäß durchführen können, wenn Verfahren bei Gericht auf Halde liegen und so lange dauern, dass Tatverdächtige aus der U-Haft entlassen werden müssen, wenn man monatelang auf einen Termin im Bürgeramt warten muss – wenn der Staat immer häufiger versagt, dann bleibt das den Menschen, die hier leben, nicht verborgen. Wir verspielen ein Stück Zukunft in Deutschland, wenn wir den Sanierungsfall öffentlicher Dienst jetzt nicht zukunftsfest machen. Dann kippt nicht nur die Stimmung gegenüber dem Staat, sondern dann ist irgendwann auch der Punkt erreicht, an dem der öffentliche Dienst kein Standortvorteil für Deutschland mehr ist", betonte der dbb Chef und forderte die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen ausdrücklich auf: „Lasst die Beschäftigten, die ihre Pflicht erfüllen und jeden Tag ihr Bestes geben, nicht im Regen stehen! Macht endlich Euren Job, damit die Kolleginnen und Kollegen ihren machen können! Die Zeiten, in denen der Rotstift immer wieder an den öffentlichen Dienst gesetzt wird, müssen endgültig und nachhaltig vorbei sein. Die Bewältigung drängender Herausforderungen darf nicht an mangelndem Personal scheitern", verlangte Silberbach. „Unserem Land und den Menschen, die hier leben, stehen zahlreiche Herausforderungen ins Haus, bei denen ein gut funktionierender öffentlicher Dienst stets Teil der Lösung ist. Ob Konjunktur, demografischer Wandel, Migration oder digitale Transformation – in allem steht oder fällt unser Gemeinwesen mit der Qualität der Daseinsvorsorge."

Mit Blick auf die in der zweiten Jahreshälfte anstehende Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen erwartet der dbb deutliche Signale. „Es geht um Wertschätzung und Wettbewerbsfähigkeit", so Silberbach. Auch das Thema Arbeitszeit habe in den vergangenen Jahren an Fahrt gewonnen – „Flexibilität und Souveränität sind hier die Stichworte. Wir nehmen wahr, dass das den Kolleginnen und Kollegen auf den Nägeln brennt. Und für die junge Generation, die wir gewinnen wollen, ist das ohnehin ein Topthema." Die seit 2004 von 38,5 auf 41 Wochenstunden angehobene Arbeitszeit für die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten bezeichnete der dbb Chef als „einseitiges Sparen zu Lasten einer Gruppe".

Eine klare Absage erteilte der dbb Bundesvorsitzende wiederkehrenden Versuchen einer Aushöhlung des Beamtenstatus, etwa durch die Schaffung von Einheitsversicherungen oder die Einführung eines Streikrechts für Beamtinnen und Beamte. Das besondere Dienst- und Treueverhältnis sei „Dreh- und Angelpunkt für die Verlässlichkeit unseres öffentlichen Dienstes ist der Beamtenstatus, ein Erfolgsmodell und Aushängeschild", unterstrich Silberbach. Es gelte, das Berufsbeamtentum durch Modernisierung und Motivation zukunftsfest zu gestalten. Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Strukturen des Besoldungsrechts auf Bundesebene sei ein entsprechender Einstieg geschafft, aber „das reicht uns noch nicht", kündigte Silberbach gegenüber Bundesinnenminister Horst Seehofer an.

Die dbb Jahrestagung findet am 6./7. Januar 2020 in Köln statt – Motto in diesem Jahr: „Ideenwerkstatt Öffentlicher Dienst". Neben Bundesinnenminister Horst Seehofer kommen unter anderem auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet, Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, Juso-Chef Kevin Kühnert und Freiburgs Oberbürgermeister Martin Horn zusammen, um über aktuelle

Herausforderungen in der gesellschaftspolitischen Debatte zu diskutieren. Am zweiten Tagungstag steht die Zukunft des öffentlichen Dienstes im Fokus: Der dbb legt eine Ideenskizze vor, wie der Staatsdienst in Zeiten des digitalen und gesellschaftlichen Wandels aufgestellt sein muss. Diskutiert wird hierzu unter anderem mit Irene Mihalic, MdB, Heike Raab, Bevollmächtigte beim Bund und in Europa des Landes Rheinland-Pfalz, und Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer Deutscher Städte- und Gemeindebund.

„Stern“ online vom: 07.01.2020 - „Reaktion auf Bedrohungen – Politiker fordert Waffenschein: Herr Bürgermeister, wir sind hier nicht in Texas!“

https://www.stern.de/politik/deutschland/waffenschein-fuer-politiker--herr-buergermeister--wir-sind-hier-nicht-in-texas--9077216.html

Tim Sohr (Redakteur)

Ein Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen hat beantragt, im Amt eine Waffe tragen zu dürfen – offenbar als Reaktion auf Anfeindungen. Seine Angst ist ernst zu nehmen. Die Selbstbewaffnung des Politikers würde dennoch ein fatales Signal senden.

Ein Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen hat einen Waffenschein beantragt – ganz sicher keine gute Idee, findet unser Autor ©Klaus-Dietmar Gabbert/zb/DPA

Grundsätzlich ist dieser Antrag als Hilferuf zu verstehen: Ein Bürgermeister aus dem Rheinland fühlt sich offenbar massiv bedroht und möchte deshalb die Möglichkeit haben, im Amt eine Waffe zu tragen.

Er wird diesen Wunsch nicht leichtfertig geäußert haben und ohnehin ist sein Anliegen und die damit einhergehende Angst ernst zu nehmen – nicht zuletzt nach den Angriffen auf Politiker in den letzten Jahren, zum Beispiel die Messerattacke gegen die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker oder den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke.

Hass und Häme gegen Politiker in den sozialen Medien

Lokalpolitiker sehen sich in sozialen Medien immer häufiger Hass und Häme ausgesetzt. Gerade erst ist der Bürgermeister der niedersächsischen Gemeinde Estorf, Arnd Focke, nach rechtsextremen Drohanrufen von seinem Amt zurückgetreten. Eine Reaktion, die wie der Antrag

des namentlich nicht genannten Bürgermeisters aus NRW auf ein grundsätzliches gesellschaftliches Problem hinweist.

Und trotzdem kann man kaum glauben, dass sich ein Politiker ernsthaft bewaffnen will. Fast möchte man rufen: Wir sind hier nicht in Texas, Herr Bürgermeister! Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul weist richtigerweise darauf hin, dass das Gewaltmonopol beim Staat liege.

Tatsächlich würde die Selbstbewaffnung eines Politikers ein fatales Signal senden: "Wenn sich das Stadtoberhaupt selbst nicht mehr sicher fühlt, was empfinden dann erst die Bürger?", bringt der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus, das ganze Dilemma auf den Punkt.

Wir leben in einer vergifteten Diskussionskultur, in der jeder Troll seine Beleidigungen und Drohungen ins Netz kotzen kann, in der sich verbale oder virtuelle Angriffe aber auch immer häufiger in realer Gewalt widerspiegeln.

Die Sorge des Bürgermeisters ist begründet, aber ...

Es sind nicht nur Politiker, sondern auch "normale" Bürger, die sich heute oft unsicher oder gar bedroht fühlen. Nach welchen Kriterien sollte also entschieden werden, wem man das Recht auf das Tragen einer Waffe zuspricht? Wo soll man die Grenze ziehen, um zu verhindern, dass wir bald alle mit einer Knarre im Halfter durch die Gegend laufen?

Die Sorge des Bürgermeisters ist begründet und soll in keiner Weise bagatellisiert werden. Seine Idee, sich mit Waffe im Amt womöglich sicherer zu fühlen, ist aber leider nicht zu Ende gedacht und gleicht einer Missachtung seiner Vorbildfunktion, die eine schleichende Aufrüstung der Bevölkerung legitimieren könnte.

Es sind wütende Zeiten, aber es kann nicht die Lösung sein, dass deshalb jeder für sich kämpft. Im Gegenteil.

„Der Westen“ online vom: 08.01.2020 – „NRW: Nach Lübcke-Mord – Bürgermeister fürchtet Angriffe von rechts und will sich bewaffnen“:

https://www.derwesten.de/region/nrw-buergermeister-fuerchtet-um-sicherheit-und-hat-eine-krasse-forderung-id228076059.html

NRW: Nach Lübcke-Mord – Bürgermeister fürchtet Angriffe von rechts und will sich bewaffnen

Ein Bürgermeister aus NRW will sich vor rechten Attacken schützen - mit einer Waffe
Foto: Nicolas Armer/dpa

Nach mehreren rechtsradikalen Attacken im vergangenen Jahr geht bei vielen Menschen, auch in NRW, die Angst um. Besonders bei denen, die sich sozial oder politisch engagieren und somit in der Öffentlichkeit stehen. Ein Bürgermeister aus dem Rheinland will nun eine drastische Maßnahme ergreifen, um sich vor möglichen Angriffen zu schützen.

NRW-Bürgermeister fürchtet Angriffe

Wie die „Rheinische Post“ berichtet, fordere der – aus Sicherheitsgründen anonym bleibende – Bürgermeister einer Stadt in NRW, sich mit einer Waffe schützen zu dürfen. Er möchte einen Waffenschein machen – da es in seinem Fall dabei um das „Führen einer Waffe im Amt“ geht, muss nun das Düsseldorfer Amtsgericht darüber verhandeln, ob dieser Forderung stattgegeben wird.

Es ist der erste Fall dieser Art. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) ist wenig erfreut über die Forderung: „Persönlich halte ich nichts davon, wenn sich Privatpersonen und Mandatsträger bewaffnen“, sagte er der „Rheinischen Post“. „Wenn es Anhaltspunkte für Gefährdungen gibt, werden alle nötigen Maßnahmen ergriffen. Betroffene können sich jederzeit an die Polizei wenden.“

Der Bürgermeister solle sich lieber an die Polizei wenden

Über die Kommune des betroffenen Bürgermeisters ist bekannt, dass es dort Probleme mit Rechtsextremismus gibt. Und dass die von ihm angeführte „besondere Gefährdungslage“ durchaus real ist, belegen Fälle wie der Mord am CDU-Politiker Walter Lübcke in Kassel oder die Messer-Attacke auf den Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein (CDU).

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat Verständnis für die Sorge des Lokalpolitikers. Doch Landeschef Erich Rettinghaus erklärt: „Das ist Sache der Polizei. Der Bürgermeister sollte eher über Personenschutz nachdenken als über den Erwerb einer Waffe.“ (wt)

„General-Anzeiger“ online vom: 09.01.2020 – „Umstrittene Waffe – NRW-Polizei erprobt umstrittene Taser als Dienstwaffe“: https://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/die-polizei-in-nrw-erprobt-die-umstrittenen-taser-als-dienstwaffe_aid-48217552

Umstrittene Waffe : NRW-Polizei erprobt umstrittene Taser als Dienstwaffe

Die nordrhein-westfälische Polizei soll ab Ende Oktober Elektroschock-Pistolen testen. Foto: dpa/Paul Zinken

Düsseldorf Das Landesamt für zentrale polizeiliche Dienste hat mit anderen Behörden in NRW Elektroschockpistolen getestet. Die Rufe nach einer Einführung des sogenannten Tasers sind nach jüngsten Vorfällen wieder deutlich lauter geworden.

Von Christian Schwerdtfeger

Mit einem Messer und einem Knüppel in der Hand ist ein 37-jähriger Türke in Gelsenkirchen vor einer Wache von einem 23-jährigen Kommissaranwärter erschossen worden. Vier Schüsse hat der Polizist, der sich noch in der Ausbildung befindet, am Sonntagabend auf den Angreifer abgegeben, der vorher vor dem Gebäude randaliert und „Allahu akbar“ (Gott ist groß) gerufen haben soll. Die Polizei in Krefeld überprüft nun, ob die Schussabgabe gerechtfertigt gewesen ist – oder ob es andere Möglichkeiten gegeben hätte, den Angreifer zu stoppen.

Ähnlich wie in Gelsenkirchen verhält es sich im Fall des 25-jährigen Mannes aus Wuppertal, der im Dezember mitten auf der Straße von Polizisten erschossen worden ist. Er hatte zuvor mit einem Hammer mehrere Außenspiegel abgeschlagen. Der 25-jährige Wuppertaler, der an an den Folgen der Schussverletzungen durch Polizisten starb, soll einem Zeugen zufolge häufig alkoholisiert gewesen sein.

Selbst wenn der Schusswaffengebrauch rechtmäßig gewesen sei, müssen die jeweiligen Polizisten dies psychisch verarbeiten. „Viele traumatisiert das“, heißt es aus Kreisen der NRW-Polizei. Weiter ist zu hören, dass die Rufe nach einer Einführung des sogenannten Tasers nun wieder deutlich lauter werden. „Ob der Taser in den beiden Fällen wirklich hätte Verwendung

finden können, ist aber noch unklar“, heißt es aus Sicherheitskreisen. Seit Jahren fordern Polizisten in NRW den Einsatz von Distanzelektroimpulsgeräte, der sogenannten Taser. Die Waffe schießt über kleine Projektile elektrische Impulse in den Körper. Sie kommt vor allem bei Angriffen mit Messern aus kürzester Distanz zum Einsatz. Außerdem sei sie laut Polizei effektiver als der Einsatz von Pfefferspray, bei dem sich die Polizisten auch immer selbst verletzen würden.

Obwohl die Landesregierung die Einführung der Elektroschock-Pistolen vorgesehen hat, ist es dazu bislang noch nicht gekommen. Aus finanziellen Gründen sei das momentan nicht möglich, hieß es vor einem halben Jahr. Nach Informationen unserer Redaktion testet die NRW-Polizei jetzt aber den Einsatz von Tasern. „Das Landesamt für zentrale polizeiliche Dienste sowie das Landesamt für Ausbildung und Fortbildung der Polizei erproben den Taser derzeit mit ausgewählten Polizeibehörden“, bestätigte ein Sprecher des NRW-Innenministeriums. Teile und somit erste Ergebnisse des Testberichts würden demnach schon im Ministerium vorliegen. „Sobald der Bericht vollständig ist, erfolgt eine Abwägung zwischen Chancen und Risiken für einen Pilotversuch und die Einführung“, so der Sprecher.

Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft, erklärte: „Die Geräte werden nicht gekauft, sondern geleast. Das hat auch den Vorteil, dass die Taser, sobald die Technik veraltet ist, gegen neue ausgetauscht werden können.“ Rettinghaus betonte, dass ein Taser eine Abschreckungswaffe sei. „Das Gerät ersetzt nicht die Schusswaffe.“

Andere Bundesländer sind längst weiter als NRW. Die saarländische Polizei soll noch in diesem Jahr flächendeckend mit Tasern ausgestattet werden. Kostenpunkt rund 780 000 Euro. In Rheinland-Pfalz sollen alle 72 Polizeiinspektionen bis 2021 Elektroschock-Waffen bekommen.

„Süddeutsche Zeitung“ online vom: 10.01.2020 – „73 Taser-Einsätze bei der NRW-Polizei in fünf Jahren“:

https://www.sueddeutsche.de/panorama/polizei-duesseldorf-73-taser-einsaetze-bei-der-nrw-polizei-in-fuenf-jahren-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200110-99-416038

Polizei - Düsseldorf: 73 Taser-Einsätze bei der NRW-Polizei in fünf Jahren

Ein Polizeibeamter hält einen Taser. Foto: Andreas Arnold/dpa/Archivbild (Foto: dpa)

Direkt aus dem dpa-Newskanal: Dieser Text wurde automatisch von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) übernommen und von der SZ-Redaktion nicht bearbeitet.

Düsseldorf (dpa/lnw) - Spezialeinsatzkommandos der NRW-Polizei haben in den Jahren 2014 bis 2018 genau 73 Mal Elektroschock-Pistolen, sogenannte Taser, eingesetzt. Das teilte das Innenministerium auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mit.

Zurzeit wird im Innenministerium ein Bericht ausgewertet, für den das Landesamt für Polizeiliche Dienste (LZPD) Taser getestet hat. Nicht im Einsatz - sondern intern. Dabei wurden nach dpa-Informationen auch Testpersonen mit dem Gerät beschossen.

Zu den Ergebnissen konnte ein Sprecher des LZPD nichts sagen, da die Auswertung im Innenministerium noch andauere. Aus Sicherheitskreisen hieß es aber, dass "Distanzelektroimpulsgeräte" keineswegs ein Allheilmittel etwa zur Selbstverteidigung bei Attacken seien. "Was uns ärgert ist, dass die Diskussion über den Taser immer wieder im Zusammenhang mit Messerattacken aufgemacht wird", sagte der LZPD-Sprecher. "In so einem Fall ist nur die Schusswaffe ein probates Einsatzmittel, alles andere ist lebensgefährlich."

Die tödlichen Schüsse eines Polizeianwärters auf einen mit einem Messer bewaffneten, psychisch kranken Angreifer in Gelsenkirchen hatten die Debatte um Taser wieder entfacht. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) betonte, dass ein Elektroimpulsgerät "die Lücke zwischen Einsatzmehrzweckstock, Pfefferspray und Schusswaffe schließen" und Einsatzkräfte bei Angriffen schützen könne. Die Gewerkschaft fordert seit längerem die "flächendeckende Ausstattung" der NRW-Polizei mit Tasern.

Bislang benutzen in NRW nur Spezialeinsatzkommandos Taser vom Typ "Axon". Laut Innenministerium kam es 2014 zu 14 Taser-Einsätzen durch SEKs in NRW. Im Jahr 2015 waren es 18, 2016 waren es 14, 2017 kam es zu 11 und 2018 zu 16 Einsätzen. Zahlen für 2019 liegen dem Ministerium zufolge noch nicht vor.

Die Benutzung durch SEKs nannte DPolG-Landeschef Erich Rettinghaus ein "unendliches Versuchsstadium". In Rheinland-Pfalz werden Taser bereits im Streifendienst eingesetzt. Vorangegangen war ein einjähriger Test bei der Polizeidirektion Trier. Danach teilte das rheinland-pfälzische Innenministerium im April 2018 mit, dass das Gerät in "30 Einsatzlagen" angewendet worden sei: "In 21 Fällen war es bereits ausreichend, den Einsatz (...) anzudrohen, um einen bevorstehenden Angriff abzuwenden."

Für das Mainzer Ministerium bewies das "eindrucksvoll" die "hohe deeskalierende Wirkung" der Geräte, wie es nach der Testphase hieß. "In lediglich sechs Fällen musste eine Person mit dem Taser aus der Distanz beschossen werden, in vier Fällen wurde das Gerät in direktem Kontakt mit dem Körper eingesetzt."

Die Betroffenen seien unmittelbar im Anschluss medizinisch begutachtet worden: "In keinem Fall konnten hierbei medizinische Auffälligkeiten festgestellt werden." Über die konkreten Erfahrungen der Benutzung der Taser durch Spezialeinsatzkommandos in NRW sagte das Düsseldorfer Innenministerium nichts. Es habe aber in keinem Fall ein Todesopfer gegeben, erklärte ein Sprecher.

„Westdeutsche Zeitung“ online vom: 10.01.2020 – „Bisher 80 Taser-Einsätze in fünf Jahren – Tödliche Schüsse in Gelsenkirchen lösen Debatte um Taser aus:

https://www.wz.de/nrw/toedliche-schuesse-in-gelsenkirchen-loesen-debatte-um-taser-aus_aid-48244279

Foto: dpa/Andreas Arnold

Düsseldorf Die tödlichen Schüsse eines Polizisten auf einen Angreifer in Gelsenkirchen haben die Debatte um Taser neu entfacht. Hätte auch ein Taser in diesem Fall die Beamten geschützt? Spezialeinsatzkommandos setzen die Elektroschock-Pistolen bereits regelmäßig ein.

Spezialeinsatzkommandos der NRW-Polizei haben in den Jahren 2014 bis 2018 genau 80 Mal Elektroschock-Pistolen, sogenannte Taser, eingesetzt. Das teilte das Innenministerium auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mit.

Zurzeit wird im Innenministerium ein Teilbericht ausgewertet, in dem die bisherigen Erfahrungen mit „Distanzelektroimpulsgeräten“ gesammelt wurden. Bisher wurden Taser vom Typ „Axon“ nur von Spezialeinsatzkommandos in NRW benutzt. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) hatte dagegen jüngst erneut die „flächendeckende Ausstattung“ der Polizei mit Tasern gefordert. Die Benutzung durch SEKs nannte DPolG-NRW-Chef Erich Rettinghaus gegenüber der dpa ein „unendliches Versuchsstadium“.

Laut Innenministerium kam es 2014 zu 14 Taser-Einsätzen, im Jahr 2018 zu 15, 2016 zu 14, 2017 zu 11 und 2018 zu 16 Einsätzen. Zahlen für das Jahr 2019 liegen laut Ministerium noch nicht vor. Elektroschock-Pistolen setzen den Getroffenen aus einer Distanz von mehreren Metern für mehrere Sekunden außer Gefecht. Für die Polizeigewerkschaft könnten sie vor allem zum Einsatz kommen, wenn Polizisten bedroht oder angegriffen werden. In Rheinland-Pfalz werden Taser im Streifendienst der Polizei bereits getestet.

Über die Erfahrungen der Benutzung durch Spezialeinsatzkommandos in NRW sagte das Innenministerium nichts. Es habe aber in keinem Fall ein Todesopfer gegeben, so der Sprecher gegenüber der dpa.

„Oldenburger Onlinezeitung“ vom: 16.01.2020 – „NRW: Falsche Polizisten erbeuten 11,2 Millionen Euro“:

https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/nrw-falsche-polizisten-erbeuten-112-millionen-euro-30307.html

dts Nachrichtenagentur

Düsseldorf – Falsche Polizisten haben in Nordrhein-Westfalen in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres rund 11,2 Millionen Euro erbeutet. Bei der Betrugsmasche "falscher Polizist und Amtsträger" habe man 284 vollendete Straftaten gezählt, teilte das Landeskriminalamt (LKA) der "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe) mit. Trotz umfangreicher Präventionsmaßnahmen der Polizei nahmen die Zahlen damit im Jahr 2019 nicht ab.

Zum Vergleich: Für das gesamte Jahr 2018 wurden in NRW 289 Vollendungen mit einem Sachschaden von rund 12,4 Millionen Euro registriert. "Und man muss leider sagen, dass das nur das sogenannte Hellfeld ist, also die Fälle, die der Polizei bekannt sind", sagte ein LKA-Sprecher. Experten schätzen, dass die Dunkelziffer mindestens genauso hoch sein dürfte. Gleichbleibend hoch sind auch die Zahlen beim sogenannten Enkeltrick. Bis zum 30. September 2019 gab es in NRW 160 Betrugsopfer, die um rund 2,4 Millionen Euro gebracht wurden. Im gesamten Jahr 2018 waren es 210 Opfer und rund drei Millionen Euro Schaden. "Die bei der Polizei angezeigten Fälle beantragten 2018 insgesamt 2.824 Sachverhalte, aufgeteilt in 2.614 Versuche und die 210 Vollendungen", so der LKA-Sprecher weiter. "Und leider sind fast ausschließlich Senioren die Opfer." Zum Beispiel brachte ein Betrüger am 20. Dezember 2019 einen Rentner in Dortmund um 41.000 Euro. Der Unbekannte hatte sich am Telefon als Enkel in einer Notsituation ausgegeben.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft in NRW will daher Banken mehr in die Pflicht nehmen. "Die Summen, um die es geht, sind so hoch, dass sie am Schalter und nicht am Automaten abgehoben werden müssen", sagte deren Vorsitzender Erich Rettinghaus. „Die Bankmitarbeiter sollten so geschult sein, dass sie bei jedem ungewöhnlichen Geldabholwunsch den Kunden in Gespräche verwickeln, um herauszubekommen, wofür das Geld bestimmt ist", so der Vorsitzende der Deutsche Polizeigewerkschaft in NRW.

„Cop2Cop“ online vom: 17.01.2020 – „Landeskongress 2020: Neuer Vorstand“ –

https://www.cop2cop.de/2020/01/17/landeskongress-2020-neuer-vorstand/

Auf dem in Neuss unter dem Motto Sicherheit-Werte-Gerechtigkeit stattfindenden Landeskongress der DPolG NRW wurde Erich Rettinghaus mit 91,25% im Amt des Landesvorsitzenden für eine weitere Legislatur bestätigt.

In einer emotionalen Rede schwor Erich Rettinghaus die Delegierten auf die Herausforderungen der nächsten Jahre ein und zog eine erfolgreiche Bilanz der DPolG NRW bei der Umsetzung gewerkschaftlicher Forderungen und Positionen für die Kolleginnen und Kollegen.

Als 1. stellvertretender Vorsitzender wurde Frank Mitschker mit 90,62 % gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Jürgen Franke, Sascha Gerhardt, Sabrina Doktorowski und Michael Habeck gewählt.

Weiterhin wählten die knapp 200 Delegierten die Gremien der DPolG NRW, welche sich mit einer modernen neuen Satzung in Neuss für die Zukunft bestens aufgestellt hat, für die nächsten 5 Jahre.

Am heutigen Freitag wird der Landeskongress die gewerkschaftlichen Positionen und Anträge für die Gestaltung der nächsten Jahre beraten und beschließen. Für die neuen Vorstände gilt es nun die gewerkschaftlichen Vorgaben gegenüber Politik und Regierung konsequent zu vertreten.

„General-Anzeiger“ online vom: 28.01.2020 – „Die Polizei bleibt im Dorf – In NRW werden kaum Polizeiwachen gestrichen“ –

https://www.general-anzeiger-bonn.de/region/koeln-und-rheinland/in-nrw-werden-kaum-polizeiwachen-gestrichen_aid-48593061

Die Polizei bleibt vor Ort präsent: In den meisten Behörden in NRW hat sich nichts verändert in den vergangenen zehn Jahren. Foto: picture alliance/dpa/Andreas Arnold

Duisburg In Nordrhein-Westfalen wurden seit 2010 nur drei Polizeiwachen ersatzlos gestrichen, wie eine Umfrage ergeben hat. Und auch in Zukunft sollen die Beamten vor Ort präsent bleiben.

Von Christian Schwerdtfeger

Wer persönlich eine Anzeige in Duisburg-Homberg erstatten will, sollte möglichst keine Gehbehinderung haben. Die Polizeiwache, die in einem ehemaligen Ladenlokal untergebracht ist, liegt in Hochparterre und ist nur über Stufen zu erreichen. Die Wache ist aber nicht nur schwer zugänglich, sondern auch marode, und sie erfüllt die Sicherheitsstandards nicht mehr. „Wir haben keine Sicherheitsschleuse am Eingang, und auch am Tresen fehlt ein Sicherheitsglas“, sagt ein Sprecher.

Deswegen soll die Wache umziehen in ein neues Gebäude – das steht allerdings auf der anderen Rheinseite im Stadtteil Ruhrort. „Wir geben den Standort Homberg aber nicht auf. Die Bezirksdienstbeamten werden dort weiterhin bleiben“, sagt der Sprecher.

Nur drei Wachen wurden in NRW ersatzlos gestrichen

Entgegen der landläufigen Meinung, die Polizei würde sich zurückziehen und Standorte schließen, hat es in den vergangenen zehn Jahren in NRW kaum Wachenschließungen (ausgenommen sind Bezirksdienststellen) gegeben, wie eine Umfrage unserer Redaktion unter allen 47 Kreispolizeibehörden des Landes ergeben hat.

Demnach fielen in NRW seit 2010 nur drei Wachen ersatzlos weg. So gibt es in Dortmund statt 14 noch 13 Wachen. Im Rheinisch-Bergischen Kreis verringerte sich die Zahl von drei auf zwei Wachen; die kleine Wache in Burscheid mit einem Streifenwagen wurde geschlossen. Zudem entstand dort 2016 eine neue zentrale Wache. Die Gründe für Schließung und Zusammenlegungen waren in erster Linie marode Gebäude. „So waren in Wermelskirchen die Zellen noch im Keller eingebaut; was heute undenkbar ist“, erklärt ein Polizeisprecher. Auch die Sanitär- und Umkleideräume seien in unzumutbaren Zuständen gewesen, insbesondere für Frauen. „1980 beim Bau der Wache hat noch keiner an Frauen bei der Polizei gedacht“, sagt der Sprecher. In Unna gibt es auch eine Wache weniger – vier statt fünf; Grund laut Polizei: Effektivität, Kräfte wurden gebündelt. Hinzu kommt eine anstehende Schließung bei der Wasserschutzpolizei. So wird die Rheinwache in Wesel im Februar aufgegeben.

In den meisten Behörden hat sich nichts verändert in den vergangenen zehn Jahren. Beispiel Kreispolizeibehörde Höxter. Dort gibt es nach wie vor drei Wachen: „Unser Ziel ist die Präsenz in der Fläche, daher sind wir weiterhin bestrebt, die Wachstandorte zu erhalten“, sagt ein Sprecher.

In anderen Fällen wurden zwar keine Wachen geschlossen, dafür änderten sich aber die Standorte. Die Gründe dafür waren in den meisten Fällen auslaufende Mietverträge und Sanierungsbedarf in den alten Räumlichkeiten.

Die Polizei bleibt vor Ort

Michael Mertens, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW, begrüßt die Entscheidung der Behörden, in den vergangenen zehn Jahren möglichst auf Schließungen in der Fläche verzichtet zu haben. „An manchen Standorten war die Erhaltung von Wachen sicherlich nur mit reduzierten Kräften möglich“, so Mertens. „Man will damit auch ein Signal setzen, dass die Polizei vor Ort bleibt. Und das ist auch sehr wichtig.“

Die Umfrage hat aber auch ergeben, dass Standorte, in denen nur einzelne Bezirksdienstbeamte untergebracht gewesen sind, in manchen Städten aufgegeben worden sind. Dafür spielen auch Sicherheitsgründe eine Rolle. „In den kleinen Bezirkswachen sitzt ein Kollege. Und gerade in jüngster Vergangenheit hat es immer wieder psychisch kranke Täter gegeben, die es auf solche Einrichtungen abgesehen hatten. Diese Gefahr wollen wir keinem Kollegen mehr zumuten“, erklärt ein Sprecher der Polizei. Zudem seien die festen Standorte für Bezirksdienstbeamte nicht mehr zeitgemäß. „Wir setzen stattdessen auf mobile Wachen, die direkt zu den Bürgern kommen – etwa auf den Wochenmarkt“, betont der Sprecher.

Ein weiterer Unterschied zu der Situation in vielen Wachen im Vergleich zu 2010 ist die Personaldecke. So sind eine Reihe von Wachen nicht mehr 24 Stunden am Tag besetzt. In Xanten ist das zum Beispiel der Fall. Dort ist nun um 16 Uhr Schluss. Viele Bürger reagierten entsetzt, fürchteten um ihre Sicherheit.

„Wir mussten uns ganz schön was anhören deswegen, aber aus polizeilicher Sicht ist das sinnvoll“, erklärt eine Sprecherin. „Der Kollege dort hatte abends kaum Publikumsverkehr, so dass wir ihn an anderer Position viel effektiver einsetzen können“, sagt sie. Zum Beispiel im Streifendienst.

Überall dort, wo der seltene Fall einer ersatzlosen Wachenschließung oder -verlegung zur Diskussion steht, herrscht in der Bevölkerung häufig Unruhe. Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, versucht zu beruhigen: „Nicht Wachen sorgen für Sicherheit, sondern die Polizisten auf den Straßen."

„Oldenburger Onlinezeitung" vom: 31.01.2020 – „Streit um Razzien in Barbershops":

https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/streit-um-razzien-in-barbershops-32014.html

Essen (dts Nachrichtenagentur) – Barbershops in Deutschland geraten immer häufiger in den Fokus der Ermittlungsbehörden – ob zurecht oder nicht ist strittig. In Nordrhein-Westfalen gibt es deswegen jetzt Streit um Polizeieinsätze. Das berichtet der „Spiegel" in seiner neuen Ausgabe.

Manche der Friseurgeschäfte sollen laut nordrhein-westfälischem Innenministerium angeblich in Verbindung zur Clankriminalität stehen. In Essen sollen zuletzt viele neue Barbershops eröffnet worden sein. Dort gebe es nun „verstärkt Kontrollen, da der Verdacht der Geldwäsche im Raum steht", sagt Erich Rettinghaus von der Deutschen Polizeigewerkschaft. An dieser Einschätzung gibt es Kritik, nicht nur von den Barbershops selbst. Für Thomas Kutschaty, SPD-Fraktionschef im Landtag, sind die geplanten Razzien „medienwirksame Inszenierungen", die „rechte Klischees" bedienen würden. Er wirft Innenminister Herbert Reul (CDU) vor, mit den Maßnahmen gegen Barbershops bestimmte Bevölkerungsgruppen zu diskriminieren. Die Geschäfte werden meist von Personen geführt, die aus dem arabischen Raum stammen. „Herr Reul ist der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig, über welche konkrete Faktenlage er verfügt", sagt Kutschaty, „oder ob er bisher nur auf Basis von Annahmen handelt. Sollte er Erkenntnisse über kriminelle Machenschaften in Friseurgeschäften haben, erwarte ich von ihm, dass er die Geschäfte schließt."

„Focus“ online vom: 31.01.2020 – „Verdacht auf Geldwäsche – NRW-Polizei verstärkt Razzien in Barbershops“ –

https://www.focus.de/regional/nordrhein-westfalen/verdacht-auf-geldwaesche-verdacht-der-geldwaesche-opposition-wirft-diskriminierung-vor_id_11615986.html

Verdacht auf Geldwäsche: NRW-Polizei verstärkt Razzien in Barbershops - SPD-Mann wittert "Inszenierung"

Vermummte Polizisten bei einer Clan-Razzia. Paul Zinken/dpa

Nach dem starken Anstieg an Neueröffnungen von Barbershops in Essen, geraten diese nun häufiger in den Fokus der Polizei. Die Läden sollen Treffpunkte für kriminelle Clan-Mitglieder sein. Deshalb gibt es vermehrt Kontrollen. Das finden nicht alle gut.

Wie der "Spiegel" berichtet, bestehe laut nordrhein-westfälischem Innenministerium eine Verbindungen zwischen Friseurgeschäften und Clan-Kriminalität. Vor Allem in Essen seien zuletzt viele dieser Barbershops eröffnet worden sein, die Betreiber stammten meist aus dem arabischen Raum.

Ohne Grundlage bediene man "rechte Klischees"

Erich Rettinghaus von der Deutschen Polizeigewerkschaft rechtfertigte die Razzien mit einem „Verdacht der Geldwäsche". Thomas Kutschaty, SPD Fraktionschef im Landtag, sieht in den Razzien unterdessen "medienwirksame Inszenierungen", mit denen man lediglich "rechte Klischees" bedienen würde

Deshalb wendet er sich jetzt an NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU): "Herr Reul ist der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig, über welche konkrete Faktenlage er verfügt, oder ob er bisher nur auf Basis von Annahmen handelt." Jedoch fordert Kutschaty von Reul auch: "Sollte er Erkenntnisse über kriminelle Machenschaften in Friseurgeschäften haben, erwarte ich von ihm, dass er die Geschäfte schließt.

„Spiegel Panorama“ online vom: 31.01.2020 – Clankriminalität – Streit über Razzien in Barbershops“:

https://www.spiegel.de/panorama/justiz/nordrhein-westfalen-streit-um-razzien-in-barbershops-a-00000000-0002-0001-0000-000169240273

Clankriminalität: Streit über Razzien in Barbershops

Polizisten in Nordrhein-Westfalen nehmen verstärkt Friseurläden ins Visier, die von Menschen aus dem arabischen Raum geführt werden. Die Opposition wirft Innenminister Reul Diskriminierung vor.

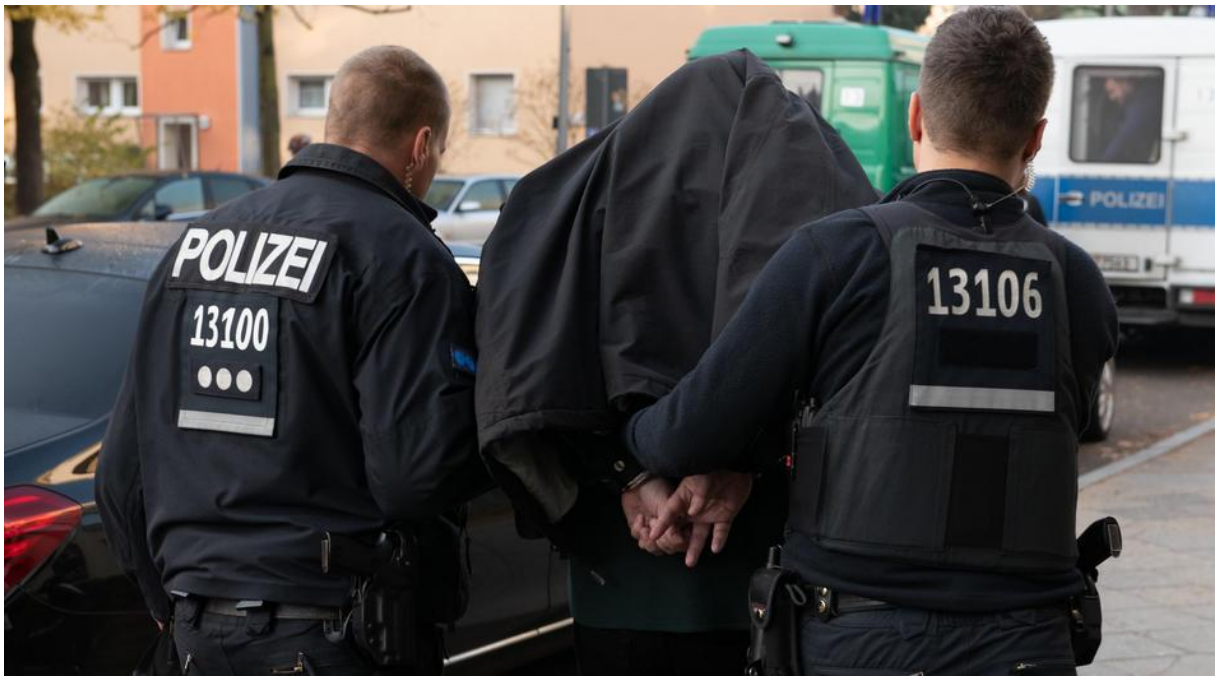
Foto: Monika Skolimowska/ dpa

In Nordrhein-Westfalen gibt es Streit über Polizeieinsätze in Barbershops. Manche der Friseurgeschäfte sollen laut dem nordrhein-westfälischen Innenministerium in Verbindung zur Clankriminalität stehen. In Essen sollen zuletzt viele neue Barbershops eröffnet worden sein. Dort gebe es nun "verstärkt Kontrollen, da der Verdacht der Geldwäsche im Raum steht", sagt Erich Rettinghaus von der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Für Thomas Kutschaty, SPD-Fraktionschef im Landtag, sind die geplanten Razzien allerdings "medienwirksame Inszenierungen", die "rechte Klischees" bedienen würden. Er wirft Innenminister Herbert Reul (CDU) vor, mit den Maßnahmen gegen Barbershops bestimmte Bevölkerungsgruppen zu diskriminieren. Die Geschäfte werden meist von Personen geführt, die aus dem arabischen Raum stammen. "Herr Reul ist der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig, über welche konkrete Faktenlage er verfügt", sagt Kutschaty, "oder ob er bisher nur auf Basis von Annahmen handelt. Sollte er Erkenntnisse über kriminelle Machenschaften in Friseurgeschäften haben, erwarte ich von ihm, dass er die Geschäfte schließt."

„General-Anzeiger“ online vom: 03.02.2020 – „Drogendelikte und Körperverletzung – Fast 900 Verfahren gegen Clans in Duisburg und Essen“:

https://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/clan-kriminalitaet-fast-900-verfahren-gegen-clans-in-duisburg-und-essen_aid-48709851



Die Zahl der Ermittlungen gegen kriminelle Clans in Duisburg und Essen haben sich binnen eines Jahres verdreifacht. Foto: dpa/Paul Zinken

Duisburg/Essen Die Zahl der Ermittlungen gegen kriminelle Clans in Duisburg und Essen hat sich binnen eines Jahres verdreifacht. Mittlerweile gibt es in den Hochburgen spezielle Staatsanwälte. Bei den Ermittlungen geht es immer wieder um Drogendelikte und Körperverletzungen.

Von Christian Schwerdtfeger

Die Justizbehörden in NRW greifen im Kampf gegen kriminelle Familienclans zunehmend hart durch. So führen spezielle „Staatsanwälte vor Ort“ in den Clan-Hochburgen Duisburg und Essen mittlerweile 883 Ermittlungsverfahren gegen derartige Familienverbände, wie die beiden Behörden unserer Redaktion mitteilten. Demnach werden allein in Duisburg 662 Verfahren geführt (Stand Mitte November), in Essen sind es 221 (Stand Mitte Dezember).

Vor einem Jahr lag die Zahl der Verfahren in Duisburg noch bei lediglich 258. Für Essen lagen damals noch keine Ergebnisse vor, weil die „Staatsanwälte vor Ort“ gerade erst ihre Tätigkeit aufgenommen hatten. „Unsere Arbeit macht sich bezahlt. Durch die Bündelung und Konzentration unserer Ressourcen können wir sehr effektiv gegen diese Strukturen vorgehen“, sagte der Duisburger Abteilungsleiter der Clan-Ermittler, Oberstaatsanwalt Peter Müller.

Bei dem Projekt „Staatsanwälte vor Ort“ kümmern sich in Duisburg seit Mitte 2018 drei Strafverfolger um Straftaten, bei denen Mitglieder von rund 70 türkisch-, kurdisch-, libanesisch- und arabisch-stämmigen Großfamilien als Täter vermutet werden. Diesen Familien werden mehr als 2800 Personen zugerechnet. Anfangs ließen die Staatsanwälte nur im Duisburger Norden ermitteln. „Wir haben die Ermittlungen wegen neuer Erkenntnisse jetzt auf ganz

Duisburg ausgeweitet. Diese Kriminalität beschränkt sich nicht auf einzelne Stadtteile“, erklärte Müller.

Geändert hat sich auch die Ermittlungstaktik in Bezug auf Luxusautos, die häufig von jungen Clan-Mitgliedern gefahren werden. Die Behörden hatten mehrere solcher Autos sichergestellt, weil sie Sozialleistungsbetrug vermuteten. „Das machen wir so nicht mehr, weil es schwer für uns ist, den wahren Wert eines solchen Autos bei den Kontrollen festzustellen“, so Müller. So habe sich manches Fahrzeug bei näherer Betrachtung eher als „uralte Kiste“ entpuppt.

Die meisten Clan-Verfahren werden in Duisburg wegen Drogendelikten geführt (112). Es folgen Körperverletzungen (80), Betrügereien (79), Diebstähle (58) und Verstöße im Straßenverkehr (37). 254 Verfahren entfallen auf sonstige allgemeine Straftaten wie Raub und Verstöße gegen das Waffengesetz. Zudem gab es einen versuchten Totschlag.

Selbst die Polizei ist überrascht über die hohe Zahl der Ermittlungsverfahren gegen Clans. „Fast 900 Verfahren in diesem Zeitraum sind schon ein dickes Brett“, sagte der NRW-Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Erich Rettinghaus.

„Rundschau online“ vom: 03.02.2020 – „Duisburg und Essen – Zahl der Verfahren gegen kriminelle Clans verdreifacht“:

https://www.rundschau-online.de/region/duisburg-und-essen-zahl-der-verfahren-gegen-kriminelle-clans-verdreifacht-36172034

Von Christian Schwerdtfeger

Ein Polizist hält ein sichergestelltes Messer in der Hand. (Archivfoto) Foto: picture alliance/dpa

Die nordrhein-westfälischen Justizbehörden greifen im Kampf gegen kriminelle Familienclans zunehmend hart durch. So führen spezielle „Staatsanwälte vor Ort“ in den Clan-Hochburgen Duisburg und Essen mittlerweile 883 Ermittlungsverfahren gegen derartige Familienverbände, wie die beiden Anklagebehörden unserer Redaktion mitteilten. Demnach werden allein in Duisburg 662 solcher Verfahren geführt (Stand Mitte November), in Essen sind es 221 (Stand Mitte Dezember).

Vor einem Jahr lag die Zahl der Verfahren in Duisburg noch bei lediglich 258. Für Essen lagen damals noch keine Ergebnisse vor, weil die „Staatsanwälte vor Ort“ gerade erst ihre Tätigkeit aufgenommen hatten. „Unsere Arbeit macht sich bezahlt. Durch die Bündelung und Konzentration unserer Ressourcen können wir sehr effektiv gegen diese Strukturen vorgehen“, sagte der Duisburger Abteilungsleiter der Clan-Ermittler, Oberstaatsanwalt Peter Müller.

„Staatsanwälte vor Ort“

Bei dem Projekt „Staatsanwälte vor Ort“ kümmern sich in Duisburg seit Mitte 2018 drei Staatsanwälte um Straftaten, bei denen Mitglieder von rund 70 türkisch-, kurdisch-, libanesisch- und arabisch-stämmigen Großfamilien als Täter vermutet werden. Diesen Familien werden mehr als 2800 Personen zugerechnet. Anfangs ließen die Staatsanwälte nur im Duisburger Norden mit dem bundesweit bekannten Stadtteil Marxloh ermitteln. „Wir haben die Ermittlungen wegen neuer Erkenntnisse jetzt auf ganz Duisburg ausgeweitet. Diese Kriminalität beschränkt sich nicht auf einzelne Stadtteile“, erklärte Müller.

Geändert hat sich auch die Ermittlungstaktik in Bezug auf Luxusautos, die auffallend häufig von jungen Clan-Mitgliedern gefahren werden. Die Behörden hatten zeitweilig mehrere solcher Autos sichergestellt, weil sie Sozialleistungsbetrug vermuteten. „Das machen wir so nicht mehr, weil es schwer für uns ist, den wahren Wert eines solchen Autos bei den Kontrollen festzustellen“, so Müller. So habe sich manches Fahrzeug bei näherer Betrachtung eher als „uralte Kiste“ und nicht als besonders wertvoll entpuppt.

Drogendelikte in Duisburg ganz oben

Die meisten Clan-Verfahren werden in Duisburg wegen Drogendelikten geführt (112). Es folgen Körperverletzungen (80), Betrügereien (79), Diebstähle (58) und Verstöße im Straßenverkehr (37) wie etwa illegale Autorennen. 254 Verfahren entfallen auf sonstige allgemeine Straftaten wie Raub und Verstöße gegen das Waffengesetz. Zudem gab es einen versuchten Totschlag. Nach Informationen aus Polizeikreisen hat auch einer der spektakulärsten Polizeieinsätze der vergangenen Jahre in Duisburg im vergangenen Sommer Bezüge zur Clan-Kriminalität: Bei dem Großeinsatz im Juli 2019 riegelten massive Kräfte der Polizei sowie Spezialeinheiten tagsüber einen Straßenzug in Duisburg-Hochfeld ab. Sämtliche Fluchtwege und Ausfallstraßen wurden damals mit Linienbussen blockiert.

Selbst die Polizei ist überrascht durch die hohe Zahl der Ermittlungsverfahren gegen Clans. „Fast 900 Verfahren in diesem Zeitraum sind schon ein dickes Brett. Das zeigt, dass wirklich etwas getan wird, um die Strukturen einzudämmen“, sagte der NRW-Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Erich Rettinghaus. Die Häufung der Verfahren mache im Übrigen die Versäumnisse der zurückliegenden Jahre deutlich. Da sei viel liegengeblieben, „so dass die Clans sich überhaupt erst ausbreiten konnten“, sagte Rettinghaus.

„Westfälische Nachrichten“ online vom: 21.02.2020 – „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – Verwaltungsmitarbeiter und Rettungskräfte beklagen zunehmende Aggression“:

https://www.wn.de/Muenster/4142085-Gewalt-gegen-Beschaeftigte-des-oeffentlichen-Dienstes-Verwaltungsmitarbeiter-und-Rettungskraefte-beklagen-zunehmende-Aggression

Münster - Nicht nur Polizisten leben mitunter gefährlich, auch Feuerwehrleute und Jobvermittler werden immer häufiger mit Aggression konfrontiert. Wie damit umgehen? Darüber wurde bei der Podiumsdiskussion „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ gesprochen.

Jobvermittler, Beschäftigte in Behörden, Feuerwehrleute und Polizisten werden immer öfter und immer mehr mit Gewalt konfrontiert. Sie fühlen sich von ihren Vorgesetzten oft im Stich gelassen. Das war Thema einer Podiumsdiskussion, die der Kreisverband Münster des Deutschen Beamtenbundes (DBB) am Mittwoch in Münster veranstaltet hat.

Erich Rettinghaus , Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, warb dafür, Polizisten wieder mehr Autorität zu geben. „Gewalt als Mittel der Kommunikation hat sich längt etabliert“, beklagte er. Darum ist er froh, dass in Zukunft jedes Auto der Polizei mit einem Taser ausgestattet werde. Studien hätten ergeben, dass es in 83 Prozent aller Fälle nicht mehr zur Gewalt komme, sobald der Einsatz der Elektro-Waffe angedroht werde.

Mehr Sicherheit gefordert

Das hilft Polizisten, aber was machen die Mitarbeiter in Behörden? Die würden immer weniger als Amtsträger und immer mehr als Dienstleister wahrgenommen, stellen die Podiumsteilnehmer fest. Kein Wunder, dass ein Ablehnungsbescheid dann öfter zu Unmut führe, immer öfter auch in Form von Beleidigungen in den sogenannten sozialen Medien. Experten wie Andreas Kohl, Geschäftsführer des Europäischen Zentrums für Kriminalprävention in Münster, und Reinhard Zumdick vom Kriminalkommissariat Münster raten zu einer Mischung aus dickem Fell, präventiven Maßnahmen und klaren Regeln, die nach einer Beleidigung, Bedrohung oder sogar einem körperlichen Angriff dokumentiert und umgesetzt werden sollte. Das ist nämlich in den meisten Behörden noch längst nicht selbstverständlich.

Darum forderte Landesoberverwaltungsrätin Anusch Melkonyan vom Landschaftsverband Westfale-Lippe, stellvertretende Landesvorsitzende der Komba-Gewerkschaft NRW, dass Behördenleiter fürsorglicher mit ihren Mitarbeitern umgehen. Ansonsten würde es noch schwieriger, in Zukunft neues Personal zu finden.

„Cop2Cop“ online vom: 25.03.2020 – „Fachaufsicht der Kreispolizeibehörden“:

https://www.cop2cop.de/2020/03/25/fachaufsicht-der-kreispolizeibehoerden/

Durch die geplante Übertragung der Fachaufsicht auf die drei Landesämter – Landeskriminalamt (LKA), Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP), Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) – soll sichergestellt werden, dass Polizei insgesamt nach einheitlichen Standards arbeitet und sich das Ministerium des Innern wieder vermehrt auf strategische Aufgaben konzentrieren kann.

Dazu der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus: “Mehr Fachaufsicht durch unsere Landesoberbehörden ist grundsätzlich ein positiver Ansatz und setzt voraus, dass diese sowohl personell, als auch materiell dazu in der Lage sind. Das Polizeiorganisationsgesetz (POG) muss ebenso geändert werden. 2007 hat die CDU/ FDP Regierung die Fachaufsicht durch die

Bezirksregierungen als Mittelbehörde abgeschafft. Daher werden wir uns das Vorhaben, mit allen möglichen Auswirkungen, kritisch anschauen und entsprechend begleiten.“

“Oldenburger Online Zeitung” vom: 27.03.2020 – „Polizei für Home-Office schlecht aufgestellt“: https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/polizei-fuer-home-office-schlecht-aufgestellt-37648.html

Berlin (dts Nachrichtenagentur) – Die deutsche Polizei ist in Sachen Home Office in der Coronakrise schlecht vorbereitet. Eine Umfrage des „Spiegel“ ergab, dass kaum ein Landeskriminalamt Vorsorge getroffen hat, seine Beamten in großer Zahl von zu Hause aus arbeiten zu lassen. Sogenannte Telearbeitsplätze sind dort noch immer selten.

In Bremen haben 18 LKA-Mitarbeiter diese Möglichkeit, in Niedersachsen sind es 45 und in Baden-Württemberg 42. In den Behörden arbeiten jedoch Hunderte Ermittler. Selbst Laptops sind in den meisten Behörden Mangelware. In Niedersachsen kann nur ein Drittel der LKA-Beamten diese Geräte nutzen, in Baden-Württemberg gibt es 228 LKA-Notebooks für 800 Polizisten. „Die jahrelangen Versäumnisse bei der IT-Infrastruktur werden uns in der Krise zum Verhängnis“, sagte Jan Reinecke vom Bund Deutscher Kriminalbeamter. Auch im Bundesinnenministerium brach zeitweise das Telefonnetz zusammen, Datenserver waren überlastet. In Köln etwa arbeiten die Beamten in Schichten. Die eine Hälfte schiebt Dienst, die andere bleibt zu Hause in Bereitschaft – und hoffentlich gesund. Gewechselt wird alle 14 Tage. „Die Polizei muss unbedingt handlungsfähig bleiben“, sagte Nordrhein-Westfalens Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus. „Homeoffice kann für viele von uns, die auf der Straße arbeiten, keine Lösung sein.“ Womöglich bleibt die Lage auch nicht so ruhig wie bisher. In einer vertraulichen Analyse heißt es: Je länger die Pandemie dauere, desto größer würde die „psychische Belastung“ der Bevölkerung. Dieser Stress könne sich in Gewalt entladen – auch gegen Einsatzkräfte.

„RP online“ vom: 15.04.2020 – „Nach politischen Beschlüssen – Polizeigewerkschaften gegen Geisterspiele“: https://rp-online.de/sport/fussball/corona-krise-polizeigewerkschaften-gegen-geisterspiele_aid-50061173

11. März: Nach dem 2:1-Sieg über Köln im Geisterspiel feiern Gladbachs Profis mit vor dem Stadion ausharrenden Fans. Foto: dpa/Fabian Strauch

Düsseldorf Sorge herrscht vor allem wegen Fanansammlungen vor den Stadien. Doch seit Mittwoch ist klar: Die nahe Zukunft des Fußballs besteht aus Geisterspielen.

Von Bernd Jolitz und Stefan Klüttermann

Ob, wann und wie die Fußball-Bundesliga den Spielbetrieb der Rückrunde wieder aufnehmen kann, bleibt weiter unklar. Auch nach dem Mittwoch, an dem sich so mancher Verantwortliche und Fan erhofft hatte, im Nachgang der Gespräche zwischen Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerin mehr zu wissen. Doch das blieb aus. Gewiss sind im Prinzip nur zwei Dinge: Da die Kontaktsperre bundesweit bis 3. Mai verlängert wurde, wird die Bundesliga allerfrühestens Mitte Mai spielen können. Geisterspiele, wohl gemerkt. Und Geisterspiele werden auch den Beginn der neuen Saison dominieren, denn Großveranstaltungen untersagte die Politik erst einmal bis 31. August. So bleibt es auch erstmal bei den genehmigten Individuell- und Kleingruppen-Einheiten. Mannschaftstraining, das vor jedem Neustart der Liga stehen muss, ist vom Horizont am Mittwoch nicht näher gerückt.

„Die Bundesliga war kein Thema“, sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) während der gemeinsamen Pressekonferenz mit Angela Merkel und verwies auf die Gespräche bei der DFL. „Ob und in welcher Form Geisterspiele möglich sind“, werde „sicherlich demnächst“ zum Thema werden.

Rückblick Zuletzt spielte die Bundesliga vom 6. bis 8. März einen kompletten (25.) Spieltag:

Paderborn - Köln 1:2

Leverkusen - Frankfurt 4:0

Wolfsburg - Leipzig 0:0

Hertha - Bremen 2:2

Freiburg - Union Berlin 3:1

Schalke - Hoffenheim 1:1

Gladbach - Dortmund 1:2

München - Augsburg 2:0

Mainz - Düsseldorf 1:1

Dennoch beurteilte der Vorstandsvorsitzende von Fortuna Düsseldorf die Aussagen der Politik eher positiv. „Dass bis Ende August keine Großveranstaltungen stattfinden können, überrascht mich überhaupt nicht und ist auch als mögliches Szenario in der Liga diskutiert worden“, sagte Thomas Röttgermann. „Das Ziel bleibt weiterhin, im Mai mit dem Spielbetrieb ohne Zuschauer wieder starten zu können. Und die jetzige Beschlusslage schließt erfreulicherweise ja nicht aus, dass ab September wieder Großveranstaltungen stattfinden könnten – und dies empfinde ich als ermutigend.“

Vorerst gilt für die Klubs: Geisterspiele sind zwar undankbar, man nimmt sie aber mit Kusshand. Weil dann die für manche Klubs offenbar überlebensnotwendigen Fernsehgelder gezahlt würden. Der Verein, der wie kein zweiter in diesen Wochen offen und in der Öffentlichkeit über seine Existenzängste Auskunft gibt, ist Schalke 04. So bekannte Finanzvorstand Peter Peters in dieser Woche via Facebook: „Wie alle anderen, mache auch ich mir Sorgen. Auf einmal stellen wir fest: Wenn der Fußball nicht mehr da ist, wenn die 22 Spieler nicht mehr gegen den Ball treten, dann bleibt uns wenig, dann bleibt uns vielleicht sogar nichts.“

Wie ernst die Lage für Königsblau ist, legt ein Bericht des „Kicker“ nahe. S04 fiebere, heißt es dort, dem 2. Mai entgegen, weil dann die vierte und letzte Rate dieser Saison aus den wichtigsten TV-Verträgen fließen soll. Für Schalke gehe es um 15,892 Millionen Euro. 15,892 Millionen, die über Wohl und Wehe entscheiden könnten.

Die beiden Polizeigewerkschaften in NRW stehen möglichen Geisterspielen der Bundesliga ab Mai derweil skeptisch gegenüber. „Derartige Veranstaltungen, welche auch mit gebündelten Anreisen von Fangruppen einhergehen, würden uns schon vor personelle Herausforderungen stellen“, sagte Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), unserer Redaktion. Die Sorge vor Fans, die sich vor Stadien versammeln könnten, treibt ihn besonders um. „Sollte es zu Geisterspielen kommen, ist sicherzustellen – und da kann man nur an die Vernunft der Fans appellieren – dass diese sich nicht im öffentlichen Raum, zum Beispiel vor Stadien, treffen. Da sind die Vereine auch gefordert, das zu unterbinden und mit den Fans vorab in Kontakt treten.“

Michael Maatz, stellvertretender NRW-Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) äußert sich noch kritischer: „Für die Dauer der Kontaktsperre dürfen keine Geisterspiele stattfinden. Das Ansteckungsrisiko muss auch für Spieler und Schiedsrichter, aber auch für Mannschaftsbetreuer und Mitarbeiter der Stadien und Rundfunk- und Fernsehanstalten minimiert werden“, sagte er.

Auch der Essener Virologe Ulf Dittmer hält Geisterspiele für problematisch. So äußerte er Zweifel, ob die angeblich alle drei Tage geplanten Tests von Profis und Betreuern auf das Coronavirus „ethisch vertretbar“ sind: „Wir haben keine unendlichen Testkapazitäten. Wir müssen unsere Tests so vernünftig einsetzen, dass sie denjenigen Personen, die sie wirklich benötigen, zugute kommen. Das sehe ich sehr kritisch, wenn sich die Ressourcen für die Tests nicht deutlich verbessern“, sagte Dittmer. *(mit dpa)*

„Welt online“ vom: 15.04.2020 – „Polizeigewerkschaft ist gegen Geisterspiele in Corona-Zeit“: ***https://www.welt.de/regionales/nrw/article207282233/Polizeigewerkschaft-ist-gegen-Geisterspiele-in-Corona-Zeit.html?cid=onsite.onsitesearch***

Düsseldorf (dpa) - Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Nordrhein-Westfalen hat sich gegen eine Austragung von Geisterspielen in der Fußball-Bundesliga ausgesprochen. «Für die Dauer der Kontaktsperre dürfen keine Geisterspiele stattfinden. Das Ansteckungsrisiko muss auch für Spieler und Schiedsrichter, aber auch für Mannschaftsbetreuer und Mitarbeiter der Stadien und Rundfunk- und Fernsehanstalten minimiert werden», sagte Michael Maatz, stellvertretender NRW-Vorsitzender der GdP, der «Rheinischen Post» (Mittwoch).

Auch Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, hält Spiele ohne Zuschauer für problematisch. «Derartige Veranstaltungen, welche auch mit gebündelten Anreisen von Fangruppen einhergehen, würden uns schon vor personelle Herausforderungen stellen», sagte Rettinghaus.

„RP online“ vom: 15.04.2020 – „Razzia unter anderem im Kreis Heinsberg – Ermittler zerschlagen IS-Terrorzelle in NRW“: https://rp-online.de/nrw/terror-razzia-in-nrw-ermittler-zerschlagen-is-terrorzelle-riesige-dimension_aid-50063329

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) berichtete über den Einsatz. Foto: dpa/Marcel Kusch

Düsseldorf Die Polizei hat vier Tadschiken festgenommen, unter anderem im Kreis Heinsberg. Sie sollen Anschläge in Deutschland geplant haben, Schusswaffen besaßen sie bereits. Anfang 2019 sollen sie sich dem „Islamischen Staat“ angeschlossen haben.

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter)

Nordrhein-westfälische Sicherheitsbehörden sind am frühen Mittwochmorgen gegen eine mutmaßliche Terrorzelle vorgegangen, die Anschläge in Deutschland geplant haben soll. Rund 350 Spezialkräfte der Polizei unter Leitung des Polizeipräsidiums Düsseldorf nahmen vier Mitglieder einer Terrorzelle des Islamischen Staats in Siegen, dem Kreis Heinsberg sowie in Werdohl im Sauerland fest. Zudem wurden die Wohnungen der Beschuldigten sowie sechs

weitere Objekte in Nordrhein-Westfalen durchsucht. „Wir haben alle, die wir haben wollten, bekommen“, hieß es aus Ermittlerkreisen. Verletzte soll es bei dem Einsatz nicht gegeben haben.

Nach Angaben der ermittelnden Bundesanwaltschaft in Karlsruhe handelt es sich bei den Festgenommenen um Männer im Alter zwischen 24 und 32 Jahren, die allesamt aus dem zentralasiatischen Staat Tadschikistan stammen. Hinzu kommt ein fünfter Beschuldigter, der bereits seit dem 15. März 2019 in Untersuchungshaft sitzt und ebenfalls tadschikischer Staatsangehöriger ist. Nach Angaben der Karlsruher Anklagebehörde sind die Männer dringend verdächtig, in der Bundesrepublik eine Terrorzelle gegründet zu haben. Anfang 2019 sollen sie sich dem Islamischen Staat angeschlossen haben.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte, der Fall habe eine „riesige Dimension“. „Es sind Geld und Datenträger sichergestellt worden. Die Beschuldigten hatten wir schon recht lange im Blick“, sagte Reul. Demnach sind die Tadschiken als Flüchtlinge nach Deutschland eingereist. Die Behörden hatten zuvor drei von ihnen als sogenannte Gefährder geführt und zwei als „relevante Personen“ eingestuft. Reul betonte aber, dass nach derzeitigen Informationen ein Anschlag in Deutschland nicht unmittelbar bevorgestanden habe. Die Gruppe habe sich aber schon Schusswaffen samt Munition und Anleitungen zum Bau von Bomben beschafft.

Anschlagsziele sollten laut Bundesanwaltschaft Einrichtungen von US-amerikanischen Streitkräften in Deutschland oder auch Einzelpersonen sein. Insbesondere planten die Islamisten demnach einen Mordanschlag auf eine Person, die sich aus Sicht der Beschuldigten islamkritisch geäußert hatte. Dabei handelt es sich um einen Mann aus Neuss. Laut Anklagebehörde wurde er bereits ausgespäht. Ausgekundschaftet wurden zudem US-Luftwaffenstützpunkte in Deutschland. Die vier Beschuldigten sollten im Laufe des Mittwochs in Karlsruhe einem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs vorgeführt werden.

Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in Nordrhein-Westfalen, lobte: „Der Fall zeigt, dass die Polizei auch während der Corona-Krise in der Lage ist, einen solchen Zugriff perfekt durchzuführen.“

„ntv-online“ vom: 15.04.2020 – „Der Sport-Tag – Fünf Bauarbeiter für Fußball-WM 2022 mit Corona infiziert“: Link: https://www.n-tv.de/sport/der_sport_tag/Der-Sport-Tag-am-Mittwoch-den-15-April-2020-article21714095.html

Fünf Arbeiter in Katar sind mit Corona infiziert.(Foto: imago images / MIS)

Öffentliches Leben lahmgelegt - Stadionbau läuft weiter. Nun gibt es auf den Baustellen für die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar fünf Corona-Infektionen. Dies bestätigte das Organisationskomitee der Nachrichtenagentur AFP.

- Demnach seien zwei Baustellenmitarbeiter am Al-Thumama Stadium, zwei Beschäftige am Al-Bayt Stadium sowie ein weiterer Arbeiter am Al-Rayyan Stadium an Covid-19 erkrankt.
- Katar beschäftigt Tausende Gastarbeiter für die Errichtung der Arenen für 2022. Die infizierten Beschäftigen sollen nach Angaben des Veranstalters weiter normal bezahlt werden und vor Ort eine kostenlose Gesundheitsversorgung erhalten. Ob der Bau der Stadien weiter unverändert fortgesetzt wird, ist unklar.
- Die WM in Katar stand bereits des Öfteren in der Kritik. Unter anderem wurden die unwürdigen Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne zahlreiche Male angeprangert, zuletzt kochten nach neuen Enthüllungen aus den USA auch wieder Korruptionsvorwürfe bezüglich der WM-Vergabe hoch.

„Süddeutsche Zeitung online“ vom: 15.04.2020 – Polizeigewerkschaft ist gegen Geisterspiele in Corona-Zeit“: https://www.sueddeutsche.de/sport/fussball-duesseldorf-polizeigewerkschaft-ist-gegen-geisterspiele-in-corona-zeit-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200415-99-710623

Direkt aus dem dpa-Newskanal: Dieser Text wurde automatisch von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) übernommen und von der SZ-Redaktion nicht bearbeitet.

Düsseldorf (dpa) - Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Nordrhein-Westfalen hat sich gegen eine Austragung von Geisterspielen in der Fußball-Bundesliga ausgesprochen. "Für die Dauer der Kontaktsperre dürfen keine Geisterspiele stattfinden. Das Ansteckungsrisiko muss auch für Spieler und Schiedsrichter, aber auch für Mannschaftsbetreuer und Mitarbeiter der Stadien und Rundfunk- und Fernsehanstalten minimiert werden", sagte Michael Maatz, stellvertretender NRW-Vorsitzender der GdP, der "Rheinischen Post" (Mittwoch).

Auch Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, hält Spiele ohne Zuschauer für problematisch. "Derartige Veranstaltungen, welche auch mit gebündelten Anreisen von Fangruppen einhergehen, würden uns schon vor personelle Herausforderungen stellen", sagte Rettinghaus.

„Süddeutsche Zeitung“ online vom: 29.04.2020 – Schüsse bei Wohnungsdurchsuchung: SEK-Beamter getötet“: https://www.sueddeutsche.de/panorama/kriminalitaet-gelsenkirchen-schuesse-bei-wohnungsdurchsuchung-sek-beamter-getoetet-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200429-99-874428

Das Blaulicht an einem Polizeiauto leuchtet. Foto: Patrick Pleul/dpa/Symbolbild (Foto: dpa)

Direkt aus dem dpa-Newskanal: Dieser Text wurde automatisch von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) übernommen und von der SZ-Redaktion nicht bearbeitet.

Gelsenkirchen (dpa/lnw) - Weil sie ahnten, dass der Einsatz gefährlich werden könnte, wollten sich die Polizisten wappnen - und verloren doch einen Kollegen: Ein 28-jähriger SEK-Beamter aus Münster ist bei einer Wohnungsdurchsuchung in einer Siedlung in Gelsenkirchen am Mittwochmorgen von der Kugel eines Beschuldigten getroffen worden. Kurz nach dem Einsatz starb er im Krankenhaus.

Die Spezialeinsatzkräfte (SEK) waren hinzugezogen worden, um bei der Vollstreckung eines Durchsuchungsbefehls in einem Drogendelikts-Verfahren mitzuhelfen. "Uns lagen Hinweise vor, dass der Beschuldigte über eine Waffe verfügt", sagt Polizeisprecher Christopher Grauwinkel am Mittwoch in Gelsenkirchen. Die für solche Situationen vorbereiteten, mit Westen und Helmen ausgestatteten Kollegen des SEK waren deshalb eingebunden worden. Sie sollten helfen, die Wohnung sicher zu betreten.

Was die Drogenfahnder dem 29-Jährigen Gelsenkirchener genau vorwerfen, dazu machten die Behörden zunächst keine Angaben. Nur so viel: Bis dahin sei der Mann der Polizei nicht bekannt gewesen. Nun wird nicht nur wegen Drogenbesitzes und -handels gegen den Gelsenkirchener ermittelt, sondern auch wegen der Tötung eines Polizisten.

Am Mittwochmorgen gegen 6 Uhr soll er mit einer Schusswaffe zwei Mal auf die SEK-Beamten geschossen haben. Laut Polizeigewerkschaft sollen die Schüsse beim Öffnen der Wohnungstür gefallen und durch das Türblatt gegangen sein. Einer verfehlte die Truppe, ein anderer traf den jungen Kollegen, wie Grauwinkel berichtet. Die angegriffenen Polizisten hätten das Feuer erwidert, aber den Tatverdächtigen nicht getroffen. "Danach hat er sich widerstandslos festnehmen lassen." Wo genau die Kugel den SEK-Polizisten traf, dazu wollte der Polizeisprecher keine Angaben machen. Der junge SEK-Mann wurde noch ins Krankenhaus gebracht, berichtet er. Doch dort erlag er der Verletzung.

"Die Schutzkleidung schützt nicht den ganzen Körper", sagt Grauwinkel. "Auch geschulte Spezialkräfte können nun mal bei einem solchen Angriff verletzt werden." Wie sich die Tat im Detail ereignet hat, das ermitteln nun Polizisten aus Krefeld - aus Neutralitätsgründen haben sie den Fall übernommen.

Flatterband ist am Vormittag quer durch den Garten des Mehrfamilienhauses mit brauner Klinkerfassade gespannt. Polizisten der Spurensicherung in weißen Schutzanzügen gehen ein und aus, sammeln hinter der geöffneten Tür zum Treppenhaus Beweise, um den Tathergang zu rekonstruieren. Der mutmaßliche Schütze wohnte in der Dachgeschosswohnung. Am Fenster jault ein Hund, der zum 29-Jährigen gehören soll.

Die nordrhein-westfälische Polizei reagierte betroffen auf den Verlust des noch jungen Kollegen. Umgehend taten viele Dienststellen in den sozialen Medien ihre Bestürzung kund und sprachen den Angehörigen ihr Beileid aus. "Wir sind unendlich traurig", hieß es da. Oder: "Wir trauern mit den Angehörigen." Die Profilbilder der Polizei bei Facebook und Twitter trugen als Ausdruck der Anteilnahme schwarze Trauerflor-Balken. Auch für die Streifenwagen des Landes wurde Trauerflor angeordnet.

Als oberster Dienstherr sprach Innenminister Herbert Reul (CDU) von einem "schwarzen Tag" für die NRW-Polizei. Der Tod des jungen Mannes führe schmerzhaft vor Augen, welches Risiko Polizisten jeden Tag eingehen, um die Bürger zu schützen. "Ihr Beruf ist lebensgefährlich, das wissen wir. Umso erschreckender und gnadenloser trifft uns der Tod dieses Kollegen. Heute stehen alle Beschäftigten der Polizei Nordrhein-Westfalens in Trauer vereint als Polizeifamilie zusammen."

"Wir wissen alle, dass sich die Polizistinnen und Polizisten, die uns vor Straftätern schützen, selber in Gefahr begeben. Trotzdem macht uns der Tod unseres Kollegen fassungslos", teilte der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Maatz, mit. "Mit 28 Jahren stand er erst am Anfang seines Lebens, das jetzt so abrupt beendet worden ist." Gezielte Schüsse auf Polizisten, um sich der Strafverfolgung zu entziehen, seien als Mord zu bewerten und müssten entsprechend bewertet werden. Ähnlich äußerte sich Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Eine derartige Tat sei von niedrigen Beweggründen geprägt, "eine lebenslange Freiheitsstrafe für den Täter würde nicht außer Verhältnis zur Tat stehen."

Die Ermittlungen dauern an. Nach der Durchsuchung der Wohnung teilte die Polizei am Mittwochabend mit, dort Marihuana im Wert von 1000 Euro sowie geringe Mengen weiterer Drogen gefunden zu haben; dazu eine größere Menge Bargeld, einen scharfen Revolver, mehrere Luftgewehre, Messer und selbstgebaute Pyrotechnik. Erst am Donnerstag sollte der Tatverdächtige einem Haftrichter vorgeführt werden.

„Cop2Cop“ online vom: 22.05.2020 – DPolG NRW begrüßt die Einstufung durch den Berliner Verfassungsschutz“: https://www.cop2cop.de/2020/05/22/dpolg-nrw-begruesst-die-einstufung-durch-den-berliner-verfassungsschutz/

DPolG NRW begrüßt die Einstufung durch den Berliner Verfassungsschutz von „Ende Gelände“ als linksextremistisch

Der Berliner Verfassungsschutz hat entschieden, dass das Bündnis „Ende Gelände“ als linksextremistisch einzustufen ist. Grüne und Linke in Berlin – aber auch die GdP NRW – kritisieren diese Entscheidung!

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender:

„Wir haben nicht vergessen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen sowie Mitarbeiter der RWE brutal und rücksichtslos angegriffen, mit Zwillen beschossen, mit Kot beworfen und verletzt wurden. Sachbeschädigungen jeglicher Art, Brandstiftungen, Schienen und Straßenblockaden, Schäden am Wald dabei gar nicht erwähnt. In Camps werden Strategien gegen polizeiliche Taktiken vermittelt, Identitätsfeststellungen nahezu unmöglich gemacht und, und, und…… -Friedlich geht anders-!“

„Als DPolG NRW finden wir die Entscheidung des Berliner Verfassungsschutzes mehr als richtig. Im Gegensatz zu Anderen steht die DPolG NRW hinter ihren Kolleginnen und Kollegen!“

„WDR online“ vom: 27.05.2020 – „Trotz Corona – NRW-Polizei schiebt Überstundenberg vor sich her“: https://www1.wdr.de/nachrichten/corona-polizei-ueberstunden-abbau-100.html

Trotz Corona - NRW-Polizei schiebt Überstundenberg vor sich her

- Trotz Geisterspielen genug Arbeit für die Polizei in NRW
- Neue Aufgaben durch Kontaktverbote und Corona-Betrug
- Polizei-Gewerkschaften sehen Nachholbedarf bei Digitalisierung

Keine Fußball-Großeinsätze, weniger Verkehrsunfälle und Straßenkriminalität in Nordrhein-Westfalen – auch für die Polizei ist die Pandemie eine ungewöhnliche Zeit. Eine ruhigere Zeit, in der Polizistinnen und Polizisten doch locker ein paar der zuletzt 5,6 Millionen Überstunden abbauen können – könnte man meinen.

Tatsächlich geht das nach Einschätzung der Gewerkschaften wenn überhaupt nur vereinzelt. Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, sagt , dass etwa bei der Bereitschaftspolizei zum Teil etwas weniger Arbeit anfällt als sonst.

"Corona-Zwangsurlaub" ist keine Option

Das NRW-Innenministerium macht aber in einer Stellungnahme gegenüber dem WDR am Dienstag (26.05.2020) darauf aufmerksam, dass die Polizei immer in der Lage sein müsse, sofort auf plötzlich eintretende Ereignisse zu reagieren. Polizistinnen und Polizisten wegen Corona in "Zwangsurlaub" zu schicken, sei deshalb keine Option. Das Ministerium geht immerhin davon aus, dass der Überstundenberg nicht weiter wächst.

Abschmelzen wird er aber wohl auch nicht. Zumal durch die aktuelle Situation neue Herausforderungen dazu gekommen sind, zum Beispiel mit Diebstählen von Schutzausrüstung

oder durch Betrüger, die die Angst vor dem Virus ausnutzen und für angebliche Coronatests hohe Summen abkassieren.

Unterstützung für Ordnungsämter

Polizisten und Ordnungsamt-Mitarbeiter gehen in Schutzanzügen in die Flüchtlingsunterkunft in Sankt Augustin.

Außerdem unterstützt die Polizei die Ordnungsämter, wenn Abstandsregeln nicht eingehalten werden wie zuletzt in Köln, wo der Brüsseler Platz geräumt werden musste. Bei der Durchsetzung des Kontaktverbots kann es auch dazu kommen, dass Polizisten angespuckt werden, mit dem Zusatz "Ich hab Corona."

Michael Maatz von der Gewerkschaft der Polizei sagt, dass das natürlich eine zusätzliche Belastung für die Polizistinnen und Polizisten sei. Er bekomme die Rückmeldung, dass so etwas zwar nicht gehäuft, aber zuletzt öfter passiere.

"Digitalisierung muss radikal nach vorne getrieben werden"

Schwierigkeiten gibt es aber nicht nur im Einsatz auf der Straße, sondern auch in den eigenen vier Wänden. Stichwort: Homeoffice.

Zuletzt hat sich laut GdP zwar viel getan, es gebe aber immer noch einen großen Rückstand bei der Digitalisierung, etwa wenn es darum gehe, von zu Hause auf sensible Daten zuzugreifen. "*Eine Lehre der Corona-Zeit ist schon jetzt, dass die Digitalisierung der Polizei in NRW radikal nach vorne getrieben werden muss*", sagt Maatz.

„Die Glocke online“ vom: 29.05.2020 – „Reul: Spuckattacken auf Polizei mit aller Schärfe ahnden“: https://www.die-glocke.de/blickindiewelt/nrw/Reul-Spuckattacken-auf-Polizei-mit-aller-Schaerfe-ahnden-2ffd8c53-f538-4e64-83ee-b3e0c6befe81-ds

Herbert Reul (CDU), Innenminister von Nordrhein-Westfalen, spricht im Landtag. Foto: Federico Gambarini/dpa/Archivbild

Düsseldorf (dpa/lnw) - Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul hat Spuckattacken auf Polizisten in der Corona-Pandemie scharf verurteilt. «Das Anspucken von Polizeibeamten ist strafrechtlich eine Beleidigung, in Corona-Zeiten möglicherweise sogar eine Körperverletzung oder eine gefährliche Körperverletzung», sagte der CDU-Politiker der «Rheinischen Post» (Donnerstag). «Diese Spuckerei ist Ausdruck einer tief sitzenden Missachtung des Staates und seiner Institutionen. Dem müssen wir einen klaren Riegel vorsetzen, indem wir das mit aller Schärfe verfolgen und ahnden. Niemand muss sich anspucken lassen.»

Auch der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, Erich Rettinghaus, sagte der Zeitung: «Wer andere gerade während der Corona-Krise absichtlich anspuckt, muss die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen.»

Nach Meinung des Vizelandesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei haben Spuck-Angriffe zugenommen - insbesondere gegen Polizisten. «Um es klar zu sagen: Früher hat es das in der Form und Häufigkeit nicht gegeben», sagte Michael Maatz dem Blatt.

„WDR aktuell online“ vom: 28.05.2020 – Ekelhaft und gefährlich: Spuckattacken in Zeiten von Corona“: https://www1.wdr.de/nachrichten/themen/coronavirus/spuckattacken-corona-100.html

Von Christian Wolf

- Häufung von Spuckattacken in Corona-Zeiten
- Opfern soll Angst vor Infizierung gemacht werden
- Forderung nach harten Strafen

Schon vor Corona-Zeiten waren sie ekelhaft und respektlos. Doch nun können sie auch noch gefährlich werden: Spuckattacken. Immer wieder kommt es vor, dass Menschen in der Öffentlichkeit von Fremden angespuckt werden.

In diesen Tagen häufen sich die Meldungen: So wurde in Bochum ein Supermarktmitarbeiter von einem Kunden angespuckt. In Oberhausen kam es zu einer Spuckattacke auf eine Busfahrerin. Und in Herne wurde eine Polizistin Opfer während einer Verkehrskontrolle.

Quarantäne nach Spuckattacke

Manchmal geht es schlicht darum, das Gegenüber herabzuwürdigen. In anderen Fällen wird bewusst mit der Angst gespielt. Denn es kommt vor, dass die Täter behaupten, sie seien mit dem Coronavirus infiziert. Einer WDR-Mitarbeiterin ist am Essener Busbahnhof genau das passiert. Um auf Nummer sicher zu gehen, musste sie in Quarantäne.

Harte Strafen gefordert

Besonders gefährdet sind Polizisten. Mit Spuckattacken wird sich immer wieder gegen die Beamten gewehrt. Schon vor Jahren zählte das NRW-Landeskriminalamt Hunderte solcher Vorfälle. Doch nun bekommen sie eine ganz andere Dimension.

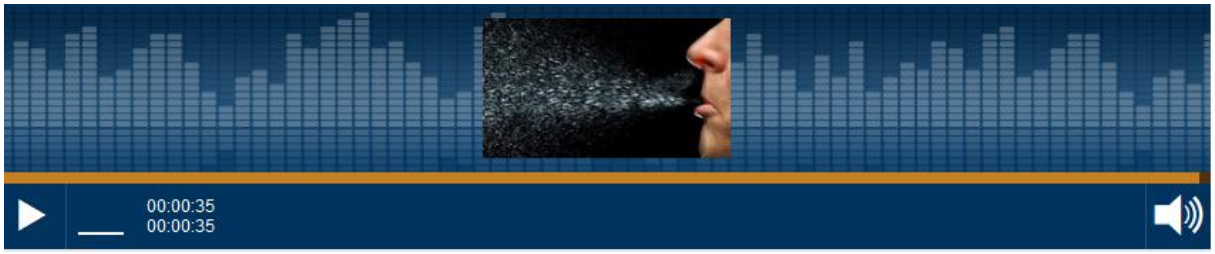
"*Anspucken geht schon zu normalen Zeiten gar nicht*", sagte Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, dem WDR. In Corona-Zeiten sei das noch schlimmer. Rettinghaus spricht von einem "*schwerwiegenden Tatbestand*". Allein schon die Androhung, dass man infiziert sei, erfülle diverse Tatbestände. "*Da muss man auch wirklich den Strafrahmen ausschöpfen."*

Unterstützung kommt von Innenminister Herbert Reul (CDU). "*Das Anspucken von Polizeibeamten ist strafrechtlich eine Beleidigung, in Corona-Zeiten möglicherweise sogar eine Körperverletzung oder eine gefährliche Körperverletzung*", sagte er der "Rheinischen Post". Solche Attacken seien Ausdruck einer "*tief sitzenden Missachtung des Staates und seiner Institutionen*".

Doch wie gefährlich können Spuckattacken in Zeiten des Coronavirus sein? Eine Übertragung über Speichel und Tröpfchen gilt laut Virologen als einer der Hauptwege für eine Infektion. Wer andere anspuckt, nimmt also in Kauf, dass die Person möglicherweise das Virus bekommt.

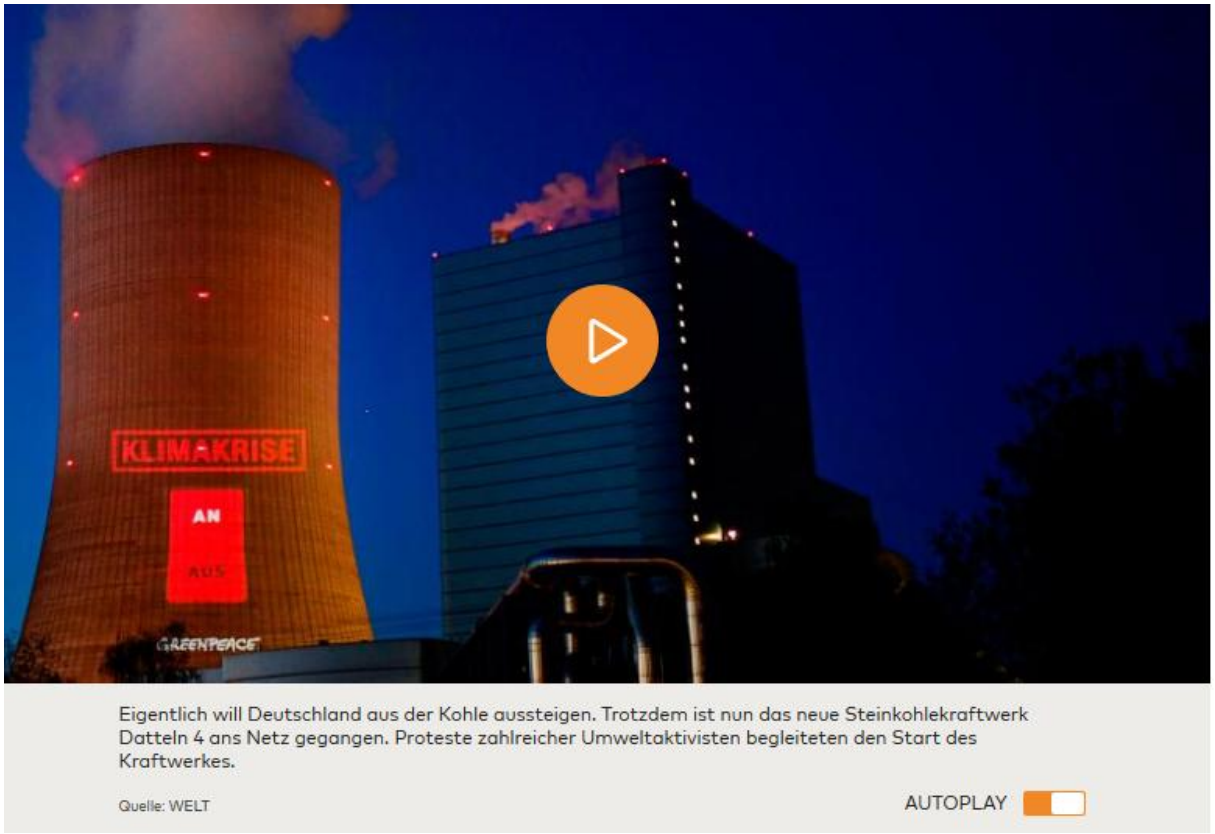
Bahnhofsangestellte nach Attacke gestorben

In Großbritannien hat es genau solch einen Fall schon gegeben. Eine Bahnhofsangestellte in London wurde von einem mutmaßlich mit dem Coronavirus infizierten Mann bespuckt und angehustet. Wenige Tage danach erkrankte die 47-Jährige und starb später in einem Krankenhaus.



Erich Rettinghaus zum Anspucken von Polizeibeamten WDR Studios NRW. 26.05.2020. 00:34 Min.. Verfügbar bis 04.06.2021. WDR Online

„Welt online“ vom: 02.06.2020 – „Klimaschutzbewegung – Linksextremisten suchen Anschluss“: https://www.welt.de/politik/deutschland/article208731147/Klimaschutzbewegung-Linksextremisten-suchen-Anschluss.html



*Von **Kristian Frigelj*** Korrespondent

Sicherheitsbehörden warnen, dass linke Extremisten über die Klimaschutzbewegung den Schulterschluss mit Gemäßigten suchen, um Legitimität zu gewinnen. Die umstrittene Gruppe „Ende Gelände“ sieht sich in ihrer Strategie bestätigt – und gibt das nächste Ziel aus.

Am Ende der Kundgebung standen die Protestierenden in Sichtweite des Kohlekraftwerks Datteln IV und zeigten ein Stoffbanner mit der roten Aufschrift „How dare you“ – das berühmte Zitat von Klimaschutz-Aktivistin Greta Thunberg: „Wie könnt ihr es wagen.“ Zwischen den Protestierenden und der riesigen Strom produzierenden Anlage mit dem rauchenden Kühlturm lag der Datteln-Hamm-Kanal, auf dem Polizeiboote patrouillierten.

Luisa Neubauer, Gesicht des deutschen Ablegers von Fridays for Future, war am vergangenen Wochenende in die nordrhein-westfälische Stadt Datteln gereist und verurteilte die Inbetriebnahme des umstrittenen Steinkohle-Kraftwerks. Aktivisten des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland, von Greenpeace und „Ende Gelände“ waren mit dabei.

Luisa Neubauer (vorne) in Datteln
Quelle: AFP

Einige Aktivisten sprangen in den Kanal, um eine einprägsame Actionszene zu liefern. Später, auf dem Fußmarsch zur Mahnwache, zog die Polizei mehrere Teilnehmer aus der Menge heraus. Die Beamten registrierten ihre Personalien, weil sie gegen das Vermummungsverbot verstoßen hatten. Sie trugen nicht nur den obligatorischen Corona-Mundschutz, sondern hatten sich mit Kapuze, Baseballkappe und Sonnenbrille komplett unkenntlich gemacht. Doch insgesamt verliefen die verschiedenen Kundgebungen mit mehreren Hundert Teilnehmern, abgesichert von zahlreichen Beamten, „friedlich und weitestgehend störungsfrei“, bilanzierte die Polizei.

„Ende Gelände“ schlug hingegen Alarm. In einem Video auf der Nachrichtenplattform Twitter wurde beklagt, die Polizei habe die Personen „brutal aus der Demo entfernt“. Andere Gruppen verbreiteten die Aufnahmen mit dem Zusatz „Polizeigewalt“, etwa die radikale „Interventionistische Linke“ (IL).

Beim Zusammenschluss „Ende Gelände“ und vielen seiner Unterstützer gehört die Ablehnung der Staatsmacht und des kapitalistischen Systems zur Grundhaltung – inklusive Konflikten mit der Polizei.

Mit Bienenkostüm gegen das Kohlekraftwerk: ein Demonstrant in Datteln
Quelle: dpa

Sicherheitsbehörden sind davon überzeugt, dass einige Anhänger die Grenze von legitimem Protest und verbaler Eskalation überschreiten und auch Straftaten begehen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus und damit einhergehender Gewalt besitzt bei Verfassungsschutz und Polizei bundesweit oberste Priorität. Doch sie sehen auch eine Radikalisierung im linken Lager und den verstärkten Versuch, staatsfeindliche Parolen in gemäßigte Gesellschaftskreise zu transportieren. Ähnlich äußert sich der Verfassungsschutz über die „Hygiene-Demos“, bei denen Rechtsextreme mit Verschwörungstheorien die Deutungshoheit in der Corona-Krise gewinnen und in die Mitte der Gesellschaft vordringen wollen.

Jüngst sorgte der Verfassungsschutz in Berlin für Aufsehen, weil er in seinem Verfassungsschutzbericht 2019 erstmals die etwa 30-köpfige Ortsgruppe „Ende Gelände“ als linksextremistisch einstuft. Es gebe starke personelle Übereinstimmungen mit der IL; Linksextremisten versuchten, „an die Klimaschutzbewegung anzudocken“ und eine Zusammengehörigkeit „zu konstruieren“, erläuterte Berlins Verfassungsschutzchef Michael Fischer Ende Mai im Ausschuss für Verfassungsschutz des Berliner Senats.

Es gehe der Gruppierung nicht nur darum, den Protest zu vereinnahmen, „sondern auf diesem Wege auch anschlussfähig gegen unser politisches System in der Bundesrepublik zu agitieren“. Fischer nannte beispielhaft den von „Ende Gelände“ propagierten Slogan „System change not climate change“, also: Systemwandel, nicht Klimawandel. Als Beleg, dass die Bewegung maßgeblich von Radikalen beeinflusst werde, gilt ein Statement auf der Homepage der IL: „Mit Ende Gelände haben wir ein unglaublich großes Ding geschaffen.“

Verfassungsschutz stuft Klima-Aktivisten als „linksextremistisch“ ein

Im Verfassungsschutzbericht 2019 werden die Umweltaktivisten der Gruppe „Ende Gelände“ als „linksextremistisch“ eingestuft. Das führt in der rot-rot-grünen Koalition in Berlin zu Streit. Quelle: WELT

Die Gruppierung „Ende Gelände“ besitzt keine klaren Strukturen oder ihr fest zurechenbare Personen. Deshalb ist sie nur schwer zu erfassen. Fischer war im Ausschuss um Differenzierung bemüht: Der Berliner Verfassungsschutz beobachte „dezidiert nicht die Klimaschutzbewegung“, die ein „gesellschaftlich essenziell wichtiges Anliegen“ verfolge, und bei „Ende Gelände“ gebe es nicht nur Linksextremisten.

„Ende Gelände“ kritisierte wiederum die Einstufung in der Bundeshauptstadt und betonte, im Zusammenhang mit seinen eigenen Massenaktionen gebe es bisher keine rechtskräftig verurteilten Klimaaktivisten. Auch erhob die Bewegung die Forderung, den Verfassungsschutz abzuschaffen. „Ende Gelände“ kann sich auf zahlreiche politische Unterstützer vornehmlich aus dem linken und grünen Lager berufen. Ihrem Aufruf, den Hashtag #Systemchangenotclimatechange in den sozialen Medien trenden zu lassen, schloss sich auch Fridays for Future an. In Datteln wurde die Solidarisierung zwischen den beiden Gruppen erneut demonstriert.

Vor allem der populäre Protest gegen die Rodung des Hambacher Forsts am Rande eines Braunkohleabbaugebiets hat „Ende Gelände“ in den vergangenen Jahren starke Aufmerksamkeit beschert und Gemäßigte sowie Extremisten einander nähergebracht. Als im Herbst 2018 mehrere Tausend Polizisten den widerrechtlich besetzten Wald räumten und Baumhäuser zerstörten, sahen beide Seiten die Eskalation als Beleg für die Richtigkeit ihres Aktivismus.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) wollte damals mit dem Einsatz seinen Willen zur Null-Toleranz-Strategie zeigen. Ihm gehe es dabei „um die Kriminellen, die im Wald sind, die Gewalttäter, die Straftäter, die andere Menschen angreifen, die Unsicherheit verbreiten“. Die Behörden hätten gemerkt, dass immer mehr kriminelles Personal auch aus dem Ausland in diesen Wald einsickert. Die Aktivisten konnten wiederum ihre Klage vom angeblich repressiven Staat mit Bildern von martialisch auftretenden Polizisten untermauern.

IL und „Ende Gelände“ sei es im Oktober 2018 gelungen, mehrere Tausend Menschen aus dem demokratischen Spektrum zur Teilnahme an Versammlungen gegen die Rodung des Hambacher Forstes zu mobilisieren, vermerkt der NRW-Verfassungsschutzbericht für 2018. „Faktisch kam es im Rahmen dieser sogenannten ‚Aktionen zivilen Ungehorsams’ wie bereits in

den Vorjahren zu einer Vielzahl von Straftaten wie Angriffen auf Polizeibeamte, Hausfriedensbrüchen im Tagebau und Kraftwerksblockaden.“ Im Zuge der Einsatzmaßnahmen zur Räumung von Barrikaden und Baumhäusern wurden Polizeikräfte von den Besetzern mit Steinen und Fäkalien beworfen.

Der Herbst 2018 gilt als „Kristallisationspunkt linksautonomer Gewalt“; immer wieder kam es am Hambacher Forst zu Sabotagen. Die Polizei musste Hunderte von Einsätzen absolvieren. Eine direkte Beteiligung von „Ende Gelände“ an Gewalt- und Straftaten wird nicht formuliert.

Bereits im Verfassungsschutzbericht 2015 war „ein stetiger Anstieg der Anzahl und der Gewaltbereitschaft bei Aktionen gegen den Tagebau Hambach im rheinischen Braunkohlerevier beobachtet“ worden. Damals wurden mehrtägige Großaktionen von „Ende Gelände“ erwähnt, die demokratische Umweltinitiativen sowie die radikale IL organisiert hätten.

Ein direkter Bezug von „Ende Gelände“ zu Gewalt- und Straftaten wird nicht formuliert. So führte auch die Einstufung des Berliner Verfassungsschutzes zu unterschiedlich gewichteten Stellungnahmen. Der stellvertretende Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW, Michael Maatz, findet, dass diese Bewertung der Situation „nicht gerecht werde“, wie er der „Neuen Westfälischen“ sagte. Einige Aktivisten der Gruppe „schrecken vor Straftaten nicht zurück“, das habe man im Hambacher Forst gesehen – aber die meisten der überwiegend jungen Aktivisten seien „friedlich unterwegs“.

Der innenpolitische Sprecher der nordrhein-westfälischen FDP-Landtagsfraktion, Marc Lürbke, kritisierte diese Akzentuierung: „Die Einschätzung der Polizeigewerkschaft erschüttert mich wirklich und geht leider an der Realität vollkommen vorbei.“ Das seien „diejenigen, die Polizeibeamte seit Jahren immer wieder hemmungslos und heimtückisch angreifen, mit Zwillen und Radmuttern beschießen, Polizeibeamte mit Kot übergießen oder in ‚Skillsharing-Camps‘ gezielt schulen, wie man Polizeiketten durchbricht, sich am besten Fingerkuppen abfeilt oder Schutzbewaffnung herstellt. Denen geht es nicht um Umweltschutz, sondern um das System.“

Die GdP NRW ergänzte später die Ausführungen von Landesvize Maatz mit einem Statement auf der Homepage und erwähnte eine rote Linie: „Wer Polizisten angreift, das Durchbrechen von Polizeiketten übt oder fremdes Eigentum beschädigt, überschreitet diese Linie. Wenn er dadurch in den Fokus des Verfassungsschutzes gerät, ist das einem eigenen Verhalten geschuldet.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft begrüßte die Entscheidung in Berlin. „Natürlich wird zwischen friedlichen und nicht friedlichen beziehungsweise gewaltbereiten Anhängern unterschieden. Das bedeutet aber auch im Umkehrschluss, dass sich die ‚friedlichen‘ auch aktiv von den ‚gewaltbereiten‘ distanzieren und trennen müssen“, sagte NRW-Landeschef Erich Rettinghaus.

Trotz solcher Kritik sieht sich „Ende Gelände“ in seiner Strategie bestätigt. Denn die Bundesregierung hat beim vereinbarten Kohleausstieg den Erhalt des Hambacher Forsts explizit festgeschrieben. Nun soll mit der gleichen Ausdauer wie bei der „Hambi bleibt“-Kampagne das Kohlekraftwerk Datteln IV verhindert werden. „Wir müssen und werden dafür sorgen, dass dieses Kraftwerk wieder vom Netz genommen wird“, sagte eine Vertreterin von „Ende Gelände“ bei der Kundgebung am Wochenende in Datteln. Es bleibt viel Konfliktpotenzial im linken Spektrum – und im linksextremistischen.

„RP online“ vom: 06.06.2020 – Elektronische Aufenthaltsüberwachung – Fußfessel in NRW kaum im Einsatz“: https://rp-online.de/politik/deutschland/elektronische-fussfessel-122-straftaeter-in-deutschland-werden-ueberwacht_aid-51505053

Ein Mann trägt eine elektronische Fußfessel (Archiv). Foto: Julian Stratenschulte/dpa/Julian Stratenschulte

Von Christian Schwerdtfeger Chefreporter

Düsseldorf: Nur sieben Straftäter werden in Nordrhein-Westfalen elektronisch überwacht. Bundesweit sind es 122. Warum das Instrument in NRW nur vergleichsweise selten zum Einsatz kommt, wirft Fragen auf.

Bundesweit werden derzeit 122 Personen mithilfe einer elektronischen Fußfessel überwacht, wie aus einer Auswertung des hessischen Justizministeriums (Stand 30. April) hervorgeht, die unserer Redaktion vorliegt. Das Justizministerium in Hessen erhebt die Zahlen, weil die bundesweite Fußfessel-Überwachungsstelle in einem Hochsicherheitsgefängnis im hessischen Weiterstadt angesiedelt ist.

Demnach werden derzeit in Bayern die meisten Personen mit einer elektronischen Fußfessel überwacht (30), gefolgt von den beiden ostdeutschen Bundesländern Sachsen (17) und Mecklenburg-Vorpommern (16). Es folgen Hessen (12), Baden-Württemberg (11), Nordrhein-Westfalen (7), Niedersachsen (6), Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit jeweils vier Fällen, Berlin, Schleswig-Holstein und Thüringen mit jeweils drei, Bremen und Rheinland-Pfalz mit zwei und schließlich Hamburg und das Saarland mit je einer Überwachungsanordnung.

Der NRW-Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus, fragt sich, wieso in NRW vergleichsweise wenige Straftäter Fußfesseln tragen. „Gemessen an der Größe des Bundeslandes und der Zahl der Straftaten sind sieben Fälle nicht gerade viel – zumal ein vergleichbares Bundesland wie Bayern mehr als viermal so viele Fälle hat“, so Rettinghaus. Erstaunlich sei auch, dass selbst die vergleichsweise dünn besiedelten ostdeutschen Länder Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern deutlich mehr Fußfesselträger als NRW hätten. „Es muss geklärt werden, woran das liegt. Wichtig ist aber auch, dass die Fußfesseln einwandfrei funktionieren und Alarm schlagen, wenn ein Täter den Wirkungsbereich verlässt“, betonte der Polizeigewerkschafter.

Das hessische Justizministerium teilte auf Nachfrage mit, dass sich bislang noch kein sogenannter Proband der Maßnahme entziehen konnte. „Die bisherigen Fälle der gewaltsamen Entfernung der Fußfessel wurden aufgrund der Überwachung unmittelbar bemerkt“, sagte ein Sprecher des Justizministeriums in Wiesbaden. Des Weiteren seien grundlegende Probleme mit der elektronischen Fußfessel nicht bekannt. Insgesamt wurden in Deutschland bislang 269 Personen auf diese Weise überwacht; bei den meisten handelte es sich um Gewalt- und Sexualstraftäter.

Die elektronische Fußfessel sendet mehrmals pro Minute ein GPS-Signal mit dem genauen Aufenthaltsort des Trägers an die Überwachungsstelle. Wird der vorgegebene Bewegungsspielraum verlassen, kontaktieren die Behörden den Träger in der Regel per Mobiltelefon. Obwohl die Gerichte in Nordrhein-Westfalen die Fußfessel vergleichsweise selten anordnen, sind die NRW-Sicherheitsbehörden von ihrem Nutzen überzeugt.

„Spiegel Panorama online“ vom: 09.06.2020 – „Polizeigewerkschaften zur Rassismus-Debatte – viele sind stinksauer auf Esken“: https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/polizei-gewerkschaften-zur-rassismus-debatte-viele-sind-stinksauer-auf-esken-a-381f22d7-628f-4b4d-8c1e-236967a9ee1d

SPD-Chefin Saskia Esken hat mit ihrer Aussage über die Polizei auch die Beamtinnen und Beamten verärgert. Interessenvertreter der Polizei weisen die Vorwürfe scharf zurück.

Leipzig im Juni 2020: Polizisten bei einer Demonstration zum Thema "Black Lives Matter"ArcheoPix/ imago images/Christian Grube

Die Parteivorsitzende der SPD Saskia Esken stößt mit einem Kommentar über angeblich rassistische Tendenzen in deutschen Polizeibehörden auf massive Kritik in Sicherheitskreisen. Esken hatte in einem Interview mit der Funke Mediengruppe behauptet, dass es auch in Deutschland einen "latenten Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte" gebe. Die SPD-

Chefin forderte eine Aufarbeitung von übermäßiger Gewaltanwendung und Rassismus von Beamtinnen und Beamten. Hintergrund der Aussage war die Debatte über rassistische Polizeigewalt in den USA nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd.

Unterschiedliche Polizeisysteme

Deutsche Polizeigewerkschafter zeigen sich entsetzt über Eskens Urteil. "Wir halten ihre Aussage für falsch und unnötig. Es gibt aus unserer Sicht keinen Anlass, die Ereignisse in den USA mit hiesigen Verhältnissen zu verknüpfen", sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Dietmar Schilff dem SPIEGEL. Zu einer vergleichenden Debatte gehöre "ein Köfferchen Basiswissen über die Grundlagen und Strukturen" der unterschiedlichen Polizeisysteme der beiden Länder, so Schilff. Allein die Ausbildungszeiten in den USA seien um ein Vielfaches kürzer als in Deutschland. Viele Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter absolvierten ein dreijähriges Studium, bevor sie hierzulande auf Streife gingen.

Auch der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Erich Rettinghaus kritisierte Eskens Vorwürfe scharf. "Frau Esken schafft eine Kultur des Misstrauens gegen unsere Polizei und stellt die ganze Polizei unter Generalverdacht", so Rettinghaus. Die Polizei habe einen zunehmend schwierigen Job zu erledigen. "Da können wir jede politische Unterstützung gebrauchen".

"Erst einmal kundig machen"

Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) Sebastian Fiedler. "Viele sind stinksauer auf Esken. Sie hätte gut daran getan, zuvor etwas intensiver nachzudenken und sich im Zweifel erst einmal kundig zu machen", so Fiedler. Die Behauptungen der SPD-Chefin seien entweder eine bodenlose Unverschämtheit oder eine politische Dummheit. In jedem Fall beschädigten sie das Ansehen der deutschen Polizei, so der Kriminalbeamte.

„RP online“ vom: 14.06.2020 – Umstrittenes Gesetz – NRW-Polizei soll nicht mehr in Berlin helfen“: https://rp-online.de/nrw/panorama/antidiskriminierungsgesetz-in-berlin-nrw-polizisten-sollen-nicht-nach-berlin_aid-51642103

Hundertschaften werden bei Demos oder Fußballspielen eingesetzt. Foto: dpa/Michael Kappeler

Düsseldorf/Berlin: Am Donnerstag befasst sich der Innenausschuss des Landtags mit den Folgen für NRW-Polizisten, die nach Berlin entsandt werden. Dort gibt es ein umstrittenes Antidiskriminierungsgesetz. Jeder Polizist laufe Gefahr, im Einsatz angezeigt zu werden, kritisiert die Gewerkschaft.

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter)

Wegen des umstrittenen Berliner Antidiskriminierungsgesetzes sollen Polizisten aus Nordrhein-Westfalen nicht mehr zu Einsätzen in die Bundeshauptstadt geschickt werden, fordern die beiden großen Polizeigewerkschaften in NRW. „Die gesamte Polizei wird unter Generalverdacht gestellt“, kritisierte Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Jeder Polizist läuft in Berlin Gefahr, im Einsatz angezeigt zu werden. Auch wenn er sich ganz korrekt verhalten hat, muss er den erhobenen Vorwurf widerlegen. Das kann nicht sein“, so Rettinghaus.

Das rot-rot-grüne Berliner Abgeordnetenhaus hatte das Landesantidiskriminierungsgesetz Anfang Juni beschlossen. Es soll Menschen vor Diskriminierung von Seiten der Behörden schützen und auch Schadenersatzansprüche gegen das Land Berlin möglich machen. Kritiker befürchten, es werde zu einer Klagewelle führen.

In NRW stößt das Berliner Gesetz auch auf politischer Seite auf Kritik. Auf Antrag der Landtagsabgeordneten Marc Lürbke (FDP) und Christos Katzidis (CDU) beschäftigt sich der Innenausschuss des Landtages am Donnerstag damit. „In NRW steht die Landesregierung hinter ihren Polizisten und begegnet ihnen mit Respekt, Wertschätzung und Fürsorge. Aufgrund des Berliner Gesetzes ist davon auszugehen, dass Einsätze häufiger konfrontativ oder mit unklaren Folgen für die Beamten verlaufen“, heißt es im Schreiben der beiden Innenexperten.

In NRW gibt es 18 Einsatzhundertschaften, die etwa bei Fußballspielen oder Demos im Einsatz sind. Sie künftig nicht mehr nach Berlin zu schicken, sei aber nicht ohne weiteres möglich, heißt es aus Polizeikreisen. „Aber es gibt andere Wege“, erklärt ein Insider. „Wenn eine Anforderung aus Berlin kommt, können wir behaupten, dass wir in NRW selbst so viel zu tun hätten und diese Kräfte deshalb selbst brauchen.“

„RP online“ vom: 25.06.2020 – „Ferien in Corona-Zeiten – Polizei warnt vor Missbrauch von Urlauber-Daten“ : https://rp-online.de/nrw/panorama/urlaub-in-corona-zeiten-polizei-warnt-vor-missbrauch-von-urlauber-daten_aid-51859315

Düsseldorf: Bei Restaurantbesuchen müssen Gäste ihre Daten hinterlassen. Die Polizei warnt davor, dass Kriminelle diese Adressen ausspähen könnten, um in Abwesenheit der Bewohner in deren Häuser einzubrechen.

Die Polizei warnt Touristen davor, im Urlaub allzu sorglos mit ihren Adressdaten umzugehen. „Man sollte aufpassen, dass Dritte in Restaurants keinen Blick auf die Angaben werfen können, die man wegen der Corona-Pandemie in Listen eintragen muss“, sagt Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Denn Kriminelle könnten die Adressen für Einbrüche nutzen. „Die Täter geben die Informationen auf den Listen an ihre Mittäter weiter, die dann die Adressen ausspähen und gegebenenfalls dort einbrechen. Sie wissen ja, dass die Familie nicht da ist, sondern weit entfernt in einem Restaurant sitzt“, sagt Rettinghaus.

„Die Listen sind so aufzubewahren, dass auf der einen Seite eine unbefugte Kenntnisnahme oder nachträgliche Veränderung ausgeschlossen wird“, sagt auch die Landesbeauftragte für Datenschutz, Helga Block. „Aber obwohl Restaurants dazu verpflichtet sind, sieht man immer wieder, wie offen die Listen mit Namen, Adressen und Telefonnummern zum Teil an Theken und Tresen herumliegen.“

Nach Angaben des Hotel- und Gaststättenverbandes Dehoga müssen sich Urlauber in Deutschland deswegen aber keine großen Sorgen machen. „Die Daten werden sicher und geschützt aufbewahrt“, sagt Thorsten Hellwig, Sprecher der Dehoga Nordrhein. Ein Wirt aus Düsseldorf, der anonym bleiben möchte, sagt aber: „Das Problem, dass Nichtbefugte die Listen einsehen und gegebenenfalls für ihre Zwecke ausnutzen können, ist nicht von der Hand zu weisen.“

Wegen der Corona-Pandemie sind Gaststätten dazu verpflichtet, Namen und Adressen ihrer Gäste aufzuschreiben und für eine bestimmte Zeit vorzuhalten. Im Fall einer Covid-19-Erkrankung sollen so Infektionsketten schneller nachverfolgt werden können. Auch die Gäste sind verpflichtet, korrekte Angaben zu machen. Die konkreten Regulierungen unterscheiden sich in Deutschland jedoch in den einzelnen Bundesländern.

(csh)

„General-Anzeiger online“ vom: 02.07.2020 – „Beleidigungen und Bedrohungen – in NRW steigt die Zahl der Übergriffe auf Lokalpolitiker“: https://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/in-nrw-steigt-die-zahl-der-uebergriffe-auf-lokalpolitiker_aid-51980335

Beleidigungen und Bedrohungen gegen Politiker häufen sich in den letzten Jahren. Foto: dpa/Paul Zinken

Düsseldorf :Trotz verschärfter Sicherheitsvorkehrungen hat es im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen die meisten Straftaten gegen kommunale Amts- und Mandatsträger gegeben, seit 2016 die Erhebung der Daten begann.

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter)

Wie das NRW-Innenministerium unserer Redaktion mitteilte, gab es im Jahr 2019 landesweit 52 Fälle. 2018 hatte die Zahl bei 43 gelegen, 2017 bei 44. 2016 waren erst 31 Fälle erfasst worden.

Zu den Straftaten des vergangenen Jahres gehören nach Angaben des Innenministeriums insgesamt 16 Fälle von Beleidigung. Außerdem gab es unter anderem acht Bedrohungsdelikte und vier Fälle von Volksverhetzung, dreimal wurden Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet. Anfang dieses Jahres hatte der Fall des Kamp-Lintforter Bürgermeisters Christoph Landscheidt (SPD) Aufsehen erregt. Er hatte wegen Bedrohungen durch Rechtsextreme einen Waffenschein beantragt, diesen Antrag aber wieder zurückgezogen.

Prävention: Wegen der wachsenden Bedrohung haben das Landeskriminalamt und das nordrhein-westfälische Innenministerium eine Liste mit Sicherheitshinweisen für Personen des öffentlichen Lebens aufgelegt.

Hotline: Für den Notfall gibt es sogar eine Rufnummer bei der Polizei, die für die Politiker 24 Stunden am Tag erreichbar ist.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) verurteilte die Übergriffe. „Es macht mich wütend, dass es mittlerweile immer mehr zu verbalen und sogar körperlichen Bedrohungen kommt. Diese Form der Gewalt ist auch ein Angriff auf unsere demokratischen Strukturen und unser gesellschaftliches Selbstverständnis.

Kein Respekt gegenüber Amtspersonen

Dem müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen“, forderte Reul. Für den Präsidenten des Städte- und Gemeindebunds NRW, Roland Schäfer (SPD), ordnen sich die steigenden Zahlen in einen allgemeinen Trend ein. „Das beobachten wir auch bei der Polizei, der Feuerwehr und den Rettungskräften. Wir sehen einen Verlust von Respekt vor Amtspersonen und ein Ausleben von Emotionen; man hält sich nicht mehr an Selbstdisziplin“, sagte Schäfer, der auch Bürgermeister von Bergkamen bei Dortmund ist. Er betonte, es gebe Einschüchterungsversuche, die juristisch nur schwer greifbar seien.

„Es ist vorgekommen, dass vor dem Haus eines Amtskollegen plötzlich fünf bis sechs kräftige Männer standen und einfach nur guckten“, berichtete Schäfer. „In einem anderen Fall hat einer zu einem Kommunalpolitiker an der Gartentür gesagt, dass er heute seine Tochter zur Schule bringen wolle.“ Wegen solcher Erlebnisse zögen sich manche aus der Politik zurück.

Corona verstärkt die Hetze

Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD), sagte, dass die Hetze auch durch die Corona-Krise zunehme. „Unzufriedene äußern leider ihre Verbitterung und Verärgerung über politische Entscheidungen zum Teil hemmungslos, vor allem im Internet“, sagte Jung. Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, geht davon aus, dass es noch mehr Fälle gibt. Die lägen aber vermutlich häufig „im niederschwelligen Bereich“ und würden von den Betroffenen nicht angezeigt.

„Die lokalen Politiker müssen sich dem Staat anvertrauen, damit man konsequent dagegen vorgehen kann“, appellierte Mertens. Sein Kollege Erich Rettinghaus, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, forderte mehr rechtliche Befugnisse, um gegen die Verfasser von Hassmails vorgehen zu können. „Die IP-Adressen müssen länger gespeichert werden können, um die Täter ermitteln zu können. Wir dürfen den Datenschutz nicht zu hoch hängen.“

„RP online“ vom: 23.07.2020 – „Weniger Polizeistellen – SPD kritisiert Stellenabbau bei Polizei“: https://rp-online.de/nrw/panorama/weniger-stellen-bei-der-polizei-in-duisburg-spd-schreibt-brandbrief-an-reul_aid-52365775

Sarah Philipp,SPD-Landtagsabgordente aus Duisburg, hat wegen des Stellenabbaus bei der Duisburger Polizei einen Brandbrief an NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) geschrieben. Foto: SPD Foto: SPD

***Duisburg*:** Ausgerechnet in der Clanhochburg Duisburg soll Personal gestrichen werden. Bis auf vier bekommen alle 47 Polizeibehörden des Landes ab September mehr Personal – im Durchschnitt knapp zwölf Stellen mehr.

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter)

Das Polizeipräsidium Duisburg gehört trotz massiver Clankriminalität und einer Rekordzahl an Mordkommissionen zu den Behörden, die nicht nur leer ausgehen, sondern sogar fünf Stellen abbauen müssen. Aus Sicht der SPD eine falsche Entscheidung. „Dass ausgerechnet Duisburg weniger Personal bekommen soll, klingt eigentlich wie ein schlechter Scherz. Zumal unsere Polizei hier mit besonderen Herausforderungen zu kämpfen hat“, sagte die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, Sarah Philipp, unserer Redaktion. Die Entscheidung sei blanker Hohn. „Das ist auch keinem Bürger auf der Straße zu verkaufen“, betonte Philipp. Die „Null-Toleranz“-Strategie der Landesregierung gegen Kriminalität sei damit „leider nur eine Worthülse“. Gemeinsam mit drei weiteren SPD-Landtagsabgeordneten, darunter der ehemalige NRW-Innenminister Ralf Jäger, hat sie einen Brandbrief an NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) geschrieben. Darin fordern sie ihn auf, die Entscheidung noch einmal zu überdenken. „Noch im vergangenen Monat hatte der Duisburger Oberbürgermeister dazu mit Ihnen (gemeint ist Innenminister Reul, Anm. d. Red.) gemeinsam die Kooperationsvereinbarung Ruhr zur Bekämpfung der Clankriminalität unterzeichnet. Umso mehr ist die Ankündigung über die Kräfteverteilung bedauerlich und nicht nachvollziehbar“, schreiben die SPD-Politiker.

Der grundsätzliche Personalzuwachs bei der Polizei ist laut NRW-Innenministerium auf ein deutliches Plus bei den Einstellungen der Polizeibeamten und Regierungsbeschäftigten in jüngster Zeit zurückzuführen. „Die Berechnung der Planstellen ist sehr kompliziert. Trotz der Mehreinstellungen fehlen trotzdem überall Kräfte, zumal es immer Einsatzschwerpunkte wie die Bekämpfung von Kinderpornografie gibt“, sagte Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Rettinghaus betonte, dass man aber nicht vergessen dürfe, dass in Duisburg zusätzlich noch eine Hundertschaft stationiert sei.

„Behörden-Spiegel online“ vom: 12.08.2020 – „Langzeitarbeitskonten kommen“: https://www.behoerden-spiegel.de/2020/08/12/langzeitarbeitskonten-kommen/

Bei der nordrhein-westfälischen Polizei werden nun Langzeitarbeitskonten eingeführt. (Foto: BS/Anne Garti, www.pixelio.de)

Bei der nordrhein-westfälischen Polizei können in Zukunft Langzeitarbeitskonten genutzt werden. Damit haben Polizisten die Möglichkeit, bis zu einem Jahr Arbeitszeit anzusparen. Sie kann dann entweder zur Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit oder eine längere freie Phase von bis zu sechs Monaten am Stück innerhalb eines Jahres verwendet werden.

Die Langzeitarbeitskonten sollen bereits vorhandene Gleitzeitkonten sowie andere Konten zur Zeiterfassung ergänzen. Teilnehmen können alle Polizeibeamte. Nicht genutzt werden kann das Instrument durch Kommissar-Anwärter, da sie sich noch in der Ausbildung befinden. Ab dem 60. Lebensjahr kann der Zeitausgleich nur in Anspruch genommen werden, wenn der Mitarbeiter weiterhin mindestens 50 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit erbringt. Die flexiblere Arbeitszeitgestaltung muss jeweils mit dem Vorgesetzten abgestimmt und mit den Aufgaben vereinbar sein. Weitere Details zu den Langzeitarbeitskonten, die Teil einer Attraktivitätsoffensive für den Öffentlichen Dienst und bereits im Koalitionsvertrag vereinbart sind, werden momentan in einer Arbeitsgruppe zwischen den beteiligten Ressorts, den Gewerkschaften und den Berufsverbänden abgestimmt.

Innenminister Herbert Reul (CDU) erklärte: “Die Polizisten sorgen tagtäglich für die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Im Einsatz und bei den Ermittlungen werden von ihnen viel Flexibilität und Ausdauer verlangt.” Als Arbeitgeber müsse das Land nun genauso flexibel sein und den Beschäftigten attraktive Lösungen für eine bessere Work-Life-Balance bieten.

Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Erich Rettinghaus, sagte: “Wir begrüßen die Ankündigung von Innenminister Herbert Reul,

Langzeitarbeitszeitkonten bei der Polizei in NRW einzuführen, außerordentlich. Von flexiblen Lösungen der Arbeitszeit versprechen wir uns eine deutliche Entschärfung der vorhandenen Millionen von Mehrdienststunden bei den Kolleginnen und Kollegen, aber auch eine erhöhte Attraktivität des Polizeiberufes generell." Ziel sei nicht nur ein möglicher früherer oder arbeitszeitreduzierter Eintritt in den Ruhestand, sondern auch die Möglichkeit insgesamt die Lebensarbeitszeit beidseitig flexibler zu gestalten.

„Aachener Zeitung online" (17.08.2020) - „Neues Lagebild – Ausmaß der Clan-Kriminalität gestiegen": https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/ausmass-der-clan-kriminalitaet-gestiegen_aid-52799989

Herbert Reul (CDU), Innenminister von Nordrhein-Westfalen, schaut sich einen Einsatz gegen Clankriminalität in Duisburg an. Foto: dpa/Christoph Reichwein

Düsseldorf/Essen: Das von der Polizei festgestellte Ausmaß der Clan-Kriminalität hat in Nordrhein-Westfalen nochmal zugenommen. Die Ermittler gehen inzwischen von 111 kriminellen Clans aus, die im Bundesland ihr Unwesen treiben.

Von Frank Christiansen

Das von der Polizei registrierte Ausmaß der Clan-Kriminalität ist in Nordrhein-Westfalen deutlich angestiegen. Das geht aus einem neuen Lagebild hervor, das NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am Montag in Düsseldorf vorgestellt hat.

Gegenüber dem bundesweit ersten Clan-Lagebild aus dem Vorjahr stieg die Zahl der Straftaten um 12,7 Prozent und die der Verdächtigen mit Clan-Hintergrund um 13,4 Prozent. Auch die Zahl der kriminellen Familienclans ist größer geworden: Inzwischen gehen die Ermittler in NRW von 111 kriminellen Clans aus. Im Vorjahr waren es 104.

Da die Polizei im Gegensatz zum Vorjahr inzwischen auch Verkehrsdelikte von Clan-Angehörigen mitzählen, ergeben sich dadurch sogar Steigerungen der Straftaten- und Verdächtigenzahlen von je rund einem Drittel. Für 2019 führen die Ermittler nun 3800 Verdächtige und 6100 Straftaten mit Clan-Hintergrund auf.

Obwohl es sich um Clans mit türkisch-arabischem Hintergrund handelt, stieg der Anteil der Verdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit von 36 auf 51 Prozent, gefolgt von Libanesen mit 17 Prozent und Türken mit 12 Prozent. Etliche Verdächtige hätten auch zwei Staatsbürgerschaften.

Hochburg der kriminellen Clan-Aktivitäten wie Raub, Erpressung und Straftaten gegen das Leben sei die Ruhrgebietsstadt Essen. 70 Prozent der Taten spielten sich in einem Radius von fünf Kilometern um den Wohnort der Verdächtigen ab.

Das Spektrum reiche von Zwangsprostitution, Drogenhandel, illegalen Glücksspielautomaten bis zu betrügerischen Schlüsseldiensten.

Inzwischen habe jedes fünfte Verfahren gegen die Organisierte Kriminalität in NRW einen Clan-Bezug. Der mutmaßliche Tatertrag liege in diesen Fällen bei 6,4 Millionen Euro. 1,4 Millionen Euro seien abgeschöpft worden.

Bei Verfahren wegen Drogenhandels gegen Clan-Mitglieder seien unter anderem drei Kilogramm Heroin sichergestellt worden. Im vergangenen Jahr kam es bei Ermittlungen gegen Clans zu 570 Festnahmen.

Am vergangenen Wochenende waren bei einer Razzia gegen Clan-Kriminalität in sechs NRW-Städten 1500 Polizisten im Einsatz. Reul warnte vor Vorverurteilung: „Viele Menschen, die einen der Clan-Namen als Familiennamen tragen, leben ohne Fehl und Tadel“, sagte er. Der NRW-Innenminister verteidigte die aufwendigen Polizeimaßnahmen zugleich als „Strategie der 10.000 Nadelstiche“. „Clan-Kriminalität ist keine Kleinkriminalität“, sagte Reul erneut.

„Das Lagebild ist enttäuschend. Bisher ist kein einziger Boss verhaftet worden“, kritisierte der SPD-Fraktionsvizechef im Landtag, Sven Wolf. „Innenminister Reul darf sich nicht nur auf die Laufburschen konzentrieren. Er muss endlich auch bei den Bossen an der Tür klingeln und ihnen den Geldhahn zudrehen.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft begrüßte das Vorgehen gegen die Familienclans. „Die Ergebnisse der Razzien sprechen für sich und hinterlassen einen nachhaltigen Eindruck“, so Landeschef Erich Rettinghaus.

Es sollte aber auch in Deutschland eine Obergrenze für Bargeldgeschäfte eingeführt werden, wie es sie schon lange in anderen EU-Ländern gebe. Auch die Vorratsdatenspeicherung und eine genauere Funkzellenauswertung wären hilfreich.

„Um die Macht der Clans über ganze Stadtteile zu brechen, brauchen wir einen sehr langen Atem“ der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Mertens. Der Großteil der in NRW lebenden Clan-Mitglieder sei bereits vor über 30 Jahren nach NRW gekommen, ohne sich jemals zu integrieren.

(dpa)

„RP online“ vom: 18.08.2020 – „Lagebild Clankriminalität 2019 – Clans in der gleichen Liga wie die Mafia“: https://rp-online.de/nrw/panorama/lagebild-clankriminalitaet-2019-clans-in-der-gleichen-liga-wie-die-mafia_aid-52813599

Am Wochenende durchsuchte die Polizei in Duisburg Räumlichkeiten von Clan-Mitgliedern Foto: Christoph Reichwein (crei)

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter)

„Als ob ich Angst vor Ihnen hätte. Ich steche hier alle ab. Ich hau Sie kaputt“, soll Ömer (Name geändert) als Elfjähriger zu Beginn seiner kriminellen Karriere zu seinen Lehrern in der Schule gesagt haben. Der heute 19-Jährige hat nach Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) seitdem 72 Straftaten begangen – und das sind nur die polizeibekannten. Die Liste seiner Verfehlungen reicht von Ladendiebstahl, Raub und gefährlicher Körperverletzung bis zu Erpressung, Unterschlagung und Sozialbetrug. In diesem Jahr ist er zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Ömer ist Mitglied eines kriminellen arabischen Familienclans in NRW, deren Mitglieder im vergangenen Jahr laut „Lagebild Clankriminalität“ landesweit 6104 Straftaten begangen haben – und damit 584 mehr als im Jahr davor; ein Anstieg um 12,7 Prozent. Hinzu kommen 925 sogenannte Verkehrsstraftaten wie Fahren unter Drogen- und Alkoholeinfluss und illegale Autorennen, die von Clan-Mitgliedern begangen worden sind; diese Zahlen sind erstmalig ins Lagebild eingeflossen. Die Liste der begangenen Straftaten wird angeführt von sogenannten Rohheitsdelikten (31, acht Prozent) wie gefährlicher Körperverletzung. Es folgen Betrug (15,4 Prozent) und Diebstahl (14 Prozent).

Nach Darstellung des 35 Seiten umfassenden Berichts hat die Polizei 3779 Tatverdächtige ermitteln können – und damit 33,4 Prozent mehr (inklusive Verkehrsdelikte) als in der vorherigen Erhebung. Etwa 80 Prozent der Tatverdächtigen sind männlich und meist zwischen 26 und 30 Jahre alt. Mehr als die Hälfte (51,1 Prozent) der Tatverdächtigen besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit; es folgen Libanesen (16,9 Prozent), Türken (12,4 Prozent) und Syrer (12,2 Prozent).

Schwerpunkt der Clankriminaliät sind nach wie vor das Ruhrgebiet (Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Bochum, Recklinghausen und Oberhausen), mit Abstrichen das Rheinland (Düsseldorf und Köln) sowie Teile des Kreises Mettmann sowie neuerdings auch Wuppertal. Es

geht um Macht und Einfluss. „Die Familienehre gilt es um jeden Preis zu verteidigen. Es gilt das Gesetz des Stärkeren. Der Stärkere setzt sich durch“, erklärt LKA-Chefermittler Thomas Jungbluth. „Wer die Familie nicht verteidigen kann, bei dem schwindet das Ansehen innerhalb des Clans“, sagt er.

Die Tatverdächtigen verteilen sich auf 111 Clans – sieben mehr als im Jahr davor. Die Sicherheitsbehörden leiteten gegen sie 15 Ermittlungsverfahren wegen Organisierter Kriminalität (OK) ein; ein Fünftel aller sogenannter OK-Verfahren in NRW. „Die Clans spielen in der gleichen Liga wie die italienische Mafia“, sagt NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU).

Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, wünscht sich im Kampf gegen die kriminellen Strukturen mehr rechtliche Möglichkeiten. Vorrangig muss das Vermögen nachhaltig abgeschöpft werden, beschlagnahmte Vermögenswerte unterliegen dem Verfall und dürfen nicht wieder ausgehändigt werden“, sagte Rettinghaus. Außerdem sprach er sich für eine konsequentere Rückführung von Straftätern ohne deutsche Staatsbürgerschaft aus. Auch Michael Mertens, NRW-Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, fordert mehr gesetzliche Möglichkeiten für die Polizei. „Dringend erforderlich ist vor allem eine Beweislastumkehr. Wer ein dickes Auto fährt oder Immobilien kauft, obwohl er von Hartz IV lebt, muss beweisen, dass er das Geld für den Kauf ehrlich erworben hat, und nicht umgekehrt“, so Mertens.
Die SPD nannte das Lagebild enttäuschend. „Bisher ist kein einziger Boss verhaftet worden. Es geht jetzt darum, die richtigen Schlüsse aus der Lage zu ziehen“, sagte Sven Wolf, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW. „Das bedeutet: Innenminister Reul darf sich nicht nur auf die Laufburschen konzentrieren. Er muss endlich auch bei den Bossen an der Tür klingeln und ihnen den Geldhahn zudrehen.“

Reul hat den Kampf gegen die Clans zur Chefsache erklärt; seit etwa zwei Jahren gehen die Sicherheitsbehörden in NRW entschieden gegen die Strukturen vor; regelmäßig finden Razzien und Durchsuchungen statt wie zuletzt am vergangenen Wochenende. Die Sicherheitsbehörden versuchen, insbesondere Frauen und Jugendliche aus den Strukturen herauszuholen, damit sie nicht solche kriminellen Karrieren wie Ömer einschlagen. „Bisher haben wir 21 Personen für Präventionsprogramme gewinnen können“, so Reul.

„Cop2Cop online“ vom: 18.08.2020 – „Konzept zur Bekämpfung der Clankriminalität in NRW“ : https://www.cop2cop.de/2020/08/18/konzept-zur-bekaempfung-der-clankriminalitaet-in-nrw/

Konzept zur Bekämpfung der Clankriminalität in Nordrhein-Westfalen greift. Jetzt gilt es nicht nachzulassen und dringend erforderliche, weitere Maßnahmen zur nachhaltigen Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf den Weg zu bringen.

Dazu der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus:

“Jetzt gilt es nicht nachzulassen im Kampf gegen die organisierte Clankriminalität. Wir begrüßen das Vorgehen von Innenminister Herbert Reul, den Druck auf Familienclans weiter zu erhöhen. Die Ergebnisse der Razzien sprechen für sich und hinterlassen einen nachhaltigen Eindruck. Der Dank für den Erfolg gilt allen Kolleginnen und Kollegen, welche an den Ermittlungen und Einsätzen beteiligt waren und sind, wie auch für alle anderen Behörden im Kampf gegen Clankriminalität.

Um aber nachhaltiger und effektiver gegen Clans und organsierte Kriminalität vorgehen zu können, brauchen wir weitere, verbesserte Möglichkeiten. Vorrangig muss das Vermögen nachhaltig abgeschöpft werden; beschlagnahmte Vermögenswerte unterliegen dem Verfall und dürfen nicht wieder ausgehändigt werden. Auch in der Regierungskommission “Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen” haben wir uns intensiv mit der Clankriminalität beschäftigt. Es gilt die Forderungen und Anregungen aus dem Abschlussbericht zeitnah umzusetzen.

Die Einführung einer Bargeldobergrenze für bestimmte Bargeldgeschäfte, wie es sie schon lange in anderen EU-Ländern gibt, wäre ein erster Schritt. Ebenso die längere Speicherung von Verbindungsdaten und eine Verbesserung der Technik zur Genauigkeit der Funkzellenauswertung. Hilfreich und nötig wäre die Abschaffung des Zeugnisverweigerungsrechts für den Status “Verlobte” und die Ausweitung der Katalogstraftaten hinsichtlich der Telekommunikationsüberwachung und der Erhebung der Verkehrsdaten (§§ 100a und 100g StPO) für die Straftatbestände Zuhälterei und Zwangsprostitution.

Auf der Wunschliste weit oben ist die Einführung einer Beweislastumkehr und eine eigene Zuständigkeit des Verfassungsschutzes (wie es sie bereits in einigen Bundesländern gibt) für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität; werden doch immer öfter Zusammenhänge zwischen der organisierten Kriminalität – mit all ihren Erscheinungsformen – und der politisch motivierten Kriminalität erkannt.”

„Westfalen-Blatt online“ vom: 20.08.2020 – „Anstieg auf 143.500 Fälle – Reul: „Das ist ein echtes Problem“ – Immer mehr Unfallfluchten“: https://www.westfalen-blatt.de/Ueberregional/Nachrichten/Themen-des-Tages/4254556-Anstieg-auf-143.500-Faelle-Reul-Das-ist-ein-echtes-Problem-Immer-mehr-Unfallfluchten

NRW-Innenminister Herbert Reul Foto: dpa

Düsseldorf: (WB). Seit 2015 steigen die Zahlen der Fahrerfluchten nach Verkehrsunfällen kontinuierlich an. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) bereitet die Entwicklung Sorgen. Die Aufklärung der Fälle ist nun ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit.

Von Christian Schwerdtfeger

Es ist etwa 23.45 Uhr, als der Smart am 1. August auf der A46 in Fahrtrichtung Neuss gegen ein Verkehrsschild prallt und sich überschlägt. Der 62-jährige Fahrer und seine 53-jährige Beifahrerin überleben den Unfall schwer verletzt. Es stellt sich heraus, dass der Smart wahrscheinlich von einem anderen Fahrzeug gerammt worden sein muss und deswegen von der Fahrbahn abgekommen ist. Der mutmaßliche Unfallverursacher flüchtet. Thomas Gerlach, ein Freund der Verunglückten, startet auf Facebook einen Zeugenaufruf.

Innerhalb weniger Tage wird der Artikel auf der Kommunikationsplattform fast 11.000 Mal geteilt. „Damit habe ich nicht gerechnet. Es sind sogar Hinweise eingegangen, denen die Polizei nachgegangen ist oder es noch tut“, sagt er.

Unfallfluchten befinden sich in Nordrhein-Westfalen auf einem traurigen Höchststand. Demnach stieg die Zahl in dem Zeitraum (2015 bis 2019) von 127.600 auf 143.500 Fälle. Im überwiegenden Teil blieb es bei Blechschäden. Aber auch die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden stieg in den fünf Jahren von 5418 (2015) auf 5639 (2019).

Schwerpunkt der NRW-Polizei

„Die steigende Zahl von Unfallfluchten ist ein echtes Problem. Da geht es nicht nur um Sachschäden in Millionenhöhe, da werden Menschen verletzt und sogar getötet“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion. Deshalb sei die Aufklärung von Unfallfluchten auch ein Schwerpunkt der NRW-Polizei geworden, so Reul. Die Polizei ermittele in diesen Fällen mit großem Aufwand und hartnäckig – besonders dann, wenn Personen zu Schaden gekommen seien. „Ständig sensibilisieren wir alle Verkehrsteilnehmer, die Augen aufzuhalten, etwa durch Kampagnen wie ‚Unfallflucht ist unfair‘. Ich kann nur davor warnen, sich einfach aus dem Staub zu machen. Denn Unfallflucht ist kein Kavaliersdelikt“, betonte Reul.

Verkehrsunfallfluchten werden im Strafgesetzbuch als Straftaten eingestuft. Manchmal enden sie sogar tödlich. „Es ist daher geboten, sie mit dem gleichen Aufwand, wie er beim Vorliegen schwerer Kriminalstraftaten betrieben wird, zu verfolgen“, sagt Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Gerade Unfallfluchten mit verletzten oder getöteten Personen sind daher von speziell ausgebildeten Unfallaufnahme-Teams und von qualifizierten Sachbearbeitern durch gezielte Ermittlungsarbeit aufzuklären“, fordert er. Oftmals stecke hinter der Unfallflucht auch ein weiteres Motiv. „Manche Täter sind betrunken oder haben gar keinen Führerschein“, sagt er.

Im Fall des verunglückten Smarts auf der A46 geht die Polizei zunächst nicht von Fremdeinwirkung aus. Das ändert sich erst, als sich Thomas Gerlach einschaltet und selbst den Unfallort anschaut. „Ich habe mir das genau angeguckt und Spuren gesichert wie einen Außenspiegel eines anderen Fahrzeugs“, sagt er. Mit seinen Erkenntnissen geht er zur Polizei. Diese schickt daraufhin die Spurensicherung. „Dann hat auch die Polizei ihre Meinung geändert“, sagt Gerlach und hofft, dass der mutmaßliche Unfallverursacher noch gefasst wird. Zeugen sollen sich bei der Polizei melden. Die beiden Opfer befinden sich nicht mehr im Krankenhaus.

Quelle: www.dpolg-nrw.de vom: 03.09.2020 - „DPolG im Innenausschuss – effektive Kriminalprävention durch eine Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit“: https://www.dpolg-nrw.de/aktuelles/news/effektive-kriminalpraevention-durch-eine-staerkung-der-sozialraumorientierten-polizeiarbeit-antrag-der-fraktion-buendnis-90-die-gruenen-drucksache-17-7750/

Effektive Kriminalprävention durch eine Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Drucksache 17 / 7750

Foto: E. Fiegel

Nach bereits ausgefallener Präsenzveranstaltung im März 2020 wurde diese nun heute nachgeholt.

Für die DPolG standen der Landesvorsitzende, Erich Rettinghaus, und der stellvertretende Vorsitzende, Michael Habeck, den Abgeordneten Rede und Antwort.

„RP online“ vom: 08.09.2020 – „Viele Händler sitzen in den Niederlanden – Corona fördert Online-Drogenhandel“: https://rp-online.de/nrw/panorama/drogenhandel-im-internet-floriert-polizei-registriert-tausende-faelle_aid-53217131

Beschlagnahmte Drogen in NRW (Archivbild). Foto: dpa/Henning Kaiser

Berlin/Düsseldorf: Fahnder aus NRW beobachten, dass die Krise die Verlagerung des illegalen Geschäfts ins Netz beschleunigt. Im Shutdown stieg der Umsatz massiv. Viele Täter sitzen in den Niederlanden.

Von Gregor Mayntz und Christian Schwerdtfeger

Der illegale Handel mit Betäubungsmitteln verlagert sich immer mehr ins Internet und speziell ins sogenannte Darknet. Im vergangenen Jahr registrierte die Polizei in NRW nach Angaben des Innenministeriums 5681 Fälle von Drogenhandel im Netz; zwei Jahre zuvor waren es 3061. Im Vergleich zu 2018 ging die Zahl der registrierten Fälle zwar um 7,6 Prozent zurück, Experten erklären sich das allerdings vor allem mit erhöhten Vorsichtsmaßnahmen bei den Tätern. Zudem dürfte es eine hohe Dunkelziffer geben, sagt Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Wie der Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, am Dienstag in Berlin mitteilte, hat der Onlinehandel mit Drogen in der Coronakrise noch weiter zugenommen. Demnach stieg im Shutdown der Umsatz auf 16 einschlägigen Onlinebörsen mit illegalen Drogen um 30 Prozent. „Es gab keine Knappheit auf dem Markt“, stellte Münch fest. Der schon vorher unübersehbare Trend zum Drogenhandel per anonymer Online-Absprache und diskretem Postversand habe sich damit durch die Corona-Kontaktbeschränkungen deutlich beschleunigt, so der BKA-Chef.

Info
Darknet – der verborgene Teil des Internets

Definition Im Darknet kann man sich fast komplett anonym bewegen. Der Bereich wird von Menschen genutzt, die viel Wert auf Privatsphäre legen – aber auch von Kriminellen.

Zugang Der Zugang ist über eine Anonymisierungssoftware wie zum Beispiel „Tor“ möglich.

Die Täter im Bereich des Online-Drogenhandels entsprechen laut NRW-Innenministerium nicht mehr dem Typus des klassischen Dealers, der sich in der offenen Drogenszene bewegt. „Onlinehändler sind häufig gebildet und haben gute IT-Kenntnisse“, sagte ein Sprecher des Ministeriums. Demnach wird Rauschgift im Darknet auf einer Vielzahl von Marktplätzen angeboten, die in ihrem Aufbau Verkaufsportalen wie Amazon, Zalando oder Ebay ähnelten. „Auf diesen Marktplätzen sind Verkäufer gelistet, die ihr Angebot in den verschiedenen Kategorien mit Bildern anbieten. Als Zahlungsmittel werden digitale Währungen, oftmals Bitcoin, aber auch andere Kryptowährungen verlangt“, erklärte der Sprecher. Der Versand erfolge per Post; die Kommunikation sei verschlüsselt. „Diese Art des Warenaustauschs ist sehr beliebt, weil beide Seiten anonym bleiben können“, sagte er.

Den illegalen Onlinehandel dominieren vor allem niederländische Anbieter. „In den Untergrundhandelsforen des Darknets gilt ein Bezug zu den Niederlanden als Gütesiegel“, so der Sprecher des NRW-Innenministeriums. Die Polizei habe im vergangenen Jahr 60 Prozent der verfolgten Straftäter identifizieren können, die im großen Stil Handel trieben, sagte Münch.

In Deutschland ist die Drogenkriminalität nach Angaben Münchs im neunten Jahr in Folge angestiegen. Bei fast zwei von drei festgestellten Drogendelikten geht es um Cannabis. Doch beobachten Fahnder beim Kokain mit 12,2 Prozent Steigerungsrate die größte Zunahme im vergangenen Jahr. Von insgesamt 359.747 Drogendelikten entfielen 20.107 auf Kokain, fast doppelt so viele wie auf Heroin (10.901). Einzig die Zahl der Straftaten im Zusammenhang mit Crystal Meth ging um knapp vier Prozent auf 9.960 zurück. Die Drogenbeauftragte Daniela Ludwig führte dies auf Informationskampagnen zur Vorsorge zurück.

Die Rauschgiftproduktion wird insbesondere in Nordrhein-Westfalen zunehmend auch zu einem Umweltproblem. Bereits mehrfach haben niederländische Produzenten, aber auch Großlabore aus NRW umweltbelastende Abfälle aus der Drogenerzeugung in der Grenzregion illegal entsorgt.

„RP online“ vom: 17.09.2020 – „29 Beamte unter Verdacht – rechtsextreme Chatgruppen bei NRW-Polizei entdeckt“: https://rp-online.de/nrw/panorama/polizei-nrw-rechtsextreme-chatgruppen-entdeckt-razzia-gegen-polizisten_aid-53384251?utm_campaign=share?utm_source=mail&utm_campaign=share&utm_medium=referral&utm_medium=referral&utm_source=mail

NRW-Innenminister Herbert Reul bei einer Pressekonferenz in Düsseldorf. Foto: dpa/Marcel Kusch

Essen: In Nordrhein-Westfalen sind zahlreiche Polizisten aufgeflogen, die sich untereinander rechtsextreme Nachrichten in Chatgruppen geschickt haben sollen. Es wurden unter anderem Bilder von Adolf Hitler und von Hakenkreuzen gefunden. Am Mittwoch gab es in mehreren Städten Razzien.

Bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen werden 29 Beamte verdächtigt, an mindestens fünf rechtsextremen Chat-Gruppen beteiligt gewesen zu sein. Das teilte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am Mittwoch in Düsseldorf auf einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz mit. Alle Polizisten seien sofort vom Dienst suspendiert worden. Reul sprach von einer „Schande für die Polizei“: „Rechtsextreme und Neonazis haben bei der Polizei in NRW nichts zu suchen.“

In den Chats seien 126 Bilddateien mit strafrechtlich relevanten Inhalten entdeckt worden, darunter Bilder von Adolf Hitler, Hakenkreuzen und Reichskriegsflaggen sowie eine fiktive Darstellung eines Flüchtlings in einer Gaskammer. Eine Chatgruppe sei schon im Jahr 2013 gegründet worden. „Dieser Fall trifft die nordrhein-westfälische Polizei bis ins Mark“, sagte Reul. „Es ist ein Schlag ins Gesicht für die Mehrzahl der 50.000 Polizisten, Beschäftigen bei der Polizei und Regierungsangestellten. Sie sind jetzt zu recht wütend und traurig und sie sind zurecht fassungslos – genauso wie ich. Nicht nur für die Bürger, sondern auch für sie werden wir diesen Skandal aufarbeiten.“

Seit Mittwochmorgen wurden insgesamt 34 Polizeidienststellen und Privatwohnungen in Duisburg, Essen, Moers, Mülheim und Oberhausen durchsucht. Mehr als 200 Ermittler waren bei den Razzien im Einsatz. Die Behörden ermitteln wegen der Verbreitung und des Empfangens rechtsextremistischer Propaganda gegen 11 der 29 Beamten. Bei ihnen gibt es damit einen strafrechtlichen Tatverdacht. Die Ermittler gehen davon aus, dass die

Beschuldigten aktiv Inhalte in die Gruppen eingestellt haben. In allen elf Fällen wurden Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt. Zudem wurden weitere drei Durchsuchungsbeschlüsse in Disziplinarverfahren beim Verwaltungsgericht Düsseldorf erwirkt. „Das ist eine sehr schwerwiegende Maßnahme im Disziplinarverfahren und wird nur in ganz herausragenden Fällen vorgenommen“, erklärte Michael Frücht, Leiter der Polizeiausbildung.

Bei den 14 Betroffenen liegen Anhaltspunkte vor, die so schwer wiegen, dass sie möglichst ein Dienstverbot auf Lebenszeit erhalten sollen, hieß es weiter. Bei ihnen sei laut Ermittlern nicht zu erwarten, dass sie in Zukunft noch einmal dazu befähigt sein könnten, als Polizisten zu arbeiten.

Der Ursprung der Ermittlungen liegt in einem anderen Verfahren gegen einen jetzt auch beschuldigten 32-jährigen Polizisten. In diesem Verfahren wird dem Mann vorgeworfen, Dienstgeheimnisse an einen Journalisten gegeben zu haben. Ende August wurde die Wohnung des Beamten durchsucht. Dabei stellten die Ermittler auch sein Handy sicher und stießen auf die jetzt im Mittelpunkt stehenden Bilder und Chatgruppen. Am 3. September informierte Bochums Polizeipräsident das NRW-Innenministerium, dass auf dem Handy Chatinhalte gesichert wurden, die den Anfangsverdacht von Straftaten begründeten. Bei der Auswertung wurden dann unter anderem Hitler-Abbildungen und Hakenkreuze entdeckt.

„Wir hatten bisher ein einziges Handy, von dem wir alle Informationen haben. Heute haben wir weitere Handys dazubekommen“, teilte Herbert Reul mit. „Es ist definitiv zu viel, um von Einzelfällen zu sprechen. Aber ich sage auch so klar: Es ist definitiv zu wenig, um von einem strukturellen Problem der Polizei zu sprechen.“ Wahrscheinlich werde man durch Auswertung der nun sichergestellten Handys Hinweise auf weitere Chat-Teilnehmer finden, sagte Reul.

Bei den 15 übrigen Beamten reichte die Beweislage für Durchsuchungsbeschlüsse nicht aus. Gegen diese Polizisten wurden aber Disziplinarmaßnahmen eingeleitet. „Hier besteht der dringende Verdacht von schweren Dienstpflichtverletzungen“, sagte Reul. „Die Ermittler gehen bei ihnen davon aus, dass sie die Bilder empfangen haben. Ob wirklich jeder dieser Beamten die Bilder angesehen hat, ist Gegenstand der Ermittlungen.“

Der NRW-Innenminister kündigte ein konsequentes Vorgehen gegen die Beschuldigten an. „Das dürfen die Verfassungsfeinde, die in unseren Reihen sind, durchaus als Drohung empfinden. Ich werde den Kampf gegen Rechtsextremismus in den eigenen Reihen mit der gleichen Entschlossenheit und der gleichen Ausdauer führen wie den Kampf gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie.“ Reul kündigte eine Sonderinspektion für das vor allem betroffene Polizeipräsidium Essen an. Zudem werde er einen Sonderbeauftragten für rechtsextremistische Tendenzen in der nordrhein-westfälischen Polizei berufen. Er werde alles in seiner Macht stehende dafür tun, „diese Menschen aus dem Dienst zu entfernen“, sagte Reul über die betroffenen Beamten.

Der nun bekannt gewordene Fall wurde demnach von der Polizei selbst aufgedeckt. Am 3. September sei eine Sonderkommission gegründet worden. „Wir haben entschieden, einschneidende Konsequenzen für die Polizei zu treffen“, sagte Reul.

Mit großem Entsetzen hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf das Vorhandensein einer rechtsextremen Chatgruppe im Polizeipräsidium Essen reagiert. „Die Bekämpfung des Rechtsextremismus gehört zur DNA der Polizei“, betonte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz unmittelbar nach Bekanntwerden der schwerwiegenden Vorwürfe gegen die Essener Beamten. „Die Polizistinnen und Polizisten haben in Deutschland eine zentrale Rolle bei der Entwicklung einer liberalen, weltoffenen Gesellschaft gespielt. Sie stehen für den Schutz unserer demokratischen Rechte. Dass es trotzdem Beamte gibt, die in Chatgruppen rechtsradikale, fremdenfeindliche Inhalte teilen, ist unerträglich.“

Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, erklärte: „Die Polizeigewerkschaft distanziert sich klar gegen rechtes Gedankengut innerhalb der Polizei – wie auch gegen jedes andere extremistische Gedankengut. Die Polizei muss neutral sein und sich

stets auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegen. Zudem ist die Polizei auch ein Spiegel der Gesellschaft; der absolute Großteil der Kollegen lebt und verkörpert diese Werte. Natürlich gilt die Unschuldsvermutung für alle – so auch für die jetzt beschuldigten Polizeibeamten – bis zum Abschluss der Ermittlungen. Diese gilt es nun abzuwarten und Vorverurteilungen zu unterlassen."

Auch Daniela Lesmeister, Abteilungsleiterin bei der Polizei in NRW, äußerte sich bestürzt: „Ich bin entsetzt über die Abgründe, die sich aufgetan haben. Wir wussten aus der Vergangenheit, dass es hier und da mal extremistisches Gedankengut leider auch in der NRW-Polizei gibt. Aber diese Dimension macht mich und auch die erfahrenen Führungskräfte im Ministerium sprachlos."

Christos Katzidis, innenpolitischer Sprecher der CDU NRW, sagte: „Dass diejenigen, die unsere Werte schützen und verteidigen sollten, sie stattdessen wohl mit Füßen getreten haben, ist skandalös. Wenn sich der Verdacht gegen die Beamten erhärtet, gibt es für sie in der nordrhein-westfälischen Polizei keinen Platz mehr – und das gilt auch für alle, die womöglich geschwiegen und die Täter gedeckt haben. Korpsgeist dürfen und werden wir hier nicht dulden."

Der innenpolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Marc Lürbke, erklärte: „Wir müssen als Politik und Gesellschaft deutlich machen, dass es keinen Millimeter Platz für Rassismus und Intoleranz in unserer Gesellschaft gibt. Das gilt ganz besonders bei unserer Polizei. Denn Polizeibeamte schwören einen Eid auf unsere Verfassung. Unsere Bürger müssen vertrauen, dass Polizeibeamte in besonderer Weise unsere Verfassung achten. Dieser Eid- und Vertrauensbruch ist daher ein schwerer Tiefschlag in die Magengrube des Rechtsstaats."

Sebastian Hartmann, Vorsitzender der NRW-SPD sagte: „Wir brauchen eine schonungslose Aufklärung der Vorgänge und Null Toleranz gegen die Feinde unserer demokratischen Gesellschaft und Verfassung. Erst recht bei Repräsentanten des Staates und bewaffneten Uniformträgern. Die Behörden müssen genau hinschauen, den Ermittlern alle erforderlichen Ressourcen geben und in enger Abstimmung mit den Personalräten eine Strategie zur konsequenten Aufdeckung der Netzwerke entwickeln."

„Migazin online" vom: 17.09.2020 – „übelste rassistische Hetze – Ermittlungen gegen rechtsextremes Netzwerk bei der Polizei in NRW": https://www.migazin.de/2020/09/17/ermittlungen-gegen-rechtsextremes-netzwerk-bei-der-polizei-in-nrw/

"Übelste Hetze": NRW-Innenminister Reul äußert sich entsetzt über ein rechtsextremes Chat-Netz in der Polizei. 29 Beamte wurden suspendiert. Die Polizei ermittelt nun mit einer Sondereinheit in den eigenen Reihen. Die Besetzung erntet Kritik.

Polizei auf einer Demonstration (Archiv) © Martin Krolikowski @ flickr.com (CC 2.0), bearb. MiG

In Nordrhein-Westfalen laufen Ermittlungen wegen Rechtsextremismus in den Reihen der Polizei. Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte am Mittwoch in Düsseldorf, dass 34 Polizeidienststellen und Privatwohnungen in Duisburg, Essen, Moers, Mülheim, Oberhausen durchsucht worden seien. Die Durchsuchungsbeschlüsse richteten sich demnach gegen Polizisten, denen das Versenden und Empfangen von rechtsextremistischer Propaganda in privaten WhatsApp-Chatgruppen vorgeworfen wird.
„Wir reden hier von übelster und widerwärtigster neonazistischer, rassistischer und flüchtlingsfeindlicher Hetze“, sagte der Innenminister. Mindestens 126 Bilddateien zeigten strafrechtlich relevante Inhalte wie zum Beispiel Bilder von Hitler und Hakenkreuzen. Zudem seien auch Bilder mit der fiktiven Darstellung eines Flüchtlings in der Gaskammer eines Konzentrationslagers zu sehen sowie eine verächtlichmachende Darstellung der Erschießung von Menschen mit schwarzer Hautfarbe.

Reul: Keine Einzelfälle mehr

„Ich muss Ihnen sagen, dass mich dieser Vorgang sprachlos macht und, seitdem ich davon weiß, nicht mehr loslässt“, sagte Reul und ergänzte: „Ich habe lange gedacht, ich habe gehofft, es wären Einzelfälle. Aber inzwischen ist mir klar: Es sind nicht nur einzelne Fälle. Erst Hamm, dann Aachen, jetzt Mühlheim. Das ist zu viel. Das ist mir zu viel. Da kann ich nicht mehr von einzelnen Fällen reden. Wir müssen damit rechnen, dass weitere Fälle dazukommen.“

Im Verdacht stehen den Angaben zufolge 29 Polizistinnen und Polizisten, die alle vorläufig vom Dienst suspendiert wurden und gegen die alle ein Disziplinarverfahren eröffnet wurde, in 14 Fällen mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst. Bis auf weiteres darf keiner der Betroffenen die Polizeiuniform tragen oder ein Dienstgebäude betreten. Dienstausweis und Waffen mussten abgegeben werden.

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) forderte eine lückenlose Aufklärung. „Polizistinnen und Polizisten stehen für den Schutz unserer Demokratie“, sagte Lambrecht den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Daran darf es nicht den geringsten Zweifel geben, auch und gerade im eigenen Interesse der Polizei.“ Deshalb müssten die Vorfälle mit allem Nachdruck untersucht und aufgeklärt werden: „Wenn sich die Vorwürfe erhärten, müssen die Fälle konsequent geahndet werden.“ Das sei wichtig für das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Werte des Grundgesetzes, „für die die Polizistinnen und Polizisten jeden Tag einstehen“, betonte sie.

29 Polizeibeamte betroffen

Unter den 29 Betroffenen sind allein 25 Beamte, die zum Polizeipräsidium Essen gehören, wie Reul erläuterte. Ein Beamter sei im Landeskriminalamt tätig, ein weiterer im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten, zwei im Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste.

Bereits am 3. September wurde die Sonderkommission „Parabel“ eingerichtet, die mit 200 Mitgliedern in der Sache ermittelt. „Das ist also, auch wenn es komisch klingt, das einzig Erfreuliche an diesen schrecklichen Vorgängen: Der Fall wurde durch die Polizei selbst aufgedeckt“, sagte Reul.

Sonderbeauftragter berufen

Für das vor allem betroffene Polizeipräsidium Essen wurde eine Sonderinspektion angeordnet. Darüber hinaus beruft der Minister mit Uwe Reichel-Offermann, bislang stellvertretender Leiter der Verfassungsschutzabteilung, einen „Sonderbeauftragten rechtsextremistische Tendenzen in der nordrhein-westfälischen Polizei“. Er soll zunächst ein Lagebild zum Rechtsextremismus in der Polizei erstellen.

In den sozialen Netzwerken erntete die Personalie Reichel-Offermann Kritik. Maximilian Pichl etwa schrieb im Kurznachrichtendienst Twitter: „Toll, Uwe Reichel Offermann hat schon im #NSU Untersuchungsausschuss NRW demonstriert, dass er an einer rechtsstaatlichen Aufklärung von Rechtsterrorismus eigentlich kein Interesse hat – zu den meisten Fragen der Abgeordneten sagte er damals nix. Der findet bestimmt was raus.“

Polizeigewerkschaft distanziert sich

Der Essener Polizeipräsident Frank Richter äußerte sich bestürzt. Wer rechtes Gedankengut verbreite oder sich mit solchen Inhalten identifiziere, habe in der Polizei keinen Platz. Dieses Handeln stehe im Gegensatz zu dem pflichtbewussten und verfassungskonformen Einsatz der Mitarbeiter, die sich mit großem Engagement für die innere Sicherheit einsetzten.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft in NRW distanzierte sich am Mittwoch von rechtem Gedankengut innerhalb der Polizei. „Die Polizei muss neutral sein und sich stets auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegen“, erklärte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus. Auch die Gewerkschaft der Polizei in NRW reagierte mit Entsetzen. Dass es Beamte gebe, die in Chatgruppen rechtsradikale fremdenfeindliche Inhalte teilen, sei unerträglich. *(epd/mig)*

„RP online“ vom: 17.09.2020 – „Debatte im Landtag – Politik debattiert über Polizeiskandal“: https://rp-online.de/nrw/landespolitik/der-polizei-skandal-in-nrw-weitet-sich-aus_aid-53415493

NRW-Innenminister Reul unterrichtet den Landtag über Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Polizei. Foto: Rolf Vennenbernd/dpa Foto: dpa/Rolf Vennenbernd

Düsseldorf Nach den rassistischen Chats fordert Minister Reul eine neue Kultur in den Behörden. SPD und Grüne im Düsseldorfer Landtag verlangen Aufklärung durch unabhängige Wissenschaftler.

Von Kirsten Bialdiga und Christian Schwerdtfeger

Der Polizei-Skandal um rechtsextremistische Chats und Bilder in NRW weitet sich aus. Eine weitere Polizistin sei vom Dienst suspendiert worden, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am Donnerstag. Es handele sich um die Lebensgefährtin eines Chatgruppen-Mitglieds. Zudem bestehe ein Verdacht wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz und das Waffenrecht.

Damit erhöht sich die Zahl der Verdächtigen auf 30. Dazu Reul: „Das kann noch mehr werden." Die Polizisten, zumeist aus Mülheim, sollen teils bereits seit 2012 in fünf Chatgruppen rechtsextremistische Symbole und Fotomontagen, etwa Erschießungen von Menschen mit dunkler Hautfarbe oder Flüchtlinge in Gaskammern, ausgetauscht haben.

Das Ganze habe ein Ausmaß und eine Abscheulichkeit, die er nicht für möglich gehalten habe, sagte der Innenminister und räumte ein: „Vielleicht haben wir die Dimension unterschätzt." Er kündigte radikale Aufklärung an und ein Konzept zur Prävention: „Wir brauchen eine neue Kultur in der Polizei." Tags zuvor hatte er bereits einen Sonderermittler berufen.

SPD-Innenexperte Sven Wolf forderte im Landtag darüber hinaus eine unabhängige wissenschaftliche Studie, wie auch das internationale Auschwitz-Komitee sie empfehle. Ähnlich äußerte sich Verena Schäffer von den Grünen. Die Forderung nach einer Studie begründete sie zugleich damit, dass rassistische Einstellungen gravierende Auswirkungen auf die Ermittlungsarbeit von Polizisten hätten. Zu lange habe sich die Landesregierung bei dem Thema „Rechtsextremismus in der Polizei" zurückgehalten.

Erich Rettinghaus, NRW-Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagte: „Wir müssen erst die Ermittlungen abwarten. Sollten dann die Fakten überwiegen, die für eine wissenschaftliche Studie sprechen, sollte man sich nicht dagegen verwehren." Die Deutsche Polizeihochschule solle die Studie mit externen Experten durchführen.

„Spiegel Panorama online“ vom: 16.09.2020 – „Rechtsextreme Chatgruppen der NRW-Polizei – Hetzer auf der Wache“:
https://www.spiegel.de/panorama/justiz/polizei-essen-rechtsextreme-chatgruppen-aufgeflogen-hetzer-auf-der-wache-a-027c5519-694c-4bd3-9150-0c6d843e03a3?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph

Verdächtige Polizisten, fünf Chatgruppen, abscheuliche Nachrichten: Ein Polizeiskandal erschüttert Nordrhein-Westfalen. Es ist nicht der erste, doch er ist besonders weitreichend - und könnte für Innenminister Reul gefährlich werden.

Von Jörg Diehl, Lukas Eberle, Fidelius Schmid und Jean-Pierre Ziegler

Polizist (Symbolbild): 29 Beamtinnen und Beamte unter Verdacht Foto: Klubovy / Getty Images

Um sechs Uhr morgens schwärmten am Mittwoch mehr als 200 Polizisten in Nordrhein-Westfalen zu einer wohl beispiellosen Operation aus. Im Fokus der Beamten der Soko „Parabel“: Kollegen von der Polizei.

Sie durchsuchten deren Wohnungen und Dienststellen in Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Moers und Selm. Orte, wo diese Kollegen leben und arbeiten, 29 Polizistinnen und Polizisten. Sie sollen rechtsextreme Nachrichten in fünf Chatgruppen empfangen oder abgeschickt haben. "Tiefbraune Sauce", nennt ein mit dem Fall vertrauter Beamter die geteilten Inhalte.

Nordrhein-Westfalen erlebt einen Polizeiskandal, dessen Ausmaß noch nicht absehbar ist. Klar ist: Nicht zum ersten Mal fallen Polizisten mit rechtsextremen Einstellungen auf. Doch diesmal deutet sich ein eklatantes Führungsversagen an. Und der Fall dürfte wegen seiner Dimension das Vertrauen in die Sicherheitskräfte besonders stark untergraben.

„Cop2Cop online“ vom: 18.09.2020 – „Polizeipräsidium Essen: Verdacht auf rechtsextreme Chatgruppe von Polizisten“: https://www.cop2cop.de/2020/09/18/polizeipraesidium-essen-verdacht-auf-rechtsextreme-chatgruppe-von-polizisten/

Dazu der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus:„Die DPolG NRW distanziert sich klar gegen rechtes Gedankengut innerhalb der Polizei – wie auch gegen jedes andere extremistische Gedankengut. Die Polizei muss neutral sein und sich stets auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegen.

Zudem ist die Polizei auch ein Spiegel der Gesellschaft; der absolute Großteil der Kolleginnen und Kollegen lebt und verkörpert diese Werte.

Natürlich gilt die Unschuldsvermutung für alle – so auch für die jetzt beschuldigten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten – bis zum Abschluss der Ermittlungen. Diese gilt es nun abzuwarten und Vorverurteilungen zu unterlassen.“

„RP online“ vom: 18.09.2020 – Thema: „Polizei-Skandal in NRW – Gewerkschaften weisen Forderung nach externer Kontrolle zurück“ – Link: https://rp-online.de/nrw/panorama/polizei-skandal-in-nrw-gewerkschaften-gegen-externe-kontrolle_aid-53437271

Zwei Polizisten im Einsatz (Symbolbild) Foto: dpa, frg fpt

Düsseldorf :30 Polizisten wurden in NRW suspendiert, weil sie in rechtsextremen Chatgruppen unterwegs gewesen sein sollen. Forscher fordern unabhängige Kontrollinstanzen für die Polizei – bei den Gewerkschaften will man davon nichts wissen.

Von Marlen Keß

Nachdem bei der NRW-Polizei mehrere Chatgruppen mit rechtsextremen Inhalten aufgeflogen sind, fordern Experten unabhängige Kontroll- und Meldeinstanzen. Der Kreislauf, dass auch in solchen Fällen Polizisten gegen Polizisten ermitteln, müsse durchbrochen werden, sagt der

Polizeiwissenschaftler Rafael Behr von der Akademie der Polizei in Hamburg. Dass die Gruppen so lange nicht aufgeflogen seien, habe auch mit den ehernen Gesetzen zu tun, die unter Polizisten gelten, so Behr: „Kollegenverrat ist eine Todsünde in der Polizistenkultur.“ Es müsse deshalb anonyme Hinweissysteme und eine Institution mit Ermittlungskompetenz außerhalb der Polizei geben.

Wegen der Chatgruppen wurden laut NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) 30 Polizisten vorläufig vom Dienst suspendiert, 14 Beamte sollen ganz aus dem Dienst entfernt werden. Am Mittwoch waren bei Hausdurchsuchungen unter anderem Mobiltelefone und Festplatten beschlagnahmt worden. Zudem kündigte Reul an, den Verfassungsschützer Uwe Reichel-Offermann als Sonderbeauftragten zu rechtsextremistischen Tendenzen bei der NRW-Polizei einzusetzen.

Der Anwalt eines der betroffenen Polizisten, Volker Schröder, kritisierte am Freitag, dass es keinen externen beziehungsweise neutralen Ansprechpartner für Polizisten gebe, der Hinweise auf rechtsextreme Umtriebe aufnehmen könnte. Nur so könnten Beamte Tipps geben, ohne selbst in den Vorgängen aufzutauchen. Sein Mandant sei nicht rechtsradikal und bezeichne sein Verhalten als „große Gedankenlosigkeit.“

Auch andere Experten wie der Bochumer Kriminologe Tobias Singelnstein und der Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Sebastian Fiedler, sprachen sich für eine bessere Kontrolle des Polizeiapparats durch unabhängige Stellen aus. Am Freitag kündigte der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Thüringens Ressortchef Georg Maier (SPD) an, in den SPD-regierten Bundesländern eine Studie zu Rassismus in der Polizei anzustoßen – notfalls auch ohne die unionsregierten Länder, die solche Forderungen bislang überwiegend zurückweisen. Auch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) lehnt eine solche Studie auf Bundesebene weiter ab. Er sagte der „Süddeutschen Zeitung“, der Vorgang bei der NRW-Polizei tue zwar weh, die Mehrheit der Polizisten stehe aber zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Von den Landesverbänden der Polizeigewerkschaften in NRW heißt es auf Anfrage, man halte die Einführung einer unabhängigen Kontrollinstanz für nicht zielführend. „Es gibt Extremismusbeauftragte in jeder Polizeibehörde“, sagt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in NRW, Michael Maatz, „wir kriegen das innerhalb der Polizei geregelt.“ Es gebe bereits jetzt zahlreiche Instrumentarien zur Evaluierung, zum Beschwerdeeingang und zur Verfolgung von Amtsdelikten, erklärt die Deutsche Polizeigewerkschaft NRW.

Auch das NRW-Innenministerium hält externe Überprüfungsinstanzen derzeit nicht für notwendig. Die Erkenntnisse des von Reul eingesetzten Sonderbeauftragten sollen nach Angaben einer Ministeriums-Sprecherin die Grundlage für weitere Handlungen bilden. „Niemandem aber ist damit geholfen, ohne Erkenntnisbasis Strukturen zu schaffen, von denen man nicht weiß, was sie bringen, zumal jede Polizeibehörde bereits eine Extremismusbeauftragte oder Extremismusbeauftragten hat“, teilte sie auf Anfrage mit. „Der Minister ist überzeugt, dass wir methodisch und überlegt vorgehen müssen, er will keinen blinden Aktionismus, der politisch-ideologisch motiviert ist. Dafür ist ihm das Thema zu wichtig.“

Für Rafael Behr, der seit vielen Jahren zu Organisationskultur und sozialer Kontrolle bei der Polizei forscht, geht das nicht weit genug. „Wenn derjenige aus dem Sicherheitsapparat selbst kommt, wird er auch nach dessen Logik arbeiten und vor allem prüfen, was strafrechtlich relevant ist“, sagt Behr. Dies greife in einem solchen Fall aber zu kurz: „Rassistische, demütigende, entmenschlichende Aussagen sind eine Frage der Haltung und der Moral.“ Das Gewaltmonopol der Polizei gehe mit einer großen Verantwortung einher, sie dürfe sich moralisch nicht angreifbar machen und müsse jetzt daran arbeiten, das gesellschaftliche Vertrauen wieder aufzubauen.

(mit Material der dpa)

„Cop2Cop“ vom: 15.10.2020 – „Gemeinsamer Gesprächstermin zwischen Erich Rettinghaus und dem neuen Direktor des LZPD“:
https://www.cop2cop.de/2020/10/15/gemeinsamer-gespraechstermin-zwischen-erich-rettinghaus-und-dem-neuen-direktor-des-lzpd-nrw/

Am 13.10.2020 fand ein gemeinsames Treffen zwischen dem Landesvorsitzenden Erich Rettinghaus und dem Direktor des LZPD NRW, Thomas Roosen, statt.

Im Namen der DPolG wünschte Erich Rettinghaus dem neu ernannten Direktor alles Gute, viel Erfolg und stets eine glückliche Hand bei allen anstehenden Entscheidungen.

Themen waren u. a. natürlich das Vorgangsbearbeitungssystem “Viva”, “Mobicom”, Basecaps und Polohemden als weitere Features der Uniform sowie diverse – das LZPD und die Polizei NRW betreffende – aktuelle Themen; von IT bis zu Liegenschaften des LZPD.

Fest steht: Das LZPD – mit all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern -, leistet hervorragende Arbeit, welche in der Außenwirkung oftmals nicht wahrgenommen wird. Hinter jeder Neuerung und Errungenschaft, welche uns allen den Dienst erleichtert und die Ergebnisse verbessert, steckt viel Arbeit, Innovation und Wissen!

„Express online“ vom: 28.10.2020 – „Maskenpflicht-Kontrolle – droht in Köln die Corona-Streife? – Klare Ansage der Polizei“:
https://www.express.de/koeln/maskenplicht-kontrolle-droht-in-koeln-die-corona-streife--klare-ansage-der-polizei-37547744

Werden in Köln bald vermehrt Polizisten auf Corona-Streife gehen? Unser Foto wurde im April 2020 bei einem Verdi-Warnstreik in Köln aufgenommen.Foto: picture alliance/dpa

Köln -

Die Polizei soll ab sofort konsequenter die Regeln zur Eindämmung der Corona-Pandemie durchsetzen.

Das kündigte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) am Dienstag in Düsseldorf an. Jeder Einzelne müsse dazu beitragen, das Virus einzudämmen und solidarisch die Regeln befolgen, forderte er.

NRW sei als dicht besiedelter Ballungsraum besonders von der Pandemie betroffen. Bei den neuen Bund-Länder-Beratungen an diesem Mittwoch (28. Oktober) müssten aber auch Regeln beschlossen werden, die die Menschen verstehen, unterstrich Laschet. Beschlüsse, die niemand nachvollziehen könne, schwächten die Akzeptanz.

Corona-Spontanpartys wird die Polizei sofort auflösen

Die Polizei ist sich der Aufgabe bewusst. Eine konkrete Anordnung des Innenministeriums liegt den Polizeibehörden in NRW allerdings bislang nicht vor.

Auf EXPRESS-Nachfrage erklärt Michael Mertens (57), NRW-Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten die Ordnungsämter unterstützen. Bereits beschlossen ist, das Beschäftigte der Polizei zusammen mit Soldaten der Bundeswehr und der Bundespolizei in Gesundheitsämtern bei der Nachverfolgung von Corona-Fällen helfen werden.“ Dass Polizisten vermehrt in Köln auf Streife gehen, um gezielt die Maskenpflicht zu kontrollieren, sei derzeit nicht geplant.

Sollte es aber beispielsweise illegale Spontanpartys oder Probleme bei Corona-Quarantäne-Kontrollen geben, werde die Polizei eingreifen, so Mertens.

Polizei und Ordnungsamt: Grenze der Belastbarkeit erreicht

Erich Rettinghaus (56), NRW-Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG): „Die Polizei ist insgesamt an einer hohen Grenze der Belastbarkeit angelangt. Auch wir bemühen uns – durch Änderung von Schichtmodellen die Kontakte im Dienstbetrieb so gering wie möglich zu halten – und müssen ebenso reagieren im Falle positiver Tests auf unseren Dienststellen, um den Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten.“

Im Übrigen seien auch die Ordnungsbehörden an die Grenzen der Belastbarkeit angelangt.

Bleibt an dieser Stelle noch einmal der dringende Appell: Würden sich alle verantwortungsbewusst an die Corona-Vorschriften halten, würden Kontrollen und Ahndungen überflüssig sein.

„Presseportal online“ vom: 30.10.2020 – „FDP-Fraktion in NRW: Hundertschaften sollen Corona-Schutzverordnung kontrollieren“: https://www.presseportal.de/pm/30621/4748855

Rheinische Post

Düsseldorf (ots)

Die nordrhein-westfälische FDP-Fraktion will Hundertschaften der Polizei einsetzen, um zu überprüfen, ob die Corona-Schutzverordnung eingehalten wird. "Sie sollten die kommunalen Ordnungskräfte im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus unterstützen. Die Einhaltung der Regeln muss konsequent kontrolliert, Verstöße müssen geahndet werden", sagte der parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Henning Höne, der "Rheinischen Post" (Freitag). Höne fügte hinzu: "Die Bereitschaftspolizisten könnten zum Beispiel einschlägig bekannte Orte aufsuchen, wo große Feiern stattfinden können, die momentan nicht erlaubt sind,

und wo Menschen sich treffen und leichtsinnig feiern." Das seien "nicht nur die bekannten Partymeilen in Düsseldorf und Köln, sondern gerade auch in den anderen Städten und Kreisen", sagte Höne. Dort fehle häufig Personal für die Kontrollen. Gleichzeitig seien bei der Bereitschaftspolizei Kapazitäten frei geworden wegen der Beschränkungen bei Fußballspielen. "Das sollte genutzt werden."

Bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen spricht man sich für eine Unterstützung der kommunalen Kräfte aus. "Im Zuge der Amtshilfe werden wir uns nicht verweigern, auch Polizisten für die Kontrollen abzustellen. Auch die Hundertschaften können dafür eingesetzt werden", sagte Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, der "Rheinischen Post". "Aber man muss immer schauen, ob auch ausreichend Kapazitäten bei der Polizei vorhanden sind." Ähnlich sieht es Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. "Ohne Ahndung von Verstößen nutzt die beste Schutzverordnung nichts. Die Polizei wird sich nicht herausnehmen können, und so werden uns die Einsätze zur Überwachung der Coronaschutz-Verordnungen weiter binden", sagte Rettinghaus der "Rheinischen Post".

In Nordrhein-Westfalen gibt es derzeit 18 Bereitschaftshundertschaften bei der Polizei; hinzu kommen drei technische Einsatzeinheiten. Eine Hundertschaft ist eine geschlossene Einheit von mindestens 80 Polizisten.

„RP online“ vom: 31.10.2020 – „Kritik an Test-Strategie – Hunderte NRW-Polizisten in Corona-Quarantäne“: https://rp-online.de/nrw/panorama/corona-in-nrw-hunderte-nrw-polizisten-in-quarantaene_aid-54334085

Polizisten kommen bei ihren Einsätzen täglich mit vielen fremden Menschen in Kontakt. Trotz Schutzmasken und Handschuhen besteht für die Polizisten dabei ein Ansteckungsrisiko. Foto: dpa/Marius Becker

Düsseldorf: In den Kreispolizeibehörden in NRW fehlen offenbar Testmöglichkeiten für die Beamten. Die Polizisten sind angehalten, Verstöße gegen die Coronaschutzverordnung stärker zu ahnden.

In Nordrhein-Westfalen sollen rund 100 Polizisten mit dem COVID-19-Virus infiziert sein, wie unsere Redaktion aus Polizeikreisen erfahren hat. „Insgesamt stehen etwa 500 Polizisten unter Quarantäne“, hieß es den gut informierten Kreisen. Das NRW-Innenministerium wollte die Zahlen auf Anfrage nicht kommentieren. Die nordrhein-westfälische Polizei habe in diesem Zusammenhang jedoch intensive Überlegungen für den Fall erheblicher krankheitsbedingter Personalausfälle getroffen, sagte eine Sprecherin des NRW-Innenministeriums. „Sollte der Dienstbetrieb durch hohe personelle Ausfälle an einer Stelle gefährdet sein, werden innerhalb der Behörde Kräfte verlagert. Sollte dies nicht ausreichen, wird über das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste ein Ausgleich mit benachbarten Polizeibehörden geschaffen“, so die Sprecherin.

Zum Vergleich: In Berlin sind nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aktuell 28 Polizisten mit dem Coronavirus infiziert und rund 270 in Quarantäne.

In vielen Polizeibehörden des Landes fehlen offenbar Testmöglichkeiten für die Polizisten. „Es gibt Behörden, bei denen es gut funktioniert. Es gibt aber auch Behörden, wo das nicht funktioniert“, sagt Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Er nennt ein Beispiel: „Ein Polizist wollte sich in einer Behörde testen lassen, weil er den Verdacht hatte, sich im Einsatz angesteckt zu haben. Man hat ihm dann gesagt, er soll sich ins Auto setzen und zu einer öffentlichen Testeinrichtung nach Düsseldorf fahren“, so Mertens. Dass es in diesen Zeiten solche Missstände bei der Polizei gebe, dürfe nicht wahr sein, so der GdP-Chef. Vom Innenministerium sei es versäumt worden, entsprechende einheitliche Regelungen für die Polizei zu schaffen. Und das kann sich bitter rächen.“

Auch die SPD-Landtagsfraktion vermisst eine klare Test-Strategie für die Polizei – aber nicht nur dort, sondern in so ziemlich allen Bereichen. „Aber gerade die Polizisten, die bei ihren Einsätzen täglich viele Kontakte zu fremden Menschen auf der Straße haben, müssen die Möglichkeit haben, sich innerhalb der jeweiligen Behörde schnell und unkompliziert testen lassen zu können, wenn sie das möchten. Aber das ist leider nicht der Fall“, sagte SPD-Innenexperte Hartmut Ganske. „Der Innenminister hätte in den Sommermonaten dafür sorgen müssen, dass entsprechende Testmöglichkeiten in allen Polizeibehörden mit Beginn der dunklen Jahreszeit vorhanden sind“, so Ganske weiter. Dass es nicht so ist, sei ein schweres Versäumnis, betonte er.

Laut Innenministerium werden Untersuchungen von Polizisten oder die Bestätigung einer Corona-Infektion von den unteren Gesundheitsbehörden im Rahmen der kassenärztlichen Versorgung von niedergelassenen Ärzten oder durch die Polizeiärzte der nordrhein-westfälischen Polizei durchgeführt. Durch die polizeiärztlichen Dienste der einzelnen Behörden könnten anlassbezogen Testungen zum Ausschluss von COVID-19-Infektionen durchgeführt werden. Der Landespolizeiarzt habe die Behörden über diese Verfahrensweise informiert, so die Sprecherin des Ministeriums weiter.

Die nordrhein-westfälische Polizei wird vermehrt gegen Corona-Verstöße vorgehen. „Wer sich nicht an die Regeln hält, wird auf eine Polizei treffen, die konsequent einschreitet und auf deren Einhaltung pocht“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am Freitag. Alle Polizisten seien angehalten, verstärkt und verschärft einzuschreiten. Dazu würden im Einzelfall auch die 18 Einsatz-Hundertschaften der Landespolizei hinzugezogen.

Innerhalb der Polizei geht man davon aus, dass in den nächsten Tagen ein neuer Erlass des Innenministeriums ergehen wird, in dem die Arbeitszeiten und Arbeitsweisen der Pandemie angepasst werden. „Problematisch ist nämlich, dass eine ganze Dienstgruppe ausfällt, sobald eine Person aus der Gruppe infiziert ist“, erklärt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). „Aber auch wir bemühen uns schon jetzt durch Änderung von Schichtmodellen die Kontakte im Dienstbetrieb so gering wie möglich zu halten. Und wir müssen ja schon entsprechend reagieren im Falle positiver Tests auf unseren Dienststellen, um den Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten“, so Rettinghaus weiter.

(csh)

„RP online“ vom: 11.11.2020 – „Spektakuläre Tat in Emmerich – Einbrecher stehlen rund 6,5 Millionen Euro aus Zollamt“: https://rp-online.de/nrw/panorama/emmerich-einbrecher-stehlen-rund-6-5-millionen-euro-aus-zoll_aid-54558173

Ein Auto des Zolls (Symbolfoto). Foto: dpa/Paul Zinken

***Emmerich**:* Bei einem Einbruch ins Zollamt Emmerich Anfang November haben die Täter eine große Beute gemacht. Nun fahndet die Polizei nach den Flüchtigen.

Beim Zollamt in Emmerich hat es einen wohl bislang beispiellosen Diebstahl gegeben. Laut Polizei Krefeld sind dort bei einem Einbruch rund 6,5 Millionen Euro gestohlen worden. Nach den bisherigen Erkenntnissen der beim Polizeipräsidium Krefeld geführten „Ermittlungskommission Kern“ wurde der Einbruch professionell geplant und durchgeführt: So sollen drei bislang unbekannte Täter einen Kernbohrer eingesetzt haben, um im Keller des Gebäudes von einem Nebenraum in den Tresorraum zu gelangen.

„Das gestohlene Geld stammt aus mehreren Ermittlungsverfahren“, sagte der zuständige Oberstaatsanwalt Günter Neifer von der ermittelnden Staatsanwaltschaft in Kleve. „Es wird in alle Richtungen ermittelt. Geprüft wird aber natürlich auch, ob es einen Maulwurf beim Zoll gegeben hat“, so Neifer. „Das ist schon eine große Dimension. Das zeigt auch die Höhe der Belohnung“, so der Oberstaatsanwalt weiter.

Die Polizei sucht diesen Mann. Foto: Polizei NRW

Der Einbruch geschah wohl am 1. November am frühen Sonntagmorgen. Zoll und Polizei hatten das auch vermeldet, aber dabei keine Angaben über die Beute gemacht. Eine Zeugin hatte sich bei der Polizei gemeldet, weil sie zu dieser Zeit laute Geräusche wahrgenommen hat.

Demnach hat sie drei dunkel gekleidete Personen beobachtet, die Gegenstände aus dem Gebäude des Hauptzollamtes in einen hellen (möglicherweise weiß) Transporter mit Klever Kennzeichen (KLE) gebracht haben. Bei dem Auto soll es sich um ein Modell mit Schiebetür gehandelt haben. Gegen 10 Uhr soll der Wagen dort vom sogenannten Parkring in Richtung Industriestraße unauffällig weggefahren sein. Einer der Männer soll zudem eine rot-schwarze Jacke getragen haben.

Ein weiterer Zeuge wurde laut Polizei auf den nunmehr Tatverdächtigen aufmerksam, „der zur Tatzeit in der Nähe des Hauptzollamtes auffällig auf- und ablief, weshalb der Zeuge ihn fotografierte“, so die Polizei. Er war später in ein Auto gestiegen und in die gleiche Richtung gefahren, wie zuvor der weiße Transporter (Parkring Richtung Industriestraße). Nach diesem Mann wird nun öffentlich mit Fotos gefahndet. Beim Zollamt in Emmerich handelt es sich um eine Außenstelle des Hauptzollamtes Duisburg.

Die Zollverwaltung hat für Hinweise, die zur Feststellung, Ergreifung und rechtskräftigen Verurteilung des Täters oder der Täter und/oder zur Wiedererlangung der entwendeten Gelder führen, eine Belohnung von 100.000 Euro ausgelobt.

„Der Verdacht liegt zumindest nahe, dass der oder die Täter Kenntnis gehabt haben, dass das Geld dort gelagert war. Aus polizeilicher Sicht werden solche Summen normalerweise nicht lange in Zollämtern aufbewahrt, sondern sollten schnell dem jeweiligen Hauptzollamt übergeben werden, wo es viel bessere Sicherheitsvorkehrungen gibt“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft.

„NRZ online“ vom: 12.11.2020 – „Millionen-Diebstahl Emmerich: Polizei-Gewerkschafter kritisiert Zollstrukturen“ : https://www.nrz.de/staedte/emmerich-rees-isselburg/emmerich-polizei-gewerkschafter-kritisiert-zollstrukturen-id230900154.html

Nach dem Millionendiebstahl in Emmerich kommt Kritik von der Polizeigewerkschaft. Foto: Thorsten Lindekamp / Funke Foto Services GmbH

Emmerich: Nach dem Millionen-Diebstahl in einem Zollamt in Emmerich kommt Kritik von der Gewerkschaft der Polizei. Es fehle viel für eine sichere Lagerung.

Als Reaktion auf den spektakulären **Millionen-Diebstahl** aus dem Emmericher Zollamt kritisiert die **Gewerkschaft der Polizei** (GdP) veraltete Strukturen und mangelnde Personalausstattung bei der Zollverwaltung. „Die Verwaltung ist im 19. Jahrhundert steckengeblieben; da darf man sich nicht wundern, wenn die Postkutsche überfallen wird“, sagte der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Zoll, Frank Buckenhofer. Die GdP ist auch für Mitarbeiter in den Vollzugsbereichen des Zolls zuständig.

Zollämter wie das in **Emmerich** hätten geregelte Dienstzeiten wie ein Finanzamt, seien also nachts und an Feiertagen unbesetzt, die Beamten seien unbewaffnet, es fehle vielfach an der baulichen Infrastruktur für eine sichere Lagerung von hohen Summen, kritisierte Buckenhofer. Der Zoll müsse aber immer wieder beschlagnahmte Millionenbeträge verwahren, weil das Bargeld für die Ermittlungen zum Beispiel auf Fingerspuren untersucht werden muss. Die Gelder könnten deshalb nicht sofort bei der Landeszentralbank eingezahlt werden.

Gewerkschaft der Polizei: Behördenstruktur reicht nicht aus

„Würde der Zoll über eine schlagkräftige Finanzpolizei verfügen, wie sie die GdP bereits seit Jahrzehnten fordert, die auch rund um die Uhr ihre Wachen besetzt hätte, dann läge das Geld dort sicher in den Tresoren“, sagte Buckenhofer. „Die Einbrecher hätten sich dann auch nicht stundenlang ungestört in den Räumen aufhalten und bohren können, ohne sofort von bewaffneten Finanzpolizisten festgenommen zu werden.“ Im Übrigen müssten Saferäume - unabhängig vom Gesamtgebäude - mit einer eigenen Alarmanlage ausgestattet werden. Der Gewerkschafter sprach von einer „unbegreiflichen Untätigkeit der politisch Verantwortlichen im Bund“.

Der Zoll bekämpfe zunehmend hoch professionelle Organisierte Kriminalität in den Bereichen Geldwäsche, Schmuggel und Schwarzarbeit. Für diesen Auftrag reichten die heutige strategische Ausrichtung, die Behördenstruktur, die Personalausstattung sowie die Technik und IT im Zoll nicht mehr aus.

Deutsche Polizeigewerkschaft NRW: Verdacht auf Insiderwissen liegt nahe

Nach dem Millionendiebstahl im Zollamt in Emmerich , bei dem 6,5 Millionen Euro Bargeld gestohlen wurden, liegt der Verdacht nah, dass die bislang unbekannten Täter über **Insiderwissen** verfügt haben müssen. Die Frage nach Insiderwissen sei aktuell Bestand der Ermittlungen, erklärte Oberstaatsanwalt Günter Neifer von der Staatsanwaltschaft Kleve. Ein konkreter Hinweis fehle bislang.

„Wie auch die Staatsanwaltschaft Kleve festgestellt hat, liegt der Verdacht eines gewissen Insiderwissen durchaus nahe“, erklärt Erich Rettinghaus, Vorsitzender der **Deutschen Polizeigewerkschaft** (DPolG) NRW, auf Anfrage der NRZ. Zudem mutmaßt er, dass derartig hohe Summen in einer Außenstelle des Zolls nicht unbedingt an der Tagesordnung sind. „In der Regel gilt, zumindest ist es bei der Polizei so, dass Asservate zeitnah von Außendienststellen zentral verbracht werden, wo auch eine sichere Verwahrung dauerhaft entsprechend gewährleistet ist und Dienststellen 24 Stunden besetzt sind“, so Rettinghaus. (mit dpa)

„RP online“ vom: 26.11.2020 – „Kampf gegen Einbrecher – Einbruchswarnung per Push-Nachricht aufs Handy“: https://rp-online.de/panorama/einbruchsradar-neue-app-soll-nachbarn-warnen-vor-einbrechern_aid-54841969

Die Zahl der Wohnungseinbrüche in NRW ist seit Jahren rückläufig. Foto: dpa *Foto: dpa/Frank Rumpenhorst*

Düsseldorf: Bürger in Nordrhein-Westfalen sollen mit einer kostenlosen App vor Einbrüchen in der Nachbarschaft gewarnt werden. Der Name der Anwendung ruft jedoch leichte Kritik hervor.

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Im Kampf gegen Einbrecher setzt das NRW-Innenministerium auf eine neue App, mit der die Bürger über das Einbruchsgeschehen in ihrer Nachbarschaft informiert werden. Nach Angaben des Ministeriums liefert die App Informationen zu früheren Taten und Prognosen zu Einbruchswahrscheinlichkeiten. „Das schärft die Sinne und beugt vor. Nur wer sich einer Gefahr bewusst ist, kann sich davor schützen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU).

Die Prognose über die Einbruchswahrscheinlichkeit für die vorab vom Benutzer festgelegten Orte soll jeden Montag als Push-Mitteilung kommen und für eine Woche gültig sein - sofern von der Polizei temporär und regional eine erhöhte Einbruchswahrscheinlichkeit prognostiziert wurde. Auf einer Stadtkarte werden die zurückliegenden Tatorte dargestellt. Das Innenministerium weist darauf hin, dass nur die grobe Verteilung der Tatorte dargestellt wird, sodass keine Rückschlüsse auf konkrete Adressen möglich sind. Die Karte werde zudem einmal im Monat aktualisiert.

Zunächst sind die Funktionen der App auf den Zuständigkeitsbereich der 16 Kriminalhauptstellen der nordrhein-westfälischen Polizei begrenzt. Dazu zählen die Polizeipräsidien Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Köln, Krefeld, Mönchengladbach, Münster, Recklinghausen und Wuppertal.

Auf der App sollen sich auch die wichtigsten Präventionshinweise befinden, mit denen die Bürger ihre Wohnungen und Häuser vor Einbrechern sichern können. „Ziel der Software ist es, die Prävention weiter zu stärken und die Bevölkerung mit einem modernen Ansatz für das Thema Einbruchsdiebstahl zu sensibilisieren“, heißt es in der Mitteilung des Innenministeriums.

Nach Angaben des Ministeriums wurde die App gemeinsam mit der Provinzial-Versicherung und Fraunhofer Fokus entwickelt und ist eine neue Funktion der bereits bestehenden „MehrWetter-App“.Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, Erich Rettinghaus, sieht in der App ein zusätzliches Instrument, um die Zahl der Einbrüche weiter zu reduzieren. Den Namen der App hält er jedoch für unglücklich. „MehrWetter-App irritiert schon ein wenig. Darunter stellt man sich keinen Einbruchsradar vor. Mal sehen, wie die App angenommen wird“, so Rettinghaus.

Hartmut Ganzke, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sieht das ähnlich:„ Alles, was dazu beiträgt, den Schutz vor Einbrüchen zu erhöhen, ist sehr zu begrüßen. Warum das ausgerechnet über eine Wetter-App erfolgen soll, dürfte jedoch mehr zu Irritation als zur Klarheit führen“, sagte Ganzke. „Hier hätte man durchaus über eine eigenständige Entwicklung nachdenken sollen. Bei aller technischen Unterstützung dürfen allerdings die konventionellen Methoden zur Einbruchssicherung natürlich nicht aus dem Blick verloren werden“, betonte der SPD-Politiker.

Die Zahl der Wohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen sinkt seit Jahren. Laut polizeilicher Kriminalstatistik 2019 auf zuletzt rund 27.000; auch für dieses Jahr wird ein weiterer Rückgang prognostiziert. „Das liegt natürlich auch daran, dass die Bürger wegen Corona vermehrt zu Hause sind“, sagt Rettinghaus. Die Bekämpfung bleibt aber ein Schwerpunkt der Polizei. „Ein Einbruch ist für die Opfer oft ein sehr belastendes Erlebnis. Häufig ist ihr Sicherheitsgefühl erschüttert, mit gravierenden psychischen Folgen. Deshalb dürfen wir uns nicht auf den guten Zahlen ausruhen, sondern müssen weiter dranbleiben“, so Reul.

Die App gibt es kostenlos im App Store und im Google Play Store. Am 30. November 2020 werden erstmalig Prognosen veröffentlicht.

(csh)

„Cop2Cop“-online vom: 04.12.2020 – „Lkw-Kontrollen auf Autobahnen auch zur Nachtzeit – aktuelle Kontrollergebnisse belegen die Notwendigkeit“: https://www.cop2cop.de/2020/12/04/lkw-kontrollen-auf-autobahnen-auch-zur-nachtzeit-aktuelle-kontrollergebnisse-belegen-die-notwendigkeit/

Im Jahr 2019 kam es in Nordrhein-Westfalen zu insgesamt 61.479 Verkehrsunfällen mit Personenschaden (Getötete und Verletzte); davon fanden 4.609 unter Beteiligung von Lkw statt.

Von LPD a. D. Wolfgang Blindenbacher, DPolG-Kommission Verkehr

In 3.063 Fällen war der Fahrzeugführende des Lkw der Unfallverursacher (sog. „Unfallbeteiligter 01“). Im selben Zeitraum kam es auf nordrhein-westfälischen Autobahnen zu insgesamt 4.304 Verkehrsunfällen mit Personenschaden; davon fanden 1.242 unter Beteiligung von Lkw statt. In 782 Fällen war der Fahrzeugführende des Lkw der Unfallverursacher. Erich Rettinghaus, DPolG-Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen, führt dazu aus „Wenn Lkw-Führende an Verkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligt waren, dann in etwa zwei Drittel dieser Fälle als Unfallverursacher.“

Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Lkw führen bekanntermaßen oftmals zu erheblichen Personen- und Sachschäden sowie zu signifikanten Verkehrsbehinderungen. Auf Autobahnen führen sie regelmäßig zu Staus, die dann gelegentlich auch mit dramatischen „Stauendeunfällen“ (Auffahren auf das Stauende) einhergehen. Unfallursächlich ist dabei in einer nicht unbedeutenden Anzahl von Fällen menschliches Versagen. In diesem Zusammenhang sind Polizeikräfte der Verkehrspolizeiinspektion Feucht (Bayern), die sich dieser Thematik in besonderer Weise gewidmet haben, auf ein neues Phänomen gestoßen. Sie berichten davon, dass insbesondere im Frühdienst immer wieder sichtlich erschöpfte Lkw-Führende festgestellt wurden, obwohl das Kontrollgerät des zugehörigen Lkw keine längeren Fahrzeiten aufgezeichnet hatte. Nach einjähriger Beobachtung im Rahmen eines Projektes liegen den bayerischen Polizeibeamtinnen und -beamten inzwischen Erkenntnisse vor, dass man die Lkw bewusst zur Nachtzeit bewegt, um polizeilichen Kontrollen zu entgehen. Die Lkw werden in dieser Zeit ohne Nutzung der vorgeschriebenen Fahrerkarte über lange Strecken gefahren, um die spezifischen Fahrzeitregelungen (Sozialvorschriften) zu unterlaufen; diese Vorgehensweise ist dann tagsüber nur noch schwer nachweisbar.

Anfang September 2020 hatte der DPolG-Landesvorsitzende Erich Rettinghaus anlässlich eines Termins mit Herrn Innenminister Herbert Reul Gelegenheit, diese Erkenntnisse – von einer DPolG-Expertengruppe in einem Memo aufbereitet und um Unterlagen aus Bayern ergänzt – zu übergeben. Das Memo enthielt u. a. die Kernbotschaft „Vor dem Hintergrund der vorliegenden Erkenntnisse erscheint es angezeigt, gezielte Lkw-Kontrollen auf Autobahnen zur Nachtzeit durchführen lassen!“. Die dahinterstehende Annahme war, dass derartige Lkw-Kontrollen Verstöße wie beispielsweise Fahren ohne bzw. mit fremder Fahrerkarte offenkundig werden lassen. Bei dieser Gelegenheit könnten zudem technische Manipulation am EG-Kontrollgerät, Urkundenfälschungen, Trunkenheitsfahrten sowie ausländerrechtliche Verstöße entdeckt werden. Der Gedanke wurde dann Anfang Oktober 2020 von der Rheinischen Post in dem überörtlich veröffentlichten Artikel „Wenn es Nacht wird auf der Autobahn“ aufgegriffen. Unter Bezugnahme auf die bayerischen Erkenntnisse führte der Autor ebenfalls aus, dass ausweislich des Berichtes Kontrollgeräte nachts massiv manipuliert werden. Nicht zuletzt deswegen konnten die bayerischen Beamten in dem Projektjahr eine erhebliche Zahl von schwerwiegenden Verstößen feststellen, die in Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahren einmündeten; in dieser Zeit wurden zudem mehrere Hunderttausend Euro Sicherheitsleistungen erhoben. Weiter wird aus dem Bericht zitiert „Seitens der Unternehmer wird an der Motivationsschraube gedreht, um das Fahrpersonal zum Überschreiten der maximal zulässigen Tageslenkzeit beziehungsweise zur Unterschreitung der vorgeschriebenen täglichen Ruhezeit zu animieren“.

Auch die die nordrhein-westfälische Polizei nimmt sich nun dieser Thematik in Form von Lkw-Sonderkontrollen auf Autobahnen zur Nachtzeit an. So kam es in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember 2020, in der Zeit von 20:00 bis 02:00 Uhr, an der BAB A 3 erstmalig zu derartigen Kontrollaktivitäten. Das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen hatte aus diesem Anlass Medienvertreterinnen und -vertreter auf den Rastplatz Stindertal eingeladen, auch Innenminister Herbert Reul nahm diesen Termin wahr und stand den anwesenden Medienvertretern Rede und Antwort. Insgesamt konnten im Kontrollzeitraum 87 Fahrzeuge des gewerblichen Güterverkehrs kontrolliert werden; dabei waren 26 Fahrzeuge zu beanstanden. Sieben Lkw wiesen technische Mängel auf, bei zwei Fahrzeugen waren diese Mängel so erheblich, dass die Weiterfahrt untersagt werden musste. Es konnten darüber hinaus 13 Verstöße gegen das Fahrpersonalgesetz festgestellt werden; Manipulationen am digitalen Fahrtenschreiber gehörten nicht dazu. Die Botschaft an die Medienvertreter lautete: Auch zur Nachtzeit wird in Nordrhein-Westfalen Verstößen der beschriebenen Art konsequent nachgegangen und der Kontrolldruck erhöht, um schwere Verkehrsunfälle unter Beteiligung des gewerblichen Güterverkehrs wirksam bekämpfen zu können. Mit einem gewissen Überraschungsmoment wurde in der Folgenacht der oben beschriebene Kontrollansatz wiederholt. Dabei überprüfte man insgesamt 148 Fahrzeuge des gewerblichen Güterverkehres. Im Rahmen der Kontrolle stellte man bei 29 beanstandeten Fahrzeugen 46 Verstöße fest. Zwölf Lkw wiesen technische Mängel auf, bei fünf Fahrzeugen waren diese Mängel so erheblich, dass die Weiterfahrt untersagt werden musste. Insgesamt 17 Verstöße gegen das Fahrpersonalgesetz waren festzustellen, bei vier Lkw waren die Verstöße gegen Ruhe- und Lenkzeiten derart schwerwiegend, dass auch hier die Weiterfahrt untersagt werden musste. In einem Fall hatte ein Fahrer die Fahrerkarte nicht gesteckt, wodurch der Anfangsverdacht begründet wurde, technischen Aufzeichnungen manipuliert zu haben.

Erich Rettinghaus dazu: „Wie die Ergebnisse der zwei Einsatztage eindrücklich zeigen, sind Lkw-Kontrollen auf Autobahnen zur Nachtzeit unabweisbar. Vielleicht können perspektivisch von Fall zu Fall weitere Partner wie Bundespolizei, Bundesamt für Güterverkehr, Zoll und den Technischen Überwachungsorganisationen eingebunden werden, um die Kontrollen auf diese Weise noch effektiver zu gestalten.“

„Behörden Spiegel online“ vom: 15.01.2021 – „Pilotphase gestartet“:
https://www.behoerden-spiegel.de/2021/01/15/pilotphase-gestartet/

In Nordrhein-Westfalen wird ab sofort das Distanzelektroimpulsgerät (DEIG) bei der Landespolizei erprobt. (Foto: BS/Feldmann)

In Nordrhein-Westfalen hat die Pilotphase zur Erprobung des Distanzelektroimpulsgerätes (DEIG) im Wachdienst der Landespolizei begonnen. Die ersten Geräte wurden an Beamte in Dortmund, Düsseldorf und Gelsenkirchen übergeben.

Zunächst werden die Waffen grundsätzlich nur in statischen Einsatzlagen erprobt, bei denen andere Zwangsmittel mit Blick auf eine sichere Lagebewältigung nicht erfolgversprechend sind. Die DEIGs werden durch die Polizistinnen und Polizisten offen, das heißt gut sichtbar, getragen. Aufgrund der gelben Signalfarbe sind sie sofort erkennbar. Voraussichtlich ab Ende nächster Woche wird sich dann auch noch die Polizei im Rhein-Erft-Kreis an dem Test beteiligen. Hier kam es aufgrund der Corona-Pandemie zu Verzögerungen bei der Schulung der Beamtinnen und Beamten.

Innenminister Herbert Reul (CDU) erklärte dazu: “Erst wenn wir ganz sicher sein können, dass sie uns wirklich nützen, werden wir entscheiden, ob wir die neue Waffe flächendeckend für die NRW-Polizei einführen.” Und er ergänzte: “Mir geht auch im Testbetrieb keine Beamtin und kein Beamter mit einem Distanzelektroimpulsgerät auf die Straße, ohne mit dem Gerät vollumfänglich vertraut zu sein. Beim Einsatz einer solchen Waffe gibt es sicherlich Chancen, aber auch Risiken. Hier muss gut abgewogen werden.” Bereits seit September letzten Jahres hatten sich die Mitglieder einer Projektgruppe beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) in Duisburg mit der Vorbereitung des Pilotbetriebs befasst. Dabei ging es unter anderem um die Ausbildung und das Training der Polizisten sowie um die Anschaffung der Geräte. Reul verspricht sich von ihrem Einsatz auch einen Abschreckungseffekt, was Angriffe auf Polizeibeamte betrifft.

Möglichst repräsentativ

Bei der Auswahl der Pilotbehörden wurde darauf geachtet, dass sie die ganze Bandbreite der polizeilichen Arbeit im Land abdecken und die Testergebnisse repräsentativ für die gesamte nordrhein-westfälische Polizei sein dürften. Mindestens zwölf Monate soll nun die Erprobungsphase dauern. Im Frühjahr 2022 werden dann die Ergebnisse des Pilotprojektes vorliegen und anschließend ausgewertet. Anschließend wird über eine Anschaffung des DEIG für die Landespolizei entschieden.

Für diese plädiert der nordrhein-westfälische Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). Dessen Vorsitzender Erich Rettinghaus betont: “Wir begrüßen den nun endlich stattfindenden Pilotversuch zur Einführung des Distanzelektroimpulsgeräts (DEIG), drängen aber auch auf eine zeitnahe flächendeckende Ausstattung aller operativen Einheiten gemäß unserer Stellungnahme zur Einführung des DEIG in Nordrhein-Westfalen.” Mittlerweile lägen ausreichend Erfahrungen, Zahlen und Fakten aus anderen Bundesländern – insbesondere aus dem Nachbarland Rheinland-Pfalz – vor, dass man aus Sicht der DPolG in Nordrhein-Westfalen auch durchaus auf einen Pilotversuch hätte verzichten können.

„NW+ online“ vom 29.01.2021 – „Corona-Erkraung im Dienst – Polizei in NRW mahnt: „Wir haben ein höheres Infektionsrisiko“: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/22943615_Polizei-in-NRW-mahnt-Wir-haben-ein-hoeheres-Infektionsrisiko.html

Corona geht auch an der Polizei nicht spurlos vorbei. | © Symbolbild: AFP

Geht es nach der Polizei-Gewerkschafter, soll eine Corona-Infektion als Berufskrankheit anerkannt werden. Bisher muss ein kausaler Zusammenhang zwischen Dienst und Erkrankung nachgewiesen werden.

Bielefeld. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) fordert, Corona-Erkrankungen bei Polizisten als Berufskrankheit anzuerkennen und damit einem Dienstunfall gleichzustellen. Die

Polizei warnt vor einem höheren Risiko für die Beamten. Polizeibeschäftigte seien einem bis zu 1,9-fachen höheren Risiko ausgesetzt, sich mit Covid-19 zu infizieren, als es der Bevölkerungsdurchschnitt sei, heißt es etwa vom bayrischen BPolG-Vorsitzenden Jürgen Köhnlein. Errechnet sei diese Zahl aus der Zahl der Fälle bei der Polizei im Freistaat...

„RTL.de“ vom: 23.02.2021 - „Streit um Impfungen für Lehrer und Erzieher: Polizei empört“: https://www.rtl.de/cms/streit-um-impfungen-fuer-lehrer-und-erzieher-polizei-empoert-4709609.html

© deutsche presse agentur

Düsseldorf (dpa/lnw) - In Nordrhein-Westfalen sollen schon im März Lehrkräfte und Kita-Personal gegen das Coronavirus geimpft werden. Das kündigten Ministerpräsident Armin Laschet und Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) am Dienstag an. Um die vorgezogene Impfung gibt es schon jetzt Streit. Die Polizei befürchtet, in der Impfreihenfolge nun nach hinten zu rutschen.

Bei den Impfungen von Lehrkräften und Erzieherinnen werde es keine Konkurrenz mit den Impfungen der Polizisten gegeben, betonte dagegen Laschet. NRW werde in wenigen Monaten so viel Impfstoffe haben, "dass es zu keinen Kollisionen kommt" und sich eher die Frage stelle, ob überhaupt alles verbraucht werden könne.

Indirekt kam Kritik an der neuen Impfreihenfolge aber auch von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). Er plädierte dafür, die von der Ständigen Impfkommission (StiKO) erarbeitete Impfreihenfolge "im Sinne der Glaubwürdigkeit" beizubehalten "und nicht Woche für Woche infrage zu stellen". Reul betonte: "Es stehen derzeit nur begrenzte Mengen Impfstoff zur Verfügung. Ich halte diesen Wettlauf, der jetzt ausbricht, für falsch. Ich werde mich daran nicht beteiligen."

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Mertens, hatte in der "Rheinischen Post" gesagt: "Dass jetzt die Polizisten nach hinten rutschen sollen, macht mich fassungslos." Die Polizei habe keine einzige Wache geschlossen, keinen Einsatz abgesagt, obwohl Polizisten im Einsatz bespuckt und angeschrien würden.

Auch der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Erich Rettinghaus, sprach von einer "krassen Fehlentscheidung". Keiner könne vorhersagen, wie sich die Pandemie entwickele. "Schulen können wieder geschlossen werden, Polizeiwachen nicht! Polizei kann auch nicht zu Hause bleiben und die Einsätze von zu Hause erledigen."

Laschet sagte: "Was manche Verbände vorbringen, muss abgeklopft werden auf ihre Berechtigung." Der Regierungschef betonte: "Das jeder für sich sagt: "Ich bin der Allerwichtigste und ich muss das kriegen", ist kein Argument."

NRW-Vizeministerpräsident Joachim Stamp (FDP) warnte davor, die Berufsgruppen bei den vorgezogenen Impfungen "gegeneinander auszuspielen". Die von NRW vorangetriebene Hochstufung für Lehrkräfte der Primarstufe, Erzieher und Tageseltern sei der Tatsache geschuldet, dass hier die coronakonformen Abstände zu den Kindern eben nicht eingehalten werden könnten.

Konkrete Details zum Prozedere der Impfungen des Lehrpersonals und der Kita-Beschäftigten wurden noch nicht bekannt. Die neue Priorisierung müsse auch noch offiziell vom Bund beschlossen werden, sagte Laschet. Dies werde aber "in den nächsten Tagen geregelt". Der Start der vorgezogenen Impfungen sei schon im März möglich.

Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern hatten sich am Montag geeinigt, Lehrkräfte an Grund- und Förderschulen und Kita-Erzieher in der Impfreihenfolge von der Gruppe drei (erhöhte Priorität) in die Gruppe zwei (hohe Priorität) hochzustufen. Zur Gruppe zwei zählen außerdem viele chronisch Kranke und Menschen über 70 sowie nach Angaben Laschets auch Polizisten.

Laumann räumte im WDR ein, dass sich mit dieser Entscheidung die Impfung für andere Berufsgruppen verzögern werde. Mit den Lehrkräften und dem Kita-Personal rücke eine "gewaltige Berufsgruppe" in die höhere Prioritätsgruppe, zugleich sei keine andere Gruppe herausgenommen worden, und der Impfstoff werde nicht mehr. Deshalb dauere es für alle Menschen in der Gruppe zwei länger. "Ich kann nicht gleichzeitig die Polizei impfen und die Lehrer impfen."

Die Bildungsgewerkschaft GEW erklärte, in der jetzigen Situation dürften Beschäftigungsgruppen im öffentlichen Dienst nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Landesregierung sei in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass all diesen Beschäftigten ein möglichst zeitnahes Impfangebot zugehe.

Der Verband Bildung und Erziehung NRW (VBE) begrüßte die vorgezogenen Impfungen. "Es gibt eine Sehnsucht, dass Schulen wieder in den Präsenzunterricht einsteigen. Dies sollte dann aber auch damit verbunden werden, die Lehrenden und Lernenden bestmöglich zu schützen", erklärte der VBE-Landesvorsitzende Stefan Behlau. "Konsequenter wäre es, das Angebot allen Kolleginnen und Kollegen zu unterbreiten, die im Präsenzunterricht tätig sind? egal in welcher Schulform."

Auch die Grünen im Landtag kritisierten, dass die vorgezogenen Impfungen auf Grund- und Förderschullehrer beschränkt seien. Bisherige Untersuchungen zeigten, dass vor allem Schülerinnen und Schüler in den weiterführenden Schulen in der Viruslast mit Erwachsenen verglichen werden könnten. Lehrkräfte in den Abschlussklassen der weiterführenden Schulen seien jetzt im Präsenzunterricht, und das zum Teil in vollen Lerngruppen, wo kein ausreichender Abstand eingehalten werden könne.

„Süddeutsche Zeitung online“ vom: 24.02.2021 – „Mehr sexuelle Straftaten gegen Kinder in NRW registriert“:

https://www.sueddeutsche.de/panorama/kriminalitaet-duesseldorf-mehr-sexuelle-straftaten-gegen-kinder-in-nrw-registriert-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210224-99-567296

Herbert Reul (CDU) bei einem Termin. Foto: Henning Kaiser/dpa/Archivbild (Foto: dpa)

Düsseldorf (dpa/lnw) - Die registrierten Fälle sexueller Straftaten gegen Kinder sind im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen auf einen neuen Höchststand gestiegen. Für das Jahr 2020 seien landesweit 4304 Fälle verzeichnet worden, berichtet die "Rheinische Post" (Mittwoch) unter Berufung auf das NRW-Innenministerium. Dabei seien insgesamt mehr als 1000 Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sowie 1734 Erwachsene als Tatverdächtige erfasst worden. 2019 waren noch 3590 Missbrauchs-Fälle registriert worden.

"Der Anstieg ist ein trauriges Arbeitszeugnis unserer Anstrengungen", erklärte Innenminister Herbert Reul (CDU). "Weil wir hinsehen und konsequent verfolgen, finden wir mehr." Dass Kindesmissbrauch überall passiere, müsse der Gesellschaft noch bewusster werden.

Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) führte die gestiegenen Zahlen auf einen erhöhten Ermittlungsdruck zurück. "Es sind deutlich mehr Ressourcen in die Bekämpfung von Kindesmissbrauch gesteckt worden - sowohl Personal als auch Technik", sagte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus der Zeitung. "Während einer Ermittlung an einem Fall wird meistens direkt der nächste Fall entdeckt. Das war früher nicht immer so."

„Rheinische Anzeigenblätter online“ vom: 24.02.2021 – Polizei sieht Anpassung kritisch – Streit um Impfungen für Lehrer und Erzieher“: https://www.rheinische-anzeigenblaetter.de/region/polizei-sieht-anpassung-kritisch-streit-um-impfungen-fuer-lehrer-und-erzieher-38102236

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) sieht eine zeitliche Streckung der zweiten Impfgruppe durch die Integration der Lehrer und Erzieher. Foto: Federico Gambarini/dpa/Archivbild

Lehrkräfte und Kita-Personal in NRW können aufatmen: Sie rücken in der Impfreihenfolge vor. Nun kommt aber Kritik von anderen Berufsgruppen - vor allem der Polizei.

In Nordrhein-Westfalen sollen schon im März Lehrkräfte und Kita-Personal gegen das Coronavirus geimpft werden. Das kündigten Ministerpräsident Armin Laschet und Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) am Dienstag an. Um die vorgezogene Impfung gibt es schon jetzt Streit. Die Polizei befürchtet, in der Impfreihenfolge nun nach hinten zu rutschen.

Bei den Impfungen von Lehrkräften und Erzieherinnen werde es keine Konkurrenz mit den Impfungen der Polizisten gegeben, betonte dagegen Laschet. NRW werde in wenigen Monaten so viel Impfstoffe haben, «dass es zu keinen Kollisionen kommt» und sich eher die Frage stelle, ob überhaupt alles verbraucht werden könne.

Reul empfiehlt StiKO-Impfreihenfolge beizubehlaten

Indirekt kam Kritik an der neuen Impfreihenfolge aber auch von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). Er plädierte dafür, die von der Ständigen Impfkommission (StiKO) erarbeitete Impfreihenfolge «im Sinne der Glaubwürdigkeit» beizubehalten «und nicht Woche für Woche infrage zu stellen». Reul betonte: «Es stehen derzeit nur begrenzte Mengen Impfstoff zur Verfügung. Ich halte diesen Wettlauf, der jetzt ausbricht, für falsch. Ich werde mich daran nicht beteiligen.»

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Mertens, hatte in der «Rheinischen Post» gesagt: «Dass jetzt die Polizisten nach hinten rutschen sollen, macht mich fassungslos.» Die Polizei habe keine einzige Wache geschlossen, keinen Einsatz abgesagt, obwohl Polizisten im Einsatz bespuckt und angeschrien würden.

Polizeiwachen können nicht geschlossen werden

Auch der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Erich Rettinghaus, sprach von einer «krassen Fehlentscheidung». Keiner könne vorhersagen, wie sich die Pandemie entwickele. «Schulen können wieder geschlossen werden, Polizeiwachen nicht! Polizei kann auch nicht zu Hause bleiben und die Einsätze von zu Hause erledigen.»

Laschet sagte: «Was manche Verbände vorbringen, muss abgeklopft werden auf ihre Berechtigung.» Der Regierungschef betonte: «Das jeder für sich sagt: "Ich bin der Allerwichtigste und ich muss das kriegen", ist kein Argument.»

Stamp warnt davor, Berufsgruppen gegeneinander auszuspielen

NRW-Vizeministerpräsident Joachim Stamp (FDP) warnte davor, die Berufsgruppen bei den vorgezogenen Impfungen «gegeneinander auszuspielen». Die von NRW vorangetriebene Hochstufung für Lehrkräfte der Primarstufe, Erzieher und Tageseltern sei der Tatsache geschuldet, dass hier die coronakonformen Abstände zu den Kindern eben nicht eingehalten werden könnten.

Konkrete Details zum Prozedere der Impfungen des Lehrpersonals und der Kita-Beschäftigten wurden noch nicht bekannt. Die neue Priorisierung müsse auch noch offiziell vom Bund beschlossen werden, sagte Laschet. Dies werde aber «in den nächsten Tagen geregelt». Der Start der vorgezogenen Impfungen sei schon im März möglich.

Bund-Länder-Runde hatte sich auf Neuregelung geeinigt

Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern hatten sich am Montag geeinigt, Lehrkräfte an Grund- und Förderschulen und Kita-Erzieher in der Impfreihenfolge von der Gruppe drei (erhöhte Priorität) in die Gruppe zwei (hohe Priorität) hochzustufen. Zur Gruppe zwei zählen außerdem viele chronisch Kranke und Menschen über 70 sowie nach Angaben Laschets auch Polizisten.

Laumann räumte im WDR ein, dass sich mit dieser Entscheidung die Impfung für andere Berufsgruppen verzögern werde. Mit den Lehrkräften und dem Kita-Personal rücke eine «gewaltige Berufsgruppe» in die höhere Prioritätsgruppe, zugleich sei keine andere Gruppe herausgenommen worden, und der Impfstoff werde nicht mehr. Deshalb dauere es für alle Menschen in der Gruppe zwei länger. «Ich kann nicht gleichzeitig die Polizei impfen und die Lehrer impfen.»

Die Bildungsgewerkschaft GEW erklärte, in der jetzigen Situation dürften Beschäftigungsgruppen im öffentlichen Dienst nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Landesregierung sei in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass all diesen Beschäftigten ein möglichst zeitnahes Impfangebot zugehe.

Der Verband Bildung und Erziehung NRW (VBE) begrüßte die vorgezogenen Impfungen. «Es gibt eine Sehnsucht, dass Schulen wieder in den Präsenzunterricht einsteigen. Dies sollte dann aber auch damit verbunden werden, die Lehrenden und Lernenden bestmöglich zu schützen», erklärte der VBE-Landesvorsitzende Stefan Behlau. «Konsequenter wäre es, das Angebot allen Kolleginnen und Kollegen zu unterbreiten, die im Präsenzunterricht tätig sind – egal in welcher Schulform.»

Auch die Grünen im Landtag kritisierten, dass die vorgezogenen Impfungen auf Grund- und Förderschullehrer beschränkt seien. Bisherige Untersuchungen zeigten, dass vor allem Schülerinnen und Schüler in den weiterführenden Schulen in der Viruslast mit Erwachsenen verglichen werden könnten. Lehrkräfte in den Abschlussklassen der weiterführenden Schulen seien jetzt im Präsenzunterricht, und das zum Teil in vollen Lerngruppen, wo kein ausreichender Abstand eingehalten werden könne.

„Blick aktuell online“ – vom: 24.02.2021 – „Deutsche Polizeigewerkschaft kritisiert geänderte Impfreihenfolge in NRW – keine Impfpriorisierung für Polizei: „Krasse Fehlentscheidung“:

https://www.blick-aktuell.de/Politik/Keine-Impfpriorisierung-fuer-Polizei-Krasse-Fehlentscheidung-467267.html

Symbolbild.*Foto: KitzD66/Pixabay*

Nordrhein-Westfalen. In einer Erklärung der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW (DPolG NRW) herrscht großes Unverständnis über die von Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann geänderte Impfreihenfolge in NRW. In der Pressemitteilung heißt es: „In den Direktionen GE, K und V leisten die operativen Einheiten gerade in der Pandemie hervorragende und unverzichtbare Arbeit! Insbesondere diese Kolleginnen und Kollegen brauchen besonderen Schutz und dürfen in der Pandemie nicht vergessen werden. Sie befinden sich täglich im unmittelbaren Kontakt mit dem polizeilichen Gegenüber!“ Der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft Erich Rettinghaus äußerte sich hierzu: „Bei allen nachvollziehbaren Gründen zur Impfung von Lehrerinnen und Lehrern, halte ich es für eine krasse Fehlentscheidung nicht auch zumindest die Kolleginnen und Kollegen bei den Impfungen zu priorisieren, welche sich im täglichen Dienst ihre Kontakte nicht aussuchen können. Dabei können gerade Polizeibeamtinnen und -beamte nicht immer die Mindestabstände und den erforderlichen Schutz einhalten. Keiner kann vorhersagen, wie sich die Pandemie entwickelt. Schulen können wieder geschlossen werden, Polizeiwachen nicht! Polizei kann auch nicht zuhause bleiben und die Einsätze von Zuhause erledigen.“

Impfangebot für gesamte Polizei gefordert

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert deshalb für alle operativen Einheiten: Priorisierung für operative polizeiliche Einheiten bei der Impfreihenfolge und schnellstmögliches Impfangebot für die gesamte Polizei. Dazu gehört ein regelmäßiges Testangebot.

Quelle: DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im Deutschen Beamtenbund (DPolG NRW e.V.)

„Cop2Cop online“ vom: 24.02.2021 – „Großes Unverständnis über die nun von Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann geänderte Impfreihenfolge!“:

https://www.cop2cop.de/2021/02/24/grosses-unverstaendnis-ueber-die-nun-von-gesundheitsminister-karl-josef-laumann-geaenderte-impfreihenfolge/

Die DPolG fordert für alle operativen Einheiten: Priorisierung für operative polizeiliche Einheiten bei der Impfreihenfolge und schnellstmögliches Impfangebot für die gesamte Polizei. Dazu gehört ein regelmäßiges Testangebot!

Großes Unverständnis über die nun von Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann geänderte Impfreihenfolge!

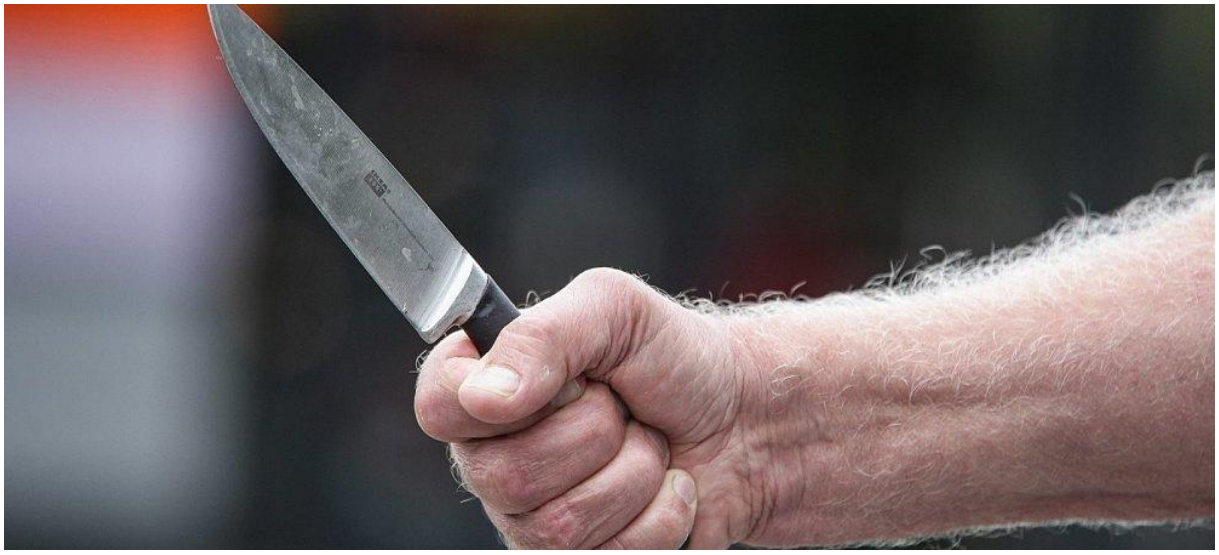
In den Direktionen GE, K und V leisten die operativen Einheiten gerade in der Pandemie hervorragende und unverzichtbare Arbeit! Insbesondere diese Kolleginnen und Kollegen brauchen besonderen Schutz und dürfen in der Pandemie nicht vergessen werden. Sie befinden sich täglich im unmittelbaren Kontakt mit dem polizeilichen Gegenüber!

Dazu der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus: „Bei allen nachvollziehbaren Gründen zur Impfung von Lehrerinnen und Lehrern, halte ich es für eine krasse Fehlentscheidung nicht auch zumindest die Kolleginnen und Kollegen bei den Impfungen zu priorisieren, welche sich im täglichen Dienst ihre Kontakte nicht aussuchen können. Dabei können gerade Polizeibeamtinnen und -beamte nicht immer die Mindestabstände und den erforderlichen Schutz einhalten. Keiner kann vorhersagen, wie sich die Pandemie entwickelt. Schulen können wieder geschlossen werden, Polizeiwachen nicht! Polizei kann auch nicht zuhause bleiben und die Einsätze von Zuhause erledigen.“

Die DPolG fordert deshalb für alle operativen Einheiten:

Priorisierung für operative polizeiliche Einheiten bei der Impfreihenfolge und schnellstmögliches Impfangebot für die gesamte Polizei. Dazu gehört ein regelmäßiges Testangebot!

„Neue Westfälische online“ vom: 25.02.2021 – „Attacken mit Stichwaffen in NRW – die Hemmschwelle, das Messer einzusetzen, ist deutlich gesunken“: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/22961524_Die-Hemmschwelle-das-Messer-einzusetzen-ist-deutlich-gesunken.html



In NRW wurden 2020 pro Tag etwa 15 Straftaten pro Tag mit einem Messer begangen. | © Symbolbild: picture alliance / Rolf Kremming

Die NRW-Landesregierung legt aktuelle Zahlen zu Messerattacken vor. Zwar sind die Zahlen durch Corona gesunken - dennoch zeigt sich die Polizei und die Politik besorgt.

Bielefeld. Attacken mit Stichwaffen in NRW sind im vergangenen Jahr zwar gesunken - aber dennoch weiter auf einem erschreckend hohen Niveau. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) NRW, zeigt sich von den Zahlen überrascht. "Wegen der Corona-Maßnahmen hätte ich eigentlich mit einem deutlicheren Rückgang gerechnet."

Seit 2019 wird in NRW die Zahl von "Straftaten mit Stichwaffen" erfasst. Für das Jahr 2019 nennt die NRW-Landesregierung in einem Bericht an den Innenausschuss 7.209 solcher Attacken, die meisten dürften mit einem Messer begangen worden sein - denn zum Vergleich: In dem Jahr wurden insgesamt 6.800 Messerangriffe registriert. Im Jahr 2020 ist die Zahl von Stichwaffen-Attacken um etwa 20 Prozent auf 5.734 Angriffe gesunken. Die Landesregierung führt das zurück auf die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. So wurden unter anderem Kontaktmöglichkeiten eingeschränkt.

"Die Zahlen zeigen erneut, dass es genug Leute gibt, die ein Messer bei sich tragen und bereit sind, die Waffe einzusetzen", zeigt sich Rettinghaus besorgt. Er bezeichnet die Zahl trotz Rückgang als "erschreckend". "Wenn ein Messer mitgeführt wird, ist das Risiko sehr groß, dass es auch eingesetzt wird." Generell, das bemerke Rettinghaus, "ist die Hemmschwelle, das Messer einzusetzen, deutlich gesunken." Die meisten erfassten Straftaten mit einer Stichwaffe fallen laut Angaben der Landesregierung in die Bereiche Körperverletzung oder Bedrohung.

"Brandgefährlicher Trend"

Auch in der Politik zeigt man sich besorgt. "Auch wenn die Zahlen der Messerangriffe im Jahr 2020 coronabedingt leicht sinken, gilt es sich Gedanken zu machen, wie das Problem der Messerattacken auf unseren Straßen besser eingedämmt werden kann", betont Marc Lürbke, stellvertretender Vorsitzender und innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Gerade die hohen Zahlen von gefährlichen und schweren Körperverletzungen im Zusammenhang mit

Messern hält er für "besorgniserregend". "Ein Messer zur falschen Zeit in den falschen Händen kann zur tödlichen Waffe werden. Es bleibt ein brandgefährlicher Trend, wenn Leute meinen, mit einem Messer bewaffnet vor die Tür gehen zu müssen", betont Lürbke.

Besonders junge Menschen - "bis Ende 20", so Rettinghaus - tragen verstärkt Messer bei sich. "Es gibt aber auch durchaus ältere Personen, die eine Stichwaffe mit sich führen", sagt der DPolG-Landeschef. Die NRW-Landesregierung führt auf, dass etwa 40 Prozent der 5.666 ermittelten Verdächtigen bei "Straftaten mit Stichwaffen" nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Kein typisches Messer-Szenario

Ein typisches Szenario, wann Messer eingesetzt werden, gebe es nicht. "Das muss nicht immer bei einer Konfrontation sein, wenn auch Alkohol im Spiel ist", betont Rettinghaus. Es könne genauso bei häuslicher Gewalt oder bei einer einfachen Fahrkartenkontrolle im Zug gezogen werden. "Messer sind schon fast in jedermanns Tasche", warnt er.

Rettinghaus verweist aufgrund solcher Messerattacken, die sich laut dem DPolG-Vorsitzenden auch gegen Polizisten richten können, auf die Forderung, sogenannte Taser landesweit einzusetzen. Bisher werden diese nur in ausgewählten Behörden für ein Pilotprojekt getestet. "Die ersten Ergebnisse sind aber durchaus positiv", berichtet er. Oftmals reiche alleine das Zeigen des Tasers schon, um eine Situation zu deeskalieren.

„Ruhr24 online“ vom: 26.02.2021 – „Impfreihenfolge – vorgezogene Corona-Impfung für Lehrer: Polizei in NRW reagiert wütend“: https://www.ruhr24.de/nrw/nrw-corona-impfung-lehrer-impfreihenfolge-streit-erzieher-bevorzugung-priritaet-polizei-wuetend-90217908.html

Wer wann geimpft wird, ist in der Impfreihenfolge festgelegt. Doch Lehrer und Erzieher werden nun vorgezogen. Auf Kosten anderer? Ein Wettlauf hat begonnen.

NRW - Die Argumente, warum Lehrer und Erzieher nun früher als bislang in der Impfreihenfolge vorgesehen gegen Corona geimpft werden, sind klar: In Kitas, Grund- und Förderschulen arbeiten sie nahezu ungeschützt und im engen Kontakt mit den Kindern. Ähnlich ergeht es Polizisten: Im Einsatz bespuckt und angeschrien, können auch sie kaum vor einer Ansteckung geschützt werden. Doch die Polizei befürchtet nun, in der Impfreihenfolge nach hinten zu rücken - zugunsten der Lehrer und Erzieher.

Virus	Coronavirus/Sars-Cov-2
Impfstoffe von	AstraZeneca, Biontech/Pfizer, Moder u.a.
vollständig geimpfte Personen in Deutschland	1.806.606 (22. Februar)

Corona-Impfreihenfolge geändert: Vorziehen von Lehrern und Erziehern entfacht Streit

Was die einen begrüßen, führt zu harter Kritik auf anderer Seite: Während sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft freut, dass dem Gesundheitsschutz in Kitas und Schulen mit der vorgezogenen Corona-Impfung Rechnung getragen wird, ist die Polizei empört. Auch der Ethikrat kritisiert die Änderung der Impfreihenfolge. Beginnt nun der Wettlauf um den begrenzten Impfstoff ?

Schon im März könnte es für Lehrkräfte und dem Kita-Personal in NRW mit der ersten Impfung gegen Corona so weit sein. Gesundheitsminister Karl-Josef Lauman und Ministerpräsident Armin Laschet hatten am Dienstag (23. Februar) die Änderung der Impfreihenfolge für Grundschullehrer und Erzieher angekündigt. Und prompt einen Streit entfacht.

Denn die Polizei befürchtet, dass sie nun in der Impfreihenfolge gegen das Coronavirus nach hinten rutscht. Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Erich Rettinghaus nannte die Änderung der Impfreihenfolge eine „krasse Fehlentscheidung“, berichtet die *Deutsche Presseagentur* (dpa). Denn anders als Schulen, könnten Polizeiwachen nicht geschlossen werden, wenn sich die Infektionslage verschlechtere. Ein Polizist könne seine Einsätze nicht von zuhause erledigen (mehr News zum Coronavirus in NRW auf RUHR24.de).

Corona-Impfung: Änderung der Reihenfolge macht Polizei in NRW wütend

Auch der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Mertens ist wütend: „Dass jetzt die Polizisten nach hinten rutschen sollen, macht mich fassungslos.“ Keine einzige Wache hätte die Polizei geschlossen, keinen einzigen Einsatz abgesagt - obwohl Polizisten im Einsatz bespuckt und angeschrien würden.

Auch vonseiten des Deutschen Ethikrats kommt deutliche Kritik an der Änderung der Priorisierung der Lehrer und Erzieher. Man verabschiede sich damit von einem gut überlegten Prinzip, das vorsieht, zuerst die zu Impfen, die besonders gefährdet sind, erklärt die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats Alena Buyx im *tagesspiegel*.

Und das, obwohl Lehrer und Erzieher zwar eindeutig bei der Arbeit einem besonderen Risiko ausgesetzt seien, aber eben nicht so gefährdet seien wie andere Personen der Impfgruppe 2, wie zum Beispiel Menschen die eine Chemotherapie bekommen oder in Arztpraxen arbeiten. Doch genau in diese Priorisierungsgruppe rücken Lehrkräfte und Kita-Mitarbeiter nun auf.

Corona-Impfreihenfolge: Vorziehen einer Gruppe, lässt andere Gruppe nach hinten rutschen

Zudem: Eine Veränderung der Priorisierung bedeute immer, dass andere Menschen in der Liste nach hinten rutschen, so Buyx. Polizisten, die nach der Corona-Impfreihenfolge in der dritten Priorisierungsgruppe geimpft werden, bedeutet das: In der Gruppe zwei müssen nun mehr Menschen als bisher vorgesehen geimpft werden. Es dauert also länger, bis die Gruppe zwei durchgeimpft ist und die Gruppe 3 dran ist. Oder?

Polizisten bei einer Demo von Impfgegnern - ihr Schutz vor einer Corona-Infektion im Einsatz ist oft schwierig.© Friedrich Stark/dpa

Stimmt so nicht, betont Armin Laschet laut *dpa*: Es werde keine Konkurrenz bei den Lehrer und Erzieher und den Polizisten um eine Corona-Impfung geben. NRW werde in wenigen Monaten so viel Impfstoffe haben, dass es zu keinen Kollisionen komme. Dann würde sich eher die Frage stellen, ob überhaupt alles verbraucht werden könne. Dennoch müsse genau geprüft werden, wann jemand vorgezogen werde. Das jeder für sich sagt: „Ich bin der Allerwichtigste und ich muss das kriegen“, sei kein Argument.

Gesundheitsminister Laumann hingegen räumte im *WDR* ein, dass durch das Vorziehen der Erzieher und Lehrer die Impfung für andere Berufsgruppen verzögert werde. Es rücke nun eine „gewaltige Berufsgruppe“ in die Gruppe der zweithöchsten Priorität. Und der Impfstoff werde nicht mehr. Für alle nachfolgenden dauere es daher länger. Deutlich sagte Laumann: „Ich kann nicht gleichzeitig Polizei und Lehrer impfen“.

Corona-Impfreihenfolge geändert: Verunsicherung und Benachteiligung drohen

Tatsächlich ist auch in den Kommunen große Verunsicherung ausgebrochen, wie bei der Impfung weiter vorgegangen werden soll. Städte wie Dortmund fordern eine klare Linie, um ein drohendes Chaos durch die geänderte Impfreihenfolge abzuwenden.

Doch nicht nur Lehrer und Erzieher, auch viele andere Berufsgruppen beanspruchen für sich, weiter nach vorne in die Impfreihenfolge zu gehören. Laut *tagesspiegel* berichtet die Vorsitzende des Ethikrats, dass auf ihrem Schreibtisch sich die Zuschriften von Gruppen stapeln würden, die „aus nachvollziehbaren Gründen sagen, sie müssten höherstehen in der Reihenfolge.“

Und selbst in der gleichen Berufsgruppe fühlen sich nun wiederum andere benachteiligt. So forderten die Grünen im Landtag, die vorgezogene Corona-Impfung nicht nur auf Grund- und Förderschullehrer zu beschränken. Denn: Untersuchungen zeigten, dass vor allem an weiterführenden Schulen eine erhöhte Infektionsgefahr besteht. Und auch Lehrer von Abschlussklassen seien nun zurück im Präsenzunterricht – vor vollen Klassen, in denen ausreichend Abstand kaum eingehalten werden kann.

Es scheint, als könnte Alena Buyx mit ihrer Befürchtung, dass mit dieser Entscheidung eine Büchse der Pandora geöffnet wurde recht behalten: Jeder will der Erste sein. Auch NRW-

Innenminister Herbert Reul befürchtet, dass nun ein Wettlauf ausbricht – und übt damit indirekt Kritik an der Entscheidung die Impfreihenfolge zu ändern.

„RP online“ vom 11.03.2021 – „Raserszene in NRW – Wenn es Nacht wird auf den Straßen“:

https://rp-online.de/nrw/panorama/raser-in-nrw-polizei-geht-gegen-illegale-rennen-vor_aid-56735259

Foto: Christoph Reichwein (crei)

Düsseldorf. Illegale Autorennen finden vor allem im Ruhrgebiet und im Rheinland statt. Die typischen Raser sind männlich und unter 30 Jahre alt. Die Polizei hat ein Lagebild über die Szene erstellt.

Von **Christian Schwerdtfeger**

Chefreporter/Leiter Reporterteam

Der graue tiefergelegte Audi, Modell AS-Sportback älteren Baujahrs, mit schwarz forlierten Fensterscheiben, hängt am Haken des Abschleppwagens. Die Polizei hat den Wagen bei einer Schwerpunktkontrolle am Hamborner Altmarkt aus dem Verkehr gezogen, weil der Abstand zwischen Reifen und Radkasten so gering war, dass das tiefergelegte Fahrzeug nach ersten Einschätzungen der Polizisten verkehrsunsicher ist. Ein Gutachter wird den Wagen nun unter die Lupe nehmen.

Sichergestellt worden ist der getunte Audi vergangenen Samstagabend bei einer Schwerpunktkontrolle gegen die Raser- und Poserszene. 56 Mal erwischten die Ordnungshüter dabei Autofahrer, weil sie zu schnell unterwegs waren.

I INFO

Der Feiertag der Szene

Car-Freitag Der Karfreitag ist der Feiertag der Tuningszene, dann feiern sie ihren ,,Car-Freitag". Bei diesen Szenetreffen werden die getunten Autos gezeigt.

Polizei Am „Car-Freitag" führt die Polizei immer Schwerpunktkontrollen durch, weil im Rahmen dieser Treffen auch immer wieder Rennen stattfinden.

Landesweit geht die Polizei aktuell massiv gegen diese Szene vor. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums fanden allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 22 Schwerpunkteinsätze statt; im kompletten vergangenen Jahr waren es 164. Dabei wurden 2020 insgesamt 146 Kraftfahrzeuge sichergestellt; in diesem Jahr bisher schon 50. Tausende Personen wurden kontrolliert. So wurden zum Beispiel allein bei einem Schwerpunkteinsatz in Dortmund am 27. Februar dieses Jahres mindestens 362 Beteiligte von der Polizei kontrolliert.

,,Diese Raser gefährden und töten nicht nur sich selbst, sondern auch unbeteiligte Dritte. Deshalb greifen wir hart durch", sagt NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). Im vergangenen Jahr gab es laut Polizei 1515 verbotene Rennen auf Nordrhein-Westfalens Straßen; 265 Unfälle wurden verursacht. Dabei kamen fünf Menschen ums Leben, darunter ein Kind.

Meist sind es junge Männer im Alter bis 30 Jahren, die solche illegalen Rennen fahren. Nach Angaben des Innenministeriums können die Fahrer häufig ihre Fahrfähigkeiten nicht richtig einschätzen und ihr Auto nicht beherrschen.
Bei den Rennen werden laut Polizei neben massiven Geschwindigkeitsübertretungen auch rote Ampeln überfahren, Vorfahrtsstraßen missachtet, brandgefährliche Überholmanöver riskiert und Sicherheitsabstände nicht eingehalten. Bei sogenannten Szenetreffen stellen die Raser und Poser ihre Boliden zur Schau; dabei fahren sie auch Rennen gegeneinander und gegen die Uhr. Die Polizei hat festgestellt, dass sich diese Szenetreffen während der Pandemie auch zu einer „Kennenlern-Börse" entwickelt haben, weil die Bars und Diskotheken geschlossen haben. Dabei kommt es durch das Imponiergehabe auch zu erheblichen Lärmbelästigungen. Typisches Poserverhalten sind: ,,Pedal-Tuning", ,,Schubknallen" (Unterbrechung der Kraftstoffzufuhr bei einem Benzin- oder Dieselmotor) und „Donuts" (Reifen durchdrehen). Zudem werden die Treffs häufig vermüllt hinterlassen.

Als Hochburgen der Szene gelten in NRW das Ruhrgebiet (Dortmund, Duisburg und Essen) und das Rheinland (Düsseldorf und Köln). Zu den Hotspots in der Landeshauptstadt, also den Treffpunkten der Tuner, Poser und Raser, gehören neben der Kö auch das Mannesmannufer und die Heinrich-Heine-Allee. Aber auch in kleineren Kommunen in NRW stellt die Polizei immer wieder Raser. ,,Die Szenen zeigen sich hierbei in unterschiedlicher Ausprägung und sehr mobil. Auf polizeiliche Kontrolltätigkeit wird häufig mit Ortswechseln reagiert", so ein Sprecher des NRW-Innenministeriums.

Die Polizei versucht auch immer, Smartphones von Beteiligten sicherzustellen und eine richterliche Genehmigung zur Auswertung der Daten zu bekommen. Denn die Anhänger der Szene filmen die Rennen mit ihren Handys und verabreden sich über Messengerdienste für neue Rennen. Für die Polizei sind die Handys deshalb extrem wertvoll.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), beschäftigt sich schon lange intensiv mit der Raserszene. ,,Die Fahrer müssen mit harten Strafen belegt werden. Dazu gehört auf jeden Fall ein Führerscheinentzug für einen sehr langen Zeitraum", sagt Rettinghaus. ,,Denn diese Leute sind charakterlich nicht dazu geeignet, ein Auto zu fahren.“

Tunen ist bis auf wenige Ausnahmen eine Männerdomäne. Und dabei unterscheidet die Polizei in Low-Budget-Tuner, die also nicht so viel Geld zur Verfügung haben (meist jüngere Männer), und reiche Tuner, deren Grenze aber zu Posern fließend verläuft. In der Szene der Auto-Enthusiasten fühlen sich aber viele ungerecht behandelt, weil ihrer Meinung nach nicht differenziert wird zwischen denen, die an Fahrzeugen begeistert herumschrauben, und denjenigen, die rasen.

Falko Haarhaus, Einsatzleiter eines Schwerpunkteinsatzes in Dortmund, sagt: ,,Auch in Zukunft werden wir diese Szene konsequent ausbremsen, bis der letzte Autofahrer oder die letzte Autofahrerin den Spaß am Lärm und Rasen verloren hat."

(csh)

„Neue Westfälische online“ vom: 28.03.2021 – „1.500 Razzien gegen Clans in NRW: Was bringen die Maßnahmen?“: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/22981248_1.500-Razzien-gegen-Clans-in-NRW-Was-bringen-die-Massnahmen.html (Kostenpflichtiger +-Artikel)

Lukas Brekenkamp

Immer wieder kommt es in NRW zu Razzien gegen Clankriminalität - wie hier 2019 in Wuppertal. | © picture alliance/dpa

Bei den Kontrollaktionen gegen kriminelle Clans wurden seit Mitte 2018 fast 4.000 Objekte durchsucht. Experten und Ermittler geben Einblicke und zeigen, was die Razzien für Folgen im Milieu haben.

Bielefeld. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hat kriminellen Clans den Kampf angesagt. Reul und die Sicherheitsbehörden setzen auf eine Politik der tausend Nadelstiche. Immer wieder kommt es zu Razzien, Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Festnahmen. Doch was hat der Kampf gegen die kriminellen Mitglieder arabischer Großfamilien bisher gebracht? Ein Überblick. Die nackten Zahlen sprechen Bände: Seit Mitte 2018 werden die NRW-Maßnahmen gegen Clans beim Innenministerium gespeichert.

„General-Anzeiger online“ vom 06.04.2021 (kostenpflichtiger „+“-Artikel - „Grenze zu den Niederlanden – Kriminalität im Grenzraum nimmt weiter zu“: https://ga.de/news/politik/deutschland/grenze-zu-niederlanden-kriminalitaet-nimmt-zu_aid-57193189

Foto: dpa/Sina Schuldt

Düsseldorf · Der Zoll hat 2020 an der Grenze zu den Niederlanden zwei Millionen Euro Bargeld sichergestellt. Im Vergleich zu 2015 hat sich die Summe verzehnfacht. Im vergangenen Jahr hat auch die Pandemie dabei eine Rolle gespielt.

„RP+ online“ (kostenpflichtiger Inhalt) vom: 14.04.2021 – „Proteste gegen Corona-Maßnahmen – Impfzentren und Politiker sind potenzielle Ziele für Attacken“:

https://rp-online.de/nrw/panorama/corona-leugner-und-querdenker-warnung-vor-attacken-auf-impfzentren_aid-57321357

Militante Impfgegner könnten Attacken auf Impfeinrichtungen durchführen, meint die Deutsche Polizeigewerkschaft. Foto: dpa/Christoph Schmidt

Von: Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) in NRW warnt vor Attacken auf Impfzentren und auf Politiker. „Wegen der zunehmenden Radikalisierung einzelner Personen in der Corona-Protest-Bewegung besteht ein abstraktes Risiko für Impfzentren, Transporte des Impfstoffes, auf Arztpraxen, die impfen, sowie für Politiker“, sagt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der DPolG. „Wir müssen auf der Hut sein. Das Spektrum der Ziele wird immer größer. Der Personen- und Objektschutz sollte verstärkt werden“, so Rettinghaus. Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW, erklärte: „Die Transporte des Impfstoffs und die Impfzentren unterliegen einer gewissen Überwachung. Für Kriminelle könnten die Impfstoffe interessant sein.“

„RP online“ vom: 21.06.2021 – „Kleine Flugobjekte – Achtung, Drohne!“: https://rp-online.de/nrw/panorama/drohnen-mehr-straftaten-durch-flugobjekte-in-nrw_aid-59895861

Foto: Felix Kästle/DPA *Foto: dpa/Felix Kästle*

Düsseldorf. Die Zahl der Straftaten, bei denen in NRW Drohnen zum Einsatz kamen, ist 2020 trotz Corona gestiegen. Die Polizei warnt vor Gefahren, vor allem in Flugverbotszonen. Die aktuellen Zahlen sind nur die Spitze des Eisbergs.

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Die Zahl der in Nordrhein-Westfalen begangenen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten mit Drohnen ist im vergangenen Jahr gestiegen – von 85 (2019) auf 103 (2020), wie das Landesamt für zentrale polizeiliche Dienste (LZPD) in Duisburg unserer Redaktion mitteilte. „Wer Drohnen fliegen möchte, muss sich mit den Regeln und Vorschriften wie der Luftfahrtverordnung auseinandersetzen, um nicht ungewollt eine Ordnungswidrigkeit oder gar Straftat zu begehen. Insbesondere das Fliegen in Flugverbotszonen birgt enorme Gefahren“, betonte LZPD-Direktor Thomas Roosen.

Für die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) in NRW sind die Zahlen nur die berühmte Spitze des Eisbergs. „Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen“, sagte ihr Landesvorsitzender Erich Rettinghaus. Grund für diese Entwicklung sei unter anderem die Verfügbarkeit der Geräte. „Drohnen sind sowohl für Kinder als auch für Erwachsene nette Spielzeuge. Man kann sie fast überall kaufen, und sie sind leicht zu bedienen“, sagte Rettinghaus. „Aber es fehlt eine Sensibilisierung, dass mit den Geräten schnell Ordnungswidrigkeiten und Straftaten begangen werden können“, so Rettinghaus. Nur die wenigsten Fälle würden zur Anzeige gebracht. „Manchmal wird die Polizei gerufen. Wenn sie dann da ist, ist von der Drohne nichts mehr zu sehen und zu hören.“

Auch Hobby- und Drohnenpiloten müssen seit Jahresbeginn in Staaten der Europäischen Union einen sogenannten Kompetenznachweis vorweisen. Das verlangt die neue EU-Drohnenverordnung, sobald die Drohne 250 Gramm oder mehr wiegt – oder eine Kamera an Bord hat. Bisher galt dies für Drohnen über zwei Kilogramm. Es gibt Übergangszeiten, aber vom 1. Januar 2022 an muss laut Luftfahrt-Bundesamt jeder Drohnenpilot den EU-Kompetenznachweis oder ein EU-Fernpiloten-Zeugnis haben. Für die Deutsche Polizeigewerkschaft reicht das jedoch nicht aus. „Der Führerschein ist auf

jeden Fall richtig, aber man muss über eine Registrierung der Geräte beim Kauf nachdenken“, so Rettinghaus. „Zudem muss stärker kontrolliert und geahndet werden. Die Strafen müssen aber auch finanziell wehtun.“

Besonders an Flughäfen können Drohnen zur Gefahr werden. In einem internen Polizeibericht, der nur für den Dienstgebrauch vorgesehen ist, heißt es, dass eine Drohne auch ohne Sprengstoff gefährlich sei, nämlich dann, wenn der Flugkörper durch einen kontrollierten Absturz oder eine gezielte Kollision als mechanische Waffe eingesetzt werde. Drohnen werden demnach – unabhängig von einer möglichen terroristischen Verwendung – zunehmend gefährlicher für Flugzeuge.

Beim LZPD gibt es eine spezielle Einheit, die in der Lage ist, Angriffe von Drohnen mit verschiedenen Maßnahmen abzuwehren. „Die Experten setzen dabei unter anderem mechanische, aber auch funktechnische Mittel ein. Auf weitere Einzelheiten können wir aus taktischen Gründen nicht eingehen“, sagte eine Sprecherin.

Info:
Darauf müssen Drohnenpiloten achten

Kennzeichnung: Drohnen, die schwerer als 250 Gramm sind, müssen gekennzeichnet werden.

Führerschein Für eine Drohne ab zwei Kilogramm ist ein Führerschein erforderlich. Für Drohnen ab fünf Kilogramm braucht man zudem eine Aufstiegsgenehmigung.

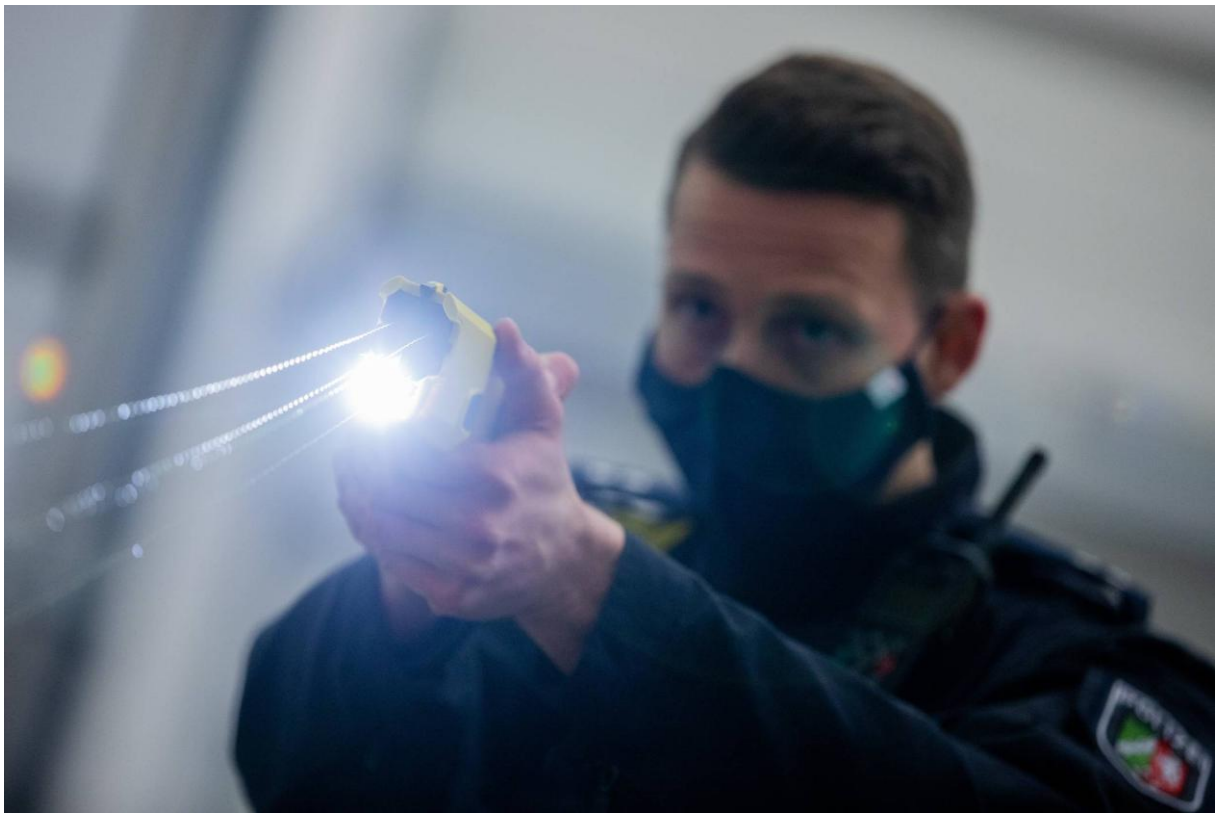
Die Polizei setzt aber auch selbst Drohnen ein. In einem einjährigen Pilotprojekt wurden in elf Kreispolizeibehörden solche Flugobjekte bei ausgewählten Anlässen eingesetzt. „Dabei hat sich gezeigt, dass Drohnen die Möglichkeiten der Polizei erweitern, wenn es um die Aufklärung und Beweissicherung von Straftaten oder die Aufnahme von Verkehrsunfällen geht“, sagte die LZPD-Sprecherin. Deshalb werden nun die 16 kriminaltechnischen Untersuchungsstellen, die Tatortvermessungsgruppe des Landeskriminalamts, die Bereitschaftspolizei und die Verkehrsunfallaufnahme-Teams der Kreispolizeibehörden mit Drohnen ausgestattet. „Die neuen Perspektiven der Drohne ermöglichen schnelle zusätzliche Informationen zur polizeilichen Aufgabenbewältigung und unterstützen die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten damit bei ihrer täglichen Arbeit“, so die Sprecherin.

Drohnen müssen zu vielen Orten mindestens 100 Meter Abstand halten – etwa zu Krankenhäusern, Justizvollzugsanstalten, Militäreinrichtungen, Unglücksorten, Bundesfernstraßen und Industrieanlagen. „Es zeigt sich, dass die Bußgelder gegen Drohnenbesitzer mehr und mehr zunehmen. Und diese können durchaus, je nach Verstoß, mehrere Hundert Euro betragen“, heißt es beim Mobilitätsmagazin Bussgeldkatalog.org. „Das liegt daran, dass unerlaubte Drohnenflüge nicht nur zu Materialschäden führen können. Auch die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Bevölkerung können dabei in Gefahr geraten“, so der Branchendienst.

(csh)

„RP+ online“ (kostenpflichtig) vom 23.06.2021 – „Testphase in NRW – bereits 72 Taser-Einsätze der Polizei“: https://rp-online.de/nrw/panorama/polizei-in-nrw-bereits-72-taser-einsaetze_aid-60027187

Düsseldorf · Noch läuft die Erprobungsphase des sogenannten Tasers bei der Polizei in NRW. Doch schon jetzt scheint sich abzuzeichnen, dass sich das neue Einsatzmittel bewährt. Abgefeuert wurde der Taser auch schon auf zwei Tiere.



Ein Polizeibeamter demonstriert einen Schuss mit einem Distanzelektroimpulsgerät.
Foto: dpa/Rolf Vennenbernd

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen hat den sogenannten Taser während der Erprobungsphase bereits in 72 Fällen eingesetzt (Stand erstes Quartal 2021), wie das NRW-Innenministerium unserer Redaktion mitteilte. ,,Von diesen 72 Einsätzen waren 64 Androhungen; das heißt, die Angriffs- und Gefahrensituationen konnten allein durch das Androhen des Tasers beendet und das polizeiliche Ziel erreicht werden. In acht Fällen kam es folglich zur Schussabgabe", sagte eine Sprecher des Innenministeriums. Die Schussabgaben richteten sich gegen sechs Personen und zwei Tiere.

Das Distanz-Elektroimpuls-Gerät, auch Taser genannt, wird seit Januar in einem einjährigen Pilotprojekt im Wachdienst von vier Kreispolizeibehörden in Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen und dem Rhein-Erft-Kreis eingesetzt. Nach Angaben des Ministeriumssprechers wird der Taser unter anderem eingesetzt, wenn andere Zwangsmittel im Hinblick auf eine sichere Lagebewältigung nicht erfolgversprechend erscheinen oder zu nicht

unerheblichen Verletzungen von Polizisten oder des polizeilichen Gegenübers führen können. ,,Generell lässt sich sagen, dass der Einsatz des Geräts in speziellen Einsatzsituationen das mildeste geeignete Mittel zur erfolgreichen Lagebewältigung darstellen kann", so der Sprecher. ,,Welches das geeignete Mittel ist, muss immer im Einzelfall entschieden werden. In der Regel haben sich die Personen bereits nach der Androhung des Einsatzes kooperativ gezeigt."

Für Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, ist die Erprobungsphase bislang erfolgreich verlaufen. ,,Es ist das eingetreten, womit wir gerechnet haben. Der Taser ist ein wirksames Einsatzmittel, das eine deeskalierende Funktion hat", sagt Rettinghaus.

Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, wünscht sich nun, dass die Finanzierung des Geräts für eine Einführung nach dem Pilotprojekt schnellstmöglich zugesagt wird. ,,Das muss gesichert werden. Die Geräte zeigen, dass sie nützlich sind", so Mertens.

Die rund 400 Polizisten in NRW, die im Wechsel die neue Waffe testen, sind zuvor geschult worden. Die Einsätze mit Tasern werden gefilmt und gespeichert. Bei dem Taser handelt es sich um ein Distanz-Elektroimpuls-Gerät der Firma Axon, das an Drähten befestigte Metallpfeile mit kurzen Stromimpulsen verschießen kann. Der Getroffene kann damit bei hoher Spannung außer Gefecht gesetzt werden. Die Waffe kommt vor allem bei Angriffen mit Messern aus kürzester Distanz zum Einsatz. Außerdem ist sie laut Polizei effektiver als der Einsatz von Pfefferspray, bei dem sich die Polizisten auch immer selbst verletzen würden.

Die Polizisten, die mit dem Taser ausgestattet sind, sind auch im Bereich der Erste-Hilfe- Maßnahmen fortgebildet worden. Grundsätzlich werde laut NRW-Innenministerium nach dem Einsatz des Geräts ein Arzt hinzugezogen, um gegebenenfalls weitere medizinisch notwendige Maßnahmen einzuleiten.

Zum Einsatz kam der Taser zum Beispiel Anfang Juni in Düsseldorf. Bei zwei Einsätzen wurden aggressive Männer von der Polizei so gestoppt. In beiden Fällen seien die Beamten bedroht worden - einmal seien Messer im Spiel gewesen, hieß es seitens der Polizei.

(csh)

„Neue Westfälische online“ (kostenpflichtiger +-Artikel) vom: 13.07.2021 „Nach Bandidos-Verbot: Wie sich die Rocker-Szene in NRW verändert“: https://rp-online.de/nrw/panorama/demo-duesseldorf-polizei-attackiert-journalisten-und-demonstranten_aid-60256011?utm_source=mail&utm_medium=referral&utm_campaign=share?utm_source=mail&utm_medium=referral&utm_campaign=share

Insgesamt 38 Bandidos-Chapter, die in der "Federation West Central" organisiert waren, wurden verboten. ! © Symbolbild: picture alliance / dpa

Nachdem 38 Bandidos-Ortsgruppen verboten wurden, stellt sich die Frage: Was hat das für Folgen auf das Rockermilieu? Experten sehen auch Gefahren.

Lukas Brekenkamp

Bielefeld. Mit einem Schlag wurden alle Bandidos-Chapter in NRW verboten. Doch welche Folgen hat das auf die Szene? "Es kann sein, dass andere Gruppen nun in die Geschäftsfelder der Bandidos drängen", prognostizieren Experten. Drohen dadurch neue Gefahren?

Das Bundesinnenministerium hat die Bandidos "Federation West Central" verboten. Ein Zusammenschluss aus verschiedenen Chaptern, also Ortsgruppen, der Rockergruppierung
mit Schwerpunkt in NRW (bei den Heils Angels heißen diese Charter). Und auch die insgesamt 38 Bandidos-Chapter in der Federation wurden verboten. Gründe für das Verbot sind die kriminellen Machenschaften der Bandidos sowie "Rockerkriege" gegen andere Gruppen wie die Heils Angels oder die Freeway Riders.

„In Duisburg eine Macht"

„Ein echter Schlag", betont Erich Rettinghaus. Er ist NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), hatte während seiner Zeit bei der Duisburger Polizei oft genug mit den Bandidos zu tun. "Im Ruhrgebiet und gerade in Duisburg waren die eine

Macht", betont er. Das große Rotlichtviertel der Ruhrmetropole sei zum Teil in der Hand der Bandidos gewesen. Inmitten des Viertels hatten die Rocker zudem ihre Vereinskneipe, das "Fat Mexican", vor dem im Jahr 2009 der Bandido Rudi Heinz "Eschli" E. von einem Heils Angel erschossen wurde.

"Im Rotlichtmilieu geht es um viel Geld, zum Teil auch um Drogen, Geldwäsche und Menschenhandel", berichtet Rettinghaus. "Das werden sich die Bandidos sicher nicht einfach nehmen lassen." Auch durch das Verbot nicht? "Die Rocker sind dadurch ja nicht einfach verschwunden." Bis zum Verbot waren die Bandidos mit etwa 740 Mitgliedern zahlenmäßig am stärksten, gefolgt von Freeway Riders (430) sowie Heils Angels und Gremium (je 270}.

Schon einige Rocker-Verbote in Deutschland

Das Verbot der Bandidos war das bisher größte und umfangreichste Verbot gegen kriminelle Motorradclubs in Deutschland. Aber nicht das erste. 2015 wurde zum Beispiel der holländische Rockerclub Satudarah nach einem kurzen Gastspiel in Deutschland verboten. Zudem wurden einzelne Charter und Chapter von Heils Angels, Bandidos und Co. bereits verboten. 2018 wurde mit den Osmanen Germania außerdem ein Club in Deutschland gesprengt, der zwar nicht in die Kategorie "Rocker" fällt, aber sich zum Beispiel durch Kutten, Hierarchie und Erscheinungsform das Auftreten von solchen Motorradclubs angeeignet hat.

Und nun also das Bandidos-Verbot in NRW. "Man muss jetzt schauen; gründen die was Neues? Oder schließen die sich einem anderen Club an?", sagt Rettinghaus. Zumindest bei einzelnen ehemaligen Mitgliedern der verbotenen Clubs Satudarah und Osmanen Germania ist den Ermittlungsbehörden bekannt, dass diese bei anderen Gruppen angeheuert haben.

"Rocker müssen wahrgenommen werden"

Eigentlich ist es der "Federation West Central" sowie deren Teilorganisationen - also den einzelnen Chaptern - verboten, eine Nachfolgeorganisation zu gründen. Doch das überhaupt nachzuweisen, sei laut Rettinghaus für Ermittler extrem schwer.

Oliver Huth, NRW-Vize beim Bund Deutscher Kriminalbeamter und Experte für organisierte Kriminalität, betont: "Mit dem Verbot hat man den Bandidos das Identitätsschaffende wie Clubhäuser oder Kutten aber auch das Vereinsvermögen genommen." Und all das sei in der Rocker-Szene essenziell. "Rocker müssen für ihre Macht- und Gebietsansprüche wahrgenommen werden", sagt Huth.

Welche Gruppen drängen in die Geschäftsfelder?

Dennoch warnt Rettinghaus: "Es ist möglich, dass andere Gruppen nach dem Verbot ein Vakuum in der Szene ausmachen und in die Geschäftsfelder der Bandidos drängen. Es können neue Konflikte entstehen. Auch wenn die Bandidos verboten wurden, werden die Mitglieder sich ihre Geschäftsfelder, ihre Macht oder ihren Einfluss nicht einfach nehmen lassen.

Auch Oliver Huth sieht das ähnlich. "Es werden sicher verschiedene Gruppen in die Bereiche der Bandidos drängen wollen." Als Beispiele nennt er hier Clans oder die albanische sowie die italienische Mafia. Letztere ist gerade in Duisburg sehr aktiv. Huth hält es auch für möglich, dass die Rocker-Konkurrenz wie die Heils Angels in Felder drängen und die Geschäftsbereiche übernehmen wollen. "Das Verbot hat der Szene aber auch gezeigt, wie hart wir gegen Rocker vorgehen - und welche Möglichkeiten wir

haben", betont er. Möglich also auch, dass die Konkurrenz die Füße still hält. So oder so: "Wir haben die Gruppierungen genau im Blick", betont Huth.

„Yahoo! Nachrichten online“ vom: 16.07.2021 – „Deutsche Polizeigewerkschaft verurteilt Katastrophentourismus“:

https://de.nachrichten.yahoo.com/deutsche-polizeigewerkschaft-verurteilt-katastrophentourismus-102750339.html?guccounter=1&guce_referrer=aHR0cHM6Ly93d3cuZ29vZ2xlLmNvbS8&guce_referrer_sig=AQAAAMUqQlr7A2lKYAdn0SMhWllksB1IP4Zb0WEEyTr8JYEK3mNSnVySLDRFNLo15fwgOl_EUfY2fs4cBxW0QwcEdj8dkGKvJ8dGqT_QojYEAxTrVeEui9Z0BuXkHbkaaewMBDbONaBHTr6AJIC5c83YRgD7tTqRKGV1lsbMS4CbQHrd

Ein Feuerwehrauto bahnt sich seinen Weg durch Erftstadt (Bild: REUTERS/Thilo Schmuelgen)

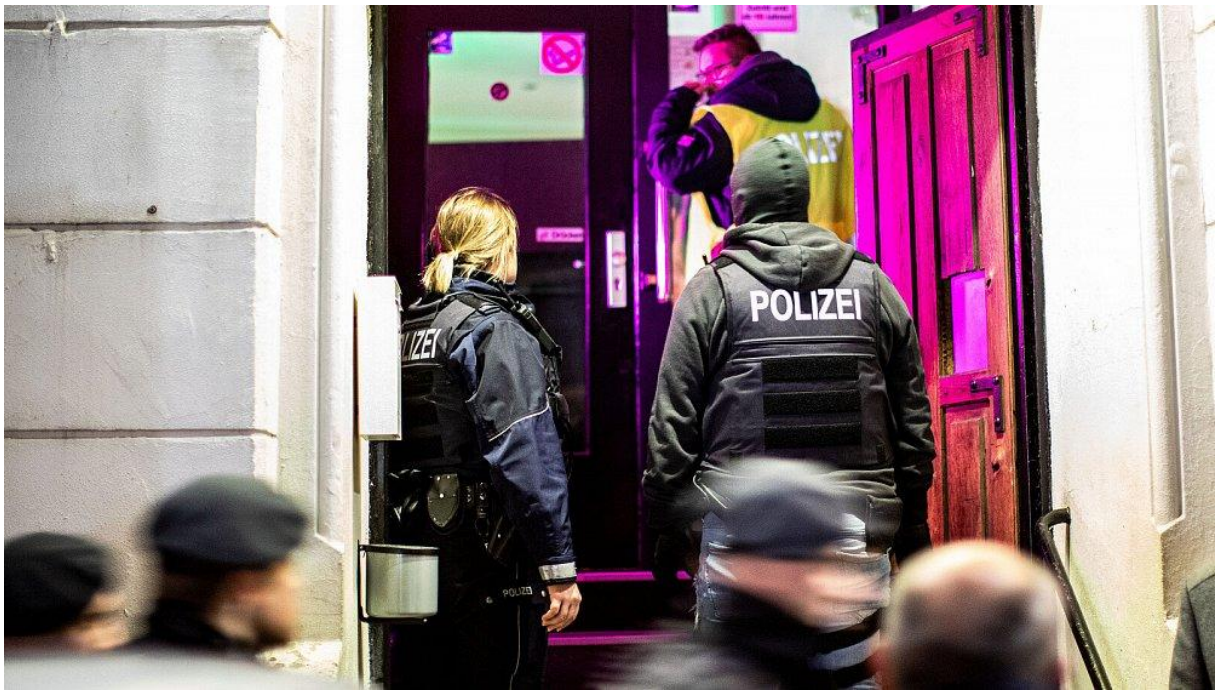
Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) in NRW hat das Verhalten von Schaulustigen verurteilt, die während der Hochwasser-Katastrophe Rettungseinsätze und Zerstörungen filmen und fotografieren.

"Das ist ein absolutes No-Go. Das geht überhaupt nicht", sagte ihr Landesvorsitzender Erich Rettinghaus der Düsseldorfer "Rheinischen Post".
Gaffer filmen Einsätze.

"Man sieht schon Bilder von Rettungskräften bei Aufräumarbeiten, die von Schaulustigen auf der anderen Straßenseite gefilmt werden. Das darf nicht sein und muss unterbunden und geächtet werden", so Rettinghaus.

Ich vermute, dass solches Verhalten in den nächsten Tagen aber leider noch öfters zu beobachten sein wird."

„Neue Westfälische online (Kostenpflichtiger „+“-Artikel)“ vom: 19.07.2021 – „Organisierte Kriminalität: Verfassungsschutz soll Clans und Co. überwachen.“: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23051528_Organisierte-Kriminalitaet-Verfassungsschutz-soll-Clans-und-Co.-ueberwachen.html



Clankriminalität sorgt in NRW für Probleme. | © picture alliance/dpa

Die Organisierte Kriminalität sorgt für Probleme. Sollte der Nachrichtendienst auch Rocker oder Clans beobachten? Die Frage sorgte bereits für Diskussion.

Von: Lukas Brekenkamp

Bielefeld. Rocker, Clans, Mafia - die Organisierte Kriminalität hält die Sicherheitsbehörden in NRW massiv aufTrab. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) will den Verfassungsschutz ins Boot holen, der zum Beispiel Extremisten nachrichtendienstlich überwachen kann. Doch was hat es mit der Forderung auf sich?

Erich Rettinghaus ist bedient. Der NRW-Chef der DPolG sowie seine Kollegen bei der Polizei stehen vor einem großen Problem: der Kampf gegen die Machenschaften krimineller Clan-Mitglieder. "Das Feld ist gigantisch - NRW ist ein Brennpunkt", sagt Rettinghaus. Doch auch Rocker oder die Mafia aus verschiedenen Ländern haben längst in NRW Fuß gefasst. Alle werden zum Teil der Organisierten Kriminalität zugerechnet.

Rettinghaus berichtet: "Immer öfter werden Zusammenhänge zwischen der Organisierten Kriminalität und all seinen Erscheinungsformen und der politisch motivierten Kriminalität erkannt." Er befürchtet zudem, dass Geld aus kriminellen Machenschaften womöglich auch in Länder fließen kann, in denen der Terrorismus herrscht.

Grund also, dass der Verfassungsschutz künftig beim Thema Clankriminalität und Co. mit im Boot ist? Rettinghaus sieht darin Vorteile. Denn: Bei der Polizei gilt das Legalitätsprinzip - der Strafverfolgungszwang. Die Polizei muss bei laufenden Straftaten eingreifen und diese verhindern - und auch bei laufenden Überwachungen die Täter stellen. "Das nutzen die Clans aus. Manche Mitglieder setzen wissentlich Minderjährige oder Personen ohne Führerschein ans Steuer, sodass wir als Polizei eingreifen müssen, statt die Strukturen der Clans zu beobachten", nennt Rettinghaus ein skurriles Beispiel. Der Verfassungsschutz hingegen habe weder eine Zugriffpflicht, noch ein Zugriffsrecht im polizeilichen Sinne.

Ein entsprechender Antrag scheiterte

So ganz neu ist die Forderung dann allerdings nicht. Schon vor etwa zwei Jahren hat die DPolG entsprechende Forderungen an die NRW-Politik gestellt. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter hatte ähnliche Ideen. In anderen Bundesländern - zum Beispiel Bayern und Hessen - ist der Verfassungsschutz bereits in Sachen Organisierte Kriminalität im Boot. In Berlin wurden zudem zuletzt Verbindungen zwischen Clans uns Islamisten geprüft.

Doch der NRW-Verfassungsschutz sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz haben den Bereich des organisierten Verbrechend nicht im Blick. Und: Die DPolG scheiterte in NRW mit ihren Forderungen. Die AfD griff den Vorschlag auf - der Gesetzentwurf, der vorsah, dass der NRW-Verfassungsschutz den Bereich der Organisierten Kriminalität in den Fokus nimmt, wurde abgeschmettert.

Wo liegt das Problem?

Zum einen aus rechtlichen Hürden. Etwa wegen des geltenden Trennungsgebotes zwischen Polizei und Nachrichtendienst. Die Sorge, eine Geheimpolizei wie die Gestapo zu NS-Zeiten könne entstehen, war damals groß - und die Sorge besteht offenbar noch immer. "Das Trennungsgebot ist historisch gesehen ein wichtiger Grundsatz", sagt SPD- Innenexperte Sven Wolf, der noch immer gegen eine Ausweitung der Zuständigkeit des Verfassungsschutzes ist. Zudem ist die Zuständigkeit des Nachrichtendienstes klar geregelt: „Die Aufgabe des Verfassungsschutzes sollte auch weiter darin liegen, Demokratiefeinde im Vorfeld zu beobachten (…).“

Für CDU-Innenpolitiker Gregor Gotland ist das Thema aber noch lange nicht erledigt. Er war einer der ersten, der das Thema in den Fokus nahm. "Die Trennung von Nachrichtendienst und Polizei ist im Kampf gegen Terror und Organisierte Kriminalität überholt. In vielen anderen Ländern nutzt man nachrichtendienstliche Mittel, um Extremisten, Spionage und auch die Kriminalität zu beobachten", sagt Golland. Er ist sich zudem sicher: "Der internationale Terrorismus finanziert sich auch aus kriminellen Geschäften." Ein Fakt, den auch Wolf nennt und hier von Schnittstellen zwischen Bereichen der Polizei und des Verfassungsschutzes spricht, bei dem es aber sicher zu einem Informationsaustausch komme.

Rechtsfreier Raum durch Gewalt und Einschüchterung

Golland betont aber auch, man wolle "keine Parksünder jagen, sondern Personen, von denen echte Gefahren ausgehen". Und: "Wenn kriminelle Banden wie Clans oder Rocker immer mächtiger werden, dann schaffen sie durch Gewalt und Einschüchterung

einen rechtsfreien Raum - und das ist auch ein Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung." Golland denkt darüber nach, das Thema in das Wahlprogramm für die NRW-Landtagswahlen der CDU aufzunehmen.

Rettinghaus hält ebenfalls an seiner Meinung fest: "Bei der aktuellen Sicherheitslage und einer ständig latenten Anschlagsgefahr, macht sich der Staat bewusst schlank und blind", betont er. "Der Verfassungsschutz könnte langfristige Beobachtungen fortsetzen und tiefer in die Strukturen eindringen. In definierten Fällen würde der Verfassungsschutz die Polizei in Teile seiner Beobachtungen einweihen und der Polizei einen Teilzugriff und eine Gefahrenabwehr im Einzelfall ermöglichen."

„Frankfurter Rundschau online“ vom: 19.07.2021 – „Unwetter in NRW und Rheinland-Pfalz: Luftwaffe versorgt zerstörte Dörfer mit Hilfsgütern“: https://www.fr.de/panorama/unwetter-tief-bernd-regen-nordrhein-westfalen-rheinland-pfalz-todesfaelle-news-zr-90867174.html

Nach der Hochwasserkatastrophe In Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz transportiert die Luftwaffe Hilfsgüter mit Hubschraubern der Spezialkräfte in die zerstörten Dörfer.

- Tief „Bernd“* bringt starke Regenfälle in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.
- Die Polizei in Nordrhein-Westfalen warnt vor Betrugsfällen während der Hochwasserkatastrophe.
- Die Zahl der Todesfälle steigt weiter an. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet* (CDU*) und Amtskollegin Malu Dreyer (SPD*) aus Rheinland-Pfalz sprechen von einer katastrophalen Lage.

Zur Unterstützung nach der Hochwasserkatastrophe in Deutschland setzt die Luftwaffe der Bundeswehr nun auch Hubschrauber der Spezialkräfte ein. Die Maschine vom Typ H145M fliege Hilfsgüter in die zerstörten Dörfer, sagte ein Luftwaffensprecher am Montag (19.07.2021) der Deutschen Presse-Agentur.

Zuvor hatte das Heer auf Twitter geschrieben: „Vom Nürburgring gehen im Minutentakt lebenswichtige Güter wie Wasser und medizinische Ausrüstung in die betroffenen Gebiete.“ Insgesamt waren am Montag mehr als 1000 Soldat:innen im Hilfseinsatz, davon etwa 550 in Nordrhein-Westfalen, 300 in Rheinland-Pfalz und rund 100 in Bayern.

Nach der Unwetterkatastrophe ist die Luftwaffe mit Hubschraubern, hier beim Beladen von Hilfsgütern am Nürburgring, im Einsatz.
© Luftwaffe/dpa

„RP online“ (kostenpflichtiger +-Artikel) vom 09.08.2021 – „Moerser erleben Unfallfahrt auf A57 mit – hier ist einer, der rammt Autos weg“: https://rp-online.de/nrw/panorama/amokalarm-auf-a57-bei-meerbusch-augenzeuge-berichtet_aid-62050637

Autofahrer löst Unfälle auf A57 aus und raubt Autos. Foto: Gianni Gattus.

Von: Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Michael Putke (Name geändert) und seine Bekannte sind am Samstagnachmittag auf dem Weg von Köln nach Hause. Die beiden Moerser fahren auf der A57 in einem Golf; er ist Beifahrer. Sie sind gerade auf der linken Spur unterwegs mit rund 120 Stundenkilometern, als ihr Fahrzeug von einem heftigen Ruck durchzogen wird. „Ich dachte im ersten Moment, da ist irgendwas gegen das Auto geknallt“, sagt der 40-Jährige. Sofort dreht er sich nach rechts hinten, um nachzusehen. „Da war dann plötzlich ein anderes Auto direkt neben uns. Also wirklich direkt – nur wenige Zentimeter entfernt. Und in dem Moment ist das Auto neben uns nach rechts weggezogen und hat ein anderes Auto auf der äußeren Spur weggerammt“, schildert Putke.

Putke und seine Bekannte sind direkt betroffene Augenzeugen der lebensgefährlichen Aktion, die sich am Samstag auf der A57 und in Teilen Meerbuschs zugetragen hat. Die beiden kamen mit dem Schrecken davon. Unserer Redaktion schildert Putke exklusiv, was er gesehen und erlebt hat. Und er sagt, wie er über das Erlebte denkt. Die Polizei war am Samstag mit einer Vielzahl an Kräften im Einsatz. Auch ein Polizeihubschrauber wurde angefordert, nachdem am Nachmittag mehrere Unfälle auf der Autobahn 57 in Richtung Nimwegen gemeldet worden waren. Dabei wurde auch ein Motorradfahrer leicht verletzt.

An der Anschlussstelle Bovert habe der Mann sich „gewaltsam“ ein Fahrzeug verschafft und die Autobahn verlassen. Im Stadtgebiet Meerbusch brachte der 36-Jährige nach mehreren weiteren Unfällen laut Polizeiangaben einen zweiten Wagen in seine Gewalt. Den stellte er später ab, um zu Fuß zu flüchten. Polizisten konnten ihn aber fassen. Zeugenaussagen zufolge hatte der Mann auch ein Messer dabei, so ein

Polizeisprecher. Putke konnte den Fahrer kurz sehen, als dieser neben ihnen fuhr. „Er hat starr nach vorne geguckt. Richtig verbissen“, sagt er.

Putkes Bekannte drosselt am Samstag sofort das Tempo. Sie sehen, wie der Fahrer, nachdem er das Auto auf der rechten Spur neben ihnen gerammt hatte, ein weiteres Fahrzeug vor ihnen rammt. „Er rast weiter und fährt absichtlich seitlich gegen einen Lkw. Dann setzt er sich vor den Lastwagen und bremst ihn aus“, berichtet Putke. „Anders als zu lesen gewesen ist, hat er die Unfälle aber nicht provoziert. Er hat die Autos gezielt und absichtlich gerammt. Das hatte nichts mit einer Provokation zu tun“, so Putke. „Das war richtig krank.“ Die beiden befürchten, dass der Fahrer auf der A57 wenden und zurückkommen könnte. „Das ist uns da durch den Kopf gegangen. Die Autobahn war ziemlich leer. Das hätte er also theoretisch machen können.“

Noch während der Unbekannte vor ihnen fährt, greift der Moerser geistesgegenwärtig zu seinem Smartphone und ruft die Polizei an. „Hier ist einer, der rammt Autos weg“, sagt er dem Polizisten am Telefon, der besonnen und ruhig reagiert habe. „Der hat meine Angaben gut und ruhig aufgenommen. Die Polizei hat das wirklich gut gemacht“, lobt Putke.

Über das Motiv ist noch nichts bekannt. Der mutmaßliche Täter ist am Sonntag dem Haftrichter vorgeführt worden, der eine Unterbringung in der Forensik angeordnet habe, heißt es. Der 36 Jahre alte Mann aus Essen sei hochaggressiv gewesen, positiv auf Drogen getestet worden und habe einen psychisch labilen Eindruck gemacht, so die Polizei. Aus Polizeikreisen erfuhr unsere Redaktion, dass am Samstagvormittag eine Strafanzeige gegen ihn wegen häuslicher Gewalt eingegangen war. Ob die Anzeige mit der Tat zusammenhängt, ist nicht bekannt. Der 36-Jährige soll nicht vernehmungsfähig sein.

Die Polizei hatte nach Informationen unserer Redaktion am Samstagnachmittag vorsorglich Amok-Alarm ausgelöst. „Das macht man wirklich nur dann, wenn viel passiert ist. Sonst hält man sich damit sehr zurück, weil mit diesem Alarm polizeilich alles hochgefahren wird“, erklärt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW.
„In solchen Situationen muss man schnell entscheiden“, sagt er. Ein Sprecher der Düsseldorfer Polizei erklärte, dass die Polizei auf verschiedene Szenearien vorbereitet sei, sich aber zu konkreten Maßnahmen aus einsatztaktischen Gründen nicht äußern könne und dürfe. „Die einzuleitenden Maßnahmen sind praktisch wie in einem Katalog hinterlegt. Dort steht, was in welchem Fall getan werden muss“, so der Sprecher.

Erst Stunden später wird Putke so richtig bewusst, wie viel Glück er und seine Bekannte gehabt haben. „Hätte der uns gerammt, wären wir vielleicht direkt in die Leitplanke gekracht. Oder wir hätten uns gedreht und ein nachfolgendes Fahrzeug wäre in uns hineingefahren“, sagt er. „Das macht schon was mit einem, wenn man sich das vor Augen führt“, sagt er.

(csh)

„Servus TV“ (DPolG O-Ton zur Clan-Kriminalität) vom 19.08.2021 – „NRW: Clan-Kriminalität immer größeres Problem“:
https://www.servustv.com/aktuelles/v/aa-28nppctns1w11/

20 Menschen verprügeln in Essen einen Friedhofsmitarbeiter. Die mutmaßlichen Schläger sind Mitglieder eines libanesischen Familienclans. Sie werden wahrscheinlich wie so oft ohne Strafe davonkommen. Drogen, Prostitution und Schutzgelderpressung - damit machen die Clans ihr Geld. Vor allem im Ruhrgebiet und in Berlin. Nachweisen kann man ihnen aber kaum was.

„Aktuelle Stunde“ (Lokalzeit Duisburg; mit DPolG NRW-Studiogast Erich Rettinghaus anlässlich der Vereidigung in Duisburg/Landschaftspark Nord) vom 19.08.2021 – „Polizeinachwuchs gesucht“:

https://www.ardmediathek.de/video/lokalzeit-aus-duisburg/lokalzeit-aus-duisburg-oder-19-08-2021/wdr-fernsehen/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWI0cmFnLWJjYmM3MGIwLWYzMjAtNDI1Yi05NmQxLTIwYjZkN2RmZWViYQ/

„RP online“ vom 02.09.2021 – „NRW: Großrazzia bei Hells Angels nach brutalem Mord“:
https://rp-online.de/nrw-grossrazzia-bei-hells-angels-nach-brutalem-mord_vid-62522309

Von: Gabriele Peters, Marc Latsch, Viktor Marinov und Christian Schwerdtfeger

Update | ***Mönchengladbach/Duisburg***. Seit dem frühen Donnerstagmorgen durchsuchen SEK-Kräfte Objekte in neun Städten in NRW. 900 Polizisten sind im Einsatz, zwei Verdächtige noch auf der Flucht. Einer davon ist Chef der Mönchengladbacher Hells Angels.

Bei einer Razzia gegen Rockerkriminalität hat die Polizei am 2. September 2021 in neun Städten in Nordrhein-Westfalen insgesamt 24 Gebäude durchsucht. Hintergrund der Aktion sind Ermittlungen zu einem versuchten Mord in zwei Fällen aus dem Jahr 2013 und einem Mord im Jahr 2014 im Milieu der Rockerbande Hells Angels.

„Das waren schlicht und einfach Rockerkriege, die da auf unseren Straßen ausgetragen worden sind“, sagte NRW- Innenminister Herbert Reul (CDU). Die Brutalität der abscheulichen Verbrechen zeige, dass man bei dem Kampf gegen die Rocker nicht lockerlassen dürfe. In Mönchengladbach wurde ein 42-jähriger Mann bereits festgenommen. Er ist laut Polizei einer der Verdächtigen im Mordfall Kai M. Der Hells Angel aus Duisburg war 2014 unter noch ungeklärten Umständen zunächst verschwunden. Später wurde sein tätowierter Arm von einem Angler in Duisburg aus dem Rhein gefischt. Ein 33-Jähriger soll gemeinsam mit einem 34-jährigen Clubkameraden Kai M. erschossen haben, weil dieser unter Verdacht stand, Geheimnisse der Rocker-Gang verraten zu haben. Das teilt die Staatsanwaltschaft Mönchengladbach mit.

Der festgenommene 42-jährige soll an der Zerstückelung und Entsorgung des Toten beteiligt gewesen sein. Während der 34- jährige Mitbeschuldigte bereits wegen einer anderen Sache in Wuppertal einsitzt, wird nach dem 33-jährigen mutmaßlichen Haupttäter noch gefahndet. Er ist nach Informationen unserer Redaktion Chef der Mönchengladbacher Hells Angels. Gesucht wird auch noch nach einem 31-Jährigen, der ebenfalls den Hells Angels angehören soll und sich aktuell mutmaßlich in der Türkei aufhält. Er soll im November 2013 auf ein Mitglied der Rockergruppe Bandidos geschossen haben, während der Mann in seinem Ford Kuga vor einer roten Ampel in Oberhausen wartete.

Der damals 25-jährige Fahrer wurde schwer, seine damals 32 Jahre alte Beifahrerin leicht verletzt. Laut Staatsanwaltschaft Duisburg wird nach dem mutmaßlichen Schützen mit einem internationalen Haftbefehl gefahndet. Die 33 und 34 Jahre alten mutmaßlichen Haupttäter im Mordfall Kai M. sollen auch hier Mittäter gewesen sein.

SEK-Polizisten sollen sich einer Polizeisprecherin zufolge mit einem gepanzerten Fahrzeug Zugriff zu einem mutmaßlichen Vereinsheim der Rockergruppe in Mönchengladbach verschafft haben. Außerdem war die Polizei am Morgen in Duisburg im Einsatz. Laut eines Polizeisprechers wurden dabei mehrere Objekte an verschiedenen Orten im Stadtgebiet durchsucht. Einer der Einsatzorte war das Duisburger Rotlichtviertel.

In Mönchengladbach gab es ebenfalls Einsätze an mehreren Stellen im Stadtgebiet, unter anderem bei einem Autoverleih, in dem PS-starke Nobelkarossen ausgestellt waren. Bei den Durchsuchungen stellten Ermittler der Kriminalpolizei unter anderem eine scharfe Schusswaffe, eine Schreckschusswaffe, Datenträger und Betäubungsmittel sicher.

Dem Einsatz war eine jahrelange Ermittlungsarbeit in den abgeschotteten Strukturen der organisierten Rockerkriminalität vorausgegangen. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, lobte den langen Atem der Polizei. „Die Ermittlungen zeigen, dass die Polizei nicht aufgibt, sondern auch jahrelang an einem Fall weiterarbeitet“, sagte Rettinghaus. Auch Reul sprach von einer „langwierigen und mühsamen Ermittlungsarbeit.“

Laut Rettinghaus sende die Razzia ein deutliches Signal an die Rocker-Szene. „Sie wissen jetzt, dass sie zu keiner Zeit mehr vor der Polizei sicher sind und es täglich zu Durchsuchungen und Festnahmen kommen kann. Und sie wissen jetzt: Selbst Taten, die schon Jahre zurückliegen, können sie jederzeit einholen.“
Einen Durchbruch habe es dann vor rund zwei Jahren gegeben, als ein Kronzeuge aussagte. Die Folge: Weitere Ermittlungen und schließlich die Großrazzia am Donnerstag.
„Es ist für uns schon mal ein Erfolg, dass wir so weit gekommen sind“, sagte eine Polizeisprecherin. Innenminister Reul ergänzte, dass der Zeitpunkt nicht zufällig sei.

„Eine solche Razzia macht man dann, wenn die Zeit reif ist und es zügig gehen muss.“

„RP online“ vom: 16.09.2021 – „Zum Feiertag Jom Kippur – Anschlag auf Synagoge in Hagen vereitelt“: https://rp-online.de/nrw/panorama/hagen-16-jaehriger-wegen-verdacht-auf-terroranschlag-in-haft_aid-62798261

Foto: dpa/Alex Talash

Düsseldorf/Hagen: Ein junger Islamist soll in Hagen einen Anschlag auf die Synagoge während des Jom-Kippur-Festes geplant haben. Ein Sprengsatz konnte aber bislang nicht gefunden werden. Der Hinweis kam von einem Auslandsdienst.

Von Christian Schwerdtfeger, **Kerstin Münstermann und Claudia Hauser**

Nach dem mutmaßlich geplanten Anschlag auf die Synagoge in Hagen hat NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) von Hinweisen auf eine islamistisch-motivierte Bedrohungslage gesprochen: „Wir haben zuvor einen sehr ernst zu nehmenden und konkreten Hinweis erhalten, dass es während des Jom-Kippur-Festes zu einem Anschlag auf die Synagoge kommen könnte“, sagte Reul. „Konkret heißt übrigens: Klare Tatzeit, Tatort und Täter waren bekannt“, so der Minister weiter.

Bei dem Polizeieinsatz, bei dem die Hagener Synagoge am Mittwochnachmittag abgesperrt worden war, sind nach Angaben der federführenden Polizei Dortmund und der Staatsanwaltschaft zunächst ein 16-Jähriger syrischer Abstammung sowie sein Vater und zwei Brüder festgenommen worden. Der 16-jährige stehe im Fokus der Ermittler. Er soll Kontakt zu einem bekannten Islamisten im Ausland gehabt haben, hieß es aus Sicherheitskreisen, die damit entsprechende Informationen unserer Redaktion bestätigten.

Info
Jugendliche vor Islamisten schützen

Programm: „Wegweiser – Gemeinsam gegen Islamismus“ ist ein Präventionsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ziel: Es soll verhindern, dass junge Menschen in den Islamismus abrutschen. Angehörige der islamistischen Szene erhalten zudem die Möglichkeit, in die Mitte der Gesellschaft zurückzukehren.

Den Kontakt zu einem Bombenbauexperten via „Telegram“ habe er zugegeben, Anschlagsabsichten auf die Synagoge aber bestritten, sagte ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf am Donnerstagabend. Gegen die Familienangehörigen bestehe derzeit kein Tatverdacht, erklärte der Sprecher. Am Abend sei das Trio daher wieder freigelassen worden. Laut der Polizei vor Ort sind an der Synagoge keine Hinweise auf eine konkrete Gefährdung festgestellt worden: „Wir haben mit Polizeihunden alles akribisch abgesucht. Die Synagoge wird zudem mit Videokameras überwacht; auch Polizisten haben das Gebäude vorher schon geschützt“, so ein Ermittler. Ein Sprengsatz sei demnach nicht gefunden worden. Reul sagte: „Da es einen Bezug zur Synagoge gab, haben wir sofort gefahrenabwehrende Maßnahmen in die Wege geleitet.“ Objektschutzmaßnahmen seien intensiviert worden.

in ausländischer Partnerdienst hatte nach Informationen aus Sicherheitskreisen den Bundesnachrichtendienst vor einem mutmaßlichen Islamisten in Deutschland gewarnt. Der Jugendliche soll im Internet Aussagen zu einem womöglich geplanten Anschlag gemacht haben. „Wir sind auf die Informationen der ausländischen Dienste angewiesen“, sagte der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Erich Rettinghaus.

Zur Diskussion über eine bessere Ausstattung der deutschen Dienste sagte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) unserer Redaktion, dass es dabei nicht so sehr um Aufrüstung, sondern um Vernetzung gehen würde. „Geheimdienste, Polizei und Justiz müssen – im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen – noch enger zusammenarbeiten“, so der Kanzlerkandidat der Union. Das gelte auch für die verschiedenen staatlichen Ebenen. „Von der Kommune rauf bis zum europäischen Level brauchen wir mehr Informationsaustausch und gemeinsame Handlungsstrategien“, so Laschet. Er kündigte an, im Kanzleramt einen Nationalen Sicherheitsrat einrichten zu wollen, der nachrichtendienstliche Erkenntnisse des Bundes und der Länder zusammenführe.

Der Fall erinnert an den Anschlag in Halle in Sachsen-Anhalt vor zwei Jahren. Dort hatte ebenfalls an Jom Kippur ein bewaffneter Rechtsextremer versucht, gewaltsam in die dortige Synagoge einzudringen. Als die Tür standhielt, erschoss er in der Nähe zwei Menschen und verletzte auf der Flucht zwei weitere. „War der Anschlag von Halle rechtsmotiviert, so ist der vereitelte Anschlag in Hagen offenbar dem islamistischen Milieu zuzuordnen“, sagte der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“.

Wie der Fall in Hagen zeigt, rutschen Jugendliche immer wieder in die islamistische Szene ab; entsprechende Präventionsprogramme des Landes versuchen schon seit Jahren, das zu verhindern. „Auf der einen Seite müssen wir solche Radikalisierungsprozesse möglichst früh erkennen. Dann muss man gegensteuern mit Aufklärung in der Schule oder in Sportvereinen“, sagte Laschet. Zudem sei die Ansprache der Eltern sehr wichtig. „Anderseits müssen wir immer wieder deutlich machen, dass wir Antisemitismus und eine islamistische Weltsicht bei uns nicht dulden“, betonte er. *(mit dpa)*

„RP online“ vom 18.10.2021 – „Polizeieinsätze in NRW – wenn eine harmlose Kontrolle eskaliert“: https://rp-online.de/nrw/panorama/nrw-polizeikraefte-treffen-immer-haeufiger-auf-psychisch-auffaellige-personen_aid-63559705

Ein Polizeibeamter spricht während einer Verkehrskontrolle mit einer Person, die einen Mund- und Nasenschutz trägt. Foto: dpa/Sebastian Gollnow

Von: Claudia Hauser und Christian Schwerdtfeger

Düsseldorf. Eine Geschwindigkeitskontrolle oder die Festnahme eines Dealers – Routineeinsätze für die Polizei. Doch die Beamten haben immer häufiger mit psychisch auffälligen Personen zu tun und müssen darauf vorbereitet sein, dass selbst harmlose Einsätze eskalieren können.

Anfang Oktober will die Polizei nachts einen 46-Jährigen in Düsseldorf kontrollieren, weil er zu schnell gefahren ist. Ein Polizeibeamter gibt dem Autofahrer durch das Winken mit einem Leuchtstab zu verstehen, dass er in die Kontrollstelle fahren soll. Doch der Autofahrer hält auf den Beamten zu, ohne seine Geschwindigkeit zu drosseln. Der Polizist kann sich nur durch einen Sprung zur Seite vor einem Zusammenstoß retten.

In Mönchengladbach stellt die Polizei zwei Wochen zuvor einen Fahrraddieb. Als die Beamten ihn ansprechen, macht er einen Fluchtversuch, schlägt wild um sich und beleidigt die Beamten, als die ihn festhalten. Der Mann ist kaum zu bändigen. Wie sich später herausstellt, stand er unter Drogeneinfluss.

Wir kommen öfters mit unseren kommunikativen Mitteln an unsere Grenzen“, sagt Erich Rettinghaus, NRW-Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). „Dabei treffen die einschreitenden Beamten auch immer häufiger auf psychisch auffällige Personen.“ Dies führe dazu, dass eine Einsatzsituation auch dann komplett kippen könne, wenn Polizisten sich durchgängig deeskalierend verhielten.

Auch Michael Mertens, NRW-Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), beschäftigt sich schon länger mit der Frage, ob seine Kollegen vermehrt mit psychisch auffälligen Personen zu tun haben – und wie sie diese Einsätze am besten bewältigen können. Als Polizist hat Mertens bis zur Jahrtausendwende 17 Jahre lang im Schichtdienst gearbeitet. „Damals war es so, dass die Uniform einen Polizisten geschützt hat, die Menschen sind uns bei Einsätzen mit Respekt begegnet“, sagt er. Heute sei das anders. „Durch die Berichte von Kollegen weiß ich: Es gibt immer mehr Menschen, die sich in einem psychischen Ausnahmezustand befinden.“ Das gehe von Erkrankungen über Drogensucht bis hin zu Leuten, die emotional extrem unter Druck stünden. „Da kann schon eine harmlose Geschwindigkeitskontrolle dazu führen, dass das Maß voll ist und die Situation komplett eskaliert“, sagt Mertens. Jeder Einsatz müsse deshalb mit größter Sorgfalt durchgeführt werden, die Kollegen müssten auf alles achten und vor allem Alarmsignale ernst nehmen, etwa wenn jemand Stress-Symptome zeige.

„Umgang mit psychisch auffälligen Personen“ ist aber Teil der Fortbildung des Wachdienstes der Polizei in NRW und wird in zentralen Fortbildungsveranstaltungen für Einsatztrainerinnen und Einsatztrainer aufgegriffen. Sie lernen dort eine spezielle Einsatzkommunikation und bekommen Empfehlungen, wann Fachdienste, Spezialkräfte oder auch Vertrauenspersonen hinzugezogen werden sollten.

„Die Herausforderung bei polizeilichen Einsätzen mit psychisch auffälligen Personen liegt darin, dass hier eine mögliche akute Symptomatik des Erkrankten, bestimmte Auslöser und konfliktträchtige Rahmenbedingungen zusammenkommen und dies ein besonderes Konfliktpotenzial bergen kann“, sagt eine Sprecherin des NRW-Innenministeriums. „Deshalb sind in diesen Situationen Kommunikation und emotionale Kompetenz besonders wichtig.“ Zunächst müssten die Polizistinnen und Polizisten erkennen, dass es sich um eine psychisch auffällige Person handelt. Auch wenn ein gewalttätiges Verhalten des Gegenübers schwer vorhersehbar sei, müssten die Einsatzkräfte dann jederzeit adäquat reagieren können.

Besonders schwierig wird es, wenn Waffen ins Spiel kommen. „Die Herausforderung ist, das Gefährdungsrisiko für sich, die auffällige Person und gegebenenfalls Dritte zu erkennen“, sagt die Sprecherin.

Erich Rettinghaus sagt: „Die Kollegen müssen immer wachsam sein und in jedem Moment damit rechnen, dass eine Situation eskalieren kann – schon bei Parkverstößen kann man nicht mehr auf eine Einsichtsfähigkeit des Gegenübers setzen.“ Und er beobachtet immer häufiger, dass „Einsätze in Tumult-Delikten enden, weil Personen sich solidarisieren und gegen die Polizei stellen, obwohl sie gar nicht wissen, worum es geht“.

(„ … “)

„RP online“ vom 24.10.2021 – „Wieder Attacke in Düsseldorf – OB Keller plädiert für Waffenverbotszone in der Altstadt“:

https://rp-online.de/nrw/panorama/duesseldorf-ob-keller-plaediert-fuer-waffenverbotszone-in-der-altstadt_aid-63679371

Von: Jörg Isringhaus, Verena Kensbock und Uwe-Jens Ruhnau

Am Burgplatz in Düsseldorf ist ein Platz zur Erinnerung entstanden im Gedenken an den kürzlich dort bei einer Schlägerei getöteten 19-Jährigen. Foto: Anne Orthen (orth)/Anne Orthen (ort)

Düsseldorf. Nach der erneuten Messerattacke in der Düsseldorfer Altstadt fordern Polizeigewerkschaften bei solchen Delikten härteres Durchgreifen. Auch Innenminister Herbert Reul will den Fall genau prüfen. Und der OB fordert, die Altstadt zu einer waffenfreien Zone zu machen.

Am Wochenende ist es in Düsseldorf erneut zu einem beinahe tödlichen Streit gekommen. In der Altstadt hat am frühen Samstagabend ein bislang unbekannter Täter mit einem Messer mehrfach auf einen Jugendlichen eingestochen und ihn lebensgefährlich verletzt. Die Polizei hat eine Mordkommission eingerichtet und fahndet nach dem flüchtigen Täter. Wie schon am vorigen Wochenende war es wohl eine Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen, die blutig endete.

In der Nacht zum 16. Oktober hatte ein Unbekannter einen 19-Jährigen mit einer abgebrochenen Glasflasche attackiert, der junge Mann starb drei Tage später an seinen Verletzungen. Auch diesmal ist laut Polizei ein Streit zwischen zwei Gruppen eskaliert, der Täter soll mit einer Art Mini-Machete zugestochen haben. Der junge Mann überlebte nur, weil zwei Ärztinnen, die zufällig vor Ort waren, erste Hilfe leisteten.

(„ …“). Erst kürzlich hatte die Stadtspitze ein neues Sicherheitskonzept für die Altstadt vorgestellt. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) verurteilte den Angriff in der Altstadt. „Fakt ist: Wer feiern will, braucht dazu kein Messer“, sagte Reul am Sonntag gegenüber unserer Redaktion. „Diesen erneuten Fall brutalster Gewalt in der Düsseldorfer Altstadt werden wir uns deshalb genau anschauen und bewerten.“

Auch in Krefeld hatte es am Freitag eine folgenschwere Messerattacke unter Jugendlichen gegeben. In Gelsenkirchen stellte die Bundespolizei am Hauptbahnhof bei einem 17- Jährigen am Samstag ein unerlaubtes Messer sicher. Angriffe mit Stichwaffen werden in der Kriminalstatistik erst seit 2019 separat erfasst, die Zahlen aus 2020 gelten wegen der Pandemie als nicht aussagekräftig. Nach Beobachtung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) steigt vor allem bei Jugendlichen die Bereitschaft, Messer mitzuführen und einzusetzen.

Gerade im Übergang zu Erwachsenenleben herrsche oft eine geringe Frustrationstoleranz.

„Da reicht wenig, um sich angegriffen zu fühlen“, sagt Michael Mertens, NRW-Landesvorsitzender der GdP. Dabei sei vielen oft nicht klar, dass ein Messerstich tödliche Folgen haben könnte.

Die Bundespolizei sieht in Waffenverbotszonen an Bahnhöfen nur ein sinnvolles Instrument, wenn mit Schildern darauf und die damit verbundenen Bußgelder hingewiesen werde. „Und je schärfer die Sanktionen, desto eher bekommen wir das Problem in den Griff“, sagt Heiko Teggatz, Sprecher der Bundespolizeigewerkschaft. Messerbesitz müsste mit hohen Strafen geahndet werden.

Dies sieht die GdP anders. Auch mit höheren Strafen würde man diese Gruppe von Tätern nicht abschrecken, sagt Mertens. Viele von ihnen kämen häufiger mit dem Gesetz in Konflikt. Die GdP setze dagegen auf mehr Aufklärung und Sensibilisierung, beispielsweise dafür, wie leicht man durch einen Messereinsatz ein anderes oder das eigene Leben gefährden könne. Dies sei in Schulen möglich oder in den „Häusern des Jugendrechts“, in denen sich Jugendhilfe, Staatsanwaltschaft und Polizei mit jugendlichen Wiederholungstätern befassen. Nicht zuletzt gelte es, Straftaten konsequenter zu ahnden. Mertens: „Es reicht nicht aus, nur auf dem Papier das Strafmaß zu erhöhen.“

(„ … „). „ Ein Patentrezept gibt es leider nicht“, sagt Rettinghaus, „aber mit mehr Polizeipräsenz, schärferen Kontrollen und harten Strafen, die auch wirklich verhängt werden, hätte man schon viel erreicht.“

„RP online“ vom 26.10.2021 – „Nach Attacke in Düsseldorf: Jugendliche kommen zu leicht an Messer ran“:

https://rp-online.de/nrw/panorama/nach-attacke-in-duesseldorf-jugendliche-kommen-zu-leicht-an-messer-ran_aid-63700393

Von: Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Düsseldorf/Duisburg · Nach der Messerattacke in der Düsseldorfer Altstadt wird über ein Verkaufsverbot von Messern an Heranwachsende diskutiert. In ein Duisburger Fachgeschäft kommen täglich Jugendliche, die ein Messer kaufen wollen.

Thomas Krachhel-Dressler verkauft in seinem Geschäft Messer nur noch an Volljährige.Foto: Christoph Reichwein (crei)

Mehrmals am Tag kommen Jugendliche zu Thomas Krachhel-Dressler ins Geschäft, die ein messer bei ihm kaufen wollen. „Man kann es echt kaum glauben, wie viele es sind. Manche fragen sogar nach Pistolen“, sagt er.

„Ich kann das nicht verstehen und weiß auch nicht, wieso sie die Waffen haben wollen“, sagt der Duisburger Geschäftsmann, der in seinem Geschäft „Outdoor Dressler“ unter anderem Messer verkauft. Verkaufen tut er die Messer aber nicht an Jugendliche – auch wenn er es dürfte. Denn eigentlich dürfen die Heranwachsenden Messer kaufen, bis auf Ausnahmen. Krachhel-Dressler verzichtet aber freiwillig auf den Verkauf. „Ich finde, dass diese Messer nicht in die Hände von Jugendlichen gehören“, sagt er.

Krachhel-Dressler bestätigt mit seiner Darstellung eine Entwicklung, die auch die Polizei schon seit längerer Zeit beobachtet: Immer mehr Jugendliche und junge Männer führen auf der Straße ein Messer mit sich. „Wir müssen mittlerweile bei fast jeder Kontrolle damit rechnen, dass die Person ein Messer hat“, sagt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Wohin das führen kann, hat

erst am Wochenende die Messerattacke in der Düsseldorfer Altstadt gezeigt. Dort war am frühen Samstagabend ein Jugendlicher durch mehrere Messerstiche schwer verletzt worden – er überlebte die Attacke mit viel Glück. Ersten Erkenntnissen zufolge waren zwei Gruppen aneinandergeraten.

Experten kritisieren, dass kleinere Stichwaffen wie Klappmesser zu einfach zu erwerben seien. „Es ist eine politische Frage, die auf Bundesebene gelöst werden muss: Will man den Verkauf von Messern strenger reglementieren oder nicht?“, fragt Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW. Ihm geht es um die kleinen Messer, die in eine Handtasche passen und nicht weiter auffallen; um Spring-, Klapp- und Taschenmesser. „Sollen diese Messer weiter frei verkäuflich bleiben?“, so Mertens. Nur eine grundsätzliche Erhöhung des Mindestalters auf 18 Jahre für den Kauf von allen Messern würde nicht viel bringen, meint er. „Das würde nur eine kleine Gruppe ausschließen. Die Klientel, um die es geht, ist älter. Die könnten ihre Messer dann weiterhin problemlos kaufen“, sagt Mertens.

Erich Rettinghaus spricht sich für deutlich mehr Kontrollen und härtere Strafen aus. „Jeder in der Düsseldorfer Altstadt muss damit rechnen, jederzeit kontrolliert zu werden. Wenn Gruppen zusammenstehen und stören, müssen sie sofort kontrolliert werden“, so Rettinghaus. Wer mit einem Messer erwischt werde, müsse zudem hart bestraft werden – mit einem Platzverbot und einem Bußgeld von mindestens 250 Euro. „Man überlegt dann zweimal, ob man ein Messer mit sich führt oder nicht“, meint Rettinghaus.

Diskutiert wird auch, ob die Messer womöglich zu stark in den Auslagen der Geschäfte beworben werden und ob die Einzelhändler mehr tun könnten, um den Kauf von Messern zu erschweren. Doris Lewitzky vom Einzelhandelsverband Niederrhein hält das für den falschen Ansatz: „Es ist sicherlich nicht richtig, zu sagen: Wenn man so etwas nicht bewirbt, dann gibt es keine Kriminalität.“ sagt sie. „Kein Einzelhändler wirbt damit, mit einem Messer eine kriminelle Handlung zu begehen. Messer sind ein Teil des Warenbestandes.“

Thomas Krachhel-Dressler würde es begrüßen, wenn auch andere Einzelhändler ihre Messer freiwillig nur noch an Erwachsene verkaufen würden. „Man muss nämlich grundsätzlich leider sagen: Jugendliche kommen zu leicht an Messer ran“, sagt er.

„Süddeutsche Zeitung“ online vom: 26.10.2021 – „Youtuber zu Geldstrafe verurteilt - Recht am eigenen Bild“ Link: https://www.sueddeutsche.de/medien/polizei-filmaufnahmen-oberlandesgericht-koeln-youtuber-1.5449239

Polizeieinsatz in Nürnberg. Routine-Einsätze der Polizei hätten keine zeitgeschichtliche Relevanz, urteilte das Kölner Oberlandesgericht, die Gesichter der Beamten dürften deshalb unverpixelt nicht online gezeigt werden.(Foto: Daniel Karmann/Picture Alliance/dpa)

Von Niklas Elsenbruch

Wenn Polizisten bei Routine-Einsätzen etwa im Straßenverkehr gefilmt werden, dürfen die Aufnahmen nur unter der Bedingung ins Netz gestellt werden, dass ihre Gesichter verpixelt oder anderweitig unkenntlich gemacht sind. So entschied das Oberlandesgericht Köln (OLG) und verurteilte einen Youtuber aus Bonn zu einer Geldstrafe von 2800 Euro.

Der 32-jährige Student hatte seit Jahren einen Verteiler der Polizei abonniert, der ihn über Einsätze informierte. Diese filmte er und verbreitete sie anschließend über seinen Kanal, der fast 60 000 Abonnenten zählt - ohne jedoch die Gesichter der Beamten zu verpixeln. Daraufhin erstatteten mehrere Betroffene Anzeige.

In erster Instanz sprach das Amtsgericht Bonn den Angeklagten allerdings frei. Birgit Niepmann, Direktorin und Pressesprecherin des Amtsgerichts, sagte der SZ, der Richter habe die Videos für zeitgeschichtlich relevant befunden, weil die Lokalpresse vergleichbare Polizeieinsätze bespreche. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte dürfen ohne Einwilligung beteiligter Personen verbreitet werden.

Das Bonner Landgericht widersprach im Juni, der Angeklagte betreibe den Kanal nicht aus journalistischem, sondern wirtschaftlichem Interesse. Grundsätzlich urteilte nun das OLG: Routine-Einsätzen der Polizei käme keine zeitgeschichtliche Bedeutung zu.

Darüber hinaus hätte eine Verpixelung der Beamten den etwaigen "Informations- und Aussagewert der Aufnahme" nicht eingeschränkt. Folglich stünden das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit in diesem Fall hinter dem Persönlichkeitsrecht zurück. Das Urteil ist rechtskräftig.

Immer mehr Polizeikräfte sähen sich infolge der Verbreitung unzensierter Aufnahmen "massiv bedroht"

Erich Rettinghaus, der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft NRW, begrüßte die Entscheidung gegenüber der SZ als "wichtiges Signal". Immer mehr Polizeikräfte sähen sich infolge der Verbreitung unzensierter Aufnahmen "massiv bedroht" - sowohl im Internet als auch an Dienststelle und Wohnort.

Für Kontroversen sorgt gleichwohl die Frage, ab wann Polizeieinsätze gefilmt und veröffentlicht werden dürfen - besonders hinsichtlich der Dokumentation möglicher Polizeigewalt. Kleinere Versammlungen befinden sich hier in einer rechtlichen Grauzone, sodass Gerichte Konflikte zwischen Polizeikräften und Filmenden zumeist im Einzelfall beurteilen.

Um Auseinandersetzungen vorzubeugen, will die Polizei verstärkt den Einsatz von Bodycams testen. Kritiker argumentieren, die Beamten könnten diese willkürlich ein- und ausschalten. Erich Rettinghaus entgegnete, in Deutschland sei ihm kein Fall missbräuchlicher Anwendung bekannt.

Der Youtuber blickt derweil einem weiteren juristischen Nachspiel entgegen. Laut Deutscher Presseagentur liegen der Staatsanwaltschaft Bonn "zahlreiche neue Strafanzeigen" von Polizeibeamten vor, deren Gesichter sein Kanal unverpixelt zeigt.

© SZ/dpa/freu/hy -.

„Radio Hamburg“ online vom: 27.10.2021 – „Netflix-Erfolg – Polizei warnt vor „Squid Game“-Kostümen an Halloween“: https://www.radiohamburg.de/aktuelles/hamburg/Polizei-warnt-vor-Squid-Game-Kost%C3%BCmen-an-Halloween-id601998.html

Zu Halloween warnt die Polizei vor einer ganz besonderen Kostümierung. Dabei handelt es sich um die roten Anzüge der Squid Game-Aufpasser.

Noh Juhan | Netflix

Die Serie „Squid Game“ hat auf Netflix viele in den Bann gezogen. In roten Anzügen, die zugegebenermaßen ein wenig an Haus des Geldes erinnern, selektiert eine Gruppe des „Squid Games“, verlierende Spieler aus und tötet sie letztendlich.

An Halloween ist die „Squid Game“-Kostümierung damit natürlich eine willkommene Verkleidung. Die Polizei sieht das allerdings mit Sorge. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, dazu: „Einzelne Squid-Game-Kostümierte könnten die neuen Horrorclowns werden, die vor ein paar Jahren Unbeteiligte attackiert und heftig erschreckt haben.“ Insbesondere werde davor gewarnt, diese Spiele in der Öffentlichkeit vorzuspielen. Denn Unbekannte können nicht erkennen, ob es sich um Spaß oder Ernst handle. Vor allem sollte Ketchup nicht als Blutersatz verwendet werden. Im Dunkeln sei dieser nämlich nicht als Ketchup auszumachen, sondern könnte auch als Blut durchgehen.

Wer an Halloween von einem "Squid Game"-Aufseher, Horrorclown oder Zombie verfolgt oder bedroht wird, sollte schnell die Polizei alarmieren. Für den Täter winken dann straf- und zivilrechtliche Folgen.

„RP online“ vom: 28.10.2021 – „Protest gegen Versammlungsgesetz in NRW – Warnung vor Krawallen bei Demo in Köln“: https://rp-online.de/nrw/panorama/demo-in-koeln-gegen-versammlungsgesetz-polizei-warnt-vor-krawallen_aid-63758869

Bei einer Demo gegen das Versammlungsgesetz im Juni in Düsseldorf hatten Polizisten einen Teil der Demonstranten zeitweise eingekesselt. Foto: dpa/Roberto Pfeil

Köln Am Samstag wollen in Köln Tausende gegen das geplante Versammlungsgesetz des Landes protestieren. Linksautonome und Ultras werden erwartet. Die Polizei will massive Kräfte einsetzen.

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Mit einem Großaufgebot will die Polizei am Samstag in Köln mögliche Ausschreitungen bei der Demonstration gegen das geplante Versammlungsgebot von vorneherein verhindern. „Die Kölner Polizei ist auf die Demonstration am Wochenende gut vorbereitet und wird je nach Lageentwicklung die nötigen Maßnahmen treffen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul unserer Redaktion. Für den Schutz der Versammlung seien mehrere hundert Polizistinnen und Polizisten im Einsatz, sagte Reul.

Der Protestzug des Bündnisses „Versammlungsgesetz NRW stoppen!“ soll am Samstagmittag vom Hohenzollernring auf die andere Rheinseite ziehen. Im Bürgerpark Köln-Kalk – neben dem Polizeipräsidium – ist eine Abschlusskundgebung geplant. Linksautonome und Ultras aus der Fußballszene werden erwartet. Nach Angaben der Polizei haben sich bislang rund 3000 Menschen zur Demo angemeldet.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor möglichen Krawallen am Samstag: „Die Zusammensetzung der Teilnehmer aus Linskautonomen und Ultras bereitet mir schon Sorge. Da ist auf jeden Fall ein gewisses Konfliktpotential gegeben“, sagte ihr Landesvorsitzender Erich Rettinghaus.

Bei einer früheren Demonstration des Veranstalter-Bündnisses am 26. Juni in Düsseldorf war es zu Auseinandersetzungen gekommen, bei denen Polizisten und Demonstranten verletzt worden waren. Ein Teil der Demonstranten war stundenlang eingekesselt worden.

Die schwarz-gelbe Landesregierung will mit dem neuen Gesetz neben dem Vermummungs- auch ein Militanzverbot verankern. Das Tragen von Uniformen soll verboten sein, wenn sie Gewaltbereitschaft vermitteln und dadurch einschüchtern. „Friedlich zu demonstrieren, steht jedem zu. Die Versammlungsfreiheit ist ein elementarer Baustein unserer Demokratie. Aber um dieses Grundrecht zu gewährleisten, braucht es Regeln“, sagte Reul. „Ein modernes und verständliches Versammlungsgesetz für NRW stärkt die Grundrechte und bringt mehr Sicherheit in der Anwendung“, so der Minister. Das geltende Bundesgesetz sei von 1953 und passe nicht mehr in die heutige Zeit; ein neues Versammlungsgesetz sei deshalb längst überfällig, so Reul weiter.

Die Gewerkschaft Verdi sieht das anders: „Der geplante Gesetzesentwurf muss unbedingt gestoppt werden, da er massiv in unsere Freiheiten eingreift“, erklärte Verdi-Landesleiterin Gabriele Schmidt.

„Stern online“ vom: 28.10.2021 – „Serien-Trend - Squid Game“-Kostümierte als neue Horror-Clowns? Polizei mit Warnung vor Halloween“: https://www.stern.de/panorama/-squid-game--kostuemierte-neue-horror-clowns--polizei-warnt-vor-halloween-30872556.html

Zwei Fans der Serie "Squid Game" mit den einprägsamen Kostümen in einem Kaufhaus im indonesischen Jakarta © NurPhoto / Imago Images

Zwei Tage vor Halloween warnt die Polizei vor einem neuen Grusel-Trend. Die Erfolgsserie "Squid Game" auf Netflix ist dafür verantwortlich.

Halloween steht vor der Tür. In der Nacht vom 31.10. auf den 1.11. werden viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit gruseligen Kostümen in den Straßen zu sehen sein. Kassenschlager in diesem Jahr sind Kostüme der kürzlich erschienenen Netflix-Serie "Squid Game". Die sozialkritische Erfolgsserie erzählt die Geschichte einiger unter Armut und hohen Schulden leidender Menschen in Südkorea, die in einem Wettkampf gegeneinander antreten. Sie spielen Kinderspiele, um am Ende viele Millionen Dollar zu gewinnen. Wer ein Spiel verliert, der verliert zugleich sein Leben und wird erschossen.

Verkaufsschlager "Squid Game"-Kostüme

Ein Grund für den Erfolg der Serie ist ihre gelungene visuelle Umsetzung. Grüne und Rote Overalls, dazu einprägsame schwarze Masken mit einem Dreieck, einem Viereck oder einem Kreis auf der Vorderseite. Zu was für einem popkulturellen Phänomen im Bereich Mode die Serie binnen kürzester Zeit wurde, zeigt sich auch an den weißen Slip-on Vans, welche die Gefangenen zu ihren grünen Anzügen tragen. Nach Start der Serie stieg der Verkauf der Schuhe um 7800 Prozent. Derzeit sind die weißen Vans vergriffen.

Zu Halloween gibt es nun für knapp 35 Euro einen der typischen Overalls und die dazugehörige Maske für acht Euro im Internet zu kaufen. Dass dieses Kostüm 2021 zum Halloween-Schlager mutieren wird, belegt der Fakt, dass auch die "Squid Game"-Maske vielerorts vergriffen ist.

Polizei warnt vor überzogenen Spielen an Halloween

Auch einem Bericht von "RP Online" zufolge könnten die Kostüme der Serie in diesem Jahr zum Trend werden. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigesellschaft wird zitiert: "Wir können nur davor warnen, die Spiele aus der Serie an Halloween in aller Öffentlichkeit nachzuspielen. Unbeteiligte können nicht erkennen, ob es sich um Spaß handelt oder nicht. Und auch wir als Polizei können das im Ernstfall nicht immer sofort erkennen. Ketchup zum Beispiel als Blutersatz ist gerade im Dunkeln auf den ersten Blick nicht als solches auszumachen."

Laut "RP Online" warnt die Polizei in NRW vor überzogener Nachahmung der Serie: "Feiern und Spaß haben ist natürlich erlaubt. Aber man muss sich auch an Halloween an die Gesetze halten. Besonders Unbeteiligte dürfen nicht erschreckt werden", so Mertens. Das meint auch Rettinghaus: "Niemand sollte andere mit Kettensägen und Äxten erschrecken. Das hat mit Spaß nichts zu tun." In den vergangenen Jahren gab es bereits einen solchen Horror-Trend, als Spaßvögel sich als Horror-Clowns verkleideten, Menschen auflauerten und diese erschreckten, indem sie ihnen hinterher rannten.

„Der Tagesspiegel online“ vom: 29.10.2021 – Thema: „Brutal, gewaltverherrlichend und verstörend: Kita-Kinder spielen „Squid-Game“ nach – Polizei warnt vor Halloween“: https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/brutal-gewaltverherrlichend-und-verstoerend-kita-kinder-spielen-squid-game-nach-polizei-warnt-vor-halloween/27750492.html

Die Netflix-Serie „Squid Game“ sorgt für Aufregung. In Pinneberg spielten Kita-Kinder die Serie nach, in NRW fürchtet die Polizei-Gewerkschaft Halloween.

Von: Simone Windhoff

Ein Mann trägt bei der Comic Con in London ein Squid-Game-Kostüm.Foto: Peter Nicholls/REUTERS

Die Aufseher tragen rote Overalls und schwarze Masken, sind bewaffnet und haben in "Squid Game", der weltweit erfolgreichsten Serie auf dem US-Streamingportal Netflix, nur ein Ziel: Menschen töten. Hoch Verschuldete kämpfen in grünen Overalls bei Kinderspielen um ihr Überleben. Die Verlierer werden in jeder Runde grausam getötet, den Gewinnern winkt eine große Geldsumme.

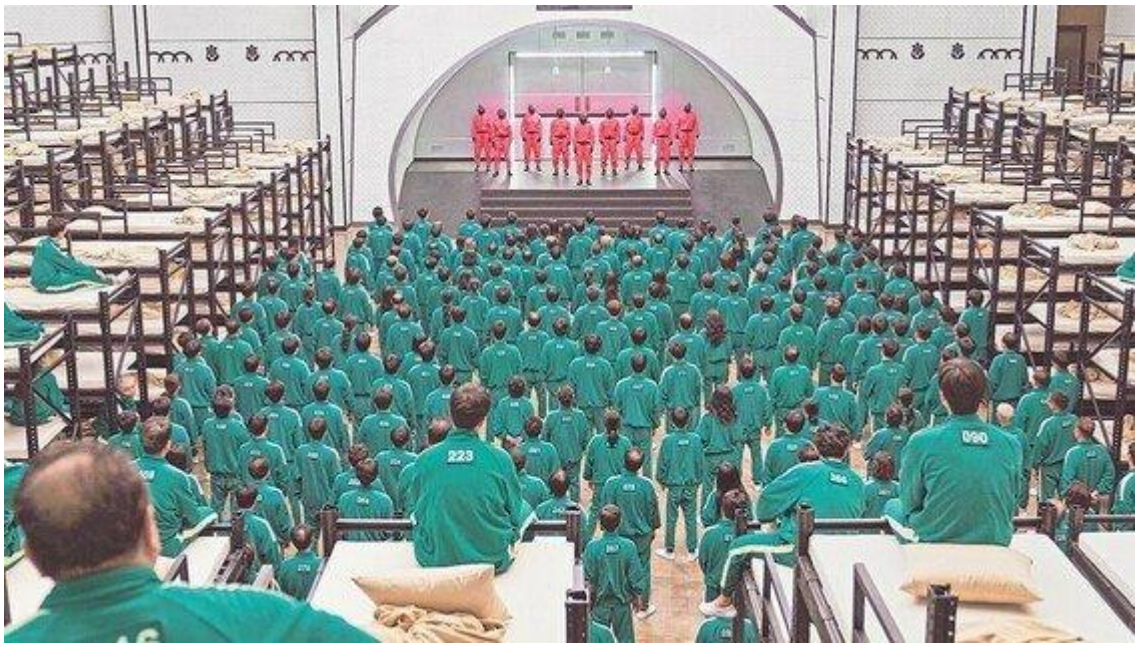
Die Bekleidung aus roten und grünen Overalls wird gerade zum Trend, und zwar zu Halloween, Karneval oder auf den Schulhöfen. Einige bayrische Schulen haben bereits vor dem Nachspielen der brutalen Szenen auf dem Pausenhof gewarnt. Nach Angaben des dortigen Landeskriminalamtes (LKA) waren an mindestens drei Grund- und Mittelschulen „Visitenkarten“ aufgetaucht, die als Einladung zum „Squid Game“ gelten. Das LKA spricht von „vereinzelten verdächtigen Wahrnehmungen im Zusammenhang mit der Fernsehserie“.

Es seien aber keine Fälle von Körperverletzungen oder Gewalttaten im Zusammenhang mit dem Spiel an bayerischen Schulen bekannt. „Lehrerinnen und Lehrer haben berichtet, dass diese Serie auch an ihren Schulen nachgespielt wird“, hatte die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Simone Fleischmann, in München der Deutschen Presse-Agentur gesagt.

Brutal, gewaltverherrlichend und insbesondere für Kinder verstörend

Auch in einer Kita in Pinneberg bei Hamburg spielten Kinder einem Zeitungsbericht zufolge die Serie nach. In einem Brief an die Eltern habe der zuständige Ansprechpartner der Kita vor der Serie gewarnt. Sie sei „brutal, gewaltverherrlichend und insbesondere für Kinder verstörend“, zitiert der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (SHZ/Freitag) aus dem Schreiben.

Alpträume, Ängste und psychische Probleme könnten die Folge sein. „Deshalb unser dringender Aufruf: Lasst eure Kinder nicht diese Serie sehen. Auch nicht, wenn ihr dabei seid.“ Die Serie ist mit der Altersfreigabe FSK 16 versehen.



Nur einer kann gewinnen – die anderen 455 werden niedergemetzelt. Das „Squid Game“ ist eine Orgie der Gewalt.Foto: Noh Juhan/Netflix

Dem Bericht zufolge waren Kita-Erzieherinnen aufmerksam geworden, als sich die Kinder am Ende eines Spiels gesagt hätten: „Ich töte dich“. „Ihr fügt euren Kindern seelischen Schaden zu, wenn ihr sie derartiges sehen lasst“, warnt der für die Elternarbeit zuständige Ansprechpartner in dem Schreiben.

Polizei in NRW warnt vor Halloween-Kostümierung, Berliner Kolleg:Innen entspannter

In Nordrhein-Westfalen blickt die Polizeigewerkschaft mit Sorge auf die anstehende Halloweennacht. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft sagte der „Rheinischen Post“: „Einzelne Squid-Game-Kostümierte könnten die neuen Horrorclowns werden, die vor ein paar Jahren Unbeteiligte attackiert und heftig erschreckt haben. Wir können nur davor warnen, die Spiele aus der Serie an Halloween in aller Öffentlichkeit nachzuspielen. Unbeteiligte können nicht erkennen, ob es sich um Spaß handelt oder nicht. Und auch wir als Polizei können das im Ernstfall nicht immer sofort erkennen. Ketchup zum Beispiel als Blutersatz ist gerade im Dunkeln auf den ersten Blick nicht als solches auszumachen.“

Berlins Polizeisprecher Thilo Cablitz sieht das entspannter. Er sagte dem Tagesspiegel: „Es ist grundsätzlich ungünstig, Tötungsdelikte nachzuspielen. Man muss immer davon ausgehen, dass Menschen die Polizei informieren, egal ob Halloween oder bei Filmdrehs. Bislang gab es keinen Fall von Squid-Game-Nachahmungen.“

Benjamin Jendro von der Berliner Gewerkschaft der Polizei: „Halloween ist für die Polizei nie ganz einfach, weil es auch hierzulande längst Mode geworden ist, sich zu verkleiden, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Das macht es nicht nur für unsere Kolleginnen und Kollegen, sondern auch die Bevölkerung nicht immer einfach, Fiktion und Realität voneinander zu unterscheiden. Der aktuelle Netflix-Trend „Squid Game“ ist dementsprechend in die gleiche Kategorie wie „Es“ einzuordnen, in dessen Folge dann Horrorclowns durch die Straßen liefen. Wir können nur dazu aufrufen, den Spaß möglichst nicht zu weit zu treiben und ihn lieber frühzeitig erkennen zu geben, ehe die Angst Verletzte oder Tote verursacht.“ (*mit dpa*)

„Antenne Unna online“ vom: 29.10.2021 – „Taser für Dortmunder Polizei“: https://www.antenneunna.de/artikel/taser-fuer-dortmunder-polizei-1116201.html

Nach monatelanger Testphase bekommt die Dortmunder Polizei standardmäßig Taser. Das hat NRW-Innenminister Herbert Reul angekündigt. Die Beamten sind im Kreis Unna für Lünen zuständig, außerdem für die Autobahnen in unserer Region.

Laut Innenministerium ist die Bilanz der Tests gut. Die knallgelben Elektroschock-Pistolen wirkten furchteinflößend. Das führe dazu, dass aggressive Täter schon beim Anblick klein beigeben. Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft befürwortet die Taser. Ihr Landesvorsitzender Erich Rettinghaus plädiert für eine flächendeckende Einführung in allen Polizeibehörden.

„Aachener Nachrichten online“ vom: 30.10.2021 – „Polizeigewerkschaften besorgt – Reul appelliert an Feiernde: An Halloween friedlich bleiben“: https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/reul-appelliert-an-feiernde-an-halloween-friedlich-bleiben_aid-63802121

Mit Blick auf die Halloween-Nacht am Sonntag hat Innenminister Reul an Feiernde in Nordrhein-Westfalen appelliert, friedlich zu bleiben. Foto: dpa/Bernd Weißbrod

Düsseldorf An Halloween ziehen wohl wieder viele Menschen verkleidet um die Häuser. Die Polizei in NRW mahnt, dabei die Kreativität lieber in die Verkleidungen als in Streiche zu stecken. Polizeigewerkschaften sorgen sich um die „Squid Game“-Kostüme.

Mit Blick auf die Halloween-Nacht am Sonntag hat Innenminister Herbert Reul an Feiernde in NRW appelliert, friedlich zu bleiben. „Ich habe großes Verständnis dafür, dass die Leute nach dieser langen Durststrecke einfach mal raus, feiern und sich verkleiden wollen“, sagte der CDU-Politiker im Vorfeld. „Manch einer legt das Motto "Süßes, sonst gibt’s Saures" aber völlig falsch aus: Würfe mit Gegenständen oder Gewalt gehen deutlich zu weit“.

In gruseligen Kostümen und schaurig geschminkt ziehen viele Kinder und Jugendliche am 31. Oktober gerne von Tür zu Tür und fordern mit dem Spruch „Süßes oder Saures“ Naschereien von den Nachbarn. Gibt es nichts „Süßes“, bringen einige von ihnen dies mit einem vermeintlichen Streich - dem „Sauren“ - zum Ausdruck. „Eltern sollten sich zudem bewusst sein, dass sie bei missglückten Streichen ihrer Kinder haftbar gemacht werden können“, teilte die Gelsenkirchener Polizei daher mit. Die NRW-Polizei sei auf die Halloween-Nacht in NRW vorbereitet, erklärte Reul.

Einige der Behörden appellierten dazu ausdrücklich, auf unangemessene Streiche zu verzichten. Schnell könne aus einer als Scherz gemeinten Aktion - zum Beispiel rohe Eier oder Rasierschaum an der Hauswand - eine Sachbeschädigung werden, die strafrechtlich verfolgt wird, erklärte zum Beispiel die Polizei in Unna. „Zu Halloween ist es also besser, seine Energie und Kreativität in Kostüme oder Dekoration zu stecken und nicht in sinnlose Streiche!“

Auch die roten Overalls aus der beliebten Netflix-Serie „The Squid Game“ werden wohl an Halloween auf den Straßen zu sehen sein, sagte der Landesvorsitzender der

Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus. „Ich sehe da schon Konfliktpotenzial“, sagte er. „Wir mahnen, dass man unterscheiden muss zwischen Spiel und Realität, wenn man diese Spiele nachspielen will“. Ein Abend wie Halloween sei kein rechtsfreier Raum, betonte auch Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW.

In der Netflix-Serie tragen Teilnehmer in einem tödlichen Spiel dunkelgrüne Trainingsanzüge mit Nummern drauf, außerdem gibt es Wächter in roten Overalls mit schwarzen Masken. Die Teilnehmer kämpfen in mehreren Runden ums Überleben. Zuvor berichtete die „Rheinische Post“ über die Positionen der Gewerkschaften zu den „Squid Game“-Kostümen.

(dpa)

„Express online“ vom: 31.10.2021 – „Nichts für schwache Nerven: Krasser „Zombie-Walk“ in NRW – doch eine Sache bereitet der Polizei Sorge“: https://www.express.de/nrw/essen/krasser-zombiewalk-in-nrw-doch-eine-sache-bereitet-polizei-sorge-78165?cb=1635853208161

Copyright: AP

Rund 500 Menschen nahmen an dem „Zombiewalk“ in Essen teil.

Über 500 Menschen haben sich in Essen am „Zombiewalk“ beteiligt. Die Polizei NRW warnt jedoch im Hinblick auf Halloween vor einer bestimmten Verkleidung.

Essen/Berlin. Nach einem Jahr Corona-Pause sind in diesem Jahr zu Halloween in Essen wieder mehrere Hundert verkleidete Menschen zum „Zombiewalk“ durch die Stadt gezogen.

Rund 500 Teilnehmer zogen etwa eine halbe Stunde durch die Innenstadt, wie ein Polizeisprecher sagte. Die Parade nach Einbruch der Dunkelheit sei vor allem von Eltern und ihren Kindern besucht worden und friedlich verlaufen.

Copyright: AP. Eine als Zombie verkleidete Frau zu Halloween in Essen.

Copyright: AP. Ein Horror-Clown und ein Mädchen beim „Zombiewalk“ in Essen.

Die 2020 wegen der Pandemie abgesetzte Veranstaltung sei in diesem Jahr als Halloween-Parade für Jedermann geplant, hatte die Stadt mitgeteilt.

Hohe Polizeipräsenz an Halloween in Berlin

In Berlin erhöhte die Polizei dagegen nach Randalen und Übergriffen in der Vergangenheit ihre Präsenz in der Halloween-Nacht. Konkrete Hinweise zu Aktivitäten in der Halloween-Nacht lägen der Behörde nicht vor, so Polizeisprecher Thilo Cablitz.

Erfahrungsgemäß werde die Polizei aber im Zusammenhang mit Halloween-Feierlichkeiten vermehrt zu Einsätzen gerufen. „Dabei stehen oft Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Ruhestörungen bei Partys im Vordergrund“, so der Sprecher.

Polizei NRW bereitet eine Sache an Halloween 2021 Sorge

In Nordrhein-Westfalen vermutete der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, dass am Abend auch die roten Overalls aus der beliebten Netflix-Serie „Squid Game“ auf den Straßen zu sehen sein würden. „Ich sehe da schon Konfliktpotenzial“, sagte Erich Rettinghaus.

Wir mahnen, dass man unterscheiden muss zwischen Spiel und Realität, wenn man diese Spiele nachspielen will

Erich Rettinghaus, NRW-Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft

In der Netflix-Serie tragen Teilnehmer in einem tödlichen Spiel dunkelgrüne Trainingsanzüge mit Nummern drauf, außerdem gibt es Wächter in roten Overalls mit schwarzen Masken. Die Teilnehmer kämpfen in mehreren Runden ums Überleben.

(dpa/jv)

„Bild online“ vom 16.11.2021 – „Squid Game“-Attacken in Deutschland! Polizei warnt vor „Blut-Serie“: https://www.bild.de/news/inland/news-inland/true-crime-bei-bild-tv-squid-game-attacken-in-deutschland-bei-achtung-fahndung-78258002.bild.html

Kinderspiele, Folter und Blut – das Erfolgsrezept der Serie „Squid Game“.

Die TV-Show flimmerte weltweit bereits über mehr als 140 Millionen Bildschirme. Es ist die mit Abstand erfolgreichste Netflix-Serie aller Zeiten. Doch nun wird diese fiktive Serie zur brutalen Realität!

►„Achtung Fahndung“, das Magazin für echte Kriminalfälle bei BILD im TV, berichtet ab 20.15 Uhr über die „Squid Game“-Attacken in Deutschland!

An Halloween attackiert ein Unbekannter im „Squid-Game“-Kostüm eine Gruppe 13-jähriger in Bad Wünneberg in Nordrhein-Westfalen, verletzte die Kinder am Mund. Nur einer von mehreren Fällen in Deutschland.

Erich Rettinghaus, der NRW-Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, warnt bei „Achtung Fahndung“: „Wir haben eine blutige Serie. Und Kinder, die diese Serie nachspielen und bei denen Realität und Spiel verwischen! So kommt es zu Verletzungen und Situationen, wo auch die Polizei vor Ort mit einer Bedrohungslage konfrontiert wird, wo wir gar nicht wissen, ist das jetzt Spiel oder Ernst?“

„RP online“ vom: 02.12.2021 – „Zur Verbrechensbekämpfung – Polizei will Kennzeichenerfassung in NRW“: https://rp-online.de/nrw/panorama/kennzeichenueberwachung-polizei-will-autokennzeichen-in-nrw-erfassen_aid-64403463

Auf niederländischer Seite werden an der Grenze Fahrzeuge mit Kameras erfasst. Foto: Christoph Goettert (goet)/Göttert, Christoph (goet)

Düsseldorf. Wie an der niederländischen Grenze sollen nach Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft auch auf NRW-Straßen Autokennzeichen bald automatisch erfasst werden können. Doch das Land NRW verhält sich abwartend. Sofort nach Passieren der niederländischen Grenze werden einreisende Fahrzeuge von Kameras automatisch erfasst – und das schon seit Jahren. Dabei werden die Kennzeichen unmittelbar nach der Erfassung mit einer Datenbank, in der unter anderem die Kennzeichen verdächtiger Fahrzeuge hinterlegt sind, abgeglichen. Ergibt sich ein Treffer, greift die niederländische Polizei umgehend ein.

Ein solches System soll nach Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft auch in NRW zur Verbrechensbekämpfung eingeführt werden. In einem entsprechenden Positionspapier, das unserer Redaktion vorliegt, wird die Einführung eines Automatisierten Kennzeichenlesesystems (AKLS) auf NRW-Straßen für dringend notwendig erachtet. „Das System gleicht Kennzeichen von durchfahrenden Fahrzeugen mit dem aktuellen INPOL-Fahndungsbestand ab. Nichttreffer-Falldaten werden unverzüglich und nicht wiederherstellbar gelöscht“, heißt es in dem Schreiben. INPOL ist der Kurzbegriff für das „Polizeiliche Informationssystem“, das vom Bundeskriminalamt betrieben wird.

Nach Informationen unserer Redaktion liegt die Zahl der in INPOL zur Fahndung ausgeschriebenen amtlichen Kennzeichen derzeit bei mehr als einer Million, davon allein in Nordrhein-Westfalen mehr als 220.000. „Allein daran sieht man, wie hilfreich die Kennzeichenüberwachung wäre“, sagt der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Erich Rettinghaus. Gründe für solche Fahndungen können unter anderem Unterschlagung, Diebstahl, Raub, Mord und Terrorverdacht sein. „Es kann nach Personen gesucht werden, die mit bestimmten Fahrzeugen unterwegs sind.

Dadurch können Festnahme nach Straftaten erfolgen und Straftaten verhindert werden“, erklärt Rettinghaus.

Für den Einsatz eines solchen Systems in NRW müsste das Polizeigesetz um eine spezielle Rechtsgrundlage erweitert werden, die alle datenschutzrelevanten Aspekte berücksichtigt. Das Thema ist auch Bestandteil des Koalitionsvertrages der aktuellen NRW-Landesregierung; darin steht auf Seite 58: „Wir werden den Einsatz automatisierter Kennzeichenerfassungssysteme zur Unterstützung polizeilicher Fahndungs- und Schwerpunktkontrollmaßnahmen anlassbezogen ermöglichen.“ Doch bislang ist es dazu noch nicht gekommen. Das NRW-Innenministerium verwies auf Nachfrage auf Verfassungsbeschwerden gegen solche Regelungen in anderen Ländern – wegen datenschutzrechtlicher Bedenken. Am 18. Dezember 2018 hatte das Bundesverfassungsgericht seine bisherige Rechtsprechung zum Einsatz automatisierter Kennzeichenlesegeräte präzisiert – mit zwei Beschlüssen über die Verfassungsbeschwerden gegen die Regelungen in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Baden-Württemberg und Bayern haben infolgedessen ihre Polizeigesetze angepasst, Hessen dagegen noch nicht.

„Nordrhein-Westfalen wartet hier zunächst ab und strengt vorerst keine eigene Initiative an“, erklärte ein Sprecher.

„Westfälische Nachrichten online“ vom: 21.12.2021 – „Ausgehviertel in NRW werden Waffenverbotszonen“ – Link: https://www.wn.de/nrw/ausgehviertel-in-nrw-werden-waffenverbotszonen-2507405

Düsseldorf (dpa) Nach drei Gewalttaten in nur sechs Wochen in der Düsseldorfer Altstadt versucht die nordrhein-westfälische Regierung, mit Waffenverbotszonen für mehr Sicherheit in den Ausgehvierteln zu sorgen. Das erste Mal wird das Verbot an Heiligabend wirksam.

Von Frank Christiansen, dpa

Innenminister Herbert Reul (CDU) steht neben einem Hinweisschild zur Waffenverbotszone am Rand der Düsseldorfer Altstadt. Foto: David Young/dpa

Drei beliebte Ausgehviertel in Nordrhein-Westfalen sind ab sofort zu bestimmten Zeiten Waffenverbotszonen. Eine entsprechende Verordnung der Landesregierung trat am Dienstag in Kraft. Drei Gewalttaten in sechs Wochen in der Düsseldorfer Altstadt hatten die Forderung nach einer Waffenverbotszone laut werden lassen.
NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) stieg am Morgen am Rheinufer auf eine Leiter und schraubte eigenhändig das erste Hinweisschild an einem der Zugänge zur Altstadt an. «Was wir hier anbringen, ist ein Schutzschild für eines der größten Ausgehviertel in Nordrhein-Westfalen», sagte Reul.
Die Zonen gelten jeden Freitag- und Samstagabend ab 18.00 Uhr bis jeweils zum nächsten Morgen um 8.00 Uhr - sowie vor und an Feiertagen und an Karneval. Elektroschocker, Messer mit einer Klingenlänge von mehr als vier Zentimetern, Reizgas und Pfefferspray dürfen dann nicht mehr mitgeführt werden.
Das erste Mal wird das Verbot an Heiligabend gelten. Die Polizei kann die Einhaltung anlasslos kontrollieren. Bei Verstößen drohen bis zu 10.000 Euro Bußgeld. Das Verbot umfasst neben der Düsseldorfer Altstadt die Kölner Ausgehmeilen der Ringe und der Zülpicher Straße.
«Ganz ehrlich: Zum Feiern braucht man keine Waffen», sagte der Innenminister. «Wir wollen versuchen, die Straßen mit diesen Zonen ein Stück sicherer zu machen. Eine absolute Sicherheit ist das aber auch nicht», räumte er ein. Bei der einzigen tödlichen Tat der Serie von drei schweren Gewalttaten in der Altstadt war kein Messer, sondern eine abgebrochene Flasche die Tatwaffe. Ein 19-Jähriger war im Oktober verblutet.
Es werde nicht möglich sein, sämtliche Altstadtbesucher auf Waffen zu kontrollieren. Die Polizei könne nun aber ohne Anlass Stichproben vornehmen. «Wir begrüßen sehr, dass sich das Land unserer Einschätzung angeschlossen hat und die Waffenverbotszone nun schnell umgesetzt wird», hatte Düsseldorfs Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) gesagt, der die Waffenverbotszone ins Spiel gebracht hatte.
Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) begrüßte die Waffenverbotszonen ebenfalls. In den Zonen habe es durch den erhöhten Alkoholkonsum häufig Gewalt- und Tumulttaten gegeben. Wichtig sei nun ein entsprechender Kontrolldruck, mahnte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus an: «Jedes Verbot läuft ins Leere, wenn es nicht kontrolliert und durchgesetzt wird.»

„Haller Kreisblatt online“ vom: 23.12.2021 – „Corona-Frust als Ursache- Polizei in NRW befürchtet mehr häusliche Gewalt an Weihnachten“: https://www.haller-kreisblatt.de/region/23156516_Polizei-in-NRW-befuerchtet-mehr-haeusliche-Gewalt-an-Weihnachten.html

Von: Lukas Brekenkamp

Nicht immer bleibt es an den Feiertagen in der Familie ruhig. Die Deutsche Polizeigewerkschaft warnt - und nennt weitere Befürchtungen für die Weihnachtszeit.

An Weihnachten kommt es immer wieder zu häuslicher Gewalt. © picture alliance / Frank May

Bielefeld. Weihnachten steht vor der Tür - die besinnliche Zeit des Jahres. Doch nicht immer bleibt es auch wirklich friedlich an den Feiertagen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) in NRW warnt vor mehr häuslicher Gewalt. Doch wieso? Handgreiflichkeiten oder Gewalt in der Familie seien generell etwas, mit dem sich die Polizei an Weihnachten oft beschäftigen muss, berichtet der DPolG-Landesvorsitzende Erich Rettinghaus. "Ich befürchte, dass es diese Weihnachten zu mehr häuslicher Gewalt kommen kann als sonst."

Psychische Belastungen wegen Einschränkungen

Der Grund: "An den Feiertagen hängen die Familien sehr aufeinander. Da kann es durchaus schnell mal krachen", berichtet Rettinghaus. Nun kämmen wegen Corona auch noch weitere Frustrationen hinzu. Was er meint: Jüngst wurden strengere Corona-Maßnahmen mit mehr Einschränkungen wegen der Omikron-Virusvariante beschlossen. Diese sollen auch für Geimpfte gelten, von denen viele gehofft hatten, dass diese Zeit vorbei sei.

"Die Einschränkungen können zu psychischen Belastungen führen", sagt Rettinghaus. Allerdings: Letztes Jahr wurden bereits ähnliche Sorgen von Polizeigewerkschaften genannt. "Da blieb es aber verhältnismäßig ruhig", sagt Rettinghaus. Er betont: "Wir hoffen natürlich auf friedliche Feiertage."

Spontane Corona-Demos?

Rettinghaus äußert zudem die Befürchtung, dass es an Weihnachten zu spontanen Demonstrationen kommt. "Das war lange Zeit gang und gäbe unter Rechten, um die Polizei zum Jahresende auf Trab zu halten", sagt er. In Bielefeld hat es 2011 etwa einen Neonazi-Aufmarsch an Heiligabend gegeben. Nun, so Rettinghaus' Bedenken, müsse man mit spontanen Versammlungen aus der Szene der Impfskeptiker und Corona-Leugner rechnen.
Zudem warnt der Polizeigewerkschafts-Chef aus NRW vor "Secret Partys". "Im schlimmsten Fall werden solche Ereignisse an geheimen Orten mit vielen Gästen zu Superspreader-Ereignissen. Für die Kollegen bedeuten solche Fälle nicht nur großen Aufwand, sondern auch das Risiko einer Infektion", sagt er.

„RP online“ vom: 03.01.2022 – „Tausende Menschen feierten in der Altstadt – Reul verteidigt Silvestereinsatz in Düsseldorf“: https://rp-online.de/nrw/panorama/silvesternacht-in-duesseldorf-polizei-weist-kritik-am-einsatz-zurueck_aid-65009169

Foto: Bretz, Andreas (abr)

Düsseldorf. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sieht keinen Grund für Kritik am Einsatz der Polizei in Düsseldorf an Silvester. Auch die Polizeigewerkschaften halten die Maßnahmen für verhältnismäßig.

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sieht keinen Anlass zur Kritik beim Einsatz der Polizei in der Silvesternacht in Düsseldorf. „Die Bilder unserer Überwachungskameras sprechen für sich: Der Burgplatz und die Freitreppe waren zunächst relativ leer und füllten sich dann spontan“, sagte Reul unserer Redaktion. „Ordnungsdienst und Polizei haben sich abgestimmt und waren mit starken Kräften vor Ort. Nach rund einer halben Stunde war das Ganze wieder vorbei“, so Reul weiter.

In Düsseldorf hatten in der Silvesternacht mehrere Tausend Menschen am Rheinufer in der Altstadt gefeiert – dicht gedrängt und überwiegend ohne Masken. Aus Bildern von Überwachungskameras geht hervor, dass sich alles in einem Zeitraum von rund 30 Minuten zwischen 23.45 Uhr und 0.15 Uhr abgespielt hat. „Es hat einen schnellen Zulauf gegeben. Die Menge löste sich dann aber auch schnell wieder auf“, heißt es aus

Polizeikreisen. Die Polizei musste dennoch mit Lautsprecher-Durchsagen am Rheinufer mehrfach auf die Einhaltung der Abstandsregeln hinweisen. Aus Teilen der Düsseldorfer Lokalpolitik wurde der Einsatz von Polizei und Ordnungsamt zum Teil kritisiert.

Die Polizeigewerkschaften in NRW weisen diese Kritik zurück. „Bei einer Räumung wäre die Situation vielleicht eskaliert. Solche Bilder hätte niemand haben wollen. Außerdem hätte sich das Problem dann in die Gassen der Altstadt verlagert. Und das wäre auch nicht gut gewesen“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. Es habe auch nicht zu wenig Polizei vor Ort gegeben. „Genug Einsatzkräfte für eine Räumung wären auf jeden Fall da gewesen“, so Rettinghaus.

Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, sagte: „Ich kann nicht nachvollziehen, dass man jetzt politische Kämpfe austrägt. Diese politischen Schuldzuweisungen helfen keinem weiter.“ Es sei immer eine Frage der Verhältnismäßigkeit. „Mit starken Kräften der Bereitschaftspolizei da rein zu gehen, hätte so eine Situation auch eskalieren lassen können.“

Süddeutsche Zeitung“ online vom: 11.01.2022 – „Demonstrationen – Düsseldorf. Reul: Mehr unangemeldete Proteste gegen Corona-Maßnahmen“: https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-duesseldorf-reul-mehr-unangemeldete-proteste-gegen-corona-massnahmen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220111-99-672287

Herbert Reul (CDU), Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, spricht bei einer Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Foto: Henning Kaiser/dpa/Archivbild (Foto: dpa)

Düsseldorf (dpa/lnw) - Die Zahl der unangemeldeten Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen hat laut Innenminister Herbert Reul (CDU) stark zugenommen: "Immer mehr Versammlungen werden nicht angemeldet", sagte Reul der "WAZ". In den vergangenen vier Wochen habe es in NRW rund 700 Corona-Demonstrationen mit insgesamt über 100.000 Teilnehmern gegeben. Bis auf 40 Gegendemonstrationen hätten sich die allermeisten Proteste gegen die Corona-Maßnahmen gerichtet. "Bislang blieb es weitgehend friedlich. Aber für die Polizei ist es dennoch eine erhebliche Herausforderung", so Reul zur "WAZ".

Die Versammlungsfreiheit sei "ein wichtiges Grundrecht", sagte Reul: "Doch ich appelliere an alle, die gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen oder was auch immer auf die Straße gehen wollen: Melden Sie Ihre Versammlung.". Das helfe der Polizei bei der Einsatzplanung, diene der Sicherheit der Bevölkerung und der Veranstaltung selbst. "Für unkooperatives Verhalten fehlt mir jedes Verständnis. Das gefährdet am Ende das hohe Gut der Versammlungsfreiheit", warnte der Minister.

Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, hatte in der "Rheinischen Post" zuletzt schärfere gesetzliche Richtlinien gefordert, um die als "Spaziergänge" deklarierten unangemeldeten Proteste unterbinden zu können: "Die tanzen uns bewusst auf der Nase herum und nutzen die Rechte für ihre Machenschaften gnadenlos aus. Daher brauchen wir unbedingt entsprechende Befugnisse während der Pandemie. Denn so kann es nicht weitergehen", sagte Rettinghaus.
© dpa-infocom, dpa:220111-99-672287/3

„RP online“ vom: 17.01.2022 – „Trickbetrug-Fälle in NRW – Polizei warnt vor falschen Telekom-Mitarbeitern“: https://rp-online.de/nrw/panorama/trickbetrug-falsche-telekom-mitarbeiter-in-duesseldorf-unterwegs-polizei-warnt_aid-65377385

Ein Bild aus einer Überwachungskamera zeigt einen falschen Telekom-Mitarbeiter, der in einem Düsseldorfer Mehrfamilienhaus klingelte. Foto: privat

Düsseldorf **Seltene Aufnahmen einer Überwachungskamera zeigen einen Trickbetrüger, der sich in einem Mehrfamilienhaus in Düsseldorf als Telekom-Mitarbeiter ausgibt. Die Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor der Brutalität dieser Kriminellen.**

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Der Mann, der im Hausflur eines Mehrfamilienhauses in Düsseldorf an einer Wohnungstür klingelt, trägt dunkle Kleidung. Auf seiner Jacke prangt vorne und hinten das bekannte Logo der Deutschen Telekom, das große T mit den Pünktchen. Zusätzlich hat er sich einen Ausweis an die rechte Brustseite geheftet, der ihn als Mitarbeiter der Telekom ausweisen soll, wie Bilder einer Überwachungskamera zeigen, die unserer

Redaktion vorliegen. Nachdem er geläutet hat, tritt er etwas von der Tür zurück. Niemand macht ihm auf. Der Mann geht.

Später stellt sich heraus, dass es sich bei dem Mann um einen Betrüger gehandelt haben muss, der sich als Telekom-Mitarbeiter ausgewiesen hat, um Zutritt in die Wohnung zu bekommen. Eine kriminelle Masche, die derzeit weit verbreitet ist in der Region – die Polizei berichtet von Fällen im Rheinland und Ruhrgebiet. Nicht immer haben die Anwohner so viel Glück wie im oben geschilderten Fall. In Krefeld-Uerdingen erbeuteten vergangene Woche falsche Telekom-Mitarbeiter Schmuck und Bargeld im Haus eines Seniorenpaares. Sie hatten an der Haustür geklingelt und behauptet, Leitungen überprüfen zu müssen; zudem fragten sie nach schweren Metallgegenständen in der Wohnung, die der Umstellung von Analog- auf Digitalfernsehen im Wege stehen könnten. Die Kriminellen räumten schließlich den Tresor des Paares aus und flüchteten mit dem Inhalt. Ähnliche Fälle ereigneten sich unter anderem in Niederkrüchten und Dortmund.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor der Brutalität, die diese Kriminellen ausüben können, um an Beute zu kommen, wenn Ablenkung allein nicht ausreicht. „Wir haben bei diesen Delikten eine Verrohung und eine brutale Tatausführung festgestellt, die lebensbedrohlich sein kann für die Opfer“, sagt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Da wurden schon Opfer massiv angegriffen in ihren Wohnungen. Ältere Menschen wurden heftig zu Boden geschubst, so dass sie Brüche erlitten – bis hin zu wirklich lebensgefährlichen Verletzungen“, sagt Rettinghaus. „Alte Menschen wurden auch schon mit Klebeband gefesselt und ins Badezimmer eingesperrt. Dort konnten sie keine Hilfe rufen“, sagt er. „Der überwiegende Teil dieser Täter kommt aus Südosteuropa. In der Regel stecken da organisierte Banden hinter, die das mit System machen“, betont Rettinghaus. Tatsächlich werden die Täter von Zeugen und Opfern in den meisten Fällen als Südländer beschrieben. So heißt es etwa in einer Polizeimeldung der Kreispolizeibehörde Heinsberg zu einem solchen Fall, dass der Täter kurze, schwarze Haare und ein südländisches Erscheinungsbild gehabt hätte. In einer Meldung der Polizei Krefeld von einem Fall am 11. Januar 2022 heißt es: „Einer der Täter ist etwa 1,80 Meter groß, hat eine schlanke Statur, kurze dunkle Haare und ein ‚südländisches Aussehen‘.“

Die Kriminellen haben es derzeit besonders auf Mehrfamilienhäuser mit mehreren Wohnungen abgesehen. In Düsseldorf warnt ein Verwalter in einem Schreiben aktuell die Bewohner vor den Trickbetrügern. Darin heißt es: „Die Einbrecher versuchen sich tagsüber Zutritt zu den Häusern zu verschaffen und geben sich dafür als Postbote, Telekom-Techniker, Elektriker und Monteure aus.“ Und weiter heißt es: „Insofern bei Ihnen jemand klingelt und sagt, dass er die Heizungsanlage oder Ähnliches überprüfen soll, lassen Sie diese Person nicht ins Haus.“ Einbrüche und Einbruchsversuche hätten sich in letzter Zeit in den Mehrfamilienhäusern bereits gehäuft.
Die Polizei rät dazu, an der Haustür immer misstrauisch zu sein, bei Personen, die man nicht kennt und bei einem unguten Gefühl sofort die 110 zu wählen. „Egal, ob es zu einem Betrug gekommen ist oder nicht. Denn Betrügerinnen und Betrüger lassen nicht nach. Sie werden es in der Nachbarschaft oder in der Stadt weiter versuchen“, so die Polizei in Dortmund. Werde eine Person an der Tür zudringlich, sollte man sich energisch wehren und laut um Hilfe rufen.

„RP online“ vom: 24.01.2022 – „Struktur zersplittert – Grüne wollen Polizeibehörden in NRW reduzieren“: https://rp-online.de/nrw/panorama/gruene-wollen-polizeibehoerden-reduzieren-in-nrw_aid-65595525

Blick auf das Gebäude der Polizei in Detmold. Von solchen Kreispolizeibehörde in NRW gibt es nach Meinung der Grünen zu viele in NRW. Foto: dpa/Friso Gentsch

Düsseldorf **Die Struktur der Kreispolizeibehörden in NRW ist nach Meinung der Grünen zersplittert und nicht mehr zeitgemäß. Die Zahl der Einrichtungen sollte daher reduziert werden, meint Grünen-Innenexpertin Verena Schäffer.**

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Die Grünen in Nordrhein-Westfalen wollen nicht an der bisherigen Struktur der Kreispolizeibehörden in NRW festhalten. „Sind 47 Kreispolizeibehörden wirklich noch modern? Ich meine nicht. Es muss eine Reduzierung geben“, sagte Verena Schäffer, innenpolitische Sprecherin der NRW-Grünen, am Montag in einer Diskussionsrunde der Deutschen Polizeigewerkschaft zum Thema Innere Sicherheit in NRW.
Die Struktur der Polizeibehörden sei zersplittert. „Wir erleben, dass nicht alle Behörden das gleiche können. Aber alle müssen in der Lage sein, die Einsatzlagen bewältigen zu können“, so Schäffer. Sie betonte aber, dass eine Reduzierung von Kreispolizeibehörden nichts mit weniger Polizisten auf der Straße zu tun hätte. „Die Präsenz in der Fläche muss beibehalten werden. Polizei muss vor Ort sein“, sagte die Innenexpertin der NRW-Grünen. Die CDU will eine Veränderung der Behördenstrukturen in Zukunft offenbar nicht aufschließen. „Wir müssen diesbezüglich Überlegungen und Veränderungen vornehmen“, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU, Christos Katzidis, auf der Veranstaltung. „Dem Bürger ist es letztlich egal, von welcher Behörde der Streifenwagen kommt. Wichtig ist, dass er schnell kommt“, sagte zudem SPD-Innenexperte Hartmut Ganzke.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, hatte die Innenexperten von CDU, FDP, SPD und Grünen zu der Diskussion geladen, um innenpolitischen Positionen der Parteien vor der Landtagswahl abzuklopfen. Thema war auch die Kennzeichenerfassung der Bereitschaftspolizei, die die aktuelle Landesregierung 2017 abgeschafft hatte. Dabei wollen CDU und FDP auch bleiben. Die Grünen würden sie bei einer künftigen Regierungsbeteiligung und entsprechenden Mehrheiten wohl wieder einführen. „Ich bin dafür, weil das dazu beitragen kann, das

Vertrauen in polizeiliches Handeln zu stärken. Und staatliches Handeln muss überprüfbar sein“, sagte Schäffer.
Weitestgehend Einigkeit bestand beim Thema Polizeiausbildung, die weiter gestärkt werden müsse. Die FDP möchte die Zahl der jährlichen Polizeianwärter von 2600 auf 3000 erhöhen. „Wenn dafür ausreichend qualifizierte Bewerber zur Verfügung stehen“, sagte FDP-Innenexperte Marc Lürbke.

„RP online“ vom: 31.01.2022 – „Durchsuchungen in Essen – Berliner Clan hat Verbindungen nach NRW“: https://rp-online.de/nrw/panorama/razzia-und-durchsuchungen-in-essen-berliner-clan-hat-verbindungen-nach-nrw_aid-65810955

Einsatzkräfte der Polizei durchsuchten ein Mehrfamilienhaus in Essen. Foto: dpa/Justin Brosch

Essen **Sind Teile der Beute des Millionenraubs aus dem Grünen Gewölbe in NRW versteckt? Die Angeklagten werden dem Remmo-Clan zugeordnet, der auch im Ruhrgebiet aktiv sein soll. Am Samstag hatte es eine Durchsuchung in Essen gegeben.**

Von Christian Schwerdtfeger

Die Hausdurchsuchung in Essen im Zusammenhang mit dem Diebstahl von Juwelen aus dem historischen Grünen Gewölbe in Dresden hat bislang keine „heiße Spur“ ergeben, wie unsere Redaktion aus Sicherheitskreisen am Montag erfahren hat. Polizisten aus NRW und Sachsen hatten am Samstag im Essener Süden eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus durchsucht.

Bei dem Einbruch in das Dresdner Residenzschloss am 25. November 2019 waren 21 Schmuckstücke mit insgesamt 4300 Diamanten und Brillanten entwendet worden. Bei dem spektakulären Coup waren auch Sachschäden von mehr als einer Million Euro entstanden. Bis heute ist die Beute nicht wieder aufgetaucht.

Am Freitag hatte in Dresden unter strengen Sicherheitsbedingungen der Prozess gegen sechs mutmaßliche Täter begonnen; sie sind Mitglieder des polizeibekannten Berliner Remmo-Clans. Mitglieder dieser Großfamilie sollen auch in Essen und im Ruhrgebiet aktiv sein. „Der Clan hat Verbindungen nach NRW. Die Clans sind bundesweit und sogar europaweit vernetzt; sie haben überall ihre Dependancen. Man arbeitet in diesen

Clans zusammen und ergänzt sich“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Für uns als Polizei ist es nicht leicht, in diese Netzwerke einzudringen. In dem Fall müssen wir herausfinden: Wie sind die Verbindungen zu den anderen Familienmitgliedern? Waren die involviert in die einzelne Tat? Sind vielleicht Sachen dort versteckt oder verkauft worden?“, so Rettinghaus. „Wir hatten die durchaus schon auf dem Schirm in Essen. Wir haben ja die entsprechenden Durchsuchungsbeschlüsse von der Justiz bekommen.“

Die Sonderkommission „Epaulette“, benannt nach einem der Beutestücke, ermittelt unterdessen weiter. Gegen weitere 40 Beschuldigte, darunter vier Wachmänner sowie vier mögliche Helfer der Täter, gibt es laut Staatsanwaltschaft einen begründeten Anfangsverdacht. Noch immer ist unklar, wo die Beute ist.

(csh)

„Neue Westfälische online“ (Plus-Artikel) vom: 01.02.2022 - „Zwei Beamte tot – der Super-Gau: Was die tödlichen Schüsse auf die Polizei ändern“: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23184915_Der-Super-GAU-Was-die-toedlichen-Schuesse-auf-die-Polizei-aendern.html

Markierungen wurden am Rand der Kreisstraße 22 zwischen den Orten Mayweilerhof und Ulmet (Rheinland-Pfalz) aufgetragen. Am Vortag wurden dort eine Polizistin und ein Polizist bei einer Verkehrskontrolle erschossen. | © picture alliance/dpa

"Der Super-GAU": Was die tödlichen Schüsse auf die Polizei ändern

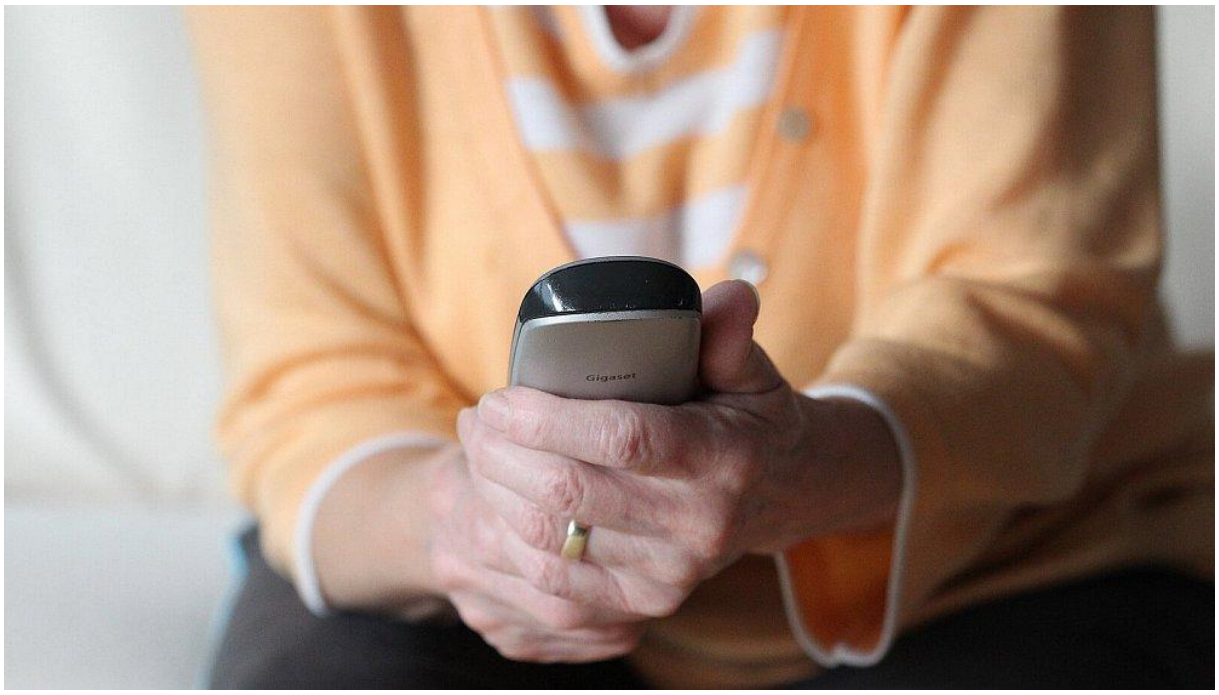
Die Polizei in Deutschland zeigt sich geschockt nach dem Anschlag auf zwei Beamte bei einer routinemäßigen Verkehrskontrolle. Was lief anders?

Von: Lukas Brekenkamp

Bielefeld/Kusel. Getötet bei einer einfachen Verkehrskontrolle - der Schock nach den tödlichen Schüssen auf zwei Polizisten in Kusel (Rheinland-Pfalz) ist weiterhin groß. Wie konnte ein solcher Routine-Einsatz für die Beamten so enden? "Das ist der Super-

GAU", sagt Erich Rettinghaus schockiert. Er ist der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. "So eine Situation schwebt ja irgendwie immer über uns. Und plötzlich kriegt man knüppelartig vor Augen geführt, wie weit es tatsächlich kommen kann." Er zögert kurz und sagt dann nachdenklich: "Diese unglaubliche Brutalität...

„Neue Westfälische“ online (Plus-Artikel) vom: 19.02.2022 – Thema: „Tausende Fälle in NRW – Betrug am Telefon: Wie kriminelle Banden aus dem Ausland Millionen erbeuten“ – Link: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23195465_Betrug-am-Telefon-Wie-kriminelle-Banden-aus-dem-Ausland-Millionen-erbeuten.html



Vor allem ältere Menschen werden von Trickbetrügern kontaktiert, um sie um das Ersparte oder Wertgegenstände zu bringen. | © picture alliance / Eibner-Pressefoto

Tausende Fälle in NRW Betrug am Telefon: Wie kriminelle Banden aus dem Ausland Millionen erbeuten

Mit dem "Enkeltrick" oder der Masche als "falscher Polizist" ergaunern Kriminelle enorme Summen Geld. Doch wer steckt dahinter? Und was macht die Ermittlungen so schwer?

Von: Lukas Brekenkamp

Bielefeld. Trickbetrüger haben alleine in NRW in den vergangenen Jahren mehrere Millionen Euro erbeutet - dank Maschen wie dem "Enkeltrick" oder in der Rolle als "falscher Polizist". Trotz einiger Ermittlungserfolge nehmen die Anrufe wieder zu. Doch wieso kommen die Kriminellen damit durch? Und wer steckt dahinter? Eine Spurensuche. Das Telefon klingelt. "Das muss irgendwann im Sommer vergangenen Jahres gewesen sein", sagt Hannelore W. (Ende 80). "Die Stimme an der anderen Leitung hat sich als mein Neffe ausgegeben." Er wäre in Schwierigkeiten. "

"1.000 Euro wollte er von mir", berichtet die Frau aus dem Kreis Herford, die anonym bleiben möchte weiter. Der Anrufer habe tatsächlich ein bisschen wie ihr Neffe geklungen. "Aber es war Freitagnachmittag. Wo hätte ich jetzt noch 1.000 Euro herbekommen sollen?"

Es sind Maschen wie diese, mit denen kriminelle Banden Millionen scheffeln. Mal meldet sich ein Enkel oder ein Neffe am Telefon, der dringend Geld benötigt. Vielleicht so dringend, dass es um die Gesundheit oder die Existenz geht. Mal beginnt es mit kleinen Summen, die sich immer weiter steigern. Mal wollen die Betrüger direkt einen riesen Batzen Geld. Die Polizei spricht von "Enkeltrick" oder "Schockanrufen".

Schadenssumme in zwei Jahren: 35 Millionen Euro

Ein anderes Mal sind es "falsche Polizisten", die vor angeblichen Einbrechern warnen. Wertsachen, Bargeld und den Inhalt des Bankschließfaches solle man lieber den Beamten übergeben werden. Ermittler nennen diese Masche "falsche Amtsträger".

Alleine in NRW haben die Kriminellen seit 2019 mit diesen Maschen mehr als 35 Millionen Euro erbeutet, wie das Landeskriminalamt (LKA) auf Anfrage von *nw.de* mitteilt. Allerdings: Die Zahlen für das vergangene Jahr liegen noch nicht vor - die Schadenssumme dürfte weitaus höher sein. Insgesamt kommen die Ermittler auf mehr als 56.000 Anrufe, die bekannt geworden sind - in den meisten Fällen blieb es beim Versuch. Die Dunkelziffer solcher Anrufe dürfte deutlich größer sein.

Hannelore W. ist eine von Tausenden, die von den Kriminellen angerufen werden. Dabei gehen sie systematisch vor, rufen gezielt Menschen mit älter klingenden Namen an. Von der Polizei heißt es, solche Anrufe schwappten wie eine Welle durch eine bestimmte Region, ehe die Anrufe wieder abnehmen. Vorerst.

Gutmütigkeit und Leichtsinn

"Die Kriminellen setzen auf die Gutmütigkeit älterer Menschen, vielleicht auch auf Leichtgläubigkeit", sagt Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. Doch wer steckt hinter diesen Anrufen? Ende 2020 gelang den Ermittlern ein Schlag gegen Trickbetrüger. In Izmir wurde ein regelrechtes Callcenter hochgenommen. Von hier aus wurden Tausende Deutsche Rentner angerufen - und versucht, sie um ihr Erspartes zu bringen. Kriminelle Mitglieder eines Clans sollen hinter den Taten stecken.

Eine Sprecherin des LKA berichtet von "organisierten Banden mit streng hierarchischen Strukturen und internationalen Bezügen". "Falsche Polizisten" rufen demnach vor allem aus Callcentern in der Türkei an - wie in Izmir. "Im Bereich 'Enkeltrick/Schockanruf' sind meist familiär geprägte Banden aus Polen heraus tätig", so die Sprecherin.

Was es den Ermittlern schwer macht

Kriminelle Banden im Ausland - für die Polizei ein Umstand, der die Ermittlungen erschwert. Oder sogar fast unmöglich macht. "Selbst wenn wir wissen, dass die Täter in der Türkei sitzen, kommen wir mit Rechtshilfeersuchen kaum ran", berichtet Rettinghaus. Es fehlten die Abkommen mit dem südeuropäischen Land. Auch in anderen Ländern gestaltet sich die Ermittlungsarbeit nicht leicht, oft seien die Anrufe kaum zurückzuverfolgen. "Hier und da verhaften wir die Personen, die das Geld bei den

Opfern der Betrüger abholen. Das ist aber das letzte Glied in einer streng organisierten Kette - und meist schweigen die Personen", sagt Rettinghaus.

Bei Hannelore W. hatten die Kriminellen keinen Erfolg. "Die Person an der anderen Leitung hat versucht, mich zu überreden. Ich habe aber aufgelegt", sagt sie. Mit Verwandten und ihrem Neffen selbst habe sie über den dubiosen Anruf gesprochen. "Da ist mir klar geworden, dass mich jemand betrügen wollte." Ihr Geld haben die Kriminellen nicht bekommen. "Das hätte ich sowieso nicht so einfach rausgegeben", versichert sie lächelnd.

Das ist nicht immer so. Oft haben die Banden Erfolg - trotz intensiver Aufklärungsarbeit von Behörden. Laut LKA werden aktuell wieder steigende Zahlen des "Enkeltricks" sowie von "Schockanrufen" registriert.

„Welt“ online vom: 07.03.2022 – Polizeikritik – die unterschätzte Macht der Polizeigewerkschaften“: https://www.welt.de/regionales/nrw/article237362547/Bochumer-Kriminologe-kritisiert-Polizei-Gewerkschaften.html

Von Till-Reimer Stoldt

Polizisten sichern eine Demonstration gegen die Impfpflicht in Düsseldorf ab
Quelle: picture alliance / Geisler-Fotopress

Reform und Kontrolle bei der Polizei werden vor allem von ihren einflussreichen Gewerkschaften erschwert. Zu diesem Ergebnis kommt der Bochumer Kriminologe Tobias Singelnstein. Dafür erntet er heftige Proteste.

Die Polizei kommt nicht zur Ruhe. Seit Jahren wird über Gewalt, Rassismus und Korpsgeist bei den Ordnungshütern debattiert. Vor allem Grüne, SPD und einige Experten kritisieren die Polizei. Warum aber sind sie bisher kaum durchgedrungen mit ihren Forderungen, etwa nach einer umfassenden Rassismus Studie? Eine Antwort lautet: Weil Polizeigewerkschaften dies oft verhindern.

Davon ist zumindest Tobias Singelnstein überzeugt. In seinem diese Woche erscheinenden Buch „Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt“ geht der Kriminologe der Uni Bochum unter anderem mit den Verbänden der Polizei ins Gericht – und eröffnet eine von vielen Beobachtern erwünschte Debatte. Denn Singelnstein spricht das aus, was so manche grün-rote Innenpolitiker nur in Hintergrundgesprächen äußern.

Unzweifelhaft besitzen Gewerkschaft der Polizei (GdP), Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) und Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) Macht, wie Singelnstein und Co-Autor Benjamin Derin schreiben. Wegen des hohen Organisationsgrads von Polizisten in Gewerkschaften. Und durch Personalräte zumal in Innenministerien, mit denen sie jedem Polizeiminister der Republik das Leben schwer machen können.

Die Gewerkschaften seien mithin „Gatekeeper für die polizeiliche Welt“, so Singelnstein: „Innerpolizeiliche Veränderungen, politische Vorhaben, Forschung sind häufig nicht ohne oder gar gegen die Gewerkschaften zu machen.“ Politik stehe in einem „Abhängigkeitsverhältnis“ zu den Gewerkschaften. Diese Macht werde missbraucht, um Stimmungen zu erzeugen: „Die Polizeivertretungen beschränken sich, anders als viele andere Gewerkschaften, nicht auf Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, sondern versuchen, die Gesellschaft sehr viel umfassender zu beeinflussen.“ Sie meldeten „sich zu allen denkbaren polizeilichen und gesellschaftlichen Themen zu Wort – von Flüchtlingspolitik über Vorratsdatenspeicherung bis Racial Profiling“.

Dem Vorwurf der Kompetenzüberschreitung widersprechen Kenner der anderen Seite heftig. Sebastian Fiedler, lange Jahre BDK-Vorsitzender und nun SPD-Bundestagsabgeordneter, sagt gegenüber dieser Zeitung, die „zum Teil krude argumentierenden“ Buchautoren hätten „es versäumt, einen Vergleich zu Interessenvertretungen anderer Berufsgruppen anzustellen. Eine vertiefte Betrachtung“ der anderen Gewerkschaften hätte ergeben, dass auch die „sich regelmäßig fachpolitisch zu Wort melden. Und das ist auch gut so“.

In der Tat äußern sich fast alle Gewerkschaften mal zur Finanzpolitik, mal zur Zukunft des Sozialstaats, zu Strategien gegen Rechtsradikale oder zu Menschenrechten in der Türkei. Warum, so Fiedler, sollten Polizeigewerkschaften sich dann nicht zu sicherheitspolitischen Fragen äußern? Auch der DPolG-NRW-Vorsitzende Erich Rettinghaus betont, seine Gewerkschaft spreche „ausschließlich zu Themen, welche Polizei und innere Sicherheit betreffen“. Dafür sei sie qualifiziert, weil sie Praxisbezug einbringe, der für die Umsetzung aller Vorhaben zur inneren Sicherheit unerlässlich sei.

Maulkorb verpassen?

Dass auch Stellungnahmen zu Migrationsfragen einer Polizeigewerkschaft zustehen, hatte die DPolG schon mehrfach damit begründet, dass nachweislich Zuwanderungsbewegungen die Kriminalitätsentwicklung beeinflussten – also das Kerngeschäft der Polizei. Und GdP-Vize-Bundeschef Michael Mertens fragt, „ob Herr Singelnstein den Polizeigewerkschaften einen Maulkorb verpassen will?“
Als Beleg verheerenden Gewerkschaftseinflusses betrachtet Singelnstein auch, dass es ihnen gelang, „Strafrechtsverschärfungen für Widerstand gegen die Staatsgewalt durchzusetzen“. Tatsächlich kehrten die Innenminister der Republik seit 2009 die bis dato geltende Maxime um, dass Gewalt gegen Polizisten weniger hart bestraft werden solle als Gewalt gegen andere Bürger.

Mit seiner Kritik an dieser Wende vertrete Singelnstein jedoch „kaum die politische Mitte“, wirft ihm Erich Rettinghaus vor. Zumindest eins stimmt: Seit Jahren besteht Konsens zwischen SPD, Union und FDP, dass es eine besondere Gefahr für das staatliche Gewaltmonopol bedeutet, wenn Polizisten angegriffen werden, weshalb man dies besonders konsequent ahnden müsse. Linke und Grüne sehen das anders.
Weiter attestiert Singelnstein den Gewerkschaften, ihr Umgang mit Kritik an der Polizei stehe „im Einklang mit der Praxis der Cop Culture, Kritik polizeilicher Autorität recht pauschal abzulehnen“. Als Beispiel führt er „die Kennzeichnungspflicht“ für Polizisten an, die von den Gewerkschaften bekämpft werde, womit sie sich „gegen die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte“ (EGMR) stellten.

Polizei als Zielscheibe

Daran trifft jedenfalls eines zu: Der EGMR hält es für geboten, eine individuelle Kennzeichnungspflicht einzuführen. Allerdings „hat das Bundesverfassungsgericht noch nicht entschieden, ob es diese Sichtweise teilt oder ablehnt“, ergänzt GdP-Chef Mertens. Gänzlich falsch seien aber „die Unterstellungen, es gebe nur eine Variante der Kennzeichnungspflicht und die Gewerkschaften bekämpften jede Form einer solchen Pflicht“.

Tatsächlich existieren unterschiedliche Formen dieser Pflicht – worauf das NRW-Innenministerium hinweist. Es erläutert, die rot-grüne Landesregierung bis 2017 habe „eine anonymisierte, individualisierte Kennzeichnungspflicht eingeführt“. Mit der Kennzahl auf der Uniform des Polizisten ließ dieser sich individuell identifizieren. Weil das aber laut CDU, FDP und Gewerkschaften einzelne Beamte zur Zielscheibe von Straftätern machte, wurde diese Variante noch 2017 von Schwarz-Gelb gestrichen. Seitdem gilt „eine Kennzeichnungspflicht, welche die Rückverfolgung einer handelnden Person lediglich bis auf die Gruppe, der diese Person angehörte, ermöglicht. Dies entspricht bundesweitem Standard“, so das Ministerium. Auch ist der Eindruck falsch, dass die Gewerkschaften gegen diese aktuelle, taktische Kennzeichnungspflicht kämpften. Im Gegenteil. Sie werben dafür.

Sebastian Fiedler vermisst in Singelnsteins „Fundamentalkritik“ zudem „Lösungsvorschläge“. Tatsächlich konzentriert sich Singelnstein in seinem Buch eher auf kenntnisreiche Kritik als auf Lösungen. Auf WELT-Anfrage lieferte Singelnstein solche Vorschläge nach: Nötig sei unter anderem „selbstbewusste Politik, die Missstände in den Polizeibehörden auch bei innerpolizeilichen Widerständen angeht.“ Und: Es brauche „Medien, die sich bewusst sind, dass Gewerkschaften keine neutralen Akteurinnen sind, sondern auch Eigeninteressen verfolgen“. Nur, so fragt Michael Mertens zurück, für wen gilt das nicht?

Polizei-Beschäftigte in NRW und im Bund

Die NRW-Polizeibediensteten sind scheinbar zu 100 Prozent bei einer Gewerkschaft organisiert: in der GdP 46.000 (im Bund ungefähr 200.000), der DPolG 9000 (ungefähr 100.000), dem BDK 3000. (ungefähr 15.000) Diese Zahlen werden von den Gewerkschaften angegeben. Demnach wären ***58.000 Polizeimitarbeiter aus NRW in einer Gewerkschaft*** *bei 57.800 aktiv Beschäftigten. Die Erklärung: Auch Pensionäre werden als Mitglieder gezählt. Unklar ist, ob nur* ***200 Pensionäre zu den Gewerkschaften*** *gehören, oder ob die Mitgliederangaben überhöht sind.*

„RP online“ vom 21.04.2022 – „Junge in Duisburg fixiert – Polizei nennt weitere Details zur Festnahme von 13-Jährigem“: https://rp-online.de/nrw/panorama/tuerkischer-junge-duisburg-13-jaehriger-polizeieinsatz-kritik-bericht_aid-68325623#successLogin

Exklusiv: Duisburg Der Fall des 13-Jährigen, der in Duisburg von Polizisten fixiert worden ist, schlägt weiter Wellen. Nun sind weitere Details ans Licht gekommen. Wie das Innenministerium den Fall bewertet und wozu in einschlägigen Foren nun aufgerufen wird.

Von: Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Die Polizei in Duisburg hat dem Innenministerium Bericht erstattet.(Symbolbild) Foto: dpa/Karl-Josef Hildenbrand

Es ist 18.46 Uhr am 16. April, als die Polizei in Duisburg zu einem Einsatz am Franz-Lenze-Platz im Stadtteil Walsum gerufen wird. Eine Frau hat beobachtet, wie mehrere Jugendliche angeblich Wahlplakate beschädigt haben. Als die Polizei eintrifft, liegen zwei Plakate der SPD abgerissen am Boden; eines von der FDP ist zudem abgeknickt. Die Polizisten entdecken in der Nähe drei Jugendliche, zwei von ihnen rennen weg. Wie unsere Redaktion aus Polizeikreisen erfahren hat, hat der türkischstämmige Jugendliche den Polizisten erklärt, dass die Wahlplakate beim Spielen beschädigt worden seien. Wenig später liegt der Junge fixiert am Boden. Zeugen filmen den Vorgang mit dem Handy. Die Aufnahme wird ins Internet gestellt. Der Polizei werden daraufhin in der türkischen Community schwere Vorwürfe gemacht. In der Türkei wird in den Medien ausführlich darüber berichtet.

In dem Video ist unter anderem zu sehen, wie die Polizisten den Jungen auf den Bauch drehen; zudem scheint es so auszusehen, als ob einer der Polizisten den Jungen mit dem Knie mutmaßlich zwischen Schulter und Hals fixiert. Der Junge weint währenddessen; Zeugen bitten die Polizei, den Jungen loszulassen.

Das Video zeigt nicht, was vor der Fixierung passiert ist. Wie unserer Redaktion aus Sicherheitskreisen berichtet wird, hätten die beiden Polizisten den Jungen zunächst nach seinen Personalien gefragt. Er habe aber keine Dokumente bei sich gehabt.

Daraufhin hätten die Polizisten ihn zu seinen Eltern bringen wollen; das habe der Junge aber nicht gewollt. Dieser habe sich deshalb von den Polizisten losgerissen und sei weggerannt. Die Polizisten hätten ihn aber eingeholt; dabei sei der Junge hingefallen. Auf dem Rücken liegend hätte er sich dann mit Tritten gegen die Polizisten gewehrt; mehrfachen Aufforderungen, sich zu beruhigen, sei er nicht nachgekommen. Daraufhin sei er bäuchlings mit den Händen auf dem Rücken mittels einer Handschelle fixiert worden. Einer der beiden Polizisten habe für die Fixierung sein Knie eingesetzt. Begründung: Den Arm des Jungen sollte so zu Boden gedrückt werden. Die Polizisten hätten zu diesem Zeitpunkt nicht gewusst, dass der Junge erst 13 Jahre alt ist. Nach Informationen unserer Redaktion sind die Bodycams von den eingesetzten Beamten nicht eingeschaltet gewesen.

Melih Keser, Grünen-Politiker und Landtagskandidat, forderte, den Vorfall umfassend zu prüfen. „Dieses Vorgehen und die Situation macht uns nochmal deutlich, wie die Stimmung zwischen Communities und der Polizei ist“, schrieb Keser auf seiner Facebook-Seite. Insbesondere türkische Medien berichten ausführlich über den Vorfall, darunter die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu Ajansı. Nach Angaben der Polizei hat sich auch das türkische Generalkonsulat in Düsseldorf über den Einsatz informiert. Die Duisburger Polizei wies die Vorwürfe bereits zurück und sprach von einem regelkonformen Verhalten.

Das NRW-Innenministerium forderte einen Bericht des Einsatzes an. Aus dem Innenministerium hieß es gegenüber unserer Redaktion: „Auf Grundlage des vorliegenden Berichts sowie der auf der Internetplattform Youtube einsehbaren Videosequenz sind die Einsatzmaßnahmen der eingesetzten Beamten als sachgerecht und lageangepasst zu bewerten.“

Nach Informationen unserer Redaktion wird in Teilen der türkischen Community offenbar versucht, an die Namen und Kontaktdaten der beiden Polizisten zu kommen. „Der nordrhein-westfälischen Polizei liegt ein anonymer Hinweis vor, dass in bekannten Foren Bilder der eingesetzten Beamten veröffentlicht wurden – verbunden mit der Aufforderung, diese ausfindig zu machen.“
Regelmäßig wird die Polizei mit Vorwürfen konfrontiert, zu hart oder unverhältnismäßig vorgegangen zu sein – besonders nach der Tötung von George Floyd in den USA. Ein Polizist hatte den am Boden liegenden 46-Jährigen vor zwei Jahren getötet, indem er mehr als neun Minuten mit vollem Körpergewicht auf seinem Hals gekniet hatte. Ein Zeugenvideo des Vorfalls sorgte weltweit für Entsetzen.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagt, dass es für die verschiedenen Einsatzsituationen eine Reihe von Vorgehensweisen gibt. „Es ist wie ein Baukasten mit verschiedenen Maßnahmen und Techniken, die man je nach Lage einsetzen kann. Es gilt dabei immer, zunächst das mildeste Mittel zu nehmen“, sagt er. Die Polizisten seien bestmöglich ausgebildet in Festnahme-Techniken und in Techniken des unmittelbaren Zwangs, also der Fixierung. „Man muss aber auch immer sagen, dass demjenigen, der auf die Polizei hört, auch kein unmittelbarer Zwang angetan wird. Wenn wir rufen ‚stehen bleiben’, dann sollte man auch stehen bleiben“, so Rettinghaus.

Zu den Techniken gehöre auch, das Knie einzusetzen. „Aber niemals dürfen dadurch lebensgefährliche Situationen entstehen. Das Knie dient ausschließlich zur Fixierung“, sagt er. Er habe Verständnis dafür, dass die Menschen durch den schlimmen Fall in den USA sensibilisiert seien. „Man muss aber genau hinschauen und nicht nur oberflächlich. Und es darf nicht sein, dass sofort jeder Einsatz in eine bestimmte Ecke gedrängt wird“, sagt er.

(csh)

Medienlinks „WDR Aktuelle Stunde“ und „Lokalzeit“ vom 22.04.2022: Duisburg: „Fixierung von 13-Jährigem Fall von Polizeigewalt?“

Link zum Beitrag:

https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/polizeigewalt-duisburg-ermittlungen-100.html

Text WDR:

Die Fixierung eines 13-Jährigen Jungen durch zwei Polizisten in Duisburg-Walsum sorgt für Diskussionen. Seine Familie spricht von Körperverletzung, die Gewerkschaft verteidigt die Beamten.

Von Peter Hild

Ein Video, das in sozialen Netzwerken kursiert, zeigt, wie ein Polizist zwischen Schulter und Hals des auf dem Rücken liegenden Jungen kniet. Anschließend wird er auf den Bauch gedreht und ihm werden Handschellen angelegt. War das Vorgehen der Duisburger Beamten zu rabiat?

Ein unbekannter Bürger aus Niedersachsen hat inzwischen Strafanzeige gegen die Beamten gestellt. Aus Neutralitätsgründen ermittelt derzeit die Polizei Düsseldorf wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt.

Polizei: Junge hat sich mit Tritten gewehrt

Zeugen hatten die Polizei alarmiert, weil der 13-Jährige zusammen mit anderen Wahlplakate beschädigt haben soll. Der Junge spricht von einem Versehen. Nach Angaben der Duisburger Polizei soll er aber weggelaufen sein und sich mit Tritten gewehrt haben, als er eingeholt und festgehalten worden sei. Nach erster Bewertung des Videos sei das Verhalten der Beamten regelkonform gewesen.
Unabhängig davon wirft der Vater des Jungen den Polizisten vor, seinen minderjährigen Sohn zu hart angegangen zu sein. Der 13-Jährige spricht selbst davon, kurzzeitig keine Luft bekommen und schwarz gesehen zu haben.

Duisburg: Diskussionen um Verhaftung eines 13-Jährigen

Lokalzeit aus Duisburg. 20.04.2022. 28:35 Min. WDR. Von Kai Toss.

Innenminister Reul: "Alles nach Recht und Gesetz gelaufen"

NRW-Innenminister Herbert Reul äußerte sich gegenüber dem WDR zu dem Vorfall: "*Wenn jemand – egal, wie alt er ist – eine Sachbeschädigung macht und die Polizei kommt und sagt: "Wir möchten mit dir darüber reden", und der läuft weg, dann müssen die den festhalten. Und wenn er schnell wegläuft und dann hinfällt oder hingeworfen wird, dann ist das – tut mir leid – dann wäre er besser stehen geblieben. Alles, was ich an Bericht habe, ist relativ klar und eindeutig. Es ist alles nach Recht und Gesetz gelaufen, es gibt keinen Grund, sich aufzuregen – außer, dass der junge Mann vielleicht sowas nicht machen sollte.*"

Experten sprechen von regelkonformem Vorgehen

Auch Polizeiwissenschaftler Rafael Behr, der in Hamburg angehende Polizisten ausbildet, hält das Vorgehen der Beamten nach dem Betrachten des Videos für in Ordnung: "*Das sieht mir nach schulmäßig gelernten Techniken aus und nicht nach übertriebenem Gewalteinsatz.*"

Erich Rettinghaus von der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW nimmt die Beamten ebenfalls in Schutz. Es gebe für die jeweilige Situation entsprechende Einsatztechniken und -vorgehen. Die beiden Polizisten seien in der konkreten Lage regelkonform vorgegangen.

Wirbel in türkischen Medien

In zahlreichen türkischen Medien hatte der Duisburger Vorfall größeren Wirbel ausgelöst. In zum Teil reißerischen Darstellungen wird darauf eingegangen, dass ein deutscher Polizist einem türkischen Jungen übertriebene Gewalt angetan habe.
Die Duisburger Familie selbst wehrt sich dagegen. Sie wollen nicht, dass ihre Geschichte politisch instrumentalisiert wird. Sie halten das, was die Polizisten dem 13-Jährigen angetan haben, für Körperverletzung.

„Neue Westfälische online“ vom 22.04.2022:

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23247364_Extremismus-und-Waffen-Die-moeglichen-Folgen-des-Kriegs-fuer-Deutschland.html

„Polizei sieht großes Risiko Extremismus und Waffen: Die möglichen Folgen des Kriegs für Deutschland“

Rechtsextreme, die am Krieg teilnehmen, illegale Waffen, die Europa fluten können: Die Polizei warnt vor dramatischen Folgen für die innere Sicherheit hierzulande.

Von: Lukas Brekenkamp

Bielefeld. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) warnt vor den Folgen des Ukraine-Kriegs für die innere Sicherheit in Deutschland. Vor allem ausgereiste Extremisten spielen eine Rolle - doch auch illegale Waffen könnten für eine Bedrohung sorgen.

Sicherheitsbehörden und Experten hatten bereits zuvor darauf hingewiesen, dass offenbar mehrere Rechtsextremisten in die Ukraine gereist sind. So wurde zuletzt von 37 Extremisten aus dem Spektrum berichtet, die in die Ukraine gereist sein sollen - teils sollen sie dort eine Beteiligung am Krieg angestrebt haben, heißt es in verschiedenen Medienberichten.

Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der DPolG, warnt: "Extremisten, egal welcher Couleur, die in ein Kriegsgebiet reisen und dort womöglich an Kampfhandlungen teilnehmen oder sich an der Waffe ausbilden lassen, stellen ein riesiges Gefährdungspotenzial dar." Es sei möglich, dass nach entsprechenden Handlungen die Einstellung radikaler werde und sich die Bereitschaft, eine Waffe auch nach dem Krieg

einzusetzen, erhöhe. "Das Problem muss genau beobachtet und überwacht werden", betont Rettinghaus weiter.

Schon zuvor hatten Sicherheitsexperten vor ausgereisten Extremisten gewarnt. So berichtete Peter Neumann, Terrorismusexperte, im Interview mit nw.de, es sei eine Mobilisierung an Auslandskämpfern sowohl auf russischer, als auch ukrainischer Seite festzustellen. Er verglich die Situation mit Dschihadisten, die auch aus Deutschland für den IS in den Krieg zogen sowie Menschen, die in das Gebiet reisten, um gegen die islamistische Terrormiliz zu kämpfen. "Diese Auslandskämpfer, die in der Ukraine gekämpft haben, können bei ihrer Rückkehr nach Deutschland ein Problem darstellen", betonte Neumann.

Viele Waffen aus Osteuropa

Doch Rettinghaus - und auch seine Kollegen bei der DPolG in Bayern - haben noch ein ganz anders Problem auf dem Radar: Noch heute sei festzustellen, dass Waffen aus den kriegerischen Auseinandersetzungen im früheren Jugoslawien in Deutschland auftauchen. "Die meisten illegalen Waffen sind über Osteuropa ins Land gekommen", sagt Rettinghaus. Zum einen in der Folge der Jugoslawien-Kriege in den 90er Jahren. "Zum anderen nach dem Zerfall des Ostblocks", sagt Rettinghaus.

Der NRW-Chef der DPolG spricht dabei von einem "langfristigen Risiko": "Aktuell werden Waffen jeglicher Art in der Ukraine ausgegeben, um gegen den Angriffskrieg von Putin zu kämpfen", sagt er. "Das ist aktuell auch richtig!" Es bestehe aber das Risiko, dass einige Waffen schließlich ihren Weg auf den Schwarzmarkt und somit in andere Länder finden. Er betont, dass die Nachfrage in der europäischen Unterwelt enorm sein könnte - und dass die Waffen für Straftaten hierzulande genutzt werden könnten.

Aus Sicherheitskreisen ist immer wieder zu hören: Durch den Ermittlungserfolg im Rahmen der verschlüsselten Chatdaten von Encro-Chat - dem Whatsapp der Unterwelt - ist auch klar geworden, dass die Organisierte Kriminalität in Deutschland bewaffneter ist, als zuvor angenommen. "In manchen kriminellen Geschäftsfeldern kann schnell ein großer Konkurrenzkampf entstehen", warnt er.

“RP online” vom: 05.05.2022 – „Schüsse in Duisburg-Hamborn: Ein ganzer Stadtteil wurde in Angst und Schrecken versetzt“: https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/blaulicht/schiesserei-duisburg-schuesse-am-altmarkt-erinnerte-an-saloon-schiesserei_aid-69118335

Foto: dpa/Roberto Pfeil

Duisburg In Duisburg sind bei einer Auseinandersetzung im Rocker- und Clanmilieu mindestens 19 Schüsse abgegeben worden. Die Polizei vergleicht den Vorfall mit einer „Saloon-Schießerei im Wilden Westen“. Duisburgs Oberbürgermeister will eine Hundertschaft im Norden der Stadt belassen.

Von Merlin Bartel, Christian Schwerdtfeger und Marc Latsch

Bei Schüssen auf offener Straße sind in Duisburg am Mittwochabend vier Menschen verletzt worden. Zwei der Verletzten wurden mit Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht, zwei weitere gingen später selbst zum Arzt. Lebensgefahr besteht nach Angaben der Polizei nicht. Eine Mordkommission hat die Ermittlungen übernommen.

15 Personen seien vorübergehend in Gewahrsam genommen worden, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft am Donnerstag mit. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft können einige der Personen, die in Gewahrsam genommen wurden, dem Rocker- und Clanmilieu zugeordnet werden.

Am späten Donnerstagvormittag gab Duisburgs Polizeipräsident Alexander Dierselhuis ein erstes Statement zu den bisherigen Ermittlungsergebnissen ab. Er bestätigte, dass es sich bei der Schießerei am Hamborner Altmarkt um eine Auseinandersetzung im Rocker- und Clanmilieu gehandelt habe. Die genauen Hintergründe seien allerdings noch unklar. Berichte, dass die Schießerei mit einem gezielten Anschlag auf eine Person in einer Bäckerei begann, wollte Dierselhuis nicht bestätigen. „Eine verletzte Person hat sich in einer Bäckerei befunden. Ob sie bewusst angeschossen wurde, ist unklar.“

Foto: dpa/Roland Weihrauch

Derzeit würden die 15 vorläufig Festgenommenen befragt, auch die Spurensicherung vor Ort dauere noch an. Bislang habe die Polizei bereits 19 9mm-Hülsen sichergestellt. „Dass mindestens 19 Schüsse auf offener Straße abgegeben werden, ist nicht alltäglich und daher umso erschreckender“, sagte Dierselhuis.

Im Zusammenhang mit den Schüssen gab es in der Nacht zudem einen Einsatz von Spezialeinsatzkräften in Duisburg. Das SEK verschaffte sich mit Gewalt Zutritt zu einem Haus im Stadtteil Homberg. Jedoch sei dort niemand angetroffen worden, erklärte die Polizei.

Die Schüsse auf dem Hamborner Altmarkt waren am Mittwochabend gegen 20.40 Uhr gemeldet worden. Als die Polizei am Tatort erschien, seien viele Beteiligte geflüchtet, berichteten die Ermittler. Ob es sich um eine Schießerei handelte, bei der zwei oder mehr Seiten sich gegenseitig beschossen, war zunächst unklar. Es sei „eine Vielzahl von Schüssen gefallen“, sagte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft.

Aus Polizeikreisen erfuhr unsere Redaktion am Donnerstagmorgen: „Die Beteiligten sind fast alle polizeibekannte Größen der Unterwelt im Duisburger Norden: Hells Angels und Clan-Mitglieder. Es waren um die 100 Personen beteiligt, eher mehr. Zum Teil wurde ziellos umher geschossen; es erinnerte ein bisschen an eine Saloon-Schießerei im Wilden Westen. Es war nur Glück, dass nicht mehr Menschen verletzt wurden.“

Die Grenzen zwischen Clans und Rocker seien fließend im Duisburger Norden, erklärt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft in NRW. „Clans sind längst in den Rockergruppierungen vertreten. Die Rocker, wie sie einmal waren mit Ehrenkodex und so, die gibt es nicht mehr. Da ging es um irgendwelche Geschäfte. Wir als Polizei müssen da vor die Lage kommen. Wir brauchen dringend neue Gesetze, damit wir diese Gruppierungen besser überwachen können. Die müssen ständig Angst haben, abgehört zu werden.“

„Ich bin schockiert und traurig“, teilte Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link am Donnerstag in einem schriftlichen Statement mit. „Unbeteiligte Menschen wurden in Lebensgefahr gebracht, ein ganzer Stadtteil wurde in Angst und Schrecken versetzt.“ Link bat NRW-Innenminister Herbert Reul nach eigener Aussage in einem Telefonat, die Hundertschaft der Polizei im Duisburger Norden zu belassen.

„Die Bilder von Schüssen und Gewalt aus Duisburg machen wütend. Wenn Rocker und kriminelle Clans meinen, der Westen wäre für sie der Wilde Westen, liegen sie definitiv falsch“, sagte Marc Lürbke, stellvertretender Vorsitzender und innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW, unserer Redaktion. „Auch in Duisburg gilt das Gesetz des Rechtsstaats und nicht das der Straße. Polizei und Justiz werden die Täter und alle Beteiligten ausnahmslos verfolgen. Dafür haben wir in den vergangenen fünf Jahren gesorgt. Der Rechtsstaat muss Zähne zeigen.“

Die Polizei bittet um Angaben von Zeugen zu Tatgeschehen und beteiligten Personen. „Für die Ermittler sind insbesondere Fotos oder Videoaufnahmen von Interesse, die während oder nach dem Tatgeschehen gefertigt wurden“, erklärten Staatsanwaltschaft und Polizei.

(mit Material der dpa)

„Der Westen online“ vom: 06.05.2022 – „NRW-Wahl: Ist Herbert Reul wirklich ein Macher – oder ist viel nur PR-Show?“: https://www.derwesten.de/region/nrw-wahl-herbert-reul-landtagswahl-cdu-polizei-innenminister-kriminalitaet-id235251297.html

Innenminister Herbert Reul könnte für seine CDU und Ministerpräsident Hendrik Wüst die Wahl retten. Er gilt als jemand, der anpackt. Bei einer WDR-Umfrage im April zeigten sich 54 Prozent der Befragten zufrieden mit der Arbeit der Landesregierung bei der Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen. Aber ist Reul wirklich so erfolgreich gewesen wie es scheint?

In diesem Artikel machen wir den Wahl-Check zum Thema Innere Sicherheit vor der NRW-Wahl: Was hat Herbert Reul wirklich bewegt in den vergangenen fünf Jahren?

NRW-Wahl 2022: Herbert Reul präsentiert Erfolgsbilanzen als Innenminister

Die Fakten sprechen erstmal für Reul: Zum sechsten Mal in Folge ist die erfasste Kriminalität auch im Jahr 2021 in NRW gesunken. Die Fallzahlen sind so niedrig wie zuletzt 1985. NRW ist also sicherer geworden – allerdings setzte dieser Trend schon unter Rot-Grün ein und wurde dann unter Schwarz-Gelb fortgeführt.

Besonders bei Wohnungseinbrüchen kann Reul auf Erfolge verweisen. Im Vergleich zum Jahr 2020 sanken die Fallzahlen um 25 Prozent. Allerdings: In die Karten spielte Reul bei dieser Statistik auch, dass viele Menschen während der Corona-Zeit im Home-Office waren. Das Risiko für Einbrecher war also deutlich höher. Auch bundesweit lässt sich dieses Phänomen beobachten, nicht nur an Rhein und Ruhr.

Auch bei der Bekämpfung von Straßenkriminalität (niedrigster Stand seit 1990) und Raub (10-Jahres-Tief) meldet das Innenministerium deutliche Fortschritte.

Ein erfolgreicher Innenminister? CDU-Politiker Herbert Reul.
Foto: picture alliance/dpa | Henning Kaiser

Anders sieht es dagegen bei Cybercrime aus. Bei der Computerkriminalität gab es einen Anstieg um 24 Prozent. „Die Kriminalitätsverschiebung in den digitalen Raum – verstärkt durch die Pandemie – wird auch nach der Pandemie nicht zu stoppen sein“, prognostiziert Reul. Jedoch seien 500 neue Stellen geschaffen worden, um unter anderem Kinderpornografie im Netz besser verfolgen zu können.

Die erfassten Fälle von Kinderpornografie verzehnfachten sich seit 2017 fast, was jedoch vor allem daran liegt, dass nun weitaus mehr Delikte aufgedeckt werden. „Dieser Zuwachs ist ungeheuer erschreckend. Jedoch ist es nicht so, dass es mehr Pädophilie geben würde, vielmehr unternimmt die Polizei mehr“, erklärt Reul die Zahlen.

Mehr zu Herbert Reul:

- Der 69-jährige CDU-Politiker ist seit 2017 NRW-Innenminister.
- Vor seiner politischen Karriere war er bis 1985 Studienrat an einem Gymnasiuen in Wermelskirchen.
- Von 1991 bis 2003 war der Generalsekretär der NRW-CDU.
- Nach vielen Jahren im NRW-Landtag ließ er sich zwischen 2004 bis 2017 ins Europaparlament wählen.
- Reul ist verheiratet und hat drei erwachsene Töchter.
- **Razzien gegen Clans: Nur PR-Show von Reul oder wirklich effektiv?**
- Ganz besonders viele Ressourcen wurden von Herbert Reul auf die Bekämpfung der Clankriminalität gelenkt. Der Minister war bei nächtlichen Razzien immer wieder vor Ort. Doch wie viel PR steckte dahinter? Die Wochenzeitung „Die Zeit“ kritisierte jüngst das

dürftige Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg dieser „Politik der 1000 Nadelstiche“. Oft werde nur wenig gefunden bei den Razzien, juristische Verfolgungen versanden, so der Vorwurf. „Die Kripo ersäuft in Arbeit, während sich der Minister bei Razzien inszeniert“, meinte Sebastian Fiedler in dem „Zeit“-Artikel. Fiedler war früher Chef der Kripo-Gewerkschaft, heute sitzt er für die SPD im Bundestag.

- Mitten im NRW-Wahlkampf gestehen SPD und Grünen Reul natürlich wenige Erfolge zu. Hartmut Ganzke, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag, sieht es ähnlich kritisch wie sein Genosse Fiedler: „Auf kurzfristigen Beifall ausgerichtete Aktionen dienen der langfristigen Kriminalitätsbekämpfung kaum. Organisierte Kriminalität muss von der Ursache an wirksam und strategisch angegangen werden. NRW muss endlich die Hintermänner von Clans in den Blick nehmen und der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudrehen“, erklärt Ganzke gegenüber DerWesten.

Die Opposition kritisiert die Bilanz von Herbert Reul im Wahlkampf deutlich.
Foto: picture alliance / SvenSimon | Malte Ossowski/SVEN SIMON

Auch Verena Schäffer, Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Innenpolitik bei den Grünen, sieht die Razzien kritisch: „Die Linie der Landesregierung zur Bekämpfung der sogenannten Clankriminalität ist hoch fragwürdig. Mit großen medial inszenierten Razzien sorgt Herbert Reul zwar für Schlagzeilen, aber seine Lagebilder ergeben kein seriöses Bild über das Phänomen. Zudem liefert er keine Zahlen über Anklagen und Verurteilungen, was aber tatsächlich Aufschluss über mögliche Erfolge geben würde“, so die Grüne auf Anfrage unserer Redaktion.

Libanesische und arabisch stämmige Personen würden von Reul unter Generalverdacht gestellt, statt „seriös und ohne Inszenierung“ vorzugehen.

SPD und Grüne gehen hart mit Reul ins Gericht: „Mehr Schein als Sein“

SPD-Politiker Ganzke kritisiert zudem die niedrige Aufklärungsquote von 53,6 Prozent bei Straftaten. Sie sei die „schlechteste aller Flächenländer in Deutschland“. Und dann spricht er noch ein Problem an: „Besonders die Geldautomaten-Sprengungen bekommt die Landesregierung nicht in den Griff. Alleine in den ersten zwei Monaten diesen Jahres gab es 42 Anschläge.“ Diese Anschläge seien schwerste Kriminalität, die Reul bislang einfach laufen lasse. Kurz vor der Wahl hat Reul jetzt jedoch eine fünfköpfige Sonderkommission für Geldautomaten-Sprengungen ins Leben gerufen.

Schäffer nennt weitere Baustellen von Herbert Reul. So sei in NRW die Abbrecherquote in der Polizei-Ausbildung auf 20 Prozent angestiegen. Für die Grüne ein Beleg, dass die Erfolgsbilanz von Reul „in vielen Bereichen mehr Schein als Sein“ ist. Die Kripo habe der Minister auch hängen lassen, Konzepte zur Stärkung der Kriminalpolizei habe er „schmerzlich vermissen lassen“.

„RP online“ vom 06.05.2022 (kostenpflichtiger Artikel) – „Konsequenzen aus Duisburger Schießerei – Das schwierige Aufbäumen gegen die Clans“:

https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/schiesserei-in-duisburg-das-schwierige-aufbaeumen-gegen-die-clans_aid-69183219

Analyse Duisburg

Nach der Schießerei in Duisburg mit 100 Beteiligten aus dem Clan- und Rockermilieu steht die Strategie der Polizei in der Kritik. Experten empfehlen den sinnvollen Einsatz von Ressourcen und durch präventive Maßnahmen früh auf Familienstrukturen einzuwirken.

Von Jörg Isringhaus

Wenn 100 Menschen aus dem Clan- und Rockermilieu um sich schießend durch eine Innenstadt rennen, bestärkt das den Eindruck, dass der Rechtsstaat im Kampf gegen kriminelle Banden verloren hat. Von dem Vorfall in Duisburg-Hamborn, bei dem am Mittwochabend vier Personen verletzt wurden, geht eine fatale Botschaft aus: Die Täter signalisieren, dass sie weder den Polizeiapparat noch mögliche Repressionen fürchten. Dass das ihr Revier ist, in dem sie schalten und walten können, wie es ihnen gefällt.

Aus Sicht von Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW, muss deshalb seitens der Ordnungsbehörden massiv gegengesteuert werden. „Die Schießerei in Duisburg ist ein Alarmzeichen“, sagt Rettinghaus. „Wir haben zwar viel gemacht, aber das reicht noch lange nicht aus.“ Doch wo gilt es anzusetzen? Und gibt es überhaupt eine reelle Chance, im Kräftemessen mit den Clans als Sieger hervorzugehen?

Gegen die Organisierte Kriminalität zu gewinnen, werde nie gelingen, dämpft Mathias Rohe überzogene Erwartungen. Der Rechts- und Islamwissenschaftler hat vor kurzem eine Studie zur Paralleljustiz in NRW vorgestellt und kennt das Milieu daher sehr genau. Nur weil man nicht gewinnen könne, dürfe man aber nicht aufgeben. „Man kann die Organisierte Kriminalität zwar nicht ausschalten“, sagt Rohe, „doch man kann und muss versuchen, sie einzudämmen.“ Kurzfristig seien dabei keine Erfolge zu erzielen und solche Vorfälle wie in Duisburg nur schwer zu verhindern. Langfristig gehe es für Polizei und Justiz darum, im öffentlichen Raum Präsenz zu zeigen, den Kriminellen das Geschäft zu verleiden, Gewinne abzuschöpfen, Vermögen zu

beschlagnahmen. Das sei schmerzhaft und bringe Erfolge. „Es darf nie der Eindruck für die Banden entstehen, sie hätten die Herrschaft über das Terrain.“ Dafür braucht es allerdings Ressourcen, vor allem personelle. Gerade bei Clan-Fällen müsse gründlich und schnell ermittelt werden, sagt Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Das gehe aber nur mit geschultem Personal, und das fehle. Auch Rohe hält eine gute personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden für notwendig. „Diese Ressourcen müssen aber auch effektiv eingesetzt werden. Ich habe meine Zweifel, ob es sinnvoll ist, zum siebten Mal irgendeine Shisha-Bar zu durchsuchen und unversteuerten Tabak zu entdecken, um das anschließend medienwirksam zu verkaufen“, sagt Rohe. Wichtiger sei es, in die Strukturen einzudringen. Beamte einzuschleusen, gelinge nicht, weil die Clans nur Familienmitgliedern vertrauen. Allerdings gebe es innerhalb der Großfamilien nicht nur Kriminelle, sondern auch anständige Menschen. Die müsse man gewinnen. Einfach ist das allerdings nicht.

Dennoch wirbt der Islamwissenschaftler für Prävention. Es gelte die Loyalität der Familien untereinander aufzubrechen, ihnen den Weg in ein bürgerliches Leben zu zeigen. Unklar etwa sei die Rolle der Frauen, über die man vielleicht einen Hebel ansetzen könnte. „Man muss über die gutwilligen Teile der Familie versuchen, einen Zugang zu finden“, sagt Rohe. „Die meisten Eltern wollen ihre Kinder nicht im Gefängnis sehen.“ Auch Projekte in Bildungseinrichtungen könnten helfen. Viele Familienmitglieder seien allerdings überhaupt nicht erreichbar für Hilfsangebote. Wie stark die Loyalität untereinander ist, und was passiert, wenn diese in Frage gestellt wird, zeigt der Duisburger Fall: Aus Polizeikreisen verlautet, dass der Hintergrund der Schießerei darauf zurückzuführen ist, dass ein Clan-Mitglied aussteigen wollte und von der anderen Seite Verrat gewittert wurde.

Neben der Prävention plädiert Rohe dafür, die Arbeit der Sicherheitsbehörden auf Landes- und Bundesebene besser zu vernetzen. **Das ist auch für Polizei-Gewerkschafter Rettinghaus ein zentrales Anliegen. So gelte es zum Beispiel, die polizeilichen Datenbanken der Bundesländer zusammenzuführen, einheitliche Datenverarbeitungssysteme auf den Weg zu bringen, um den Austausch zu erleichtern. Da bestehe Verbesserungsbedarf. Wichtig sei auch eine längere Speicherung von Vorratsdaten sowie ein erleichterter Zugriff auf diese Angaben. Rettinghaus ist davon überzeugt, dass die Bürger nichts dagegen hätten, wenn Grundrechte zugunsten einer effektiveren Strafverfolgung temporär eingeschränkt würden. „Die Menschen wollen sicher leben, denen ist das egal, wenn sie vorübergehend auf Video aufgenommen werden“, sagt Rettinghaus.**

Info

Festgenommene wieder auf freiem Fuß

Vorfall *Der Konflikt am Mittwochabend soll sich laut Polizei zwischen der Rockergruppe Hells Angels und einem türkisch-arabischen Clan abgespielt haben. Vier Personen wurden verletzt, mindestens 19 Schüsse abgegeben. 15 Personen nahm die Polizei vorübergehend in Gewahrsam, sie wurden nach erkennungsdienstlicher Behandlung wieder entlassen.*

Clans *Das Landeskriminalamt listete im vergangenen Jahr 113 kriminelle Clans in NRW. Sie operieren vor allem in Essen, außerdem in Recklinghausen, Gelsenkirchen, Duisburg und Bochum. Von insgesamt 90 im Jahr 2021 erfassten Ermittlungsverfahren im Bereich der Drogenkriminalität waren in 18 Verfahren türkisch- oder arabischstämmige Clanfamilien involviert.*

Straftaten *Die Zahl der Straftaten von kriminellen Clanangehörigen sank laut LKA im Jahr 2021 auf 5462 – ein Jahr zuvor waren es noch 5778 gewesen. Das entspricht einem Minus von 5,8 Prozent.*

Der Gewerkschafter bringt auch den Verfassungsschutz im Kampf gegen die Clans ins Spiel. Zwar habe dieser weder eine Zugriffspflicht noch ein Zugriffsrecht im polizeirechtlichen Sinne. Weil es den Polizeibehörden aber nur bedingt möglich sei, eine Struktur der organisierten Kriminalität dauerhaft zu beobachten, könnte dies der Verfassungsschutz übernehmen und tiefer in die Strukturen eindringen. In einigen anderen Bundesländern, etwa Bayern, würde diese Zuständigkeit des Verfassungsschutzes bereits existieren. „Würden Gesetze dahingehend angepasst“, sagt Rettinghaus, „könnte die Polizei effektiver arbeiten.“

Islamwissenschaftler Rohe hält die Prävention aber für noch wichtiger. Bei vielen Clan-Mitgliedern handele es sich um Menschen, die auch in ihrer Heimat wenig hatten außer ihrer Familie, und die nun auch in Deutschland zu den Außenseitern gehören. Ihnen und ihren Kindern einen gesellschaftlichen Zugang zu ermöglichen, zu Arbeit und Bildung, könnte sie davon abhalten, auf die schiefe Bahn zu geraten. Die Kalkulation lautet: Wer sich von der Gesellschaft respektiert fühlt, respektiert auch ihre Gesetze.

„RP online“ vom 11.05.2022 – „Nach Schießerei in Duisburg – NRW-Polizei will gefährliche Plätze mit mobilen Kameras überwachen“: https://rp-online.de/nrw/landespolitik/nrw-mehr-kriminalitaetsschwerpunkte-sollen-videoueberwacht-werden_aid-69405407

Von: Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Düsseldorf · Die NRW-Polizei wird Kriminalitätsschwerpunkte zeitweise mit mobilen Anlagen beobachten. Zehn solcher Geräte sind bereits bestellt worden. Eines ist nach der Schießerei in Duisburg jetzt dort im Einsatz.

Ein Polizist überwacht an Monitoren die Bilder von Überwachungskameras. (Archivbild) Foto: dpa/Roland Weihrauch

Nach der Schießerei mit Rockern und Clans im Duisburger Norden setzt das Land künftig auf mobile Videoüberwachung neuralgischer Plätze. ,,Die Schießerei in Duisburg wurde auf zahllosen Handys festgehalten", sagte Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion. ,,Diese Videos helfen uns jetzt bei den Ermittlungen, aber: Die Polizei kann und darf sich nicht auf zufällige Amateur-Aufnahmen verlassen. Deshalb werden wir die mobile Videobeobachtung um zehn Anlagen verstärken - nicht nur um eigenes Beweismaterial zu haben, sondern auch um schnell einzugreifen und Gewalttaten zu verhindern."

Das Innenministerium hat bereits zehn mobile Beobachtungsanlagen bestellt; sie sollen im dritten Quartal dieses Jahres geliefert werden. Städte mit neuralgischen Punkten können sich demnach melden und eine solche Überwachungsanlage anfordern.

Voraussetzung: An dem Ort müssen wiederholt Straftaten begangen worden sein, oder es besteht der Grund zur Annahme, dass dort Straftaten von erheblicher Bedeutung wie Mord, Totschlag, Waffen- oder Drogenhandel verabredet, vorbereitet oder begangen werden.

Die erste mobile Anlage, die sich im Bestand befand, hat die Duisburger Polizei bereits am Hamborner Altmarkt nach der Schießerei in Betrieb genommen - zunächst für vier Wochen. ,,Der Marktplatz war quasi das Wohnzimmer der Rocker, und genau da steht jetzt eine mobile Videobeobachtung. So ist es uns gelungen, die Situation schnell zu beruhigen - eine Lösung, über die wir künftig sicher häufiger nachdenken werden", sagte Reul. Bei der Schießerei wurden vier Personen verletzt. 15 Personen nahm die Polizei vorübergehend in Gewahrsam.

Die rechtliche Grundlage für die Datenerhebung durch den Einsatz solcher Videobeobachtungsanlagen ergibt sich nach Angaben der Sicherheitsbehörden aus dem nordrhein-westfälischen Polizeigesetz. Private Wohnbereiche werden demnach ausgeblendet und sind somit vor Beobachtung geschützt.

Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, hält anlassbezogene Videoüberwachung an betroffenen Plätzen für ein wirksames Mittel - wenn Polizisten an Monitoren sitzen. ,,Durch die Beobachtung können Polizeibeamte schnell zu Hilfe kommen und möglichst Schlimmeres verhindern", so Lürbke. Im Gegensatz dazu führe ein Ausbau flächendeckender Videoüberwachung ohne Live-Beobachtung durch Polizisten eher zu einer Scheinsicherheit. ,,Wenn niemand kommt, um zu helfen, bringt das den Opfern erst einmal wenig", so der FDP-Innenexperte.

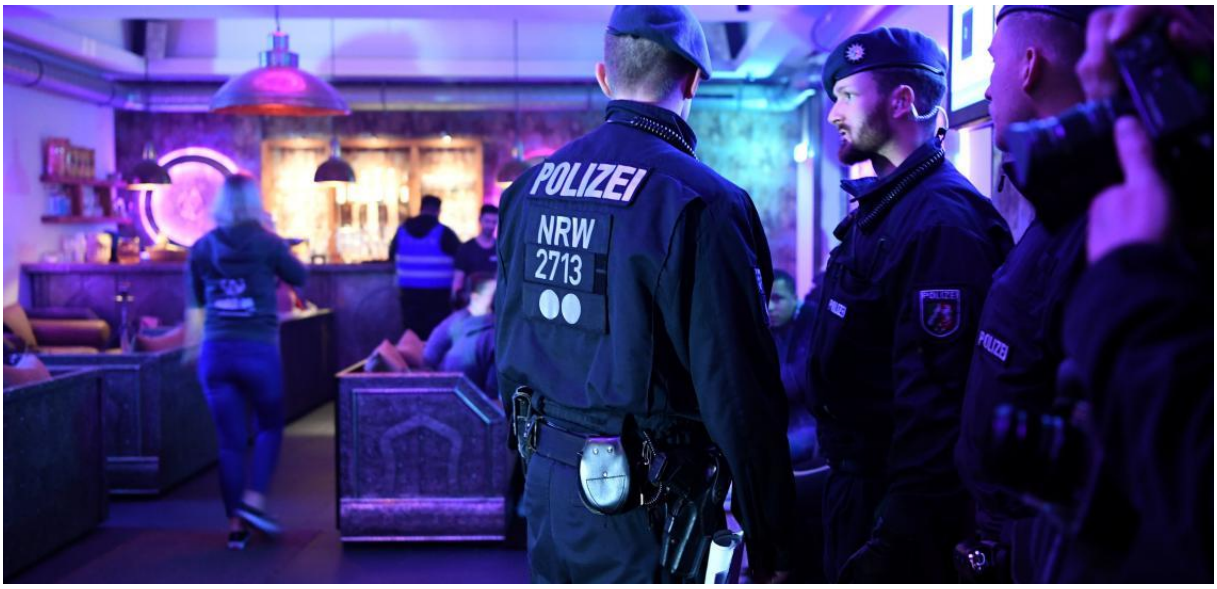
Verena Schäffer, Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, sagte: ,,Die Schießerei in Duisburg-Hamborn macht in erschreckender Weise deutlich, welche massive Gewalt die organisierte Kriminalität in Nordrhein-Westfalen annehmen kann." Videobeobachtung könne dazu beitragen, Kriminalitätsschwerpunkte zu entschärfen. Auch Schäffer betonte: ,,Voraussetzung dafür ist, dass die Polizei die Videoaufzeichnung live verfolgt und bei einer Gefahrenlage schnell vor Ort ist." Wichtig sei die Einbindung der Videobeobachtung in ein Gesamtkonzept mit einer erhöhten Polizeipräsenz vor Ort, wie es jetzt in Duisburg geplant sei.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, begrüßte den Schritt. ,,Im öffentlichen Raum kommt es immer wieder zu Straftaten. Das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung führt dazu, dass bestimmte öffentliche Plätze von vielen gemieden werden. Videoüberwachung trägt dazu bei, dass es dazu nicht kommt", sagte Rettinghaus. Auch die Gewerkschaft der Polizei hatte sich nach der Schießerei für eine Ausweitung der mobilen Videoüberwachung ausgesprochen.

Stationäre Videobeobachtung gibt es in NRW bereits an einigen Orten: etwa in Köln, wo sie seit 2016 unter anderem entlang der Ringe eingesetzt wird. Mobile Videobeobachtungsanlagen sind nach Angaben des Innenministeriums eine Ergänzung zu stationären Systemen, da sie auch etwa bei Volksfesten und Veranstaltungen eingesetzt werden können. Zudem könnten sie flexibel an Örtlichkeiten verwendet werden, bei denen aufgrund baulicher Gegebenheiten der Einsatz stationärer Anlagen nicht möglich sei.

„Welt online“ vom: 31.05.2022 – „Kampf gegen Clans? Keine Spur mehr von der „Null Toleranz“-Strategie der CDU“: https://www.welt.de/politik/deutschland/article239106995/Schwarz-Gruen-in-NRW-Kampf-gegen-Clans-Keine-Spur-mehr-von-der-Null-Toleranz-Strategie-der-CDU.html

Von Kristian Frigelj (Korrespondent)



Razzia gegen Clan-Kriminelle in Essen Quelle: pa/dpa/Ina Fassbender

Im schwarz-grünen Sondierungspapier über eine künftige NRW-Regierung wird der Kampf gegen Clan-Kriminalität ausgespart – obwohl er im CDU-Wahlkampf ein Schwerpunkt war. Polizeigewerkschafter und der Innenexperte Wolfgang Bosbach sind beunruhigt.

CDU und Grüne in Nordrhein-Westfalen haben sich am Dienstag zum ersten Koalitionsgespräch in Düsseldorf getroffen. Grundlage für die Unterhändler um die Landesparteichefs Hendrik Wüst (CDU) und Mona Neubaur (Grüne) ist ein gemeinsames Sondierungspapier.

Interessant ist dabei auch, was auf den zwölf Seiten nicht steht – vor allem bei der inneren Sicherheit. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hatte ab 2017 in der schwarz-gelben Koalition eine „Null Toleranz“-Strategie und den Einsatz gegen Clan-Kriminalität als Schwerpunkt geprägt. So stand es auch im CDU-Landtagswahlprogramm.

Zwei Wochen nach dem CDU-Wahlsieg ist im Sondierungspapier davon nichts mehr zu finden. Als „kriminalstrategischer Schwerpunkt“ wird die Bekämpfung von Kindesmissbrauch genannt. Weiter heißt es, der Rechtsextremismus sei „derzeit die größte Gefahr für unsere Demokratie“. Dagegen werde man „konsequent vorgehen“ und Hate Speech und Verschwörungsmythen „in den Blick nehmen“. Organisierte Kriminalität und Cybercrime wolle man „konsequent bekämpfen“. Ein unabhängiger

Polizeibeauftragter im Landtag soll Ansprechpartner für Bürger bei Konflikten sein. 15.000 „Polizeikräfte“ sollen bis Mitte 2027 eingestellt werden.

In Sicherheitskreisen wird angesichts dieser schwarz-grünen Pläne vor einem Nachlassen im bisherigen Vorgehen gewarnt.

Was Polizeigewerkschafter und Bosbach sagen

„Die CDU hat den Landtagswahlkampf vor allem mit dem Thema innere Sicherheit erfolgreich gestaltet. Die Menschen und die Polizei im Land erwarten jetzt, dass die Politik der vergangenen fünf Jahre verstetigt wird“, sagte Michael Mertens, NRW-Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), auf WELT-Anfrage.

Das „veränderte Wording“ möge ein „Entgegenkommen an die Grünen“ sein, „aber das wird nichts ändern an der Kriminalitätsbekämpfung“, so Mertens. Ob die Bekämpfung der Clan-Kriminalität rhetorisch hervorgehoben werde oder als ein Unterpunkt der organisierten Kriminalität behandelt werde – „es bleibt ein Schwerpunkt“.

Im Sondierungspapier stehe nicht viel zur inneren Sicherheit, deshalb sei er „gespannt auf das Kleingedruckte in den Koalitionsverhandlungen“. Die GdP hält den geplanten Polizeibeauftragten für „entbehrlich“, da es für Streitfälle einen Petitionsausschuss im Landtag gebe. Zudem fordert die Gewerkschaft die Rücknahme der 41-Stunden-Woche und Rückkehr zu geringerer Stundenzahl.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist ebenfalls alarmiert. „Es darf bei der Bekämpfung der Clan-Kriminalität kein Zurückweichen geben. Sonst wirft uns das um Jahre zurück“, erklärte DPolG-Landeschef Erich Rettinghaus. Dann verlören die Polizisten vor Ort „sofort den Respekt, den sie in den vergangenen Jahren mühsam erlangt haben“. Die Gewerkschaft fordert mehr Videoüberwachung, Elektroschockpistolen und Bodycams. Den vorgesehenen externen Polizeibeauftragten sieht man als „reines Politikum grüner Politik“.

Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach hat für die schwarz-gelbe Vorgängerregierung eine Sicherheitskommission geleitet und mahnt zur Wachsamkeit: „Die Sondierungsrunde war zwar kurz und erfolgreich, aber meine Erfahrung sagt mir: Der Teufel steckt im Detail. Konkrete Absprachen sind schwieriger als Überschriften.“ Die CDU werde „Kompromisse zulasten der inneren Sicherheit nicht mittragen“. Bosbach ist überzeugt, dass „Herbert Reul seine Arbeit als Innenminister fortsetzt“.

Ein innenpolitischer Grundsatzkonflikt wird die Koalitionsgespräche begleiten: Die CDU setzt sich für mehr Befugnisse der Sicherheitsbehörden ein, die Grünen wollen sie beschränken.

„NW-Nachrichten online“ vom 01.06.2022 – „Kinder vergewaltigt – Neuer Missbrauchskomplex schockt Deutschland: Wieso trifft es so oft NRW?“: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23276104_Neuer-Missbrauchskomplex-schockt-Deutschland-Wieso-trifft-es-so-oft-NRW.html

Von: Lukas Brekenkamp

Innerhalb weniger Jahre werden vier Fälle aufgedeckt. Warum ausgerechnet hier? Ermittler und NRW-Innenminister Herbert Reul erklären, woran das liegt.

Lügde, Münster, Bergisch Gladbach - und nun schockiert ein weiterer Missbrauchskomplex NRW und ganz Deutschland. Der Hauptverdächtige aus Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) soll als Babysitter Kleinkinder vergewaltigt haben und Aufnahmen mit dutzenden weiteren Pädophilen getauscht haben. In NRW wird so viel ermittelt, wie in kaum einem anderen Bundesland - und das führt zu Erfolgen.

"Mit Lügde, Münster und Bergisch Gladbach haben wir große Ringe ausgehoben mit einem riesigen Täterkreis. Diese konzentrierten sich auf NRW, aber auch auf andere Teile des Landes", sagt Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. "Wir haben sehr viel im Bereich des Kindesmissbrauchs ermittelt - und so kommt ein Beschuldigter nach dem nächsten." So seien durch die Auswertungen der Unmengen an Daten immer weitere Täter hinzugekommen. "Mit jedem Rechner, den wir auswerten, kommen wir weiteren Verdächtigen auf die Spur", sagt Rettinghaus weiter.

Oliver Huth, NRW-Vorsitzender beim Bund Deutscher Kriminalermittler, ergänzt: "Generell wird in NRW in dem Bereich mehr ermittelt." Bei Kinderpornografie handele es sich zu großen Teilen um sogenannte "Kontrollkriminalität": "Je mehr Leute in solchen Feldern arbeiten, desto mehr Ergebnisse bekommt man", sagt Huth weiter.

So wurde das Personal in diesem Bereich verfünffacht, von etwa 100 auf 500, nennt ein Sprecher des NRW-Innenministeriums Beispiele. Millionen seien in die IT investiert worden. Der Austausch zwischen den Behörden sei zudem intensiviert und verbessert, die Ermittlungen in größeren Polizeibehörden zentriert worden. Im Innenministerium sei zudem eine Abteilung geschaffen worden, die sich ausschließlich mit dem Feld befasse und an Verbesserungen arbeite.

Spur nach OWL?

Die aktuellen Ermittlungen führen derweil offenbar auch nach Ostwestfalen-Lippe: Wie diese Redaktion aus gut informierten Kreisen erfuhr, befinden sich unter den bundesweit mehr als 70 Verdächtigen - davon 26 aus NRW - auch eine einstellige Zahl an mutmaßlich Pädophilen aus der Region. Weitere Details dazu oder eine offizielle Bestätigung blieben vorerst aus. Ermittelt wird im Rahmen der "Besondere Aufbauorganisation Liste" (BAO-Liste).

"Hinter der BAO-Liste verbirgt sich ein Grauen, das in ganz Deutschland sitzt. Die 73 Tatverdächtigen kommen aus 14 Bundesländern und aus Österreich", berichtet NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) gegenüber nw.de. "Das zeigt: Menschen, die Babys und Kinder vergewaltigen, quälen und leiden lassen, leben überall." Die Polizei in NRW packe dieses Problem schon seit einiger Zeit an und habe erheblich in Personal und Technik investiert. "Diese Kraftanstrengungen zahlen sich aus: Heute ist die NRW-Polizei im Kampf gegen Kindesmissbrauch besser, kompetenter und technisch versierter unterwegs – und das führt uns immer wieder zum Erfolg", so Reul weiter.

Zahlen steigen enorm

Derweil hält Reul nach dem neu aufgedeckten Missbrauchskomplex Änderungen beim Datenschutz für geboten. Der Staat solle zwar nicht in den Daten von Bürgern "herumwühlen", sagte Reul. Es dürfe aber bei Hinweisen auf den Missbrauch von Kindern nicht sein, "dass Ermittler nur bis zur IP-Adresse kommen". Politische Akteure müssten zu einer "intelligenten Lösung" kommen. Reul forderte beim Thema Datenschutz einen "Kompromiss", um den Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt zu verbessern und Täter schnell zu fassen.

Insgesamt steigen die Fallzahlen von Kinderpornografie sowie sexuellen Missbrauchs von Kindern seit Jahren immer weiter an. Alleine 2021 registrierte die Polizei in NRW mehr als 11.000 Fälle, bei denen Kinderpornos verbreitet wurden. Im Vorjahr lag die Zahl bei mehr als 4.000 Fällen. Die Aufklärungsquote lag bei etwa 90 Prozent. Im Bereich des Kindesmissbrauchs stieg die Zahl 2021 von etwa 3.500 im Jahr 2020 auf mehr als 4.100. In den Jahren zuvor hatte die Polizei im Schnitt konstant mehr als 80 Prozent der Fälle aufgelöst.

„NW-Nachrichten online“ vom 26.06.2022 – „Klimaprotest – Störaktion in OWL: Letzte Generation besorgt Sicherheitsbehörden“: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23294289_Stoeraktion-in-OWL-Letzte-Generation-besorgt-Sicherheitsbehoerden.html

Wie radikal darf Klimaprotest sein? Aktuell sorgt eine Gruppe für Diskussionen. Immerhin können die Mitglieder mit ihren Aktionen durchaus für Gefahr sorgen. Was steckt hinter dem "Aufstand der letzten Generation"?

Von: Lukas Brekenkamp
|

Bielefeld. Aktivisten der Klima-Gruppe "Aufstand der letzten Generation" rufen zu zivilem Ungehorsam auf. Um für deutlich mehr Klimaschutz zu protestieren, greifen sie zu extremen Maßnahmen und kleben sich in deutschen Großstädten auf die Straße. Harmloser Protest für wichtige Ziele - oder steckt eine Gefahr dahinter?

"Rettungswagen mit Schlaganfall-Patient wegen Klima-Klebern im Stau", titelt die Berliner Boulevard-Zeitung "BZ" vor wenigen Tage. Wieder einmal hatten sich am Dienstag mehrere Anhänger der Gruppe auf eine viel befahrene Straße in der Hauptstadt geklebt. Gefundenes Fressen für Gegner der Bewegung - immerhin hatte es in der Vergangenheit schon mindestens einen ähnlichen Vorfall gegeben. Ob die Aktivisten für die Rettungsfahrzeuge Platz gemacht haben? Aus der Hauptstadt kommen widersprüchliche Antworten. Generell ist zu beobachten, dass die meisten Aktionen von der "Letzten Generation" in Berlin oder beispielsweise Frankfurt stattfinden, doch auch zum Beispiel in Hamburg oder Niedersachsen gab es bereits Proteste.

Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, warnt: "Bei solchen Protestformen werden Menschenleben gefährdet. Da geht das Maß über den friedlichen Protest hinaus." Doch auch die Aktivisten selbst bringen sich in große Gefahr, warnt er. "Die Sicherheitsbehörden müssen da genau hingucken."

Friedlicher ging es dagegen bei einer Protestaktion in OWL zu. Eine 19-Jährige lief während einer Tennis-Halbfinal-Partie der Terra-Wortmann-Open in Halle (Kreis Gütersloh) plötzlich auf den Rasen der OWL-Arena und wollte sich offenbar mit Kabelbindern am Netz fixieren. Auf einem T-Shirt stand "Noch 3 Jahre", womit sie auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes hinweist. In einer später veröffentlichten Videobotschaft rechtfertigt sie diesen Protest.

Ausgründung von "Extinction Rebellion"

Sie hatte bereits zuvor an Aktionen der Gruppe teilgenommen. Zum Beispiel an einem Hungerstreik im vergangenen Jahr, durch den sich die Aktivisten ein Gespräch mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) erhofft hatten. Aus den Klimaaktivisten, die im Berliner Regierungsviertel kampiert hatten, rekrutierte sich schließlich die "Letzte

Generation". Erste offizielle Aktionen erfolgten zum Jahreswechsel, seitdem gibt es regelmäßig neue Blockaden. Die Aktivisten, offenbar mehrere Dutzend Personen, sind laut eigenen Angaben zwischen 19 und 73. Nachrichtendienste sehen die "Letzte Generation" als eine Ausgründung der Klimagruppe "Extinction Rebellion", die ebenfalls durch "zivilen Ungehorsam" aufgefallen ist.

Ziviler Ungehorsam - ganz harmlos also? Zumindest Sicherheitsbehörden zeigen sich besorgt. Zwar betont die "Letzte Generation" immer wieder, den friedlichen Protest des zivilen Ungehorsams zu verfolgen. Gewalt gegen Menschen oder Polizisten seien bisher nicht registriert worden, heißt es. Allerdings handelt es sich bei nahezu allen Protestaktionen laut Sicherheitsbehörden faktisch um Straftaten.

Zudem scheint die sogenannte "kritische Infrastruktur" im Fokus der Mitglieder. Zuletzt versuchten Aktivisten, teils sogar erfolgreich, Pipelines in verschiedenen Bundesländern abzudrehen - unter anderem war das in NRW der Fall. Zuletzt gab es Berichte, nach denen die Aktivisten auch Flughäfen ins Visier genommen haben.

"Entwicklung intensiv im Blick behalten"

Geht das schon zu weit? Erste Forderungen, das Bundesamt für Verfassungsschutz müsse bei der "Letzten Generation" genau hinschauen, gibt es bereits. Doch bei dem Nachrichtendienst steht die Gruppe offenbar noch nicht unter Beobachtung. Eine Sprecherin betonte, dass man sich nicht zu Gruppen äußere, die nicht im jährlichen Verfassungsschutzbericht auftauchen. Hier sucht man nach der "Letzten Generation" vergebens. Doch es ist zu erfahren, dass der Verfassungsschutz die Entwicklungen und Aktionen im Blick behalten wird. Möglich, dass das Bundesamt aber schon bald eine Entscheidung treffen muss.

Das Landesamt für Verfassungsschutz in NRW betont zudem: "Die Sicherheitsbehörden werden die Entwicklung intensiv im Blick behalten und fortlaufend prüfen, ob eine extremistische Einflussnahme festzustellen ist."

„Neue Westfälische online“ vom: 22.07.2022 – „Millionenschaden durch Corona-Testbetrug in NRW“: https://www.guetsel.de/content/47370/2022-07-22-09-53-24-neue-westfaelische-bielefeld-millionenschaden-durch-corona-testbetrug-in-nrw.html

In NRW haben Kriminelle durch Betrügereien mit Corona Testzentren einen Schaden von mehr als 26 Millionen Euro verursacht. Darüber berichtet die in Bielefeld erscheinende, sogenannte Neue Westfälische in der Freitagsausgabe, 22. Juli 2022, mit Bezug auf Angaben des Landeskriminalamtes. Demnach haben die Ermittler bisher 48 entsprechende Straftaten erfasst, die in einer Sonderauswertung gesammelt werden. Ein Großteil des entstandenen Schadens geht auf die Betrügereien des Bochumer Unternehmens Medican zurück.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft in NRW geht von einem deutlich höheren Gesamtschaden im Bundesland aus: »Es wird mit Sicherheit eine enorme Dunkelziffer geben, der Schaden wird weitaus höher sein«, sagt NRW Vorsitzender Erich Rettinghaus. Außerdem müsse man davon ausgehen, dass auch Gruppen aus der Organisierten Kriminalität mitmischen. »Durch den Betrug mit Testzentren gibt es viel Geld zu verdienen – das Risiko, erwischt zu werden, ist aktuell recht gering«, erklärt Rettinghaus.

Anmerkung der Redaktion

Vor einiger Zeit argumentierte doch die »Anwaltschaft« eines Täters, es läge keine »kriminelle Absicht« des Täters vor, denn man habe es ihm zu leicht gemacht, man habe den Betrug geradezu provoziert, insofern seien die Behörden praktisch selbst die Betrüger. Das ist einerseits originell und kreativ, andererseits zeitgemäß, und je nach Lesart womöglich noch nicht einmal so falsch, wie es auf den Ersten Blick erscheinen mag (ist es natürlich schon, zumindest wäre es eine Halbwahrheit, denn dann wären es jedenfalls beide).

„RP online“ vom: 22.07.2022 – Thema: „Polizei geht von hoher Dunkelziffer aus - Millionenschaden durch Corona-Testbetrug in NRW“ – Link: https://rp-online.de/nrw/panorama/bielefeld-millionenschaden-durch-corona-testbetrug-in-nrw_aid-73320199

Betrüger haben mit falschen Abrechnungen in Corona-Testzentren Schäden in Millionenhöhe verursacht (Symbolbild). Foto: dpa/Christian Charisius

Bielefeld **Einen Schaden von mehr als 26 Millionen Euro haben Kriminelle in NRW durch Betrug mit falschen Abrechnungen in Corona-Testzentren verursacht. Bisher wurden 48 entsprechende Straftaten erfasst, die Polizei rechnet aber mit einer deutlich höheren Dunkelziffer.**

In Nordrhein-Westfalen haben Kriminelle durch Betrug bei den Abrechnungen in Corona-Testzentren einen Schaden von mehr als 26 Millionen Euro verursacht. Die Ermittler haben bisher 48 entsprechende Straftaten erfasst, wie die in Bielefeld erscheinende „Neue Westfälische“ unter Bezug auf eine ihr vorliegende Sonderauswertung des Landeskriminalamtes berichtet. Ein Großteil des entstandenen Schadens geht demnach auf den Abrechnungsbetrug eines Bochumer Unternehmens zurück. Die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität in Bochum hatte im Mai 2021 die Ermittlungen aufgenommen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft in NRW geht von einem deutlich höheren Gesamtschaden im Bundesland aus. „Es wird mit Sicherheit eine enorme Dunkelziffer geben, der Schaden wird weitaus höher sein“, sagte der NRW-Vorsitzende Erich Rettinghaus der Zeitung. Außerdem müsse man davon ausgehen, dass auch Gruppen aus der Organisierten Kriminalität mitmischen. „Durch den

Betrug mit Testzentren gibt es viel Geld zu verdienen - das Risiko, erwischt zu werden, ist aktuell recht gering“, erklärt Rettinghaus.

Vor rund einem Jahr war durch eine Recherche von „Süddeutscher Zeitung“, NDR und WDR bekanntgeworden, dass seit Beginn der Pandemie viele Corona-Teststellen deutlich mehr Tests bei den Kassenärztlichen Vereinigungen abgerechnet hatten, als tatsächlich vorgenommen. Kontrollieren können die Behörden die Zahlen aus den Testzentren demnach noch nicht.

Der Geschäftsführer der Bochumer Firma „Medican“ war im Juni im Betrugsprozess vor dem Landgericht Bochum zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte zugegeben, knapp eine Million Corona-Tests abgerechnet zu haben, die nie durchgeführt wurden. Die Firma betrieb im Frühjahr 2021 mehr als 50 Corona-Testzentren, unter anderem in Bochum, Dortmund, Essen und Bottrop.

(toc/epd)

„Ruhrbarone“ (online) vom: 22.07.2022 – Thema: „Millionenschaden durch Corona-Testbetrug in NRW“ – Link: https://www.ruhrbarone.de/millionenschaden-durch-corona-testbetrug-in-nrw/211084/

Aufbringen der Probe auf das Testkit Foto: dronepicr – Safe Corona Rapid Test Diagnostic Lizenz: CC BY 2.0

In NRW haben Kriminelle durch Betrügereien mit Corona-Testzentren einen Schaden von mehr als 26 Millionen Euro verursacht. Darüber berichtet die in Bielefeld erscheinende Neue Westfälische (Freitagsausgabe) mit Bezug auf Angaben des Landeskriminalamtes. Demnach haben die Ermittler bisher 48 entsprechende Straftaten erfasst, die in einer Sonderauswertung gesammelt werden. Ein Großteil des entstandenen Schadens geht auf die Betrügereien des Bochumer Unternehmens Medican zurück.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft in NRW geht von einem deutlich höheren Gesamtschaden im Bundesland aus: „Es wird mit Sicherheit eine enorme Dunkelziffer geben, der Schaden wird weitaus höher sein“, sagt NRW-Vorsitzender Erich Rettinghaus. Außerdem müsse man davon ausgehen, dass auch Gruppen aus der Organisierten Kriminalität mitmischen. „Durch den Betrug mit Testzentren gibt es viel Geld zu verdienen – das Risiko, erwischt zu werden, ist aktuell recht gering“, erklärt Rettinghaus.

„RP online“ vom: 29.07.2022 – Thema: „Diskussion um 130 km/h – Polizeigewerkschaft spricht sich für Tempolimit auf Autobahnen aus“ – Link: https://rp-online.de/nrw/panorama/tempolimit-auf-autobahnen-nrw-polizeigewerkschaft-spricht-sich-dafuer-aus_aid-73750771

Diskussion um 130 km/h : Polizeigewerkschaft NRW spricht sich für Tempolimit auf Autobahnen aus

Die Debatte um ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen nimmt wieder Fahrt auf. *Foto: Patrick Seeger/dpa/Patrick Seeger*

Düsseldorf **Im Zuge der Energiekrise wird wieder lebhaft über ein Tempolimit auf den Autobahnen diskutiert. Der NRW-Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft hat eine klare Meinung dazu.**

Von Christian Schwerdtfeger

Chefreporter/Leiter Reporterteam

In die Diskussion um ein grundsätzliches Tempolimit von 130 km/h auf den Autobahnen schaltet sich nun auch die Deutsche Polizeigewerkschaft in NRW ein. „Ein generelles Tempolimit von 130 gehört an die vorderste Stelle von zu treffenden Maßnahmen, um die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Verkehrsteilnehmenden deutlich zu reduzieren und die Zahl der Schwerverletzten signifikant zu senken“, sagte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus unserer Redaktion, der sich klar für ein Tempolimit ausspricht. „Es ist an der Zeit, mit konsequenten Entscheidungen Menschenleben, Gesundheit und Umwelt zu schützen“, so Rettinghaus.

Über ein allgemeines Tempolimit wird schon seit Jahren immer wieder erbittert gestritten. Infolge des Ukraine-Kriegs ist es nun wieder in den Blick gerückt – als möglicher Beitrag zum Energiesparen. Auf Bundesebene sperrt sich in der Ampel-Koalition die FDP gegen eine solche Begrenzung, die sie schon in den Koalitionsverhandlungen abgelehnt hatte.

In der CDU zeigen sich viele Politiker offen gegenüber einem Tempolimit. CDU-Parteivize Andreas Jung hatte jüngst im Deutschlandfunk gesagt: „Ich persönlich wäre in dieser Situation auch offen für ein befristetes Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen. Aber dafür braucht es jetzt eine Initiative der Bundesregierung. Es braucht den Bundeskanzler.“ Er wäre bereit, in seiner Partei dafür zu werben. Auch die Umweltministerkonferenz stimmt für ein Tempolimit; Bayern und Nordrhein-Westfalen hätten aber dem Vernehmen nach in einer Protokollnotiz vermerkt, dass sie die Wirkung eines Tempolimits für begrenzt hielten und dieses „aus Gründen der Verhältnismäßigkeit“ nicht mittrügen. Das Votum wurde aber einstimmig auch mit den Stimmen dieser beiden Bundesländer gefasst.

Die Mehrheit der Deutschen scheint für ein Tempolimit zu sein. Im Frühjahr hatte eine Umfrage ergeben, dass nur knapp jeder vierte Einwohner in Deutschland ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen in der Bundesrepublik generell ablehnt. In der Erhebung im Auftrag des Fahrzeugportals Mobile.de sprachen sich 24 Prozent der Befragten gegen ein allgemeines Tempolimit aus. Dagegen könnten sich rund 69 Prozent für ein Tempolimit erwärmen – allerdings mit unterschiedlichen Vorstellungen über die Höhe der Begrenzung.

Ob ein Tempolimit tatsächlich zu weniger Unfällen führt, ist umstritten. Laut ADAC lassen sich auf Abschnitten ohne Geschwindigkeitsbeschränkung anteilig nicht mehr Unfälle feststellen als auf Strecken mit Tempolimits von 120 oder 130 km/h. Studien in anderen Staaten wie Schweden kommen hingegen zu einem anderen Ergebnis. „Wo überdurchschnittlich viele oder schwere Unfälle passieren, könne ein streckenbezogenes Tempolimit oder eine situationsgerechte Geschwindigkeitsregelung aber sinnvoll sein“, meinen die ADAC-Verkehrsexperten.

Aber auch ohne Tempolimit fahren 77 Prozent der Autofahrer auf Autobahnen in Nordrhein-Westfalen einer Studie zufolge langsamer als 130 Stundenkilometer. Nach einer Analyse des Institutes der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln aus dem vergangenen Jahr fahren weitere zwölf Prozent zwischen 130 und 140 Stundenkilometer. Gut neun Prozent sind mit einem Tempo zwischen 140 und 160 Stundenkilometer unterwegs, weniger als zwei Prozent fahren schneller als 160 Stundenkilometer. Die meisten Schnellfahrer sind in NRW demnach nachts unterwegs. Zwischen 22 Uhr und 4 Uhr fahren vier Prozent der Autofahrer mindestens 160 Stundenkilometer.

Rettinghaus sagt, dass es einfach wäre, das Gesetz anzupassen. Dafür müsste eine kleine Anpassung in der Straßenverkehrsordnung erfolgen. Der Paragraf mit der zulässigen Höchstgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften von 50 km/h könnte demnach um einen autobahnbezogenen Passus erweitert werden.

(mit dpa)

„NW Nachrichten“ (online) vom: 29.07.2022 – Thema: „Unfälle, Energie-Krise, Umwelt: NRW-Polizei will Tempo 130 auf Autobahnen“ – Link: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23318107_Unfaelle-Energie-Krise-Umwelt-NRW-Polizei-will-Tempo-130-auf-Autobahnen.html

Bisher können Autofahrer auf deutschen Autobahnen über weite Strecken ohne Tempolimit fahren. Doch es wird über eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern diskutiert. | © dpa

Debatte Unfälle, Energie-Krise, Umwelt: NRW-Polizei will Tempo 130 auf Autobahnen

Wegen der aktuellen Energie-Krise sollen die Deutschen sparen. Auch über Tempo 130 auf den Autobahnen wird debattiert. Dabei geht es der Deutschen Polizeigewerkschaft in einer Forderung auch um die Sicherheit.

Lukas Brekenkamp

Bielefeld. Längst wird in Deutschland wegen der Energie-Krise und der Verkehrssicherheit über ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf den deutschen Autobahnen diskutiert. Und nun schaltet sich auch die Polizei ein: Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) in NRW fordert eine Höchstgeschwindigkeit von Tempo 130 auf dem deutschen Autobahnnetz.

"Es ist an der Zeit, mit einer konsequenten Entscheidung hinsichtlich eines Tempolimits auf Autobahnen Menschenleben, Gesundheit und Umwelt zu schützen!", betont der NRW-Vorsitzende der Gewerkschaft, Erich Rettinghaus. Internationale Untersuchungen zur Wirkung eines Tempolimits zeigen, dass die Anzahl der Verkehrstoten dadurch deutlich reduziert werden könne, heißt es von der DPolG.

Rettinghaus betont: "Will Deutschland das im Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung 2021 bis 2030 selbst gesteckte Ziel erreichen, die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Verkehrsteilnehmenden in diesem Zeitraum um 40 Prozent zu reduzieren und die Zahl der Schwerverletzten signifikant zu senken, muss ein Bündel an Maßnahmen realisiert werden. Ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen gehört an vorderster Stelle dazu."

Doch auch wegen der Energie-Krise, die aktuell die Deutschen wegen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine ereilt, sei ein solches Tempolimit angebracht: Immerhin werde aktuell von der Politik immer wieder gemahnt, jeder Haushalt solle möglichst viel Energie sparen.

Viele Deutsche für Tempolimit

Bundesweit läuft die Debatte um ein Tempolimit, um in den aktuellen Krisenzeiten Energie zu sparen. Bisher sperrt sich im Bund vor allem die FDP gegen diese Maßnahme - bereits während der Koalitionsverhandlungen wurde eine Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen abgelehnt. Selbst in Teilen der CDU scheint allerdings der Gedanke an eine Maximalgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern mittlerweile angekommen, wie etwa bei Partei-Vize Andreas Jung. Er hatte betont, zumindest einem befristeten Tempolimit gegenüber offen zu stehen.

In der Bevölkerung scheint man derweil eher für ein Tempolimit zu sein. Das haben zumindest 57 Prozent der Befragten einer YouGov-Umfrage angegeben. 33 Prozent waren demnach dagegen - zehn Prozent der 200 befragten über-18-Jährigen waren unschlüssig.

„Blick aktuell“ (online) vom: 30.07.2022 – Thema: „Polizeigewerkschaft fordert Tempolimit 130 auf Autobahnen“ – Link: https://www.blick-aktuell.de/Politik/Polizeigewerkschaft-fordert-Tempolimit-130-auf-Autobahnen-518141.html

Quelle: Straßenverkehrs-Ordnung, DIN-Normen und Verkehrsblatt

NRW. Am 28. Juli 2022 berichtete u. a. die Rheinische Post, dass schon jetzt der sogenannte „Erdüberlastungstag“ erreicht sei – die Menschheit „lebt über ihre Verhältnisse“. Der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine leitete eine Zeitenwende ein – das betrifft insbesondere auch den Umgang mit den zur Verfügung stehenden Energieressourcen. Das hat vielfältige Auswirkungen, so beschließt die Europäische Union eine „Gasnotlage“, die Industrie spart Energie in den Produktionsprozessen ein, Kommunen reduzieren den Energieeinsatz in

Schwimmbädern und die Bürgerinnen und Bürger bereits jetzt den persönlichen Energieverbrauch, beispielsweise durch die Montage sparsamer Duschköpfe. Vor diesem Hintergrund ist es nur äußerst schwer nachvollziehbar, dass eine leicht zu realisierende Energiesparmaßnahme nicht aufgegriffen wird, und zwar das „Tempolimit 130 km/h auf Autobahnen“. Nur Deutschland verzichtet als einziges europäische Land auf diese Maßnahme. Ein gewichtiges Argument „Pro Energieeinsparung“ lieferte das Umweltbundesamt (UBA) bereits am 28. Februar 2020, als der UBA-Präsident Dirk Messner ausführte: „Ein Tempolimit auf Autobahnen hilft uns, die Treibhausgasemissionen des Verkehrs in Deutschland zu senken. Bei Tempo 120 km/h liegen die Einsparungen bei 2,6 Millionen Tonnen jährlich. Selbst ein Tempolimit von 130 km/h reduziert die Emissionen bereits um 1,9 Millionen Tonnen –und zwar sofort und praktisch ohne Mehrkosten.“. Die Berechnungen des UBA basieren auf Verbrauchsdaten von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen; zudem wurden Daten der Bundesanstalt für Straßenwesen zu Geschwindigkeiten auf Autobahnen herangezogen.

Am 20. Januar 2022 berichtete die WELT unter Berufung auf das Bundesumweltamt, dass der CO2-Ausstoß im Verkehr im Jahr 2020 147,2 Millionen Tonnen betrug.3Alleine durch ein Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen könnte man somit ad hoc rund 1,3 Prozent des CO2-Gesamtausstoßes im Verkehr einsparen. Laut ZEIT ONLINE vom 17. April 2022 ist zudem die Mehrheit der Menschen in Deutschland vor dem Hintergrund steigender Energiepreise für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen. In einer aktuellen Befragung unter mehr als 2.000 Menschen über 18 Jahren äußerten sich 57 Prozent der Befragten zustimmend, 33 Prozent waren dagegen, zehn Prozent waren unschlüssig. Deutlich erkennbar ist, dass der Zustimmungsanteil über die Jahre kontinuierlich zugenommen hat. Zudem forderte die deutsche Umweltministerkonferenz am 13. Mai 2022 ein Tempolimit auf Autobahnen. Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen Erich Rettinghaus erklärt: „Für den Landesverband Nordrhein-Westfalen der Deutschen Polizeigewerkschaft steht die Verkehrssicherheit im Fokus. “Unter diesem Aspekt ist die Auswertung des Statistischen Bundesamtes vom 7. Juli 2022 relevant. Danach ging die Zahl der Unfälle mit Personenschaden innerorts im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 3,5% auf etwa 177.000 Unfälle und auf Landstraßen um 0,3% auf 65.500 zurück. Innerorts wurden 746 Menschen bei Verkehrsunfällen getötet, das waren 7,9% oder 64 Personen weniger als 2020; auf Landstraßen kamen 1.498 Menschen ums Leben (-5,9% oder 94 Personen weniger). Demgegenüber ist die Zahl der Autobahnunfälle, bei denen Menschen verletzt oder getötet wurden, um 7,7% auf 16.407 angestiegen; die Zahl der auf Autobahnen Getöteten nahm dabei um eine Person zu und lag damit bei 318. Bei den von der Polizei im Jahr 2021 auf Deutschlands Autobahnen erfassten Verkehrsunfällen mit Personenschaden handelte es sich zwar nur um einen Anteil von 6,3 % aller Verkehrsunfälle dieser Kategorie, dabei kamen aber 12,4% der bei Unfällen im Straßenverkehr Getöteten ums Leben. Eine bereits im März 2022 vorgelegte Untersuchung der Unfallforschung der Versicherer des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. zeigt auf, dass auf den etwa 13.000 km Bundesautobahnen (2 % des gesamten deutschen Straßennetzes) knapp ein Drittel der Gesamtfahrleistung der in Deutschland zugelassenen Kraftfahrzeuge abgewickelt wird. Mit Bezug auf die Fahrleistung gelten

Bundesautobahnen als sicherste Straßen Deutschlands im Vergleich zu Landstraßen und Innerortsstraßen. Jedoch weisen sie mit insgesamt 2.500 Verletzten und 32 Getöteten je 1.000 Kilometer die größte Dichte an Verunglückten auf Außerortsstraßen auf. Internationale Untersuchungen zur Wirkung eines Tempolimits weisen abhängig von der jeweiligen Ausgangslage nach, dass die Anzahl der Verkehrstoten deutlich reduziert wer-den kann. Im Jahr 2018 legten das International Transport Forum (ITF) und die International Traffic Safety Data and Analysis Group (IRTAD) einen Bericht mit Fallstudien aus zehn Ländern zu den Wirkungen geschwindigkeitsbezogener Maßnahmen auf das Unfallgeschehen vor. Bei einer generellen Reduzierung der Geschwindigkeit von 110 auf 100 km/h in Schweden gab es einen deutlichen Rückgang der Anzahl der Getöteten und Schwerverletzten.

Demgegenüber musste bei der Erhöhung des bestehenden Tempolimits von 110 auf 130 in Dänemark eine erhebliche Steigerung bei den Personenschäden konstatiert werden. Es kann daher nicht mehr argumentiert werden, die Wirkung eines Tempolimits auf die Anzahl der Verkehrstoten sei nicht belegbar. Von allen europäischen Nachbarländern, in denen schon heute Autobahntempolimits gelten, wird immer wieder berichtet, wie harmonisch dort der Verkehr läuft. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die Verkehrsunfälle auf den deutschen Autobahnen aufnehmen, stellen fest, dass die in Deutschland zulässige „freie Fahrt“ erst die hohen Differenzgeschwindigkeiten ermöglicht, die dann oftmals für dramatische Autobahnunfälle ursächlich sind. Erich Rettinghaus dazu: „Will Deutschland das im Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung 2021 bis 2030 selbstgesteckte Ziel erreichen, die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Verkehrsteilnehmenden in diesem Zeitraum um 40% zu reduzieren und die Zahl der Schwerverletzten signifikant zu senken, muss ein Bündel an Maßnahmen realisiert werden. Ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen gehört an vorderster Stelle dazu.“ Und es wäre so einfach: In Anlehnung an § 3 Abs. 3 Ziff. 1 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) „Die zulässige Höchstgeschwindigkeit beträgt auch unter günstigsten Umständen innerhalb geschlossener Ortschaften für alle Kraftfahrzeuge 50 km/h“ könnte mit einer verwaltungstechnisch einfach zu realisierenden autobahnbezogenen Anpassungsmaßnahme in § 18 Abs. 5 StVO eine neue Ziff. 4 eingefügt werden, in der die Aussage getroffen wird „für alle anderen Kraftfahrzeuge 130 km/h“. Fazit Erich Rettinghaus: „Es ist an der Zeit, mit konsequenten Entscheidungen Menschenleben, Gesundheit und Umwelt zu schützen!“

Pressemitteilung DPolG Nordrhein - Westfalen

“Efahrer.com” vom: 02.08.2022 – Thema: “Tempo 130 auf Autobahnen: Jetzt meldet sich die Polizeigewerkschaft“ – Link: https://efahrer.chip.de/news/tempo-130-auf-autobahnen-jetzt-meldet-sich-die-polizeigewerkschaft_108887

Tempo 130 auf Autobahnen: Jetzt meldet sich die Polizeigewerkschaft

Luisa Greiner

Die Diskussion ums Tempolimit hat wieder Fahrt aufgenommen. Jens Buettner/dpa (Archiv)

Das Thema Tempolimit auf den Autobahnen ist durch die Energiekrise wieder aktuell. Die Polizei-gewerkschaft NRW vertritt einen klaren Standpunkt - auch die Mehrheit der Deutschen ist sich einig.

Immer wieder flammt die Diskussion über ein Tempolimit auf den Autobahnen auf. Durch den Ukraine-Krieg wird das Thema erneut befeuert, denn langsameres Fahren kann ein Beitrag zum Energiesparen sein.

Nun meldet sich die Deutsche Polizeigewerkschaft in NRW mit einem klaren Votum für eine Geschwindigkeitsbegrenzung. In einem Gespräch mit RP Online sagte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus: “Ein generelles Tempolimit von 130 gehört an die vorderste Stelle von zu treffenden Maßnahmen, um die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Verkehrsteilnehmenden deutlich zu reduzieren und die Zahl der Schwerverletzten signifikant zu senken.” Für ihn ist es eine dringliche Maßnahme, mit der Menschenleben und die Umwelt geschützt werden müssen.

Mehrheit der Deutschen für Tempolimit

Mit dieser Meinung steht Rettinghaus nicht alleine. In einer Umfrage von YouGov äußerten sich mehr als 2.000 Personen über 18 zum Thema Tempolimit. 57 Prozent der Befragten waren klar für ein Limit auf den Autobahnen, 33 Prozent dagegen. Zehn Prozent waren unschlüssig. Die Mehrzahl der Befürworter, nämlich 87 Prozent waren Anhänger der Grünen, die Mehrheit der Tempolimit-Gegner Anhänger der FDP
(52 Prozent).

Zu einem sehr ähnlichen Ergebnis kam jüngst auch eine von RTL und n-tv in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage. Deren Ergebnis zeigt, dass 57 Prozent der deutschen Autofahrer mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h auf deutschen Autobahnen einverstanden wären. 39 Prozent der Befragten sprachen sich gegen ein Tempolimit aus.

CDU offen für - befristetes - Tempolimit

Während sich in der Ampelkoalition die FDP weiter gegen eine Begrenzung ausspricht, zeigt sich die CDU zumindest für ein zeitlich begrenztes Tempolimit offen, wie EFAHRER.com berichtet. Im Deutschlandfunk sagte CDU-Parteivize Andreas Jung: „Ich persönlich wäre in dieser Situation auch offen für ein befristetes Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen.“ Auch die Umweltministerkonferenz stimmte dafür, Bayern und Nordrhein-Westfalen hielten die Wirkung zwar für begrenzt, das Votum war allerdings einstimmig.

Bundeskanzler Scholz hingegen hält noch nichts von einer Höchstgeschwindigkeit auf deutschen Autobahnen: "Das hat diese Regierung nicht vereinbart und deswegen kommt es auch nicht", sagte Scholz gegenüber der dpa.

Berechnungen des Umweltbundesamts haben ergeben, dass Tempo 130 auf Autobahnen 1,5 Millionen Tonnen an CO2 und damit 600 Millionen Liter Sprit einsparen würde. Während es sich beim CO2-Ausstoß um etwa fünf Prozent der Gesamtmenge handelt, sinkt der Kraftstoffgesamtverbrauch von Autos durch diese Maßnahme um knapp 1,5 Prozent. Größere Einsparungen gelängen nur mit drastischeren Tempolimits. Auch Elektroautos sparen bei niedrigeren Autobahngeschwindigkeiten Strom ein. Ohnehin gibt es schon Stromer, die bei um die 130 km/h abgeriegelt sind, etwa der VW e-Up oder der Renault Twingo Electric.

„Mann.tv“ (online) vom: 03.08.2022 – „Thema: Tempolimit auf deutschen Autobahnen – die Polizeigewerkschaft äußert eine klare Meinung“: https://www.mann.tv/autos/tempolimit-auf-deutschen-autobahnen-die-polizeigewerkschaft-aeussert-eine-klare-meinung

Tempolimit auf deutschen Autobahnen: Die Polizeigewerkschaft äußert eine klare Meinung – Vor dem Hintergrund der Energiekrise kommt dem Thema Tempolimit eine ganz neue Bedeutung bei, lässt sich mit langsamem Fahren doch ein Beitrag zum Sparen leisten. Nachdem viele Stimmen ihre Meinung zu der Debatte geäußert haben, meldet sich nun auch die Polizeigewerkschaft NRW zu Wort.

Gegenüber „RP Online“ sprach sich der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus klar für ein Tempolimit aus.

„Ein generelles Tempolimit von 130 gehört an die vorderste Stelle von zu treffenden Maßnahmen, um die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Verkehrsteilnehmenden deutlich zu reduzieren und die Zahl der Schwerverletzten signifikant zu senken.“

Wie eine Umfrage von „YouGov“ zeigte, pflichtet ihm die Mehrheit der Deutschen bei: 57 Prozent der Befragten votierte klar für ein Tempolimit, 33 Prozent waren dagegen, zehn Prozent unschlüssig.

Die Ergebnisse decken sich mit einer von RTL und n-tv in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage, der zufolge ebenfalls 57 Prozent für 130 km/h auf der Autobahn stimmten.

Vonseiten der Koalition gibt es diesbezüglich jedoch nach wie vor Gegenwind von der FDP, während sich die CDU mittlerweile zumindest mit einem zeitlich begrenzten Tempolimit anfreunden kann. Bundeskanzler Scholz möchte von einem Tempolimit auf deutschen Autobahnen jedoch nichts wissen und erklärte der „dpa“:

„Das hat diese Regierung nicht vereinbart und deswegen kommt es auch nicht."

Laut Berechnungen des Umweltbundesamtes ließen sich mit Tempo 130 1,5 Millionen Tonnen an CO2 und 600 Millionen Liter Sprit einsparen. Im Falle der Emissionen handelt es sich dabei um fünf Prozent der Gesamtmenge, während der Kraftstoffverbrauch von Autos um 1,5 Prozent sinken würde. Mehr, beziehungsweise weniger, wäre nur durch drastischere Tempolimits zu erreichen.

In Sachen Unfallrisiko hat der ADAC beim innerdeutschen Vergleich auf Abschnitten ohne Geschwindigkeitsbeschränkung anteilig nicht mehr Unfälle feststellen können als auf Strecken mit Tempolimits von 120 oder 130 km/h. Demzufolge würde sich ein streckenbezogenes Tempolimit vor allem auf Abschnitten lohnen, auf denen überdurchschnittlich viele oder schwere Unfälle passieren.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat zudem ermittelt, dass 77 Prozent der Menschen auf der Autobahn meist unter 130 km/h fahren, zwölf Prozent zwischen 130 und 140 Stundenkilometer, etwa neun Prozent zwischen 140 und 160 km/h. Lediglich knapp zwei Prozent fahren über 160 km/h, die Mehrheit davon nachts.

Quelle: focus.de

Autor: Calixto Pape

“inFranken.de” vom: 03.08.2022 – Thema: “Tempolimit auf Autobahnen: Der Widerstand bröckelt – Polizeigewerkschaft hat klare Forderung“: https://www.infranken.de/ueberregional/politik/tempolimit-auf-autobahnen-der-widerstand-broeckelt-polizeigewerkschaft-hat-klare-forderung-art-5513504

Die Energiekrise befeuert die Debatte um ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Der Widerstand der Parteien bröckelt: Sogar die CDU kann sich jetzt ein "temporäres" Tempolimit vorstellen. Die FDP ist dagegen - obwohl ein Großteil der Bundesbürger sich ein Tempolimit wünscht. Jetzt hat sich die Deutsche Polizeigewerkschaft mit einer klaren Forderung eingeschaltet.

Tempolimit 130: Jetzt hat sich auch die Deutsche Polizeigewerkschaft in die Debatte eingeschaltete - mit einer klaren Forderung. Foto: Jens Büttner/dpa

Tempolimit auf deutschen Autobahnen - ein oft debattiertes, emotional aufgeladenes Thema. Bislang waren die Fronten klar: Zahlreiche Umfragen belegen, dass ein Großteil der Bundesbürger*innen sich ein Tempolimit wünscht. Zahlreiche Studien belegen, dass ein Tempolimit gut für Umwelt und Menschen wäre: Es würde für einen signifikant geringeren Spritverbrauch und weniger schwere und tödliche Unfälle auf den Autobahnen sorgen.
Dem gegenüber standen und stehen wirtschaftliche Interessen der deutschen Automobilindustrie, die von Politikern mit nicht immer schlüssigen Argumenten ("gegen jeden Menschenverstand", "zu wenige Schilder") verteidigt werden. Doch durch den **Ukraine-Krieg und die damit verbundene Energiekrise** wird das Thema jetzt erneut befeuert, und der breite Widerstand der Parteien scheint zu bröckeln. Sogar die CDU kann sich nun ein - wenn auch zeitlich befristetes - Tempolimit von **130 km/h** vorstellen. Die FDP lehnt es nach wie vor ab. Jetzt hat sich auch die

Deutsche Polizeigewerkschaft in Nordrhein-Westfalen in die Diskussion eingeschaltet - mit einer ganz klaren Forderung.

Polizei zum Tempolimit: Menschenleben und die Umwelt schützen

Der Vorsitzende der **Polizeigwerkschaft in NRW, Erich Rettinghaus,** sagte im Gespräch mit dem Internetportal RP Online: "Ein generelles Tempolimit von 130 gehört an die vorderste Stelle von zu treffenden Maßnahmen, um die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Verkehrsteilnehmenden deutlich zu reduzieren und die Zahl der Schwerverletzten signifikant zu senken." Es handle sich um eine dringliche Maßnahme, mit der **Menschenleben und die Umwelt geschützt** werden müssten. Laut Rettinghaus wäre es **leicht machbar, das bestehende Gesetz anzupassen.** Dafür müsste lediglich eine kleine Anpassung in der Straßenverkehrsordnung erfolgen. Man könnte den Paragrafen bezüglich der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften einfach um einen Autobahn-Passus erweitern.

CDU-Vize Andreas Jung forderte jüngst in der *Bild*-Zeitung ein **"Kraftpaket für Energiesicherheit und Klimaschutz".** Ohne Denkverbote müsse da alles hinein, was über den Winter helfe und CO2 spare: "Energiesparpakt, Kernenergie, Biomasse-Hochlauf und befristetes Tempolimit." Im Deutschlandfunk sagt Jung: "Ich persönlich wäre in dieser Situation auch offen für ein befristetes Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen. Aber dafür braucht es jetzt eine Initiative der Bundesregierung. Es braucht den Bundeskanzler." **Kanzler Scholz jedoch lehnt ein Tempolimit bislang ab,** da dieses nicht im Koalitionsvertrag verankert sei.

Auch der Obmann im Klimaschutz-Ausschuss, Thomas Gebhart (CDU), sagte der Zeitung: "Wir können es uns gar nicht leisten, von vornherein aus parteipolitischen Gründen bestimmte Optionen abzulehnen. Für mich bedeutet das auch: ein **temporäres Tempolimit von 130** auf Autobahnen." Der Grünen-Verkehrsexperte Stefan Gelbhaar begrüßte die "überfällige" Debatte in der CDU. "Bislang hat die Union allerdings noch jeden Vorschlag für ein Tempolimit im Verkehrsausschuss, spätestens aber im Bundesrat blockiert", sagte er gegenüber der *Deutschen Presse-Agentur*.

Umfragen zeigen: Mehrheit der Deutschen will ein Tempolimit

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Die Grünen) forderte angesichts der drohenden Energiekrise und der **hohen Kosten für Sprit** ein Tempolimit. "Das hätte unmittelbar Wirkungen, das ist sofort einsparend", sagte er gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" in München.

Auch ein **Großteil der Bundesbürger*innen wünscht sich die Einführung eines Tempolimits:** An einer Umfrage von YouGov zum Thema Tempolimit nahmen mehr als 2.000 Personen über 18 Jahren teil. **57 Prozent der Befragten waren klar für ein Limit** auf den Autobahnen, 33 Prozent dagegen. Zehn Prozent waren unschlüssig. Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kam jüngst eine von RTL und n-tv in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage.

(ry/mit dpa)

„RP online“ vom: 09.09.2022 – Thema: „Diskussion um Elektro-Waffe bei der Polizei – NRW-Innenminister Reul will Taser behalten“: https://rp-online.de/nrw/panorama/duesseldorf-nrw-innenminister-reul-will-taser-behalten_aid-74593557

Ein Polizeibeamter demonstriert einen Schuss mit einem Distanzelektroimpulsgerät. *Foto: dpa/Rolf Vennenbernd*

Düsseldorf **Die Polizei in NRW hat die Elektrowaffe im ersten Jahr der Testphase 179 Mal eingesetzt – oft genügte die Drohung. Innenminister und Polizei sind mit dem Ergebnis zufrieden. Der grüne Koalitionspartner aber bleibt skeptisch.**

Von Christian Schwerdtfeger und Sina Zehrfeld

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen hat ihre sogenannten Taser während des ersten Erprobungsjahres 2021 in 179 Fällen eingesetzt. Das teilte das Landesinnenministerium auf Anfrage mit. Dabei habe in mindestens 154 Fällen die reine Drohung, das Gerät mit seinen Elektro-Impulsen einzusetzen, ausgereicht, um die Ziele zu erreichen, hieß es weiter.

Innenminister Herbert Reul (CDU) zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis. „Ich hatte die Hoffnung, dass schon das bloße Wissen um das neue Einsatzmittel und die Androhung abschrecken und zur Deeskalation beitragen. Diese Rechnung ist bislang in fast 80 Prozent aller Fälle aufgegangen“, sagte Reul unserer Redaktion: „Deshalb bin ich weiterhin optimistisch, dass wir mit der Einführung die richtige Entscheidung getroffen haben.“

Info
Zwei Schüsse hintereinander

Funktion Der Taser ist mit zwei Kartuschen geladen; hintereinander sind zwei Schüsse möglich. Eine Kartusche kostet rund 40 Euro. Die Stromstöße gehen auch durch Winterkleidung.

Erprobung NRW ist nicht das einzige Bundesland, das Taser bei der Polizei einführen will. So beginnt etwa Schleswig-Holstein gerade mit der Testphase.

Der Einsatz der sogenannten Distanz-Elektroimpuls-Geräte ist umstritten. Im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen in Nordrhein-Westfalen ist festgehalten, sie bis 2024 weiter zu testen und zu bewerten. Von diesem „begleitenden Prozess“ wolle man den weiteren Einsatz abhängig machen.

Skeptisch sind die Grünen. „In der Vergangenheit haben Berichte auf den eingeschränkten Anwendungsbereich des Tasers gegen bewaffnete Personen in dynamischen Situationen, die meist durch viel Bewegung gekennzeichnet sind, hingewiesen. Die Debatte zum Einsatz von Tasern muss versachlicht werden“, erklärte Fraktionschefin Verena Schäffer. „Wir wollen in NRW die Entscheidung über den weiteren Fortgang auf Basis von Fakten treffen.“

Der Taser wird seit Januar vergangenen Jahres von ausgewählten Kreispolizeibehörden in Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen und dem Rhein-Erft-Kreis eingesetzt. Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministeriums verfügt die Polizei landesweit über 1392 Geräte. Darüber hinaus verwenden die Spezialeinheiten den Taser schon seit einigen Jahren. Die Elektroschock-Pistolen sind auffallend gelb und schon von Weitem zu erkennen. Die Polizisten können zunächst einen kleinen Lichtbogen auslösen, der die Kraft des Tasers demonstriert. Im Ernstfall schießt man mit dem Gerät zwei Elektroden an Drähten auf den Angreifer, der durch Stromimpulse außer Gefecht gesetzt werden soll.

Die Geräte senden nach Angaben der Polizei einen elektrischen Impuls, der die Signale des Gehirns für die Muskelbewegungen überlagert und den Angreifer bewegungsunfähig macht. Der Einsatz bei Kindern, Schwangeren oder untergewichtigen Personen sei nicht möglich, heißt es.

Für Erich Rettinghaus, den Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, ist die Erprobungsphase bislang erfolgreich verlaufen. „Es ist das eingetreten, womit wir gerechnet haben: Der Taser ist ein wirksames Einsatzmittel, das eine deeskalierende Funktion hat“, sagte Rettinghaus

Die Vizevorsitzende der SPD-Fraktion, Elisabeth Müller-Witt, unterstützt das. Taser seien ein weiteres Instrument zur Gewahrenabwehr, wie Schlagstock oder Pfefferspray. Ihr Einsatz verlange aber von den Beamten, „in einer für sie lebensbedrohlichen Situation in Sekunden die richtige Entscheidung zu treffen – die Schusswaffe wird durch einen Taser ja nicht ersetzt“, so Müller-Witt. „Daher kann ein flächendeckender Einsatz nur mit extrem hohen Ausbildungs- und Schulungsstandards einhergehen. Insofern ist es richtig, die unabhängige wissenschaftliche Evaluation der Einführung abzuwarten und anschließend zu bewerten.“

Heftige Kritik am schwarz-grünen Kurs kommt hingegen von der FDP im Landtag, die die Taser bei der Polizei klar befürwortet. „Damit fällt die CDU der Polizei wirklich in den Rücken. Wir haben ja schon evaluiert“, sagte der FDP-Abgeordnete Marc Lürbke, der das Thema verfolgt: „Laut Statistik finden vier von fünf gewaltsamen Angriffen auf Polizeibeamte gar nicht erst statt, wenn ein Taser da ist. Die abschreckende Wirkung ist klar.“ Er glaube, dass das Abwarten zu tragischen Vorkommnissen führen könne: „Es gab viele Fälle in NRW, in denen der Taser zum Einsatz gekommen ist und Leben gerettet hat.“

„RP online“ vom: 11.08.2022 – Thema: „Diskussion um tödliche Schüsse in Dortmund: Zur Eigensicherung – MP5 gehört zum Standard der Polizei“: https://rp-online.de/nrw/panorama/diskussion-um-toedliche-schuesse-in-dortmund-mp5-gehoert-zum-standard_aid-74783435

Dortmund **Nach den tödlichen Schüssen von Polizisten auf einen 16-Jährigen in Dortmund steht die Frage der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes im Raum. Kritiker stellen die Ausbildung der Beamten für solche Fälle in Frage.**

 Von Jörg Isringhaus, Christian Schwerdtfeger und Sina Zehrfeld

Trauernde haben in Dortmund Kerzen und einen Kranz niedergelegt, um an den Tod des 16-Jährigen zu erinnern. Am Dienstagabend fand wegen der Tat eine Demonstration gegen Polizeigewalt statt. Sie sei emotional, aber friedlich verlaufen, teilte die Polizei mit. Etwa 150 bis 200 vor allem junge Menschen hätten teilgenommen.

Der 16-Jährige, ein unbegleiteter Flüchtling aus dem Senegal, war am Montag in einer Jugendhilfeeinrichtung während eines Polizeieinsatzes von fünf Kugeln aus einer Maschinenpistole getroffen worden und anschließend im Krankenhaus verstorben. Er soll mit einem Messer auf die Beamten losgestürmt sein.

„Man muss jetzt die Ermittlungen in dem Fall abwarten, es darf keine Vorverurteilungen geben“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Grundsätzlich ließe sich sagen, dass die Polizisten im Training den Umgang mit Messerangreifern lernten. „Es kommt immer auf die Situation, den Einsatzanlass und die Verhältnismäßigkeit an, welche Waffe ein Polizist einsetzt“, betonte Rettinghaus. Bei einer Messerattacke bliebe in den meisten Fällen aber nur die Schussabgabe, weil ein Messerangreifer zu nah sei und alles sehr schnell gehen würde. „Wer mit dem Messer einen Polizisten angreift, muss damit rechnen, dass der Polizist zur Schusswaffe greift.“

Die eingesetzte Maschinenpistole, eine MP5 vom Typ Heckler und Koch, gehört seit Jahren zur Standardausrüstung eines Streifenwagens. „Es liegt im Ermessen des Polizisten im Einsatz, die Maschinenpistole mit aus dem Auto zu nehmen oder nicht. Das wird auf der Fahrt zum Einsatz und vor Ort entschieden“, erklärte Stefan Maatz,

stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW. „In dem Fall gab es nach jetzigem Stand der Ermittlungen Gründe, die MP5 mit aus dem Streifenwagen zum Einsatzgeschehen zu nehmen. Messerangriffe sind eine Sache von Sekunden. Da muss ganz schnell reagiert werden“, so Maatz. Auch was die Reihenfolge der eingesetzten Mittel angeht, hätten die Polizisten in Dortmund alles richtiggemacht, sagt er.

„BZ“ (online) vom: 14.08.2022 – Thema: „Die Messer-Angreifer sind für die Polizei ein zunehmendes Problem“: https://www.bz-berlin.de/meinung/kolumne/kolumne-mein-aerger/die-messer-angreifer-sind-fuer-die-polizei-ein-zunehmendes-problem

Gunnar Schupelius

Ein Polizeibeamter (Symbolbild)

Von Gunnar Schupelius

Die Zahl der Messer-Attacken nimmt besorgniserregend zu. Berlins Polizisten sind im Kampf gegen diese Gewalt nicht ausreichend ausgerüstet, meint Gunnar Schupelius.

Es ist der Albtraum aller Polizisten: Sie werden gerufen, um einen Messerangriff zu beenden. Sie müssen den Angreifer festnehmen, ohne ihn schwer oder sogar tödlich zu verletzen. Das kann zum Spiel mit dem eigenen Leben werden.

In einer solchen Lage befand sich der 26-jährige Beamte, der am vergangenen Montag in Dortmund Mohammed D. erschoss, einen 16-jährigen unbegleiteten Asylbewerber aus dem Senegal.

Mohammed D. lebte in einer Jugendhilfe-Einrichtung. Mitarbeiter riefen die Polizei, weil er in aggressiver Absicht ein Messer zog. Die Beamten redeten auf ihn ein, doch er ging mit dem Messer auf sie zu. Der Elektroschocker (Taser) verfehlte sein Ziel.

Nun waren alle Mittel erschöpft. Weil der Senegalese nicht aufzuhalten war, setzte ein Kollege seine Schusswaffe ein, in diesem Falle eine Maschinenpistole. Mohammed D. wurde getroffen und starb.

Die Polizei wird für diesen Einsatz heftig kritisiert, insbesondere von Grünen, SPD und Linken. Der Polizist, der Mohammed D. erschoss, wird vorab verurteilt, ohne dass man genau weiß, wie es zugegangen ist.

In der Ausbildung werden Polizisten darauf trainiert, einen Gewalttäter zu stoppen, der ein Messer zieht. Dabei gilt die Schusswaffe als angemessenes Mittel der Selbstverteidigung, wenn alle anderen Mittel versagt haben. Oder wie es der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) von Nordrhein-Westfalen, Erich Rettinghaus, formuliert: „Ein Angreifer mit Messer in der Vorwärtsbewegung ist in aller Regel nur durch die Schusswaffe zu stoppen – jedenfalls sofern der Angegriffene überleben soll."

Der „Angegriffene", das ist der Polizist. Er hat die Pflicht, den Messerstecher zu fassen. Er darf den Tatort nicht verlassen. Diese Möglichkeit, sich selbst in Sicherheit zu bringen, fällt aus. Was also bleibt ihm, wenn alle Mittel versagen? Diese Frage sollten diejenigen beantworten, die sich mit ihren Vorwürfen auf die Beamten stürzen.

Die Lage insgesamt verschlechtert sich. In Berlin nahm die Zahl der Messerattacken im Jahr 2021 um 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Insgesamt 2777 Mal, fast acht Mal pro Tag wurden Menschen mit einem Messer angegriffen. Polizisten mussten dazwischen gehen oder wurden selbst attackiert.

Wegen der ständig steigenden Aggression tragen fast alle Kollegen eine Schutzweste. Die Weste schützt Brust, Bauch und Rücken, der übrige Körper bleibt ungeschützt. Sie hält die tödliche Wirkung einer Pistolenkugel auf, nicht aber eine Stichwaffe.

Dagegen aber brauchen Polizisten viel häufiger einen Schutz als gegen Schusswaffen. Das Messer ist seit 2015 zur Waffe Nummer eins in Deutschland geworden. Die Ausrüstung der Polizei ist nicht mit der Zeit gegangen.

Wenn es die Innenminister und Innensenatoren mit der Sicherheit der Kollegen wirklich ernst meinen, dann rüsten sie alle Polizisten im Einsatz mit einer stichfesten Weste aus.

„Rheinische Post“ vom 16.08.2025 – Link: https://rp-online.de/nrw/panorama/polizei-nrw-wann-die-bodycam-eingeschaltet-wird-und-wann-nicht_aid-75231819

Polizei NRW: Wann die Bodycam eingeschaltet wird und wann nicht (rp-online.de)

Nach Tod eines 16-Jährigen in Dortmund: Wann eine Bodycam eingeschaltet wird und wann nicht

Die nordrhein-westfälische Polizei führte vor ein paar Jahren flächendeckend Bodycams ein. Eine Bodycam ist eine kleine Kamera, die im Brust- oder Schulterbereich an der Uniform befestigt ist. Foto: dpa/Oliver Berg

Dortmund Seit einigen Jahren tragen Polizisten in NRW sogenannte Bodycams. Sie sind aber nicht immer eingeschaltet – so auch beim tödlichen Einsatz in Dortmund. Warum das so ist und was im Zukunftsvertrag der Landesregierung zu dem Thema steht.

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Im Fall des bei einem Polizeieinsatz in Dortmund durch Schüsse aus einer Maschinenpistole ums Leben gekommenen 16-Jährigen wird nun auch über den Gebrauch der sogenannten Bodycams diskutiert. Wie der „Kölner Stadtanzeiger“ zuerst berichtet hatte, waren die Kameras während des tödlichen Einsatzes bei den Polizisten nicht eingeschaltet gewesen.
Aus Sicherheitskreisen war zu erfahren, dass die Kameras unter anderem wegen der sogenannten dynamischen Lage des Einsatzgeschehens nicht angestellt gewesen sein sollen. „Es ist ja nicht vorgeschrieben, dass die Kameras eingeschaltet sein müssen. Der konkrete Fall ist meines Erachtens von vorneherein dazu auch geeignet gewesen, die Cams laufen zu lassen. Es ging ja zunächst darum, einen möglichen Suizid des Jungen zu verhindern“, hieß es aus Sicherheitskreisen.
Der 16-Jährige, ein unbegleiteter Flüchtling aus dem Senegal, war vor einer Woche in einem Krankenhaus infolge der Schussverletzungen gestorben. Nach bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dortmund und der Polizei Recklinghausen war der 16-Jährige trotz des Einsatzes von Pfefferspray und Tasern mit einem Messer auf die Polizisten zugegangen. Ein zur Sicherung abgestellter Polizist hatte sechsmal mit seiner Maschinenpistole geschossen, fünf Kugeln trafen den Jugendlichen.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, ist Experte für den Einsatz von Bodycams. Er sagt, dass in einer dynamischen Einsatzlage manchmal einfach auch die Zeit fehle, um die Geräte noch einzustellen. „Manchmal hat man auch schlichtweg keine Hand frei, um die Kamera anzustellen“, erklärt Rettinghaus.
Grundsätzlich ist die Kamera fest an der Uniform montiert und muss manuell eingeschaltet werden. „Es ist aber nicht vorgeschrieben, die Kamera immer anzustellen. Noch ist es so, dass vor Ort der Lage angepasst eigenständig entschieden wird, sie anzustellen oder nicht“, erklärt er. „Im Zukunftsvertrag der Regierung steht, dass künftig die Bodycams automatisch eingeschaltet werden, wenn auch das Distanzelektroimpulsgerät (gemeint ist der Taser; Anm. d.

Red.) eingesetzt wird“, so Rettinghaus. Das sei technisch möglich, weil beide Geräte vom selben Hersteller seien. „Die Geräte sind kompatibel. Da warten wir die weiteren Absichten der neuen Landesregierung ab“, so der Experte.

Wörtlich heißt es im Zukunftsvertrag: „Im polizeilichen Alltag werden wir – zur Steigerung der deeskalierenden Wirkung – die Anwendung des Distanzelektroimpulsgerätes mit der Aufnahme der Einsatzsituation durch eine mitgeführte Bodycam koppeln.“
Die Bodycam ist bei der NRW-Polizei unter anderem eingeführt worden, um Personen davon abzuhalten, mehr Gewalt anzuwenden.

„Sie soll also eine deeskalierende Wirkung haben, weil davon ausgegangen wird, dass man weniger aggressiv gegen Polizisten vorgeht und Straftaten begeht, wenn man weiß, dass man gefilmt wird. Kurz gesagt: Die Kamera soll auch so Gewalt gegen Polizisten reduzieren“, so Rettinghaus.

„Welt online“ vom: 05.09.2022 – Thema: „Polizeigewalt in NRW“: https://www.welt.de/regionales/nrw/article240871009/Toedliche-Polizei-Schuesse-Wie-die-Politik-auf-Polizeigewalt-reagiert.html

„Wir werden damit leben müssen“

Von Till-Reimer Stoldt

In Dortmund wurde jüngst ein 16-jähriger Senegalese durch Schüsse der Polizei tödlich verletzt
Quelle: picture alliance/dpa/Gregor Bauernfeind

Jüngst häuften sich in NRW lebensgefährliche oder gar tödliche Schüsse von Polizisten auf Mitbürger. Politik und Experten reagieren erstaunlich gelassen. Die Polizeiführung ringt um Erklärungen.
Ihre Waffe sitzt den Polizisten ein bisschen zu locker – den Eindruck konnte man in NRW zuletzt gewinnen. Erst erschoss ein Polizist einen Jugendlichen in Dortmund. Der Schütze wurde vom Dienst suspendiert, die Staatsanwaltschaft prüft, ob sie die Ermittlungen ausweitet (also nicht mehr wegen Körperverletzung mit Todesfolge, sondern wegen Totschlags).

Dann verletzte eine Polizistin in Bergisch Gladbach einen Gewalttäter lebensgefährlich. Fast zur selben Zeit feuerten Beamte bei Kranenburg auf ein Auto und verletzten einen Insassen schwer. Und in Krefeld schoss ein Beamter einem Randalierer ins Bein. Mindestens fünf derartige Taten der NRW-Polizei wurden binnen 14 Tagen bekannt. Wie erklärt sich die Häufung dieser Fälle von Polizeigewalt? Und was kann man unternehmen, damit seltener geschossen wird? Darüber debattieren Experten und Politik.

Durch die Medien geistern dabei jedoch Formulierungen wie „zunehmend schießwütige Polizisten“, die in die Irre führen. Zwar stieg die Zahl der Schusswaffeneinsätze durch Polizisten – von 1390 im Jahr 2015 auf 1958 im Jahr 2021. Doch in gut 98 Prozent dieser Fälle wurde die Waffe gezückt, weil es um die Abwehr gefährlicher oder die Tötung verletzter Tiere ging. Auf Menschen wurde 2015 ebenso wie 2021 nur zwölf Mal geschossen. Seit 2015 starben dabei 26 Menschen, wie das Innenministerium auf Anfrage mitteilte. Die Zahl der Schüsse auf Menschen bewegt sich, anders als häufig angenommen, seit Jahren also auf recht konstantem Niveau.

Mindestens so bemerkenswert ist ein zweiter Befund: Fast niemand forderte nach der jüngsten Häufung von Schussfällen, die Befugnisse der Polizisten zu beschneiden. Dabei besitzt die Polizei im Bereich des „unmittelbaren Zwangs“, also beim Einsatz von Gewalt, sehr weitreichende Befugnisse. Sie darf Gefährder und Flüchtende verletzen, ja, unter bestimmten Bedingungen töten.

Keine Polizei-Schelte

Aber das hinterfragte kaum jemand. Von der CDU über die FDP bis zur SPD waren alle einig in der Ansicht, die SPD-Innenpolitikerin Christina Kampmann gegenüber dieser Zeitung so formulierte: „Es ist Aufgabe der Polizei, die Menschen zu schützen. Polizistinnen und Polizisten müssen auf gewaltsame Angriffe reagieren können und dürfen nicht schutzlos sein. Insofern sind die aktuellen rechtlichen Befugnisse angemessen.“ Sogar die Grünen verzichteten auf offene Kritik.

Dafür gibt es laut Erich Rettinghaus, dem Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, gute Gründe: „Die Befugnisse der Polizei sind im Polizeigesetz so ausdifferenziert und behutsam formuliert, dass sie kaum missbrauchbar sind“, sagt er im Gespräch mit WELT AM SONNTAG. Stets müssten Polizisten das mildeste Mittel nutzen, wenn sie Gewalt anwenden. Immer müsse „dieses Mittel geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein“. Und was diese Formel aus dem Polizeigesetz konkret bedeutet, wurde über Jahrzehnte in einer immer detaillierteren Rechtsprechung geklärt.

Gleichwohl sind 26 seit 2015 getötete Bürger ein Drama, für das die Polizeiführung um Erklärungen ringt. Michael Schemke, Inspekteur der NRW-Polizei, hat vor allem einen Grund ausgemacht: die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten.

Tatsächlich steigt die Zahl gefährlicher und schwerer Körperverletzungen, deren Opfer Polizisten wurden. In einem Lagebild des LKA von 2020 wurden 291 derartige Fälle gezählt, im Lagebild 2022 sind es 349. Dieser Anstieg könnte auch durch Messerattacken zu erklären sein, glaubt Polizeiinspekteur Schemke. Diese Attacken werden erst seit 2019 systematisch erfasst. Für 2020 und 2021 ist bekannt, dass Polizisten in jeweils über 50 Fällen Opfer einer solchen wurden. Die Zahl aller Stichwaffendelikte in NRW geht sogar in die Tausende.

Laut Schemke spiegelt sich hier ein verheerender Trend: „Auch früher musste die Polizei sich körperlich mit Menschen auseinandersetzen, aber es kam nur äußerst selten vor, dass das Gegenüber ein Messer zog.“ Heute sei das anders. Tatsächlich hantierten die Angeschossenen in den eingangs erwähnten Fällen von Dortmund, Bergisch Gladbach und Krefeld stets mit einem Messer, bevor die Beamten schossen.
Doch „auf Messerattacken kann die Polizei meist nur mit der Schusswaffe reagieren“, sagen Polizeiexperten wie FDP-Innenpolitiker Marc Lürbke. Dem stimmt Schemke zu: „In der Ausbildung und in Fortbildungen wird den Polizisten beigebracht, mit Messerangriffen umzugehen. Häufig ist die einzige dann mögliche Reaktion der Einsatz der Schusswaffe. Eine Messerattacke lässt meist nicht die Zeit, zunächst Schlagstock oder Pfefferspray zu verwenden.“

Das Problem zunehmend verbreiteter Messer ist der Politik seit Jahren präsent. Doch ein vollständiges Messerverbot in der Öffentlichkeit halten die Parteien für kaum durchsetzbar.

Waffenverbotszonen sind keine Allheilmittel
Deshalb verlegen sich immer mehr Länder darauf, begrenzte Waffenverbotszonen auszurufen, wie seit Ende 2021 etwa in der Düsseldorfer Altstadt. Für eine Bilanz ist es zu früh. Einen Haken haben die Zonen jedoch: CS-Gas oder Pfefferspray, mit dem sich auch junge Frauen bewaffnen, sind dort ebenfalls verboten. Potenzielle Opfer werden dadurch wehrloser. Als Allheilmittel betrachtet daher niemand diese Zonen.

Hoffnung setzt die FDP auf den Einsatz sogenannter Taser. Würde die gesamte Polizei mit diesen Elektroschock-Pistolen ausgestattet, könnten „manche Situationen entschärft werden, in denen es sonst zum Schusswaffengebrauch käme“, meint Experte Lürbke. Studien mehrerer Länder legen nahe, dass Angriffe auf Polizisten durch die Drohung mit dem Elektroschocker um 80 Prozent zurückgehen. Eine Minderheit der NRW-Polizeibehörden wurde auch schon mit Tasern ausgestattet.

In der neuen Landesregierung haben die Grünen jedoch den CDU-Plan gestoppt, alle Beamten mit Tasern auszurüsten. Wie effektiv der Taser Messerangreifer abhält, ist indes unklar. Im Dortmunder Fall zückten Polizisten zunächst zwei Taser – was den Täter (nach bisherigem Kenntnisstand) aber nicht dazu bewegte, sein Messer niederzulegen. Weswegen Polizeiinspekteur Michael Schemke sagt, „auch künftig“ werde man „damit leben müssen, dass Polizisten zur Abwehr akuter Gefahren für Leib und Leben auf Menschen schießen – leider“.

„NW Nachrichten“ (online) vom 22.09.2022 – Thema: „Straßenbeleuchtung im Fokus – Energieeinsparungen in der Nacht: Drohen Angsträume in NRW-Städten?“: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23365194_Energieeinsparungen-in-der-Nacht-Drohen-Angstraeume-in-NRW-Staedten.html

Dunkle Straßen gegen die Energiekrise? Mancherorts wird in Deutschland über den Umgang mit Straßenbeleuchtung diskutiert. | © picture alliance/dpa

Straßenbeleuchtung im Fokus

Energieeinsparungen in der Nacht: Drohen Angsträume in NRW-Städten?
Im Zuge der Energiekrise ist die Debatte um reduzierte Straßenbeleuchtung in vollem Gange. NRW-Innenminister Herbert Reul sieht dunklere Straßen kritisch.

Düsseldorf. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sieht die in vielen Kommunen im Zuge der Energiekrise geplanten Einschränkungen bei der nächtlichen Beleuchtung teilweise kritisch. „Die Straßenlaternen im öffentlichen Raum müssen an bleiben. Denn wo es dunkel ist, fühlt man sich nicht mehr sicher, da entstehen subjektiv Angsträume", sagte er der Düsseldorfer „Rheinischen Post".
Die Beleuchtung von Wegen und Straßen und auf Plätzen sei ein wesentlicher Punkt der Kriminalprävention, der nicht angetastet werden dürfe. Anders sehe dies bei Denkmälern und Werbeflächen aus. „Wenn hier das Licht gedimmt oder ausgeschaltet wird, können wir das verschmerzen, denke ich", betonte Reul.

Herbert Reul (CDU), NRW-Innenminister. | © Oliver Berg

Auch die Polizeigewerkschaften warnten vor negativen Folgen der Maßnahmen. „Energiesparen darf nicht dazu führen, dass Menschen in Angst zurückgelassen werden. Sparmaßnahmen dürfen nicht zum Verlust von Sicherheit und dem Sicherheitsgefühl führen", erklärte der NRW-Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Michael Mertens.
Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) in NRW, Erich Rettinghaus, erklärte: „Wir hoffen natürlich, dass es infolge von Lichtabschaltungen nicht zu mehr Straftaten kommen wird, aber wir befürchten es." Denn Kriminelle nutzten Dunkelheit für Überfälle.
Die Reduzierung der Straßenbeleuchtung ist mancherorts Teil lokaler Energiesparpakete, in Ostwestfalen-Lippe zum Beispiel in Gütersloh und Herford. (epd/anwi)

„regionalHeute.de“ vom: 22.09.2022 – Thema: „NRW-Innenminister warnt vor Laternen-Abschaltung“: https://regionalheute.de/nrw-innenminister-warnt-vor-laternen-abschaltung-1663841705/

Infolge der Energiekrise wird in vielen Städten in Nordrhein-Westfalen im Herbst und Winter an Beleuchtung gespart.

von dts Nachrichtenagentur

Symbolbild. Foto: Über dts Nachrichtenagentur

Düsseldorf. Infolge der Energiekrise wird in vielen Städten in Nordrhein-Westfalen im Herbst und Winter an Beleuchtung gespart. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sieht darin eine Gefahr: "Die Straßenlaternen im öffentlichen Raum müssen an bleiben", sagte er der "Rheinischen Post" (Freitagsausgabe).

"Denn wo es dunkel ist, fühlt man sich nicht mehr sicher, da entstehen subjektiv Angsträume." Die Beleuchtung von Wegen und Straßen und auf Plätzen sei ein wesentlicher Punkt der Kriminalprävention, der nicht angetastet werden dürfe. "Anders sieht es bei Denkmälern und Werbeflächen aus: Wenn hier das Licht gedimmt oder ausgeschaltet wird, können wir das verschmerzen, denke ich", fügte Reul hinzu. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnt wie NRW-Innenminister Reul vor der Bildung neuer Angsträume.

"Bei dem Thema hat die GdP eine klare Position: Energiesparen darf nicht dazu führen, dass Menschen in Angst zurückgelassen werden", sagte der Landesvorsitzende Michael Mertens. Sparmaßnahmen dürften nicht zum Verlust von Sicherheit und dem Sicherheitsgefühl führen. Viele Menschen arbeiteten bis tief in die Nacht wie Kellner oder Menschen, die Schichtdienst machen. "Sie müssen nachts nach Hause, es darf nicht passieren, dass sie dann in dunklen Räumen allein gelassen werden mit ihrer Angst", so Mertens.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, warnte ebenfalls davor, dass das Sicherheitsgefühl durch dunklere Städte leiden werde. "Wir hoffen natürlich, dass es infolge von Lichtabschaltungen nicht zu mehr Straftaten kommen wird, aber wir befürchten es", so Rettinghaus. "Denn Kriminelle nutzen Dunkelheit für Überfälle."

„RP online“ vom: 31.10.2022 – Thema: „Straße wie im Horrorfilm „Es“ – Unbekannte binden in Duisburg rote Luftballons an Gullydeckel“: https://rp-online.de/nrw/panorama/halloween-2022-unbekannte-binden-in-duisburg-rote-luftballons-an-gully_aid-79197891

So gruselig begann der Tag von Manuel H.: Wie im Horrorfilm „ES“ warteten rote Luftballons am Straßenrand. Foto: Manuel H.

Duisburg Kehren an Halloween die Horror-Clowns zurück? Das könnte man meinen, wenn man in der Nacht auf einer Straße in Duisburg-Homberg unterwegs war – denn dort prangten rote Luftballons vor den Häusern. Auch in Hilden wurde ein Jugendlicher von zwei Maskierten bei einem Raubversuch verletzt.

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Als Manuel H. am frühen Montagmorgen durch seine Straße in Duisburg-Homberg fährt, sieht er plötzlich mehrere rote Luftballons, die an einem dünnen Faden befestigt sind und etwa anderthalb Meter über dem Boden schweben. Angebracht sind sie unter anderem vor Wohnhäusern am Straßenrand. „Ich hatte zuerst gedacht, dass die Stadt damit Gullydeckel markiert hat, damit da niemand reinfällt, weil hier so viel Laub liegt“, sagt H.

Mit einer städtischen Vorsichtsmaßnahme haben die roten Ballons allerdings nichts zu tun – sondern mit Halloween. Unbekannte haben sie wohl in Anlehnung an den Horrorfilm „ES“ an der Straße montiert. Dabei handelte es sich zwar offenbar nur um einen Spaß, den aber nicht alle lustig finden. Die Ballons sind in dem Film das Markenzeichen des Horrorclowns Pennywise. In den USA versetzten die Ballons vor einigen Jahren einige Menschen in Angst und Schrecken – und auch die Polizei fand die Aktion nicht lustig. Zuletzt waren die Ballons an Halloween vereinzelt vor fünf Jahren zu sehen gewesen, als eine Neuauflage des Blockbusters in den Kinos lief. Danach hörte der Spuk wieder auf. Laut Polizei ist das Aufhängen der Ballons nicht verboten.

Auf der Facebook-Seite des Duisburger Stadtteils wird schon eifrig über die Ballons diskutiert – die meisten nehmen die Aktion mit Humor. „Witzig“, meint er. „Ich würde sagen, Pennywise ist unterwegs“, schreibt ein anderer. „ES war da“, ist sich eine weitere Userin sicher.

Infolge des Films kam es vor einigen Jahren auch in NRW auch zu Attacken von Horror-Clowns. So wurden landesweit Passanten von Unbekannten mit Clowns-Masken überfallen und zum Teil auch verletzt. Am vergangenen Samstag wurde nun in Hilden ein 17-Jähriger bei einem Raubversuch durch einen Schlag ins Gesicht leicht verletzt. Bei den Angreifern soll es sich laut Polizei um etwa zwölf Jahre alte Jungen handeln. Auffällig waren demnach ihre schwarzen Halloween-Masken. Die Polizei bittet nun um Zeugenhinweise.

Wer an Halloween von einem Horrorclown, Zombie und „Squid-Game“-Aufseher heftig erschreckt, verfolgt, bedroht oder sogar angegangen wird, sollte die Polizei unter 110 alarmieren. Denn Menschen – auch nur zum Schein – mit Hammer, Messer oder sonstigen Gegenständen zu bedrohen, ist strafbar. Insbesondere dann, wenn sich der Bedrohte aus Angst in eine gefährliche Situation begibt – beispielsweise im Straßenverkehr. Der Täter haftet dann straf- und zivilrechtlich für die Folgen. Sollte das Opfer durch den Schreck gar einen Herzinfarkt erleiden, lautet der Tatbestand womöglich fahrlässige Körperverletzung oder Tötung. „Das hat mit Spaß nichts mehr zu tun“, sagt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Wer fremde Personen, die es zudem auch nicht wollen, so heftig erschreckt, muss mit Strafen rechnen.“, sagt er. NRW-Innenminister Herbert Reul warnt (CDU) davor, an Halloween mit echt aussehenden Schusswaffen loszuziehen. Dann dürfe man sich über Ärger mit der Polizei nicht wundern. „Über Geschmack lässt sich ja bekanntlich nicht streiten – auch nicht an Halloween. Und so ist gegen Gruselmasken, Plastikäxte und Gummidolche sicher nichts einzuwenden“, sagte Reul der „Deutschen Presse-Agentur“. „Wer aber glaubt, sich mit täuschend echt aussehenden Schusswaffen auf den Weg machen zu müssen, darf sich über Polizeikontrollen und eine Anzeige nicht wundern“, so der Minister weiter. Denn: Das Waffengesetz verbiete das Mitnehmen von sogenannten Anscheinswaffen.

„RP online“ vom: 10.11.2022 – Thema: „Karneval, Fortuna, Borussia – Brisanter Dreiklang für die Polizei am 11.11.“ – Link: https://rp-online.de/sport/fussball/bundesliga/11112022-karneval-fortuna-borussia-dreiklang-fuer-die-polizei_aid-79651975

Nicht mehr lange bis zum Elften im Elften. (Archiv, Symbol) Foto: dpa/Federico Gambarini

Düsseldorf/Mönchengladbach Wenn am Freitag der Karneval im Rheinland startet, finden in Düsseldorf und Mönchengladbach brisante Bundesligaspiele statt. Besonders die Bahnhöfe stehen dabei im Fokus der Polizei.

Von Hannah Gobrecht, Christian Schwerdtfeger und Pascal Biedenweg

Karnevalsauftakt an einem Freitag – ein Fest für alle feierwilligen Karnevalisten. Schunkeln, singen, trinken bis tief in die Nacht, und am Samstag ausschlafen. So dürfte der Plan von vielen im Rheinland lauten, die ihr Kostüm schon bereitliegen haben. Doch leider bleibt es erfahrungsgemäß nicht immer und überall bei friedlich-verkleidetem Miteinander. Ein steigender Alkoholpegel und steigendes Aggressionspotenzial sorgen gerade in den Karnevalshochburgen Düsseldorf und Köln erfahrungsgemäß dafür, dass die Polizei vermehrt zu Einsätzen gerufen wird. In diesem Jahr dürfte sich die Landesleitstelle den 11.11. noch einmal dicker im

Kalender vorgemerkt haben, denn der Freitag bringt eine Terminkollision von Karneval und Fußball mit sich, die durchaus Fragen aufwirft.

Denn Zweitligist Fortuna Düsseldorf spielt am Abend um 18.30 Uhr gegen den 1. FC Kaiserslautern. Und um 20.30 Uhr empfängt Borussia Mönchengladbach die Namenscousine aus Dortmund. 10.000 Lauterer Fans werden in der Landeshauptstadt erwartet, viele werden per Zug über Köln anreisen. Genauso werden viele der erwarteten circa 7000 Dortmunder Anhänger per Zug aus dem Ruhrgebiet über Düsseldorf nach Gladbach fahren. Beide Fanlager verbindet eine tiefe Abneigung.

Diese beiden durchaus brisanten Ansetzungen gepaart mit Zigtausenden Karnevalisten ergibt für Polizeivertreter eine Gemengelage in der Dunkelheit, die sie gerne vermieden hätte. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, sagte: „Zeitgleich Karnevalsauftakt und die beiden Fußballspiele wird uns als Polizei wieder vor enorme Herausforderungen stellen. Ich hoffe, dass wir mit den Kräften auskommen werden. Bei der Terminierung der beiden Spiele haben sich die Verantwortlichen mit Sicherheit keine Gedanken darübergemacht, dass an dem Tag der 11. 11. ist – aber das hätten sie tun müssen. Das ist schließlich ein Datum, das allgemein bekannt ist. Aus polizeilicher Sicht sollen solche Spiele und Karneval nicht an einem Tag stattfinden.“

Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW, sagte zu Ansetzungen von Fußballspielen: „Grundsätzlich sollte bei der Terminierung von Fußballspielen auf die Polizei Rücksicht genommen werden. Hochrisikospiele sollten aus Polizeisicht gerade in der dunklen Jahreszeit nicht in den Abend gelegt werden. Häufig steht aber bei den Ansetzungen leider der Kommerz und nicht der Sicherheitsgedanke im Vordergrund. Das sehen wir immer wieder“

In Mönchengladbach und Düsseldorf sieht man dem Freitag indes deutlich entspannter entgegen. Die Polizei Mönchengladbach, die am Freitag rund um den Borussia-Park im Einsatz ist, teilt auf Nachfrage unserer Redaktion mit: „Das Spiel gegen Dortmund wird betrachtet wie jedes anderes Spiel auch, da es kein Risikospiel wie zum Beispiel das Derby gegen Köln ist. Deshalb haben wir keine Bedenken aufgrund der parallelen Veranstaltungen in Düsseldorf oder Köln“, sagte ein Polizeisprecher. 54.042 Zuschauer werden erwartet, das Stadion ist damit zum zweiten Mal in dieser Saison ausverkauft.

Beim Klub blickt man ebenfalls recht entspannt auf den Freitagabend, das vereinseigene Ordnungspersonal sei genauso aufgestellt wie bei anderen Partien. Borussia vertraue zudem der Einschätzung der Polizei, heißt es.

Fortuna teilt eine solche Zuversicht: „Auf die Spieltermine haben wir als Clubs keinen direkten Einfluss. Wir nehmen die Termine wie sie kommen“, teilte der Verein mit. Aus Sicht der Sicherheit sei man – wie vor jedem Spiel – im regelmäßigen Austausch mit den Behörden. „Inhaltlich ist der Spieltermin für unsere Fans reizvoll, da der Karneval in unserer Stadt einen hohen Stellenwert hat.“

„Rheinische Post online“ vom: 06.12.2022 – Thema: „Anschlagsdrohung auf Düsseldorfer Weihnachtsmarkt: „Die Entscheidung zur Räumung wird nicht leichtfertig getroffen“: https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/weihnachtsmarkt-duesseldorf-polizei-greift-bei-anschlagsdrohung-hart-durch_aid-81030435

Anschlagsdrohung auf Düsseldorfer Weihnachtsmarkt
„Die Entscheidung zur Räumung wird nicht leichtfertig getroffen“

Düsseldorf · Es war eine gespenstische Szenerie in der Düsseldorfer Innenstadt: Nach einer Sicherheitswarnung musste der große Weihnachtsmarkt am Montagnachmittag geräumt werden. Offenbar war es nicht die einzige Anschlagsdrohung in NRW an diesem Tag. Warum die Polizei so hart durchgriff.

Foto: Verena Kensbock

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Anschlagsdrohungen werden von den Sicherheitsbehörden extrem ernst genommen. Häufig muss schnell entschieden werden, welche Maßnahmen in einem solchen Fall zu ergreifen sind. In Düsseldorf hat sich die Polizei am Montag nach einer Anschlagsdrohung dazu entschieden, den Weihnachtsmarkt in der Innenstadt zu räumen und Teile der Altstadt abzusperren. Die Polizei sprach offiziell von einer abstrakten Sicherheitsstörung, möchte diese aber nicht näher erläutern. Unserer Redaktion sind Details dazu bekannt, worin die Bedrohungslage bestand. Wir haben uns jedoch dazu entschieden, diese nicht zu nennen, um mögliche Nachahmungstäter nicht zu ermutigen.

„Die Entscheidung zur Räumung wird nicht leichtfertig getroffen. Man muss auch bei einer Räumung sehr sorgsam und sehr behutsam vorgehen. Denn dabei kann durchaus eine Panik entstehen, die man natürlich vermeiden muss“, erklärt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Wenn man schließlich räumen lässt, ist das schon konkret. Jedenfalls ist man dann zu dieser Einschätzung gekommen. Es kommt auch bei einer solchen Androhung darauf an, wie die Botschaft rüberkommt. Im Zweifel wählt man natürlich das geringste Risiko und lässt räumen. Sicher ist sicher“, so Rettinghaus.
Nach Informationen unserer Redaktion hat es am Montag in NRW in mindestens einer weiteren Stadt eine ähnliche Anschlagsdrohung gegeben. „Es gab auch woanders Anrufe ähnlicher Art wie in Düsseldorf. In Münster etwa – da ging es aber nicht gegen den Weihnachtsmarkt. Dort hat man den Anruf aber als Fake bewertet“, sagte ein Insider unserer Redaktion. Man wisse noch nicht, wer hinter den Drohungen stecke. Es werde in alle Richtungen ermittelt, hieß es.

Erfolgt eine Drohung telefonisch, wird sie sofort von den entsprechenden Fachdienststellen geprüft – wie dem Staatsschutz, dem Verfassungsschutz, dem Landeskriminalamt oder dem Bundeskriminalamt. „Die erstellen dann eine Gefährdungsanalyse. Je nach Erkenntnisgewinn und je nachdem, wie glaubhaft die Drohung eingestuft wird, wird entschieden, welche Maßnahmen ergriffen werden. Ist die Anschlagsdrohung konkret oder nicht konkret?“, sagte Polizeigewerkschafter Rettinghaus. Dabei spielt ihm zufolge auch immer eine Rolle, aus welcher politischen Richtung die Drohung kommt und gegen wen und welche Einrichtung sich die Drohung richtet. So würden etwa Synagogen und Weihnachtsmärkte als potenzielle Ziele mit besonderer Vorsicht behandelt. „Weihnachtsmärkte sind in Deutschland nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt natürlich hochgradig sensibel“, erklärte Rettinghaus.
Manchmal bekommen die deutschen Sicherheitsbehörden aber auch Informationen von befreundeten Geheimdiensten aus dem Ausland. „Wenn so ein Hinweis von einem Auslandsdienst kommt, ist das noch mal viel ernster, als wenn einer einfach auf einer Leitstelle anruft und die Drohung ausspricht. Dann steckt da meistens viel hinter“, so der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft. Im Fall eines Anrufs wird Rettinghaus zufolge auch geprüft, ob es zuletzt schon einmal so eine telefonische Drohung gegeben habe. „Es wird in anderen Städten und Ländern abgefragt, ob es derzeit auch woanders solche Drohungen gibt“, sagte er.

„Rheinische Post online“ vom: 07.12.2022 – Thema: „Bundesweite Durchsuchungen bei Reichsbürgern“ – „Hier war eine Bande von Terroristen am Werk“ – Link: https://rp-online.de/nrw/panorama/razzia-bei-reichsbuergern-so-ist-die-lage-in-nrw_aid-81119389

Düsseldorf/Berlin · NRW-Innenminister Herbert Reul verurteilt die bundesweiten Umsturzpläne der Reichsbürgerszene aufs Schärfste. Auch in NRW gab es Durchsuchungen – unter anderem bei einer Polizistin.

Foto: dpa/Boris Roessler

Von Christian Schwerdtfeger, Hagen Strauß und Sina Zehrfeld

Die Bundesanwaltschaft hat am Mittwoch 25 Menschen aus der sogenannten Reichsbürgerszene festnehmen lassen. Rund 3000 Polizeibeamte waren laut Bundesanwaltschaft in elf Bundesländern im Einsatz. Die terroristische Vereinigung habe die staatliche Ordnung in Deutschland stürzen und durch eine eigene ersetzen wollen, die in Grundzügen schon ausgearbeitet sei. Dafür hätte sie auch Tote in Kauf genommen, so eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft. 22 der Festgenommenen sollen Mitglieder dieser terroristischen Vereinigung sein, zwei davon Rädelsführer. Drei weitere gelten als Unterstützer. Zudem gebe es 27 weitere Beschuldigte, sagte die Sprecherin weiter. Mehr als 130 Objekte wurden durchsucht.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) verurteilte die Umsturzpläne der Reichsbürger-Szene. „Reichsbürger sind eine gefährliche Mischung aus Rechtsextremisten, Anhängern von Verschwörungsmythen und renitenten Staatsleugnern; das sehen wir heute einmal mehr. Hier war eine Bande von Terroristen am Werk. Ihnen ist jedes Mittel recht, unsere bestehende freiheitliche Gesellschaftsordnung zu zerstören“, sagte Reul. „Es ist für mich schwer erträglich, dass Täter mit einer solch abstrusen und menschenverachtenden Ideologie vor

massiver Gewalt und selbst vor Tötungen nicht zurückschrecken. Besonders erschüttert mich, dass unter den Beschuldigten auch Personen sind, die als Angehörige von Militär und Sicherheitsbehörden Zugang zu Waffen haben. Die Festnahmen und Durchsuchungen von heute Morgen zeigen aber auch: Die Sicherheitsbehörden sind wachsam und durchsetzungsstark. Die gute Zusammenarbeit von Bund und Ländern hat heute dazu geführt, eine gefährliche Terrorzelle zu stoppen“, so Reul weiter.

Die Szene der Reichsbürger

Entstehung Das Milieu ging aus der rechtsextremen Szene hervor. Gebildet wurde es in den 1980er Jahren zunächst als „Kommissarische Reichsregierung“ (KRR) mit dem Ziel, das Deutschen Reich wiederherzustellen.
Denken Ihre Weltansicht begründen Reichsbürger auf dem Fortbestand des Deutschen Reiches von vor 1945.

In NRW gab es insgesamt an drei Orten Durchsuchungen – unter anderem in Krefeld und Minden-Lübbecke, wie unsere Redaktion aus Sicherheitskreisen erfuhr. „In Minden-Lübbecke fand die Durchsuchung bei einer Polizistin statt. Sie war nicht in leitender Position tätig. Außerdem gab es in NRW keine Festnahmen“, hieß es weiter aus Sicherheitskreisen. Der Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus, mahnte zur Vorsicht. „In unseren eigenen Reihen haben wir Reichsbürger auch immer sofort ausgeschlossen. Wer den Eid auf die Verfassung geleistet hat, muss sich auch dementsprechend verhalten. Das steht völlig außer Frage“, so Rettinghaus. „Diese Zelle hat jetzt gezeigt, dass in der Szene Potenzial für einen bewaffneten Aufstand ist“, so Rettinghaus weiter.

André Kuper, Präsident des NRW-Landtags, erklärte: „Die Großrazzia in der Reichsbürgerszene zeigt, dass der demokratische Rechtsstaat funktioniert und wachsam ist. Aber gleichzeitig wird deutlich, dass die Demokratie angegriffen wird, wenn Reichsbürger zum Ziel haben, die bestehende staatliche Ordnung in Deutschland zu überwinden“, so der CDU-Politiker. Die Szene der Reichsbürger, Querdenker und Staatsfeinde würde zu Recht unter Beobachtung stehen. „Und zu Recht ist das Engagement und die Wachsamkeit aller Demokratinnen und Demokraten notwendig. Denn die Entwicklung zeigt, wozu Fake News und Verschwörungstheorien führen können. Aber unsere Demokratie ist wehrhaft gegenüber ihren Feinden. Und die Menschen vertrauen ihr, denn sie beweist sich auch in Krisen, wie wir sie gerade in Europa erleben“, so der Landtagspräsident weiter.

Der Verfassungsschutz hat in NRW landesweit etwa 3400 Reichsbürger und Unterstützer der Szene ausgemacht. Die Sicherheitsbehörde bewertet diese als „Bestrebung mit erheblichem Gefährdungspotenzial“.

Der Fraktionsvize der FDP im Düsseldorfer Landtag, Marc Lürbke, will die Verbindungen nach NRW näher beleuchtet haben: „Welche Bezüge gibt es nach NRW, eventuell sogar in die Polizei oder in die Bundeswehr hinein? Und welche Bezüge gibt es vielleicht in die AfD? Das muss geklärt werden.“ Auch in NRW gebe es einen Schwerpunkt in der extremistischen Szene. Die Grünen-Fraktionschefin Verena Schäffer betonte: „Die heutigen Razzien zeigen, dass gerade auch bürgerlich auftretende Akteure mit einer rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen

Weltsicht eine nicht zu unterschätzende Gefahr darstellen.“
Verschwörungserzählungen und rechtsextremistische Einstellungen seien der Nährboden für gefährliche Umsturzpläne. CDU und Grüne in NRW wollten „die Erkenntnislage über den Rechtsextremismus verbessern und die Aufklärung zu Verschwörungsmythen intensivieren“, erklärte sie.

(csh)

https://rp-online.de/nrw/panorama/razzia-bei-reichsbuergern-so-ist-die-lage-in-nrw_aid-81119389

Bundesweite Durchsuchungen bei Reichsbürgern „Hier war eine Bande von Terroristen am Werk“

Düsseldorf/Berlin · NRW-Innenminister Herbert Reul verurteilt die bundesweiten Umsturzpläne der Reichsbürgerszene aufs Schärfste. Auch in NRW gab es Durchsuchungen – unter anderem bei einer Polizistin.

07.12.2022

Von Christian Schwerdtfeger, Hagen Strauß und Sina Zehrfeld

Die Bundesanwaltschaft hat am Mittwoch 25 Menschen aus der sogenannten Reichsbürgerszene festnehmen lassen. Rund 3000 Polizeibeamte waren laut Bundesanwaltschaft in elf Bundesländern im Einsatz. Die terroristische Vereinigung habe die staatliche Ordnung in Deutschland stürzen und durch eine eigene ersetzen wollen, die in Grundzügen schon ausgearbeitet sei. Dafür hätte sie auch Tote in Kauf genommen, so eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft. 22 der Festgenommenen sollen Mitglieder dieser terroristischen Vereinigung sein, zwei davon Rädelsführer. Drei weitere gelten als Unterstützer. Zudem gebe es 27 weitere Beschuldigte, sagte die Sprecherin weiter. Mehr als 130 Objekte wurden durchsucht.
NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) verurteilte die Umsturzpläne der Reichsbürger-Szene. „Reichsbürger sind eine gefährliche Mischung aus Rechtsextremisten, Anhängern von Verschwörungsmythen und renitenten Staatsleugnern; das sehen wir heute einmal mehr. Hier war eine Bande von Terroristen am Werk. Ihnen ist jedes Mittel recht, unsere bestehende freiheitliche Gesellschaftsordnung zu zerstören“, sagte Reul. „Es ist für mich schwer erträglich, dass Täter mit einer solch abstrusen und menschenverachtenden Ideologie vor massiver Gewalt und selbst vor Tötungen nicht zurückschrecken. Besonders erschüttert mich, dass unter den Beschuldigten auch Personen sind, die als Angehörige von Militär und Sicherheitsbehörden Zugang zu Waffen haben. Die Festnahmen und Durchsuchungen von heute Morgen zeigen aber auch: Die Sicherheitsbehörden sind wachsam und durchsetzungsstark. Die gute Zusammenarbeit von Bund und Ländern hat heute dazu geführt, eine gefährliche Terrorzelle zu stoppen“, so Reul weiter.
In NRW gab es insgesamt an drei Orten Durchsuchungen – unter anderem in Krefeld und Minden-Lübbecke, wie unsere Redaktion aus Sicherheitskreisen erfuhr. „In Minden-Lübbecke fand die Durchsuchung bei einer Polizistin statt. Sie war nicht in leitender Position tätig. Außerdem gab es in NRW keine Festnahmen“, hieß es weiter aus Sicherheitskreisen. Der Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft,

Erich Rettinghaus, mahnte zur Vorsicht. „In unseren eigenen Reihen haben wir Reichsbürger auch immer sofort ausgeschlossen. Wer den Eid auf die Verfassung geleistet hat, muss sich auch dementsprechend verhalten. Das steht völlig außer Frage“, so Rettinghaus. „Diese Zelle hat jetzt gezeigt, dass in der Szene Potenzial für einen bewaffneten Aufstand ist“, so Rettinghaus weiter.
André Kuper, Präsident des NRW-Landtags, erklärte: „Die Großrazzia in der Reichsbürgerszene zeigt, dass der demokratische Rechtsstaat funktioniert und wachsam ist. Aber gleichzeitig wird deutlich, dass die Demokratie angegriffen wird, wenn Reichsbürger zum Ziel haben, die bestehende staatliche Ordnung in Deutschland zu überwinden“, so der CDU-Politiker. Die Szene der Reichsbürger, Querdenker und Staatsfeinde würde zu Recht unter Beobachtung stehen. „Und zu Recht ist das Engagement und die Wachsamkeit aller Demokratinnen und Demokraten notwendig. Denn die Entwicklung zeigt, wozu Fake News und Verschwörungstheorien führen können. Aber unsere Demokratie ist wehrhaft gegenüber ihren Feinden. Und die Menschen vertrauen ihr, denn sie beweist sich auch in Krisen, wie wir sie gerade in Europa erleben“, so der Landtagspräsident weiter.
Der Verfassungsschutz hat in NRW landesweit etwa 3400 Reichsbürger und Unterstützer der Szene ausgemacht. Die Sicherheitsbehörde bewertet diese als „Bestrebung mit erheblichem Gefährdungspotenzial“.
Der Fraktionsvize der FDP im Düsseldorfer Landtag, Marc Lürbke, will die Verbindungen nach NRW näher beleuchtet haben: „Welche Bezüge gibt es nach NRW, eventuell sogar in die Polizei oder in die Bundeswehr hinein? Und welche Bezüge gibt es vielleicht in die AfD? Das muss geklärt werden.“ Auch in NRW gebe es einen Schwerpunkt in der extremistischen Szene. Die Grünen-Fraktionschefin Verena Schäffer betonte: „Die heutigen Razzien zeigen, dass gerade auch bürgerlich auftretende Akteure mit einer rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Weltsicht eine nicht zu unterschätzende Gefahr darstellen.“
Verschwörungserzählungen und rechtsextremistische Einstellungen seien der Nährboden für gefährliche Umsturzpläne. CDU und Grüne in NRW wollten „die Erkenntnislage über den Rechtsextremismus verbessern und die Aufklärung zu Verschwörungsmythen intensivieren“, erklärte sie.

https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/weihnachtsmarkt-duesseldorf-polizei-greift-bei-anschlagsdrohung-hart-durch_aid-81030435

Anschlagsdrohung auf Düsseldorfer Weihnachtsmarkt „Die Entscheidung zur Räumung wird nicht leichtfertig getroffen“

Düsseldorf · Es war eine gespenstische Szenerie in der Düsseldorfer Innenstadt: Nach einer Sicherheitswarnung musste der große Weihnachtsmarkt am Montagnachmittag geräumt werden. Offenbar war es nicht die einzige Anschlagsdrohung in NRW an diesem Tag. Warum die Polizei so hart durchgriff.

von Christian Schwerdtfeger Chefreporter/Leiter Reporterteam

Anschlagsdrohungen werden von den Sicherheitsbehörden extrem ernst genommen. Häufig muss schnell entschieden werden, welche Maßnahmen in einem solchen Fall zu ergreifen sind. In Düsseldorf hat sich die Polizei am Montag nach einer Anschlagsdrohung dazu entschieden, den Weihnachtsmarkt in der Innenstadt zu räumen und Teile der Altstadt abzusperren. Die Polizei sprach offiziell von einer abstrakten Sicherheitsstörung, möchte diese aber nicht näher erläutern. Unserer Redaktion sind Details dazu bekannt, worin die Bedrohungslage bestand. Wir haben uns jedoch dazu entschieden, diese nicht zu nennen, um mögliche Nachahmungstäter nicht zu ermutigen.

„Die Entscheidung zur Räumung wird nicht leichtfertig getroffen. Man muss auch bei einer Räumung sehr sorgsam und sehr behutsam vorgehen. Denn dabei kann durchaus eine Panik entstehen, die man natürlich vermeiden muss“, erklärt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Wenn man schließlich räumen lässt, ist das schon konkret. Jedenfalls ist man dann zu dieser Einschätzung gekommen. Es kommt auch bei einer solchen Androhung darauf an, wie die Botschaft rüberkommt. Im Zweifel wählt man natürlich das geringste Risiko und lässt räumen. Sicher ist sicher“, so Rettinghaus.

Nach Informationen unserer Redaktion hat es am Montag in NRW in mindestens einer weiteren Stadt eine ähnliche Anschlagsdrohung gegeben. „Es gab auch woanders Anrufe ähnlicher Art wie in Düsseldorf. In Münster etwa – da ging es aber nicht gegen den Weihnachtsmarkt. Dort hat man den Anruf aber als Fake bewertet“, sagte ein Insider unserer Redaktion. Man wisse noch nicht, wer hinter den Drohungen stecke. Es werde in alle Richtungen ermittelt, hieß es. Zudem gab es in Düren einen ähnlichen Anruf an einem Berufskolleg, das nach daraufhin gesperrt, evakuiert und durchsucht worden.

Die Polizeipräsidien in Düsseldorf, Köln - zuständig für den Fall in Düren - und Münster bestätigten, dass sie jeweils einen Zusammenhang mit den anderen Anrufen prüfen. Es sei sehr auffällig, dass es an einem Tag plötzlich drei ähnliche Anrufe gegeben habe, hieß es aus Polizeikreisen.

Erfolgt eine Drohung telefonisch, wird sie sofort von den entsprechenden Fachdienststellen geprüft – wie dem Staatsschutz, dem Verfassungsschutz, dem Landeskriminalamt oder dem Bundeskriminalamt. „Die erstellen dann eine Gefährdungsanalyse. Je nach Erkenntnisgewinn und je nachdem, wie glaubhaft die

Drohung eingestuft wird, wird entschieden, welche Maßnahmen ergriffen werden. Ist die Anschlagsdrohung konkret oder nicht konkret?“, sagte Polizeigewerkschafter Rettinghaus. Dabei spielt ihm zufolge auch immer eine Rolle, aus welcher politischen Richtung die Drohung kommt und gegen wen und welche Einrichtung sich die Drohung richtet. So würden etwa Synagogen und Weihnachtsmärkte als potenzielle Ziele mit besonderer Vorsicht behandelt. „Weihnachtsmärkte sind in Deutschland nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt natürlich hochgradig sensibel“, erklärte Rettinghaus.

Manchmal bekommen die deutschen Sicherheitsbehörden aber auch Informationen von befreundeten Geheimdiensten aus dem Ausland. „Wenn so ein Hinweis von einem Auslandsdienst kommt, ist das noch mal viel ernster, als wenn einer einfach auf einer Leitstelle anruft und die Drohung ausspricht. Dann steckt da meistens viel hinter“, so der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft. Im Fall eines Anrufs wird Rettinghaus zufolge auch geprüft, ob es zuletzt schon einmal so eine telefonische Drohung gegeben habe. „Es wird in anderen Städten und Ländern abgefragt, ob es derzeit auch woanders solche Drohungen gibt“, sagte er.

„Rheinische Post“ (online) vom: 13.12.2022 – Thema: „Bezüge zum Rockermilieu möglich – ein Toter nach Schüssen in Dinslakener Copyshop“: https://rp-online.de/nrw/staedte/dinslaken/dinslaken-mann-in-copyshop-erschossen-bezug-zu-hells-angels-moeglich_aid-81375897

Update | *Dinslaken* · In Dinslaken ist ein Mann in einem Geschäft an der Hünxener Straße erschossen worden. Die Hintergründe sind noch unklar. Nach Informationen unserer Redaktion soll der Schütze den Hells Angels angehören.

Foto: Heinz Schild

Von Frieder Bluhm, Christian Schwerdtfeger und Heinz Schild
Jede Menge Polizei, die Hünxener Straße abgeriegelt: Durch Schüsse ist am Montagnachmittag gegen 14.30 Uhr in Dinslaken ein Mann getötet worden.
Nach Angaben eines Pressesprechers der Duisburger Polizei befand sich ein 47-Jähriger in einem Copyshop an der Hünxer Straße, als ihn drei Unbekannte in dem Laden überfielen. „Zeugen hatten gemeldet, dass dort Schüsse gefallen waren“, so die Polizei. Der Geschäftsinhaber schilderte, dass er von drei Unbekannten überfallen worden sei. Sie hätten ihn mit Reizgas attackiert. Daraufhin hat er von seiner Schusswaffe Gebrauch gemacht. Einer der Angreifer ist getroffen worden. Er verstarb etwa eine Stunde später. Die anderen sind geflohen. Nach den Flüchtigen wird gefahndet. Sie werden wie folgt beschrieben: 1,80 bis 1,90 Meter groß; der größere der beiden soll einen grünen Parka und einen Mund-Nasen-Schutz in Tarnfarben getragen haben.

Der Schütze selbst ist in Polizeigewahrsam. Die Waffe wurde sichergestellt. Zu den Hintergründen der Tat gibt es aktuell noch keine offizielle Stellungnahme.

Nach Informationen unserer Redaktion gibt es möglicherweise Bezüge zum Rockermilieu. Der Schütze soll Sicherheitskreisen zufolge den Hells Angels angehören und derzeit unter Polizeischutz stehen. Er soll sich den Behörden gegenüber allerdings nicht kooperativ verhalten.

„Beim Geschäftsinhaber gibt es entsprechende Erkenntnisse, dass er Kontakte hat. Aber ob die Tat damit zusammenhängt, können wir nicht bestätigen. Das wissen wir nicht“, so die Polizei. Nach Informationen unserer Redaktion soll der Schütze in diesem Jahr bereits selbst Opfer einer Schusswaffen-Attacke geworden sein. Es wird wohl überprüft, ob beide Taten zusammenhängen.

Die Duisburger Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen übernommen; eine Mordkommission der Polizei Duisburg ermittelt. Die Polizei ist mit massiven Kräften aus dem Kreis Wesel und Duisburg vor Ort und sichert den Tatort ab.
„Wir müssen jetzt die Ermittlungen abwarten, in welche Richtung es geht. In der Gegend köchelt es ja schon länger“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Erst in der jüngsten Lageeinschätzung der Rockerkriminalität in NRW, die unserer Redaktion vorliegt, warnte die Polizei vor einer Eskalation der Gewalt in der Öffentlichkeit. Die Sicherheitsbehörden kommen laut des Berichts zu dem Schluss, dass „jederzeit mit Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Gruppierungen“ von verbotenen Rockerbanden in NRW zu rechnen ist. Dabei könnten auch Schusswaffen eingesetzt und Unbeteiligte gefährdet werden.

https://rp-online.de/nrw/staedte/dinslaken/ein-toter-in-dinslaken-hells-angel-erschiesst-angreifer_aid-81428947

Bluttat in Dinslaken Schütze schoss nicht in Notwehr

Update | Dinslaken · Nach dem tödlichen Überfall auf ein Ladenlokal in Dinslaken werden Racheaktionen in der Rockerszene befürchtet. Der Ladeninhaber, der einen Angreifer erschoss, wird den Hells Angels zugerechnet.

Von Christian Schwerdtfeger und Frieder Bluhm

Von der Aufregung des Vortages ist am Dienstagvormittag nicht mehr viel zu merken am Tatort an der Hünxer Straße in Dinslaken. Rings um den Eingang des Print- und Werbedesign-Geschäftes, in dem am Montag gegen 14.30 Uhr Schüsse gefallen sind und ein 36-Jähriger tödlich verletzt wurde, ist ein Flatterband der Polizei gespannt. Im unteren Bereich der Glaseingangstür ist ein Loch markiert, das eine Kugel hinterlassen hat. Einige Kriminaltechniker sind noch mit Vermessungen

beschäftigt; ballistische Untersuchungen, die klären sollen, von wo aus geschossen wurde. Vorübergehend musste dafür auch ein Abschnitt der Hünxer Straße gesperrt werden.

Am Montag war der 47-jährige Ladeninhaber in seinem Geschäft zunächst von drei maskierten Männern überfallen worden. Daraufhin hatte er zu einer Schusswaffe (Kaliber 9mm) gegriffen und mehrfach geschossen. Ein 36-jähriger Angreifer wurde dabei tödlich verletzt. Laut Obduktionsergebnis starb er durch eine Schutzverletzung hinten am Körper.

Die Staatsanwaltschaft Duisburg geht gegenwärtig nicht von einer Notwehrlage aus, da der tödliche Schuss den Getöteten von hinten traf. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Duisburg wurde der Beschuldigte am heutigen Tage der zuständigen Haftrichterin bei dem Amtsgericht Dinslaken vorgeführt. Die Haftrichterin erließ Haftbefehl wegen des dringenden Tatverdachts des Totschlags.
Die anderen beiden Täter konnten flüchten. Zeugen beschrieben die Unbekannten wie folgt: 1,80 bis 1,90 Meter groß; der Größere der beiden soll einen grünen Parka und einen Mund-Nasen-Schutz in Tarnfarben getragen haben. Die Duisburger Mordkommission hat die Ermittlungen zum genauen Ablauf der Tat und dem möglichen Hintergrund aufgenommen. Zeugen, die weitere Angaben zum Vorfall oder zu den flüchtigen Tätern machen können, werden gebeten, sich mit der Mordkommission in Verbindung zu setzen.

Nach Informationen unserer Redaktion aus Sicherheitskreisen soll es sich bei dem Schützen um ein Mitglied der Rockerbande Hells Angels handeln, auf den im Januar dieses Jahres selbst geschossen worden ist. „Er stand unter Polizeischutz. Aber er hat sich wenig kooperativ gezeigt“, sagte ein Insider.

Nun wird befürchtet, dass es zu einer Vergeltungsaktion kommen könnte und sich die Spirale der Gewalt weiterdreht. Die Sicherheitsbehörden kamen bereits vor dem jetzigen Fall in Dinslaken laut des jüngsten Lageberichts über die Szene zu dem Schluss, dass „jederzeit mit Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Gruppierungen“ von verbotenen Rockerbanden in NRW zu rechnen ist. Dabei könnten auch Schusswaffen eingesetzt und Unbeteiligte gefährdet werden. „Schießereien sind in diesem Milieu das letzte Mittel. Wenn so etwas passiert, besteht ein Konflikt schon länger. Man setzt damit ein Zeichen in der Szene, dass man sich das nicht länger gefallen lässt. Und es geht ganz einfach um Geld, Einfluss und Macht“, sagt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „So eine Tat hat zudem auch mit Einschüchterung zu tun. Und man setzt damit auch intern des Clubs ein Zeichen und will damit weiter nach oben kommen in der Hierarchie“, so Rettinghaus.
Die Grenzen von Dinslaken zum Duisburger Norden, wo es erst im Mai zu einer Schießerei mit Rockerbeteiligung gekommen ist, sind fließend. „Das Gebiet gehört in der Szene zusammen, dazu noch andere Teile des Ruhrgebiets“, erklärt Rettinghaus.
Im rückwärtigen Teil des Hauses steht am Tag nach der Tat im zweiten Stockwerk ein Mann und raucht. Nein, mitbekommen habe er nichts, versichert er. Das habe er gestern auch schon der Polizei gesagt. Während des Vorfalls am Montag war er zwar zu Hause. Aber von Schüssen habe er nichts mitbekommen. „Guter Mann“, sagt er und meint den Geschäftsinhaber, der geschossen haben soll und noch am Tatort von der Polizei vorläufig festgenommen wurde. Er weist mit der Kippe auf einen

Transporter mit Werbeaufdruck, der auf dem Parkplatz hinter dem Haus steht. „Guter Mann“, wiederholt er. Ein Familienmensch sei der, meint er zu wissen. Schwierigkeiten habe es mit ihm nie gegeben. Höchsten mit den Motorradfahrern, die immer mal wieder mit viel Lärm vor dem Haus aufgetaucht seien. Aber jetzt schon länger nicht mehr.

Rheinische Post vom 28.12.2022 / +Artikel
https://rp-online.de/nrw/panorama/silvester-2022-retter-engpass-in-nrw-droht_aid-82024411

Notärzte warnen vor illegalen Böllern - an Silvester droht ein Retter-Engpass in NRW

Düsseldorf/Köln · **Auch bei Feuerwehr und Notärzten in Nordrhein-Westfalen fehlt wegen der Krankheitswelle Personal. Deshalb könnte es zum Jahreswechsel zu wenige Einsatzfahrzeuge geben. Land und Polizei warnen eindringlich vor illegalen Böllern.**

Nach zwei Jahren strikter Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie rechnen Polizeibehörden und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen für Silvester mit einem massiven Einsatzaufkommen. Erschwerend hinzu käme Personalmangel infolge der Erkältungswelle bei Polizei, Feuerwehr und Notärzten. „Wir sind sowohl in den Krankenhäusern als auch im Rettungsdienst ziemlich gebeutelt wegen ungewöhnlich vieler Krankheitsausfälle“, sagte Alex Lechleuthner, Ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes der Feuerwehr Köln, unserer Redaktion. Dies könne zu stundenweisen Ausfällen von Rettungsfahrzeugen führen, bis Ersatz gefunden sei, so Lechleuthner weiter. „Wir setzen deshalb an Silvester alle Einsatzkräfte ein, die verfügbar sind“, betonte der Notarzt.

Insbesondere illegale Böller bereiten den Sicherheitsbehörden und Rettungsdiensten Sorge. Denn diese Knallkörper besitzen eine deutlich höhere Sprengkraft als die zertifizierten Kracher, die ab dem 29. Dezember in den Geschäften legal gekauft werden können. „Je lauter und explosiver, desto besser die Party. Das ist eine Logik, die ich nicht verstehe. Und ich hoffe sehr, dass die Menschen die Finger von illegalen Böllern lassen. Das Zeug ist unberechenbar und lebensgefährlich“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion. Er appellierte an die Vernunft der Feiernden. „Nachdem es zwei Jahre lang keinen normalen Feuerwerksverkauf gab, hoffe ich, dass die Menschen den sorgsamen Umgang damit nicht verlernt haben. Auch wenn es Böller und Raketen jetzt wieder überall zu kaufen gibt, gilt: Lassen Sie die Sektkorken knallen, aber keine illegalen Böller. Umsicht ist auch dieses Silvester das höchste Gebot. Die Kollegen der Polizei, der Feuerwehr und die Ärzte in den Notaufnahmen danken es Ihnen“, sagte Reul.

„Es ist aber leider davon auszugehen, dass die Notaufnahmen wegen unsachgemäßen Gebrauchs von Knallkörpern wieder aus allen Nähten platzen werden“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). „Es fehlt mir jegliches Verständnis für die Leute,

die illegale Böller kaufen und diese dann in aller Öffentlichkeit abfackeln“, so Rettinghaus.

Auch Lechleuthner warnt vor dem Kauf von nicht zertifizierten Böllern aus dem Ausland und selbst gebastelten Sprengkörpern. „Die sind unvorhersehbar in ihrer Wirkung und es kann beim Abbrennen zu gravierenden Verletzungen wie Verbrennungen kommen“, sagte er. „Unvorsichtig werden die Leute vor allem durch Alkohol. Der Klassiker ist: Man behält den Sprengkörper in der Hand und wirft das Feuerzeug weg“, so der Notfallmediziner.

Die Polizei bereitet sich mit einem Großaufgebot auf Silvester vor – insbesondere auf den Feiermeilen in Köln und Düsseldorf werden massive Kräfte zusammengezogen, um mögliche Ausschreitungen im Keim zu ersticken. „Wir sind auf alles gut vorbereitet und hoffen, dass es friedlich bleibt“, sagte Rettinghaus. „Wir werden zig Hundertschaften im Einsatz haben. Aber auch wir haben momentan eine hohe Krankheitsrate und müssen gucken, wie die Dienste besetzt werden“, so Rettinghaus.

Die Kreispolizeibehörden bereiten sich nach Angaben des NRW-Innenministeriums intensiv auf den bevorstehenden Einsatz vor. „Zur Unterstützung der einzelnen Kreispolizeibehörden ist erforderlichenfalls der Einsatz von Kräften der Bereitschaftspolizei vorgesehen. Insbesondere die Kreispolizeibehörden Köln und Düsseldorf sind durch die Feierlichkeiten zum Jahreswechsel regelmäßig stark in das Einsatzgeschehen eingebunden“, hieß es aus dem NRW-Innenministerium. „Sie werden, wie zahlreiche andere Kreispolizeibehörden, die erforderlichen Maßnahmen im Rahmen einer besonderen Aufbauorganisation, auch unter Einsatz von Kräften der Bereitschaftspolizei, durchführen“, hieß es weiter. Die Behörden würden dadurch eine deutlich sichtbare Polizeipräsenz gewährleisten – vornehmlich in den Bereichen, in denen sich eine Vielzahl von Personen aufhält. „Bei Störungen der öffentlichen Sicherheit und insbesondere bei Gewalttätigkeiten, werden die Einsatzkräfte konsequent einschreiten. Zudem stehen die Kreispolizeibehörden im engen Austausch mit den zuständigen Dienststellen der Bundespolizei und den kommunalen Gefahrenabwehrbehörden“, so das NRW-Innenministerium. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) rät zu einem vorsichtigen Umgang mit Feuerwerk. „Jedes Jahr kommt es an Silvester zu schweren Unfällen, bei denen Menschen Augenlicht, Hörvermögen oder Gliedmaßen verlieren“, so Laumann. Illegale Böller und Raketen seien eine Gefahr für Leib und Leben, so Laumann weiter.

Der Verband der pyrotechnischen Industrie (VPI) mahnte ebenfalls zu einem sachgerechten Gebrauch der Knallkörper. „Knalltraumata kommen nicht aus heiterem Himmel. Sie können nur entstehen, wenn sich Anwender nicht an den richtigen Umgang mit Feuerwerk halten. Nicht selten auch, weil die nötige Ernsthaftigkeit und Aufsicht von Erwachsenen fehlt“, betonte VPI-Vorstand Michael Kandler. Legales Silvesterfeuerwerk sorge weder dafür, dass die Notaufnahmen ein Problem hätten, noch dafür, dass sich die Situation auf den Intensivstationen maßgeblich verschärfen würde, so Kandler. „Das Problem sind Unachtsamkeit, übermäßiger Alkoholgenuss und illegale Feuerwerksprodukte“, so der VPI-Vorsitzende.

Rheinische Post vom 30.12.2022 +Artikel

https://rp-online.de/nrw/panorama/polizei-erwartet-weitere-kindesmissbrauchsfaelle-in-nrw_aid-82023151

Polizei erwartet weitere Kindesmissbrauchsfälle in NRW

Düsseldorf · **Die Ermittlungsbehörden in Nordrhein-Westfalen wollen den Kampf gegen sexuelle Gewalt weiter intensivieren. Der Chef des Landeskriminalamts rechnet mit noch schockierenderen Taten. Eine Umfrage zeigt den Handlungsbedarf.**

Das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt (LKA) rechnet mit dem Bekanntwerden neuer schwerer Kindesmissbrauchskomplexe in NRW und Deutschland: „Es wird leider weitergehen, und wir werden neue Verfahren haben, die noch unvorstellbarer sein werden“, sagte LKA-Chef Ingo Wünsch unserer Redaktion. „Das ist leider so sicher wie das Amen in der Kirche. Darauf muss sich die Gesellschaft vorbereiten.“

In diesem Jahr hatte das Bekanntwerden des bundesweiten Missbrauchskomplexes mit Ermittlungsschwerpunkt in Wermelskirchen das Land erschüttert. Dem 45-jährigen Angeklagten, der in seinem Haus in der bergischen Stadt festgenommen worden war, wird derzeit der Prozess gemacht. Ihm werden insgesamt 122 Taten in der Zeit zwischen 2005 und 2019 zur Last gelegt. Dazu zählen viele schwere Fälle sexualisierter Gewalt gegen Kinder. Das jüngste Opfer soll laut Anklage 2012 ein rund einen Monat altes Mädchen gewesen sein. Zudem wird der 45-Jährige der Beihilfe zum sexuellen Missbrauch sowie wegen Besitzes von Kinderpornografie beschuldigt. Der Mann hatte der Anklage zufolge als Babysitter gejobbt und so das Vertrauen von Eltern und einigen seiner späteren Opfer erlangt.

Die Fälle und Komplexe in Lügde, Bergisch Gladbach und Münster seien bereits „schrecklich, grauenvoll, menschenverachtend und außerhalb jeglicher Vorstellungskraft“ gewesen, sagte Wünsch. „Der Fall Wermelskirchen kommt noch einmal obendrauf. Es ist so unendlich wie das Weltall, was man Kindern Schlimmes antun kann“, so der LKA-Chef. „Man kann das nicht verstehen – gerade wenn man selbst Kinder hat. Das geht auch in meinen Kopf nicht rein.“
Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) in NRW rechnet ebenfalls damit, dass weitere Missbrauchskomplexe ans Tageslicht kommen werden. „Wir holen die Fälle mit enormem Ermittlungsaufwand aus dem Dunkelfeld heraus“, sagte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus. Die Täter seien nicht nur landesweit, sondern weltweit vernetzt. „Denen muss man auch über die Grenzen hinweg das Handwerk legen. Wir brauchen daher dringend längere Speicherfristen für die Daten. Dann würden wir auch noch mehr Täter fassen“, forderte Rettinghaus.

Ermittler beklagen seit Längerem, dass sie von vielen pädosexuellen Tätern zwar die IP-Adressen ermitteln können, eine Identifizierung dann aber oft scheitert, weil die zugehörigen Nutzerdaten bereits gelöscht sind.

Der Kampf gegen Kinderpornografie und Kindesmissbrauch bleibt ein Schwerpunkt der Polizei in NRW. Laut Kriminalitätsstatistik gab es im vergangenen Jahr in den

Bereichen Kinderpornografie (plus 137,2 Prozent) und sexueller Missbrauch von Kindern (plus 23,2 Prozent) einen massiven Anstieg der Zahl der aufgedeckten Fälle. „2021 wurden mehr Fälle von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie erfasst als je zuvor. Denn je tiefer man gräbt, desto mehr findet man“, sagte Landesinnenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion. „Wir werden diesen Kampf entschlossen weiterführen und hoffentlich weitere Kinder aus den Fängen ihrer Peiniger befreien“, so Reul weiter.

So entsetzlich die Fälle der vergangenen Jahre auch gewesen seien, so sehr seien sie ein Katalysator für die kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit, sagte Reul: „Wir haben aufgerüstet, wo es erforderlich war – personell und technisch.“ So sei das Personal, das für die Bekämpfung der Verbrechen eingesetzt werde, verfünffacht worden – von 100 auf 500. Um mit den Tätern im Netz Schritt zu halten, sei darüber hinaus technisch aufgerüstet worden. So seien zum Beispiel über 32 Millionen Euro in virtuelle Großraumbüros und Hochleistungsrechner investiert worden, betonte Reul.

Eine aktuelle Umfrage des Instituts KB&B Family Marketing Experts unter Kindern und Jugendlichen macht den Handlungsbedarf deutlich: Sie werden demnach zunehmend im Internet von Erwachsenen mit sexuellen Absichten kontaktiert. 24 Prozent der Befragten wurden schon einmal im Netz von Erwachsenen zu einer Verabredung mit ihnen aufgefordert.

„WDR online“ vom: 02.01.2023 – Thema: „Böller gegen Polizei und Feuerwehr: Das wird jetzt gefordert“:

https://www1.wdr.de/nachrichten/silvester-angriffe-polizei-feuerwehr-reaktionen-nrw-100.html

In der Silvester-Nacht hat es zum Teil massive Angriffe mit Feuerwerk auf Polizei und Feuerwehr gegeben. Polizei-Gewerkschaften fordern nun Konsequenzen. Auch die Landespolitik reagiert.

Nach den Übergriffen in der Silvester-Nacht auf Polizei und Feuerwehr - auch in NRW - fordern Polizei-Gewerkschaften politische Konsequenzen. Vor allem in Berlin und Hamburg wurden Beamtinnen und Beamte mit Böllern und Raketen angegriffen. Damit nimmt auch die Diskussion über ein Böllerverbot wieder an Fahrt auf.

Silvester-Nacht: Dutzende verletzte Polizisten in NRW

Allein in NRW hat die Polizei 42 Verletzte zu beklagen. *"42 verletzte Polizeibeamtinnen und Beamte in einer Nacht sind 42 zu viel"*, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) am Montag dem WDR. "Das richtet sich klar gegen den Staat und die Regeln für unser gemeinschaftliches Zusammenleben."

Die Übergriffe hätten eine andere Qualität als in der Zeit vor der Corona-Pandemie, so Rettinghaus. *"Waren es seinerzeit Streitigkeiten, haben wir derzeit teils organisierte und geplante Delikte gegen Polizei und Feuerwehr, aber auch Tumultdelikte bei denen sich eine Vielzahl zusammenrottet, um gegen Polizei und Rettungsdienst vorzugehen."*

Insbesondere in Berlin und Hamburg, aber auch in Bochum, Bonn, Essen und anderswo in NRW, waren Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei nach eigenen Angaben angegriffen worden - unter anderem mit Feuerwerk.

Michael Mertens, Gewerkschaft der Polizei NRW

Ein Böllerverbot im öffentlichen Raum, also auf Straßen und Plätzen, das wünscht sich Michael Mertens, NRW-Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. "*Wir müssen generell über dieses unsinnige Böllern im öffentlichen Raum - auch zu Silvester - diskutieren"*, sagte er am Montag dem WDR, "*und aus meiner Sicht auch beschließen*."

"Wenn wir schon kein Verbot von Böllern hinbekommen", so Erich Rettinghaus von der Deutschen Polizeigewerkschaft, dann müsse der Staat zumindest auf andere Weise *"klare Zeichen setzen"*. Seine Forderungen:

- den vorhandenen Strafrahmen ausnutzen
- mehr Böllerverbotszonen
- zentrale Flächen, auf denen Feuerwerk abgebrannt werden darf
- *"besser"*, so Rettinghaus: zentral organisierte Feuerwerke
- *"noch besser"*: Ersatz durch Lichtershows

Innenminister: Angriffe aus Gruppen heraus

Reaktionen gab es auch aus der Landespolitik. Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte, die Angriffe seien *"meistens aus Gruppen junger Männer"*, aus der *"Anonymität"* in Großstädten erfolgt. Dies mache es teilweise nicht leicht, die Täter zu ermitteln. Er sprach von bisher landesweit rund 250 Fest- und Ingewahrsamnahmen in diesem Jahr. Härtere Strafen lehnte er ab, aber er forderte eine schnelle Bestrafung der überführten Tatverdächtigen durch die Justiz.

Der Sozialpsychologe Ulrich Wagner sagte im WDR, dass solche Aktionen gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte "*symbolisch gegen den Staat*" gerichtet seien. Es scheine sich zudem so etwas wie ein Ritus entwickelt zu haben - "*eine Art Sport von jungen Leuten gegen staatliche Vertreter*". Das müsse man unterbinden.

Angriffe auf Rettungskräfte sind Angriffe auf die ganze Gesellschaft", sagte SPD-Innenexpertin Christina Kampmann. Eine solche Verrohung sei nicht akzeptabel. Deshalb müsse es harte Strafen und eine konsequente strafrechtlich Verfolgung geben.
Außerdem bedürfe es einer konsequenteren Umsetzung der gesetzlichen Regelungen und *"einer besseren materiellen Ausstattung zum Schutz von Rettungskräften"*, so die Landtagsabgeordnete.
Ob eine Ausstattung der Feuerwehr etwa mit Bodycams und anderen Kameras Besserung bringt, wird aber angezweifelt. *"Kameras könnten dann einen Sinn haben, wenn sie wirklich abschrecken würden"*, sagte Christoph Schöneborn vom Feuerwehr-Verband NRW. *"Aber wenn es sich um vermummte Täter handelt, dann bringen die Kameras auch keine Abschreckung. Und insofern muss man natürlich sagen, helfen uns nur Mittel, die wirklich die Lage verbessern – und das sehen wir in solchen Kameras nicht."*

Ob es eine tatsächliche oder eine gefühlte Häufung solcher Vorfälle gibt, könne man nicht beurteilen, sagte der CDU-Innenexperte Christos Katzidis. Die Vorfälle sollten jetzt im Einzelnen erst einmal gründlich aufgearbeitet werden. Ein generelles Böllerverbot lehnte er ab.

Landespolitiker wollen Vorfälle auswerten

Auch die Grünen-Innenpolitikerin Julia Höller sagte, die *"erschreckenden Taten und die Hintergründe"* müssten von der Landespolitik genau angesehen werden. Man werde Lösungsvorschläge von Feuerwehr- und Polizeivertretern *"diskutieren und prüfen"*. Schon jetzt hätten Kommunen die Möglichkeit, aus Sicherheitsgründen Feuerwerksverbotszonen einzurichten.

Silvesternacht: Konsequenzen gefordert WDR aktuell 02.01.2023 16:09 Min. Verfügbar bis 09.01.2023 WDR
Von Cengiz Ünal

AfD-Fraktionschef Martin Vincentz sagte, die Strafen für Angriffe auf Rettungskräfte müssten verschärft werden. *"Nur ein robust auftretender Rechtsstaat kann sich Respekt verschaffen und die Lage in den Griff bekommen."* Feuerwehr-Vertreter Schöneborn indes forderte die konsequente Anwendung der geltenden Gesetze.

Der innenpolitische Sprecher der FDP, Marc Lürbke, sagte: *"Besonders bei jugendlichen Tätern muss die Strafe auf dem Fuße folgen."* Statt pauschaler Verbote brauche es eine "*zielgenaue und spürbare Rechtsdurchsetzung gegen diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten"*.

Über dieses Thema berichten am 02.01.2023 auch "WDR aktuell" und die "Aktuelle Stunde" im WDR Fernsehen.

„Rheinische Post und RP-online“ als + Artikel vom: 04.01.2023 – Thema: „Angriffe in der Silvesternacht **„Diese Gruppen verstehen nur Härte“**: https://rp-online.de/nrw/panorama/silvester-chaoten-diese-gruppen-verstehen-nur-haerte_aid-82319907

Düsseldorf · **Die Polizei geht davon aus, dass es vielfach junge Männer mit Migrationshintergrund waren, die Feuerwehrleute in der Silvesternacht mit Böllern attackierten. Zwar handele es sich nur um eine Minderheit, aber diese würde den Staat nicht akzeptieren.**

Nach den brutalen Attacken auf Feuerwehrleute und Polizisten in der Silvesternacht hat sich eine Debatte entwickelt über mögliche Motive der Angreifer sowie der Frage, wie solche Taten zu verhindern sind. Neben Berlin war es auch in NRW-Städten wie Düsseldorf, Duisburg und Essen zu Ausschreitungen gekommen. In Bonn hätten laut Polizei mehrere Jugendliche Müllcontainer angezündet und anschließend die Feuerwehr bei ihrem Einsatz mit Pyrotechnik und Steinen beworfen. In Hagen hätten vermummte Täter eine Straßenbarrikade gebaut und angezündet - auch dort seien die eintreffenden Rettungskräfte mit Feuerwerk beworfen worden.

In Essen und Bochum wurden Polizisten selbst zur Zielscheibe, als sie verhindern wollten, dass sich Personengruppen gegenseitig mit Raketen beschießen. Insgesamt seien 250 mutmaßliche Täter in der Silvesternacht festgenommen worden, erklärte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). „Ich werde nie verstehen, warum man Polizisten, Sanitäter, oder Feuerwehrleute angreift, die für unser aller Sicherheit im Einsatz sind“, sagte Reul. „Bei den Randalierern hatten wir es offenbar ganz überwiegend mit jungen Männern in Gruppen zu tun, häufig mit Migrationshintergrund.“

Auch die Polizei geht davon aus, dass es sich bei den Tätern vielfach um junge Männer mit Migrationshintergrund handelt. Man habe es aber nicht mit einer homogenen Gruppe zu tun, viele von ihnen seien auch hier geboren, hätten einen deutschen Pass, sagt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). „Wir reden über einen kleinen Teil von Menschen, die den Staat nicht akzeptieren und die Institutionen angreifen, die ihn repräsentieren“, so Rettinghaus. Ihnen seien falsche Werte vermittelt worden, ganz unabhängig vom Hintergrund. „Diese Personen passen nicht zu unserer Gesellschaft“, sagt der DPolG-Vorsitzende.

Das sieht auch der Berliner Autor und Psychologe Ahmed Mansour so, der deshalb eine Integrationsdebatte fordert. „In Berlin gibt es Gruppen von Jugendlichen, die den Staat als sehr schwach wahrnehmen, weil sie selbst aus sehr patriarchalen Strukturen kommen“, sagte Mansour. Einige hätten in ihren Heimatländern einen Polizeistaat erlebt, nähmen die demokratische Polizei als schwach wahr und suchten „Streit und Kontakt mit diesen schwachen Polizisten“. Allerdings seien Böllerverbote keine Lösung, das Problem müsse grundsätzlicher angegangen werden, entscheidender sei es, die Menschen zu erreichen und bei ihrem Verständnis für den Staat und den Rechten des Einzelnen anzusetzen.

Aus der Sicht von Rettinghaus sind diese Gruppen kommunikativ nicht mehr zu erreichen. „Sie verstehen nur Härte“, sagt er und fordert, dass Täter verfolgt und

bestraft werden müssten. Dies scheitere aber oft schon an der mangelnden personellen Aufstellung der Polizei. Denn grundsätzlich können Angriffe auf Polizisten, ermittelnde Staatsanwälte, Feldjäger und andere Sicherheitskräfte seit einer Gesetzesänderung 2017 mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden.

Zuvor hatte es eine besondere Strafandrohung nur für Angriffe bei Vollstreckungshandlungen wie etwa Festnahmen gegeben, seit der Reform auch während jeder anderen Diensthandlung. Ebenso geschützt wurden durch die Änderung Kräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste. Allerdings ist es oft schwierig, einzelne Täter zu identifizieren und zu überführen, weil Flaschen, Steine oder Böller aus einer Menge heraus geworfen werden.

Innenminister Reul wirbt dafür, jede Gewalttat gegen Einsatzkräfte auch anzuzeigen. „Denn jetzt kommt es darauf an, dass die Strafe auf dem Fuße folgt und diese Chaoten die Konsequenzen ihres Handelns spüren“, sagt Reul. Wenn nicht gezielt gegen die Täter vorgegangen werde, befürchtet Rettinghaus irgendwann Verhältnisse in den deutschen Städten wie in den Banlieues, den von hoher Kriminalität geprägten Vororten der französischen Metropolen. Dort würde die Feuerwehr gar nicht mehr hineinfahren, weil sie sofort attackiert werde. „Was wir gerade bei uns erleben, sind die Anfänge einer solchen Entwicklung“, sagt Rettinghaus.

Die Politik sei gefordert, gegenzusteuern, und zwar schnell. Denn bei den Angriffen handele es sich nicht um ein Phänomen, das schnell wieder verschwinde. Rettinghaus: „Wir müssen diesen Leuten klarmachen, dass wir das in unserer Gesellschaft nicht akzeptieren.“

„Neue Westfälische“ + Artikel vom: 04.01.2023 – Thema: „Angriffe auf Rettungskräfte in NRW: Wer sind die Täter aus der Silvesternacht?“:

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23449370_Angriffe-auf-Rettungskraefte-in-NRW-Wer-sind-die-Taeter-aus-der-Silvesternacht.html

Die Angriffe auf Rettungskräfte in der Silvesternacht lösen Entsetzen aus. NRW-Innenminister Reul sagt, die Täter seien häufig junge Männer mit Migrationshintergrund. Andere Stimmen warnen vor Vorverurteilung.
Bielefeld/Düsseldorf. Die heftigen Silvesterkrawalle in Berlin haben eine Integrationsdebatte ausgelöst. Längst steht nicht mehr die Frage im Zentrum, ob sich durch Böllerverbote derartige Ereignisse verhindern lassen, sondern ob es sich bei den Gewaltausbrüchen generell um ein Problem von jungen Männern mit Migrationshintergrund handele.

Für NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) ist ein Zusammenhang zumindest erkennbar. „Ich werde nie verstehen, warum man Polizisten, Sanitäter oder Feuerwehrleute angreift, die für unser aller Sicherheit im Einsatz sind. Bei den Randalierern hatten wir es offenbar ganz überwiegend mit jungen Männern in Gruppen zu tun, häufig mit Migrationshintergrund“, sagte Reul dieser Redaktion. Auch wenn offizielle Zahlen noch nicht vorliegen, war aus Sicherheitskreisen zu vernehmen, dass es sich bei den in NRW rund 260 verhafteten oder in Gewahrsam genommenen Tatverdächtigen unter anderem um Deutsche, Rumänen, Bulgaren,

Syrier, Niederländer und Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft wie zum Beispiel Deutsch-Türken handelt.

„Das Bedienen von Stammtischparolen hilft nicht weiter“

Während der ehemalige Bundesgesundheitsminister und stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Jens Spahn ungeregelte Migration und gescheiterte Integration für das Problem verantwortlich machte, warnte die Antirassismus-Beauftragte der Bundesregierung vor einem Generalverdacht gegen Migranten. „Wir müssen die Täter anhand ihrer Taten beurteilen, nicht anhand ihrer vermuteten Herkunft, wie dies nun einige tun“, sagte Reem Alabali-Radovan (SPD). Sie forderte vielmehr die Bekämpfung der sozialen Ursachen des Problems.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft in NRW, argumentiert ähnlich. Auch er warnt vor einer Verkürzung der Debatte auf Menschen mit Migrationshintergrund. „Das Bedienen von Stammtischparolen hilft nicht weiter. Dass bei den Randalierern auch Migranten dabei waren, bestreite ich nicht. Aber da waren mit Sicherheit viele dabei, die hier geboren sind und einen deutschen Pass haben“, sagte Rettinghaus auf Anfrage dieser Redaktion.

Auch wenn es sich nach seiner Einschätzung bei den Krawallmachern um eine Minderheit handele, müsse die Politik nun erkennen, dass Handlungsbedarf bestehe. „Da sind Menschen dabei, denen die Werte des Zusammenlebens nicht vermittelt worden sind und die in abgehängten Wohnvierteln leben“, sagte Rettinghaus und ergänzte: „Wenn wir Situationen haben, in denen wir drei Streifenwagen benötigen, um ein Feuerwehrfahrzeug zu sichern, dann sollte das ein absolutes Warnsignal für die Politik sein.“

"Das schlimmste Signal ist es, wenn der Staat sich zurückzieht"

Ad-hoc-Lösungen, wie diese Menschen integriert werden können, sieht Rettinghaus allerdings nicht. Für ihn ist nur klar, dass die Täter hart bestraft werden müssen. Denn: „Bei diesen Gruppen zählt nur Härte und Schnelligkeit bei der Umsetzung der Strafen. Das schlimmste Signal ist es, wenn der Staat sich zurückzieht.“

Daher hat Rettinghaus auch wenig Verständnis dafür, dass 103 der insgesamt 159 in Berlin festgenommenen Menschen nach Feststellung ihrer Identitäten wieder auf freiem Fuß sind. „Das ist eine Frage der Gerichte. Die Gesetze geben das her. Wenn jemand für einen Angriff auf ein Einsatzfahrzeug ins Gefängnis müsste und sich das in diesen Kreisen herumspricht, könnte das den Respekt gegenüber den Einsatzkräften wieder erhöhen“, sagte Rettinghaus.

Harte Strafen für die Täter verlangt auch Ahmad Mansour, Berliner Experte für Extremismusprävention. Er war nach eigenen Angaben in der Silvesternacht in Berlin unterwegs, um sich selbst ein Bild zu machen.

Verachtung gegenüber staatlichen Strukturen ist ausgeprägt

Gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“ schilderte er seine Beobachtungen in einem Interview: „Ich muss es sagen, was sich kein Politiker bis jetzt zu sagen traut. Es handelt sich meistens um Menschen mit Migrationshintergrund und es handelt sich

um Flüchtlinge.“ Durch ihr Verhalten wollten diese Gruppen ihre Verachtung gegenüber staatlichen Strukturen zum Ausdruck bringen. Für Mansour geht es nicht bloß um ein auf Silvester beschränktes Problem, sondern um ein generelles Integrationsproblem in Deutschland. Er forderte die Politik auf, die Ursachen der Krawalle und der Respektlosigkeit gegenüber dem Staat nicht länger zu tabuisieren. Für Mansour liegen diese Gründe oftmals in den patriarchalen Strukturen der Familien der randalierenden Jugendlichen. Dadurch würden sie den Staat als sehr schwach wahrnehmen. Einige hätten in ihren Heimatländern außerdem in einem Polizeistaat gelebt und nähmen die demokratische Polizei als schwach wahr. Sie suchten daher „Streit und Kontakt mit diesen schwachen Polizisten“.
Eine Lösung sieht Mansour in der konsequenten Vermittlung demokratischer Werte. „Integration bedeutet aber auch die Verinnerlichung dieser Werte und nicht nur physisch in Deutschland zu sein, aber emotional diese Gesellschaft zu verachten“, sagte er. Kurzfristig plädierte er aber wie Rettinghaus für „harte Strafen“. Genau wie auch NRW-Innenminister Reul, der forderte: „Jetzt kommt es darauf an, dass die Strafe auf dem Fuße folgt und diese Chaoten die Konsequenzen ihres Handelns spüren.“

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23451156_Braunkohleort-Luetzerath-Droht-eine-gewaltsame-Raeumung-der-Polizei.html

Proteste gegen Abriss Braunkohleort Lützerath: Droht eine gewaltsame Räumung der Polizei?

Ingo Kalischek **05.01.2023** Lukas Brekenkamp

Das Dorf muss dem Kohleabbau weichen. Klimaaktivisten protestieren. Darunter offenbar auch gewaltbereite Personen. Dorfbewohner gehen auf Distanz.
Bielefeld/Aachen. Es ist nur noch eine Frage weniger Tage, bis der kleine Ort Lützerath zwischen Erkelenz und Grevenbroich geräumt und abgerissen wird. Er soll für den Braunkohleabbau weichen. Klimaschützer sind empört und rufen zum Protest auf. Experten rechnen mit Gewalt bei der Räumung. Einer der größten Polizeieinsätze in der NRW-Landesgeschichte könnte bevorstehen. Dabei sind sich die Klimaschützer intern selbst nicht alle einig.

Wieso besteht die Sorge?

Ein ähnlicher Protest sorgte 2018 für bundesweites Aufsehen: Als der Hambacher Forst für den Braunkohleabbau gerodet werden sollte, gab es gewaltsamen Widerstand, da sich Aktivisten unter anderem in Baumhäusern versammelt hatten. Die Polizei fand damals unter anderem tödliche Fallen, die Aktivisten errichtet hatten. Mehrere Menschen - sowohl Polizisten als auch Klimaschützer - wurden verletzt. Ein Mann starb bei einem Polizeieinsatz, als er von einer meterhohen Brücke stürzte. Die Räumung sowie das Aufeinandertreffen von Polizei und Aktivisten sorgten auch in der Folge für heftige Diskussionen.
Auch jetzt deutet sich an, dass die Räumung Lützeraths nicht unbedingt friedlich verlaufen muss: Bereits in dieser Woche zündeten Aktivisten in Lützerath Barrikaden an, es wurden erste "Rangeleien" und Steinwürfe auf Polizisten erfasst.

Welche Klimaschützer sind vor Ort?

Ein Sammelsurium. An dem Protest beteiligt sich eine breite Masse. Darunter Gruppen wie "Fridays for Future" oder "Parents for Future" (beispielsweise aus Bielefeld). Fridays for Future-Aktivistin Luisa Neubauer ruft dazu auf, Lützerath "zu verteidigen". Auch Gruppen, die von Verfassungsschutzorganen beobachtet werden, scheinen sich bereits nach Lützerath begeben zu haben - oder kurz davor zu sein. Beispielsweise die laut Verfassungsschutz "linksextrem beeinflusste" Gruppe "Ende Gelände". Eine Bielefelder Ortsgruppe will am Wochenende anreisen. Bundesweite Aufmerksamkeit erfährt das Thema jetzt auch, weil Satiriker Jan Böhmermann sich einschaltet. Auf Twitter (Reichweite: 2,7 Millionen Follower) postet Böhmermann Fotos des Braunkohle-Tagebaus und schreibt: "Guckt Euch diese Scheiße vor den Toren Kölns mal selber an [...] gigantische, tote Löcher in der Welt".

Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagt: "Wir gehen neben einer großen Zahl friedlicher Klimaschützern auch davon aus, dass sich gewaltbereite, militante Personen in Lützerath befinden." Und weiter: "Wir gehen davon aus, dass auch militante Personen aus dem Ausland angereist sind und anreisen werden - die werden Krawall machen." Zu beobachten war bereits seit Verkündung der Räumung, dass unter anderem im linksextremen Spektrum in sozialen Medien für den Protest in Lützerath mobilisiert und aufgerufen wurde.

Womit rechnet die Polizei?

Rettinghaus geht mit Blick auf die anstehende Räumung "vom Schlimmsten" aus. "Die Zeichen stehen leider darauf, dass wir erheblichen Widerstand haben werden", sagt er. "Wir stellen uns auf eine schwere Einsatzsituation ein, womöglich sogar mit selbstgebauten Fallen wie im Hambacher Forst." Ob es so weit kommen wird, ist noch unklar. "Es ist besser, auf alles vorbereitet zu sein. Letztendlich hoffen wir aber auf einen friedlichen Einsatz - ohne Verletzte."

Was denken die Menschen vor Ort?

Überraschend ist, dass die Bewohner rund um Lützerath auf den angekündigten Protest offenbar verhalten reagieren. Hintergrund: Die fünf Erkelenzer Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath sollten eigentlich ebenfalls der Braunkohle weichen. Doch sie bleiben bestehen. Etliche Bewohner haben ihre Häuser aber schon vor Jahren verlassen und sind umgesiedelt. Ein paar hundert sind noch da. Barbara Ziemann-Oberherr ist eine von ihnen. Sie hat sich jahrelang für den Erhalt der Dörfer und für Klimaschutz eingesetzt. Die aktuelle Lage rund um Lützerath sieht sie kritisch.

Die 62-Jährige wirft den Aktivisten in Lützerath vor, dass sie "Massen aktivieren" wollen, "um gegen den Staat zu wettern". Den Aktivisten, die sich seit Monaten in Lützerath aufhalten, gehe es nicht vornehmlich um Klimaschutz, sondern darum, das System zu stürzen, behauptet Ziemann-Oberherr und macht klar: "Man muss bei den Aktivisten in Lützerath sehr genau unterscheiden." Einige würden aus dem Ausland anreisen, was sich an den ausländischen Autokennzeichen zeige, so Ziemann-Oberherr. Sie glaubt, dass einige Aktivisten sogar bezahlt werden, um vor Ort Stimmung zu machen.

Auch deshalb wollen sie und die weiteren Dorfbewohner sich nicht an den Protesten in Lützerath beteiligen. Ziemann-Oberherr hält es für falsch, wenn Aktivisten Häuser belagern, diese mit Graffiti beschmieren und sich zum Beispiel auf Straßen festkleben. "Das ist nicht unser Stil." Als sie den Aktivisten mitgeteilt habe, nicht zu demonstrieren, sei sie auf Unverständnis gestoßen und von einigen beleidigt worden, sagt Ziemann-Oberherr und betont: "Die Aktivisten sprechen nicht für uns Dorfbewohner. Sie fordern nur und klagen an, machen aber keine Besserungsvorschläge, wie es anders laufen könnte."

„Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (online) vom: 10.01.2023 – Thema: „Ist eine friedliche Räumung Lützeraths möglich? – Polizei: „Das Beste wäre, wenn wir die Menschen wegtragen müssten“: https://www.rnd.de/politik/klimaprotest-in-luetzerath-ist-eine-friedliche-raeumung-moeglich-VWMVP55NUVB6NMS5VMVPCKAIPE.html

Die Polizei rechnet bei der Räumung des Braunkohledorfs Lützerath mit gewaltsamen Protesten. Der Einsatz soll voraussichtlich Mittwoch beginnen und vier Wochen dauern. Was Polizeigewerkschaften und die Jugend der Grünen erwarten.

Greta Weber und Linde Gläser

Kann die Räumung von Lützerath friedlich verlaufen? Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) rechnet mit heftiger Gegenwehr der Aktivistinnen und Aktivisten. Eine Lösung mit kommunikativen Mitteln sei „sehr unrealistisch“, sagte der DPolG-Landesvorsitzende Nordrhein-Westfalens, Erich Rettinghaus, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Sein glimpflichstes Szenario: „Das Beste wäre, wenn wir die Menschen wegtragen müssten.“ Aufgrund der Polizeierfahrungen aus der Räumung des Hambacher Forsts 2018 rechnet Rettinghaus allerdings mit

gefährlichen Fallen, die die Aktivisten und Aktivistinnen für die Polizei aufstellen würden.

Die Einschätzungen der Polizeigewerkschaften fallen unterschiedlich aus. Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Nordrhein-Westfalen, Michael Mertens, glaubt, dass eine friedliche Räumung Lützeraths möglich sei. „Ich möchte der Protestbewegung nicht von vornherein Böswilligkeit unterstellen“, sagte Mertens dem RND. Aufgehäufte Pflastersteine vor Ort und ein Schild mit der Aufschrift „ACAT“ (auf Deutsch „Alle Polizisten sind Ziele“) würden seine Hoffnung jedoch trüben. Von der Polizei werde keine Gewalt ausgehen, die über das Losmachen und Wegtragen von Menschen hinausgehe. „Wenn aber von den Aktivisten Gewalt in so einem Ausmaß ausgeht, dann eskaliert die Situation. Darauf muss die Polizei dann reagieren“, so Mertens.

Grüne Jugend: „Vielfältiger Protest für echte Klimagerechtigkeit“

Rettinghaus betonte, dass die Aktivistinnen und Aktivisten das Dorf zu ihrem eigenen Schutz verlassen müssten: „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Lützerath in die Grube fällt.“ Durch seine Nähe zur Abbruchkante des bereits bestehenden Tagebaus Garzweiler sei das Dorf ein viel zu gefährlicher Aufenthaltsort. Das Dorf müsse, sogar wenn jedwede Arbeit im Tagebau eingestellt würde, zur Absicherung der Kante weichen. „Das ist ein symbolischer Protest, der keine Menschenleben fordern darf.“ Der Todesfall im Hambacher Forst dürfe sich auf keinen Fall wiederholen.

Grüne Jugend: „Vielfältiger Protest für echte Klimagerechtigkeit“

Rettinghaus betonte, dass die Aktivistinnen und Aktivisten das Dorf zu ihrem eigenen Schutz verlassen müssten: „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Lützerath in die Grube fällt.“ Durch seine Nähe zur Abbruchkante des bereits bestehenden Tagebaus Garzweiler sei das Dorf ein viel zu gefährlicher Aufenthaltsort. Das Dorf müsse, sogar wenn jedwede Arbeit im Tagebau eingestellt würde, zur Absicherung der Kante weichen. „Das ist ein symbolischer Protest, der keine Menschenleben fordern darf.“ Der Todesfall im Hambacher Forst dürfe sich auf keinen Fall wiederholen.

Selbst wenn das Dorf verloren sei, wollen die Aktivisten und Aktivistinnen doch zumindest den Abbau der Kohle darunter verhindern. Timon Dzienus, Bundessprecher der Grünen Jugend, beschreibt die Stimmung in Lützerath als sehr hoffnungsvoll. „Vor Ort erlebt man sehr viel kreativen Widerstand. Das ist angesichts

der vielen schlechten Nachrichten ein starkes Signal“, sagte er dem RND. Er habe viele Familien getroffen.

Dzienus erwartet „vielfältigen Protest für echte Klimagerechtigkeit“, sagte er dem RND. „Es ist gut, um einen Ort kämpfen zu können. Und es ist ein Vorbote für kommende Klimaproteste“, sagte er dem RND. Die Grüne Jugend ruft dazu auf, an Protesten und Aktionen teilzunehmen, um Lützerath zu schützen.

Ab Mittwoch, 11. Januar, ist laut Polizei mit einer Räumung zu rechnen, man erwarte eine Einsatzdauer von vier Wochen. Am Sonntag, 8. Januar, haben sich laut Polizeiangaben etwa 2000 Menschen in Lützerath versammelt. Lützerath, ein Stadtteil von Erkelenz, liegt an der unmittelbaren Grenze des Braunkohletagebaus Garzweiler II. Anfang Oktober haben sich Bund, Länder, und der Energiekonzern RWE darauf geeinigt, den Braunkohleausstieg im rheinischen Revier auf 2030 vorzuziehen. Der Kompromiss beinhaltet, dass die Braunkohle unter Lützerath noch abgebaggert werden darf.

„Rheinische Post“ (online) vom: 12.01.2023 – Thema: „Protest in Lützerath: „Das könnte hier schneller vorbei sein als gedacht“: https://rp-online.de/nrw/panorama/luetzerath-raeumung-das-koennte-hier-schneller-vorbei-sein-als-gedacht_aid-82766615

***Lützerath** · Der Auftakt der Räumung von Lützerath ist weitgehend friedlich verlaufen. Zwar gab es einzelne Angriffe auf Polizisten, viele Aktivisten sind aber freiwillig gegangen. Andere harren in Baumhäusern weiter aus.*

Foto: dpa/Rolf Vennenbernd

Von Jörg Isringhaus und Christian Schwerdtfeger

Plötzlich und unerwartet löst sich im Morgengrauen gegen 8.30 Uhr ein Einsatztrupp der Polizei und stürmt in geschlossener Formation ins besetzte Lützerath. Die Aktivisten werden überrumpelt und weichen schnell zurück. Selbst für andere Teile der Polizei, die mit einem Großaufgebot vor den Toren Lützeraths stehen, kommt der Vorstoß ihrer Kollegen überraschend. „Was machen die da? Warum gehen die schon rein? Das war nicht so abgesprochen. Aber vielleicht ist das auch genial“, spricht ein leitender Polizist ins Funkgerät. Schnell stellt sich heraus, dass es genial ist - zumindest aus Polizeisicht. Verläuft die mit Sorge erwartete Räumung des Dorfes, das dem Braunkohletagebau weichen soll, doch weitaus reibungsloser ab als erwartet. Eine vorläufige Bilanz der Polizei am Nachmittag lautet: alles nach Plan.

Am Morgen müssen sich die Aktivisten zurückziehen, während die Polizei den Überraschungsmoment ausnutzt und weitere Kräfte nachschiebt. In ihrer Verzweiflung werfen die Demonstranten Flaschen, Steine und sogar einen Molotowcocktail in Richtung Polizei. Auch Pyrotechnik und kleine Rauchbomben werden gezündet. Das alles hält die Einsatzkräfte nicht auf. Genauso wenig wie der

strömende Regen und der Wind, der in kräftigen Böen über das Gelände weht. Innerhalb einer halben Stunde haben sie große Teile des Dorfes besetzt und unter Kontrolle gebracht. Einige Klimaschützer folgen der Aufforderung der Polizei und gehen freiwillig. Sie werden vom Gelände eskortiert. Viele wollen aber weiter Widerstand leisten. „Die Menschen sind fest entschlossen dazubleiben, auszuharren, die Bäume und die Gebäude zu schützen“, sagt Mara Sauer, eine Sprecherin der Initiative „Lützerath lebt“.

Info

Prominente stellen sich hinter Klimaprotestler
Unterstützer

In einem Offenen Brief stellten sich mehr als 200 Prominente solidarisch an die Seite der Klimaprotestierenden.
Unterzeichner Mit unterzeichnet haben Katja Riemann, Peter Lohmeyer, die Bands Sportfreunde Stiller und Deichkind sowie Pianist Igor Levit.

Schon gegen 9.30 Uhr dominiert die Polizei das Gelände und hat die meisten Areale umstellt. Etliche Aktivisten ziehen sich in Baumhäuser oder sogenannte Tripods zurück, dreibeinige Gestelle, an deren Spitze sie sich festketten. Etliche der Lützerath-Verteidiger haben sich gegen die Kälte in goldfarbene Warmhaltedecken eingewickelt. Im Dorfzentrum bei den Baumhäusern wird die Stimmung allmählich aggressiver. Die Polizei bereitet sich wohl darauf vor, einzelne Hütten zu räumen. Einige Aktivisten werden weggetragen, andere gehen nach einer Ansprache freiwillig. Man merkt deutlich, dass unterschiedliche Personenkreise unter den Protestlern sind. Manche sind extrem aggressiv, beschimpfen die Polizisten („Verpisst euch!“, „Ganz Lützi hasst die Polizei!“) und werfen Steine. Andere hingegen verhalten sich ruhig und friedlich. Es wird Gitarre gespielt, das Küchenteam verteilt Snacks an diejenigen, die auf den Masten sitzen.

Am späten Vormittag hat sich die Lage weitgehend beruhigt. Mitarbeiter von RWE beginnen damit, den Ort einzuzäunen. Die Arbeiten würden vermutlich den ganzen Tag dauern, sagt ein Sprecher des Energiekonzerns RWE. Der Zaun werde etwa 1,5 Kilometer lang sein. Die Polizei betont, der Zaun diene nicht dazu, Demonstranten auf dem Gelände von Lützerath einzuschließen.

Derweil schweißen Einsatzkräfte einbetonierte Stahlträger ab, die in der Straße stecken. Die Räumfahrzeuge sollen ungehindert durchfahren können. Die Polizisten beginnen nun auch, von Aktivisten besetzte Hallen zu räumen und per Hebebühne Personen von Tripods herunterzuholen. Einzeln werden die Demonstranten weggetragen. Sie singen „Du bist nicht allein. Du bist nicht allein“ und lassen sich mehr oder weniger widerstandslos abführen. Aber offenbar hat sich mindestens ein Besetzer festgeklebt. Wenn der Tripod geräumt ist, ist die zentrale Zufahrtsstraße nach Lützerath frei. Das ist wichtig für die Polizei, weil dann schweres Gerät ins Einsatzgebiet gebracht werden kann.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) kritisiert am Mittag Übergriffe auf Polizisten scharf. „Ich bin eigentlich nur fassungslos und verstehe es nicht, wie Menschen so was machen können“, sagt Reul über die Würfe in Richtung seiner Beamten. Jetzt seien alle friedlichen Demonstranten in der Pflicht, sich von Aktionen gewaltbereiter

Aktivisten zu distanzieren. Reul: „Man kann woanders demonstrieren, man muss denen jetzt nicht noch behilflich sein dadurch, dass man da steht und die Polizei bei der Arbeit stört.“ Am Ortseingang von Lützerath beginnen Bagger am frühen Nachmittag mit Abrissarbeiten. Später werfen Beamte selbst gebaute kleine Holzhäuser auf Stelzen um und setzen so die Räumung fort.

Nach Ansicht der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) ist das Einsatzkonzept der Polizei bei der Räumung des Dorfes Lützerath zunächst aufgegangen. Erich Rettinghaus, DPolG-Vorsitzender in NRW, spricht von einem besonnenen Vorgehen der Einsatzkräfte. Thomas Schnelle, CDU Landtagsabgeordneter aus Erkelenz, bewertet den bisherigen Polizeieinsatz ebenfalls positiv. Er habe den Eindruck, dass die Polizisten professionell agierten. „Und ich bin froh, dass alles weitgehend friedlich abgelaufen ist“, sagt Schnelle. Genaue Zahlen zu Verletzten gibt es nicht, einige Beamte und ein paar Aktivisten sollen sich leichte Blessuren zugezogen haben.

Am späten Nachmittag hat die Polizei die Lage in Lützerath vollkommen unter Kontrolle. Nicht viel deutet darauf hin, dass die Aktivisten der Polizei noch wirklich etwas entgegenzusetzen haben. Viele der Verteidiger haben Lützerath mittlerweile verlassen – die meisten jedoch nicht freiwillig. Die Aktivisten, die noch da sind, haben sich größtenteils in Baumhäusern und Gebäuden verschanzt oder sind auf Dächer geklettert. Diese zu räumen, damit soll am Donnerstag begonnen werden. „Wir lassen uns nicht hetzen“, sagt ein Polizeisprecher zum weiteren Vorgehen. Auch in der Nacht würden wegen der größeren Gefahr die Einsätze zurückgefahren.

Erfreut über den unerwartet schnellen Erfolg zeigte sich auch Landrat Stephan Pusch (CDU). Er bedankt sich am späten Nachmittag bei der Aachener Polizei, die in der Federführung des Einsatzes einen guten Job gemacht und deeskalierend auf die Aktivisten eingewirkt habe. Am Donnerstag würde auch ein Sondereinsatzkommando der Polizei eingesetzt, um die Protestler aus den Baumhäusern zu holen. „Ich könnte mir vorstellen, dass der Einsatz hier nicht mehrere Wochen dauert, sondern schneller vorbei ist als gedacht“, sagte Pusch.

Für den Donnerstag haben sich aber auch noch andere Besucher in Lützerath angekündigt. Laut Fridays for Future will Klimaaktivistin Luisa Neubauer erneut nach Lützerath reisen. Neubauer: „Noch steht das Dorf, und vor allem ist die Kohle unter Lützerath noch unter dem Boden. Solange sie da liegt, können jederzeit neue Verhandlungen aufgenommen werden.“

„Rheinische Post“ (online) vom: 16.01.2023 – Thema: „Erneuter Protest um Erhalt Lützeraths: Aktivisten besetzen Schaufelradbagger – weitere Ziele im Visier“: https://rp-online.de/nrw/panorama/luetzerath-aktivisten-besetzen-schaufelradbagger-im-tagebau-hambach_aid-83083465

Lützerath/Elsdorf · Aktivisten setzen ihren Protest gegen die Räumung Lützeraths fort. Am Montag besetzten sie einen Schaufelradbagger im Braunkohletagebau Hambach. Welche Ziele sie in den nächsten Tagen ins Visier nehmen könnten.

Foto: dpa/Henning Kaiser

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Aktivisten haben in ihrem Kampf um den Erhalt Lützeraths am Montag einen Schaufelradbagger im Braunkohletagebau Hambach im rheinischen Braunkohlerevier besetzt. Nach Angaben des Energieversorgers RWE seien vier Personen am frühen Morgen auf das Gerät geklettert. Der Betrieb sei daraufhin eingestellt worden.

Die Aktivisten hatten Kostenpflichtiger Inhalt am Sonntag bereits angekündigt, weitere Aktionen durchführen zu wollen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft warnt eindringlich davor. „Das hat nichts mehr mit friedlichem Protest zu tun. Wir müssen leider davon ausgehen, dass es in den nächsten Tagen zu weiteren Aktionen der sogenannten Aktivisten kommen wird“, sagte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus unserer Redaktion. „Da steckt ein harter Kern hinter, der auch nicht vor Gewalt zurückschreckt. Wir haben ja bereits gesehen, wozu die fähig sind. Da kommt vermutlich noch einiges auf uns zu“, so der NRW-Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft weiter.

Die Protestgruppe „Gegenangriff – für das gute Leben“ ist wohl für die Besetzung des Baggers am Montag verantwortlich. Ihren Angaben zufolge haben sogar acht Aktivisten den Bagger besetzt. Mit der Aktion wolle man sich mit den Menschen im Weiler Lützerath solidarisch zeigen. Zudem kritisierte die Gruppe das dortige Vorgehen der Polizei und forderte die Vergesellschaftung der Energieproduktion. Gut vier Kilometer Luftlinie von Lützerath entfernt seilten sich außerdem Klimaaktivisten von einer Autobahnbrücke ab. Es handele sich um zwei Personen im Rollstuhl, sagte ein Polizeisprecher. Der Verkehr auf der Autobahn 44 darüber laufe derzeit, auf der Landstraße unter der Brücke gehe dagegen nichts mehr.

Klimaaktivisten haben einen Schaufelradbagger im Braunkohletagebau Hambach im rheinischen Braunkohlerevier besetzt. Foto: dpa/Henning Kaiser

Die Aktivisten führen eine Liste mit acht potenziellen Angriffszielen im Tagebau, um Kräfte der Polizei von Lützerath wegzulocken. Sie selbst bezeichnen diese Ziele als Aktionsmöglichkeiten. Dazu zählen das Abschalten von Pumpen im Tagebaufeld, von denen es in der Region mehr als 1000 geben soll und die dafür sorgen, dass der Tagebau nicht mit Wasser vollläuft. Auch Sitzblockaden an zentralen Zufahrten und das Blockieren von Förderbändern sei sehr effektiv, um die Bagger direkt zu stoppen, sagen sie. Auch Baggerbesetzungen und Blockaden der Nord-Süd-Kohlebahn, die in der Vergangenheit schon immer wieder von Aktivisten attackiert wurde, seien hilfreich. Zudem könne man den Protest direkt zu RWE tragen und Kraftwerke in Neurath, Niederaußem und Weisweiler blockieren. Dazu heißt es in dem Acht-Punkte-Plan: „Protest dort, wo Kohle verbrannt wird, gibt immer gute Bilder und kommuniziert der Öffentlichkeit, worum es geht.“

„Rheinische Post“ (online) vom: 16.01.2023 – Thema: „Verstörende Szene bei der Samstags-Demo – der schubsende Mönch von Lützerath“: https://rp-online.de/nrw/panorama/luetzerath-moench-schubst-polizisten-auf-den-boden_aid-83112271

Lützerath · Ein als Mönch verkleideter „Aktivist“ hat während der Demonstration am Boden liegende Polizisten verhöhnt und einen sogar in den Matsch geschubst. Eine grölende Menge feierte die Aktion.

Auf diesem Bild schubst der als Mönch verkleidete Aktivist einen Polizisten in den Schlamm. Foto: Screenshot Twitter/Martin Lejeune/@Martin_Lejeune

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Es ist eine verstörende Szene, die sich während des Sturmlaufs der Demonstranten auf Lützerath am Samstag zugetragen hat. Während Polizisten der dritten Einsatzhundertschaft aus Schließlich schubst der „Mönch“ sogar noch einen Polizisten mit voller Absicht um zurück auf den matschigen Boden – unter lautem Gegröle der Klima-Chaoten.

Die Gewerkschaft der Polizei in Sachsen-Anhalt verurteilt das Verhalten der aggressiven Demonstrationsteilnehmer scharf. „Wann hat die Menschlichkeit aufgehört zu existieren? Wann begann der Hass auf Einsatzkräfte zu siegen?“, schreibt die Gewerkschaft auf ihrer Facebookseite. „Einen Menschen in einer schutzlosen und hilfsbedürftigen Situation zu verhöhnen, zu schmähen, sich über ihn zu stellen und ihn auch noch umzustoßen, ist an Unmenschlichkeit, an Verachtung und Niedertracht nicht mehr zu überbieten“, so die Gewerkschaft der Polizei Sachsen-Anhalt. Der Anblick der Bilder mit den verletzten Kollegen machten

fassungslos. „Feigheit und Hinterhältigkeit legitimieren keinerlei Protest“, so die Gewerkschaft weiter.

Beide Seiten – sowohl Polizei als auch Demonstranten – hatten am Samstag mit dem Geläuf zu kämpfen. Durch tagelangen Regenfall hatten sich die Felder vor Lützerath in eine Schlammwüste verwandelt, in der viele steckenblieben. Dem Vernehmen nach verletzten sich dadurch einige Polizisten, weil sie im Morast umknickten. Den Polizisten machte auf dem matschigen Untergrund auch ihre schwere Montur zu schaffen. „Die Ausrüstung kann schon locker zwischen 15 und 20 Kilogramm wiegen. Allein der Helm wiegt ja schon mehr als ein Kilogramm“, erklärt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Die Körperschutzausstattung für die Bereitschaftspolizei ist zwar relativ neu, dennoch wiegt sie halt etwas, weil sie ja auch was leisten muss. Sie besteht aus einem schlagfesten und feuerhemmenden Material, das bestmöglich den Körper schützen soll. Gleichzeitig müssen die Kollegen aber auch noch beweglich damit sein. Es ist ein Kompromiss aus Schutz und Beweglichkeit“, erklärt Rettinghaus. Dem Vernehmen nach konnte der Mann im Mönchskostüm noch nicht identifiziert werden.

„RedaktionsNetzwerk Deutschland“ (online) vom: 16.01.2023 – Thema: „Aktivisten und Polizei – nach Eskalationen bei Lützerath-Demonstration: Wer ist Schuld an der Gewalt am Tagebau?“ – Link: https://www.rnd.de/politik/luetzerath-wer-ist-schuld-an-der-gewalt-am-tagebau-AVB4OEWWGNEHZE4ZLBRZLGKAO4.html

Im Internet kursieren Dutzende Bilder und Videos von den Ausschreitungen in Lützerath. Die Frage, von wem die Gewalt ausging, wird kontrovers diskutiert.
© Quelle: IMAGO/Panama Pictures

Die Diskussion über die Eskalation in Lützerath spaltet die Nation. Sowohl Demonstrierende als auch Polizei müssen sich Gewalt und Gewaltbereitschaft vorwerfen lassen.

Linde Gläser und Greta Weber

Hat es in Lützerath unverhältnismäßige Gewalt seitens der Polizei gegeben? Nein, sagt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Nordrhein-Westfalen, Michael Mertens. Ein Großteil der Demonstrierenden habe die Versammlung verlassen – und damit auch den Schutzraum, den Artikel 8 des Grundgesetzes vorsehe. Sie seien weitergegangen in Richtung des von der Räumungsklage betroffenen und durch Polizeiketten abgesperrten Bereichs.

„Die Anweisungen an die Beamten in der Polizeikette laute: Ihr habt diesen Bereich zu sperren, hier kommt keiner mehr durch. Das hat nicht funktioniert, und dann hat es hässliche Szenen gegeben. Die hat keiner gewollt“, sagte Mertens dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Aber wenn die Polizei einen Auftrag hat, dann hat sie diesen Auftrag umzusetzen. Und wenn es am Ende Anwendung mit Gewalt ist. Meine Kolleginnen und Kollegen haben da einen verdammt harten, aber auch verdammt guten Job gemacht.“

Klimaprotest in Lützerath: Aktivisten kritisieren Polizei

Der Weiler Lützerath soll zur Erweiterung des RWE-Braunkohle-Tagebaus Garzweiler II weichen. Der von Klimaaktivistinnen und -aktivisten besetzte Ort war ab Mittwoch von der Polizei geräumt worden. Während zwei letzte Aktivisten in Tunneln unter dem Ort ausharrten, kam es bei Demonstrationen am Wochenende zu Ausschreitungen. Am frühen Montagnachmittag verließen die letzten Aktivisten die Tunnel.
Für die Videos, in denen Polizeibeamte Aktivisten schlagen und schubsen, ohne, dass vonseiten der Demonstrierenden zuvor Gewalt ausging, liefert Mertens folgende Erklärung: „Wenn Menschen auf eine Polizeikette zugehen, dann gibt es einen Punkt, an dem es nicht mehr darum geht, zu warten, bis man überrannt wird. Sondern man muss der Menge entschieden und aktiv entgegentreten.“ Auf dieses Verhalten seien die Beamten trainiert. Es komme sonst zu einem einsatztaktischen Nachteil, der sich nicht wieder aufholen lasse. Das Ergebnis: „Dann sieht es so aus,

als wenn die Polizei attackiert, aber sie geht nur auf Menschen zu, die sich vorher auf sie zubewegt haben."

„Die Polizei ist hochgradig professionell vorgegangen. Das Einsatzkonzept ist aufgegangen", erklärte auch der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) in Nordrhein-Westfalen, Erich Rettinghaus, dem RND. Die Szenen, die man auf Twitter und Co. sehen könne, würden absichtlich produziert, um die entsprechenden Bilder zu schaffen. „Da wurden bewusst Straftäter geschützt und militante Störer geduldet und zu Straftaten aufgefordert. Das hat mit friedlichem Protest nichts zu tun."

CDU und FDP kritisieren Grüne, Linke die Polizei

Kritische Stimmen zum Verhalten der Demonstrierenden kommen auch aus der Politik. Dass die Klimaaktivistinnen und -aktivisten Gewalttäter und Gewalttäterinnen in ihren Reihen akzeptiert haben sollen, kritisierte Andrea Lindholz, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mitschuld gibt sie außerdem den Grünen und ihrer „irrlichternden Klima- und Energiepolitik, die diese Eskalationsspirale in Gang gesetzt hat".
Ebenso missbilligend über die Rolle der Grünen äußerte sich der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Manuel Höferlin. „Befremdlich erscheint es mir, dass sich Kollegen der Grünen in Lützerath als Beobachter aufhielten, während zeitgleich Molotowcocktails auf Polizeibeamte geworfen wurden. Von unserem Koalitionspartner erwarte ich, sich klar von den gewaltbereiten Aktivisten zu distanzieren."

Die erste parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Irene Mihalic, teilte auf Anfrage mit, dass die Gewalt und ihr Ursprung sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös einschätzen ließen „Ob, und wenn ja, welche Konsequenzen zu ziehen sind, sollten wir streng von den Ergebnissen der Aufarbeitung abhängig machen. Solche Fragen sollten nicht aus dem Bauch heraus beantwortet werden, sondern auf Grundlage von faktenbasierten Analysen."
Eindeutig kritisch gegenüber der Polizei äußerten sich hingegen die Linken. Martina Renner, innenpolitische Sprecherin, sagte: „Dieser gesellschaftliche Interessenkonflikt muss politisch gelöst werden und leider hat sich die Bundesregierung offenbar auf die Seite der Konzerne gestellt."

„Bild“ (online) vom: 26.01.2023 – Thema: „Wegen Polizeipräsidium: Gewerkschaft schlägt Asbest-Alarm“:
https://www.bild.de/regional/duesseldorf/duesseldorf-aktuell/duesseldorf-wegen-polizeipraesidium-gewerkschaft-schlaegt-asbest-alarm-82695070.bild.html

Hinter diesem Bauzaun an der Haroldstraße 5 beginnen die Vorbereitungen für den Rückbau des verseuchten Gebäudes
Foto: Meike Wirsel

Düsseldorf – Die Bauzäune stehen schon rechts neben dem Grundstück Haroldstraße 5, ebenso die Container für die Arbeiter. Bald soll hier mit dem Rückbau des asbestverseuchten Teils des provisorischen Polizeipräsidiums begonnen werden – obwohl hier noch etwa 450 Polizisten arbeiten!
Erich Rettinghaus, NRW-Chef „Deutsche Polizeigewerkschaft“ zu BILD: „Wir haben größte Bedenken, wenn man dort seinen Dienst versieht und gleichzeitig Asbest-Abrissarbeiten durchgeführt werden. Wir sorgen uns um die Gesundheit unserer Kollegen!“

Derzeit sind wegen des Umbaus des Düsseldorfer Polizeipräsidiums die Behördenleitung, Teile von drei Direktionen und die Polizeiwache Bilk in der Haroldstraße ausgelagert, die ersten Beamten bereits seit 2017 (!). Ein Gebäude, aus dem das Innenministerium zuvor wegen der Schadstoffbelastung ausgezogen war!
Die Polizei nutzt die Etagen bis zum zweiten Stock. Darüber ist es wohl zu bedenklich. Einen Nagel darf man nicht einschlagen, denn in der Wand lauert hochgiftiges Asbest.

Erich Rettinghaus, NRW-Chef „Deutsche Polizeigewerkschaft“

Foto: picture alliance / Rolf Vennenbe

Ein Polizeisprecher: „Seitens des Präsidiums werden Maßnahmen getroffen, um möglichst wenig Beschäftigte während der Bauzeiten im Gebäude zu belassen.“ So sollen bis Jahresende die Beschäftigten in ein weiteres Ausweichquartier in Derendorf umziehen. Aber: Dieses Bürogebäude ist noch gar nicht hergerichtet. Verantwortlich für die Querelen um den Umbau des Polizeipräsidiums (läuft seit 2013, schon jetzt zu klein!) und das fehlende Zusatzgebäude Polizeipräsidium 2 (frühestens 2028): Der BLB NRW. Fragen von BILD wollte man dort nicht beantworten.

„Rheinische Post“ (online) vom: 29.01.2023 – Thema: „Gefahr aus der Luft auch in NRW: Mehr Drohnen-Zwischenfälle an Flughäfen“: https://rp-online.de/nrw/panorama/drohnen-behindern-flugverkehr-mehr-faelle-an-flughaefen-in-nrw_aid-83798807

***Düsseldorf* · Neben einem Führerschein für Drohnen-Piloten fordert die Polizei auch eine generelle Registrierung der Geräte beim Kauf sowie höhere Strafen bei Regelverstößen. Denn immer häufiger gefährden die Flugobjekte den Luftverkehr. Ein Überblick über die Vorkommnisse in den letzten Monaten.**

Eine private Drohne fliegt in weiter Entfernung von einem Flugzeug, das im Anflug auf den Flughafen Düsseldorf ist (Archiv-/Symbolbild).
Foto: dpa/Julian Stratenschulte

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Trotz zahlreicher Aufklärungskampagnen und Warnungen der Polizei hat es im vergangenen Jahr wieder mehr Zwischenfälle mit Drohnen an deutschen Flughäfen gegeben. Wie die Deutsche Flugsicherung (DFS) unserer Redaktion mitteilte, gab es 2022 bundesweit insgesamt 152 solcher Vorfälle (2021: 134) an den Airports. Die meisten Behinderungen gab es demnach in Frankfurt (22), Hamburg (14) und Berlin (12). In Köln/Bonn gab es fünf und in Düsseldorf sechs Fälle.

Besonders an Flughäfen können Drohnen zur Gefahr werden. In einem Polizeibericht heißt es, dass eine Drohne auch ohne Sprengstoff gefährlich sei, nämlich dann, wenn der Flugkörper durch einen kontrollierten Absturz oder eine gezielte Kollision als mechanische Waffe eingesetzt werde. Drohnen werden demnach – unabhängig

von einer möglichen terroristischen Verwendung – zunehmend gefährlicher für Flugzeuge. Meistens finden die Drohnen-Sichtungen nicht im Bereich des Flughafens statt, sondern bereits im An-/Abflugbereich – also außerhalb des Flughafengeländes. In einigen Fällen haben die Drohnen im vergangen Jahr direkte Auswirkungen auf den Luftverkehr gehabt. „In einem Fall haben wir aufgrund der Meldung eines Piloten eine bestimmte Abflugroute nicht weiter genutzt, sondern für etwa 30 Minuten den abfliegenden Verkehr über eine andere Route – bis zur Klärung durch die Polizei – geführt“, sagt ein Sprecher der Deutschen Flugsicherung. Jeder, der eine Drohne betreibt, sei Teilnehmer am Luftverkehr und habe sich entsprechend an die gesetzlichen Vorschriften zu halten. „Wir sprechen hier nicht über Kavaliersdelikte. Jede unrechtmäßige Art der Nutzung von Drohnen im Nahverkehrsbereich der Flughäfen stellt einen gefährlichen Eingriff in den Luftverkehr dar“, sagt der Sprecher. Zuwiderhandlungen könnten neben empfindlichen Geldstrafen auch Haftstrafen bis zu zehn Jahren nach sich ziehen.

Auch außerhalb der Flughäfen rufen Drohnen regelmäßig die Polizei auf den Plan. Nach Angaben des Landesamtes für zentrale polizeiliche Dienste (LZPD) gab es im vergangenen Jahr in NRW 25 Straftaten und zwölf Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit den kleinen Flugobjekten.

Für die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) in NRW geben die Zahlen nicht die Wirklichkeit wieder. „Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen“, sagt Landesvorsitzender Erich Rettinghaus. Grund für diese Entwicklung sei unter anderem die Verfügbarkeit der Geräte. „Drohnen sind sowohl für Kinder als auch für Erwachsene nette Spielzeuge. Man kann sie fast überall kaufen, und sie sind leicht zu bedienen“, sagt Rettinghaus. „Aber es fehlt eine Sensibilisierung, dass mit den Geräten schnell Ordnungswidrigkeiten und Straftaten begangen werden können“, so Rettinghaus. Nur die wenigsten Fälle würden zur Anzeige gebracht. „Manchmal wird die Polizei gerufen. Wenn sie dann da ist, ist von der Drohne nichts mehr zu sehen und zu hören.“

Auch Hobby- und Drohnenpiloten müssen in Staaten der Europäischen Union einen sogenannten Kompetenznachweis vorweisen. Das verlangt die EU-Drohnenverordnung, sobald die Drohne 250 Gramm oder mehr wiegt – oder eine Kamera an Bord hat. Außerdem wird eine gültige Haftpflichtversicherung benötigt und der Pilot muss sich für den Betrieb beim Luftfahrtbundesamt registrieren. Für die Deutsche Polizeigewerkschaft reicht das jedoch nicht aus. „Der Führerschein ist auf jeden Fall richtig, aber man muss über eine Registrierung der Geräte beim Kauf nachdenken“, so Rettinghaus. „Zudem muss stärker kontrolliert und geahndet werden. Die Strafen müssen aber auch finanziell schmerzen.“
Die Nutzung des Luftraums wird durch EU-Verordnungen und nationale Gesetze eingeschränkt, sagt LZPD-Direktor Thomas Roosen. Neben Rechten ist das Führen einer Drohne in Deutschland auch mit einigen Pflichten verbunden, mit denen sich Piloten, die ihr Flugobjekt über eine Fernsteuerung betreiben, auseinandersetzen müssten. „Hierzu gehören unter anderem das Vorhalten einer gültigen Lizenz und eine angemessene Flugvorbereitung“, so Roosen.

„Rheinische Post“ (online) vom: 31.01.2023 – Thema: „Sondersitzung zur Messerattacke bei Hamburg: Messerangreifer in NRW dreimal verurteilt – große Anteilnahme von Limbach“: https://rp-online.de/nrw/panorama/messerattacke-bei-hamburg-nrw-justizminister-spricht-grosse-anteilname-aus_aid-84015019

Düsseldorf · Nach der tödlichen Messerattacke durch einen staatenlosen Palästinenser ist der Rechtsausschuss des NRW-Landtages zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Hätte der Angreifer schon in NRW gestoppt werden können?

Foto: dpa/Jonas Walzberg

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Der staatenlose Palästinenser Ibrahim A., der in einem Regionalzug bei Hamburg zwei Menschen mit einem Messer getötet und mehrere verletzt haben soll, ist zuvor nach Angaben des NRW-Justizministers dreimal in NRW verurteilt worden - für Diebstahl, Körperverletzung und einem Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz. Damit bestätigte er einen Bericht unserer Redaktion. Verurteilt worden sei er in allen Fällen vom Amtsgericht Euskirchen, sagte NRW-Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) in der Sondersitzung des Rechtsausschusses. Limbach sprach seine Anteilnahme aus und erklärte, tief betroffen zu sein von der Tat. Er wünschte den Verletzten eine gute und schnelle Genesung. Er kündigte an, weitere Details in einem nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu besprechen.

Rechtsexperte Hartmut Ganzke (SPD) sagte am Dienstag: „Bei der Vielzahl an Ermittlungsverfahren und Verurteilungen stellt sich schon die Frage: Hat die Justiz diesen Straftäter genau im Blick gehabt? Der Justizminister hatte darauf leider keine befriedigende Antwort“, so Ganzke. „Bei ihm drängt sich immer mehr der Eindruck

auf, dass er den drängenden Fragen in seinem Bereich aus dem Weg geht. Für das Sicherheitsempfinden der Menschen in NRW ist das nicht gut“, fügte er hinzu.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, ruft die Behörden zum Handeln auf. „In dem Fall standen alle Alarmsignale auf Rot. Eigentlich war er als tickende Zeitbombe unterwegs. Wir bräuchten eine bundesweite interdisziplinäre Arbeitsgruppe, die sich ohne Denkverbote Gedanken macht, wie man mit solchen Menschen, die eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellen, umgeht. Die Bevölkerung muss geschützt werden“, sagte Rettinghaus. Er verwies auch auf bestehende Rechtsmittel, die nicht ausgeschöpft würden. „Es gibt schon viele rechtliche Möglichkeiten. Wer zum Beispiel über einen sicheren Drittstaat wie Österreich nach Deutschland einreist, kann dorthin zurückgeschickt werden. Das findet aber nicht statt. Das muss man anwenden. Das wäre ein Ansatz“, so Rettinghaus.

FDP-Rechtsexperte Werner Pfeil erklärte: „Werden Schutzsuchende aus Kriegsregionen trotz intensiver Betreuung vermehrt straffällig, dann muss der Staat dringend zielgenauer handeln. Wegschauen oder populistische Parolen lösen das Problem nicht“, sagte Pfeil unserer Redaktion. Zudem müsse ein deutlich stärkerer Schwerpunkt auf die Resozialisierung gelegt werden. „Jungen Männern aus Kriegsgebieten fehlt das familiäre Umfeld, und es kommen vermehrt psychische Probleme hinzu. Dadurch werden Straftatspiralen verstärkt. Diese müssen wir durchbrechen“, so Pfeil, der ein Resozialisierungsgesetz für bessere Unterstützung und psychologische Betreuung fordert. Aktuell gebe es in NRW lediglich eine Resozialisierungsrichtlinie aus dem Jahr 2012.

Bei dem Angriff in dem Regionalzug von Kiel nach Hamburg auf Höhe Brokstedt waren eine 17-Jährige und ein 19-Jähriger gestorben. Fünf weitere Menschen wurden verletzt. Drei befinden sich noch im Krankenhaus. Gegen den mutmaßlichen Täter, einen 33 Jahre alten staatenlosen Palästinenser, wurde am Donnerstag Haftbefehl erlassen. Ihm werde zweifacher heimtückischer Mord und vierfacher versuchter Totschlag vorgeworfen, sagte Oberstaatsanwalt Peter Müller-Rakow.

„Rheinische Post“ (online) vom: 23.02.2023 – Thema: „Mögliche Demonstrationen am Jahrestag – NRW-Innenminister Reul warnt vor Zeigen des „Z“-Symbols: https://rp-online.de/nrw/panorama/ukraine-krieg-1-jahr-polizei-will-gegen-z-symbol-vorgehen_aid-85485271

Düsseldorf · Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine führt auch in NRW zu Konflikten zwischen hier lebenden Russen und Ukrainern. Die Sicherheitsbehörden zählten in NRW bisher 650 Straftaten in dem Zusammenhang. Auch strafrechtliche Fälle mit dem „Z“-Symbol gab es bereits.

Foto: dpa/Emilio Morenatti

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Vor dem Jahrestag des russischen Angriffskrieges warnt NRW-Innenminister Hebert Reul (CDU) russische Befürworter bei möglichen Demonstrationen vor der Zurschaustellung des „Z-Symbols“. „Der Krieg in der Ukraine hat so viel Leid und Schmerz auf unseren Kontinent gebracht. Alles, was diesen Krieg sichtbar gutheißt, hat auf unseren Straßen nichts verloren. Unsere Polizistinnen und Polizisten werden morgen ganz genau hinschauen, wer da was hochhält“, sagte Reul unserer Redaktion. „Und wer da im blau-gelben Schatten irrsinnig mit dem Z-Symbol hantiert, macht sich möglicherweise strafbar. Die Beamten werden sofort einschreiten, wenn sie erkennen, dass da Straftaten gebilligt oder zu ihnen aufgerufen wird. Da kennt die Polizei keinen Spaß“, sagte Reul weiter.

Ähnlich äußerte sich der NRW-Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Erich Rettinghaus. „Die Polizei wird bei möglichen

Demonstrationen zum Jahrestag des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine darauf achten, dass das russische Propagandasymbol „Z“ nicht öffentlich zur Schau gestellt wird. Wenn wir das sehen sollten, werden wir das entsprechend ahnden. Das Zeichen ist auch eine ganz klare Provokation“, sagte Rettinghaus.

Das Symbol „Z“ kennzeichnet russische Militärfahrzeuge in der Ukraine. Darüber hinaus gilt der Buchstabe als Propagandazeichen für die Unterstützung des Angriffskrieges. Häufig ist das Z mit Bezug zum Angriffskrieg auf Kleidung oder an Hausfassaden zu sehen. In Deutschland ist die Verwendung des Symbols in diesem Zusammenhang strafbar, da es die Billigung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges darstellt. Nach Auskunft des NRW-Innenministeriums kann das Aufbringen eines „Z“ den Tatbestand der Belohnung und Billigung von Straftaten erfüllen. Eine Auswertung hat für NRW ergeben, dass landesweit insgesamt 219 Fälle mit dem Symbol erfasst wurden.

Den nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden sind im vergangenen Jahr 650 Straftaten im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gemeldet worden, wie das NRW-Innenministerium unserer Redaktion mitteilte. Dabei handelt es sich insbesondere um Sachbeschädigungen, Beleidigungen, Belohnung und Billigung von Straftaten (Solidarisierung mit dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg) sowie Bedrohungen, die häufig im Internet ausgesprochen wurden. Gewaltdelikte wie Körperverletzungen spielen eine untergeordnete Rolle.

„Die Dunkelziffer ist in dem Bereich bestimmt sehr hoch. Keine der beiden Seiten möchte in der Regel, dass die Fälle publik werden“, sagte Rettinghaus. „Diese Auseinandersetzungen sind irgendwo auch verständlich. Der Krieg treibt natürlich auch die hier lebenden Russen und Ukrainer um. Aber ein Grund zum Begehen von Straftaten ist das natürlich nicht“, so Rettinghaus weiter.

Unterdessen beteiligt sich das Land an den Hilfen für die Ukraine. So gab es nach Angaben des NRW-Innenministeriums 41 Hilfstransporte aus NRW dorthin. Demnach habe sich seit Kriegsbeginn fast jede Woche ein „40-Tonner“ voller Arzneimittel und Medizinprodukte auf den Weg in die Ukraine gemacht. Die Lkw-Fracht hatte jeweils einen Wert von rund 150.000 Euro. Unterstützt wird das Hilfsnetzwerk dabei vor allem durch den Verbund der Universitätskliniken Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster.

„Seit Beginn des Krieges schauen wir in Nordrhein-Westfalen, was die Menschen in der Ukraine am dringendsten benötigen. Vor allem im medizinischen Bereich fehlt es an so vielem“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). „Fast jede Woche schicken wir einen Lkw voller Hilfsgüter in das Kriegsgebiet. Viele Menschen in NRW melden sich und bieten ihre Hilfe an. Dafür sind wir sehr dankbar und versuchen alles Mögliche umzusetzen“, so Reul weiter.

„Rheinische Post“ (online) vom: 01.03.2023 – Thema: „NRW-Verkehrsunfallstatistik für 2022: E-Scooter-Unfälle haben drastisch zugenommen“: https://rp-online.de/nrw/panorama/nrw-verkehrsunfallstatistik-2022-mehr-e-scooter-unfaelle_aid-85826077

Düsseldorf · Die elektrischen Roller werden zu einem immer größeren Problem im Straßenverkehr. Erstmals gab es tödliche Unfälle mit E-Scootern in NRW. Die Unfallursache ist häufig Alkohol. Eine weitere Sorge: Es gibt immer mehr tödliche Unfälle mit Pedelecs.

Die Elektroroller werden häufig mitten auf Gehwegen abgestellt.
Foto: Gerhard Berger

Von Nick Deutz, Christian Schwerdtfeger und Sina Zehrfeld

Im vergangenen Jahr hat es in NRW einen deutlichen Anstieg bei Unfällen mit sogenannten E-Scootern gegeben. Laut Verkehrsunfallstatistik verunglückten im Jahr 2022 rund 1800 E-Scooter-Fahrer – etwa 700 mehr als im Jahr davor. Zudem starben in NRW auch zum ersten Mal Menschen bei der Fahrt mit einem E-Scooter – insgesamt drei waren es in Juni und August des vergangenen Jahres.

Besonders in den Nachtzeiten in Großstädten kam es laut der Statistik zu Unglücken. In 68 Prozent der Fälle hatten die Nutzer der kleinen Fahrzeuge – überwiegend jüngere Leute – die Unfälle selbst verursacht, in jedem vierten Fall war Alkohol die Hauptunfallursache. „Angetrunken, jung und ohne Helm“, fasste NRW-Innenminister Herbert Reul die Risikofaktoren zusammen, als die Verkehrsunfallstatistik am Mittwochvormittag präsentierte.

Tatsächlich seien die Unfallzahlen wahrscheinlich noch viel höher als bekannt: „Drei Viertel aller Unfälle werden der Polizei gar nicht erst gemeldet“, sagte Reul. Diese

Erkenntnis hätten Gespräche mit Krankenhausärzten ergeben. Unfälle mit E-Scootern seien „ein junges Problem mit einem großen Dunkelfeld“.

Besonders viele verunglückte E-Scooter-Fahrer gab es im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen im Monat August. Laut Statistischem Landesamt IT.NRW kamen in dem Monat bei insgesamt 265 Unfällen Verkehrsteilnehmer zu Schaden. Zwei Menschen verstarben im gleichen Zeitraum zudem bei einem Unfall mit einem Elektroroller. Der erste tödliche E-Scooter-Unfall hatte sich im Juni ereignet.

Auch in diesem Jahr gab es bereits einen tödlichen Unfall in Bonn. Ein 22-Jähriger war in der Nacht zum 9. Februar mit einem Elektroscooter gestürzt. Ein Taxifahrer hatte den jungen Mann mit schweren Verletzungen neben dem Roller liegend gefunden, wie die Polizei mitteilte. Zu dem Zeitpunkt sei der Verletzte noch ansprechbar gewesen, jedoch kurz darauf ohnmächtig geworden. Er sei wenig später im Krankenhaus gestorben. Nach Angaben der Feuerwehr hatte der 22-Jährige schwere Kopfverletzungen erlitten.

Auch für Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, spielt der Alkoholkonsum der Fahrer eine entscheidende Rolle bei vielen Unfällen. „Die E-Scooter-Fahrer müssen viel stärker kontrolliert werden – insbesondere an den Wochenenden. Außerdem muss es Schwerpunktaktionen geben, die den Fahrern vor Augen führen, wie gefährlich die Fahrt alkoholisiert ist“, so Rettinghaus. Grundsätzlich müsse auch das teils rücksichtslose Verhalten vieler E-Scooter-Fahrer stärker geahndet werden. „Es kann auch nicht sein, dass die Roller ständig auf Gehwegen liegen. Es muss klare Zonen geben, wo man sie abzustellen hat. Und wenn das nicht geschieht, muss der Anbieter für jedes Gerät Strafe zahlen“, fordert Rettinghaus.

Für die E-Scooter fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine Senkung der Höchstgeschwindigkeit auf maximal 15 km/h. „20 km/h sind einfach zu schnell für einen Roller“, sagte GdP-Verkehrsexperte Heiko Müller.

Seit zwei Jahren gehören die Elektroroller in NRW zum Straßenbild vieler Großstädte. Sie sollen eigentlich eine umweltfreundliche Alternative zum Auto bieten. Doch von Anfang an gab es Ärger, weil sie achtlos auf Bürgersteigen und in wichtigen Zufahrten abgestellt wurden. Vor allem für Menschen mit eingeschränkter Mobilität sind sie eine Stolperfalle.

Neben E-Scootern sorgten 2022 aber auch Pedelecs und E-Bikes für mehr Unfälle als noch im Jahr zuvor: 6700 Menschen wurden bei einem dieser Unfälle verletzt, 48 kamen ums Leben. Diese Zahlen stiegen seit Jahren immer weiter, und es gebe mehr Todesfälle, vor allem bei älteren Fahrern, sagte Herbert Reul: 29 der 48 getöteten Personen waren über 65 Jahre. Es gebe also „sowohl ein generelles Pedelec-Problem als auch ein besonderes, tödliches Pedelecproblem bei älteren Menschen“, so der Innenminister. „Da wird unsere Polizei künftig noch mehr tun – mit Präventionsarbeit für Seniorinnen und Senioren, mit Pedelec-Trainings, Simulatoren, Schulungsvideos.“

Axel Fell, Landesvorsitzender des Allgemeinen Deutsche Fahrrad-Clubs in Nordrhein-Westfalen (ADFC NRW) fordert von der Politik unter anderem mehr Tempo beim Ausbau einer sicheren Radverkehrsinfrastruktur und eine

regelmäßigere Ahndung von Verstößen. „Mehr Radverkehr erfordert mehr Platz für sichere Radwege. Aber vielerorts fehlt eine sichere und einladende Fahrradinfrastruktur“, sagt er, „Es reicht nicht, mit dem Farbtopf nachträglich weiße Linien auf die Straße zu pinseln. Es muss endlich Schluss sein mit dem Flickteppich aus zu schmalen und kaputten Radwegen.“

„Rheinische Post“ (online) vom: 04.03.2023 – Thema: „Kriminelle Familienstrukturen in NRW – Clans bedrohen gezielt Zeugen“: https://rp-online.de/nrw/panorama/clans-duisburg-zeugen-werden-eingeschuechtert_aid-86000035

Exklusiv | Duisburg · In NRW werden immer mehr Verfahren gegen Clan-Mitglieder geführt. Die Kriminellen setzen aber Zeugen unter Druck, so dass Prozesse platzen. Wie die Clans vorgehen und wie sie ihre Verhaltensweisen verändert haben.

Foto: Christoph Reichwein (crei)

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Kriminelle arabische Großfamilien geraten im Ruhrgebiet und im Rheinland immer mehr unter Druck der Strafverfolgungsbehörden. Die sogenannten Staatsanwälte vor Ort, die in Duisburg ansässig sind und sich ausschließlich mit der Bekämpfung der Clankriminalität beschäftigen, leiteten im vergangenen Jahr 760 entsprechende Verfahren ein – und damit 170 mehr als im Jahr davor. Dabei nahmen die Ermittler den Kriminellen auch deutlich mehr Geld ab. „Im Jahr 2022 sind in den Dezernaten der Staatsanwälte vor Ort vermögensabschöpfende Maßnahmen in einer Höhe von

knapp 3,6 Millionen Euro erfolgt – und damit doppelt so viel wie im Jahr davor“, sagte Felix Bachmann, Sprecher der Staatsanwaltschaft Duisburg, unserer Redaktion.

Die Sonderermittler-Einheit bei der Staatsanwaltschaft Duisburg war zur Jahresmitte 2018 auf Initiative des damaligen NRW-Justizministers Peter Biesenbach (CDU) ins Leben gerufen und noch unter seiner Amtszeit zu Beginn des vergangenen Jahres ausgebaut worden. Seit Start des Projekts wurden einschließlich des vergangenen Jahres 2755 Verfahren gegen kriminelle Clans geführt; dabei wurden allein in den Jahren 2020 bis 2022 Vermögenswerte von mehr als 5,4 Millionen Euro gesichert. Außerdem wurden 203 Haftbefehle von den insgesamt vier Staatsanwälten vor Ort gegen kriminelle Clanmitglieder vollstreckt – davon 55 im vergangenen Jahr.

Die Ermittler haben insgesamt eine Veränderung im Milieu ausgemacht. „Die Häufigkeit der Straftatbegehung durch dieselben Täter geht zurück. Sie spüren den Ermittlungsdruck und werden nachhaltig täterorientiert verfolgt“, sagte Bachmann. „Viele Täter sind rechtskräftig verurteilt worden und befinden sich derzeit in Haft“, so der Jurist weiter. Dafür rückten in den Clans aber neue Personen, insbesondere der jüngeren Generation, nach. Darüber hinaus haben die Staatsanwälte beobachten können, dass sich das öffentliche Auftreten der Clan-Mitglieder stark verändert hat. „Sie agieren zurückhaltender“, erklärte der Staatsanwalt.

Auch die Straften würden nicht mehr so offen begangenen wie noch vor einigen Jahren. Die Ermittlungsbehörde führt das auf nachhaltige Strafverfolgung und die regelmäßigen polizeilichen und ordnungsbehördlichen Kontrollen zurück. „Wir sehen bei Razzien in Spielhallen und Shisha-Bars zum Beispiel, dass dort nicht mehr unverhohlen Geldbündel und Marihuana herumliegt. Das war 2017 noch ganz anders“, hieß es aus Sicherheitskreisen. „Auch die Protzerei mit Autos hat deutlich abgenommen. Es gibt dieses Gehabe zwar noch, aber nicht mehr ansatzweise so wie noch vor einigen Jahren“, berichteten die Kreise weiter.

Nach Angaben der Duisburger Staatsanwaltschaft versuchen kriminelle Clans durch Zeugenbeeinflussung Verfahren gegen sie zu verhindern. Demnach werde in diesem Bereich der organisierten Kriminalität Druck auf Zeugen ausgeübt. „Zeugen werden von Beschuldigten oder deren Familienangehörigen kontaktiert und teilweise auch angegangen, um eine weitere Aussage zu verhindern, diese zu beeinflussen oder eine bereits erfolgte Strafanzeige oder Aussage zurückzunehmen“, erklärte Bachmann. Demnach schüchtern Clans unliebsame Zeugen unter anderem ein, indem sie ihnen unterschwellig mitteilen, dass sie deren Familien kennen würden. Oder entsprechende Personen erscheinen an der Wohnanschrift des Zeugen. „Dies hatte in einer nicht unerheblichen Zahl von Fällen zur Folge, dass Ermittlungsverfahren mangels Tatnachweises eingestellt werden mussten“, so die Duisburger Staatsanwaltschaft.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft sieht in der Bedrohung von Zeugen ein großes Problem. „Es ist immer wieder verwunderlich, dass die Täter in solchen Verfahre frühzeitig an die Adressen der Zeugen gelangen“, sagt der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus. „Der Personenkreis, der Akteneinsicht hat, ist ja eigentlich überschaubar“, gibt er zu Bedenken.

„Rheinische Post“ (online) vom: 15.03.2023 – Thema: „Forderung nach Senkung des straffähigen Mindestalters – „Intensivtäter werden weiter schwere Straftaten begehen, weil sie nicht belangt werden können““ : https://rp-online.de/nrw/panorama/freudenberg-nach-toetung-der-zwoelfjaehrigen-luise-polizei-fuer-gesetzesaenderung_aid-86687463

Freudenberg · Die beiden Täterinnen im Fall Luise aus Freudenberg sind laut Gesetz aufgrund ihres Alters schuldunfähig. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hält das Gesetz für veraltet. Es wird gefordert, die Altersgrenze von 14 Jahren abzuschaffen.

Foto: dpa/Roberto Pfeil

Von Christian Schwerdtfeger und Jan Drebes

Nach der Tötung einer Zwölfjährigen durch zwei gleichaltrige Mädchen werden Forderungen nach einer Senkung des straffähigen Mindestalters von 14 Jahren für extrem schwere Gewalttaten laut. „Die Gesetze sind sehr alt. Die Gesellschaft hat sich verändert – auch die Kinder. Heutzutage sind viele Zwölfjährige wie 16-Jährige. Man muss das Gesetz entsprechend anpassen“, fordert Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. Die Altersgrenze von 14 Jahren gehöre daher abgeschafft und müsse stattdessen vom Einzelfall abhängig variabel ausgelegt sein. „Für schwerste Straftaten wie Mord, Totschlag und Sexualstraftaten muss bei Tätern unter 14 Jahren ein Gutachten erstellt und die Frage geklärt werden, ob dieses Kind schuldfähig ist. Der starre Rahmen der Altersbegrenzungen darf keine Rolle spielen“, so Rettinghaus.

Nach dem Gewaltverbrechen an der zwölfjährigen Luise aus dem nordrhein-westfälischen Freudenberg ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft zu den Hintergründen des Falls. Zwei Mädchen im Alter von zwölf und 13 Jahren haben

gestanden, die Zwölfjährige erstochen zu haben. Die mutmaßlichen Täterinnen und das Opfer sollen sich gekannt haben.
Kinder, die noch keine 14 Jahre alt sind, wenn sie ein Verbrechen begehen, gelten nach dem Gesetz als schuldunfähig. Denn es wird davon ausgegangen, dass sie die Folgen ihres Handelns noch nicht ausreichend überblicken. Sie können nicht vor Gericht gestellt und nicht verurteilt werden.

Der Düsseldorfer Strafrechtler Ingo Bott von der Kanzlei „Plan A“ erklärt: „Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass in anderen Rechtsordnungen teilweise sehr viel niedrigere Strafmündigkeitsgrenzen gelten“, sagt Bott. Die deutsche Entscheidung, bei Menschen unter 14 Jahren von schuldunfähigen Kindern zu sprechen, sei daher nicht in Stein gemeißelt, so Bott weiter.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Günter Krings (CDU) forderte eine Herabsetzung der Strafmündigkeit zu prüfen. „Das Tötungsdelikt in Freudenberg macht fassungslos. Bei diesem ernsten Thema verbietet sich aber für die Politik ein Schnellschuss. Der Gesetzgeber muss nun gründlich prüfen, ob bei schweren Gewalttaten, bei denen es sich eben nicht um jugendliche Verfehlungen handelt, eine Herabsetzung der Strafmündigkeit erforderlich ist“, sagte Krings unserer Redaktion. „Dazu muss insbesondere auch untersucht werden, ob es eine Zunahme von schweren Straftaten durch Kinder gibt und ob sich der Reifeprozess bei 12- und 13-Jährigen in den letzten Jahren beschleunigt hat“, so Krings.

„Klar ist aber auch, dass sofortige Maßnahmen im Hinblick auf die Täterinnen notwendig sind. Das Bürgerliche Gesetzbuch bietet insoweit ausreichende Möglichkeiten, straffällige Kinder und Jugendliche per Gerichtsbeschluss freiheitsentziehend unterzubringen“, sagte der CDU-Politiker. „Deshalb müssen solche geschlossenen Einrichtungen wieder in allen Ländern stärker vorgehalten werden. Und die Länder und Kommunen müssen diese Möglichkeiten im Bereich der Jugendhilfe viel konsequenter nutzen. Eine falsch verstandene sozialpädagogische Zurückhaltung hielte ich hier für gefährlich“, sagte Krings.

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) reagierte tief entsetzt. Kinder unter 14 Jahren würden zwar strafrechtlich nicht belangt, „aber unsere Rechtsordnung kennt andere Wege, um darauf zu reagieren, etwa das Kinder- und Jugendhilferecht sowie das Familienrecht“, sagte der FDP-Politiker der Deutschen Presse-Agentur.

Für den Düsseldorfer Juristen Ingo Bott spielt auch das Thema Prävention eine entscheidende Rolle. „Wie gelingt es, solche Gefahren zu verhindern? Wie können auch Kinder an Grenzen herangeführt werden? An welche Art von Aufklärung können und müssen wir auch schon in der Schule denken?“, so Bott. In NRW gibt es seit Jahren bereits einige erfolgreiche Programme wie „Kurve kriegen“. „Es geht darum, die Jugendlichen frühzeitig zu resozialisieren. Kriminelle Karrieren dürfen sich nicht verfestigen. Und dafür gibt es ja auch eine Reihe guter Konzepte in NRW“, so Rettinghaus.

Aber nicht alle gewaltbereiten Kinder und Jugendlichen können mit den Präventionsprogrammen bekehrt werden. „Man sieht an den sogenannten Intensivtätern, die für einen Großteil aller Jugendstraftaten verantwortlich sind, dass Jugendliche weiter schwere Straftaten begehen, weil sie nicht belangt werden

können. Diese Intensivtäter wissen, dass ihnen nicht viel passieren kann, wenn sie jünger als 14 Jahre sind“, so Rettinghaus.

„Web.de“ (online) vom: 24.03.2023 – Thema: „Gesellschaftliche Hilflosigkeit“: „Kriminalbeamter spricht sich bei Lanz gegen Alterssenkung bei Strafmündigkeit aus“: https://web.de/magazine/politik/politische-talkshows/gesellschaftliche-hilflosigkeit-kriminalbeamter-spricht-lanz-alterssenkung-strafmuendigkeit-37953232

Bei "Markus Lanz" erklärt Sebastian Fiedler, wie sich ein Gefängnisaufenthalt auf die Kriminal-Karriere von Jugendlichen auswirken könnte. © ZDF / Cornelia Lehmann

Steigt die Gewalt unter Kindern und Jugendlichen rapide an? Nach dem Mord an der zwölfjährigen Luise sprachen Gäste wie der Kriminalbeamte Sebastian Fiedler bei "Markus Lanz" am Donnerstagabend über die Strafverfolgung von Minderjährigen und die möglichen Spätfolgen der Corona-Pandemie.

EINE KRITIK

von Natascha Wittmann

Der Tod der zwölfjährigen Luise bewegt das ganze Land - und hat eine alte Debatte neu entfacht: Sollten auch Kinder schon für Straftaten zur Verantwortung gezogen werden? Das Mädchen wurde am 11. März mutmaßlich von zwei gleichaltrigen Mädchen mit einem Messer ermordet. Zu dem Tatmotiv oder weiteren Hintergründen

ist bislang nichts bekannt. Bei "Markus Lanz" (ZDF) äußerten sich deshalb Gäste wie der Kriminalbeamte Sebastian Fiedler oder Kinderpsychiaterin Sibylle Winter zu dem schrecklichen Vorfall und dem augenscheinlichen Anstieg der Gewalt unter Kindern und Jugendlichen.

Das ist das Thema bei "Markus Lanz"

Am vergangenen Sonntag wurde der leblose Körper der erst zwölfjährigen Luise gefunden. Das Mädchen wurde im nordrhein-westfälischen Freudenberg mit mehreren Messerstichen getötet. Dies ging aus einer Pressekonferenz der Staatsanwaltschaft Koblenz hervor. Demnach sollen zwei verdächtige Mädchen im Alter von zwölf und 13 Jahren, die Medienberichten zufolge Mitschülerinnen von Luise waren, die Tat bei Vernehmungen gestanden haben.

Auch bei "Markus Lanz" löste der Mord an Luise eine Debatte aus, in der es unter anderem um die Strafmündigkeit von Minderjährigen und den Einfluss von Social Media auf die Psyche Jugendlicher ging. Dabei machte vor allem Pädagogin Birgit Kimmel deutlich, dass die Anzahl der weltweiten Mobbing-Opfer stetig ansteigt.

Das sind die Gäste

Sebastian Fiedler, Kriminalbeamter und SPD-Politiker: "Ein Gefängnis-Aufenthalt verfestigt eher die Kriminalkarriere."
Sibylle Winter, Kinderpsychiaterin und leitende Oberärztin der Klinik für Psychiatrie im Kindes- und Jugendalter der Berliner Charité: "Fälle wie in Freudenberg gibt es nur ganz, ganz selten - aber es gibt sie."
Birgit Kimmel, Pädagogin und Leiterin der EU-Initiative "klicksafe": "Mobbing-Opfer müssen sich das Grauen mittlerweile 24 Stunden am Tag gefallen lassen."
Marcus Engert, Journalist und Investigativreporter des Rechercheverbunds von NDR, WDR und SZ, über ein anderes Thema: "Mit illegalem Holzhandel wird mittlerweile annähernd so viel Geld verdient wie mit Drogen."

Das ist der Moment des Abends bei "Markus Lanz"

"Nimmt die Gewalt unter Kindern und Jugendlichen zu und wie entsteht sie?", stellte Markus Lanz als Kernfrage in den Raum. Kinderpsychiaterin Sibylle Winter gab zunächst Entwarnung und stellte klar: "Fälle wie in Freudenberg gibt es nur ganz, ganz selten - aber es gibt sie."

Der Mord an Luise löste dennoch bei den Gästen am Donnerstagabend Betroffenheit und Fassungslosigkeit aus. "So geht es wahrscheinlich allen, die Kinder haben", räumte der SPD-Politiker und Kriminalbeamte Sebastian Fiedler ein. "Es gibt ja nicht so viele Antworten und die Tat eignet sich nicht für eine politische Überschrift." Auch Kinderpsychiaterin Sibylle Winter warnte vor Spekulationen und betonte immer, dass angesichts der Seltenheit von Gewalttaten junger Menschen zu wenig Wissen vorliege, um belastbare Aussagen zu tätigen.

Das brachte Markus Lanz dazu, über mögliche Motive zu sprechen, denn: "Was für Kinder ein Motiv ist, muss für Erwachsene nicht unbedingt zu verstehen sein." Kinderpsychiaterin Sibylle Winter bestätigte: "Da gibt es manchmal ganz nichtige

Gründe. Manche Jugendliche versuchen sich beispielsweise wegen einer zu hohen Handy-Rechnung im Affekt das Leben zu nehmen."

Für die mutmaßlichen Täterinnen im Fall der zwölfjährigen Luise scheint es vorerst keine strafrechtlichen Folgen zu geben, da in Deutschland die Strafmündigkeit erst ab dem 14. Lebensjahr beginnt. Sebastian Fiedler sprach sich bei "Markus Lanz" dennoch gegen eine Senkung der Strafmündigkeit aus, da "so ein Jugendstrafverfahren nach völlig anderen Maßstäben" stattfinde: Dort stünde "nicht der Sühnegedanke im Vordergrund". Die Forderung zur Alterssenkung im Bereich der Strafmündigkeit stelle für den Beamten zudem "eine gesellschaftliche Hilflosigkeit" dar. Beim Blick in andere Länder mit einer früher angesetzten Strafmündigkeit zeige sich zudem: Eine Inhaftierung "verfestigt eher kriminelle Karrieren, als dass es zu einer Lösung beiträgt.“

Markus Lanz fragte jedoch kritisch: "Sollten Menschen, die schlimme Dinge getan haben, nicht bestraft werden?" Pädagogin Birgit Kimmel antwortete prompt: "Eine retrospektive Sanktion wird das Verhalten in seltenen Fällen verbessern. Was wir brauchen für unsere Jugendlichen, sind Möglichkeiten einer Wiedergutmachung ihrer Tat."

Am Donnerstagabend sprach Sibylle Winter (links) offen über die ersten Anzeichen einer psychischen Erkrankung bei Kindern. Auch Pädagogin Birgit Kimmel machte deutlich, dass die Anzahl der weltweiten Mobbing-Opfer stetig ansteigt.
© ZDF / Cornelia Lehmann

Vor allem Social Media soll in der heutigen Zeit einen großen Einfluss auf die psychische Gesundheit vieler Kinder haben. Birgit Kimmel erklärte dazu: "Zwischen zwölf und 15 Jahren geht es um die Identitätsentwicklung. Auf Social Media können sie sich ausprobieren." Doch das Internet biete nicht nur positive Aspekte. Markus

Lanz stellte in der Sendung fest: "Es ist erschreckend, wie viele Kinder berichten, Opfer von Mobbing und sexueller Gewalt zu werden."

Die Pädagogin ergänzte: "International sind es eins von drei Kindern. Vor allem in der Pubertät haben wir da die Spitzen. Die Opfer von Cybermobbing werden mittlerweile 24/7 gemobbt. Das, was in der Klasse analog läuft, geht digital weiter." Kimmel warnte abschließend jedoch: "Wir sprechen über die Eskalationsspitzen der Gewalt, müssen aber bei den Auslösern anfangen."

Das ist das Rede-Duell des Abends

Markus Lanz ließ dennoch nicht locker, als es um die steigenden Zahlen der Kinder-Kriminalität ging. Er zählte mehrere Fälle auf und fragte in die Runde: "Wir haben da ein Problem mit steigender Jugend- und Kinder-Kriminalität. Woher kommt das?"

Kinderpsychologin Sibylle Winter versuchte daraufhin, eine Antwort zu finden: "Es sind ja vermehrt die Zwölf- und 13-Jährigen. Wir haben Corona gehabt und hatten drei Jahre lang ein eingeschränktes Leben. Diese Jugendlichen sind am Anfang ihrer Pubertät damit konfrontiert gewesen - auch durch die Schulschließungen. Ich glaube schon, dass das Folgen hatte. Wir haben in den Kinder-Psychatrien mittlerweile keinen Platz mehr. Viele Dinge wie soziale Kompetenzen kann man so schnell nicht nachholen und erlernen." Der Kriminalbeamte Sebastian Fiedler sah dies nüchterner und gab zu bedenken: "Kriminalität im Jugendalter ist eigentlich an der Tagesordnung. In der überwiegenden Zahl hören aber alle auf damit, weil sie einen gewissen Reifegrad erreichen."

Markus Lanz hakte erneut nach: "Das erklärt für mich nicht die Fälle. Ich bin ja nur ein Küchen-Psychologe." Sibylle Winter legte nach: "Aggressives Verhalten zeigt sich sehr früh - schon im Grundschulalter", werde aber oft "bagatellisiert". "Ich erlebe, dass da wenig passiert und nicht psychiatrisch und psychotherapeutisch behandelt wird. Dann kann sich ein Teufelskreis entwickeln. Da sollte, wie bei jeder Krankheit auch, frühzeitig interveniert werden. Psychische Erkrankungen brauchen lange Zeit, bis sie sich entwickeln und genauso lange, bis sie behandelt werden können."

Der Moderator ergänzte fassungslos: "Kinder sind ja zutiefst emphatische Wesen. Was hat sich da verändert?" Sibylle Winter gab daraufhin zu: "Es hat sich sicherlich etwas verändert. Es hat eine Auswirkung, wenn die Eltern nur am Handy hängen oder über Jahre nur mit Maske herumgelaufen sind. Das Kind kommt ja nicht fertig auf die Welt, sondern lernt bestenfalls von dem emphatischen Umgang der Eltern."

Das von Lanz eingeworfene Zitat des Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft in NRW, Erich Rettinghaus, Zwölfjährige seien heute wie 16-Jährige, konterte Winter: "Das erlebe ich nicht so." Körperlich seien manche früher reifer, aber kognitiv könne sie das nicht bestätigen.

So hat sich Markus Lanz geschlagen

Lanz moderierte ein anregendes, aber respektvolles Gespräch zum Thema "Gewalttätigkeit bei Kindern". Mit kritischen und direkten Fragen schaffte er es, den Bogen zwischen der Suche nach einem Tatmotiv und den Folgen von Social Media und dem Corona-Lockdown zu spannen. Dem ZDF-Moderator war anzumerken, dass das Thema auch an ihm nicht spurlos vorbeiging. Er ließ mehrmals durchblicken, wie wichtig es ihm ist, innerhalb der Sendung klare Informationen und Eckpfeiler für seine Zuschauer zu bieten und berief sich immer wieder auf die "Gefühle" in der Bevölkerung.

Das ist das Fazit bei "Markus Lanz"

Während bei "Markus Lanz" häufiger herzhaft diskutiert und leidenschaftlich gestritten wird, ging es am Donnerstagabend eher ruhiger zu. Nach dem Mord der zwölfjährigen Luise zeigte sich nicht nur der ZDF-Moderator, sondern auch die anwesenden Gäste durchaus betroffen. Dennoch schaffte es die Runde, mit klaren Aussagen und hilfreichen Wegweisern aufzuzeigen, wie ähnliche Fälle in Zukunft vermieden werden können.

Mit Blick auf den Fall von Luise äußerte Kinderpsychiaterin Sibylle Winter beispielsweise in der Sendung: "Ich bin mir sicher, dass jetzt mit einem Gutachten geklärt wird, ob bei den Tätern ein Motiv und eine psychische Vorbelastung vorliegt. Dann wird entschieden, was der beste Weg ist, damit sich so etwas nicht nochmal wiederholt." Dabei stünde eine ganze Reihe an Maßnahmen zur Verfügung, die - abhängig vom Ergebnis des Gutachtens - von Psychotherapie und zur medikamentösen Behandlung bis zur Unterbringung in einer geschlossenen oder heilpädagogischen Anstalt reichen. *© 1&1 Mail & Media/teleschau*

„Oldenburger Onlinezeitung“ vom: 03.04.2023 – Thema: „Fast 1.000 Taser-Einsätze im Echtbetrieb in NRW“ : https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/fast-1-000-taser-einsaetze-im-echtbetrieb-in-nrw-102958.html

Foto: Polizisten, über dts Nachrichtenagentur

Düsseldorf (dts Nachrichtenagentur) – Die nordrhein-westfälische Polizei kommt offenbar gut mit den umstrittenen Tasern zurecht. Wie aus einer Auswertung des NRW-Innenministeriums für die „Rheinische Post“ (Dienstagsausgabe) hervorgeht, ist die Elektrowaffe im sogenannten Echtbetrieb (von Januar 2022 bis Februar 2023) bereits 982-mal eingesetzt worden.

Demnach reichte es dabei in 760 Fällen aus (77 Prozent), wenn die Polizisten nur drohten, von dem Gerät Gebrauch zu machen, um eine Lage zu beruhigen. Zuvor hatte es im Jahr 2021 eine einjährige Testphase in einigen wenigen Kreispolizeibehörden gegeben. „Nach den bisherigen Erfahrungen sowohl im Projekt als auch im Echtbetrieb reicht in über drei Viertel der Taser-Einsätze die bloße Androhung aus“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) der „Rheinischen Post“. Das Einsatzmittel helfe der Polizei dabei, ihre Maßnahmen durchzusetzen.

So ließen sich etwaige Angriffe und damit verbundene Verletzungen bei den Polizisten selbst, aber auch beim jeweiligen Gegenüber oftmals verhindern. „Nach allem, was wir bislang wissen, trägt der Taser zur beabsichtigten Prävention und Deeskalation bei“, so Reul weiter. Das Distanz-Elektroimpuls-Gerät (DEIG), auch

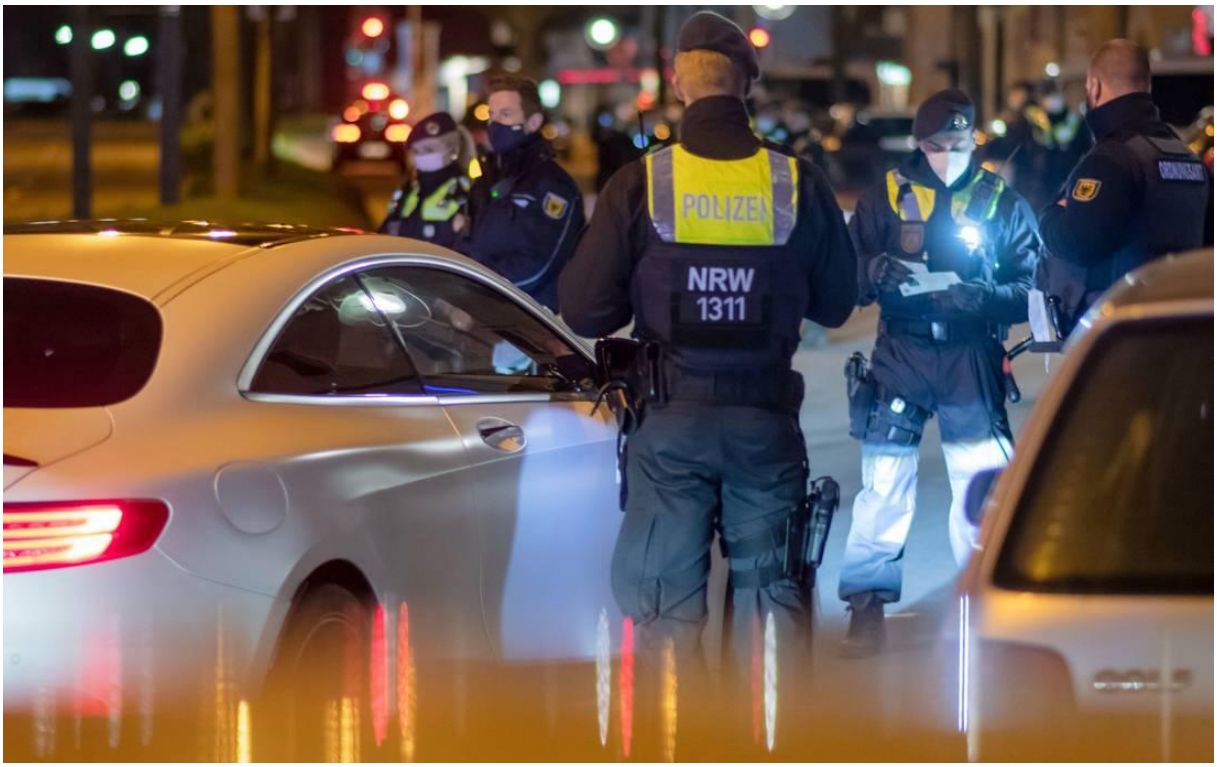
Taser genannt, war nach jahrelangen Diskussionen zunächst im Jahr 2021 in einigen wenigen ausgewählten Kreispolizeibehörden in NRW getestet worden – unter anderem in Dortmund, Düsseldorf und Gelsenkirchen. Seit Januar 2022 läuft nun der sogenannte Echtbetrieb in 18 von 47 Kreispolizeibehörden – in Aachen, Bochum, Bonn, Borken, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Gütersloh, Köln, im Märkischen Kreis, Münster, Paderborn, Recklinghausen, Rhein-Erft-Kreis, Steinfurt und Wuppertal.

Nach Meinung von Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, hätten die Geräte schon längst an alle Kreispolizeibehörden ausgeliefert werden müssen. „Das ist längst überfällig. Die Geräte haben sich bewährt.“ Es gebe keinen Grund dafür, dass manche Polizeibehörden die Geräte hätten und andere nicht.

„Es kann ja nicht sein, dass es vom Standort abhängig ist, ob man im Ernstfall einen Taser zur Verfügung hat oder zu einem anderen Mittel greifen muss, das nicht so effektiv ist“, kritisierte Rettinghaus.

„Rheinische Post“ (online) vom: 05.04.2023 – Thema: „Saisonstart für die Szene – NRW-Polizei nimmt Raser am „Car-Freitag“ besonders ins Visier“: https://rp-online.de/nrw/panorama/car-freitag-in-nrw-2023-polizei-geht-gegen-raser-vor_aid-88022575

Düsseldorf · Wegen deutlich mehr tödlichen Unfällen durch Rasen geht die Polizei an diesem Freitag besonders entschlossen gegen die Szene vor. Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert harte Strafen für illegale Autorennen. Die Hochburgen in NRW, und was „Pedal-Tuning“ und „Schubknallen“ bedeutet.



Polizisten überprüfen während einer Polizeikontrolle gegen Raser einen Sportwagen.
Foto: dpa/Bernd Thissen

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Angesichts der Zunahme von tödlichen Unfällen infolge illegaler Autorennen in Nordrhein-Westfalen nimmt die Polizei am Karfreitag die Raser und Autotuner verstärkt ins Visier; der Tag gilt als inoffizieller Feiertag der Szene und wird deshalb auch „Car-Freitag“ genannt. „Tödliche Raserunfälle haben im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen einen traurigen Rekord erreicht. Umso mehr hoffe ich, dass am stillen Freitag die Motoren und die Auspuffanlagen der Auto-Tuner nur leise brummen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). „Die Polizei wird mit konsequenten Verkehrskontrollen ihren Teil dazu beitragen“, kündigte Reul an. Zudem werde sich die NRW-Polizei auch an der bundesweiten Verkehrssicherheitsaktion „Rot für Raser“ am Freitag beteiligen.

Im vergangenen Jahr war die Zahl der Verkehrstoten im Zusammenhang mit illegalen Autorennen in NRW massiv gestiegen: von einem Fall im Jahr 2021 auf zwölf Todesfälle im vergangenen Jahr. Insgesamt wurden 2050 illegale Autorennen

erfasst. Noch nie seien so viele Menschen bei Autorennen umgekommen, sagte Reul und bezeichnete die Unfälle als genauso tragisch wie vermeidbar.

Bei sogenannten Szenetreffen am „Car-Freitag“, der auch als Saisonstart für Poser und Raser gilt, stellen die Fahrer ihre Boliden zur Schau. Dabei fahren sie auch Rennen gegeneinander und gegen die Uhr. Die Polizei hat zudem festgestellt, dass sich diese Szenetreffen durch die Pandemie auch zu einer „Kennenlern-Börse“ entwickelt haben, weil Bars und Diskotheken geschlossen sind. Dabei kommt es durch das Imponiergehabe auch zu erheblichen Lärmbelästigungen. Typisches Poserverhalten sind: „Pedal-Tuning“ (Vorrichtung, mit der ein Auto deutlich schneller reagiert), „Schubknallen“ (Unterbrechung der Kraftstoffzufuhr bei einem Benzin- oder Dieselmotor) und „Donuts“ (Reifen durchdrehen). Als „Donut“ wird vor allem ein Fahrmanöver bezeichnet, bei dem mit durchdrehenden Reifen schwarze Kreise auf die Straßenoberfläche gezeichnet (“gebrannt“) werden. Zudem werden die Treffpunkte häufig vermüllt hinterlassen.

Bei den Rennen werden laut Polizei neben massiven Geschwindigkeitsübertretungen auch rote Ampeln überfahren, Vorfahrtstraßen missachtet, brandgefährliche Überholmanöver durchgeführt und Sicherheitsabstände nicht eingehalten. Als Hochburgen der Szene gelten in Nordrhein-Westfalen das Ruhrgebiet (Dortmund, Duisburg und Essen) und das Rheinland (Düsseldorf und Köln). Zu den Hotspots in der Landeshauptstadt, also den Treffpunkten der Tuner, gehören neben der Kö auch das Mannesmannufer und die Heinrich-Heine-Allee. Aber auch in kleineren Kommunen in NRW stellt die Polizei immer wieder Raser. „Die Szenen zeigen sich hierbei in unterschiedlicher Ausprägung und sehr mobil. Auf polizeiliche Kontrolltätigkeit wird häufig mit Ortswechseln reagiert“, hieß es aus Sicherheitskreisen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert harte Strafen für Raser. „Ihnen muss auf jeden Fall für lange Zeit der Führerschein abgenommen werden. Und auch die Autos, sollten sie den Rasern gehören, müssen beschlagnahmt werden“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Häufig leihen sich die Raser für ihre illegalen Autorennen auch Fahrzeuge von den bekannten Autoverleihern. „Die müssen noch mehr hinschauen, wem sie ein Auto geben“, forderte Rettinghaus.

Seit 2018 ist die Polizei auf den Straßen in NRW an Karfreitag besonders präsent. Neben mobilen Verkehrskontrollen führt die Polizei auch Geschwindigkeitsmessungen und Kontrollen hinsichtlich technischer Veränderungen an Fahrzeugen durch. Die Aktion zielt laut NRW-Innenministerium auch darauf ab, das Problembewusstsein für illegale Autorennen zu schärfen. Am Karfreitag 2022 wurden bei Verkehrskontrollen in Nordrhein-Westfalen mehr als 3600 Verwarnungsgelder erhoben und 1600 Ordnungswidrigkeitsanzeigen gefertigt.

„Wenn die Leute ihr Auto so schön finden, dass sie davor und damit posen möchten, können sie das gerne machen, solange der Straßenverkehr nicht beeinträchtigt wird“, sagte Reul. „Auch gegen Tuning spricht nichts, solange solange die Vorschriften der Straßenverkehrzulassungsordnung uneingeschränkt beachtet werden,“ so Reul weiter.

„Ruhr Nachrichten“ (online) vom: 05.04.2023:
https://www.ruhrnachrichten.de/regionales/mehr-verkehrskontrollen-an-car-freitag-polizei-kontrolliert-raser-w717147-2000780852/

© picture alliance / dpa

Die NRW-Polizei führt an Karfreitag verstärkt Verkehrskontrollen durch. Der Grund: In der Raser- und Tuner-Szene hat sich der Tag als Saisonstart "Car-Freitag" etabliert.

Die Polizei will an Karfreitag verstärkt Verkehrskontrollen durchführen. Grund sind die vielen Verkehrsunfälle mit Rasern im letzten Jahr. Innenminister Herbert Reul kommentiert: „Tödliche Raserunfälle haben im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen einen traurigen Rekord erreicht. Umso mehr hoffe ich, dass am stillen Freitag die Motoren und die Auspuffanlagen der Auto-Tuner nur leise brummen. Die Polizei wird mit konsequenten Verkehrskontrollen ihren Teil dazu beitragen.“

In der Raser- und Tuner-Szene hat sich der Karfreitag in den vergangenen Jahren als „Car-Freitag“ etabliert. Dieser Tag gilt in der Szene als „Saisonstart“. Die NRW-Polizei beteiligt sich am siebten April mit verstärkten Verkehrskontrollen an der bundesweiten Verkehrssicherheitsaktion „Rot für Raser“.
Die Aktion soll das Problembewusstsein für illegale Autorennen schärfen. Seit 2018 ist die Polizei an Karfreitag besonders präsent. Neben mobiler Verkehrskontrollen führt die Polizei auch Geschwindigkeitsmessungen mit technischem Gerät und Kontrollen hinsichtlich technischer Veränderungen an Fahrzeugen durch. Bei Verkehrskontrollen am Karfreitag im letzten Jahr wurden in NRW über 3.600 Verwarnungsgelder erhoben und 1.600 Ordnungswidrigkeitsanzeigen erstellt.

Mehr Raser am „Car-Freitag“ erwartet

„Wenn die Leute ihr Auto so schön finden, dass sie davor und damit posen möchten, können sie das gerne machen, solange der Straßenverkehr nicht beeinträchtigt wird. Auch gegen Tuning spricht nichts, solange die Vorschriften der

Straßenverkehrszulassungsordnung uneingeschränkt beachtet werden," gibt Herbert Reul zu bedenken.

Die Raser illegaler Autorennen bezeichnete der Innenminister bei der Vorstellung der Verkehrsunfallbilanz 2022 Anfang März als eines der Sorgenkinder des Straßenverkehrs. Insgesamt seien 12 Menschen bei illegalen Autorennen im vergangenen Jahr getötet worden. „Noch nie sind so viele Menschen bei Autorennen umgekommen wie letztes Jahr. Diese Unfälle sind alle genauso tragisch wie vermeidbar", so Innenminister Reul.

Den Rasern müsse für lange Zeit der Führerschein abgenommen werden, so Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft gegenüber der Rheinischen Post. „Und auch die Autos, sollten sie den Rasern gehören, müssen beschlagnahmt werden." Häufig würden sich die Raser demnach für ihre illegalen Autorennen auch Fahrzeuge von den bekannten Autoverleihern ausleihen.

Bani

„Rheinische Post“ (online) vom: 12.04.2023 – Thema: „Nach Messerangriff in Düsseldorf – Das hat mit der Kirmes gar nichts zu tun“: https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/blaulicht/duesseldorf-messerangriff-polizeigewerkschaft-will-schaerfere-kontrollen_aid-88320349

Düsseldorf · Am Montagabend wurde ein 18-Jähriger am Rande einer Kirmes in Düsseldorf lebensgefährlich verletzt. Wie sich sein Zustand entwickelt hat und was die Deutsche Polizeigewerkschaft jetzt rund um Volksfeste fordert.

Die Polizei ist am Tatort am Staufenplatz in Düsseldorf im Einsatz.
Foto: RP/David Young

Von Verena Kensbock und Christian Schwerdtfeger
Nach einem Messerangriff auf einen 18-Jährigen hat sich der Zustand des jungen Mannes gebessert. Das meldete die Polizei am Dienstag. Bei einem Streit am Montagabend wurde er mit einem Messer in die Brust gestochen, er schwebte zwischenzeitlich in Lebensgefahr und wurde notoperiert. Mittlerweile sei sein Zustand stabil. Die Polizei hat derweil einen 17-Jährigen festgenommen, der als dringend tatverdächtig gilt. Er wurde am Dienstag dem Haftrichter vorgeführt. Nach jetzigem Kenntnisstand kannten sich das Opfer und der Tatverdächtige flüchtig. Sie trafen an der Ecke Vautier- und Burgmüllerstraße am Staufenplatz aufeinander, in der Nähe der Osterkirmes. Kurz nach 18 Uhr sollen die Männer in den blutigen Streit geraten sein.

Angesichts der Nähe zur Kirmes sprach sich der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) für strengere Messer-Kontrollen im Umfeld von Volksfesten aus. „Wie auch in Fußballstadien sollte man darüber nachdenken, Personen beim Betreten des Kirmesgeländes nach entsprechenden Waffen zu

kontrollieren. Das sollte auf den Jahrmärkten gemacht werden, auf denen es in der Vergangenheit zu Vorfällen gekommen ist“, sagt Erich Rettinghaus. „Auf der Kirmes und in deren Umfeld muss man sich sicher fühlen können. Solche Volksfeste werden von vielen Familien besucht. Da darf niemand Angst oder nur ein schlechtes Gefühl haben.“

Nach dem tödlichen Streit auf einem Volksfest in Münster, wo vor wenigen Wochen ein 31-jähriger Familienvater infolge einer Messerattacke ums Leben gekommen war, hatte es erste Diskussionen um Messerverbote auf Volksfesten gegeben. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei NRW, Michael Mertens, sagte, dass überall dort, wo viele Menschen zusammenkommen und Alkohol im Spiel sei, Konflikte programmiert seien. Dort seien Waffenverbotszonen wie in der Düsseldorfer Altstadt grundsätzlich sinnvoll, so Mertens. Diese Zonen müssten allerdings deutlich kommuniziert und kontrolliert werden.

Einen solchen Zusammenhang sieht Oliver Wilmering, Vorsitzender des Schaustellerverbandes Düsseldorf, nicht. Der Vorfall sei tragisch, doch habe „mit der Kirmes gar nichts zu tun“. Der blutige Streit spielte sich nicht auf dem Kirmesgelände, sondern 200 Meter entfernt statt. Auch nach Erkenntnissen der Polizei soll sich die Auseinandersetzung nicht auf der Kirmes entwickelt haben. Die Sicherheitsvorkehrungen auf dem Staufenplatz seien bereits hoch, sagt Wimering. Das Gelände sei mit Kameras überwacht, eingezäunt und habe nur einen Eingang, an dem Sicherheitsleute den Zugang regeln. Stichprobenweise kontrollieren sie Besucher.

„Rheinische Post“ (online) vom: 24.04.2023 – Thema: „Verdächtiger nach Messerattacke in U-Haft – Täterrechte hängen in unserem Land viel zu hoch“: https://rp-online.de/nrw/panorama/messerattacke-duisburg-verdaechtiger-in-u-haft-nach-oeffentlichkeitsfahndung_aid-89139487

Duisburg · Der Verdächtige im Fall der schweren Messerattacke in einem Duisburger Fitnessstudio sitzt in U-Haft. Er konnte durch eine Öffentlichkeitsfahndung identifiziert werden. Das geschehe zu selten, findet Erich Rettinghaus, der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Foto: dpa/Christoph Reichwein

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Nach der Festnahme eines 26-Jährigen mit Hilfe von Spezialeinheiten in der Nacht zu Sonntag ist der Tatverdächtige am Montag in Untersuchungshaft gekommen, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Ihm wird nach einer blutigen Attacke in einem Duisburger Fitnessstudio unter anderem versuchter Mord vorgeworfen.

Unterdessen äußerte sich Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, zur Öffentlichkeitsfahndung, die seiner Meinung nach „viel zu wenig und meist zu spät als Mittel zur Ergreifung des Täters eingesetzt wird“, wie er in Düsseldorf sagte. „Wieder einmal konnte der Täter schnell identifiziert werden durch die Öffentlichkeitsfahndung – Voraussetzung dafür war erneut die Vorlage von geeignetem privatem Bildmaterial“, sagte er.

Nachdem die Bilder des Tatverdächtigen veröffentlicht waren, konnte er mit Hilfe von zwei Zeugen sechs Tage nach der Tat zügig identifiziert werden. Für Rettinghaus erst sehr spät. „Täterrechte hängen in unserem Land viel zu hoch“, sagte er. „Die

Rechte des Opfers überwiegen hier doch vor den Persönlichkeitsrechten des mutmaßlichen Täters, der durch seine Tat die Ursache gesetzt hat.“ Hier sei eine Anpassung der Vorschriften notwendig. Diese sollte es für Fälle des dringenden Tatverdachts und unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ermöglichen, Bildaufnahmen von Personen frühzeitig zu veröffentlichen, wenn weitere Ermittlungen voraussichtlich erfolglos sein würden, sagte Rettinghaus.

Er kritisiert: „Anstatt auf moderne Technik zu setzen, ist die Polizei weiter darauf angewiesen, dass sie Bildmaterial von Straftaten von privaten Personen oder Firmen erhält.“ Dabei erhöhten sich die Chancen auf eine Festnahme um ein Vielfaches, sobald geeignetes Bildmaterial vorliege. „Ich bin sicher, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nichts dagegen hat, temporär von einer Videobeobachtung erfasst zu werden“, sagte Rettinghaus. „Ausgewertet wird nur bei der Vorlage von Straftaten, ansonsten wird der Gesetzeslage entsprechend gelöscht.“

Bei dem Angriff am Dienstagabend waren vier Menschen mit einer Hieb- und Stichwaffe schwer verletzt worden – ein 21-Jähriger schwebt immer noch in Lebensgefahr. Spezialeinheiten hatten den Tatverdächtigen in seiner Duisburger Wohnung festgenommen. Motiv und Hintergründe der Tat sind noch unklar. Nach dem Verdächtigen war seit Freitag auch mit Fotos aus einer Überwachungskamera gefahndet worden.

„Rheinische Post“ (online) vom: 28.04.2023 – Thema: „Cannabis-Straftaten in NRW – „Zahl der Autofahrer unter Drogeneinfluss wird ins Unermessliche steigen“: https://rp-online.de/nrw/panorama/cannabis-in-nrw-polizei-meldet-viele-straftaten-und-warnt_aid-89287569

Düsseldorf · Die Polizei hat in NRW im vergangenen Jahr 217 illegale Cannabis-Plantagen entdeckt. Angesichts vieler Straftaten warnen Polizei und NRW-Innenminister Herbert Reul vor einer Legalisierung der Droge.

Eine illegale Cannabisplantage, die von der Polizei ausgehoben worden ist.
Foto: Polizei Wuppertal

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen warnt vor negativen Folgen für den Straßenverkehr im Fall der Legalisierung von Cannabis. „Die Zahl der Autofahrer unter Drogeneinfluss wird dann ins Unermessliche steigen“, sagte Erich Rettinghaus, NRW-Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Allein im vergangenen Jahr stoppte die Polizei laut NRW-Innenministerium 19.697 Person, die unter dem Einfluss berauschender Mittel fuhren – darunter fallen neben Cannabis noch Substanzen wie Heroin und Kokain. „Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelzahl ist jetzt schon extrem hoch“, so Rettinghaus.

Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP will laut dem aktuellen Plan den Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis und den Eigenanbau von maximal drei Pflanzen erlauben. Außerdem soll die Abgabe der Droge in speziellen Vereinen möglich sein. Der ursprünglich geplante freie Verkauf von Cannabis für Erwachsene in Fachgeschäften wurde zunächst gestrichen. Er soll zuerst in Modellregionen mit wissenschaftlicher Begleitung erprobt werden.

Info
Cannabis ist größtes Suchtmittel

Bericht Im Bereich der illegalen Drogen ist laut Bericht der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) Cannabis sowohl bei Jugendlichen als auch unter Erwachsenen am weitesten verbreitet.

Schätzungen Aktuellen Schätzungen zufolge haben etwa 4,7 Millionen Erwachsene im Alter zwischen 18 und 64 Jahren sowie etwa 374.000 Jugendliche im Alter von zwölf bis 17 Jahren in den letzten 12 Monaten eine illegale Droge konsumiert.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hält auch weiterhin nichts von den Plänen. „Alles, was ich bisher gehört habe, sagt mir, dass die Pläne der Bundesregierung zur Cannabis-Legalisierung noch nicht ausgereift sind. Meine Polizistinnen und Polizisten werden sicher nicht losgehen und anfangen, Pflanzen zu zählen“, sagte Reul unserer Redaktion. „Und Gesetze funktionieren nur dann, wenn ich die umsetzen und kontrollieren kann. Das sehe ich alles heute noch nicht gegeben“, betonte der NRW-Innenminister. „Und was ich bis heute auch nicht verstehe: Wie kann man Cannabis-Legalisierung und Jugendschutz in einem Atemzug zu nennen? Mit der Frage stehe ich nicht allein da“, so Reul weiter.

Im Zusammenhang mit Cannabis sind im vergangenen Jahr in NRW viele Straftaten begangen worden. So wurden laut Innenministerium allein 217 illegale Cannabis-Plantagen ausgehoben, darunter 30 sogenannte Profiplantagen mit jeweils mindestens 1000 Pflanzen. Die Kategorisierung von Cannabisplantagen erfolgt nach festgelegten bundesweiten Kriterien in den Kategorien „Kleinplantagen“ (20 bis 99 Cannabispflanzen), „Großplantagen“ (100 bis 999 Cannabispflanzen) und „Profiplantagen“ (ab 1000 Cannabispflanzen). In NRW werden darüber hinaus seit 2021 noch sogenannte Miniplantagen (weniger als 20 Cannabispflanzen) erhoben, von denen im vergangenen Jahr zusätzliche 523 entdeckt worden sind. Landesweit stellte die Polizei im vergangenen Jahr in NRW 3224 Kilogramm Cannabis sicher.

Im Straßenverkehr sorgen Personen, die unter Drogeneinfluss stehen, regelmäßig für schwere Unfälle. Im vergangenen Jahr erfasste die Polizei 670 unter Drogen stehende Beteiligte bei Unfällen, bei denen Menschen verletzt oder getötet worden sind. Weitere 1202 unter Drogen stehende Personen waren an Unfällen mit reinen Blechschäden beteiligt.

Insgesamt registrierte die NRW-Polizei im vergangenen Jahr in NRW 45.133 Cannabis-Delikte – darunter 3988 Fälle, die der Zoll meldete. Dabei handelt es sich bei den meisten Straftaten um unerlaubten und Schmuggel von Cannabis (7545 Fälle) und unerlaubten Handel (4816). Neben NRW-Polizei und Zoll verzeichnete auch die Bundespolizei im Jahr 2022 viele Straftaten mit Cannabis. Wie eine Sprecherin der Bundespolizei unserer Redaktion mitteilte, wurden an Bahnhöfen,

Flughäfen und Grenzen in NRW 8500 Delikte registriert, davon 2400 im Grenzraum zu den Niederlanden. „Dabei wurden rund 130 Kilogramm Cannabisprodukte sichergestellt“, so die Sprecherin.

Welche dieser Straftaten bei einer Legalisierung in Zukunft wegfallen würden, lässt sich laut Sicherheitsbehörden zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. „Es gibt bislang noch keine festgelegten Grenzwerte, sondern vielmehr sind es nur Planspiele. Daher lässt sich noch nicht sagen, was künftig erlaubt sein wird. Das wäre reine Spekulation“, hieß es aus Sicherheitskreisen.

„Rheinische Post“ (online) vom: 18.05.2023: „Angriffe in NRW nehmen zu – 20.163 Polizisten im Dienst attackiert“: https://rp-online.de/nrw/panorama/ratingen-hochhaus-explosion-attacken-auf-polizei-nehmen-zu_aid-90541079

Exklusiv | Düsseldorf/Ratingen · Im vergangenen Jahr hat es in NRW deutlich mehr Attacken auf Polizisten gegeben. Innenminister Herbert Reul will das nicht akzeptieren. Für ihn zeigt auch der Fall Ratingen, wie gefährlich der Polizeiberuf sein kann.

Foto: dpa/-

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

In Nordrhein-Westfalen hat es im vergangenen Jahr deutlich mehr Attacken auf Polizisten gegeben. „Im Jahr 2022 wurden Polizeivollzugsbeamte 20.163 Mal Opfer von Gewalt – eine Steigerung um elf Prozent“, sagte Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion: „Das akzeptiere ich nicht. Deshalb arbeiten wir weiter

daran, unsere Polizistinnen und Polizisten gegen Übergriffe bestmöglich zu schützen.“

Erst in der vergangenen Woche hatte es eine verheerende Attacke auf Feuerwehrleute und Polizisten in einem Hochhaus in Ratingen gegeben. Ein 57-Jähriger hatte dort die Einsatzkräfte mit einer brennbaren Flüssigkeit eingesprüht, nachdem sich die Wohnungstür geöffnet hatte. Dabei verlor eine Polizistin auch ihre Dienstwaffe. Der Mann hatte sich in der Folge etwa drei Stunden in der Wohnung verschanzt, die sich in der zehnten Etage des Hochhauses befindet. Eine Spezialeinheit der Polizei konnte ihn schließlich überwältigen und festnehmen. Bei der anschließenden Durchsuchung der Wohnung wurde noch die Leiche seiner 91-jährigen Mutter gefunden, die schon länger tot war. Die Einsatzkräfte waren zu der Wohnung gerufen worden, weil es hieß, dass sich dort eine hilflose Person befinde – und wurden dann von der Feuerattacke völlig überrascht.

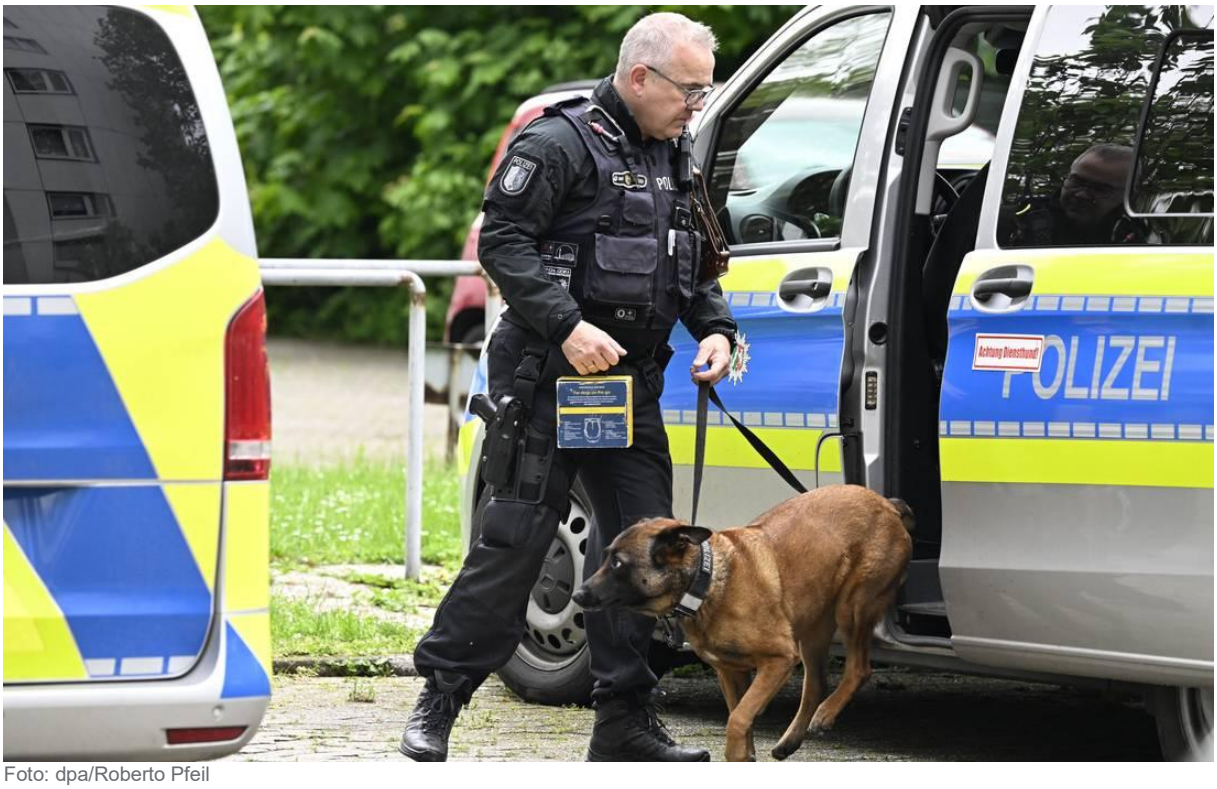


Foto: dpa/Roberto Pfeil

Reul sagte, er hoffe, dass die Polizei trotz dieser Entwicklung die Nähe zu den Bürgern beibehalten werde. „Diese einzelne Person, die zu diesem irrsinnigen und brutalen Handeln fähig war, repräsentiert ja zum Glück nicht unsere Gesellschaft. Insofern wünsche ich mir, dass unsere bürgernahe, offene und zugewandte Polizei auch genau so bleiben wird“, sagte der Innenminister: „Gleichzeitig macht das natürlich etwas mit den Beamtinnen und Beamten. Einsätze wie dieser führen ihnen vor Augen, wie gefährlich ihr Beruf sein kann.“

Reul hatte nach der Tat auch im polizeiinternen Intranet die Beamtinnen und Beamten gebeten, besonders vorsichtig zu sein bei ihren Einsätzen. Auch Erich Rettinghaus, der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, mahnte zur Wachsamkeit angesichts zunehmender Gefahren durch radikalisierte Personen und Gruppen. „Einsätze können leider immer häufiger Verläufe nehmen, die man nicht plant oder vorhersehen kann. Jeder Einsatz kann

eskalieren. Hinter jeder Tür kann jemand stehen, der einem etwas Schlimmes will. Damit müssen wir mittlerweile leider ständig rechnen“, sagte Rettinghaus. „Wir müssen uns immer vor Augen führen, dass jeder Einsatz, sei er noch so routinemäßig, völlig anders laufen kann als erwartet. Unsere Sinne müssen immer geschärft sein, und wir müssen wachsam bleiben. Das ist aber nicht immer so leicht“, sagt er. „Wir sind nun einmal die, die zuerst da sind. Wir müssen uns bestmöglich im Einsatz schützen. Aber mit so einer Attacke wie in Ratingen kann kein Mensch rechnen“, betonte der Gewerkschafter.

Ähnlich sieht es der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Nordrhein-Westfalen. So einen Fall wie in Ratingen habe es im Land noch nie gegeben – und auch nichts Vergleichbares, sagte GdP-Vize Michael Maatz. „Eigensicherung ist für die Polizei ganz wichtig. Das wird im Rahmen der Aus- und Fortbildung auch regelmäßig gelehrt. Trotzdem bleibt immer ein Restrisiko. Der Angriff auf meine Kollegen und auf die Feuerwehrleute kam aus dem Nichts. Das können Sie nicht üben“, so Maatz. Insgesamt sei der Dienst auf der Straße rauer geworden. „Wir versuchen, trotzdem die Einsatzsituation grundsätzlich deeskalierend zu bewältigen. Gewalt setzen wir nur ein, wenn es nicht mehr anders geht. Trotz so eines Falls wie in Ratingen werden wir immer eine bürgernahe Polizei bleiben. Wir dürfen deswegen nicht an unseren Grundprinzipen rütteln; vielmehr müssen wir sie verteidigen“, betonte Maatz.

Bürger haben zum Gedenken an die schwerverletzten Opfer der Explosion in einem Hochhaus, bei dem mehrere Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr schwer verletzt wurden, am Tatort Kerzen und Blumen niedergelegt.
Foto: dpa/Roberto Pfeil

René Schubert, Leiter der Feuerwehr Ratingen und Vorstandsmitglied des Landesverbandes der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen, erklärte: „Wenn Gewalt

angewendet wird gegen Einsatzkräfte, dann ist ein Schutz letztlich so gut wie nicht möglich. Es gibt Hinterhalte, vor denen wir uns schlicht nicht schützen können.“

„WAZ“ (online) vom: 23.05.2023:
„Täglich 21 Angriffe auf Polizisten - Gewalt durch Beamte ist ein Thema. Doch auch diese sind zunehmend von Gewalt betroffen.“

Ein Demonstrant schlägt einen Polizeibeamten nieder. **Carsten Rehder** dpa

Thomas Mader

Ruhrgebiet **Ein Radfahrer telefoniert während der Fahrt. Als sie ihn anhalten, riechen die Polizisten Marihuana. Sie durchsuchen den Mann und ertasten einen Gegenstand, Drogen womöglich? Doch der Verdächtige weigert sich, den Gegenstand herauszugeben. Als der Polizist sein Handgelenk ergreift, wehrt der Mann sich. Der Polizist wird schwer verletzt.**

Der Fall soll illustrieren, wie Alltagssituationen umschlagen können in Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Er stammt aus dem letzten NRW-Lagebild zum Thema, es arbeitet mit Zahlen aus 2021: Fast jede 160. Straftat, die in die Kriminalstatistik einfloss, richtete sich gegen Polizistinnen und Polizisten. Das entspricht rund 7600 Fällen. Im Schnitt gab es also 21 Angriffe und Übergriffe jeden Tag. Dabei entfällt ein Gros auf den „Widerstand“. Aber der „Tätliche Angriff“ und die Körperverletzungen machen noch fast ein Drittel aus. Aktive Angriffe geschehen also sechs bis sieben

Mal pro Tag. Und der Trend zeigt nach oben. Nimmt man nur die Tätlichen Angriffe, hat sich ihr Anteil von 2018 auf 2021 fast verdoppelt.

Die Gewalt gegen Polizisten muss man in der Theorie getrennt betrachten von der Gewalt durch Polizisten, die gerade Thema eines großen Streits ist zwischen dem Kriminologen Tobias Singelnstein und Polizeivertretern. Singelnstein (Uni Frankfurt) hatte in dieser Woche eine Studie vorgestellt, laut der es erheblich mehr Gewalt durch Polizisten gebe, als in der Statistik auftauche. Nur etwa neun Prozent aller von ihm befragten Betroffenen hätten Anzeige erstattet. Auch würden Verdachtsfälle übermäßig oft von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Nicht nur die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warf Singelnstein methodische Mängel vor. Auch Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), kann „nichts Gutes finden“, an der Studie.

In der Praxis jedenfalls erführen Polizistinnen und Polizisten zunehmend Gewalt und Bedrohungsgefühle im Berufsalltag. „Die Hemmschwelle ist gesunken“, sagt Rettinghaus. „Gewalt wird viel früher angewendet, von Null auf Hundert. Sie werden gerufen, weil jemand eine Einfahrt blockiert, und es kann sein, dass ein paar Wildfremde nichts Besseres zu tun haben, als die Polizei anzumachen. Warum soll ich denn weggehen, geh du doch weg, heißt es dann.“ Und es sei eben nicht immer möglich zu deeskalieren. „Oder wir fahren weg und der Pöbel hat gewonnen.“

Einsatz vorm Nachtclub: Polizisten halten einen Störer am Boden fest, da mischt sich ein Betrunkener ein. Als die Verstärkung kommt, bringen sie auch ihn zu Boden. Aber dabei sperrt er sich mit aller Kraft, stemmt sich mit seinem Körpergewicht gegen das Knie eines Polizisten, der sich dabei schwer verletzt. Er löst sich aus der Fixierung und flüchtet. Ein weiterer Beamter stürzt und verletzt sich leicht. Der Betrunkene wird geschnappt.

Zum Glück sind schwere Verletzungen die Ausnahme (13 Personen im Jahr 2021). Leicht verletzt werden jedoch im Schnitt jeden Tag neun Polizistinnen und Polizisten. Der Großteil der Angriffe bleibt ohne körperliche Folgen. Ein Trend lässt sich bei den Gefährlichen und schweren Körperverletzungen nicht ausmachen, sie unterliegen stärkeren Schwankungen. Zuletzt waren es inklusive der versuchten Taten 349 Fälle. Das gilt umso mehr für die Delikte Mord und Totschlag, die sich seit 2018 jedes Jahr im einstelligen Bereich bewegen.

Ratingen, vergangenen Donnerstag: Ein Mann aus der Reichsbürgerszene lockt Polizisten und Feuerwehrleute in eine Falle. Führt eine Explosion herbei, als sie die Tür öffnen wollen, legt anschließend Feuer, so die ersten Erkenntnisse. 31 Einsatzkräfte werden verletzt, fünf von ihnen lebensgefährlich.

Der Fall zeige, dass das Bedrohungspotenzial in allen Schichten existiere, sagt Rettinghaus. „Auch lebensältere Menschen radikalisieren sich derzeit, wenden sich ab vom Staat. Das subjektive Sicherheitsempfinden muss stark gelitten haben.“ Der Gewerkschafter macht die „Zweifel am Gewaltmonopol des Staates“ auch daran fest, dass es Polizistinnen und Polizisten immer schwerer gemacht werde, legitimen Zwang auszuüben.

„Nehmen Sie ein Tumultdelikt“, zum Beispiel in Duisburg-Marxloh. „Wir trainieren sowas, aber es bleibt schwierig, wenn 50 Menschen um den Wagen herumlaufen

und alles filmen. Wenn sie dann jemanden beiseiteschieben, wird geschrien und gezetert und bei Facebook heißt es dann: Polizeigewalt“, sagt Rettinghaus. „Das wird dann zwar alles ermittelt, aber erst mal steht der Vorwurf im Raum, und das belastet auch. Wir brauchen mehr Rückhalt von der Politik und der polizeilichen Führung.“

„Rheinische Post“ (online) vom: 23.05.2023: „Lehrauftrag an Polizeihochschule entzogen - Grüne kritisieren Rauswurf von Bahar Aslan nach Tweet“: https://rp-online.de/nrw/panorama/nach-tweet-gruene-verteidigen-dozentin-der-polizeihochschule-gelsenkirchen_aid-90901885

***Düsseldorf/Gelsenkirchen* · Hochschuldozentin Bahar Aslan erhält nach ihrem Rauswurf von der Polizei-Hochschule in Gelsenkirchen Unterstützung von den Grünen in NRW. Die Deutsche Polizeigewerkschaft findet die Entscheidung hingegen richtig. Der kritisierte Tweet soll nicht der erste sein, in dem Aslan eine umstrittene Aussage tätigt.**

Die Zentralverwaltung der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.

Foto: dpa/Federico Gambarini

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Die Deutsche Polizeigewerkschaft begrüßt die Entscheidung, der Dozentin der Polizeihochschule in Gelsenkirchen, Bahar Aslan, nach einem Tweet keinen weiteren

Lehrauftrag zu geben. „Es ist absolut richtig so. Wer sich so negativ über die Polizei äußert, hat in dem Job nichts zu suchen“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Aslans Tweet lautete: „Ich bekomme mittlerweile Herzrasen, wenn ich oder meine Freund*innen in eine Polizeikontrolle geraten, weil der ganze braune Dreck innerhalb der Sicherheitsbehörden uns Angst macht. Das ist nicht nur meine Realität, sondern die von vielen Menschen in diesem Land.“

Die Hochschule hatte daraufhin am Montag mitgeteilt: „Aus Sicht der Hochschulleitung ist die Dozentin aufgrund ihrer aktuellen Äußerungen ungeeignet, sowohl den angehenden Polizistinnen und Polizisten als auch den zukünftigen Verwaltungsbeamtinnen und -beamten eine vorurteilsfreie, respektive fundierte Sichtweise im Hinblick auf Demokratie, Toleranz und Neutralität zu vermitteln.“

Verteidigt wird Aslan von den Grünen in NRW. „Dass Bahar Aslan einem solchen Shitstorm von Hass und Hetze ausgesetzt ist, ist durch nichts zu rechtfertigen. Der besagte Tweet war unglücklich formuliert und ich kann emotional nachvollziehen, dass sich Polizistinnen und Polizisten pauschal angegriffen fühlen“, erklärte Julia Höller, innenpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion NRW. „Wir brauchen eine differenzierte Debatte über strukturellen Rassismus in unserer Gesellschaft. Genau deshalb ist Bahar Aslan die Richtige für einen Lehrauftrag an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Ich bin irritiert darüber, dass so kurzfristig der Lehrauftrag nicht verlängert wurde“, so Höller weiter.

Tim Achtermeyer, Landesvorsitzender der Grünen NRW, erklärte: „Bahar Aslan hat innerhalb weniger Stunden ihren Lehrauftrag entzogen bekommen. Sie hatte offenbar nicht mal die Möglichkeit, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen oder mit ihren Vorgesetzten zu sprechen. Ich erwarte mir von einem Arbeitgeber Solidarität, differenziertes Agieren und Gespräche, gerade im Umfeld der Polizei und innerhalb einer Hochschule“, so Achtermeyer. „Stattdessen ist man vor einem Shit-Storm eingeknickt. Die Perspektive von Rassismus betroffenen Menschen, wie die von Bahar Aslan, ist wichtig: für uns als Gesellschaft, für die Polizei, für die Politik. Die Entziehung des Lehrauftrags ist daher die völlig falsche Konsequenz. Die Hochschule wäre gut beraten, diesen Schritt zu zurückzunehmen und das Gespräch zu suchen“, betonte der Landesvorsitzende der Grünen.

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Mertens hatte indes zuvor am Montag gesagt, eine solche „Pauschalverurteilung der Sicherheitsbehörden geht gar nicht“. Der Fall müsse arbeits- und strafrechtlich aufgearbeitet und geprüft werden. Der nordrhein-westfälische CDU-Innenpolitiker Christos Katzidis sagte, die Äußerung sei „unerträglich und untragbar“. Er erwarte eine strafrechtliche und eine disziplinarrechtliche Prüfung.

Aslan selbst sprach von einer Verleumdungskampagne: Es habe sich bei ihrem Tweet nicht um eine Pauschalverurteilung aller Polizisten gehandelt, wie dieser behaupte. „Dachte, dass es Konsens ist, dass wir klare Kante gegen Rechts zeigen. Habe mich offensichtlich geirrt», twitterte sie. Über das Agieren der Gewerkschaft sei sie «sehr erstaunt“. Sie bekomme nun Hass-Botschaften im Minutentakt.

Der kritisierte Tweet ist aber offenbar nicht Aslans erste umstrittene Nachricht auf Twitter gewesen. So schrieb sie etwa im Januar 2021: „Ja, ich sympathisiere mit Linksextremisten! Und wissen Sie was? Ich werde morgen @derrechterand abonnieren und finanziell unterstützen, also quasi ihre Steuern in die #Antifa investieren. Sie dürfen sich gerne bei meinem Dienstherren über mich beschweren.“

Aus dem NRW-Schulministerium hieß es, zum konkreten Einzelfall könne man keine Stellung nehmen. Grundsätzlich gelte aber, dass Lehrer zwar die Meinungsfreiheit des Grundgesetzes genießen, besonders als Beamte aber bei politischen Äußerungen zu Mäßigung und Zurückhaltung aufgerufen seien.

Diesen Tweet setzte Bahar Aslan im Januar 2021 ab (Screenshot).
Foto: RP/Screenshot Twitter

Vor diesem Hintergrund prüften die personalrechtlich zuständigen Bezirksregierungen grundsätzlich auch Äußerungen von Lehrern auf Twitter. Die zuständige Bezirksregierung Münster werde den Vorgang prüfen. Dort bestätigte ein Sprecher, man werde den aktuellen Vorgang als Schulaufsicht prüfen.

(mit Material der dpa)

„Neue Westfälische“ (online) vom: 27.05.2023: „In NRW werden 331 Kinder vermisst – jährlich gibt es tausende Meldungen“: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23573798_In-NRW-werden-331-Kinder-vermisst-jaehrlich-gibt-es-tausende-Meldungen.html

Die meisten Kinder und Jugendlichen tauchen in der Regel schnell wieder auf. Doch einige bleiben teilweise über mehrere Jahre verschwunden. Bundesweit sind es derzeit gar rund 4.800 Fälle.

Lukas Brekenkamp

Bielefeld. Jährlich verschwinden in Nordrhein-Westfalen tausende Menschen. Im Jahr 2022 wurden exakt 33.879 Vermisstenanzeigen bei der Polizei gestellt, erklärt das Landeskriminalamt (LKA) in NRW auf Anfrage. Die allermeisten Menschen kehren schnell zurück, doch einige bleiben vermisst, teils seit Jahren. Laut Bundeskriminalamt (BKA) gelten aktuell alleine in NRW rund 1.500 Menschen teilweise seit vielen Jahren als vermisst.

Vor allem wegen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren wurden laut LKA im vergangenen Jahr in NRW besonders häufig Vermisstenanzeigen gestellt, insgesamt rund 23.000. Zudem wurden mehr als 4.300 Kinder (Menschen unter 14 Jahren) als vermisst gemeldet, hinzu kommen mehr als 5.300 verschwundene Erwachsene.
Ein Sprecher des LKA betont mit Blick auf die Zahlen: Gerade Kinder und Jugendliche werden durch Eltern oder Betreuer unverzüglich als vermisst gemeldet – oft sogar, wenn sie einfach nicht pünktlich nach Hause kommen. Kinder und Jugendliche kehren aber in der Regel sehr schnell wieder zurück, sodass sie de facto nicht als vermisst anzusehen seien, erklärt er. "Gleichwohl sind diese nunmehr in der Statistik enthalten."

Oft aus schwierigen Verhältnissen

Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, berichtet: "Es vergeht kein Tag, an dem nicht gleich mehrere Kinder oder Jugendliche als abgängig gemeldet wurden." Oft handele es sich um junge Menschen, die bereits mehrfach von zuhause abgehauen sind. "Sie stammen oft aus schwierigen Verhältnissen", sagt er.

Der erfahrene Polizist fügt hinzu: "Auch wenn die allermeisten vermissten Kinder und Jugendlichen sehr schnell zurückkehren, sind sie dennoch gefährdet." Bei denen, die länger vermisst werden oder noch immer vermisst sind, müsse man dagegen sogar eine Entführung oder ein Kapitaldelikt in Betracht ziehen. "Gerade bei Jugendlichen ist festzustellen, dass sie verschwinden und ein Leben auf der Straße führen", ergänzt Rettinghaus. Bei Erwachsenen hingegen würden Vermisstenanzeigen oft im Kontext gescheiterter Beziehungen gestellt oder beträfen ältere Menschen.

Deutschland: Mehr als 4.700 junge Menschen vermisst

Immer wieder gibt es Fälle, bei denen die Menschen vermisst bleiben. Bundesweit sucht die Polizei nach mehr als 8.800 Vermissten, davon 1.556 Kinder und 3.241 Jugendliche. In NRW liegt die Zahl der Vermissten, die zum Teil seit vielen Jahren verschwunden sind, bei 1.473, davon 331 Kinder. Vor einem Jahr lag die Zahl noch bei 318. Zudem werden in NRW aktuell 512 Jugendliche vermisst.
Eine der Personen, die verschwunden und noch immer nicht aufgetaucht ist, ist Scarlett S. aus Bad Lippspringe (Kreis Paderborn). Spurlos verschwand die 26-Jährige im Herbst 2020 beim Wandern im Schwarzwald. Die Hintergründe sind offen, es ist also unklar, ob beispielsweise ein Verbrechen vorliegt oder ob sie einen Unfall hatte. Die zuständige Staatsanwaltschaft stellte vor einigen Monaten das Todesermittlungsverfahren ein. Die umfangreichen Ermittlungen hätten keine Anhaltspunkte für ein Gewaltverbrechen ergeben, heißt es.

Weniger Fälle während Corona

Eine interessante Beobachtung zeigen derweil die Zahlen der jährlichen Vermisstenfälle in NRW. 2019 registrierte die Polizei im Bundesland mehr als 37.000 Fälle. In den beiden Jahren darauf – also während der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen – sank die Zahl und bewegte sich zwischen 30.000 und 32.000. Zuletzt gab es im Jahr 2022 wieder einen leichten Anstieg.
Bundesweit lagen die Zahlen der jährlichen Vermisstenmeldungen in den vergangenen Jahren derweil durchschnittlich bei rund 123.000, wovon sich rund 120.000 Fälle erledigten.

„regionalHeute“ (online) vom: 14.06.2023 – „Automatensprenger: Polizeigewerkschaft fordert schnelles Handeln“:
https://regionalheute.de/automatensprenger-polizeigewerkschaft-fordert-schnelles-handeln-braunschweig-gifhorn-goslar-harz-helmstedt-peine-salzgitter-wolfenbuettel-wolfsburg-1686731151/

Politisches Zögern gefährde Bürger und Beamte, so die Polizeigewerkschaft.

Archivfoto. Foto: Rudolf Karliczek

Berlin. **Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) Niedersachsen nimmt angesichts des alarmierenden Anstiegs der Geldautomatensprengungen in Deutschland die Regierung in die Pflicht. Die aktuellen Zahlen verdeutlichten die Notwendigkeit schnellen und entschlossenen Handelns, um dieser bedrohlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten.**

Im Jahr 2021 wurden in Deutschland 392 Fälle von Geldautomatensprengungen registriert. Im Jahr 2022 stieg die Zahl bereits auf über 500, einschließlich der Versuche. Seit Beginn des Jahres 2023 wurden bis April bereits 132 Geldautomaten gesprengt. Besonders betroffen sind die Bundesländer Rheinland-Pfalz mit 18 Fällen, Nordrhein-Westfalen mit 48 Fällen, Niedersachsen mit 19 Fällen und Hessen mit 20 Fällen. In diesen vier Bundesländern finden etwa 80 Prozent aller Geldautomatensprengungen in Deutschland statt.

Die DPolG weist darauf hin, dass diese alarmierende Entwicklung hauptsächlich auf organisierte Tätergruppen aus den Niederlanden zurückzuführen ist, die ihre Aktivitäten aufgrund der räumlichen Nähe verstärkt nach Deutschland verlagert haben. Im Gegensatz dazu haben die Niederlande durch wirksame Gegenmaßnahmen die Gefahr von Geldautomatensprengungen nahezu beseitigt. Maßnahmen wie die Schließung von 470 Geldautomaten, die Außerbetriebnahme von Geldautomaten zwischen 23 und 7 Uhr sowie verpflichtende Sicherungs- und Präventionsmaßnahmen der Banken haben zu einer deutlichen Reduzierung der Sprengungen geführt.

Politisches Handeln gefordert

Angesichts der Innenministerkonferenz (IMK) in Berlin vom 14. bis 16. Juni 2023 fordern die Landesvorsitzenden der DPolG Niedersachsen, Thomas Meyer, gemeinsam mit den Landesvorsitzenden der DPolG Rheinland-Pfalz, NRW und Hessen, Erich Rettinghaus, Patrick Seegers und Björn Werminghaus, unverzügliches politisches Handeln.

In einer gemeinsamen Erklärung weisen sie auf die Gefahren hin, die mit den Geldautomatensprengungen einhergehen. Neben der lebensbedrohlichen Verfolgungsfahrt für die Polizeibeamten und unbeteiligte Dritte können die riskanten Fluchtfahrten der Täter mit hochmotorisierten Fahrzeugen zu schweren Verkehrsunfällen führen. Darüber hinaus stellen die unberechenbare Art und Menge des Sprengstoffs eine Gefahr für mögliche Anwohner dar. Die DPolG Niedersachsen verweist darauf, dass in Hessen die Sprengungen bereits als versuchter Mord eingestuft wurden.

Die bisherigen Absprachen zwischen den Landeskriminalämtern, den Innenministerien und den Banken sind nach Ansicht der DPolG unzureichend.

„Rheinische Post“ (online) vom: 20.06.2023: „Massenschlägereien im Clanmilieu – Polizeigewerkschaft fordert Abschiebung krimineller Syrer“: https://news.rp-online.de/n/polizeigewerkschaft-fordert-abschiebung-krimineller-syrer

Nach den Massenschlägereien in Essen und Castrop-Rauxel zwischen libanesischen und syrischen Clans fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft die Abschiebung beteiligter krimineller Syrer. Wer Straftaten begehe, habe sein Aufenthaltsrecht verwirkt.

Polizisten bewachen Mitglieder einer Gruppe, die an der Schlägerei in der Essener Innenstadt beteiligt war. Foto: Markus Gayk/dpa

Düsseldorf In der vergangenen Woche hatte es mehrere Auseinandersetzungen in Essen und Castrop-Rauxel im Clanmilieu gegeben. Bei den Massenschlägereien zwischen verfeindeten Gruppen gab es mehrere Verletzte, die Polizei stellte Waffen sicher.

Nun fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) eine konsequente Abschiebung. „Sie nutzen unsere Gesetze aus, um hier Straftaten zu begehen. Es ist traurig, dass sich hier offenbar syrische Clans gebildet haben, die Straftaten begehen. Traurig auch deswegen, weil die Syrer zu uns gekommen sind, weil sie vor dem Krieg in ihrem Heimatland geflohen sind“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der DPolG in NRW, unserer Redaktion.

„Nun aber tragen sie die Gewalt auf unsere Straßen. Sie sind wegen des Krieges unter ganz anderen Umständen aufgewachsen und sind deswegen in Teilen extrem brutal. Daher sollte jeder, der hier Straftaten begeht, konsequent abgeschoben werden - und das schnell. Alle, die sich hier an die Gesetze halten, sind herzlich willkommen. Aber wer Straftaten begeht, der hat sein Aufenthaltsrecht hier verwirkt“, sagte Rettinghaus. (csh)

„regionalHeute“ (online) vom: 20.06.2023: „Polizeigewerkschaft verlangt Abschiebung syrischer Clanmitglieder“: https://regionalheute.de/polizeigewerkschaft-verlangt-abschiebung-syrischer-clanmitglieder-1687253224/

Polizeigewerkschaft verlangt Abschiebung syrischer Clanmitglieder
Nach neuen Massenschlägereien in Essen und Castrop-Rauxel zwischen libanesischen und syrischen Clans fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) die Abschiebung beteiligter krimineller Syrer.

von dts Nachrichtenagentur

Symbolbild. Foto: Über dts Nachrichtenagentur

Düsseldorf. Nach neuen Massenschlägereien in Essen und Castrop-Rauxel zwischen libanesischen und syrischen Clans fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) die Abschiebung beteiligter krimineller Syrer. "Sie nutzen unsere Gesetze aus, um hier Straftaten zu begehen", sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der DPolG in NRW, der "Rheinischen Post" (Mittwochsausgabe).

"Es ist traurig, dass sich hier offenbar syrische Clans gebildet haben, die Straftaten begehen." Traurig sei das auch deswegen, weil die Syrer nach Deutschland gekommen seien, um vor dem Krieg in ihrem Heimatland zu entkommen. "Nun aber tragen sie die Gewalt auf unsere Straßen. Sie sind wegen des Krieges unter ganz anderen Umständen aufgewachsen und sind deswegen in Teilen extrem brutal. Daher sollte jeder, der hier Straftaten begeht, konsequent abgeschoben werden - und das schnell."

Alle, die sich an die Gesetze halten, seien herzlich willkommen, so Rettinghaus: "Aber wer Straftaten begeht, der hat sein Aufenthaltsrecht hier verwirkt."

Rheinische Post“ (online) vom: 01.07.2023: „Gefährliche Bremsmanöver auf Autobahnen – Polizei NRW fordert Verbot von Hochzeitkorsos“: https://rp-online.de/nrw/panorama/hochzeitskorsos-polizei-nrw-will-kolonnenfahrten-verbieten_aid-92977811

***Düsseldorf** · Immer wieder wird bei den Kolonnenfahrten von den Teilnehmern geschossen, Straßen werden blockiert. Das Land betont, man greife rigoros durch.*

Das Foto der Polizei zeigt einen Hochzeitskorso auf der Autobahn A3 im März 2019 bei Ratingen. Foto: dpa/---

Von Christian Schwerdtfeger

Nach den Schüssen während eines Hochzeitskorsos in Frechen fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) gesetzliche Verschärfungen und Verbote. „Autokorsos überschreiten generell oftmals Gesetze. In Extremfällen werden Autobahnen blockiert, Pistolenschüsse abgegeben und Rotlicht an Ampeln missachtet. Diesem Handeln muss der Staat endlich entschlossen entgegentreten“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der DPolG, unserer Redaktion.

Sanktionen allein reichten nicht, weil es selten möglich sei, die Einzelverstöße während solcher Kolonnenfahrten, etwa Hupen und Behindern anderer Verkehrsteilnehmer einer, Einzelnen nachzuweisen. „Daher bedarf es eines generellen Verbots von Autokorsos, mit empfindlichem Bußgeld“, so Rettinghaus.

Info
10.000 Euro Bußgeld für einen Schuss
Verhalten Im Konvoi müssen Sicherheitsabstände eingehalten werden, um Auffahrunfälle zu vermeiden. Während der Fahrt ist das Hinauslehnen verboten.

Schüsse Wer beim Hochzeitskorso in die Luft schießt, dem droht eine Geldbuße bis zu 10.000 Euro. Das gilt auch für Inhaber eines kleinen Waffenscheins.

Seit Jahren machen ausufernde Hochzeitskorsos auf den Straßen in Nordrhein-Westfalen Schlagzeilen. In der Regel handelt es sich um türkisch- oder arabischstämmige Gesellschaften, die mit ihren Fahrzeugkolonnen auf Autobahnen gefährliche Manöver durchführen und nachkommende Autos ausbremsen – oder innerstädtischen Verkehr lahmlegen. Nachdem die Fallzahlen während der Pandemie stark gesunken waren, scheinen sie seit dem vergangenen Jahr wieder zuzunehmen. „Es gibt immer mehr von diesen Korsos. Und sie werden gefährlicher, weil öfter dabei geschossen wird“, bilanzierte Rettinghaus. „Sie bremsen auf Autobahnen plötzlich ab, um Fotos zu machen. Dabei nehmen sie billigend in Kauf, andere Verkehrsteilnehmer zu verletzen. Es ist eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis jemand Unbeteiligtes zu Schaden kommt.“

Diesen Rückschluss lässt auch eine Auswertung des NRW-Innenministeriums für unsere Redaktion zu. So zählte die Polizei in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen anderthalb Jahren (bis einschließlich 20. Juni) landesweit 68 Hochzeitskorsos, bei denen die Polizei tätig wurde. Davon fanden 29 auf Bundesautobahnen statt – die meisten davon im Zuständigkeitsbereich der Polizei Düsseldorf. Darüber hinaus gehen die Behörden von einer hohen Dunkelziffer aus.

In dem Zeitraum wurden bei mindestens elf Korsos Schüsse abgegeben – wie im Juni in Frechen, wo aus einem Fahrzeug heraus mehrmals in die Luft gefeuert wurde. Die Polizei stellte 13 Waffen bei Hochzeitskorsos sicher. Am stärksten betroffen sind der Auswertung zufolge das Rheinland, das Ruhrgebiet, der westfälische Raum rund um Münster sowie Ostwestfalen.

Landesinnenminister Herbert Reul (CDU) sagte unserer Redaktion: „In NRW gibt es genug Eventhallen, um Hochzeiten zu feiern. Die dürfen auch gerne gefeiert werden, aber nicht so, dass am Ende der Verkehr lahm liegt und jeder Autofahrer unfreiwillig Teil von diesem Simsalabim ist.“ Der Minister fügte hinzu: „Hochzeitskonvois und ähnliches Tamtam sind auf unseren Autobahnen tabu. Da ist unsere Polizei gerne Stimmungskiller.“

Ein türkischstämmiger Discjockey aus der Region, der seit vielen Jahren auf türkischen Hochzeiten Musik macht, sagte, dass die Korsos Bestandteil der Feierlichkeiten seien – wie bei den Deutschen. „Diejenigen, die dabei über die Stränge schlagen, mit Pistolen herum Schießen und Blockaden auf der Autobahn verursachen, sind klar in der Minderheit“, sagte er. „Der Großteil hält sich an die deutschen Gesetze und Regeln.“ Zu dem Brauch gehörten auch immer hochpreisige

Fahrzeuge: „Die sind meist geliehen. Man will schon ein bisschen protzen. Das gehört dazu.“

Ruhr Nachrichten“ (online) vom: 01.07.2023: „Polizeigewerkschaft fordert Verbot von Hochzeitkorsos – Sanktionen allein reichen nicht“: https://www.ruhrnachrichten.de/regionales/polizeigewerkschaft-fordert-verbot-von-hochzeitskorsos-sanktionen-reichen-nicht-w751971-2000852745/

© picture alliance/dpa

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert ein Verbot von Hochzeitskorsos. Die Autokorsos würden oftmals Gesetze überschreiten.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) fordert ein Verbot von Hochzeitskorsos in NRW. Die Korsos würden oft Gesetze überschreiten und in Extremfällen Autobahnen blockieren. Im Juni wurde bei einem Hochzeitskorso in Frechen aus einem Fahrzeug heraus mehrmals in die Luft geschossen.

Der Nachweis von Verstößen, wie das Behindern anderer Verkehrsteilnehmer, sei einzelnen Autofahrern oft schwierig nachzuweisen. Ausufernde Hochzeitskorsos machen allerdings seit Jahren in NRW Schlagzeilen. Oft handelt es sich dabei um türkisch- oder arabischstämmige Gesellschaften, die mit ihren Kolonnen den Straßenverkehr behindern, gefährliche Manöver durchführen oder andere Autos ausbremsen.

„Es gibt immer mehr von diesen Korsos. Und sie werden gefährlicher, weil öfter dabei geschossen wird“ erklärte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der DPolG, gegenüber der Rheinischen Post. „Sie bremsen auf Autobahnen plötzlich ab, um Fotos zu machen. Dabei nehmen sie billigend in Kauf, andere Verkehrsteilnehmer zu

verletzen. Es ist eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis jemand Unbeteiligtes zu Schaden kommt.“

In den vergangenen anderthalb Jahren bis einschließlich 20. Juni erfasste die Polizei in NRW 68 Hochzeitskorsos, bei denen die Beamten eingreifen mussten. 29 dieser Autokorsos fanden auf Bundesautobahnen statt, die Mehrheit davon im Zuständigkeitsbereich der Polizei Düsseldorf. Bei mindestens 11 Korsos wurden Schüsse abgegeben.

Bani

„Rheinische Post) (online) vom: 05.07.2023: „Massenschlägereien im Ruhrgebiet Junge Union NRW will spezielle Beobachtung syrischer Clans“: https://www.rtl.de/cms/clans-in-nrw-junge-union-fordert-ueberwachung-5050596.html

Exklusiv | *Düsseldorf* · Die Junge Union in NRW fordert nach den Massenschlägereien eine gezielte Beobachtung dieser Großfamilien. Auch die Grünen verlangen ein konsequentes Handeln des Rechtsstaats. Die Debatte über Abschiebungen nimmt Fahrt auf.

Von Maximilian Plück und Christian Schwerdtfeger

Foto: dpa/Marc Grube

Nach den Massenschlägereien in Castrop-Rauxel und Essen werden in der Union Stimmen laut, die eine spezielle Beobachtung syrischer Clans fordern. Die Junge Union (JU) in NRW verlangte eine entsprechende Erfassung im Lagebild „Clan-

Kriminalität NRW“. Der Landesvorsitzende Kevin Gniosdorz sowie die Sprecher für Inneres und Justiz, Rafael Sarlak und Manuel Ostermann, bezeichneten den innerhalb der rivalisierenden Clans ausgehandelten Frieden einen Schlag ins Gesicht des Rechtsstaats. „Solche faulen Beschlüsse der Friedensrichter dürfen unter keinen Umständen geduldet werden“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung auf Anfrage unserer Redaktion.

Die JU NRW verlangte, Politik, Polizei und Justiz müssten die Zügel anziehen. Bislang sei die systematische Befassung mit syrischen Clans vernachlässigt worden: „Die Zeiten, in denen sie als Laufburschen für türkisch-libanesische Clans gearbeitet haben, sind offenbar vorbei. Es scheint vielmehr, als wollten kriminelle Clan-Angehörige aus Syrien heute selbst die großen Geschäfte machen.“ Konkret forderten sie, statt nur vereinzelte Täter mit syrischer Nationalität im Lagebild zu betrachten, müsse dieses explizit und systematisch syrische Großfamilien in den Fokus nehmen. „Die Bilder aus Castrop-Rauxel und Essen müssen zur Folge haben, dass wir unseren Blick weiten und die Realitäten anerkennen.“ Vor allem die Grünen müssten ihre ideologischen Scheuklappen ablegen und Minister Reul handeln lassen, so die JU.

Die Grünen-Fraktion zeigte sich dagegen skeptisch. Deren innenpolitische Sprecherin Julia Höller sprach mit Blick auf die JU-Forderung von einer Kurzschlussreaktion, die hier nicht weiterhelfe. Allerdings bezeichnete auch Höller die Vorkommnisse als erschreckende Gewalteskalationen, die durch nichts zu rechtfertigen seien. „Gegen solche gewaltsamen Ausschreitungen muss der Rechtsstaat konsequent vorgehen und die Hintergründe ermitteln.“ Nach bisherigen Erkenntnissen sei ein Streit unter Kindern der Auslöser gewesen. „Welche anderen Faktoren zu dieser massiven Eskalation beigetragen haben und welche Akteure daran im Einzelnen beteiligt waren, muss noch ermittelt werden. Notwendig sind Erkenntnisse über etwaige dahinterliegende Strukturen sowie eine Analyse dazu, wie solche Tumultlagen entstehen und wie sie verhindert werden können.“

Rückendeckung für die JU-Forderung kommt aus Polizeikreisen: „Das würde auf jeden Fall Sinn machen“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Ein einzelnes Lagebild für Syrer wäre allerdings übertrieben. Vielmehr müsste man diese Gruppe in das bestehende Clan-Lagebild aufnehmen. Das sollte aber auch für Kriminelle aus anderen Staaten gelten“, so Rettinghaus, der für eine Abschiebung krimineller Clan-Mitglieder plädiert, sofern das rechtlich möglich ist. „Sie nutzen unsere Gesetze aus, um hier Straftaten zu begehen. Es ist traurig, dass sich hier offenbar nun auch syrische Großfamilien gebildet haben, die Straftaten begehen.“

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte mit Blick auf die jüngsten Auseinandersetzungen in Castrop-Rauxel und Essen: „Das gibt Anlass für eine intensive kriminalfachliche Prüfung. Dabei werden wir analysieren und feststellen, ob der bisher gewählte Schwerpunkt auf die genannten Personenkreise noch zutrifft, oder ob eine Erweiterung erforderlich ist.“

SPD-Fraktionsvize Elisabeth Müller-Wit mahnte: „Für den Kampf gegen die Clan-Kriminalität braucht es einen langen Atem. Und einen unverstellten Blick auf die Lage. Alles, was uns da schlauer macht und hilft, wirksam gegen die Strukturen vorzugehen, ist uns grundsätzlich willkommen.“ Sie kritisierte jedoch, bisher habe Reul aber vor allem viel Staub aufgewirbelt, wirklich viel erreicht habe er nicht. „Was

wir brauchen, ist eine bundesweite Allianz gegen sämtliche Clan-Strukturen – auch als Mittel im Kampf gegen organisierte Kriminalität als Gesamtphänomen.“ Einer Zusammenarbeit von Bund und Ländern habe sich Reul aber erst kürzlich verweigert. „Da helfen Lagebilder wenig, wenn man nicht bereit ist, daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.“

„Rheinische Post“ (online) vom 06.07.2023: „Sieben Festnahmen allein in NRW – Polizei zerschlägt mutmaßliche Terrorzelle – vier Männer in U-Haft“: https://rp-online.de/nrw/nrw-sieben-festnahmen-in-reaktionen-auf-die-mutmassliche-terrorzelle_aid-93292795

Karlsruhe · Dem Bundeskriminalamt ist ein Schlag gegen den Terror gelungen: Sieben Männer wurden alleine in NRW festgenommen. Politiker und Polizeigewerkschaften loben die internationale Zusammenarbeit.

Foto: dpa/Waldemar Gess

Von Lilli Stegner, Sina Zehrfeld, Maximilian Plück und Jan Drebes

Am Donnerstagmorgen wurden bei Razzien sieben Männer festgenommen, die im Verdacht stehen, eine Terrorzelle gebildet zu haben. Das teilte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mit. Die Männer, die aus Turkmenistan,

Tadschikistan und Kirgisistan stammen, wurden in Düsseldorf, Gladbeck, Gelsenkirchen, Warendorf, dem Rhein-Sieg- und Ennepe-Ruhr-Kreis festgenommen, wie die Staatsanwaltschaft auf Anfrage unserer Redaktion bestätigte. Die Durchsuchungen und Festnahmen erfolgten durch Beamte des Bundeskriminalamts selbst, auch das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen war beteiligt. Der Einsatz ging auf Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zurück und war zudem auch mit Ermittlungsbehörden in den Niederlanden koordiniert.

Alle Festgenommenen reisten im Frühjahr 2022 aus der Ukraine nach Deutschland beziehungsweise in die Niederlande ein. Ende Juni 2022 sollen sie sich dann zu einer terroristischen Vereinigung zusammengeschlossen haben, mit dem Ziel, in Deutschland öffentlichkeitswirksame Anschläge im Sinne des sogenannten Islamischen Staats (IS) zu verüben. Die Beschuldigten sollen zudem bereits Anschlagsobjekte in Deutschland ins Auge gefasst haben, mögliche Tatorte ausgekundschaftet und versucht haben, sich Waffen zu beschaffen. Ein konkreter Anschlagsplan oder Anschlagsziele bestanden zum Zeitpunkt der Festnahme aber noch nicht.

Info

Die Terrororganisation „Islamischer Staat“
Ziel Laut Verfassungsschutz verfolgt der IS die Errichtung eines totalitären Staates unter Geltung der Scharia. Charakteristisch sei eine besonders brutale Vorgehensweise gegen „Ungläubige“.
Zahlen: Laut Verfassungsschutz soll es 2022 in NRW 4070 Islamisten gegeben haben, fast zwölf Prozent weniger als noch 2021.

In einem weiteren Fall soll es laut Bundesanwaltschaft zwar zu einer Durchsuchung, nicht jedoch zu einer Festnahme gekommen sein. In den Niederlanden wurden zwei weitere Verdächtige festgenommen, es handelt sich dabei laut den niederländischen Behörden um einen Mann aus Tadschikistan und seine kirgisische Frau.

Durch die Reisen und Geldflüsse ins Nachbarland seien die Behörden auch auf die Spur der mutmaßlichen Terrorzelle gekommen, gab NRW-Innenminister Herbert Reul bekannt. Ob die in NRW festgenommenen Männer sich tatsächlich als Kriegsflüchtlinge oder Ukrainer ausgegeben hatten oder mit welchem sonstigen Status sie in Deutschland lebten, blieb vorerst unklar. „Unter der enorm großen Zahl an Schutzsuchenden, die vor Krieg fliehen und bei uns Obhut suchen, sind leider auch schwarze Schafe dabei“, so Reul.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat nach dem Schlag weiterhin konsequentes Vorgehen gegen die finanziellen Ressourcen solcher Gruppen angemahnt. „Es ist entscheidend, dem islamistischen Terror die finanziellen Quellen und Handlungsgrundlagen konsequent zu entziehen. Genau dieses Vorgehen werden wir fortsetzen – und dabei weiterhin für ein eng abgestimmtes Handeln der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern und mit unseren europäischen Partnern wie jetzt den Niederlanden sorgen“, sagte Faeser gegenüber unserer Redaktion. Islamistische Terrororganisationen wie der ‚IS‘ und seine Ableger, aber auch islamistische Einzeltäter seien „eine erhebliche und weiterhin jederzeit akute Gefahr“, so Faeser. „Unsere Sicherheitsbehörden nehmen jeden Hinweis auf islamistische Terrorgefahren sehr ernst – und handeln. Dafür setzen wir sehr umfassende

Ressourcen der Sicherheitsbehörden ein. Das spiegelt sich auch in der hohen Zahl der Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts“, sagte die Bundesinnenministerin. Dass die Frühwarnsysteme gut funktionieren und man konsequent zuschlage, hätten die sieben Festnahmen im aktuellen Fall erneut gezeigt, betonte die SPD-Politikerin.

Auch in Nordrhein-Westfalen beschäftigen die Festnahmen am Donnerstag die Politik. CDU-Fraktionsvize Gregor Golland sieht in der Festnahme einen Beweis für die gute Ermittlungsarbeit zwischen deutschen und europäischen Sicherheitsbehörden. „Sie zeigt die permanent hohe Gefahr islamistischer Terroranschläge in Deutschland – motiviert durch den Hass auf unsere freie Art zu leben. Wir müssen dringend wissen, wer über unsere Grenzen zu uns kommt“, sagte der CDU-Landtagsabgeordnete.

SPD-Fraktionsvize Elisabeth Müller-Witt sagte unserer Redaktion, es komme leider immer wieder vor, dass aktuelle internationale Fluchtrouten auch von Menschen genutzt würden, die nicht aufgrund von Krieg und Vertreibung nach Deutschland fliehen, sondern die Situation nutzten, um undercover hier einreisen zu können. „Umso wichtiger ist das Signal, dass die Sicherheitsbehörden mit der jetzigen Razzia einmal mehr an sie gesetzt haben: Wir sind wachsam und sehen Euch. Und wir lassen es nicht zu, dass die vielen Geflüchteten, die aus Not zu uns kommen, darunter in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Für die Polizei bedeuten die Festnahmen einen deutlichen Fahndungserfolg. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW sagt: „Die Festnahmen waren ein wichtiger Schritt, aber dennoch ist und bleibt die Anschlagsgefahr hoch.“ Begrüßenswert sei, dass die Festnahmen stattfinden konnten, bevor es konkrete Anschlagspläne gab. „Ein früher Zugriff wie hier kann auch ein wichtiges Zeichen setzen: Wir kriegen euch!“ Dem stimmt Michael Mertens, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, zu. „Wer glaubt, die Zeiten des Terrors wären vorbei, der sieht sich hier getäuscht“, so Mertens. „Wir müssen weiterhin wachsam sein, was in Deutschland und Europa passiert.“ Er lobt zudem die polizeiliche Zusammenarbeit mit den niederländischen Behörden, die zu den Festnahmen geführt hat. Allerdings zeige das auch das Ausmaß der potenziellen Gefahr, so Mertens.

Auch Julia Höller, innenpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion NRW, sagte: „Um die Gefahr durch den Islamismus einzudämmen, ist die Präventionsarbeit ebenso wichtig. Als schwarz-grüne Koalition werden wir daher das ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus weiterentwickeln“, so Höller.

Der stellvertretende Chef und Innen-Experte der FDP-Fraktion im Landtag, Marc Lürbke, sagte: „Jetzt gilt es zu klären: Wie sind die Verbindungen? Wie wurden die Personen rekrutiert? Wie sind die Geldflüsse? Das ist jetzt alles aufzudecken.“ Als Bundesland mit hoher Bevölkerungsdichte biete NRW einerseits mögliche Ziele für terroristische Anschläge, zugleich könnten Täter unauffällig unterkommen oder auf bestehende Netzwerke zurückgreifen. „Die Landesregierung ist gefordert, den Kampf gegen den Islamistischen Terror konsequent zu führen und Sicherheitsbehörden effektiv auszustatten“, sagte er.

Vier der sieben festgenommenen Männer sind inzwischen in Untersuchungshaft. Das sagte eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft am Abend. Betroffen seien drei tadschikische Staatsangehörige und ein Turkmene. Drei weitere Beschuldigte sollen am Freitag dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe vorgeführt werden.

Rheinische Post“ (+ Artikel) vom 11.07.2023:

https://rp-online.de/nrw/panorama/explosion-in-ratingen-bodycam-filmte-attacke-auf-rettungskraefte_aid-93530833

***Explosion in Hochhaus zwei Monate her* - Neue Erkenntnisse über Attacke auf Rettungskräfte in Ratingen**

Auf den Tag genau vor zwei Monaten sind Einsatzkräfte bei einer Explosion in Ratingen teils lebensgefährlich verletzt worden. Die polizeiliche Ermittlungsleiterin und die zuständige Staatsanwältin über den Stand der Ermittlungen, wie es den Rettungskräften geht und welche Rolle die Bodycam bei der Aufklärung spielt.
Von Christian Schwerdtfeger

Zwei Monate nach dem Anschlag auf die Einsatzkräfte in einem Ratinger Hochhaus schweigt der mutmaßliche Täter immer noch zum Tatgeschehen. „Der 57-Jährige macht weiterhin keine Angaben zur Sache“, sagte die zuständige Düsseldorfer Staatsanwältin Laura Neumann unserer Redaktion. Auch nach dem möglichen Motiv werde weiter ermittelt. „In der Wohnung wurden verschiedene Schriftstücke aufgefunden, die darauf hinweisen, dass der Tatverdächtige möglicherweise Verschwörungstheorien zugeneigt war. Es hat sich bislang aber nicht herausgestellt, dass er einer konkreten Gruppierung zuzuordnen wäre“, sagte Neumann. „Auch kann man daraus nicht schließen, dass die Tat selbst politisch motiviert war. Die Ermittlungen nach dem Motiv sind aber noch nicht abgeschlossen“, so die Staatsanwältin weiter.

Bei der Explosion in der zehnten Etage eines Ratinger Hochhaues waren am 11. Mai dieses Jahres 35 Einsatzkräfte verletzt worden; bei einigen hatte zeitweise Lebensgefahr bestanden. Der Fall rief bundesweites Entsetzen hervor. Für die Tat sitzt ein 57-jähriger Verdächtiger in Untersuchungshaft. Ihm droht eine Anklage wegen neunfachen versuchten Mordes. Einsatzkräfte waren zunächst wegen eines überquellenden Briefkastens und Verwesungsgeruchs unter dem Stichwort „hilflose Person“ zur Wohnung des 57-Jährigen gerufen worden. Dort trafen Polizei und Feuerwehr auf einen verwahrlost wirkenden Mann, der ihnen eine entflammbare Substanz entgegen geschleudert und angezündet haben soll, als sie seine Wohnungstür öffneten. In der Wohnung stießen Einsatzkräfte später auf die teilweise skelettierte Leiche seiner Mutter, die in einem Rollstuhl saß.

Die Genesungen der verletzten Einsatzkräfte schreiten voran. „Es sind Gott sei Dank alle auf dem Weg der Besserung. Eine Kollegin von der Feuerwehr ist sogar schon wieder im Dienst“, sagte Heike Schultz, Einsatzleiterin der Polizei, unserer Redaktion. „Aber es gibt einige, die noch einen sehr langen Genesungsweg vor sich haben. Eine Kollegin liegt noch im Krankenhaus“, betonte Schultz.
Bei den laufenden Ermittlungen spielt auch die Videoaufzeichnung durch die Bodycam eine zentrale Rolle, die nach Informationen unserer Redaktion während des Einsatzes bei der Polizei mitlief. „Sie ist ein wichtiges Beweismittel, weil man darauf den Tatablauf zu großen Teilen erkennen kann. Das ist natürlich für den Tatnachweis von zentraler Bedeutung“, bestätigte Neumann. Zur Substanz, die der Tatverdächtige verwendete, sagte sie: „Wir gehen nach dem aktuellen Brandgutachten davon aus, dass er den Einsatzkräften Benzin entgegengeschüttet hat.“

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, unterstrich angesichts des Falls in Ratingen die Bedeutung der Bodycam für die Polizei. „Ernste Lagen entwickeln sich leider meistens aus Routineeinsätzen. Daher sollte die Bodycam eigentlich immer im Hintergrund mitlaufen in einer Schleife und sofort automatisch überschrieben werden, wenn nichts passiert ist. Nur bei einer Aktivierung würde dann der entsprechende Teil nicht gelöscht werden“, betonte Rettinghaus.

“Focus” (online) vom 10.07.2023 – Thema: Clan-Lagebild in NRW „Müssen diese neuen syrischen kriminellen Clans stärker in den Blick nehmen“: https://www.focus.de/politik/deutschland/clan-lagebild-in-nrw-muessen-diese-neuen-syrischen-kriminellen-clans-staerker-in-den-blick-nehmen_id_198712799.html

Polizisten bewachen mutmaßliche Teilnehmer einer Schlägerei in der Essener Innenstadt. Markus Gayk/dpa

Der Konflikt zwischen libanesischen und syrischen Clan-Kriminellen im Ruhrgebiet lässt die Polizei die Rolle der Syrer überdenken. Der Chef der NRW-Polizeigewerkschaft warnt vor Familienzusammenführungen, Innenminister Herbert Reul kündigt Veränderungen an.

Nach den ansteigenden Vorfällen zwischen bewaffneten Angehörigen krimineller Clans im Ruhrgebiet hat die Polizei ihre Präsenz im Ruhrgebiet verstärkt. Die Sicherheitsbehörden sind wachsamer und schicken vermehrt Streifen auf der Suche nach auffälligen Personensammlungen.

Die Tumulte zwischen verfeindeter libanesischen und syrischen Clans vor drei Wochen haben das Lagebild der Polizei verändert. Schon seit einiger Zeit sind in den von libanesisch-türkischen Clan-Kriminellen dominierenden Milieus auch Syrer unterwegs. Im Lagebild 2021 des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen rangierten Tatverdächtige mit syrischer Abstammung schon an dritter Stelle hinter Deutschen und Libanesen. Bisher galten sie aber eher als Mitläufer.

Lagebild geändert: Syrische Clan-Kriminalität nimmt zu
„Wir wissen, dass bei den jüngsten Auseinandersetzungen in Castrop-Rauxel und Essen nicht nur türkisch-arabischstämmige Personen, sondern auch Leute aus Syrien dabei waren. Deshalb schauen wir uns jetzt genau an, ob wir unser Lagebild Clan-Kriminalität an der Stelle erweitern müssen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul gegenüber der „Welt“.

Reul hat der Clan-Kriminalität 2017 mit einer Schwerpunktarbeit den Kampf angesagt und sieht sich mit den jüngsten Vorfällen im Ruhrgebiet bestätigt. Im Großraum Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg und Recklinghausen gibt es regelmäßig Kontrollen und Razzien, Reul spricht hier von der „Strategie der tausend Nadelstiche“. Selbst geringe Verstöße wie unversteuerter Tabak oder Hygienemängel in Bars oder Restaurants der Clan-Szene werden geahndet.

Die Arbeit wirkt, die öffentliche Straßenpräsenz der Clans ist nach Angaben der Polizei geringer geworden, die Zahl der „Tumultdelikte“ ging stark zurück.

Die Ausschreitungen in Castrop-Rauxel und Essen, bei der zwei Verdächtige vorläufig festgenommen wurden, 41 Menschen kurzfristig in Gewahrsam genommen wurden und bei Kontrollmaßnahmen insgesamt 462 Personen und 76 Fahrzeuge kontrolliert wurden, sind ein Rückschritt.

Friedensschluss der Clans „war eine Verhöhnung unseres Rechtsstaates
Besonders der Friedensschluss, bei dem beide Konfliktgruppen einen Friedensrichter eingeschaltet haben, „war eine Verhöhnung unserers Rechtsstaates“, sagte Erich Rettinghaus, NRW-Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, gegenüber der „Welt“. Sicherheitsbehörden lehnen derartige Vermittler ab, weil nach Einschätzung von Experten eine Paralleljustiz geschaffen wird.

„Wir müssen diese neuen syrischen kriminellen Clans stärker in den Blick nehmen, ebenso wie Kriminelle aus anderen Herkunftsstaaten“, forderte Rettinghaus. Aufgrund der Familienzusammenführung im Rahmen der Zuwanderung seien „ganze Dorfgemeinschaften“ aus Syrien gekommen. „Wir erleben, dass sich darunter auch

Kriminelle befinden. Sie wollen den anderen Clans hier Konkurrenz machen“, sagte Rettinghaus. Er kritisierte: „Sie leben in patriarchalen Familienstrukturen, in der nur das eigene Recht zählt. Diese Familien sind wie ein Kleinstaat. Dort werden die deutschen Gesetze nicht anerkannt.“
Die Lage habe sich aktuell beruhigt, allerdings wird in einem internen Bericht des Landeskriminalamtes „mit weiteren Auseinandersetzungen auch im öffentlichen Raum“ gewarnt, berichtet die „Rheinische Post“. Es bestehe ein „grundsätzlicher Konflikt zwischen Personen aus den syrischen und libanesischen Familienverbünden.“

Laut des Berichts gebe es Erkenntnisse über Mitglieder des syrischen Schleusernetzwerkes „Al Sarawi“, die zu Racheaktionen im Ruhrgebiet aufgerufen haben. Das Netzwerk ist auf dem Balkan aktiv und soll wie die Großfamilie in Castrop-Raucel aus der ostsyrischen Stadt Deir ez-Zor stammen.

CDU fordert „Sofort-Ausweisung“ von Clan-Kriminellen
Die Politik richtet den Blick nun verstärkt auf syrische Clan-Kriminelle. „Statt nur vereinzelte Täter mit syrischer Nationalität zu betrachten, muss das Lagebild explizit und systematisch syrische Großfamilien in den Fokus nehmen. Wir wissen viel über die Omeirats, Miris und Al-Zeins. Wir wissen zu wenig über vergleichbare Clans aus Syrien“, schrieb die Junge Union NRW. CDU-Jugendorganisation. Die CDU-Jugendorganisation stellte ein Zehn-Punkte-Programm für Deutschland vor, in dem auch „Sofort-Ausweisungen“ von ausländischen Clan-Mitgliedern thematisiert werden.

Ein Thema, das auch Reul beschäftigt: „Natürlich bin ich für die schnelle Abschiebung von Clan-Kriminellen, sofern sie keinen deutschen Pass haben – aber es muss auch in der Praxis umsetzbar sein. Da gibt es nach wie vor große Probleme, wenn zum Beispiel die Herkunft unklar ist, wenn Länder eine Aufnahme verweigern oder wenn es Abschiebestopps für bestimmte Länder gibt.“

Dom

„RTL West“-Beitrag vom 11.07.2023 (O-Ton):

https://www.rtl.de/cms/debatte-um-bodycam-deutsche-polizeigewerkschaft-und-afd-fordern-aenderungen-5051116.html

Debatte um Bodycam
Deutsche Polizeigewerkschaft NRW will Änderung

Heute vor zwei Monaten sind Einsatzkräfte bei einer Explosion in Ratingen verletzt worden - teilweise lebensgefährlich. Bei dem Einsatz schaltete ein Polizist seine Bodycam ein. Die Tat wurde aufgezeichnet. Das erleichtert die Ermittlungen. Bislang läuft die Kamera nur, wenn diese aktiv eingeschaltet wird. Das soll sich jetzt ändern.

„Report24“ (online) vom 11.07.2023: Kriminalität, Massenmigration - Pulverfass Massenmigration: “Ganze Dorfgemeinschaften” eingewandert, die deutsche Gesetze nicht respektieren“: https://report24.news/pulverfass-massenmigration-ganze-dorfgemeinschaften-eingewandert-die-deutsche-gesetze-nicht-respektieren/

Bild: Pixabay

Massenschlägereien zwischen verfeindeten Familienclans gehören in Deutschland zunehmend zum Stadtbild. Die Politik registriert derzeitig eine besorgniserregende Veränderung im Clan-Milieu: Auch Syrer bauen sich neben libanesisch-türkischen Clans nun zunehmend kriminelle Strukturen auf. Der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft NRW warnt aktuell vor “ganzen Dorfgemeinschaften”, die eingewandert sind und den deutschen Rechtsstaat untergraben. Die innere Sicherheit in Deutschland erodiert.

Mitte Juni kam es im Ruhrgebiet zu Massenschlägereien. Zunächst waren am Donnerstag (15. Juni) in Castrop-Rauxel größere Personengruppen aufeinander losgegangen, am Freitagabend (16. Juni) kam es dann im nur 30 Kilometer entfernten in Essen zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen zwei großen verfeindeten Gruppen. Die Bilanz der Polizei für diese beiden Einsätze: 700 Polizistinnen und Polizisten im Einsatz, dazu Diensthunde und Hubschrauber. 462 Personenkontrollen, 141 sichergestellte Gegenstände, darunter eine Maschinenpistole und 43 Messer. 224 Platzverweise, 63 Betretungsverbote, 37 Strafanzeigen, aber nur zwei vorläufige Festnahmen.

Solche gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen immer wieder vor, doch etwas ist dieses Mal anders: Konflikte zwischen libanesischen und syrischen Familien waren Grund für die Kämpfe. Bisher wurden die Clan-Milieus vor allem von libanesisch-türkische Clan-Kriminellen beherrscht, syrische Täter waren eher Mitläufer und Boten. Nun scheint sich eine Änderung anzubahnen.

„Diese Vorfälle im Ruhrgebiet Anlass dafür, intensiv zu prüfen, inwieweit wir neben den türkisch-arabisch-stämmigen Clans auch andere Strukturen unter dem Phänomen der Clankriminalität im Blick haben müssen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am 21. Juni in einer Sondersitzung. „Wir haben es mit einer Pulverfassmentalität und einem Konflikt zu tun, der auf den Straßen deutscher Großstädte nichts zu suchen hat. Nicht alles findet als organisierte Kriminalität in den Hinterzimmern statt, aber es gehört zur Clankriminalität dazu.“

„Bei uns gilt das Recht des Staates und nicht das Recht der Familie“, betonte Reul gegenüber der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“. Er kündigte an, die Szene aufmerksam im Blick behalten zu wollen und weiterhin konsequent einzuschreiten.

Auslöser für den kürzlichen Clan-Krieg sollen Streitigkeiten zwischen zwei elfjährigen Kindern gewesen sein. Nach den Auseinandersetzungen soll ein “Friedensrichter” zwischen den rivalisierenden Großfamilien vermittelt haben. Die libanesischen und syrischen Clans regeln also ihre Auseinandersetzungen am Staat vorbei. Daher lehnen Sicherheitsbehörden solche Vermittler ab, denn nach Einschätzung der Experten schaffen sie eine Paralleljustiz und untergraben das geltende Rechtssystem.

Erich Rettinghaus, NRW-Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, erklärte auf WELT-Anfrage, dass dieser Friedensschluss eine Verhöhnung unseres Rechtsstaates war und man sich so etwas nicht bieten lassen dürfe.

„Wir müssen diese neuen syrischen kriminellen Clans stärker in den Blick nehmen, ebenso wie Kriminelle aus anderen Herkunftsstaaten“, so die Forderung von Rettinghaus. Durch die Familienzusammenführung im Rahmen der Zuwanderung seien „ganze Dorfgemeinschaften“ aus Syrien nach Deutschland gekommen. „Wir erleben, dass sich darunter auch Kriminelle befinden. Sie wollen den anderen Clans hier Konkurrenz machen.“ Rettinghaus übt Kritik daran, dass sie hier viele Vorzüge und Freiheiten hätten, aber gleichzeitig den Rechtsstaat mit Füßen träten. „Sie leben in patriarchalen Familienstrukturen, in der nur das eigene Recht zählt. Diese Familien sind wie ein Kleinstaat. Dort werden die deutschen Gesetze nicht anerkannt.“

Das Landeskriminalamt spricht in einem internen Bericht eine Warnung vor “weiteren Auseinandersetzungen auch im öffentlichen Raum“ aus, mit der Begründung, dass ein “grundsätzlicher Konflikt zwischen Personen aus den syrischen und libanesischen Familienverbünden“ auch in Dortmund bestehen würde. Damit scheint der Frieden im Ruhrgebiet äußerst fragil zu sein.

Clans tragen ihre Interessenkonflikte mit Gewalt auf deutschen Straßen aus. Durch die Massenmigration werden die Konflikte in den Heimatländern der Zuwanderer nach Deutschland importiert. Mit Blick auf die Migranten-Krawalle in Frankreich stellt sich die Frage, wie lange es noch dauert, bis wir derartige Zustände auch in Deutschland haben. Wie sagte einst Peter Scholl-Latour so treffend: “Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht etwa Kalkutta, sondern wird selbst zu Kalkutta“.

„Rheinische Post“ (online) vom 12.07.2023: „Unfallatlas für NRW – mehr Unfälle mit Personenschaden in 2022“: https://rp-online.de/nrw/panorama/unfallatlas-fuer-nrw-mehr-menschen-kommen-im-verkehr-zu-schaden_aid-93600841

Düsseldorf · Bis auf die Straße genau können im aktualisierten Unfallatlas die Gegenden mit dem höchsten Unfallvorkommen entdeckt werden. In welchen Städten die Unfälle mit Personenschaden zurückgegangen sind und wo sich die Zahl der Unfälle 2022 mehr als verdoppelt hat.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden erreichte laut IT.NRW 2022 den höchsten Wert seit 2019.
Foto: RP/Christoph Schroeter

Von Lilli Stegner

Exakt 63.157 Unfälle mit Personenschaden hat es in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr gegeben. Das Landesamt für Statistik IT.NRW veröffentlichte nun den aktualisierten interaktiven Unfallatlas für das Jahr 2022, in dem bereits die Daten aus den Jahren 2016 bis 2021 verfügbar sind. Nun können aber nicht nur allgemeine Zahlen für 2022 abgerufen werden, sondern selbst einzelne Straßen auf ihre Unfallhäufigkeit überprüft werden. Die Unfälle können zudem nach den beteiligten Verkehrsmitteln gefiltert werden. Ebenso ist vermerkt, ob die verletzten Personen leichte oder schwere Verletzungen davongetragen haben.

In ganz Nordrhein-Westfalen ist es 2022 damit zu 16,2 Prozent mehr Unfällen mit Personenschaden gekommen. Den höchsten Anstieg verzeichnet dabei die Gemeinde Mettingen in der Region Tecklenburger Land. Dort kam es 2022 im Vergleich zum Jahr davor 108,3 Prozent mehr Unfälle mit Personenschaden, also mehr als doppelt so viele. Gerechnet auf Unfälle je 1000 Einwohner findet sich die Gemeinde mit 4,2 aber trotzdem noch im Mittelfeld des Rankings. Am meisten verbessert im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl in Hellenthal im Kreis

Euskirchen. Dort gab es 2022 rund ein Drittel weniger Unfälle mit Personenschaden als im Jahr zuvor (minus 35,55 Prozent).

Die Zahlen seien im Vergleich zu 2021 aber mit Vorsicht zu genießen, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) NRW. „2021 gab es wegen der Corona-Pandemie immer noch weniger Unfälle als sonst. Trotzdem sind die Zahlen natürlich zu hoch“, sagte er. „Wir brauchen mehr Zeit und Ressourcen, um mehr Kontrollen im Straßenverkehr durchzuführen.“ Dabei gehe es aber nicht nur darum, Sanktionen auszusprechen, sondern vor allem auch um Belehrung, um verkehrspädagogische Maßnahmen, so Rettinghaus. „Wir nehmen zunehmend eine Verrohung im Straßenverkehr wahr“, sagt er, „Viele denken nur noch an ihre Interessen, es braucht mehr Rücksichtnahme.“ Außerdem sorge das immer höhere Verkehrsaufkommen dafür, dass eine sinnvolle Verkehrskanalisation noch wichtiger wird. „Das passiert ja schon, muss aber ständig verbessert werden“, so Rettinghaus.

Laut IT.NRW gab es 2022 pro 1000 Einwohner gerechnet in Winterberg mit acht Unfällen mit Personenschaden die höchste Unfallhäufigkeit aller Gemeinden des Landes. Die niedrigste Häufigkeit wurde mit jeweils 2,2 Unfällen je 1000 Einwohner für Schlangen im Kreis Lippe, Laer im Kreis Steinfurt und Wickede (Ruhr) im Kreis Soest ermittelt.

Häufig handelt es sich bei den verletzten Personen um Radfahrer und Fußgänger, wie Richard Goebelt, Fachbereichsleiter Fahrzeug und Mobilität des TÜV-Verbands, feststellt. „Vor allem Kinder, ältere Menschen, Fußgänger und Radfahrer sind im Verkehrssystem großen Gefahren ausgesetzt“, sagte er. „Der Anteil der Radfahrenden an den Verkehrstoten hat sich innerhalb von zwei Jahren auf 17 Prozent fast verdoppelt. 13 Prozent der Verkehrstoten waren Fußgänger.“ Das sei ein Signal an Bund und Länder, den Verkehr für Verkehrsteilnehmer, die zu Fuß und auf dem Fahrrad unterwegs sind, sicherer zu gestalten.

Für Michael Mertens, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, ist die Verkehrssicherung eine Kernaufgabe der Polizei. „Die Unfallzahlen sind ein Stück weit alarmierend, wir brauchen wieder mehr Präsenz auf der Straße“, sagte er. Nur durch einen gewissen Kontrolldruck und entsprechende Maßnahmen könne die Zahl reduziert werden. „Die Menschen müssen wissen, dass sie erwischt werden können“, so Mertens. Dazu sei es zwingend erforderlich, dass die Vision Zero – eine Sicherheitsstrategie mit dem Ziel von null Verkehrstoten – Teil der Verkehrsgesetzgebung werde. Gerade inmitten der Verkehrswende seien besonders Fahrradfahrer besonders gefährdet. „Das Fahrrad ist umweltfreundlicher und gesünder, aber nur wenn man nicht verunfallt“, so Mertens. „Ich kann allen Radfahrern nur dazu raten, einen Helm zu tragen.“

„Rheinische Post“ (online; +-Artikel) vom 16.07.2023 : „NRW: Bodycam-Tragepflicht – Polizisten trugen Bodycam nicht“: https://rp-online.de/nrw/panorama/nrw-bodycam-tragepflicht-polizisten-trugen-bodycam-nicht_aid-93789781

***Düsseldorf* · In NRW haben Polizisten auf die Schulterkamera im Einsatz verzichtet, obwohl das Pflicht ist. Das wurde in einem polizeiinternen Erlass angemahnt. Innerhalb der Polizei besteht offenbar eine große Verunsicherung, was das Tragen der Bodycam betrifft.**

Eine Polizistin der Streifenpolizei führt eine Bodycam vor.
Foto: dpa/Oliver Berg

In Nordrhein-Westfalen müssen Polizisten seit einigen Monaten die sogenannte Bodycam tragen. Doch nicht alle Beamten haben sich an die Tragepflicht gehalten, wie aus einem entsprechenden polizeiinternen Sensibilisierungs-Erlass vom 14. Juni dieses Jahres hervorgeht, in den unsere Redaktion Einblick hatte. „Aktuelle Einsatzanlässe haben gezeigt, dass die eingeführte Tragepflicht der Bodycam nicht von allen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten umgesetzt wurde“, heißt es in dem Schreiben, das an alle Kreispolizeibehörden des Landes herausgegangen ist. Die Polizeibehörden werden daher aufgefordert, die Regelung zum verpflichtenden Tragen der Bodycam umzusetzen. Das sei zudem jährlich schriftlich festzuhalten.
Die Pflicht zum Tragen der kleinen Kamera, die an der Schulter der Polizisten befestigt wird, gilt seit Ende April in NRW. Die Maßnahme war eine Konsequenz aus den tödlichen Polizeischüssen auf einen Geflüchteten (16) in Dortmund und der daraus entstandenen politischen Debatte. In der neu gefassten „Mitführ-/Tragepflicht“ von „Führungs- und Einsatzmitteln im Außendienst“ wird die Bodycam nun neben Schutzweste, Pistole oder auch Handschellen genannt. Zivilpolizisten müssen die Kamera nicht tragen. Eine Einschaltpflicht gibt es in NRW aus rechtlichen Gründen

hingegen noch nicht. Laut NRW-Innenministerium ist für die Beachtung der Tragepflicht der Bodycam jeder betroffene Polizeivollzugsbeamte selbst verantwortlich. Die Einhaltung dieser Verpflichtung werde zudem durch die jeweiligen Führungskräfte vor Ort gewährleistet.

Das NRW-Innenministerium bestätigte auf Anfrage, dass sich nicht alle Polizisten an die Tragepflicht gehalten haben. „In Einzelfällen in der Vergangenheit fiel auf, dass die Bodycam nicht von allen uniformierten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten bei ihrer Aufgabenwahrnehmung im operativen Außendienst getragen wurde“, sagte ein Sprecher des NRW-Innenministeriums. Nach Versand des Sensibilisierungserlasses seien dem NRW-Innenministerium bislang aber keine weiteren Fälle bekannt geworden, bei denen die Tragepflicht der Bodycam nicht befolgt worden sei. Insgesamt wurden für die NRW-Polizei rund 9000 Bodycams angeschafft. „Da die Beamtinnen und Beamten ihren Dienst in Schichten verrichten, ist gewährleistet, dass immer genügend Bodycams in der jeweiligen Schicht zur Verfügung stehen“, so der Sprecher. Darüber hinaus lägen in den Kreispolizeibehörden zusätzliche Bodycams als Ersatz bereit, sollten Geräte defekt sein.
Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht hingegen dringend Handlungsbedarf. „Wir merken, dass es innerhalb der Polizei eine spürbare Verunsicherung gibt im Umgang mit der Bodycam. Diese Verunsicherung verhindert die nötige Akzeptanz des Geräts, die es bedarf, um die Kamera häufiger einzuschalten“, sagte Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. „Wir brauchen endlich eine klare Positionierung vom Land, was man von der NRW-Polizei genau will mit der Kamera – verbunden mit einer klaren Rechtsgrundlage. Zudem muss der Umgang mit der Kamera zwingend Bestandteil des täglichen Einsatztrainings werden. Bislang haben wir kein einsatztaktisches Training mit der Kamera, nur eine Unterweisung“, forderte Mertens.
Wie entscheidend Bodycams für die Beweissicherung sind, zeigt auch der Fall in Ratingen, bei dem am 11. Mai mehrere Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr in einem Hochhaus teils lebensgefährlich verletzt worden waren. Während er Tatverdächtige zu den Vorwürfen schweigt, hat eine Bodycam erhebliche Teile des Tatablaufs aufgezeichnet. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, unterstrich deshalb noch einmal die Bedeutung laufender Bodycams. „Ernste Lagen entwickeln sich leider meistens aus Routineeinsätzen. Daher sollte die Bodycam eigentlich immer im Hintergrund mitlaufen in einer Schleife und sofort automatisch überschrieben werden, wenn nichts passiert ist. Nur bei einer Aktivierung würde dann der entsprechende Teil nicht gelöscht werden“, betonte Rettinghaus.
Mertens sagte zudem: „Wenn wir aber schon über Bodycams als Mittel der Beweissicherung reden, muss endlich auch der Weg freigemacht werden für das sogenannte Pre-Recording. Dieses automatische Aufzeichnen von 30, 60 oder 90 Sekunden vor dem händischen Einschalten der Kamera kann wichtige Anhaltspunkte zum Einsatzanlass liefern.“ Die Bundespolizei und andere Länder verfügten bereits über diese Möglichkeit.

„Presseportal“ (online) vom 22.07.2023: „DPolG Niedersachsen: Geldautomatensprengungen (GAA) auf Rekordniveau/ Politisches Zögern gefährdet Bürger und Polizei – Innenministerkonferenz hat Chance vertan“
– Link: https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/162835/5564433

Hannover (ots)

Die Geldautomatensprengungen in Deutschland bleiben weiterhin auf hohem Niveau. Im Jahr 2021 gab es 392 Fälle, 2022 waren es schon inklusive der Versuche über 500. Im laufenden Jahr 2023 sind bereits (Stand Juni 2023) 267 Geldautomaten gesprengt worden. Nach wie vor bleiben Rheinland-Pfalz, NRW, Niedersachsen und Hessen Hauptziel der zumeist aus den Niederlanden stammende Täter.

Die gefährlichen GAA-Sprengungen gehen ungehindert weiter - wenngleich in der Vergangenheit insbesondere in den Sommermonaten (Juli und August) sowie seit 2022 auch deutlich weniger Taten im April begangen wurden. Die IMK im Juni hat keine nennenswerten Verbesserungen herbeigeführt. Die Banken und Sparkassen machen nur teilweise an vorgeschlagenen Präventionsmaßnahmen auf Grundlage von Freiwilligkeit mit. Die Politik muss die Sparkassen und Banken gesetzlich geregelt in die Pflicht nehmen.

So zeigt sich, dass in den Niederlanden seit flächendeckender Implementierung eines Bargeldeinfärbesystems inklusive künstlicher DNA sich die Fallzahlen seit 2016 um 90 Prozent reduziert haben. Umgesetzt werden konnte das nur durch gesetzliche Verpflichtung der Banken und Sparkassen durch den Staat.

Darüber hinaus gäbe es effektivere Möglichkeiten in Bezug auf die Strafverfolgung. Durch die katalogisierte Erfassung der Individualnummern der Banknoten wird eine Dokumentation der Geldflüsse möglich, welcher Rückschlüsse auf die Täter und Täterstrukturen zulässt. Dies wäre technisch möglich, da die Geldscheine ohnehin maschinell erfasst und gelesen werden. Das würde die Banken und Sparkassen lediglich die "Unsumme" von 15,- Euro kosten. Das Prinzip der Geldnachverfolgung ist in anderen Bereichen bereits unter dem Schlagwort "Follow the Money" erfolgreich.

Patrick Seegers, Niedersachsen

Erich Rettinghaus, Nordrhein-Westfalen Björn Werminghaus, Hessen Thomas Meyer, Rheinland-Pfalz

Rückfragen bitte an:

DPolG Niedersachsen
Patrick Seegers
Mobil: 0162 2093 935
E-Mail: kontakt@dpolg.org
https://www.dpolg.org/
Original-Content von: DPolG Niedersachsen, übermittelt durch news aktuell

„Rheinische Post“ (online) vom 22.07.2023

So bereitet sich die Polizei auf die EM 2024 vor: https://rp-online.de/nrw/panorama/fussball-em-2024-so-bereitet-die-polizei-den-grosseinsatz-vor_aid-94213715

Düsseldorf · **24 Nationen spielen im Sommer 2024 in Deutschland bei der Europameisterschaft um den Titel. Fast die Hälfte der Spiele des Turniers finden in NRW statt. Die Polizei ist längst mit den Vorbereitungen beschäftigt. Gewalttäter sollen gar nicht erst einreisen dürfen.**

Polizeikräfte vor dem Kölner Rheinenergie-Stadion. (Archivbild) Foto: dpa/Marius Becker

Knapp ein Jahr vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft der Männer in Deutschland bereitet die Polizei in Nordrhein-Westfalen sich bereits umfassend vor. NRW wird in Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Köln mit insgesamt vier von zehn Spielstätten bei der Euro 2024 vertreten sein. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Stadt Neuss: Im dortigen Bildungszentrum des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP) wird ein „International Police Cooperation Center“ (IPCC) unter Leitung des Landes eingerichtet.

Dort werden nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministeriums Polizeikräfte aus dem gesamten Bundesgebiet sowie internationale Verbindungsbeamtinnen und -beamte der teilnehmenden Länder und umliegender Staaten Dienst versehen. „Sie haben die Aufgabe, alle relevanten Informationen zu den Spielen in Deutschland zu sammeln, zu bewerten und zu steuern und somit einen bestmöglichen Informationsaustausch zu gewährleisten“, sagte ein Sprecher.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte unserer Redaktion: „Sportliche Großveranstaltungen kennt die Polizei im Fußballland Nordrhein-Westfalen wie die eigene Westentasche. Sicherheitskonzepte, Kräfteverteilung und so weiter: Die Planungen für das Turnier haben schon vor drei Jahren begonnen.“ Er könne versichern: „Wir tun alles für sichere Stadien.“

Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sagte: „Die EM findet erstmals mit 24 Nationen statt, fast die Hälfte der Spiele wird in NRW sein. Das ist eine Herkulesaufgabe.“ Wie bei großen Lagen üblich, wurde für alle Polizeikräfte in Nordrhein-Westfalen bereits eine Urlaubs- und Dienstfreisperre erlassen, um größtmögliche Einsatzbereitschaft zu gewährleisten. „Es muss geregelt werden, dass die vielen Überstunden, die zusätzlich anfallen werden, nicht verfallen“, forderte Mertens.

Bei der Planung kann die Polizei auch auf Erfahrungen während der Weltmeisterschaft 2006 zurückgreifen. „Zudem haben in den nordrhein-westfälischen Spielorten in der Vergangenheit regelmäßig Fußballspiele mit zum Teil internationaler Dimension sowie weitere internationale Sportgroßereignisse stattgefunden“, sagte der Sprecher des Innenministeriums. Die Kreispolizeibehörden verfügten im Zusammenhang mit der Bewältigung von Sporteinsätzen über einen umfassenden Erfahrungsschatz.

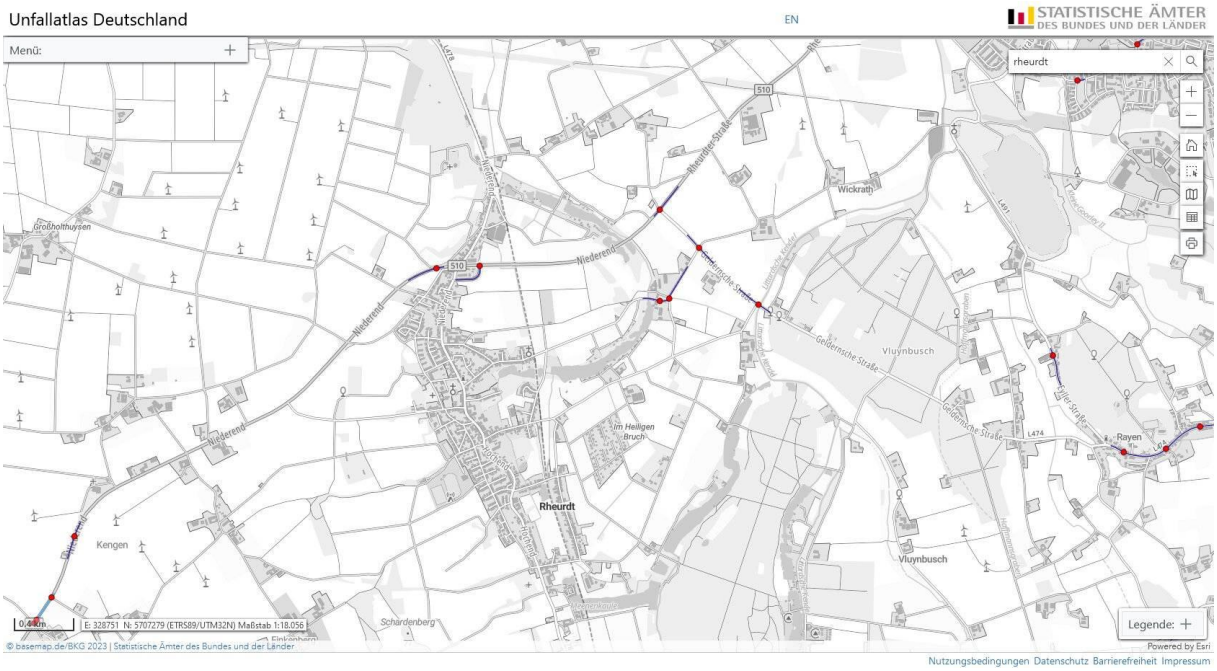
Mertens betonte: „Wie schwierig das Ganze wird, wird sich final darstellen, wenn die teilnehmenden Mannschaften feststehen und die Gruppen Ende Dezember ausgelost sind.“ Erst dann stehen auch die Risikospiele fest. „England, die Niederlande und Polen haben etwa eine Fan-Klientel, die nicht zu unterschätzen ist“, warnte Mertens.

Erich Rettinghaus, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) in Nordrhein-Westfalen, sagte: „Als Polizei müssen wir leider auch auf Ausschreitungen vorbereitet sein. Wir versuchen durch eine bestmögliche Aufklärung im Vorfeld bereits mögliche Straftäter zu identifizieren.“ Dies geschehe auch im Austausch mit den anderen Ländern, „insbesondere mit den szenekundigen Beamten, die die Kontakte zur jeweiligen Fanszene im Land pflegen und kennen“. Gewaltbereiten Störern soll nach Angaben des Innenministeriums „keine Bühne für mögliche Krawalle geboten werden“. Ziel ist, dass bekannte Problemfans gar nicht erst nach Deutschland einreisen können.

Rettinghaus sagt: „Wir werden auf jeden Fall auch wider Gefährderansprachen bei uns bekannten Personen führen, denen wir die Teilnahme nicht untersagen können. Sie sollen wissen, dass wir sie auf dem Schirm haben. Das sollte auch in anderen Ländern funktionieren.“ Und auch die Vereine müssten in die Pflicht genommen werden, mit den Fans in Kontakt zu treten, um friedliche Spiele zu gewährleisten.

„Rheinische Post“ (online) vom 25.07.2023: „Unfallatlas NRW 2022 – 2022 wurden zehn Unfälle in Rheurdt gemeldet“: https://rp-online.de/nrw/staedte/neukirchen-vluyn/rheurdt-unfallatlas-zeigt-gefaehrliche-stellen-auf-der-strasse_aid-94443559

Rheurdt · Die meisten davon gab es auf der Straße Niederend. Dreimal kam es dort zu Unfällen mit Schwer- oder Leichtverletzten. Welche Ecken noch aufgeführt wurden.



Der Unfallatlas zeigt, wo es innerhalb eines Jahres die meisten Unfälle mit Personenschaden gegeben hat.

Foto: Unfallatlas

Wo hat es 2022 die meisten Unfälle mit Personenschaden gegeben? Welche Stellen in Rheurdt sind besonders gefährlich? Dies zeigt der Unfallatlas NRW, der Mitte Juli erschienen ist. Darin sind 63.157 Unfälle mit Personenschaden in Form von roten Punkten in NRW aufgeführt, das sind 16,2 Prozent mehr als im Jahr 2021. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ist somit auf den höchsten Wert seit 2009 gestiegen, wie IT.NRW mitteilte. Zehn der Unfälle des vergangenen Jahres sind in Rheurdt passiert.

Am häufigsten hat es dort auf der Straße Niederend gekracht, die aufgrund ihrer Länge allein schon eine höhere Unfallwahrscheinlichkeit mit sich bringt. Dreimal hat es dort im vergangenen Jahr Unfälle mit Schwer- oder Leichtverletzten gegeben, an denen entweder nur ein Auto oder ein Auto und ein Fahrrad beteiligt waren. Auch an den Ecken Niederend/Kengen und Niederend/Geldernsche Straße gab es 2022 Unfälle.

Im Unfallatlas aufgeführt ist auch die Ecke Geldernsche Straße/Moerser Straße, dort hat es 2022 einen Unfall mit einem Pkw gegeben. Weiter wird die Kamperstraße/Kirchstraße genannt, dort hat es 2022 einen Unfall mit Schwerverletzten gegeben. Auch auf der Rheurdter Straße gab es 2022 einen Unfall mit Schwerverletzten.

Als Grund für die vielen Unfälle sieht Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) NRW, das Ego der Straßenverkehrsteilnehmer: Viele würden nur noch an ihre eigenen Interessen denken und nicht auf andere achten, sagt er.

Die im Unfallatlas visualisierten Daten stammen aus der Statistik der Straßenverkehrsunfälle, die auf den Meldungen der Polizei basiert. Falls die Geo-Koordinaten der Unfallmeldung nicht einer Straße eindeutig zugeordnet werden können, werden diese nicht im Unfallatlas abgebildet.

(lst/nh)

https://rp-online.de/nrw/panorama/letzte-generation-nrw-klimaaktivisten-bei-polizei-veranstaltung_aid-95677363

RP+ Artikel vom 16.08.2023

„Letzte Generation“ nahm an Lehrveranstaltung der NRW-Polizei teil

Düsseldorf · **Ein neuer Bericht der Landesregierung zeigt, dass Vertreter der Klimaaktivisten auf Einladung der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster an einer Diskussionsrunde teilnahmen. In dem Bericht steht zudem, wie viele Straftaten die Klimaszene in diesem Jahr begangen hat.**
Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Die sogenannten Klimaaktivisten geraten zunehmend ins Visier der Sicherheitsbehörden – nicht erst durch die Startbahnblockade am Düsseldorfer Flughafen. Aus einer noch nicht veröffentlichten Antwort der Landesregierung auf zwei Anträge von FDP und AfD für die Innenausschusssitzung am Donnerstag geht hervor, dass in diesem Jahr (bis Ende Juli) bereits 168 Straftaten der Klimabewegung in NRW zugerechnet werden.

Darunter fallen 53 Fälle von Sachbeschädigungen, 35 Körperverletzungen und 23 Bedrohungs- und Nötigungsdelikte. Es folgen Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und sonstige Straftaten wie Hausfriedensbruch und öffentlichen Aufrufs zur Begehung von Straftaten mit je 17 Fällen. Siebenmal gab es der Auswertung zufolge Brände. Die mit Abstand meisten der 168 Straftaten wurden im Januar (104 Fälle) begangen, was vermutlich auf die Räumung von Lützerath zurückzuführen ist. Es folgen die Monate Februar und März mit jeweils 16 Delikten. Die Sicherheitsbehörden können die Straftaten zum Teil auch Gruppierungen zuordnen. So fanden dem Bericht zufolge 52 Straftaten unter Beteiligung von Gruppen wie der „Letzten Generation, „Extinction Rebellion“ oder „Tyre Extinguishers“ statt. „Hiervon konnten für das Jahr 2023 bisher alleine 37 Straftaten der ‚Letzten Generation‘ zugeordnet werden“, heißt es in der Auswertung.
Die Klimaschutzbewegung ist aber weiterhin kein „Beobachtungsobjekt“ des Verfassungsschutzes in NRW. Zur Begründung heißt es: „Bislang ist nicht festzustellen, dass Organisationen der Klimaschutzbewegung Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abschaffen oder beeinträchtigen wollen.“

Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, sagte, die Zahlen sprechen „eine deutliche Sprache“. Bei den Klimagruppen der „Letzten Generation“ oder „Extinction Rebellion“ handle es sich nicht um harmlose Ferienfreizeitgruppen. „Die schwarz-grüne Landesregierung muss endlich konsequent und spürbar gegen diese radikalen Klimagruppen in NRW vorgehen“, sagte er gegenüber unserer Redaktion. „Klimakleben ist keine Meinung.“ Alleine die 35 Körperverletzungsdelikte in diesem Jahr durch vermeintliche Klimaschützer würden für sich sprechen. „Diese Straftaten müssen deshalb endlich mit voller Konsequenz verfolgt werden“, sagte er.
Die FDP-Fraktion wollte in ihrem Antrag auch wissen, ob radikale Klimagruppen mit den Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen vernetzt seien. In dem Bericht heißt es, dass an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster im Juni dieses

Jahres im Rahmen eines Wahlpflichtmoduls des Masterstudiengangs „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ eine Lehrveranstaltung unter Beteiligung der „Letzten Generation“ stattgefunden habe. Die Lehrveranstaltung habe der Diskussion aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen unter Einbeziehung wechselnder gesellschaftlicher Gruppen gedient, heißt es zur Begründung. „An der Diskussionsrunde nahmen auf Einladung der Deutschen Hochschule der Polizei Vertreter der ‚Letzten Generation‘ teil. Für die ‚Letzte Generation‘ referierte ehrenamtlich unter anderem eine Polizeivollzugsbeamtin der nordrhein-westfälischen Polizei in ihrer Freizeit“, heißt es im Bericht.
Weitere Erkenntnisse hinsichtlich weiterer Vorträge, Kontakte oder Veranstaltungen der „Letzten Generation“ an der Deutschen Hochschule der Polizei würden nicht vorliegen.

Das NRW-Innenministerium stehe für einen bürgernahen und offenen Diskurs, heißt es in dem Bericht weiter. Recht und Gesetz seien prägend für die Rolle und das Selbstverständnis der nordrhein-westfälischen Polizei. Diese Pflichterfüllung könnte mit einem Engagement für die „Letzte Generation“ in Konflikt geraten. Dabei sei allerdings zwischen der Teilnahme an rechtswidrigen Aktionen und dem internen oder freiheitlich friedlichen Engagement für die „Letzte Generation“ zu unterscheiden, heißt es in dem Bericht. Und weiter: Das Ministerium des Innern stehe mit der „Letzten Generation“ in keinem Austausch oder Kontaktverhältnis. „Darüber hinaus liegen keine weiteren Erkenntnisse zu einer Mitgliedschaft oder Teilnahme an Aktionen der „Letzten Generation“ durch Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte aus Nordrhein-Westfalen vor.“
Lürbke zeigte wenig Verständnis dafür, dass die Hochschule der Polizei in Münster die Gruppierung zu einer Lehrveranstaltung eingeladen hatte und eine Polizeibeamtin als Beauftragte der „Letzten Generation“ referieren ließ. „Das ist geradezu grotesk und wirft viele Fragen über das Verhältnis von Schwarz-Grün zu den Chaoten der ‚Letzten Generation’ auf“, sagte er. „Innenminister Reul muss hier im Innenausschuss weitere Antworten liefern."

Wenig Verständnis hat auch die Deutsche Polizeigewerkschaft. „Als Polizist hat man eine besondere Stellung. Ich sehe das sehr problematisch. Zu heroisch die Absicht der Klimaaktivisten auch sein mag, sie begehen Straftaten. Darüber müssen sich gerade Polizisten im Klaren sein“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Meiner Meinung nach lässt sich das nicht vereinbaren mit dem Beruf als Polizist. „Halte es nicht für gut, dass eine Polizistin die Seite der Kliamaaktivisten vertritt – auch wenn sie das in ihrer Freizeit gemacht hat“, so Rettinghaus weiter.

(RP)

Frist bis Jahresende: NRW-Beamte wollen ihre Überstunden retten

Düsseldorf · **Bis Jahresende müssen alle Landesbehörden Zeitkonten eingerichtet haben – ansonsten droht der Ausgleich für die angehäufte Mehrarbeit zu verfallen. Die Opposition macht Druck, Experten beklagen vielfältige Probleme.**

Hier der Link zum Artikel (08.08.2023)

https://rp-online.de/nrw/landespolitik/nrw-beamte-wollen-ihre-ueberstunden-retten_aid-95288527

RP+ Artikel (vom: 18.08.2023):

https://rp-online.de/nrw/panorama/massenschlaegerei-in-fluechtlingsheim-unna-polizei-in-sorge_aid-95914909

Nach Tumultlage in Erstaufnahmeeinrichtung

„Flüchtlingsunterkünfte sind Pulverfässer“

Düsseldorf · **Sexuelle Übergriffe und Massenschlägerei: Die Polizei warnt vor weiteren Eskalationen in Flüchtlingsunterkünften. Die Einsätze seien auch für die Polizisten gefährlich und ein Ergebnis verfehlter Integrationspolitik. In Unna hatte es am Mittwochabend eine Tumultlage und am Donnerstag gleich einen weiteren Einsatz gegeben.**

Von Christian Schwerdtfeger

Nach der Massenschlägerei in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Unna-Massen warnt die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) in NRW vor einer weiteren Verschärfung der Situation auch in den übrigen Unterbringungen. „Die Unterkünfte werden voller und voller. Dort leben Menschen aus unterschiedlichsten Nationen auf engstem Raum zusammen. Das sind Pulverfässer“, sagte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus unserer Redaktion. „Wir müssen mit weiteren großen Polizeieinsätzen in den Flüchtlingsunterkünften rechnen, wenn es so weitergeht“, warnte Rettinghaus.

In der Unterkunft in Unna war es am Mittwochabend zu einer Tumultlage gekommen. Kräfte der Bereitschaftspolizei mussten ausrücken, um die Situation in den Griff zu bekommen. Drei Tatverdächtige konnten ermittelt werden, zwei junge Männer aus Tunesien und ein junger Mann aus Algerien. Ein tunesischer Tatverdächtiger kam schwerverletzt in ein Krankenhaus. Unabhängig davon wurde dort am selben Abend eine 46-jährige Ukrainerin von einem 39-jährigen Ukrainer mit der Faust geschlagen und zu sexuellen Handlungen genötigt. Die Frau konnte fliehen, weil der

Tatverdächtige von ihr ab lies, als er Polizeifahrzeuge wegen des Tumultdeliktes in die Einrichtung fahren sah.
Am Donnerstagabend rückte die Polizei erneut mit einem Großaufgebot an der Flüchtlingsunterkunft an; erneut hatte es eine Auseinandersetzung unter Bewohnern gegeben. An jenem Tag bekamen die Einsatzkräfte die Situation schnell in den Griff.

Kommende Woche soll der Landtag über die Flüchtlingssituation in NRW debattieren. Die SPD-Fraktion hat eine aktuelle Stunde beantragt. Mit Bezug auf die erste Schlägerei in Unna betonte die SPD bereits „weiteren Handlungsbedarf“.
„Ministerin Paul scheint die Lage massiv unterschätzt zu haben. Und jetzt wächst sie ihr über den Kopf“, sagte die Fraktions-Vizechefin Lisa-Christin Kapteinat unserer Redaktion. „Überall. im Land mehren sich die Probleme – zulasten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und zulasten der Menschen, die bei uns Schutz suchen.“
Zuvor hatte das Land angekündigt, in naher Zukunft mehr Geflüchtete auf Städte und Gemeinden verteilen zum müssen. Dadurch dürften wiederum die dortigen Gemeinschaftsunterkünfte voller und Unterbringungslösungen schwieriger werden. Die Probleme würden sich demnach in die Zuständigkeit der Kommunen verlagern.
Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisiert die Politik. „Das, was wir aktuell in den Unterkünften sehen, ist das Ergebnis einer verfehlten Integrationspolitik. Wenn man so viele Menschen aus so vielen verschiedenen Ländern so unterbringt, dann sind solche Konflikte wie jetzt in Unna programmiert. Die eingesetzten Polizisten müssen dieses Versäumnis ausbaden und regelmäßig dort Einsätze fahren“, sagte Michael Maatz, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW.
Diese Einsätze seien auch gefährlich für die Polizisten. Denn oft sei es so, dass sich die Bewohner verbrüdern würden und dann zusammen gegen die Polizisten seien. „Hinzu kommt, dass die Lage vor Ort oft unübersichtlich ist, weil die Räumlichkeiten den eingesetzten Polizisten unbekannt sind“, so Maatz. „Aber so lange wir die Massenunterkünfte haben, müssen wir für deren Schutz sorgen. Das sind wir den Menschen schuldig, die zu uns geflüchtet sind, um Schutz vor Verfolgung in ihrem Heimatland zu suchen. Sie dürfen bei uns nicht selber Opfer von Straftaten werden."
Nach Angaben des Landes kommt in all seinen Unterkünften ein Gewaltschutzkonzept zum Tragen. So gebe es etwa getrennte Bereiche für alleinreisende Männer, Familien und vulnerable Personen.

RP+ Artikel (vom: 21.08.2023)

Sechsseitiger Leitfaden „Umgang mit der Polizei“ - Wie die „Letzte Generation“ Polizisten auf ihre Seite ziehen will

Wie vernetzt sind Klimaaktivisten mit einzelnen Polizisten? Zuletzt sprach eine Polizistin an der Polizeihochschule in Münster für die „Letzte Generation“. In einem internen Leitfaden der Bewegung wird erklärt, wie Aktivisten mit Polizistin umgehen sollen.

https://rp-online.de/nrw/panorama/letzte-generation-so-soll-der-umgang-mit-der-polizei-ablaufen_aid-95789505

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Wöchentlich blockieren Mitglieder der „Letzten Generation“ Straßen und müssen von Polizisten weggetragen werden. Aus diesem Grund haben die Klimaaktivisten einen sechsseitigen Leitfaden „Kommunikation mit der Polizei“ entwickelt, der unserer Redaktion vorliegt, um die Polizisten von ihren Maßnahmen zu überzeugen. „Die Geschichte zeigt, dass eine friedliche zivile Widerstandsbewegung 46-mal wahrscheinlicher ihre Ziele erreicht, wenn die Säule der Polizei auf ihrer Seite steht. Daher ist es unser Ziel, diese Säule zu bewegen, damit sie sich mit uns gemeinsam für echten Klimaschutz einsetzt“, heißt es in den einleitenden Worten des Leitfadens, der mithilfe zweier Bundespolizisten verfasst worden sein soll, wie direkt auf der ersten Seite behauptet wird.

Die „Letzte Generation“ erklärt auf Anfrage, dass sie diesen Leitfaden für nötig hält, um ihre Ziele zu erreichen. „Es geht darum, bei der Polizei ein Verständnis für die Forderungen und Ideen der Letzten Generation zu erzeugen. Wir wollen Betroffenheit auslösen und Veränderung anstoßen mit der Unterstützung aller gesellschaftlichen Säulen", erklärt Chiara Malz, die die Polizeivernetzung der „Letzten Generation“ koordiniert und selbst Bundespolizistin ist. Malz zufolge liefen Polizisten Gefahr, die gesellschaftlichen Konflikte, die durch knapper werdende Ressourcen in der Klimakatastrophe drohen, in erster Reihe austragen und aushalten zu müssen. „Zu diesem Punkt haben wir seitens der Polizeivernetzung einen Brief an den Bundeskanzler formuliert", so Malz.

In dem Leitfaden werden die Mitglieder aufgefordert, keine Gewalt anzuwenden gegen Polizisten; sie aber auch nicht zu ignorieren. Die Beamten sollten vielmehr überredet und ermutigt werden, gesellschaftliche Missstände zu ändern. Polizisten seien demnach besonders anfällig für eindimensionale Informationsflüsse, was für die Verfasser „Bildzeitungswissen" und vorgegebene Einschätzungen bedeutet. Die Aktivisten sollten das Gespräch suchen, während sie noch auf der Straße sitzen, den Polizisten Visitenkarten und spezielle an die Polizei gerichtete Banner mit QR-Codes geben. Der Gedanke, der dahintersteckt: Die Polizisten sollen sich im Anschluss möglichst mit dem Klimaschutz und den Zielen der Letzten Generation auseinandersetzen – und so Sympathien für die Aktivisten bekommen. Angesprochen werden sollen grundsätzlich alle Polizisten, um einen „Schneeballeffekt“ zu erzeugen, wie es die Verfasser formulieren.

In dem Leitfaden schreiben die Aktivisten auch, dass die Polizei oft brutal reagiere. Um sich aus sogenannten Schmerzgriffen zu befreien oder diese zu umgehen, sollte man eine persönliche Ebene zu den Polizisten aufbauen. „Polizei direkt ansprechen: Ich bin Karl Müller, Vater von vier Kindern. Ich sitze hier, weil ...", raten die Verfasser ihren Mitstreitern.

„Wir haben da bereits eine Veränderung seit dem Beginn der Proteste Anfang 2022 registriert. Es kommt beispielsweise deutlich seltener – fast gar nicht mehr – zur Anwendung von sogenannten Schmerzgriffen“, teilte die „Letzte Generation“ auf Anfrage mit. Die Polizei habe zur Kenntnis genommen, dass der Protest stets friedlich und gewaltfrei sei und somit eine „harte Gangart" gar nicht notwendig sei.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus, hält es für sehr bedenklich, dass eine Bundespolizistin für die „Letzte Generation“ tätig ist. „Aus meiner Sicht passt der Beruf nicht mit den Aktivitäten der Klimaaktivisten zusammen. So ehrbar die Ziele auch sind; es werden Straftaten begangen. Und dafür kann man als Polizistin nicht stehen und öffentlich eintreten“, betonte Rettinghaus.

Aktuell sorgt auch die Teilnahme der „Letzten Genration“ an einer Diskussionsrunde der Polizeihochschule in Münster für politische Diskussionen. Eine Polizistin aus NRW hatte als Mitglied der Klimaaktivistengruppe vor Kollegen an der Hochschule referiert. Engeladen waren die Aktivisten von der Hochschule selbst. Die Polizistin soll ehrenamtlich und in ihrer Freizeit teilgenommen haben. Die Lehrveranstaltung diente laut Hochschule der Diskussion aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen unter Einbeziehung wechselnder gesellschaftlicher Gruppen. Kritik kam von FDP und CDU. „Das ist geradezu grotesk und wirft viele Fragen über das Verhältnis von Schwarz-Grün zu den Chaoten der Letzten Generation auf“, sagte FDP-Innenexperte Marc Lürbke.

https://rp-online.de/nrw/panorama/unfall-in-koeln-experten-wollen-hoehere-huerden-fuer-das-leihen-von-autos_aid-96613891

RP+ Artikel (29.08.2023)

Forderungen nach Mietwagen-Unfall in Köln „Keine PS-starken Autos für unter 25-Jährige“

Köln · **Immer wieder verursachen junge Fahrer in gemieteten Autos schwere Unfälle – zuletzt am Wochenende in Köln. In dem Fall hatte der Fahrer noch nicht einmal einen Führerschein. Experten fordern, die Hürden für das Leihen von Fahrzeugen höher zu setzen.**

Von Claudia Hauser (Reporterin)

Nach dem schweren Unfall in Köln, bei dem am Sonntag ein 17-Jähriger mit einem gemieteten Audi Q2 und fünf Insassen vor einer Polizeikontrolle geflüchtet ist, laufen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch zur Frage, wer den SUV gemietet und dem Minderjährigen ohne Führerschein überlassen hat. Eine 16-Jährige kam ums Leben, der Fahrer war auch am Dienstag noch nicht außer Lebensgefahr, er liegt im Koma. Ein 18-Jähriger und drei weitere Mädchen (14, 17, 17) wurden ebenfalls schwer verletzt.
Immer wieder kommt es zu schweren Unfällen mit Fahranfängern oder Jugendlichen, die noch nicht mal einen Führerschein besitzen. Im Juni verursachte ein Jugendlicher in Hamburg mit zwei Freunden gleich zwei Unfälle – ebenfalls in einem Mietauto. Immer wieder kommt es auch zu Unfällen bei illegalen Rennen mit gemieteten Autos. Einige Carsharing-Anbieter verleihen PS-starke Fahrzeuge nur noch an Mieter, die schon Erfahrung haben – doch ob der das Auto an jemand Jüngeren weitergibt, lässt sich nicht kontrollieren.

Das Unternehmen, das den Audi Q2 verliehen hat, vermietet etwa dieses Fahrzeug grundsätzlich nicht an „Rookies“, wie es auf der Website heißt, also an Fahranfänger. „Die Rookie-Phase erstreckt sich über einen Zeitraum von zwölf Monaten, beginnend ab dem Zeitpunkt des Erwerbs des Führerscheins“, sagt eine Unternehmenssprecherin auf Anfrage. „Diese Zeitspanne gilt unabhängig vom Alter.“ Und es gibt weitere Beschränkungen: Einen Tesla kann zum Beispiel nur mieten, wer mindestens 23 Jahre alt ist.

Aus Sicht des ADAC ist jedoch nicht die PS-Zahl der ausschlaggebende Grund dafür, dass 18- bis 24-Jährige laut Unfallstatistiken mit Abstand das höchste Unfallrisiko im Straßenverkehr haben. Vielmehr sind überhöhte Geschwindigkeit, zu geringer Abstand, Alkohol und Ablenkung am Steuer die häufigsten Unfallursachen – unabhängig von der Leistungsstärke des Fahrzeugs, wie Thomas Müther, Chef der Pressestelle des ADAC-Nordrhein, sagt. „Besorgniserregend ist, dass bei den unfallbeteiligten Pkw-Fahrerinnen und Fahrern im Alter von 18 bis 20 Jahren mehr als zwei Drittel als Hauptverursacher eingestuft wurden“, sagt Müther.
Der ADAC spricht sich dafür aus, das Begleitete Fahren auf 16-Jährige auszuweiten, um so den Lernzeitraum verlängern zu können und das Anfängerrisiko zu reduzieren. „Das Begleitete Fahren ab 17 hat sich bereits positiv auf die Verkehrssicherheit ausgewirkt“, sagt Müther. Diese Fahrerinnen und Fahrer weisen demnach ein um 20

Prozent geringeres Unfallrisiko auf als jene, die den Führerschein auf klassische Weise erworben haben.

Der ADAC plädiert außerdem für eine „Rückmeldeschleife“ mit Fahrsicherheitstrainings in gewissem zeitlichen Abstand nach Erhalt der Fahrerlaubnis, wie es sie etwa in Österreich gibt. „Darüber hinaus sollte das absolute Alkoholverbot im Straßenverkehr auf Fahrerinnen und Fahrer bis zum 24. Lebensjahr ausgedehnt werden“, sagt Müther.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) fordert, die Hürden für das Leihen von Fahrzeugen einheitlich höher zu setzen, wie Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der DPolG NRW, sagt: „Man müsste grundsätzlich sagen: Pkw mit einer gewissen PS-Zahl gibt es erst ab 25 Jahren.“ Dies per Gesetz zu regeln, werde allerdings schwierig. „Das würde also auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Carsharing-Unternehmen hinauslaufen“, sagt er. Rettinghaus hält zudem zeitnahe Gerichtsverfahren und deutliche Strafen für wichtig. „Und die Strafen müssen nachhaltig sein: Der Führerschein muss für lange Zeit weg, wenn jemand einen schweren Unfall verursacht hat – da hängen immer viele Schicksale dran“, sagt er. „Ohne Abschreckung kriegt man das nicht in den Griff.“

Neue Westfälische vom 02.10.23 , +Artikel

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23677541_Schockanrufe-in-NRW-Setzen-die-Taeter-jetzt-auf-Kuenstliche-Intelligenz.html

Schockanrufe in NRW: Setzen die Täter jetzt auf Künstliche Intelligenz?

Sicherheitsbehörden halten den Einsatz bei solchen Methoden für eher unwahrscheinlich. Dennoch häufen sich Berichte möglicher Fälle. Gibt es eine Erklärung?

Lukas Brekenkamp

***Bielefeld**.* Das Telefon klingelt. Ein Familienangehöriger meldet sich. Die Stimme klingt täuschend echt. Zumindest aus Sicht der Opfer. Die Angehörigen, vielleicht ein Enkel, brauchen Geld. Viel Geld. Wegen eines Notfalls. Zahlt man, ist man Opfer des sogenannten Enkeltricks oder sogenannter Schockanrufe geworden. Betroffene schwören später oft, die Stimmen hätten sich angehört wie die der Familienangehörigen. Wie kann das sein? Vielleicht dank Künstlicher Intelligenz (KI)? In den vergangenen Wochen häuften sich Meldungen, wonach Kriminelle beim Enkeltrick oder bei Schockanrufen auf KI setzen. Möglich mache das eine Technologie, die "Audio Deepfakes" heißt. Dabei wird ein System mit Stimmaufnahmen gefüttert, auf Knopfdruck werde laut Berichten eine gleichklingende Stimme generiert, die beispielsweise einen gewünschten Text nachspricht.

Die Polizei in Deutschland hat das Problem bereits auf dem Schirm. Doch wie groß ist die Gefahr tatsächlich? Bei den Ermittlungen stehen die Sicherheitsbehörden vor einem gravierenden Problem: Für die Anrufe gibt es in den meisten Fällen keine Zeugen – sondern nur das Opfer, das sich zu dem Fall, dem Vorgehen und auch der Stimme am Telefon äußern kann.

Betroffene bringen KI-Einsatz ins Spiel

Das Landeskriminalamt in NRW berichtet in dem Zusammenhang, dass sich die Polizei beim Enkeltrick oder in Sachen Schockanrufen mit dem möglichen Einsatz von KI auseinandersetzt. Doch es fehle das Beweismaterial, dass Künstliche Intelligenz tatsächlich bei den Maschen verwendet wird. Eine Sprecherin berichtet, dass es in der Regel Mutmaßungen oder Einschätzungen von Opfern oder Anzeigenerstattern sind, die den KI-Einsatz überhaupt erst ins Spiel bringen. Derzeit hat das LKA in NRW keine Zahlen oder validen Daten zu einem möglichen Einsatz von KI bei solchen Straftaten.
Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, erklärt: "Niemand möchte zum Opfer werden. Viele versuchen, eine Erklärung zu finden, wie sie Opfer von Maschen wie dem Enkeltrick werden konnten, auch für sich selbst." Dabei könne auch Scham eine Rolle spielen, auf solche kriminellen Methoden reingefallen zu sein. "Es gibt Opfer solcher Maschen, die darauf schwören, dass sie ihre Angehörigen in der Stimme erkannt haben", sagt Rettinghaus. "Das ist schon fast ein psychischer Schutzreflex der Betroffenen und passiert auch nicht unbedingt absichtlich."

KI bei Enkeltrick wäre "großer Aufwand"

Rettinghaus hält es derweil für möglich, dass Kriminelle bei ausgeklügelten Betrugsmaschen durchaus auf KI setzen. Zum Beispiel dann, wenn Kriminelle Textnachrichten für ihren Dreh nutzen. "Oder einzelne Sprachsegmente", sagt Rettinghaus. Doch einen vollumfänglichen Einsatz von KI beim Enkeltrick oder bei Schockanrufen bezweifelt er.
Ähnlich sieht das auch das Landeskriminalamt in NRW. "Um mittels KI die Stimme eines Enkels oder eines anderen Verwandten zu generieren, müssen die Täterinnen und Täter intensive Vorarbeit leisten und konkrete Kenntnisse über den Anschlussinhaber und seine Verwandtschaftsverhältnisse haben", sagt eine Sprecherin. "Dass dieser große Aufwand betrieben wird, kann nicht ausgeschlossen werden, wird aber als eher unwahrscheinlich erachtet."

Schaden in Millionenhöhe – hohe Dunkelziffer vermutet

Jährlich registrieren die Behörden tausende Straftaten, in denen vor allem ältere Menschen durch Schockanrufe, den Enkeltrick oder ähnliche Methoden um ihr Erspartes oder ihre Wertgegenstände gebracht werden sollen. Häufig bleibt es zwar nur beim Versuch, dennoch beläuft sich der Schaden alleine in NRW jährlich auf mehrere Millionen Euro. In den meisten Fällen kommen die Anrufe aus dem Ausland, beispielsweise der Türkei.
Insgesamt sind die Fallzahlen in den vergangenen Jahren gestiegen. Die Sprecherin des Landeskriminalamtes betont: "Nicht vergessen werden darf das höchst

wahrscheinlich enorme Dunkelfeld nicht angezeigter Taten und Versuche. Aus Scham oder anderen Gründen erstatten Opfer keine Anzeige."

Auch erschienen im Mindener Tageblatt

https://www.mt.de/regionales/Enkeltrick-und-Schockanrufe-Setzen-Kriminelle-auf-Kuenstliche-Intelligenz-23677544.html

RP online vom 27.09.23 RP+ Artikel

https://rp-online.de/nrw/panorama/a61-illegales-rennen-gibt-es-in-nrw-einen-raser-tourismus_aid-98390121

Illegales Rennen auf der A61 **Gibt es in NRW einen Raser-Tourismus?**
Mönchengladbach/Düsseldorf · **Immer wieder kommt es auf den Autobahnen in NRW zu illegalen Straßenrennen, zum Teil mit Beteiligung ausländischer Fahrer. Locken deutsche Autobahnen ohne Höchstgeschwindigkeit Raser aus anderen Ländern an?**

Von Lilli Stegner

Es ist eine äußerst gefährliche Situation und vermutlich der Albtraum vieler Autofahrer: Am vergangenen Wochenende lieferten sich die Fahrer von acht britischen Fahrzeugen ein illegales Autorennen aus der A61 bei Mönchengladbach. Die Polizei musste einschreiten und konnte eines der Fahrzeuge anhalten. Solche Fälle kommen immer wieder vor, auch wenn dem NRW-Innenministerium hierzu keine statistischen Daten vorliegen, wie ein Sprecher auf Anfrage unserer Redaktion sagte. Auch eine Differenzierung nach Herkunft der Fahrzeuge oder Tatverdächtigen erfolge dementsprechend nicht.
Für Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), ist das Phänomen trotzdem klar erkennbar. „Es gibt definitiv Autofahrer aus dem Ausland, die extra hierher kommen, um mit ihren PS-starken Autos einmal schnell fahren zu können“, sagt er gegenüber unserer Redaktion. „Dazu gehören Menschen aus dem europäischen Ausland, aber auch Menschen aus Übersee, die sich hier dann Autos dafür mieten.“ Das sei aber, betont Mertens, nicht unbedingt illegal. Auch unter Beachtung der Straßenverkehrsordnung könne man in Deutschland nun mal schneller auf der Autobahn fahren als in den meisten anderen Ländern. „Das ist es, was ich grob unter Raser-Tourismus verstehe: Ein Gefühl dafür bekommen, was es bedeutet, mit bis zu Tempo 300 unterwegs zu sein.“

Illegale Autorennen seien davon klar zu unterscheiden, ungeachtet der Nationalität der Fahrer. Hier gebe es laut Mertens eine hohe Dunkelziffer, auch weil es schwierig sei, so ein illegales Rennen im Nachhinein zu beweisen. „Doch wir sind als Polizei besser geworden, solche Rennen zu erkennen und einzuschränken“, sagt er. So wie auch im Mönchengladbacher Fall. Helfen könnten mehr Mittel im Bereich der Verkehrsüberwachung. „Der Tatort ‚Autobahn‘ ist hier sehr präsent“, so Mertens, „immer noch sterben mehr Menschen im Straßenverkehr als durch Kapitaldelikte.“ Die entsprechenden Bereiche müssten technisch und personell besser ausgestattet werden, um für mehr Sicherheit zu sorgen. Besonders in NRW komme die Autobahnpolizei oft zu kurz und verfüge nicht über die Mittel für flächendeckende Kontrollen.

Dass es das Phänomen der ausländischen Geschwindigkeits-Fans auf deutschen Autobahnen gibt, bestätigt auch Thomas Müther, Sprecher des ADAC Nordrhein. „Durch die vielen Geschwindigkeitsbegrenzungen in NRW sind die Tempounterschiede auf den Autobahnen aber nicht so groß wie oft gedacht“, sagte er gegenüber unserer Redaktion. „Gerade im Stauland Nummer 1 mit viel Stop-and-Go-Verkehr und zahlreichen Baustellen sind hohe Geschwindigkeiten jenseits von 130 km/h auf den meisten Strecken nicht zu realisieren.“ Deutschlandweit seien rund 30 Prozent des Autobahnnetzes schon heute dauerhaft oder zeitweise geschwindigkeitsbeschränkt. Hinzu kämen die Tempolimits in Baustellen, von denen es aktuell deutschlandweit rund 1500 gibt.

„Trotzdem verhalten sich manche Menschen ganz bewusst falsch und missachten auch Geschwindigkeitsbegrenzungen, um sich einen Vorteil zu verschaffen“, so Müther. Den Schlüssel sieht auch er im engmaschigeren Polizeikontrollen. „Es ist unwahrscheinlich, dass Verkehrsteilnehmer, die sich bisher nicht an die Regeln halten und zum Beispiel regelmäßig viel zu schnell unterwegs sind, ihr Verhalten ändern, wenn sie nicht oder kaum damit rechnen müssen, erwischt zu werden“, so der ADAC-Sprecher. Nur wenn angemessene Strafen und eine hohe Wahrscheinlichkeit auf frischer Tat ertappt zu werden zusammenwirkten, bestehe zumindest eine Chance, dass sich auch diese Verkehrsteilnehmer besser an die Regeln hielten.

Auch für Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, steht außer Frage, dass es so etwas wie einen „Raser-Tourismus“ in Deutschland gibt. „Diese Tatsache ist an sich nicht verboten, einzelne Verstöße oder illegale Rennen müssen dann erst einmal nachgewiesen werden können“, sagte er.
Besonders gefährliche Situationen entstünden vor allem dann, wenn Raser mit zum Teil fast 400 km/h auf weniger befahrenen Strecken auf weniger schnelle Fahrzeuge aufliefen. „Für den langsameren Fahrer ist es nur sehr schwer einzuschätzen, wie schnell der Auffahrende tatsächlich ist. Wer dann etwa zum Überholen die Spur wechselt, ist in höchster Unfallgefahr“, so Rettinghaus. Regelmäßige Kontrollen seien das einzige Mittel – abgesehen von der Einführung eines Tempolimits – das helfen könne, diese Gefahren einzudämmen. „Für alles andere bräuchten wir ein Tempolimit“, so Rettinghaus. Deutschland sei das einzige Land in Europa, in dem es noch keine solche Maximalgeschwindigkeit auf Autobahnen gibt. „Das ist völlig gegen die Vernunft und gegen Menschenleben – es gibt eigentlich keinen Grund mehr, nicht für ein Tempolimit zu sein“, so Rettinghaus.

In diesem Punkt sind sich die beiden Polizeigewerkschaften einig. Auch Mertens sagt: „Weder aus polizeilicher noch aus persönlicher Sicht kann ich es verstehen, dass wir noch kein Tempolimit haben.“ Der ADAC hält sich hier eher zurück: „Der ADAC verzichtet auf eine Positionierung in der einen oder anderen Richtung, weil ADAC Mitglieder – wie die Gesellschaft insgesamt – in dieser Frage gespalten sind.“ Ein weiterer Teil des Problems: Auch die zu erwartenden Strafen bei Geschwindigkeitsübertretungen seien in Deutschland nicht hoch genug: „Wer in Europa wegen zu schnellem Fahren erwischt wird, der wünscht sich, dass ihm das in Deutschland passiert“, so Mertens. „Hier sind die Strafen eben vergleichsweise gering.“

„OOEORF.at“ vom 10.10.2023: „Sicherheitsforum zur Clan-Kriminalität“: https://ooe.orf.at/stories/3227664/

Sicherheitsforum zur Clan-Kriminalität

Kriminelle Clans scheinen sich in Europa immer mehr auszubreiten. Die oberösterreichische ÖVP lädt daher am Dienstag zu einem Sicherheitsforum, bei dem die Clan-Kriminalität im Mittelpunkt steht.

Mit 1.000 Nadelstichen gehen die Behörden in seinem Bundesland gegen kriminelle Clans vor, so Erich Rettinghaus von der Polizeigewerkschaft in Nordrhein-Westfalen, einer der Referenten beim Sicherheitsforum der ÖVP: „Wir machen dann konzertierte Aktionen, zusammen mit Gemeinde, mit Stadt, mit Steuerfahndung, mit Zoll und gehen dann in die Geschäfte, wo die Clans quasi ihr Geld herausziehen.“

„In erster Linie ein Integrationsproblem“

Clan-Kriminalität ist in erster Linie ein Integrationsproblem, meint der aus dem Libanon stammende Berliner Islamwissenschaftler Ralph Ghadban: „Die kommen als Gruppen. Daher muss man die Gruppen erstmal auflösen.“

Wehret den Anfängen, so der Landesgeschäftsführer der ÖVP, Florian Hiegelsberger: „Wenn wir den Blick Richtung Bundesrepublik Deutschland oder in andere Länder Europas richten, sehen wir ganz klar, dass Clan-Kriminalität im Kommen ist.“ Zum Sicherheitsforum der ÖVP im Gleißner-Haus in Linz werden am Dienstag auch Vertreter der österreichischen Sicherheitsbehörden erwartet. Ziel sei es, zu sensibilisieren, um nichts zu übersehen.

red, ooe.ORF.at

„Oberösterreichisches Volksblatt“ (online) vom 10.10.2023: „OÖVP warnt: Kriminelle Clans sind auch in Oberösterreich aktiv“: https://volksblatt.at/chronik/regionales/ooevp-warnt-kriminelle-clans-sind-auch-in-oberoesterreich-aktiv-815723/

OÖVP warnt: Kriminelle Clans sind auch in Oberösterreich aktiv
Experten-Forum lotete Gegenmaßnahmen aus – Hiegelsberger: Dürfen Zunahme bei jugendlichen Tätern nicht auf leichte Schulter nehmen

OÖVP-LGF Florian Hiegelsberger diskutierte mit den Experten Erich Rettinghaus (l.) und Ralph Ghadban (r.)*© OÖVP*

Kriminelle Familien-Clans, wie jene, die im Sommer im deutschen Ruhrgebiet aufeinander losgegangen sind und Großeinsätze der Polizei ausgelöst haben, lassen auch in Oberösterreich die Alarmglocken schrillen.

„Betrügereien von Schlüsseldiensten, die hohe Summen verlangen und Drogenkriminalität sind sehr oft Clans zuzurechnen. Aber auch die Betrugsform mit falschen Polizisten wird von multiethnischen Clans begangen“, sagte Landesgeschäftsführer Florian Hiegelsberger im Vorfeld des am Dienstag, mit internationalen Experten besetzten Sicherheitsforums der OÖVP im Gleißner Haus in Linz.

Staat darf nicht zurückweichen

Laut Erich Rettinghaus, Vositzender der Polizeigewerkschaft im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen, hat die Exekutive 2017 ein Konzept entwickelt, wie man wieder Herr der Lage wird. So kontrolliere man seither in gemeinsamen Einsätzen mit den Kommunen, der Steuerfahndung und dem Zoll diverse Geschäfte, in denen die Kriminellen ihr Geld verdienen. Tausende Anzeigen und mehrere Millionen an beschlagnahmten Vermögenswerten seien die Folge gewesen.
„Die Clan-Mitglieder treten aggressiv auf und provozieren die Polizei. Dabei suggerieren sie, dass ihnen die Staatsgewalt nichts anhaben kann“, erläuterte der

Experte. Spitzel einzuschleusen sei unmöglich, weil dort nur Familienmitglieder bzw. Verwandte akzeptiert werden. Wichtig sei, dass der Staat nicht zurückweiche und energisch vorgehe.

Integrationsproblem

Für den aus dem Libanon stammenden Berliner Islamwissenschaftler Ralph Ghadban ist die Clan-Kriminalität vor allem ein Integrationsproblem. In den Herkunftsländern der Mitglieder übernehme die Familie Aufgaben des Staates sowie eine Schutzfunktion.
Diese Menschen müsse man in unsere individualisierte Gesellschaft integrieren, was aber in Deutschland nicht stattgefunden habe. Laut dem Wissenschaftler löse Repression alleine das Problem nicht. Es müsse die Familienzusammenführung gestoppt und Zwangsehen sowie das Heiraten in der Großfamilie gestoppt werden. Daten über die Zahl der Clans und ihrer Mitglieder konnten die Experten aber nicht nennen.

Für den OÖVP-Landesgeschäftsführer ist ein konsequentes Vorgehen des Rechtsstaates notwendig, die steigende Kriminalität von Kindern und Jugendlichen dürfe nicht auf die leichte Schulter genommen werden. In diesem Zusammenhang tritt Hiegelsberger für Sanktionen gegen unkooperative Eltern ein. Weiters sollten straffällig gewordene Personen leichter abgeschoben werden können.

https://rp-online.de/nrw/panorama/warum-clans-aus-nrw-in-oesterreich-fuss-fassen_aid-99660863

RP+ Artikel

Sicherheitsbericht aus Österreich Warum Clans aus NRW in Österreich Fuß fassen

Düsseldorf/Linz · **Auch in Österreich bekommt es die Gendarmerie zunehmend mit kriminellen Clans aus NRW zu tun. Was sie in Österreich machen und welche Rolle die Strategie der NRW-Polizei in deren Bekämpfung spielt.**

18.10.2023

Von Christian Schwerdtfeger Chefreporter/Leiter Reporterteam

Kriminelle Clans aus Nordrhein-Westfalen weiten ihre kriminellen Geschäfte offenbar auf Österreich aus. „Seitens der österreichischen Sicherheitsbehörden gibt es Hinweise, dass in Nordrhein-Westfalen angesiedelte Clans seit 2019 zunehmend ihre kriminellen Aktivitäten nach Österreich ausbreiten“, sagte der Landesgeschäftsführer der ÖVP aus Oberösterreich, Florian Hiegelsberger, unserer Redaktion.

In einem Bericht der österreichischen Sicherheitsbehörden heißt es: „Seit dem Jahr 2019 kann festgestellt werden, dass zunehmend Mitglieder arabischer Clans, die großteils aus dem Raum Nordrhein-Westfalen stammen, ihr kriminelles Wirkungsgebiet auf Österreich ausgeweitet haben. Hauptbetätigungsfeld sind betrügerisch agierende Notdienste (Schlüssel-, Installations- und Elektronotdienste), wobei die Vorgehensweise absolut professionell und finanziell sehr aufwendig betrieben wird.“

Und weiter heißt es darin: „Neben verschiedenen Firmenkonstrukten werden unzählige Homepages sowie eigene ‚Notrufzentralen‘, zumeist im Ausland, eingerichtet. Weiteres werden in allen größeren Städten sogenannte ‚Arbeitsteams’ etabliert, die in der Folge zu extrem überhöhten Preisen verschiedenste ‚Notarbeiten‘ (Türöffnungen, Kanalreinigung usw.) verrichten. Die Arbeitsteams sind zumeist nur ein bis zwei Monate vor Ort und werden regelmäßig ausgetauscht.“

Aus diesem Grund kamen in Linz jetzt internationale Experten zu einem Sicherheitsgipfel zur Bekämpfung der Clankriminalität zusammen, auf dem insbesondere die Strategie der NRW-Polizei im Kampf gegen diese Strukturen vorgestellt und diskutiert worden ist – durch den Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft Erich Rettinghaus. „Die Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass Clan-Kriminalität ein ernst zu nehmender und bedrohlicher Bestandteil der Gefährdungslage geworden ist“, sagte Hiegelsberger. „Der Austausch mit Erich Rettinghaus als Vertreter der Polizistinnen und Polizisten von NRW absolut aufschlussreich und zielführend. Speziell dort, wo es darum gehen muss, den kriminellen Clans auch in Österreich in Form gemeinsamer Kontrollen sämtlicher Behörden entgegenzutreten“, sagte Hiegelsberger. Aufschlussreich seien auch die Hinweise aus NRW auf notwendige Maßnahmen in der Geldverkehrskontrolle sowie beim behördlichen Zugriff auf Vermögenswerte gewesen.

Seit fünf Jahren unternimmt die Polizei in NRW enorme Anstrengungen in der Bekämpfung dieser kriminellen Strukturen. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hat den Kampf gegen die kriminellen Clans zur Chefsache erklärt. Wöchentlich finden seitdem landesweit Durchsuchungen und Kontrollaktionen im Milieu statt – die sogenannte Strategie der 1000 Nadelstiche. Dadurch soll den kriminellen Clans demonstriert werden, dass die Polizei jeder Zeit bei ihnen vorbeikommen kann und sie nicht mehr unbehelligt ihren teils kriminellen Aktivitäten nachgehen können. Hinzu laufen im Hintergrund umfangreiche Ermittlungen, um die Finanzströme trockenzulegen und an die Hintermänner zu gelangen. Gleichzeitig wird auf Prävention gesetzt. So wird versucht, junge Menschen aus dem Milieu zu holen, damit sie nicht kriminell werden – oder ihre bereits begonnene kriminelle Laufbahn beenden.

Rettinghaus bezeichnete den Austausch mit den österreichischen Sicherheitsbehörden als extrem wichtig. „Das zeigt auch, dass unsere Strategie gegen die Clans in NRW erfolgreich ist“, sagte er.

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23690107_Reaktionen-auf-Nahostkonflikt-Wie-ist-die-Gefaehrdungslage-in-NRW.html

Neue Westfälische NW+ Artikel

Jüdische Einrichtungen Reaktionen auf Nahostkonflikt: Wie ist die Gefährdungslage in NRW?

Konkrete Hinweise gibt es im Land derzeit zwar nicht – doch Behörden warnen. Und es zeigt sich schon jetzt, dass antisemitische Zwischenfälle zunehmen.

Lukas Brekenkamp

18.10.2023

Bielefeld/Düsseldorf. Die Sicherheitsbehörden warnen vor möglichen Angriffen auf jüdische Einrichtungen. Erst am Dienstagabend sorgte ein verhinderter Brandanschlag auf eine Berliner Synagoge für Entsetzen. Das NRW-Innenministerium berichtete, dass zum jetzigen Zeitpunkt auf Grundlage der Gefährdungsbewertung von Bund und NRW allerdings keine Hinweise auf eine konkrete Gefahr für israelische und jüdische Einrichtungen vorlägen. "Dennoch besteht aktuell bundesweit eine abstrakte, höhere Gefahr für israelische oder jüdische Einrichtungen und Objekte", hieß es weiter.
Aus Sicherheitskreisen verlautete, es gebe keine Hinweise auf Gründungen von Gruppierungen, die entsprechende Attacken planen könnten. Allerdings sei nicht auszuschließen, dass Einzeltäter solche Straftaten begehen könnten.
Die Behörden rechnen zudem mit einer weiter steigenden Zahl von Versammlungen. Der Nahostkonflikt habe ein "hohes Emotionalisierungspotenzial". Eskaliere die Lage weiter, sei mit einer großen Mobilisierung auch hierzulande zu rechnen, die weit über die extremistische Szene hinausgehe. Hier könne es spontan zu Aktionen kommen, die sich gegen Juden sowie jüdische und israelische Einrichtungen oder Symbole richten.

"Die Sympathien in muslimischen Milieus für die Hamas sind groß"

Der Journalist und stellvertretende Vorsitzende des Vereins "Liberale Vielfalt", Eren Güvercin, warnte gegenüber dieser Redaktion: "Die Sympathien in muslimischen Milieus für die Hamas sind groß. Antisemitismus und Israelhass sind hier auch anschlussfähig." Dieser Umstand könne dazu führen, dass radikal-islamistische Akteure Teile der muslimischen Milieus auch in Deutschland mobilisieren.

Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, betonte im Gespräch mit dieser Redaktion: "Die verschärfte Situation in Nahost bemerken wir auch hier. Die Problematik äußert sich auf den Straßen." So beteiligten sich etwa nach einem Raketeneinschlag in einem Krankenhaus im Gazastreifen hunderte Menschen in mehreren Städten in NRW an pro-palästinensischen Kundgebungen. Die Versammlungen blieben ruhig. Rettinghaus warnte: "Wir müssen aber dennoch immer damit rechnen, dass

bei einer Verschärfung des Konflikts die Situation auch hier eskalieren könnte. Das Gefährliche ist, dass dieser Konflikt nicht berechenbar ist."

Antisemitische Vorfälle nehmen zu

Derweil haben in Deutschland antisemitische Vorfälle seit dem Überfall der Terror-Organisation Hamas auf Israel drastisch zugenommen. Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Rias) dokumentierte seit dem 7. Oktober 202 Vorfälle und damit 240 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. So sei beispielsweise bei einer Demonstration in Berlin am Wochenende die Auslöschung Israels gefordert und der Terrorangriff der Hamas verherrlicht worden.
Der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Marc Lürbke, forderte gegenüber dieser Redaktion die schwarz-grüne Landesregierung dazu auf, konsequent alles zu unterbinden, was nicht durch die Versammlungsfreiheit gedeckt sei. "Antisemitismus ist keine Haltung, sondern ein Verbrechen. Freudentänze zu Terroranschlägen müssen deshalb die spürbare Härte des Rechtsstaats nach sich ziehen", so Lürbke weiter.

Neue Westfälische NW+ Artikel

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23690147_Reul-sieht-wieder-wachsende-Gefahr-durch-islamistischen-Terror-in-NRW.html

Nach Anschlag in Belgien Reul sieht wieder wachsende Gefahr durch islamistischen Terror in NRW

Mehr als 180 islamistische Gefährder werden derzeit im Land beobachtet. Doch Experten warnen auch vor Personen, die noch nicht im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen.

Lukas Brekenkamp
19.10.2023

Bielefeld. Nach dem mutmaßlich islamistischen Anschlag in der belgischen Hauptstadt Brüssel warnen Experten vor einer wachsenden Bedrohung auch in NRW. Laut Innenminister Herbert Reul (CDU) haben man zwar keine konkreten Kenntnisse zu einem geplanten Anschlag, aber die Lage könne "jederzeit" explodieren, wie er im ZDF-"heute journal" sagte.
Gegenüber dieser Redaktion erklärte Reul: "Auch wenn die aktuelle Bedrohungslage abstrakt herrscht und nicht akut ist, in absoluter Sicherheit dürfen wir uns nicht wägen. Terror bleibt auch bei uns eine Gefahr." Denn auch in NRW lebten islamistische Gefährder, die jederzeit auf "böse Gedanken" kommen können, so der Minister. "Besonders gefährlich sind die, die wir nicht auf dem Schirm haben und sich im verborgenen Hinterzimmer alleine radikalisieren. Wir müssen und werden weiterhin ganz besonders wachsam sein."
Insgesamt geht die Zahl der islamistischen Gefährder in NRW bereits seit Jahren zurück. Damit gemeint sind Personen, denen die Sicherheitsbehörden einen Anschlag zutrauen. Waren es 2019 noch 229, sind es in diesem Jahr laut NRW-Innenministerium 183. Sicherheitsbehörden warnen jedoch, dass sich die Zahl sehr schnell verändern kann.

"Bedrohung durch Gefährder in NRW ist weiter groß"
Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, warnt vor einer anhaltend "latenten Gefährdungslage", die durch aktuelle Entwicklungen wie auch in Nahost nicht besser geworden sei. "Das Potenzial an und die Bedrohung durch Gefährder in NRW ist weiter groß", sagte er mit Blick auf die Zahlen. Rettinghaus versicherte aber auch: "Wir sind in NRW gut aufgestellt und haben die Lage im Blick." Dennoch sei es immer möglich, dass sich Personen, die man noch nicht auf dem Radar habe, unbemerkt radikalisieren und Anschläge verüben könnten.

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion in NRW, Marc Lürbke aus Paderborn, betonte: "Auch gerade NRW bleibt weiter im Fadenkreuz radikaler Islamisten." Er forderte gegenüber dieser Redaktion die Landesregierung aus CDU und Grünen dazu auf, die Sicherheitsbehörden wie den Verfassungsschutz mit mehr Ressourcen auszustatten. "Alles andere wäre grob fahrlässig und ein Bärendienst für

die innere Sicherheit", mahnte Lürbke. Er appellierte weiter: "Auch Zusammenhänge von Kriegserfahrungen und Flucht als mögliche Auslöser von Radikalisierung und höherer Gewaltbereitschaft müssen offen und ehrlich diskutiert werden."
Terrorismus-Experte Peter Neumann hatte erst kürzlich gegenüber dieser Redaktion vor Anschlägen gewarnt, die durch Einzeltäter begangen werden. Vor allem in der islamistischen Szene, aber auch etwa im Rechtsextremismus, habe man zuletzt solche Beobachtungen gemacht. "Die Gefahr von strukturierten islamistischen Organisationen ist zwar nicht verschwunden, hat aber nachgelassen", urteilte Neumann. Zwar könne man sich zu einer Terrororganisation bekennen, müsse dieser aber nicht mehr formal angehören. Man beobachte mittlerweile zudem oft, dass die Täter islamistisch motivierter Anschläge oft psychisch auffällig seien.

Neue Westfälische NW+ Artikel

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23690886_Mehr-als-3.000-Straftaten-mit-Stichwaffen-im-ersten-Halbjahr-2023.html

Messerangriffe in NRW Mehr als 3.000 Straftaten mit Stichwaffen im ersten Halbjahr 2023

In den meisten Fällen wurde ein Messer eingesetzt. Sicherheitsexperten warnen und sehen Handlungsbedarf. Steigen die Zahlen sogar?

Lukas Brekenkamp
20.10.2023

Bielefeld. Im ersten Halbjahr 2023 wurden alleine in NRW mehr als 3.000 Straftaten erfasst, bei denen eine Stichwaffe eingesetzt wurde. Das berichtet das NRW-Innenministerium in einem Bericht an den Innenausschuss. Darunter fallen unter anderem 88 Tötungsdelikte.

Exakt 3.020 Stichwaffen-Straftaten zählten die Polizeibehörden im Bundesland in den ersten sechs Monaten im laufenden Jahr. 2.732 Taten wurden mit einem Messer begangen, in 200 Fällen wurde ein Messer im Sinne des Waffengesetzes eingesetzt - also beispielsweise verbotene Messer, wie sogenannte Butterflys oder Springmesser. In 88 Fällen wurde eine "sonstige Stichwaffe" genutzt.
Mehr als ein Drittel der Straftaten - genau 1.201 - fallen in die Kategorie Körperverletzung; in knapp 300 Fällen blieb es allerdings beim Versuch. Zudem erfassten die Behörden 88 Tötungsdelikte mit dem Tatwerkzeug Stichwaffe, davon laut Innenminister Herbert Reul (CDU) mehr als 60 nicht vollendete. In nur einem Fall wurde dabei allerdings kein Messer genutzt, sondern eine "sonstige Stichwaffe". Für das gesamte Jahr 2022 hatte die Polizei in NRW insgesamt 5.081 Fälle mit dem Tatmittel "Stichwaffe" erfasst. In 4.191 Fällen wurde ein Messer als Tatmittel eingesetzt.

Bewaffnung unter Jugendlichen zu beobachten
Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, betont: "Es ist wichtig, bei Messerkriminalität vor die Lage zu kommen." Laut dem Gewerkschafter sei zu beobachten, dass es in der Bevölkerung zu einer Bewaffnung komme, weil offenbar das Sicherheitsgefühl gelitten hat. "Das beobachten wir beispielsweise auch bei den steigenden Zahlen für Kleine Waffenscheine", sagt Rettinghaus. "Wer eine Waffe oder ein Messer zückt, der droht es aber auch einzusetzen oder die Situation noch weiter eskalieren zu lassen."

Zudem sei eine Bewaffnung mit Messern auch bei Jugendlichen zu beobachten. Laut Rettinghaus beispielsweise als Statussymbol. "Zudem gibt es Kreise, in denen das Mitführen von Messern einen gewissen Stellenwert hat." Wichtig sei hier, präventiv zu arbeiten. "Wir müssen Aufklärungsarbeit in den Schulen leisten und alle Stationen erreichen, die an der Erziehung von

Kindern und Jugendlichen beteiligt sind", fordert Rettinghaus - und mahnt: "Leider fehlt es uns - wie so oft - an Geld und Personal."
"Messerattacken gehören zur Tagesordnung"

Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP Landtagsfraktion in NRW, betont: "Es ist nicht hinnehmbar, dass fatale Messerattacken in NRW mittlerweile zur Tagesordnung gehören." Der Innenminister müsse das Problem schnellstmöglich in den Griff bekommen. "Wir brauchen sofort mehr wirksame Prävention gegen Messergewalt in NRW. Die Täter sind fast ausschließlich Männer und oft sehr jung." Es brauche ein "Sofortprogramm", etwa auch in Jugendtreffs oder Sportvereinen."Überall dort, wo die Jugendlichen erreicht werden können, muss die klare Botschaft vermittelt werden: Ein Messer zu tragen ist nicht cool oder männlich." Lürbke fordert zudem "mehr Konsequenz und schnellere Verfahren". "Täter müssen die Konsequenzen ihrer Tat schnell und mit der Härte des Rechtsstaates spüren. Verfahren dauern in NRW aber aufgrund der Überlastung der Justiz viel zu lange oder werden viel zu häufig eingestellt", mahnt der Innenexperte.

Rheinische Post RP+ Artikel v. 20.10.2023

https://rp-online.de/nrw/panorama/duesseldorf-sorge-vor-ausschreitungen-bei-demos-am-wochenende_aid-99817921

Pro-palästinensische Versammlungen in NRW Sorge vor Ausschreitungen bei Demos am Wochenende

Düsseldorf · **Wegen pro-palästinensischer Demonstrationen ist die NRW-Polizei in erhöhter Alarmbereitschaft. Die größte Versammlung findet in Düsseldorf statt. Ein Erlass regelt das polizeiliche Vorgehen – was da genau drinsteht.**

Von Christian Schwerdtfeger Chefreporter/Leiter Reporterteam

Angesichts einer möglichen israelischen Bodenoffensive im Gazastreifen infolge des Terrorangriffs auf Israel blicken die nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden mit Sorge auf die geplanten pro-palästinensischen Demonstrationen im Land am Wochenende. **„Besonders in Düsseldorf, wo mehr als 2000 Demonstranten am Samstag erwartet werden, droht wegen der aufgeheizten Stimmung in der Community möglicherweise eine Eskalation“, sagte der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus, unserer Redaktion. „Die Polizei stellt das vor eine extrem große Herausforderung, weil die Verläufe solcher Veranstaltungen völlig unberechenbar und auch abhängig von den Geschehnissen im Nahen Osten sind“, betonte Rettinghaus.**

Allein in NRW hat es bis zum Donnerstag schon 99 Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Krieg gegeben; davon seien 55 als pro-israelisch mit rund 7200 Teilnehmern einzuordnen gewesen und 44 als pro-palästinensisch mit etwa 3400 Teilnehmern, so das NRW-Innenministerium. Am Wochenende folgen in vielen NRW-Städten weitere Kundgebungen und Demonstrationen. Die größte findet am Samstag in der Landeshauptstadt statt. Aber auch in Köln am Sonntag, wo zeitgleich auch noch das Hochsicherheitsspiel zwischen dem 1. FC Köln und Borussia Mönchengladbach stattfindet, steht die Polizei vor Schwerstarbeit. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) deutete an, dass die NRW-Polizei wegen des hohen Einsatzgeschehens eventuell Unterstützung von Polizeikräften anderer Bundesländer benötige.

Die Polizei befindet sich wegen der angespannten Sicherheitslage in erhöhter Alarmbereitschaft. In einem Erlass des NRW-Innenministeriums, der an alle Kreispolizeibehörden ergangen ist und den unsere Redaktion vorliegen hat, ist der polizeiliche Einsatz bei Versammlungen geregelt, die im Kontext der Terroranschläge gegen Israel stehen – insbesondere geht es um pro-palästinensische Kundgebungen. „Bei anlassbezogenen Gewalttätigkeiten ist konsequent einzuschreiten“, heißt es in dem Erlass. Dabei seien alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung auszuschöpfen. Weiter heißt es, dass die Bereitschaftspolizeien verstärkte Kräfte bereitzuhalten haben – mit „unverzüglicher Einsatzfähigkeit und sofortiger Abmarschbereitschaft“.

Auch Reul sagte, dass die Düsseldorfer Polizei einen intensiven Arbeitstag vor sich habe. „Wir können Demonstrationen, die uns nicht passen, nicht verhindern. Aber wir

müssen dafür sorgen, dass sie geordnet ablaufen“, erklärte Reul. Die Veranstalter hätten klare Leitplanken bekommen, die Spielregeln seien auch jedem bekannt. „Ich erwarte, dass sich jeder daran hält“, sagte Reul. „Allen, die an den Demos teilnehmen, muss zweifelsohne klar sein, wie sie sich zu verhalten haben: friedlich und gesittet. Die Polizei begleitet diese Versammlungen sehr eng, wachsam und zieht Chaoten und Hetzer aus dem Verkehr. „Das demokratische Recht der Versammlungsfreiheit für Straftaten und Stimmungsmache zu missbrauchen, funktioniert bei uns nicht.“ Die Polizistinnen und Polizisten vor Ort würden konsequent gegen diejenigen vorgehen, die das Versammlungsrecht für Hass, Hetze und Gewalt missbrauchen wollten.

„Wir gehen davon aus, dass es die bisher die größte Pro-Palästina-Demo in NRW sein wird. Wenn es nötig ist, wird die Polizei konsequent einschreiten – das soll jeder wissen“, sagte auch Michael Maatz, stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW. „Wir haben in Berlin erleben müssen, dass Pro-Palästina-Demos in Gewalt umgeschlagen sind und zahlreiche Kolleginnen und Kollegen verletzt wurden. Da sind rasche und deutliche Strafen durch die Justiz gefordert“, forderte Maatz.
In einer rechtlichen Einschätzung des NRW-Innenministeriums, die ebenfalls an alle Kreispolizeibehörden versandt worden ist, heißt es, dass das Zeigen der palästinensischen Fahne bei Versammlungen nicht strafbar sei und nicht verboten werden könne. Strafbar sei aber das Zeigen der Flagge der Hamas. „Wenn diese Fahne öffentlich in einer Versammlung verwendet wird, dann liegt regelmäßig eine Strafbarkeit vor“, heißt es in dem Schreiben. Auch das „Freude-Zeigen“ über die Ermordung von Israelis oder das Verschleppen von Geiseln könne einen Straftatbestand darstellen und verboten werden.

„Rheinische Post“ (online) vom: 25.10.2023: https://rp-online.de/nrw/panorama/terrorverdacht-duisburg-wer-ist-der-islamist-tarik-s_aid-100137103

Nach Festnahme wegen Anschlagsverdacht in Duisburg
Tarik S. – er nannte sich „Osama, der Deutsche“

Duisburg · Der 29-Jährige soll geplant haben, mit einem LKW in eine Menschenmenge auf einer Pro-Israel-Demo zu fahren. Ein SEK konnte ihn am Dienstagabend überwältigen, seitdem sitzt er in U-Haft. Er hatte offenbar eine Kontaktperson im Ausland. Wer ist der Mann, über den die Sicherheitsbehörden eine lange Akte vorliegen haben?

Foto: Mike Michel

Von Christian Schwerdtfeger - Chefreporter/Leiter Reporterteam

Als Tarik S. von der Polizei am Dienstag vor seiner Wohnung in Duisburg abgeführt wird, trägt der junge Mann eine dunkelgrüne Windjacke. Die Kapuze ist über seinen Kopf gezogen, tief ins Gesicht – womöglich will er nicht direkt erkannt werden. Denn der 29-Jährige ist kein Unbekannter. Er fiel den Sicherheitsbehörden nicht erst durch seinen am Dienstag bekanntgewordenen mutmaßlichen Anschlagsplan, mit einem Lkw in eine Pro-Israel-Versammlung zu fahren, auf. Schon seit vielen Jahren wird er als islamistischer Gefährder geführt. Seine polizeiliche Akte ist lang – unter anderem kämpfte er für den „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien. „Es ist traurig, dass so einer überhaupt frei in Deutschland herumlaufen durfte“, kritisiert Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW.

Wer ist Tarik S.? Eigentlich kommt er aus Westfalen, genauer gesagt aus Bielefeld und Herford. Dort hat er sich vor mehr als zehn Jahren zunächst als radikaler Sprücheklopfer in der islamistischen Szene einen Namen gemacht. Er taucht damals im Dunstkreis des in der salafistischen Szene sehr bekannten Prediger Pierre Vogel auf. Er gerät auf den Radar der Sicherheitsbehörden. 2013, während der Hochphase der Terrororganisation „Islamischer Staat“, zieht es ihn nach Syrien, wo er sich dem IS anschließt, er wird bewaffneter Kämpfer.
In Syrien soll er den Namen „Osama al Almani“ getragen haben – Osama, der Deutsche. Bilder zeigen ihn damals im Internet schwer bewaffnet – mit Machete und Kalaschnikow. In den sozialen Netzwerken ruft Tarik S. zu der Zeit dazu auf, Ungläubige zu ermorden und in Deutschland Anschläge zu begehen. Dabei zeigt er sich auch in einem Video neben einem enthaupteten Opfer – und verhöhnt es.

Als er 2016 nach Deutschland zurückkehrt, wird er direkt bei seiner Ankunft am Frankfurter Flughafen festgenommen. Ein Jahr später wird er vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf im Hochsicherheitsprozess-Saal zu fünf Jahren Jugendhaft wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Er habe umfassend gestanden und eingeräumt, sich dem IS angeschlossen zu haben, hieß es damals vonseiten des Gerichts. Wie sein Weg nach seiner Verurteilung bis nach Duisburg konkret verlaufen ist, wird nun intensiv ermittelt.

Gegen Tarik S. ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf

Der Mann soll eine Attacke auf eine Pro-Israel-Demo in Nordrhein-Westfalen geplant haben – mutmaßlich mit einem Lkw, zu dem er Zugang hatte. Ob Tarik S. bereits eine konkrete Veranstaltung ins Auge gefasst hatte, ist noch nicht bekannt. Der Hinweis zu dem geplanten Anschlag soll von einem ausländischen Geheimdienst gekommen sein.

Spezialkräfte der Polizei haben Tarik S. in seiner Wohnung in diesem Gebäude in Duisburg am Dienstag festgenommen.
Foto: dpa/M. Weber

„Wir haben im Lauf der Nacht infolge erweiterter Erkenntnislage das Verfahren übernommen“, sagte ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf unserer Redaktion. „Es wird jetzt weiter überprüft und ausgewertet und dann über den Fortgang des Verfahrens entschieden.“ Tarik S. sitzt inzwischen in Untersuchungshaft. „Wir ermitteln aufgrund des Anfangsverdachts zur Begehung eines Verbrechens. Es gibt Hinweise darauf, dass dieser Tatbestand erfüllt sein könnte. Das wird jetzt weiter überprüft“, sagte der Sprecher. „Nach unserer bisherigen Erkenntnislage handelt es sich bei einer Kontaktperson des Beschuldigten nicht um eine weitere im Bundesgebiet aufhaltende Person“, so der Sprecher. Nach Informationen unserer Redaktion soll sich diese Person in dem Gebiet aufhalten, wo sich der Beschuldigte während seiner Zeit beim „Islamischen Staat“ aufhielt – mutmaßlich in Syrien.

„Rheinische Post“ (online) vom: 25.10.2023: https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/duisburg-islamist-soll-anschlag-auf-pro-israel-demo-geplant-haben_aid-100123479

SEK-Einsatz in Duisburg
Islamist soll Anschlag auf Pro-Israel-Demo geplant haben – Ermittlungen eingeleitet

Update | *Duisburg* · Ein Spezialeinsatzkommando hat am Dienstagabend ein Haus in Duisburg gestürmt. Ein 29-jähriger Islamist soll einen Anschlag geplant haben. Der Mann ist den Behörden bekannt, er war 2013 nach Syrien gereist.

Von Daniel Brodhuhn, Christian Schwerdtfeger und Mike Michel

Die Polizei hat am Dienstagabend einen Mann in Duisburg festgenommen. Es soll sich dabei um den 29 Jahre alten Tarik S. handeln, einen einschlägig vorbestraften Islamisten. „Bild“-Zeitung und „Der Spiegel“ hatten zuerst über den Fall berichtet.

Der Mann soll eine Attacke auf eine Pro-Israel-Demo in Nordrhein-Westfalen geplant haben – mutmaßlich mit einem Lkw, zu dem er Zugang hatte. Ob Tarik S. bereits eine konkrete Veranstaltung ins Auge gefasst hatte, ist noch nicht bekannt. Der Hinweis zu dem geplanten Anschlag soll von einem ausländischen Geheimdienst gekommen sein.

„Wir haben im Lauf der Nacht infolge erweiterter Erkenntnislage das Verfahren übernommen“, sagte ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf unserer Redaktion. „Es wird jetzt weiter überprüft und ausgewertet und dann über den Fortgang des Verfahrens entschieden.“ Tarik S. sitzt inzwischen in Untersuchungshaft. „Wir ermitteln aufgrund des Anfangsverdachts zur Begehung eines Verbrechens. Es gibt Hinweise darauf, dass dieser Tatbestand erfüllt sein könnte. Das wird jetzt weiter überprüft“, sagte der Sprecher. „Nach unserer bisherigen Erkenntnislage handelt es sich bei einer Kontaktperson des Beschuldigten nicht um eine weitere im Bundesgebiet aufhaltende Person“, so der Sprecher. Nach Informationen unserer Redaktion soll sich diese Person in dem Gebiet aufhalten, wo sich der Beschuldigte während seiner Zeit beim „Islamischen Staat“ aufhielt – mutmaßlich in Syrien.

Der als Hochrisiko-Gefährder bekannte Duisburger soll unter anderem in Chats geschrieben haben, dass er als Märtyrer sterben wolle. Außerdem soll er angekündigt haben, bei jenem Anschlag möglichst viele Menschen verletzen und töten zu wollen. Offensichtlich hatte auch der jüngste islamistische Terroranschlag von Brüssel Einfluss auf den Duisburger Gefährder.
Die Ermittler nahmen den Hinweis der Geheimdienst-Quelle offenbar so ernst, dass ein Spezialeinsatzkommando der Essener Polizei an der Wohnadresse des Mannes in der Duisburger Innenstadt sofort zuschlug. Nach der Festnahme am Dienstagabend durchsuchten die Ermittler die Wohnung von Tarik S. und suchten nach Beweisen für die Anschuldigungen.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagte unserer Redaktion: „Der Fall zeigt, dass ein Anschlag in Deutschland jederzeit

möglich ist. Wir müssen den ausländischen Geheimdiensten danken für die Zusammenarbeit. Es kann nicht sein, dass ein als Gefährder bekannter Mann so frei hier herumlaufen kann. Da brauchen wird ganz dringend gesetzliche Änderungen.“

Ein Spezialeinsatzkommando der Polizei hat am Dienstag einen mutmaßlichen Islamisten in Duisburg in seiner Wohnung festgenommen.
Foto: Mike Michel

Tarik S. ist den Behörden seit Jahren als Dschihadist bekannt. Er kommt ursprünglich aus der entsprechenden Szene in Herford. Ende 2013 war der Islamist über die Türkei nach Syrien gereist, schloss er sich der Terrorgruppe IS an. Der heute 29-Jährige war im Alter von 23 Jahren schon einmal wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft im IS verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verhängte damals eine Jugendstrafe von fünf Jahren.

(dab/csh)

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23695426_Bielefelder-Islamist-Tarik-S.-in-Haft-das-sagen-Experten-zur-Terrorgefahr-in-NRW.html

Neue Westfälische NW+ Artikel:

Mögliche Anschlagspläne Bielefelder Islamist Tarik S. in Haft - das sagen Experten zur Terrorgefahr in NRW

Der Bielefelder Islamist soll einen Anschlag geplant haben. Experten sehen eine erhöhte Gefährdungslage. Der Schutz von Weihnachtsmärkten rückt in den Fokus.

Ingo Kalischek 26.10.2023 | Stand 26.10.2023, 09:39 Uhr Lukas Brekenkamp

Bielefeld/Duisburg. Nach der Festnahme eines Islamisten in Duisburg, der einen Anschlag geplant haben soll, warnt NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) vor islamistischem Terror. „Wir sind sicher in NRW. Trotzdem besteht eine abstrakte Gefahr.“ Man müsse immer damit rechnen, dass ein Einzeltäter zuschlagen könne, so Reul.
Der 29-jährige Islamist Tarik S., der aus Bielefeld stammt, soll laut Sicherheitsbehörden einen Anschlag geplant haben. Er informierte sich demnach über pro-israelische Veranstaltungen als ein mögliches Ziel. Bei einer Durchsuchung wurden Datenträger sichergestellt, deren erste Auswertung den Verdacht erhärtete. Die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf ermittelt.

Auch Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, warnt vor einer „großen latenten Anschlagsgefahr“, die die Festnahme von Tarik S. verdeutliche. „Auch, wenn die Behörden solche Einzeltäter auf dem Schirm haben, kann er sich noch immer im Verborgenen zu solchen Anschlägen bereiterklären.“

Zahl der Gefährder rückläufig

Insgesamt geht die Zahl der islamistischen Gefährder in NRW bereits seit Jahren zurück. Damit gemeint sind Personen, denen die Sicherheitsbehörden einen Anschlag zutrauen. Waren es 2019 noch 229, sind es in diesem Jahr laut NRW-Innenministerium 183. Sicherheitsbehörden warnen jedoch, dass sich die Zahl sehr schnell verändern könne.

Christian Dahm, Vize-Fraktionschef der SPD im Landtag, fordert mehr Schutzmaßnahmen. „In Anbetracht der aktuellen Sicherheitslage müssen öffentliche Veranstaltungen wie Weihnachtsmärkte und Demonstrationen wieder besonders geschützt werden“, sagt der Politiker und Polizist aus Herford dieser Zeitung. Als Beispiele nennt Dahm Zufahrtssperren und erhöhe Polizei-Präsenz.

Warnung vor Einzeltätern

Rettinghaus versichert mit Blick auf die anstehenden Weihnachtsmärkte: „Der Schutz der Veranstaltungen steht bei uns ganz weit oben.“

Terrorismus-Experte Peter Neumann hatte erst kürzlich gegenüber dieser Redaktion vor Anschlägen gewarnt, die durch Einzeltäter begangen werden. Vor allem in der islamistischen Szene, aber auch etwa im Rechtsextremismus, habe man zuletzt solche Beobachtungen gemacht. "Die Gefahr von strukturierten islamistischen Organisationen ist zwar nicht verschwunden, hat aber nachgelassen", urteilte Neumann. Zwar könne man sich zu einer Terrororganisation bekennen, müsse dieser aber nicht mehr formal angehören. Man beobachte mittlerweile zudem oft, dass die Täter islamistisch motivierter Anschläge oft psychisch auffällig seien.

https://rp-online.de/nrw/panorama/tarik-s-duisburg-angewiesen-auf-auslaendische-geheimdienste_aid-100238477

***Nach Festnahme von Tarik S. in Duisburg* - Die deutsche Abhängigkeit von ausländischen Geheimdiensten**

Duisburg/Düsseldorf · **Im Fall Tarik S. kam der entscheidende Hinweis wieder von einem ausländischen Geheimdienst. NRW-Innenminister Herbert Reul wünscht sich, dass deutsche Dienste künftig auch solche Informationen generieren.**

26.10.2023

Von Christian Schwerdtfeger Chefreporter/Leiter Reporterteam

Nach der Festnahme des 29-jährigen Gefährders Tarik S. in Duisburg, der einen Anschlag auf eine pro-israelische Veranstaltung geplant haben soll, wird Kritik an den deutschen Nachrichtendiensten laut. Denn der entscheidende Tipp kam in dem Fall wieder von einem ausländischen Geheimdienst. „Der wichtige Hinweis kam aus dem Ausland, und wir sind froh dass die Kollegen und Kolleginnen im Ausland über Grenzen hinweg so gut zusammenarbeiten“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). „Ich wünsche mir allerdings, dass wir auch mal diejenigen sind, die Hinweise geben und nicht nur bekommen“, betonte Reul.

Die Abhängigkeit von ausländischen Geheimdiensten in der Terrorismusbekämpfung kommt gerade in NRW immer wieder zum Tragen. Beispielsweise auch im Fall des vereitelten Anschlags auf eine Synagoge in Hagen vor drei Jahren kamen die entscheidenden Hinweise von einem befreundeten ausländischen Partnerdienst. Im aktuellen Fall erhielten die NRW-Sicherheitsbehörden den Hinweis, die dann das weitere Vorgehen eng mit dem gemeinsamen deutschen Antiterrorzentrum abstimmten.

„Wir haben großes Glück gehabt, dass offenbar ein verheerender Anschlag in Nordrhein-Westfalen verhindert wurde. Es ist gut, dass die internationale Zusammenarbeit der Geheimdienste diesbezüglich offensichtlich funktioniert hat“, sagte SPD-Innenexpertin Christina Kampmann. Wir müssen gleichwohl auch überlegen, wie wir unsere eigenen Möglichkeiten bei der Terrorabwehr weiter verbessern können. Wir werden diesen Vorfall und seine Hintergründe im Innenausschuss deshalb thematisieren“, sagte sie weiter.

Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW, sagte dass der Krieg gegen Israel auch unverkennbar die Gefahren durch islamistischen Terror in NRW erhöhe. „Die islamistischen Gefährder an Rhein und Ruhr sind dabei vielfach keine Unbekannten für die Sicherheitsbehörden. Der Rechtsstaat darf sich von radikalen Islamisten nicht auf der Nase herumtanzen lassen“, so Lürbke. „Wir brauchen dringend spürbar mehr Personal und Ressourcen für Polizei und Verfassungsschutz. Ohne wird es nicht gehen, die bereits geplanten Kürzungen von CDU und Grünen bei der Sicherheit im Landeshaushalt verbieten sich“, betonte Lürbke. Statt wie der NRW-Innenminister immer mehr Befugnisse zu fordern, müsse Schwarz-Grün die Polizei und Verfassungsschützer vielmehr verlässlich in die Lage

versetzen, „dass der vorhandene rechtsstaatliche Instrumentenkoffer im Kampf gegen Terror auch konsequent angewendet werden kann“, so der FDP-Innenexperte.

Zur Diskussion über eine bessere Ausstattung der deutschen Dienste sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, dass auch eine bessere Vernetzung der Behörden nötig wäre „Verfassungsschutz und Polizei müssen noch viel enger zusammenarbeiten. So aber macht sich der Staat bei der aktuellen Sicherheitslage und einer ständig latenten Anschlagsgefahr selbst schwach und blind“, betonte Rettinghaus. Denn immer öfter würden Zusammenhänge zwischen Islamismus und der politisch motivierten Kriminalität erkannt. „Der Verfassungsschutz hat aber weder eine Zugriffspflicht noch ein Zugriffsrecht im polizeirechtlichen Sinne. Und den Polizeibehörden ist es aufgrund des Legalitätsprinzips (Strafverfolgungszwang) nur bedingt möglich, eine Struktur des Islamismus dauerhaft zu beobachten“, so Rettinghaus.

Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, lobte die ausländischen Dienste. „Ich finde es wichtig, dass internationaler Terrorismus auch international bekämpft wird. Und darum ist es wichtig, dass die internationale Zusammenarbeit gut funktioniert – und das hat der Fall in Duisburg bewiesen“, sagte Mertens. „Wenn die deutschen Geheimdienste auch solche Informationen generieren sollen, dann muss man die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Herr Reul könnte eine entsprechende Gesetzesinitiative für den Bundesrat auf den Weg bringen“, so Mertens.

https://rp-online.de/nrw/panorama/israel-flagge-in-nrw-gestohlen-zerstoert-oder-verbrannt_aid-100600573 (01.11.2023)

Lage in NRW nach Terrorangriff auf Israel Immer mehr Israel-Fahnen gestohlen, zerstört oder verbrannt

Düsseldorf · **Fast täglich wird in NRW an einem Rathaus eine Israel-Flagge attackiert. Welche Städte schon betroffen sind, wann die Täter zuschlagen und wie viele Fälle es seit dem 7. Oktober gegeben hat.**

und Neue Westfälische NW+ Artikel daher unten der Text:

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23700238_Experten-warnen-Bedrohung-durch-Cyberangriffe-in-NRW-so-hoch-wie-nie.html

Hackerangriff in Südwestfalen Experten warnen: Bedrohung durch Cyberangriffe in NRW so hoch wie nie

Ein Angriff auf einen IT-Dienstleister zeigt erneut, wie bedroht die Cybersicherheit in NRW ist. Experten warnen vor den Kriminellen - und sehen Handlungsbedarf.

Lukas Brekenkamp

Bielefeld. Durch eine Cyberattacke auf den Dienstleister Südwestfalen-IT ist die Arbeit Dutzender Kommunen in dieser Region und dem Ruhrgebiet massiv gestört. In der Nacht zu Sonntag hatte das Unternehmen den Angriff entdeckt, betroffen sind demnach 72 Kommunen. Das NRW-Innenministerium schätzt die Bedrohungslage im Cyberraum derweil als "so hoch wie nie" ein, berichtete ein Sprecher.
Wegen der Tragweite der Cyberattacke leitet die bei der Staatsanwaltschaft Köln angesiedelte Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) NRW die Ermittlungen. Um herauszufinden, wer hinter dem Angriff stecke, analysiere man in einem ersten Schritt die eingeschleuste Schadsoftware, sagte Sprecher Christoph Hebbecker. Ob die Cyberkriminellen Lösegeld erpressen wollen, blieb derweil offen.

Das ist in solchen Fällen allerdings oft der Fall. **Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, berichtet: "Cyberattacken haben drastisch zugenommen. Von vielen erfährt man allerdings nichts." Etwa, weil sie gar nicht erst bemerkt oder gemeldet werden. In den meisten Fällen gehe es um Lösegeld. Andere Fälle seien dagegen politisch motiviert oder haben Destabilisierung als Ziel.**

"Cyber-Cops" werden ausgebildet

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte dieser Redaktion: "Wir müssen im Cyberraum genauso für Sicherheit sorgen, wie auf der Straße. Dafür sind die Sicherheitsbehörden in NRW gut aufgestellt, aber da geht noch mehr, um es mit Bedrohungen im Cyberraum aufzunehmen. Wir dürfen und werden da nicht nachlassen."

In NRW haben sich verschiedene Einrichtungen auf Cybersicherheit spezialisiert; sie sind etwa beim Landeskriminalamt, beim Verfassungsschutz oder im Innenministerium angesiedelt. Die Polizei bildet mittlerweile "Cyber-Cops" aus. "Die Polizei muss zwingend mit den stetig neuen Herausforderungen und Bedrohungsfeldern im Netz Schritt halten. Deshalb ist es so wichtig, dass wir jetzt – zusätzlich zu den bereits gewonnenen Spezialisten – selbst damit anfangen, Cyberkriminalisten auszubilden", betonte Minister Reul.

"Wir brauchen eine echte 'Firewall-Offensive' für NRW"

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Marc Lürbke, sieht vor allem die schwarz-grüne Landesregierung in der Pflicht. Sie müsse "dringend nachsteuern und unseren Sicherheitsbehörden mit mehr Ressourcen und Personal umgehend den Rücken stärken", sagte der Paderborner Politiker. Kürzungen, wie von CDU und Grünen im Landeshaushalt beschlossen, dürfe es nicht geben. "Wir brauchen das Gegenteil: Wir brauchen eine echte 'Firewall-Offensive' für NRW mit mehr IT-Experten, besserer Ausstattung und mehr Ressourcen gegen Cyberangriffe."
Für Christina Kampmann, innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in NRW, zeigt der aktuelle Hackerangriff derweil, "wie wichtig IT-Sicherheit für Kommunen ist". Die Politikerin aus Bielefeld sagt weiter: "Damit die Sicherheitsarchitektur auch mit der zunehmenden Digitalisierung von Verwaltungsleistungen Schritt halten kann, ist es wichtig, auch kleinere Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, sich bestmöglich zu schützen." Das Land NRW stehe in der Verantwortung, Unterstützung zu organisieren und Kommunen und

deren IT-Dienstleister bei der Abwehr von Cyberattacken schnelle Hilfe zukommen zu lassen.

Rasanter Anstieg von Cyberangriffen

Wie lange die betroffenen NRW-Kommunen unter dem Angriff leiden werden, ist derzeit noch nicht abzuschätzen. "Erfahrungsgemäß können die Einschränkungen von einigen Tagen bis hin zu mehreren Monaten reichen", sagte ZAC-Sprecher Hebbecker. Experten und Ermittler beobachten zurzeit einen rasanten Anstieg von Cyberangriffen weltweit vor allem mit Erpressungssoftware. Nach Angaben einer Studie des Versicherungskonzerns Allianz ist die Zahl der Ransomware-Angriffe allein im ersten Halbjahr 2023 um die Hälfte gestiegen. Einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom zufolge wurden binnen eines Jahres gut die Hälfte aller Unternehmen ab zehn Mitarbeitern mit Ransomware angegriffen.
"Es gibt kein hundertprozentig sicheres System", sagte ZAC-Sprecher Hebbecker. Die Hoffnung, dass die Urheber des Angriffs zur Rechenschaft gezogen werden, ist allerdings klein: "Die Identifizierungsquote ist extrem gering – geschätzt liegt sie im einstelligen Prozentbereich", so der Ermittler. Noch geringer sei der Anteil der Cyberkriminellen, denen schließlich der Prozess gemacht werden könne.
Anfragen dieser Redaktion zur Cyber-Sicherheitslage in der Region Ostwestfalen blieben bei mehreren Kommunen sowie einem IT-Dienstleister ohne Antwort.

„Welt“ (online) vom 07.11.2023: „So reagiert der Bundestag auf Demos von Judenhassern und Kalifatsjüngern“ - https://www.welt.de/politik/deutschland/article248375218/Antisemitismus-So-reagiert-der-Bundestag-auf-Demos-von-Judenhassern-und-Kalifatsjuengern.html

Von **Kristian Frigelj**
Korrespondent

Antisemitische Eskalationen und Aufrufe, ein Kalifat hierzulande zu gründen: Gegen solche islamistischen Umtriebe auf deutschen Straßen fordern Parteien und Polizeigewerkschafter eine harte Linie. Mit Bezug auf die Demo in Essen spricht NRW-Innenminister Reul (CDU) von „unfassbaren Szenen“.

Auf Ordnungs- und Sicherheitsbehörden steigt der Druck, härter gegen sogenannte propalästinensische Demonstrationen vorzugehen. Politiker und Polizeigewerkschafter forderten am Wochenende schärfere Auflagen bis hin zu Verboten. Auslöser waren Demonstrationen mit mehreren Zehntausend Menschen in verschiedenen Städten, bei den es teilweise zu physischen Bedrohungen und verbalen antisemitischen Eskalationen gekommen war.
In Berlin kamen nach Polizeiangaben an die 9000 Menschen zusammen. Bei einem Marsch blieben Teilnehmer vor einem Starbucks-Café stehen und bedrohten die Gäste mit

aggressiven Rufen – „Shame on you“ (Schämt euch) – und spuckten gegen die Schaufenster. Der Gründer des Kaffeeunternehmens Starbucks ist Jude.

Einige Demonstranten bestiegen den Neptunbrunnen vor Berlins Rotem Rathaus und zeigten die Palästinenser-Fahne.

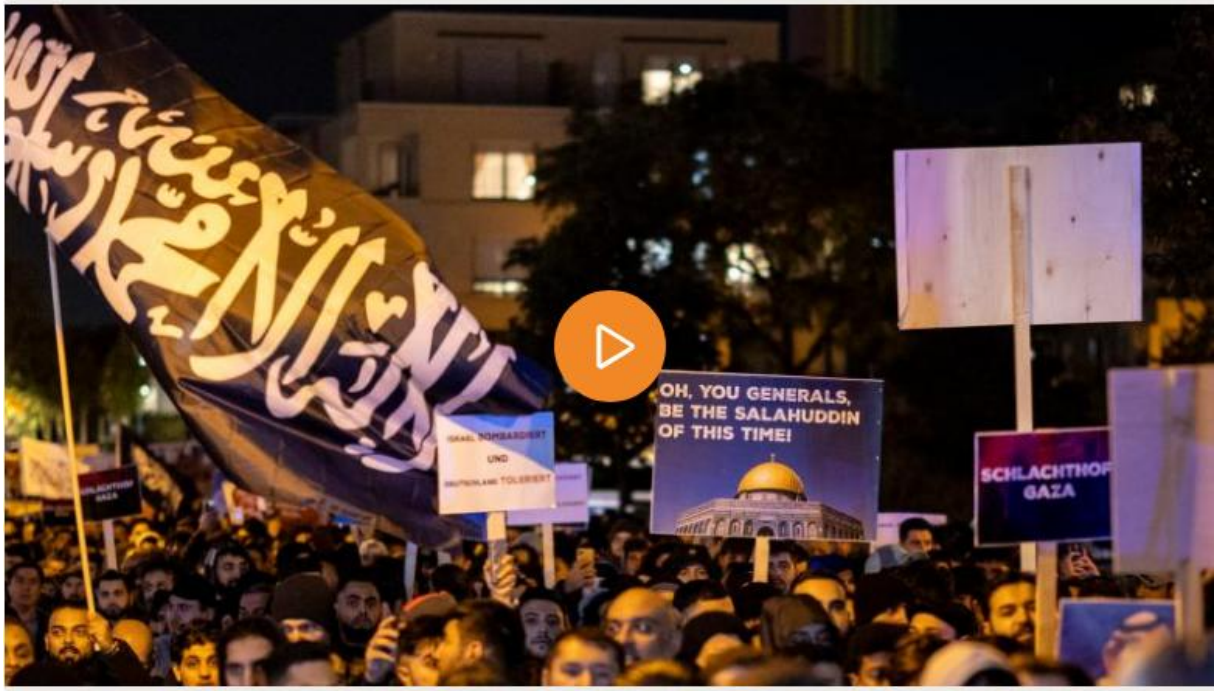
In Nordrhein-Westfalens Landeshauptstadt Düsseldorf kamen etwa 17.000 Menschen zusammen, und in Essen gingen 3000 Menschen auf die Straße, darunter auch islamistische Extremisten, die die Einführung des Kalifats forderten, für die Vernichtung Israels skandierten und Flaggen der verbotenen Organisation „Hizb ut-Tahrir“ schwenkten. Die Essener Polizei sprach davon, die Demo sei womöglich nur vorgeschoben worden, um eine „islamreligiöse Versammlung“ durchzuführen.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) sieht darin eine neue Qualität: „Am Freitag waren auf Essens Straßen Menschen unterwegs, die radikal islamistisches Gedankengut verbreiten und ein streng religiöses Reich errichten wollen. Solche unfassbaren Szenen haben wir in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal erlebt“, erklärte Reul auf WELT-Anfrage.

Polizei, Staats- und Verfassungsschutz würden auf Hochtouren arbeiten, um weiteres Bild- und Tonmaterial der Essener Demo zu prüfen und zu bewerten. „Alles, was ansatzweise strafrechtlich relevant sein könnte, legen wir der Staatsanwaltschaft zur Prüfung vor. Dazu haben wir auch Islamwissenschaftler der Polizei hinzugezogen. Der Staatsschutz in Essen hat nach dem Anfangsverdacht einer Volksverhetzung bereits eine Strafanzeige gestellt“, betonte Reul. Der NRW-Innenminister kündigte an, man werde das Versammlungsrecht des Landes „noch einmal genau unter die Lupe nehmen“. Zudem wolle man „den Bund auffordern, Verbote weiterer hier relevanter islamistischer Vereinigungen zu prüfen“.

Islamisten-Aufmarsch in Essen – getrennt nach Geschlechtern. Auf dem Schild wird das „Kalifat“ gefordert
Quelle: dpa/Christoph Reichwein

Islamistische Banner auf Essener Kundgebung – Polizei schaut zu



Laut Polizei meldete eine Privatperson den Protest an. Für die Hizb ut-Tahrir-Bewegung gibt es seit 2006 ein Betätigungsverbot. Die Verbindung spricht dem Staat Israel das Existenzrecht ab und fordert, Regierungen islamisch geprägter Staaten zu stürzen und durch ein Kalifat zu ersetzen.

Quelle: WELT

Auch die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, reagierte alarmiert: „Antisemitischer Hass, gewaltvolle Ausschreitungen, sowie islamistische Parolen und Symbole auf unseren Straßen und Plätzen sind vollkommen inakzeptabel.“ Die nun erlassenen Betätigungsverbote gegen Hamas und Samidoun müssten „konsequent durchgesetzt und die bestehenden Strukturen zerschlagen werden. Auch mit Blick auf andere islamistische Organisationen wie dem Islamischen Zentrum in Hamburg und den iranischen Revolutionsgarden müssen endlich Konsequenzen folgen“, so Mihalic. Für die Herausforderungen müssten Bund und Länder ihre Polizeien gut ausstatten.

FDP-Fraktionsvize Konstantin Kuhle betonte gegenüber WELT, niemand dürfe das Grundrecht der Versammlungsfreiheit „missbrauchen, um Terror und Gewalt zu unterstützen, antisemitische Parolen zu verbreiten oder Straftaten zu begehen. Deswegen müssen die Behörden die Versammlungslage genau im Auge behalten und dürfen nicht erst einschreiten, wenn es zu spät ist.“ Bei entsprechenden Erkenntnissen müssten „alle versammlungsrechtlichen Möglichkeiten bis hin zum Verbot einer Versammlung“ ausgenutzt werden. „Werden am Rande von Versammlungen Straftaten begangen, so müssen bei Menschen ohne deutschen Pass auch alle ausländerrechtlichen Maßnahmen bis hin zur Ausweisung ausgenutzt werden“, so Kuhle.
Auch die Union sieht akuten Handlungsbedarf. „Dass Extremisten auf unseren Straßen ein Kalifat ausrufen und offenen Judenhass zeigen, muss Konsequenzen haben.“ Es brauche „jetzt nicht nur eine konsequente, sondern vor allem eine schnelle Antwort des Rechtsstaates“, erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU). „Wer die Existenz Israels in Zweifel zieht, ist in Deutschland fehl am Platz. Fest steht: In der Migrationspolitik dürfen wir uns nicht länger von Naivität

leiten lassen. Auch hier erweist es sich als großer Fehler, dass die Bundesregierung bis heute nicht zu einem ‚Pakt für den Rechtsstaat 2.0' bereit ist."

Für den AfD-Abgeordneten Martin Hess sind die Demos „das Resultat einer langen Reihe von migrationspolitischen Fehlentscheidungen der Regierung. Unser Versammlungsrecht wird nicht erst seit dem Hamas-Angriff auf Israel von Islamisten für ihre staatsfeindlichen Machtdemonstrationen missbraucht." Seine Forderung: „Um die Bevölkerung und die Einsatzkräfte zu schützen, müssen diese vermeintlichen Pro-Palästina-Demos grundsätzlich verboten werden." Das Versammlungsrecht in den Ländern müsse gegebenenfalls entsprechend angepasst werden, und diese Verbote müssten dann konsequent durchgesetzt werden, „notfalls mit Zwangsmitteleinsatz".
Die Fraktionen von SPD und Linkspartei reagierten jeweils nicht auf eine WELT-Anfrage.

„Rechtsstaat darf sich das nicht gefallen lassen"

Aus den Polizeigewerkschaften GdP und DPolG kamen Forderungen nach weiteren Auflagen und Verschärfungen. „Die Versammlungsbehörden müssen bezüglich der als propalästinensisch angemeldeten Demonstrationen noch restriktiver verfahren", sagte GdP-Bundeschef Jochen Kopelke dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Angesichts des enormen Kräfteverschleißes bei uns Polizisten darf es keine großen Aufzüge geben, sondern nur noch stationäre kleine Kundgebungen."

Der NRW-Landeschef der DPolG, Erich Rettinghaus, warnte, es gebe bei den Versammlungen eine gewisse Dynamik, und es werde ausgelotet, wie weit man gehen könne. „Das darf sich der Rechtsstaat nicht gefallen lassen, und er muss klare Grenzen ziehen. Ein robustes, konsequentes und von der Politik gewolltes Einschreiten ist erforderlich", so Rettinghaus.

Am Sonntagnachmittag zeigte sich Berlin nach WELT-Informationen von einer anderen Seite: Auf dem Kurfürstendamm fand eine Demonstration in Solidarität mit Israel statt. Die Stimmung war fröhlich, einige Teilnehmer tanzten.

Solidarität mit Israel: Demonstration auf dem Berliner Kurfürstendamm. Neben ausgelassener Stimmung wird auch die alte Iran-Flagge aus Zeiten des Schahs (hinten rechts) gezeigt
Quelle: AFP/ODD ANDERSEN

Nach Geiselnahme am Hamburger Airport: Sind unsere Flughäfen in NRW gut genug gesichert?

Düsseldorf · **Nach dem Ende der Geiselnahme am Hamburger Flughafen werden Forderungen nach mehr Sicherheit laut. Der Flughafen Düsseldorf will prüfen, wie die Tore zum Gelände besser geschützt werden können.**

06.11.2023

Hier der Link zum Artikel:

https://rp-online.de/nrw/panorama/nach-vorfall-in-hamburg-nrw-fordert-haertere-regeln-fuer-flughaefen_aid-100957663

Von Reinhard Kowalewsky, Claudia Hauser, Anna Kirsten und Jan Drebes

Nachdem ein Geiselnehmer am Flughafen Hamburg auf das Rollfeld gelangt ist und den Flughafen mehr als 18 Stunden lang lahmgelegt hat, fordert NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) eine Verschärfung des Luftsicherheitsgesetzes. „Die Bundesinnenministerin muss das Luftsicherheitsgesetz überarbeiten und anpassen“, erklärt er gegenüber unserer Redaktion.
„Wir haben jetzt innerhalb von wenigen Monaten mehrere Vorfälle gesehen, in denen Flughäfen lahmgelegt wurden. Teilweise geschah dies durch einfaches Überklettern von Zäunen, teilweise wurde sich Zugang über andere Schwachstellen verschafft.“

Flughäfen gehörten aber „zur sicherheitsrelevanten Infrastruktur“, wie Krischer sagt. Die Alarmierungskette hätte zwar offenbar in allen Fällen funktioniert. Trotzdem seien die Attacken nicht verhindert worden. „Wir müssen uns die Schwachstellen genau anschauen“, sagt Krischer. Dazu zählten auch die Zugänge zum Flughafengelände. „Hier reicht eine einfache Schranke nicht aus und diese Regelung ist auch nicht mehr zeitgemäß.“ Krischer fordert, die Sicherheitsmaßnahmen bundesweit zu erhöhen: „Und dafür brauchen wir eine klare gesetzliche Vorgabe des Bundes.“
Konkret meint Krischer, die Regeln für den Schutz des Sicherheitsbereiches müssten klarer sein. Bisher wird nach allgemeinen gesetzlichen Regeln vom Flughafenbetreiber ein „Luftsicherheitsprogramm“ formuliert, das dann von der Luftsicherheitsbehörde geprüft und genehmigt wird. Die Genehmigung wird erteilt, wenn die gesetzlichen Vorgaben (Europarecht und nationales Recht) beachtet werden. Das Luftsicherheitsprogramm ist als „Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und unterliegt der Geheimhaltung.

Kein Flughafen in NRW behauptet, ein Vorfall wie in Hamburg sei völlig undenkbar, alle teilen aber mit, unbedingte Sicherheit für Fluggäste habe eine hohe Priorität, die gesetzlichen Regeln würden selbstverständlich eingehalten. „Alle Flughäfen inklusive der NRW-Flughäfen sind nicht sicher genug“, meint hingegen Heinrich Großbongardt, Branchenexperte und früherer Pressechef von Boeing in Deutschland. Er sagt: „Frankfurt und München als Airports, aber auch viele Industrieanlagen sind besser geschützt als die meisten Flughäfen in Deutschland.“
Besonders beunruhigt muss der Airport Düsseldorf als führender Flughafen von NRW sein. Am 13. Juli hatten Aktivisten der Gruppe „Letzte Generation“ sich zeitweise auf dem Rand des Rollfeldes festgeklebt, zwei Flüge wurden umgeleitet, 48 Verbindungen wurden ganz gestrichen. Der Vorfall war sehr ärgerlich, aber es war nicht so, dass die Aktivisten einfach unentdeckt über die Zäune geklettert wären, was ja das relativ einfache Kapern von Jets durch Terroristen als theoretische Möglichkeit bedeuten würde. „Unsere Prozesse und Alarmsysteme haben gut funktioniert, die Sicherheit des Flugbetriebs war zu jeder Zeit gewährleistet“, sagte Airportchef Lars Redeligx damals.

Nun erklärt der Flughafen, das Sicherheitskonzept werde „unabhängig von konkreten Ereignissen in enger Abstimmung mit den Behörden regelmäßig überprüft und aktualisiert.“ Ein Sprecher sagt: „Der aktuelle Vorfall in Hamburg bestärkt uns darin, uns proaktiv mit den Behörden zu unserem Sicherheitskonzept auszutauschen. Dabei werden auch Maßnahmen untersucht, um den Schutz an den Toren weiter zu erhöhen.“ Die Zäune rund um den Airport sind 13 Kilometer lang.

Vom Flughafen Köln/Bonn heißt es, das Sicherheitskonzept werde kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig von den Aufsichtsbehörden überprüft. „Es umfasst eine Vielzahl ineinandergreifender Schutzmaßnahmen, die sämtliche gesetzliche Anforderungen und internationale Sicherheitsstandards erfüllen“, wie ein Sprecher sagt. „Zudem überprüft und optimiert der Flughafen fortlaufend seine Schutzmechanismen und Sicherheitsvorkehrungen, sei es durch technische Verbesserungen, bauliche Maßnahmen oder personelle Anpassungen.“
Der Flughafen Weeze erklärt, wegen des Vorfalles in Hamburg würden „die Sicherungsmaßnahmen in Abstimmung mit den Behörden“ überprüft. Die Details des Sicherheitskonzeptes seien geheim, aber es gehe über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Der Zaun rund um den Airport sei zwölf Kilometer lang, aber im Falle des Falles seien „Alarmketten“ installiert, um schnell handeln zu können.

Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) fordert verstärkte Maßnahmen. „Der Fall in Hamburg zeigt, dass es möglich ist, in sensible Bereiche vorzudringen“, sagt Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der DPolG. „Wir werden uns sämtliche Zugänge genau anschauen müssen und die Sicherheitskonzepte überarbeiten – das wird bundesweit nötig sein, aber gerade auch kleinere Flughäfen sind da jetzt in der Pflicht“, sagt Rettinghaus. Dennoch: Vor Einzeltätern, die völlig irrational handelten, sei man nie gefeit. „Eine 100-prozentige Sicherheit gibt es in diesem Bereich nicht – wer will, findet einen Weg“, sagt Rettinghaus. „Die Frage ist nur: Wie schwer macht man es ihm?“ Er sieht auch den Staat in der Pflicht, den Flughafenbetreibern Optimierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. „Wir haben gerade jetzt weiterhin in allen Bereichen eine latente Anschlagsgefahr – da sind die Flughäfen natürlich besonders sensibel, das bleibt auch erst mal so.“

Die Bundesregierung begrüßt auf Anfrage hin, dass der Flughafen Hamburg seine Sicherheit nun erhöhen wolle. Die Bundesregierung sei aber nicht unmittelbar zuständig für die Airports. Ein Sprecher des Bundesverkehrsministeriums sagt: „Wir nehmen jeden Sicherheitsvorfall und jede mögliche Gefährdung sehr ernst. Zu allen Sicherheitsfragen sind wir regelmäßig und im konkreten Fall im Austausch mit den zuständigen Landesbehörden, der Luftverkehrswirtschaft sowie dem für den Schutz kritischer Infrastrukturen zuständigen BMI. Dabei werden die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen im Hinblick auf alle Gefährdungslagen kontinuierlich überprüft.“

Nach den Vorfällen am Wochenende werden Forderungen nach neuen Sicherheitsstandards für kritische Infrastruktur auch aus Berlin laut. Deutschland dürfe „in Sachen Sicherheitsstandards nicht weiter blauäugig durch die Welt gehen“, sagte Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unserer Redaktion. „Ich erwarte von der Bundesregierung und vor allem von Bundesinnenministerin Faeser, dass nun unverzüglich gemeinsam mit den Ländern Konzepte geprüft und überarbeitet werden“, sagte Throm. In dem Zusammenhang müssten auch Ausstattung und Kompetenzen der Sicherheitsbehörden diskutiert werden. Flughäfen seien unter Sicherheitsaspekten besonders sensibel, sagte auch Andrea Lindholz, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, auf Anfrage.

Die derzeitigen Sicherheitsvorgaben für Flughäfen würden dabei offensichtlich nicht ausreichen. „Frau Faeser muss nun umgehend diese Vorgaben prüfen und der Bedrohungslage anpassen“, sagte Lindholz. „Man muss in Deutschland fliegen können, ohne Angst um Leib und Leben haben zu müssen“, so die CSU-Politikerin. Auch Irene Mihalic, parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, forderte mit Blick auf die Geschehnisse in Hamburg eine Analyse, „inwiefern da etwas grundsätzlich verbessert werden muss“, sagte Mihalic unserer Redaktion.

RP+ Artikel Rheinische Post vom 16.11.2023

https://rp-online.de/nrw/panorama/weihnachtsmaerkte-in-nrw-schutzkonzepte-fuer-groesstmoegliche-sicherheit_aid-101402483

Weihnachtsmärkte in NRW

So hoch sind dieses Jahr die Schutzmaßnahmen

Düsseldorf · **Poller-Anlagen als Schutz an den Zufahrten, hohe Polizeipräsenz und zivile Fahnder: Die Weihnachtsmärkte in Nordrhein-Westfalen sollen bestmöglich geschützt werden. Die Lage wird für jede Stadt und jeden Weihnachtsmarkt immer wieder neu bewertet.**

Von Claudia Hauser - Reporterin

Die Sicherheitsmaßnahmen auf den Weihnachtsmärkten in Nordrhein-Westfalen werden in diesem Jahr hoch sein. Städte, Veranstalter und Polizeibehörden stehen im engen Austausch und haben bei ihren Planungen immer auch aktuelle, weltpolitische Ereignisse wie den Nahost-Konflikt im Blick.
Auch wenn den nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden aktuell keine Erkenntnisse aus den Bereichen der politisch motivierten Kriminalität vorliegen, aus denen sich eine konkrete Gefährdung für Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Advents- und Weihnachtszeit ableiten lässt, seien „spontane Aktionen oder Straftaten möglich“, wie es aus dem Innenministerium an die Polizeibehörden heißt. Denn: „Veranstaltungen anlässlich des Weihnachtsfestes stellen im Allgemeinen aufgrund ihrer Symbolik für christliche Werte und Prägung ein ideologisch geeignetes Ziel für islamistisch motivierte Täterinnen und Täter dar.“ In Arbeitsgruppen des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums steht die Polizei NRW laut Innenministerium im engen Kontakt mit allen relevanten Behörden des Bundes und der Länder zum Austausch über die aktuellen Entwicklungen im Phänomenbereich islamistischer Terrorismus.

Die Adventszeit ist in diesem Jahr kurz und dauert nur 22 Tage – im vergangenen Jahr waren es 28. Viele Weihnachtsmärkte haben deshalb schon vor dem Totensonntag geöffnet, in Duisburg wird der Weihnachtsmarkt etwa am Donnerstag, 17. November, eröffnet. In Düsseldorf und Köln geht es am 23. November los. Mit fünf Millionen Besuchern rechnet man dort allein auf dem Markt am Kölner Dom. Schon seit den islamistisch motivierten Terroranschlägen in den Jahren 2015 und 2016 gibt es in den meisten Innenstädten Poller-Anlagen, die verhindern sollen, dass Lastwagen oder Autos auf Veranstaltungsflächen gelangen können. An der Düsseldorfer Königsallee gibt es in diesem Jahr zusätzliche Zufahrt-Schutzmaßnahmen, wie ein Polizei-Sprecher mitteilt. Verstärkte Fußstreifen und „deutlich sichtbare Präsenzpunkte der Polizei“ auf den Weihnachtsmärkten sollen das Sicherheitsgefühl der Besucher stärken. „Wir haben über Jahre die Erfahrung gemacht, dass die Menschen sich wohl fühlen, wenn die Polizei sichtbar ist“, sagt der Sprecher.

Mit Blick auf Taschendiebe werden in den NRW-Städten auch Zivilkräfte verstärkt eingesetzt. In Duisburg wird die Kriminalprävention mit einem Stand auf dem

Weihnachtsmarkt präsent sein, um Besucher über die Tricks der Taschendiebe aufzuklären. Auch in Dortmund wird es eine mobile Wache geben. „Zu bereits bewährten Sicherheitskonzepten wird auch in diesem Jahr ein aktualisiertes Verkehrsleit- und Sperrkonzept angewandt“, sagt eine Sprecherin der Dortmunder Polizei. „Dieses besteht aus mobilen und stationären Sperrungen, die rund um die Veranstaltungsflächen aufgestellt sind, um die Dortmunder Weihnachtsstadt zu sichern.“ Aus Mönchengladbach heißt es: „Die Polizei-Präsenz wird sich sichtbar für Bürgerinnen und Bürger erhöhen.“ Alle eingesetzten Kräfte seien vor dem Hintergrund der Gefährdungslage sensibilisiert.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte unserer Redaktion: „Nichts spricht dagegen, auch dieses Jahr Weihnachtsmärkte zu besuchen.“ Auch wenn die Zeiten schonmal ruhiger waren, dürfe uns das nicht daran hindern, „gesellig zu sein und so weiter zu leben wie wir es kennen“, wie Reul sagt. Er versichert: „Unsere Polizei hat die Märkte im Blick. Aber hier wie überall gilt: Absolute Sicherheit kann es nie geben.“

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, sagt: „Die Lage wird für jede Stadt und jeden Weihnachtsmarkt immer wieder neu bewertet, jeden Tag.“ Die Schutzmaßnahmen seien überall hoch, die Präsenz werde angepasst, wo es möglich und notwendig sei. „Und trotzdem ist es so, dass wir weiterhin eine ständige, latente Anschlagsgefahr haben.“ Eine besondere Gefahr gehe von Einzeltätern aus, die sich im Verborgenen radikalisierten und unter dem Rader der Sicherheitsbehörden bleiben. „Das ist die große, unberechenbare Größe, die wir haben“, sagt Rettinghaus. „Man kann nur versuchen, Sicherheit bestmöglich herzustellen – und das tun wir.“

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Mertens, betont: „Es kommt uns in diesen Tage zugute, dass wir schon vor einigen Jahren gute Sicherheitskonzepte aufgestellt haben.“ In diesem Jahr werde auch besonders darauf geachtet, welche jüdischen Einrichtungen in der Nähe von Weihnachtsmärkten sind, so Mertens. „Die haben dann auch in der Adventszeit noch einmal eine besondere Schutzaufmerksamkeit.“
Gerade rund um Weihnachten und Silvester müssen die Sicherheitsbehörden auch vermehrt Hinweisen aus der Bevölkerung nachgehen, wie es heißt, etwa zu angeblichen Gefährdungslagen oder Bedrohungen, aber auch Aufrufen zu Aktionen und Straftaten. „Die Ernsthaftigkeit wird immer einzelfallbezogen überprüft, um potenzielle Gefährdungen nach Möglichkeit rechtzeitig zu erkennen und entsprechend zu intervenieren“, wie es aus dem Ministerium heißt.

„Rheinische Post“ (online) vom 30.11.2023: „Zwei Festnahmen – Jugendliche Islamisten sollen Anschlag in Leverkusen geplant haben“ – Link: https://rp-online.de/nrw/panorama/weihnachtsmarkt-leverkusen-islamisten-sollen-anschlagt-geplant-haben_aid-102413145

Zwei Festnahmen - Jugendliche Islamisten sollen Anschlag in Leverkusen geplant haben

***Update | Köln* · Um einen möglichen islamistischen Terroranschlag in Leverkusen zu vereiteln, hat die Polizei in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zwei Jugendliche festgenommen. NRW-Innenminister Herbert Reul gab am Abend weitere Einzelheiten bekannt.**

Zwei jugendliche Islamisten sollen einen Anschlag in Leverkusen geplant haben. (Symbol, Archiv)

Foto: Miserius, Uwe (umi)

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Die Sicherheitsbehörden haben zwei junge Islamisten festgenommen, die möglicherweise einen Anschlag verüben wollten. Wie der WDR zuerst berichtete, sollen die beiden einen Weihnachtsmarkt oder eine Synagoge als mögliches Ziel ausgewählt haben. Über ihre Pläne sollen sich die beiden mutmaßlichen Islamisten im Nachrichtendienst Telegram ausgetauscht haben, wie Sicherheitskreise unserer Redaktion bestätigten. Demnach sollte der Anschlag in Leverkusen stattfinden. In einem Video ruft der Telegram-Nutzer nach unseren Informationen aus

Sicherheitskreisen zum Jihad auf und kündigt einen Anschlag an. Er nennt auch ein konkretes Datum: Freitag, 1. Dezember.

Die Sicherheitsbehörden wurden auf das Video und die beiden aufmerksam. Bei den beiden mutmaßlichen Islamisten handelt es sich noch um Minderjährige: einen 15-jährigen Deutsch-Afghanen aus Burscheid und einen 16-jährigen Russen aus Brandenburg. Die beiden sollen am Dienstag festgenommen worden sein.

Der 16-Jährige wird in Brandenburg als sogenannte relevante Person geführt. Er soll Sympathisant der Terrororgansiation Islamischer Staat sein und geplant haben, nach NRW zu reisen und sich an dem Anschlag zu beteiligen. Wegen des Verbreitens von Propagandamaterialien soll der 16-Jährige bereits polizeilich bekannt sein.

Die ermittelnde Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf teilte mit, dass Haftbefehl wegen der Planung eines terroristisch motivierten Anschlags erlassen worden sei. „Das Amtsgericht Leverkusen hat in einem Ermittlungsverfahren der Zentralstelle Terrorismusverfolgung Nordrhein-Westfalen bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf gegen einen 15-jährigen Beschuldigten aus dem Rheinisch-Bergischen-Kreis, der am 28. November 2023 anlässlich der Durchsuchung seiner Wohnanschrift vorläufig festgenommen worden ist, einen Haftbefehl wegen des Verdachts der Planung und Vorbereitung eines terroristisch motivierten Anschlages erlassen“, heißt es in der Mitteilung.
NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) erklärte zur Festnahme des 15-Jährigen in Burscheid: „Der junge Mann hat in einer Chatgruppe über Anschlagspläne geschrieben. Man hat sich auf einen ganz konkreten Anschlagsplan für einen Weihnachtsmarkt verständigt. Wir haben aus dem Ausland einen Hinweis über eine mögliche Anschlagsplanung einer Person aus NRW erhalten. Wir haben dann sofort mit allen Sicherheits- und Justizbehörden des Landes abgestimmt und alle notwendigen Schritte eingeleitet“, sagte Reul. „Die Person, die aus NRW kommt, konnte schnell ermittelt und identifiziert werden. Es wurden Beweismittel wie elektronische Datenträger sichergestellt. Das zuständige Jugendamt wurde miteingebunden“, erklärte Reul, und er fügte hinzu: „Der islamistische Terror ist nicht weg. Es gibt keine absolute Sicherheit. Die abstrakt hohe Gefahr kann jederzeit konkret werden. Wir müssen unsere Augen offenhalten – auch was unsere Weihnachtsmärkte angeht. Trotzdem muss man nicht Angst haben, auf Weihnachtsmärkte zu gehen. Die Sicherheitsbehörden sind wach, gut vernetzt und tauschen Informationen schnelle untereinander aus“, sagte Reul.

„Was mich an den Fall ganz besonders beunruhigt, ist, dass wieder ein sehr junger Täter dabei genannt wird. Das hängt vielleicht damit zusammen, dass junge Menschen auch viel im digitalen Raum unterwegs sind und sich dort in sozialen Netzwerken austauschen“, so Reul weiter.
Der Konflikt im Nahen Osten habe Auswirkungen auf NRW. „Die Gefährdungslage in Deutschland durch islamistischen Terror hat zugenommen“, so Reul. Allgemein gilt die Sicherheitslage in NRW derzeit als angespannt. NRW-Verfassungsschutzchef Jürgen Kayser hatte erst vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, dass eine abstrakte Anschlagsgefahr durch Einzeltäter besteht, die sich blitzschnell radikalisieren. Auch der Bundesverfassungsschutz warnte am Mittwochmorgen vor einer hohen Anschlagsgefahr in Deutschland.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, erklärte: „Der Fall zeigt, dass unsere Sicherheitsbehörden wachsam sind und schnell zugreifen können. Gleichzeitig zeigt der Fall aber auch, wie hoch die Anschlagsgefahr ist. Sie ist angesichts der Weltlage derzeit so hoch wie noch nie“, sagte Rettinghaus.

Der Leiter der Direktion Kriminalität bei der Polizei Köln, Michael Esser, nahm am Abend Stellung zur Sicherheit auf Weihnachtsmärkten und an jüdischen Einrichtungen: „Wir haben die Ermittlungen im vorliegenden Fall in Köln geführt und den Jugendlichen aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse festgenommen. Aktuell ergeben sich aus dem Verfahren keine Hinweise, die für eine Neubewertung der aktuellen Sicherheitslage sprechen.“ Die Polizei sei „sehr wachsam“ und stehe im ständigen Austausch mit den Sicherheitsbehörden in Land und Bund und tue alles, um die Bevölkerung zu schützen. „Der aktuelle Fall zeigt, dass das Frühwarnsystem erneut funktioniert hat“, sagte Esser. „Der hohe Schutz der Bevölkerung hat für uns oberste Priorität.“
Hinweis der Redaktion: Dieser Artikel wurde mehrmals überarbeitet. In einer vorherigen Version dieses Artikels haben wir die Stadt Köln unter Berufung auf Meldungen des WDR und des Tagesspiegels als mutmaßlich geplanten Anschlagsort genannt. Diese Stelle haben wir inzwischen angepasst. Nach Informationen unserer Redaktion sollte der mutmaßliche Anschlag in Leverkusen stattfinden.

(csh/hsr)

„Rheinische Post“ (online) vom 01.12.2023: „Anschlagsplan auf Weihnachtsmarkt in Leverkusen – Islamisten wollten offenbar mit Kleinlaster und Explosion Menschen töten“ – Link: https://rp-online.de/nrw/panorama/weihnachtsmarkt-in-leverkusen-jugendliche-islamisten-planten-anschlag_aid-102469337

***Leverkusen* · Die beiden islamistischen Jugendlichen hatten laut Generalstaatsanwaltschaft vor, Besucher eines Weihnachtsmarktes in Leverkusen zu töten. Nach der Tat wollten sie aus Deutschland ausreisen und sich dem „Islamischen Staat“ anschließen.**

Islamisten wollten einen Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Leverkusen verüben.
Foto: Uwe Miserius

Von Christian Schwerdtfeger und Bernd Bussang

Nach dem mutmaßlich vereitelten Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Leverkusen sind die Sicherheitsbehörden in NRW weiter in erhöhter Alarmbereitschaft. „Wir haben aufgrund der derzeitigen Spannungslage ein erhöhtes Risiko für Anschläge – insbesondere auf Weihnachtsmärkte und jüdische Einrichtungen, weil sie stark im öffentlichen Fokus stehen“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. Die Pläne der potenziellen Einzeltäter wie im aktuellen Fall seien perfide. „Es gibt leider aktuell viele junge Personen im Land, die sich aufgrund der Lage im Nahen Osten dazu berufen fühlen, etwas dagegen zu machen. Das ist ein großes Sicherheitsproblem “, betonte Rettinghaus.

Die Sicherheitsbehörden hatten am Dienstag zwei Minderjährige in Burscheid und in Brandenburg vorläufig festgenommen, weil sie im Verdacht stehen, einen Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Leverkusen geplant zu haben. Bei den in NRW festgenommen Jugendlichen handelt es sich um einen 15-jährigen Deutsch-

Afghanen, der vorher nicht polizeilich bekannt war. Auf die Spur war der Bundesverfassungsschutz den beiden durch einen Hinweis eines befreundeten ausländischen Geheimdienstes gekommen.

Die ermittelnde Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf teilte am Donnerstag mit, dass nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis die beiden Beschuldigten letztlich vereinbart hätten, mittels einer durch Brennstoffe erzeugten Explosion eines Kleinlasters Anfang Dezember Besucher eines Weihnachtsmarktes in Leverkusen zu töten. „Entsprechend der Tatplanung will der Beschuldigte sich bereits Benzin verschafft haben. Im Anschluss soll die Absicht bestanden haben, gemeinsam auszureisen, um sich der ausländischen terroristischen Vereinigung "Islamischer Staat – Provinz Khorasan" anzuschließen“, so die Anklagebehörde. Zudem seien elektronischer Speichermedien sichergestellt worden.

Nach Informationen unserer Redaktion aus Sicherheitskreisen sollen die bestehenden Sicherheitsvorkehrungen für die Weihnachtsmärkte vorerst nicht weiter verschärft werden. Nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben alle Polizeibehörden in Ländern und Bund mit Blick auf die angespannte Sicherheitslage mehr Personal, bessere technische Sperren und polizeiliche Fähigkeiten im Zusammenhang mit Weihnachtsmärkten organisiert und bereitgestellt. „Der intensive Austausch unter den Sicherheitsbehörden führt zu einer Vielzahl an Hinweisen und Informationen, die derzeit durch die Staatsschutzbehörden bewältigt werden müssen“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke.

(csh)

„NW Nachrichten“ (online) vom 01.12.2024: „Anschlag verhindert: Wie sicher sind die Weihnachtsmärkte in OWL?“: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23723669_Anschlag-verhindert-Wie-sicher-sind-die-Weihnachtsmaerkte-in-OWL.html

Zwei Islamisten sollen einen Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in NRW geplant haben. Die Sicherheitsvorkehrungen stehen auf dem Prüfstand, sind nach Ansicht der Behörden aber bereits enorm.

Die Polizei ist mit vielen Kräften auf den Weihnachtsmärkten in OWL, teils auch in zivil. | © David Young

Von Lukas Brekenkamp

Bielefeld. Sicherheitsbehörden und Experten warnen vor einer erhöhten Gefahr durch islamistischen Terror in Deutschland. Erst vor wenigen Tagen wurden zwei Teenager festgenommen, die einen möglichen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Leverkusen vorbereitet haben sollen. Während die Sicherheitslage immer mehr in den Fokus rückt, stellt sich die Frage: Wie sicher sind unsere Weihnachtsmärkte? Die beiden islamistischen Jugendlichen (15 und 16) aus dem Raum Leverkusen bzw. Brandenburg sollen in einer Chatgruppe über die Anschlagspläne diskutiert haben. „Es wirkte sehr konkret“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). Gegen die beiden Teenager wurde mittlerweile Haftbefehl erlassen.

„Wir müssen die Augen offen halten, auch was unsere Weihnachtsmärkte angeht“, fügte Reul hinzu. Die abstrakte Gefahr durch islamistischen Terror besteht laut Einschätzung der Behörden bereits seit Jahren. Der Verfassungsschutz warnte erst in dieser Woche, dass der Nahostkonflikt diese Gefahr noch erhöht habe. „Der Konflikt ist auch in den Köpfen der Menschen, die hier leben“, sagte Reul dazu. „Trotzdem muss man keine Angst haben, auf Weihnachtsmärkte zu gehen.“

Abstrakte Terrorgefahr nicht erst seit jüngsten Ereignissen

Die Sicherheitsvorkehrungen auf den Weihnachtsmärkten in Ostwestfalen-Lippe sind derweil – wie bereits seit Jahren – hoch. Die abstrakte Gefahr durch islamistischen Terror, die seit Jahren bestehe, werde dabei immer berücksichtigt, heißt es von der Polizei Bielefeld. „Und wir bewerten die Situation fortlaufend neu“, so die Polizei-Sprecherin. Aktuell seien die Vorkehrungen allerdings nicht verstärkt worden. Auch in Minden werden die Maßnahmen laut eines Sprechers anhand regelmäßiger Lagebewertungen angepasst.

In Gütersloh betonte ein Polizeisprecher, man habe sich personell intensiv auf die Weihnachtszeit vorbereitet. In Paderborn verwies ein Sprecher auf erhöhte Sicherheitsvorkehrungen rund um den diesjährigen Weihnachtsmarkt, etwa was Sicherheitspersonal, bauliche Maßnahmen wie Betonblöcke oder Wassertanks sowie Polizeipräsenz angehe. „Dass es eine abstrakte Bedrohung gibt, ist unstrittig. Die gibt es aber nicht erst seit den jüngsten Ereignissen“, betonte der Sprecher. Ähnliches betonte ein Sprecher der Polizei Lippe. Zwar haben die jüngsten Verhaftungen zu keiner Verschärfung der Maßnahmen geführt, man sei aber schon seit Jahren intensiv auf die Weihnachtsmärkte vorbereitet.

Polizeigewerkschaft fordert KI-Videoüberwachung

Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagte: „Das Sicherheitsrisiko durch mögliche Anschläge ist hoch, wir haben die Sicherheitskonzepte daher noch mehr im Fokus.“ Polizeiliche Maßnahmen und Vorkehrungen erfolgten ortsangepasst. „Ein Weihnachtmarkt in Köln oder Düsseldorf ist anders als in einem ländlich gelegenen Städtchen“, erklärte Rettinghaus.

Der Polizeigewerkschafter betonte, dass man die Vorkehrungen kaum mehr erhöhen könne: „Mehr geht eigentlich nicht, wir sind schon in der höchsten Stufe.“ Möglich sei zum Beispiel noch die Hilfe von Videoüberwachung mit einer Software mit künstlicher Intelligenz. Diese könne auffällige Personen anhand ihrer Handlungen erkennen und darauf aufmerksam machen. Solche Systeme gebe es bereits in verschiedenen Ländern.

„Schutz vor Terrorakten nie vollständig“

Aus NRW-Sicherheitskreisen heißt es, man bewerte die Sicherheitslage auf den Weihnachtsmärkten stetig neu. Es herrsche eine hohe Sensibilisierung. Und: „Es liegt an der aktuellen Zeit, dass Weihnachtsmärkte als mögliche Anschlagsziele in den Fokus rücken.“

Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, sagte dieser Redaktion: „Die Städte nehmen die Terrorwarnungen der Behörden sehr ernst.“ Weil die Menschen sich auf den Weihnachtsmärkten sicher fühlen wollen, werden die Sicherheitsmaßnahmen „regelmäßig überarbeitet und an aktuelle Gefährdungen angepasst“, berichtete Dedy weiter. So sei es mittlerweile üblich, die Veranstaltungen durch Poller und mobile Barrieren zu schützen.

Dedy betonte: „Trotz des hohen Aufwandes kann der Schutz vor Terrorakten nie vollständig sein. Wir können und wollen die Innenstädte nicht zu Festungen umbauen.“ Sie seien offene Räume für alle Menschen oder Orte der Begegnung. „Das ist der typische Charakter der Stadt. Diesen wollen wir erhalten“, sagte er. „Deshalb werden die Sicherheitsvorkehrungen sehr genau abgewogen. Denn zur Sicherheit in der Stadt gehört auch, Wege für Rettungswagen, Polizei und Feuerwehr freizuhalten.“

„Rheinische Post“ (online) vom 07.12.2023: „Mobile Kamera-Anlagen für die Polizei – Weihnachtsmärkte in NRW könnten per Videoanlage überwacht werden“: https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/weihnachtsmaerkte-in-nrw-mobile-videoanlagen-fuer-mehr-sicherheit_aid-102790885

***Duisburg* · Die Polizei in NRW kann ab sofort auf mobile Videoanlagen zurückgreifen. Sie können in Kriminalitätsschwerpunkten eingesetzt werden. Denkbar ist aber auch ein Einsatz auf Weihnachtsmärkten.**

Foto: Panoramapilot

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen setzt zunehmend auf Videoüberwachung. Ab sofort stehen den 47 Kreispolizeibehörden des Landes zehn mobile Videoüberwachungsanlagen zur Verfügung, mit denen sie Kriminalitätsschwerpunkte temporär beobachten können. „Damit bekommt die Polizei die gewünschte Unterstützung“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). Angesichts der

aktuell angespannten Sicherheitslage nach einem mutmaßlich vereitelten Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Leverkusen können die Anlagen auch auf den Weihnachtsmärkten aufgestellt werden. „Grundsätzlich ist das möglich“, sagte Reul. Das müsse aber von Einzelfall zu Einzelfall geprüft werden.

Den Kreispolizeibehörden des Landes bleibt es selbst überlassen, eine der zehn mobilen Videoüberwachungsanlagen des Landesamtes für zentrale polizeiliche Dienste in Duisburg (LZPD) für einen Weihnachtsmarkt, einen Kriminalitätsschwerpunkt oder eine größere Versammlung zu beantragen – mit einem Konzept und entsprechender Begründung für den Einsatz. Die rechtliche Grundlage für die Videobeobachtung ist laut NRW-Innenministerium mit den Paragrafen 15 und 15a des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen gegeben. Zudem würden die Anlagen den Regelungen des Datenschutzes entsprechen.

Die Anlagen sind jeweils mit sechs Kameras (Full HD) ausgestattet. Die Bilder werden an die jeweiligen Polizeibehörden live übertragen, wo dafür geschulte Polizisten vor Monitoren sitzen, um die Livebilder auszuwerten. In Verdachtsfällen kann dann sofort eine Streife zum Ort des Geschehens geschickt werden. Die Geräte, die mit Brennstoffzellen betrieben werden, können zehn Tage ohne Stromzufuhr autark in Betrieb sein. Der Mast der Anlagen kann bis zu fünf Meter hoch ausgefahren werden – manuell mit Handkurbel. Auch gegen Attacken wie Vandalismus sind die Anlagen geschützt.

Angesichts des derzeit erhöhten Anschlagsrisikos hält Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, den Einsatz der mobilen Anlagen auf Weihnachtsmärkten für sinnvoll. „Natürlich müssen alle rechtlichen Gegebenheiten eingehalten werden. Durch die Videoüberwachung können wir Personen, die sich auf den Märkten für das geschulte Polizeiauge verdächtig verhalten, erkennen und entsprechend eingreifen“, so Rettinghaus.

Aus Polizeikreisen hieß es, dass ein Antrag für eine Videoüberwachung eines Weihnachtsmarktes aber sehr gut begründet werden müsste. „Wir haben nur zehn solcher Anlagen. Und Weihnachtsmärkte gibt es vermutlich Hunderte im Land. Die Geräte können also unmöglich überall stehen“, hieß es.

Rund anderthalb Jahre Entwicklungsarbeit stecken in der mobilen Videoanlage. Zurückgreifen konnten die Entwickler dabei auf Erkenntnisse der Polizei in Bonn, wo bereits vor vier Jahren zwei eigene mobile Videobeobachtungsanlagen gefertigt wurden. Einen ersten Härtetest gab es für die Anlagen im vergangenen Frühjahr in Duisburg, wo sie nach einer Schießerei im Rockermilieu auf einem Parkplatz temporär aufgestellt worden waren. „Die Anlagen sind eine Eigenproduktion der Polizei in Nordrhein-Westfalen, die passgenau und bedarfsgerecht flexibel Einsätze begleiten“, sagte Reul. „Wir brauchen die Technik, damit die Polizei für jeden Einsatz optimal ausgestattet ist.“

RP+ Artikel vom 06.12.23:

https://rp-online.de/nrw/panorama/geldautomaten-sprenger-in-nrw-mehr-als-tausend-taten-seit-2015_aid-102840033

Kriminalität in NRW
Juweliere Opfer von Automatensprengern

Düsseldorf · **Geldautomaten-Sprenger sind möglicherweise auch für Attacken auf Juweliere verantwortlich. Ermittler stellten an fünf Tatorten den gleichen Sprengstoff sicher. Wo es die meisten Sprengungen in diesem Jahr in NRW gab.**

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

In Nordrhein-Westfalen hat es Sprengstoffattacken auf Juweliere gegeben. Wie aus einer Auswertung des Landeskriminalamtes (LKA) für unsere Redaktion hervorgeht, stellten Ermittler bereits bei fünf brachialen Attacken auf Schmuck- und Uhrengeschäften in NRW die Art von Sprengstoff sicher, wie sie auch bei Angriffen auf die Geldautomaten eingesetzt wird. „Daran sieht man, dass die Geldautomaten-Sprenger offenbar erkannt haben, dass man auch woanders Beute machen kann“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Die Spirale der Gewalt dreht sich weiter. Vielleicht hängen die Angriffe auf die Juweliere auch damit zusammen, dass die Bankautomaten immer besser gesichert werden“, so Rettinghaus.
Während die Täter in den Jahren 2015 bis 2018 die Geldautomaten noch fast ausschließlich mit Gas sprengten, stellt das LKA seit dem Jahr 2019 vermehrt der Einsatz von Sprengstoff fest, weil die Banken ihre Automaten zum Teil besser sichern. „Auch in den Niederlanden wurde der Sprengstoff schon woanders eingesetzt“, hieß es aus Sicherheitskreisen.

Trotz hohem Ermittlungsdruck und intensiver Fahndungsarbeit wird in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich jeden zweiten bis dritten Tag ein Geldautomat gesprengt. In diesem Jahr gab es landesweit bereits 145 Fälle (davon 67 Versuche) wie aus einer LKA-Auswertung (Stand 22. November 2023) hervorgeht.
Bis zum Ende des Jahres dürften aber erfahrungsgemäß noch Fälle im zweistelligen Bereich hinzukommen, so dass sich die endgültige Zahl noch erhöhen wird. Damit hat es seit dem Jahr 2015 in NRW insgesamt 1164 Sprengungen von Geldautomaten gegeben. Die bislang meisten Sprengungen gab es mit 182 im vergangenen Jahr.

Und die Täter gehen immer rücksichtsloser vor. In mindestens 50 Fällen ließen die Kriminellen seit 2021 Sprengladungen zurück, die später von der Polizei entschärft werden mussten. Die meisten Fälle gab es in diesem Jahr im Zuständigkeitsbereich der Kreispolizeibehörde Borken, wo es zu 13 Sprengungen kam. Im Jahr davor gab es die meisten Sprengungen (19) noch im Rhein-Kreis Neuss. Festnehmen konnte die Polizei der LKA-Auswertung zufolge in diesem Jahr 26 Tatverdächtige. Die meisten Automaten werden zwischen 23 Uhr abends und 7 Uhr morgens gesprengt.

„Wir machen schon ganz viel gegen diese Sprengerbanden, aber wie bei jedem Kriminalitätsphänomen gilt auch hier: Die Summe unterschiedlicher Maßnahmen wird

am Ende Wirkung zeigen und das braucht auch Zeit“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion.
Bei den Sprengungen erlitten der Auswertung zufolge in den letzten beiden Jahren acht Anwohner einen Schock oder eine Rauchgasvergiftung, ein Polizist wurde bei der Festnahme eines Tatverdächtigen am Arm verletzt, und drei Tatverdächtige erlitten Beinverletzungen und Knochenbrüche. „Wer sprengt, gefährdet Leib und Leben. Das gilt für die Sprengung selbst als auch für die waghalsige Flucht danach. Diese Geldautomatensprenger frühstücken mit ihren Untaten oft einen ganzen Straftatenkatalog ab: Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion, Sachbeschädigung, Gefährdung des Straßenverkehrs und wenn es ganz schlimm kommt, Körperverletzung mit Todesfolge“, betonte Reul.

Die meisten kriminellen Sprenger kommen aus den Niederlanden, wo die Behörden das Problem – anders als in Deutschland – längst in den Griff bekommen haben, offenbar vor allem mittels eines Bargeldeinfärbesystems. Dieses macht die Geldscheine unbrauchbar, wenn ein Automat gesprengt wird, indem es die Banknoten einfärbt. „Dort haben sich seit der flächendeckenden Implementierung eines Bargeldeinfärbesystems inklusive künstlicher DNA die Fallzahlen seit 2016 um 90 Prozent reduziert“, sagte Rettinghaus.
Wie sich hingegen Juweliere konkret vor den Sprengattacken schützen könnten, ist nicht bekannt. „Früher wurden die Schaufenster mit Backsteinen eingeworfen, weswegen die Auslagen sicherer gemacht wurden – etwa mit dickeren Scheiben und Vergitterungen. Gegen Sprengstoff reicht das aber nicht“, heißt es aus Polizeikreisen.

RP + Artikel (12.12.2023):

https://rp-online.de/nrw/panorama/laut-bka-18-islamistische-anschlaege-verhindert-seit-2010_aid-103148571

Auswertung des Bundeskriminalamtes seit 2010: **So viele islamistische Anschläge wurden schon verhindert**

Düsseldorf · **Das Bundeskriminalamt warnt vor Einzelpersonen, die einen Anschlag begehen könnten. Wie viele islamistische Anschläge in Deutschland und in NRW seit 2010 schon verhindert wurden und wie oft die Hinweise aus dem Ausland kamen.**

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Die Sicherheitslage in Deutschland ist infolge der Terrorangriffe auf Israel seit Monaten angespannt. Der mutmaßlich vereitelte Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Leverkusen vor zwei Wochen durch zwei Minderjährige hat gezeigt, wie real die Gefahr ist. Häufig bekommt die Öffentlichkeit aber nichts mit, wenn ein Anschlag verhindert wurde. So geht aus einer Auswertung des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden für unsere Redaktion hervor, dass seit dem Jahr 2010 bundesweit 18 konkrete islamistische Anschläge verhindert werden konnten – neun davon in Nordrhein-Westfalen.

„Die Gefahr von islamistischen Anschlägen hat heute zugenommen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion. „Wir befinden uns in einer ernsthaften Bedrohungslage, die Polizei und Verfassungsschutz jeden Tag auf die Probe stellt – gerade in Nordrhein-Westfalen, wo so viele Menschen leben wie nirgends in Deutschland“, sagte Reul. Der BKA-Auswertung zufolge handelt es sich bei den neun in NRW vereitelten Anschlägen (die anderen siehe Infokasten) um einen geplanten Sprengstoffanschlag im Jahr 2011, ein geplantes Schusswaffenattentat (ebenfalls 2011), einen geplanten Sprengstoff- und Schusswaffenanschlag auf den Vorsitzenden der Partei Pro NRW (2013) und einen Sprengstoffanschlag gegen Bundeswehrsoldaten (2016/2017). Außerdem vereitelt wurden ein geplanter Anschlag mit Rizin in Köln (2018), Vorbereitungen für Anschläge insbesondere gegen eine Einzelperson (2019/2020), ein geplanter Schusswaffenanschlag in Duisburg oder im Raum Köln (2021), ein geplanter Sprengstoffanschlag auf eine Synagoge in Hagen (2021) und ein geplanter Anschlag auf Personen mittels toxischer Substanzen wie Rizin oder Cyanid (2023).

Darüber hinaus ist den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder laut BKA eine Vielzahl von Hinweisen auf mögliche islamistisch motivierte terroristische Anschlagsplanungen bekannt geworden. „Aufgrund behördlicher Maßnahmen konnten Planungen in diesen Fällen bereits in einem frühen Stadium unterbunden werden“, so das BKA. Diese Fälle seien daher nicht in die Zählung verhinderter Anschläge aufgenommen worden. Darunter dürfte sich auch der mutmaßlich verhinderte Anschlag auf den Leverkusener Weihnachtsmarkt befinden.

„Mit akribischer Ermittlungsarbeit und hartem Durchgreifen bei begründetem Verdacht konnten wir in der Vergangenheit Terroranschläge verhindern“, sagte Reul mit Blick auf die BKA-Liste. „Jeder vereitelte Anschlag zeigt, dass wir einem sehr gut funktionierenden Sicherheitsapparat haben, in dem ein Rad ins andere greift – auch über Landesgrenzen hinweg“, so Reul weiter.

Nach Angaben des Bundeskriminalamtes sind bei den seit dem Jahr 2010 verhinderten islamistisch motivierten Anschlägen in sieben Fällen die ursprünglich wesentlichen Hinweise aus dem Ausland beim BKA eingegangen. „Ergänzend ist anzumerken, dass die deutschen Nachrichtendienste im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags ebenfalls Hinweise ausländischer Nachrichtendienste entgegennehmen, die in der Folge für die Initiierung entsprechender Ermittlungen und damit die Verhinderung von islamistisch motivierten Anschlägen in Deutschland von besonderer Bedeutung sein können“, so das BKA.

So erhielten etwa die NRW-Sicherheitsbehörden den Hinweis auf Tarik S., einen im Oktober dieses Jahres in Duisburg festgenommen Islamisten, von einem nordafrikanischen Geheimdienst; der Hinweis auf den mutmaßlich geplanten Anschlag in Leverkusen soll aus Österreich gekommen sein. „Wir müssen solche Informationen selber generieren können“, forderte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Auch sei es alarmierend, dass die Hälfte der 18 Anschläge in NRW begangen werden sollte.

Die Anschlagsgefahr bleibt den Sicherheitsbehörden zufolge bestehen. Das BKA sieht insbesondere im Nahost-Konflikt Gefahren für die Sicherheit. „Im Zuge dieses

Konfliktes, aber insbesondere bei einer Lageverschärfung, könnten gerade Einzelpersonen in Deutschland und Europa die Entwicklung für sich als tatauslösende und subjektiv empfundene Ermutigung für einen Anschlag sehen“, heißt es in der derzeitigen BKA-Lageeinschätzung.

„Rheinische Post“ (online) vom 12.12.2023: „Polizei-Experten fordern mehr Befugnisse – das organisierte Verbrechen scheffelt Milliarden in NRW“: https://rp-online.de/nrw/landespolitik/auch-in-nrw-das-organisierte-verbrechen-scheffelt-milliarden_aid-103212441

Düsseldorf · **Fachleute malen ein dramatisches Bild von der Lage in NRW. Bei der Organisierten Kriminalität sei das Dunkelfeld gewaltig, die Schäden seien enorm. Weshalb sie auch um die Demokratie und den sozialen Frieden fürchten.**

Razzia gegen Drogenkriminalität im September in Duisburg.
Foto: dpa/Christoph Reichwein

Von Sina Zehrfeld
Landespolitische Korrespondentin

Es gehe um Waffen- und Menschenhandel, Rauschgift und Auftragsmorde. „Am Ende des Tages wird es unsere Demokratie untergraben, wenn wir keine Zeichen dagegen setzen“, sagte Oliver Huth vom Bund Deutscher Kriminalbeamter in NRW. Nämlich dann, wenn es so weit sei, dass Politiker, Journalisten oder Anwälte auf offener Straße erschossen würden. Ein „Gesetz des Schweigens“ gebe es jetzt schon, warnte er. Etwa, wenn bei Ermittlungen im Bereich der Clankriminalität niemand mit der Polizei reden wolle – Täter nicht, Opfer nicht, nicht einmal Zeugen.

Ein dramatisches Bild zeichneten Experten am Dienstag bei einer Anhörung im Landtag von den Umtrieben der organisierten Kriminalität in Nordrhein-Westfalen – und von Defiziten, die ihrer Meinung nach in der Strafverfolgung herrschen.

Übereinstimmend forderten die Fachleute aus dem Kreis der Ermittler deutlich mehr Rechte zur Überwachung von Telekommunikation, zur Datenspeicherung und vor allem – mit großer Priorität – zum Einzug illegal erworbenen Geldes. Es könne nicht sein, dass der Staat das aus Straftaten erworbene Vermögen wieder zurückgeben müsse, sagte Erich Rettinghaus von der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW spürbar ungehalten: „Ein Staat, der sich wissentlich schwach macht, der wird nicht ernst genommen.“

Allerdings müssten zahlreiche Weichenstellungen durch den Bund getroffen werden, nicht durch die Landesregierung. So unterstützten die Fachleute auch die Einführung einer Obergrenze für Bargeldgeschäfte, um Geldwäsche zu unterbinden oder leichter nachweisen zu können. Zudem müsste sowohl die nationale als auch die internationale Zusammenarbeit bei Ermittlungen dringend verbessert werden. „Gerade was die Nachbarländer von Nordrhein-Westfalen angeht, müssen wir uns stärker zusammentun“, sagte Michael Maatz von der Gewerkschaft der Polizei. Alle Sachverständigen gingen von einem gewaltigen Dunkelfeld aus und von enormen volkswirtschaftlichen Schäden, die dadurch entstehen. Maatz sprach von Milliardengewinnen, die die Täter vermutlich erzielten: „Die Straftaten, die uns in dem Bereich bekannt werden, sind ein Tropfen auf dem heißen Stein.“

Die SPD, die die Expertenanhörung mit einem eigenen Antrag zur Sache veranlasst hatte, fordert vor allem sehr viel mehr Personal in verschiedenen Bereichen von Polizei und Justiz und eine Dunkelfeld-Studie. Ansätze, die die Experten am Dienstag unterstützten.

Unterdessen berichteten das Landeskriminalamt und die Zentralstelle zur Verfolgung organisierter Straftaten in NRW am Dienstag von einem aktuellen Schlag gegen eine mutmaßliche Tätergruppe, bei dem Vermögenswerte in Höhe von etwa 6,3 Millionen Euro sichergestellt wurden. Die Verdächtigen sollen Dokumente wie Arbeitsverträge gefälscht und damit gegen Bezahlung für andere oder sich selbst Bank-Darlehen erschlichen und Geldwäsche betrieben haben. Bei der Durchsuchung von 56 Häusern, Wohnungen, Büros und Geschäftsgebäuden, schwerpunktmäßig in NRW, sicherten die Ermittler am Dienstag „unter anderem mehrere Immobilien, Bargeld, ein Fahrzeug der Marke Rolls-Royce, hochpreisige Uhren und Handtaschen sowie Schmuck“, hieß es.

„Merkur“ (online) vom 13.12.2023 – „Polizei-Experten warnen: Deutschland ist oft machtlos gegen organisierte Kriminalität“: https://www.merkur.de/politik/polizei-deutschland-clankriminalitaet-mafia-landtag-nrw-organisierte-kriminalitaet-zr-92727601.html

Von: Peter Sieben

Die SPD in NRW fragte: Ist der Staat gegen Mafia und Clankriminalität gewappnet? Die Antwort von Experten dazu ist erschütternd. Vor allem in einem Punkt ist die Sorge bei allen groß.

Düsseldorf/Berlin – Die Prognose ist düster: Kriminelle Clans und Mafia-Banden werden die Demokratie unterwandern, wenn der Staat jetzt nicht gegensteuert. Das sagten am Dienstag übereinstimmend Polizeigewerkschafter, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei einer Anhörung im Innenausschuss des NRW-Landtags auf Antrag der SPD-Fraktion. Die wollte wissen: Ist der Staat gewappnet im Kampf gegen organisierte Kriminalität? Die ernüchternde Antwort der geladenen Expertinnen und Experten: nein, der Staat sei oft machtlos.

Clankriminalität und Rockerbanden: „Es gehört zum Programm, Angst und Schrecken zu verbreiten“
„Wir werden ja bisweilen regelrecht überrascht, wenn Rocker auf offener Straße schießen oder Clans im Ruhrgebiet mit Stühlen um sich werfen“, sagte Erich Rettinghaus, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) NRW. Im Juni waren unter anderem in Essen hunderte Menschen aus dem sogenannten Clan-Milieu mit Eisenstangen und Messern aufeinander losgegangen. „Es gehört zum Programm solcher Gruppen, martialisch aufzutreten und Angst und Schrecken zu verbreiten“, so Rettinghaus.

In Deutschland hätten sich kriminelle Clans und mafiöse Strukturen längst etablieren können. “Deshalb sollten wir dringend die Finger von Cannabis-Legalisierung lassen“, so Rettinghaus. „Diesen Bereich wird die organisierte Kriminalität sofort übernehmen. Ein Blick nach Holland reicht, um die Folgen zu sehen: Dort werden Politiker auf der Straße erschossen. Von Schweden will ich gar nicht anfangen.” In den beiden Ländern waren zuletzt Konkurrenzkämpfe zwischen kriminellen Banden eskaliert, in den Niederlanden sprechen Beobachter gar von einem Drogenkrieg.

Nachholbedarf bei der Polizeiausbildung: „Worauf wollen wir warten? Bis der Laden zusammenbricht?“

Der NRW-Chef vom Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) Oliver Huth sagte: „Beim Kampf gegen organisierte Kriminalität muss man in Dekaden denken. Da geht nichts von heute auf morgen.“ Umso wichtiger sei, dass der Staat möglichst bald in die Ausbildung von hoch qualifizierten Ermittlern investiere. „Worauf wollen wir denn warten? Bis der Laden zusammenbricht?“, so Huth. Ähnlich äußerte sich Michael Maatz von der Gewerkschaft der Polizei: „Die Kolleginnen und Kollegen müssen top ausgebildet sein. Da besteht Nachholbedarf.“

BDK-NRW-Chef Oliver Huth und Bundespolizeigewerkschafts-Co-Chef Manuel Ostermann (v.r.) bei einer Anhörung im NRW-Landtag. © Peter Sieben

Polizeiexperten fordert Bargeldobergrenze in Deutschland im Kampf gegen Clankriminalität

Die Polizei-Experten forderten alle eine Bargeldobergrenze, wie es sie etwa in Frankreich oder Italien gibt. Viele illegale Geschäfte seien dann nicht mehr möglich. Außerdem brauche die Polizei mehr Befugnisse bei der Überwachung von Telekommunikation. „Deutschland stellt mit seinem starren Datenschutz immer wieder den Täterschutz vor den Opferschutz“, sagte Manuel Ostermann, Co-Vorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft. Regelmäßig seien die Ermittler auf Tipps aus dem Ausland angewiesen, in denen es weniger strikte Datenschutz-Regeln gebe.

Behörden müssen Clan 77 Immobilien zurückgeben: „Dadurch wirkt der Staat schwach“

Ein anderer Hebel mit Nachbesserungsbedarf ist nach Ansicht der Experten die Abschöpfung illegaler Vermögen. „Es kann nicht sein, dass wir Vermögen kriminellen Banden wieder zurückgeben müssen“, sagte Erich Rettinghaus von der DpolG. Damit spielte er auf einen Fall in Berlin an: Die Behörden hatten dort 77 Immobilien des Remmo-Clans sichergestellt – mussten sie nach einem Urteil jetzt aber wieder zurückgeben. „Dadurch wirkt der Staat schwach und wird nicht ernst genommen“, so Rettinghaus.

Rechtswissenschaftler Arndt Sinn von der Uni Osnabrück. © Peter Sieben

Neben den eher „lauten Clans“ gebe es aber auch „leise organisierte Kriminalität“, sagte die Soziologin Zora Hauser, die an der Universität Oxford zu Mafiastrukturen forscht. „Die italienische Mafia infiltriert die deutsche Gesellschaft und die Wirtschaft. Das müssen wir ernst nehmen“, so Hauser. Deutsche Ermittler hätten aber kaum Möglichkeiten, diese Strukturen aufzudecken, so der Osnabrücker Rechtswissenschaftler Arndt Sinn. „Die Behörden arbeiten mit alten Daten. Es muss eine engere Zusammenarbeit mit der Wissenschaft geben.“

„Rheinische Post“ (online) vom 15.12.2023 – „Betteln im Advent – wie unterscheidet man zwischen Bedürftigen und Kriminellen?“: https://rp-online.de/nrw/panorama/betteln-in-nrw-was-erlaubt-ist-und-wie-man-kriminelle-banden-erkennt_aid-103285097

***Düsseldorf* · Bettler gehören zum Bild einer jeden größeren Stadt in NRW. Besonders in der Weihnachtszeit wollen viele Menschen Gutes tun und Obdachlosen sowie Armen ein wenig Kleingeld geben. Was es dabei zu beachten gibt.**

Vor allem in der Weihnachtszeit sind in Nordrhein-Westfalen viele Bettler unterwegs. (Symbolbild)
Foto: dpa/Boris Roessler

Von Emma Büns

Ob in der Bahn, vor Supermärkten oder Cafés – gerade in der Vorweihnachtszeit bitten an jeder zweiten Straßenecke Obdachlose und verarmte Menschen um Kleingeld. Damit sind sie der sichtbare Beleg von Armut in der Gesellschaft und meist auf Hilfe angewiesen. Doch neben den Bedürftigen gibt es auch Betrüger: Jedes Jahr um diese Zeit kommen Bettelkolonnen aus Osteuropa nach Nordrhein-Westfalen und ziehen durch die Großstädte, um sich etwas dazuzuverdienen. Nicht selten sollen dahinter kriminelle Strukturen stecken. Doch wie kann man sie erkennen und was ist beim Spenden zu beachten, damit das Geld auch wirklich da ankommt, wo es ankommen soll?

Ist Betteln überhaupt erlaubt?

Betteln ist in Deutschland nicht verboten und das sogenannte „stille Betteln“ seit 1974 nicht mehr strafbar. Denn: Es stellt keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit

und Ordnung dar und ist als Gemeingebrauch öffentlichen Verkehrsraums zu verstehen. Das „aggressive Betteln“ hingegen kann als Nötigung eingestuft und geahndet werden. Wenn also falsche Lebensumstände wie eine Behinderung oder eine verlorene Geldbörse vorgetäuscht werden, gelte das als Betrug und man könne eine Strafanzeige stellen, teilt die Caritas mit. Zudem können Kommunen bandenmäßiges oder organisiertes Betteln untersagen. „Wenn man durch das Betteln andere belästigt und aggressiv sowie aufdringlich auftritt, kann dagegen vorgegangen werden“, sagt Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW.

Gibt es in NRW Hinweise auf Bettelkolonnen?

Besonders zur Weihnachtszeit findet man organisierte Bettelbanden aus Osteuropa – oft aus Rumänien – in den großen Städten im Ruhrgebiet und Rheinland. Das sei auch in diesem Jahr wieder der Fall. Die Hintermänner schicken bewusst alte Menschen sowie Menschen mit Behinderungen und Tieren auf die Straße. „Sie werden für Hungerlöhne angeheuert und müssen ihr gesammeltes Geld am Ende des Tages abgeben. Und auch die Tiere leben unter schlimmsten Bedingungen“, erklärt Rettinghaus. Das Mitleid der Passanten werde auf perfide Weise ausgenutzt, nicht selten komme es zu Diebstählen von Wertgegenständen. „Das ist sehr schade. Die Bedürftigen, die auf Hilfe angewiesen sind, fallen so durchs Netz.“

Wie können Passanten kriminelle Banden erkennen?

Das gestaltet sich schwierig: In den meisten Fällen ist auf den ersten Blick nicht zu erkennen, ob jemand wirklich arm oder obdachlos ist. Auch Hinweise auf soziale Not wie Straßenmagazine werden heutzutage von Bettelkolonnen gefälscht und sind kaum vom Original zu unterscheiden. „Wer einen Verdacht hat, kann versuchen, mit der Person ein Gespräch zu führen. Die meisten Bettler aus Osteuropa sprechen kein Deutsch und reagieren abweisend“, sagt Rettinghaus. Das sei aber keine Garantie, weshalb es auch für Ordnungsämter schwer sei, die kriminellen Strukturen zu zerschlagen und nachzuweisen. „Es gibt dann Handlungsspielraum, wenn sich jemand aggressiv und auffällig verhält.“

Sollte man Bettlern trotzdem etwas geben?

Rettinghaus weist darauf hin, dass zwischen bettelnden Obdachlosen und den Angehörigen von Bettelkolonnen unterschieden werden müsse. „Man darf nicht pauschalisieren. Das Betteln auf der Straße nimmt zu – darunter sind auch immer mehr obdachlose Frauen“, sagt er. Es sei also eine intuitive Entscheidung, ob man jemandem guten Gewissens Geld geben kann oder doch ein mulmiges Gefühl hat. Wer sich unsicher sein sollte, könne dennoch etwas Gutes tun und Organisationen und Vereine unterstützen, die sich um Menschen in Not kümmern. Dazu gehören zum Beispiel die Caritas, Diakonien, Suppenküchen und Obdachlosen-Vereine. „Das hilft den armen und obdachlosen Menschen gerade in den Wintermonaten sehr.“

Laut der Düsseldorfer Obdachloseninitiative „fiftyfifty“ ist der Begriff „organisierte Bettelbanden“ veraltet und problematisch. „Die Armut und Wohnungslosenszene hat sich im Laufe der Jahre verändert. Viele verarmte Menschen kommen nach Deutschland, um ihrer Ausweglosigkeit in ihrem Heimatland zu entkommen“, sagt

Johannes Dörrenbächer von „fiftyfifty“. Sie stammen oft aus Rumänien und seien in Familien strukturiert, die sich untereinander unterstützen. „Sie sammeln, verwalten und geben das Geld gemeinsam aus. Das mag für viele wie organisierte Kriminalität aussehen, ist es in den meisten Fällen aber nicht“, sagt Dörrenbächer. Dennoch: Gerade um die Weihnachtszeit reisen mehr Menschen aus Osteuropa nach NRW, nur um von dem Weihnachtsgeschäft zu profitieren. „Das ist ein Problem für uns, da sie sich hier keinen langfristigen Kundenstamm aufbauen möchten und wir sie deshalb schlecht miteinbeziehen können. Das führt auch dazu, dass manche von ihnen Unfug mit unseren Zeitungen anstellen, um Spenden mitzunehmen.“

Neue Westfälische +Artikel

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23736236_Polizei-rechnet-an-Silvester-mit-gezielten-Angriffen-auf-Rettungskraefte-in-NRW.html

Konkrete Hinweise?

Polizei rechnet an Silvester mit gezielten Angriffen auf Rettungskräfte in NRW

Im vergangenen Jahr wurden Polizei und Feuerwehr vielerorts attackiert. Nun passen sie ihre Einsatzkonzepte an – auch mit Blick auf aktuelle Hinweise.

von Lukas Brekenkamp
16.12.2023

Bielefeld. Sicherheitsbehörden warnen vor gezielten Angriffen auf Polizei und Rettungskräfte an Silvester in NRW. Aus Polizeikreisen erfuhr diese Redaktion, dass entsprechende Hinweise bereits vorliegen sollen. Personen deckten sich demnach mit Böllern ein, um Sicherheitskräfte anzugreifen.
Auf diese Art und Weise waren an Silvester 2022 alleine in NRW Dutzende Beamte verletzt worden. „Wir haben im vergangenen Jahr erlebt, dass Rettungskräfte und die Polizei gezielt angegriffen wurden“, berichtet der NRW-Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Erich Rettinghaus. „In diesem Jahr muss die Devise gelten: Hart durchgreifen!“ Leider müsse man von einem ähnlichen Szenario ausgehen – „wenn nicht sogar schlimmer“.

Aufklärungsarbeit intensiviert, mehr Polizisten

Die Polizei im Land bereitet sich deswegen seit Längerem auf den Jahreswechsel vor. So soll nach Informationen dieser Redaktion unter anderem die Zahl der Polizisten im Einsatz erhöht werden. Zudem heißt es aus Polizeikreisen, dass die Aufklärungsarbeit im Vorfeld intensiviert worden sei. Offenbar erhielten die Sicherheitskräfte so auch die ersten Hinweise auf Pläne zu gezielten Attacken. Michael Mertens, NRW-Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), spricht gegenüber dieser Redaktion von einer „neuen Dimensionen“ im Hinblick auf Silvester. „Die Einsätze beginnen teilweise deutlich vor Mitternacht“, sagt er. „Dabei werden die Kolleginnen und Kollegen auch durch einzelne Personen, die durch ihr

Handeln Silvester zerstören, aus Spaß mit Böllern beworfen und mit Raketen abgeschossen.“

Ventil für Frust gegenüber dem Staat?

Auch Mertens warnt vor einer noch brisanteren Situation in diesem Jahr. „Viele Menschen leiden unter sozialen Belastungen oder gar Existenzängsten – sie sind gefrustet vom Staat“, sagt Mertens weiter. „Und diesen Frust kriegen Polizisten als Erstes zu spüren. Denn durch unsere Uniform suggerieren wir sowie Rettungs- und Feuerwehrkräfte eine Zugehörigkeit zu diesem Staat.“ An Silvester biete sich für die Angreifer die Gelegenheit, in größtmöglicher Anonymität diesen Frust abzulassen. „Durch Dunkelheit, Menschenmengen und Feuerwerk sind die Täter am Ende kaum zu ermitteln“, so Mertens.
Laut Polizei sind es vor allem junge Männer, die solche Angriffe auf Rettungskräfte und Polizei begehen. Mertens betont: „Dabei spielt nicht unbedingt die Herkunft eine zentrale Rolle, sondern das soziale Umfeld.

Reul: „Polizei ist vorbereitet“

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sagt gegenüber dieser Redaktion: „Silvester ist für Polizei und Feuerwehr immer herausfordernd. Viele Menschen kommen auf den Straßen zusammen, feiern, trinken Alkohol und böllern.“ Darunter seien auch „Chaoten, die über die Stränge schlagen.“ Reul weiter: „Ausgelassen zu feiern heißt aber nicht, Dinge kaputtzumachen oder Menschen zu verletzen.“
Laut dem NRW-Innenminister sei die Polizei vorbereitet. „Nach den Erfahrungen aus dem letzten Jahr haben wir die Einsatzkonzepte insbesondere in den Großstädten überarbeitet. Und damit tun wir alles dafür, die unschönen Bilder aus dem vergangenen Jahr zu verhindern.“
Reul mahnt, es sei jedoch nicht nur Aufgabe der Polizei, dafür zu sorgen, dass es friedlich bleibe. „Jeder, der Silvester feiert, trägt dazu bei, dass es ein friedlicher Start ins Jahr wird. Ich appelliere besonders an die jungen Menschen, sich nicht mitreißen zu lassen und den Böller in der Hand gegen eine Wunderkerze einzutauschen.“

Rheinische Post RP+ Artikel:

E-Roller und E-Bikes: E-Scooter Unfälle nehmen zu in NRW (rp-online.de): https://rp-online.de/nrw/panorama/e-roller-und-e-bikes-e-scooter-unfaelle-nehmen-zu-in-nrw_aid-103692287

Viele Unfälle mit E-Scootern in NRW -E-Roller-Fahrer verunglücken häufig alkoholisiert

20.12.2023

Düsseldorf · Im ersten Halbjahr hat es in Nordrhein-Westfalen wieder viele schwere Zwischenfälle mit zweirädrigen Elektrofahrzeugen gegeben – insbesondere mit E-Scootern. Oftmals waren die Unfallfahrer alkoholisiert.

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Trotz zahlreicher Warnhinweise und Aufklärungskampagnen verunglücken in Nordrhein-Westfalen weiterhin viele Menschen mit elektrobetriebenen Zweirädern. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums erfassten die Kreispolizeibehörden des Landes im ersten Halbjahr 2023 insgesamt 1166 meldepflichtige Verkehrsunfälle mit sogenannten E-Rollern, davon 1119 mit Personenschaden, zwei Fahrer starben. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatte es nach damaligen vorläufigen Zahlen 608 Unfälle mit E-Rollern gegeben, bei denen Menschen verletzt wurden. Im gesamten Jahr 2022 waren es dann laut NRW-Innenministerium insgesamt 2477 Unfälle, bei denen 2393 Personen verletzt wurden und drei starben.

„Das ist eine alarmierende Entwicklung. Wir stellen im Straßenverkehr ein zunehmend rücksichtsloseres Verhalten fest – und das führt zu vielen schweren Unfällen“, sagte der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, Erich Rettinghaus. „E-Roller-Fahrer sind in der Regel jung und häufig leichtsinnig. Sie unterschätzen die Gefahren“, so Rettinghaus.

Seit fast fünf Jahren gehören die Elektroroller zum Straßenbild in vielen Großstädten. Sie sollen eigentlich eine umweltfreundliche Alternative zum Auto bieten. Doch von Anfang an gab es Ärger, weil die Scooter auf Bürgersteigen und in wichtigen Zufahrten abgestellt wurden – und daran hat sich nicht viel geändert. Vor allem für Menschen mit eingeschränkter Mobilität sind sie eine Stolperfalle. In diesem Jahr gab es sogar einen tödlichen Unfall. In Gelsenkirchen starb im Frühjahr ein Pedelec-Fahrer an seinen schweren Verletzungen nach einer Kollision mit einem E-Roller, der im Dunkeln auf dem Boden lag.

Alkohol und Drogen gehören zu den häufigsten Unfallursachen bei E-Roller-Fahrern. Besonders in den Nachtzeiten in Großstädten kommt es zu den Unglücken, weil vorwiegend jüngere Menschen die Gefährte nutzen und dann oftmals angetrunken sind. Die Verkehrskommissariate gehen davon aus, dass es noch deutlich mehr Unfälle mit E-Rollern gibt, als der Polizei gemeldet werden. Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert daher härtere Strafen für Alkoholsünder. „Wer alkoholisiert mit dem E-Roller fährt, sollte den Führerschein fürs Auto entzogen bekommen. Das tut richtig weh“, sagte Rettinghaus.

Die großen NRW-Städte, die von unachtsam abgestellten E-Rollern besonders betroffen sind, nehmen teils Verwarngelder für solche Verstöße, wie eine Umfrage unserer Redaktion ergab. In Dortmund kostet es 30 Euro, wenn ein abgestellter Scooter andere Verkehrsteilnehmer gefährdet. Auch in Köln, Düsseldorf und Mönchengladbach werden entsprechende Verwarngelder fällig. Zudem haben einige Kommunen Abstellverbotszonen eingerichtet. Viele Unfälle gab es im ersten Halbjahr dieses Jahres auch mit E-Bikes. Laut NRW-Innenministerium wurden 3004 Unfälle registriert, davon 2981 mit Personenschaden, 17 Pedelec-Fahrer kamen ums Leben.

Während die E-Roller-Unfälle ein Phänomen bei überwiegend jungen Fahrern ist, sind Unfälle mit E-Bikes offenbar besonders ein Problem von Senioren. „Die Pedelecs können sehr schnell fahren. Leider verunglücken gerade ältere Menschen damit“, sagte Rettinghaus. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums zählten zu den häufigsten E-Bike-Unfallursachen Alkohol, zu hohe Geschwindigkeit und weitere Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung wie das Nichtbeachten der Vorfahrt. Einen weiteren Grund für die vielen E-Bike-Unfälle sehen Verkehrsexperten in teils schlecht ausgebauten Radwegen.

Wegen der vielen Unfälle wurden bereits mehrfach die Forderungen nach einer Helmpflicht für Radfahrer laut – insbesondere vonseiten der Polizei. Doch bislang setzen die Gesetzgeber auf Vernunft und Freiwilligkeit bei Pedelec-Fahrern.

Axel Fell, NRW-Landesvorsitzender des Allgemeinden Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC), sieht die Entwicklung kritisch: „Pedelecs und S-Pedelecs verschärfen aufgrund anderer Fahreigenschaften und höherer Geschwindigkeiten die Probleme, die wir sowieso schon mit der Radverkehrsinfrastruktur haben.

Rheinische Post RP+ Artikel

Landwirte kündigen weitere Proteste in NRW an (rp-online.de): https://rp-online.de/nrw/landespolitik/landwirte-kuendigen-weitere-proteste-in-nrw-an_aid-103636991

Streit um Agrardiesel: „Wir werden auf die Straße gehen“ – Landwirte kündigen weitere Proteste in NRW an

19.12.2023

Düsseldorf · Der Rheinische Landwirtschaftsverband distanziert sich von den Autobahn-Blockaden der Bauern von Montagabend – und kündigt zugleich weitere Aktionen an. Die dürften auch mit Verkehrsbehinderungen einhergehen.

Von Jörg Isringhaus und Sina Zehrfeld

Nach den Bauernprotesten von Montag kündigen Landwirte in NRW weitere Aktionen an. „Wir werden die Weihnachtstage mit einer Friedenspflicht einhalten. Aber wir behalten uns vor, im neuen Jahr zu den parlamentarischen Beratungen zu den

steuerlichen Entwürfen nicht nur in Berlin, sondern auch in NRW und in den einzelnen Bundesländern zu Protesten aufzurufen“, sagte der Präsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbands, Bernhard Conzen. Davon soll dann auch die Bevölkerung etwas spüren. „Wir werden auf die Straße gehen, und wir werden für Behinderungen sorgen. Was die Gewerkschaft der Lokführer kann, können wir noch besser“, sagte er in Anspielung auf Streiks im öffentlichen Nahverkehr.

Allerdings distanzierte er sich für seinen Verband von den Autobahnblockaden von Montagabend. „Darin war der Rheinische Landwirtschaftsverband nicht involviert“, stellte er klar. „Ich warne vor so etwas.“

Durch die Protestaktionen war es teilweise zu erheblichen Behinderungen gekommen, zum Beispiel auf der A57 von Goch in Richtung Moers. Dort waren laut Polizei mehr als 70 Traktoren nebeneinander hergefahren. Auf der A40 hatten rund 30 bis 40 Bauern mit ihren Traktoren Autofahrer gestört, in Voerde, Hennef und Viersen war es zu ähnlichen Aktionen gekommen. „Das ist natürlich ein schwerer Eingriff in den Verkehr“, sagte ein Sprecher der Kreispolizeibehörde Wesel, „deshalb haben wir von allen Beteiligten die Personalien aufgenommen.“

In Hennef habe die Polizei die Bauernproteste als Spontanversammlung gewertet, erklärte Stefan Birk, Sprecher der Polizei im Rhein-Sieg-Kreis. Dort hatten rund 70 Landwirte mit ihren Traktoren die Auf- und Abfahrt am Ausbauende der A560 blockiert. Weil sich keiner der Demonstranten als Versammlungsleiter zu erkennen gegeben habe, sei Strafanzeige gegen Unbekannt wegen der nicht angezeigten Veranstaltung erstattet worden, so Birk. Personalien seien nicht notiert worden. „Natürlich werden wir prüfen, ob die Versammlung geplant gewesen ist“, sagte Birk, „im Rahmen des gesetzlich Möglichen und Vertretbaren unterstützen wir solche Aktionen aber.“ Grundsätzlich sei der Kontakt zu den Landwirten gut, diese würden sich auch kooperativ zeigen. Man habe die Szene im Blick. Birk: „Ziel ist es, Raum für Proteste zu bieten, ohne die Allgemeinheit zu sehr zu belasten.“

Landwirtschaftsverbands-Präsident Conzen blickte vor diesem Hintergrund auf das Vorgehen der Bauern im Januar. „Die Dinge sollen nicht so eskalieren, dass womöglich Straftaten begangen werden“, sagte er. „Wir werden unsere Veranstaltungen rechtskonform anmelden und durchführen.“ Die Landwirte wehren sich gegen Sparpläne der Bundesregierung. Konkret sollen Steuervergünstigungen auf Agrardiesel und landwirtschaftliche Fahrzeuge entfallen.

Auch Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW, betonte, dass das Versammlungsrecht eingehalten werden müsse. Zudem dürfe es bei Protestaktionen nicht zu Straftaten kommen, die Leib und Leben anderer Menschen gefährden. In den Polizeibehörden sei man aber gut vernetzt mit den Landwirten, um die Proteste entsprechend zu steuern. „Generell habe ich vollstes Verständnis für die Bauern“, sagte Rettinghaus, „und wenig Verständnis für die Entscheidung in Berlin.“ Im Unterschied etwa zu ähnlichen Aktionen der sogenannten Letzten Generation sieht der Gewerkschafter den durch die Traktorfahrten der Landwirte entstandenen wirtschaftlichen Schaden geringer. Dieser Protest sei zudem legitim, weil es für die Bauern keine Alternativen zu den Landmaschinen und dem Agrardiesel gebe. Auch Conzen hält einen Vergleich mit den Straßen-Blockade-Aktionen von Klima-Aktivisten für zu weit hergeholt. Ziel der

Landwirte sei es nicht, Bürger zu behindern, sondern Druck auf die Verantwortlichen der Politik auszuüben.

Die Staatsanwaltschaft Kleve bestätigte unterdessen, dass von der Polizei Verfahren im Hinblick auf mögliche Straftaten und Ordnungswidrigkeiten eingeleitet wurden. Sobald die Verfahren eingehen, würden diese sorgfältig – unter anderem im Hinblick auf den Tatbestand der Nötigung gemäß Paragraph 240 StGB – geprüft, erklärte Staatsanwältin Maria Stölzel. Der Strafrahmen der Nötigung sehe Geldstrafe oder bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe vor. Stölzel: „Eine endgültige Bewertung, ob und gegebenenfalls welche Straftaten verwirklicht worden sind, kann erst nach Abschluss der Ermittlungen erfolgen."

„Radio Neandertal" (online) vom 21.12.2023: „Revision nach Anschlag in Ratingen: „Bedauerlich und belastend": https://www.radioneandertal.de/artikel/revision-nach-anschlag-in-ratingen-bedauerlich-und-belastend-1856329.html

Der Prozess um den Anschlag auf Rettungskräfte in Ratingen-West geht vor den Bundesgerichtshof. Die Verteidigung hat Revision gegen das Urteil eingelegt.

© Radio Neandertal

Der Verteidiger des 57-jährigen Angeklagten hat gestern Revision gegen das Urteil eingelegt. Letzte Woche hat das Landgericht in Düsseldorf den Ratinger wegen fünffachen versuchten Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Außerdem wurde die besondere Schwere der Schuld festgestellt. Der Anwalt wollte eine Verurteilung wegen schwerer Körperverletzung. Bei dem Anschlag im Mai wurden neun Einsatzkräfte teils lebensgefährlich verletzt. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender

der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW bezeichnet die Revision als bedauerlich und belastend für die verletzten Einsatzkräfte.

„Rheinische Post“ (online) vom 21.12.2023: „E-Bikerin nach Zusammenstoß mit E-Scooter schwer verletzt“: https://rp-online.de/nrw/staedte/kevelaer/kevelaer-e-scooter-fahrer-faehrt-e-bike-fahrerin-an_aid-103765613

***Kevelaer* · Einen schweren Unfall gab es am Mittwoch in Kevelaer. Eine 70-jährige E-Bike-Fahrerin war nach einem Zusammenstoß mit einem E-Scooter gestürzt. Solche Vorfälle häufen sich landesweit.**

Immer öfter gibt es Unfälle mit E-Scootern (Symbolfoto).
Foto: dpa/Christoph Soeder

Die Deutsche Polizeigewerkschaft in NRW hat gerade erst Alarm geschlagen. Es werden immer mehr Unfälle mit E-Scootern und E-Bikes registriert. „Das ist eine alarmierende Entwicklung. Wir stellen im Straßenverkehr ein zunehmend rücksichtsloseres Verhalten fest. Das führt zu vielen schweren Unfällen“, hatte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus gesagt.
Wie Recht er mit dieser Warnung hat, zeigte sich gerade in Kevelaer. Hier gab es einen Zusammenstoß zwischen einem E-Scooter-Fahrer und einer Frau auf einem E-Bike. Die Radfahrerin wurde dabei schwer verletzt.
Der Vorfall ereignete sich am Mittwoch an der Egmontstraße. Wie die Polizei berichtet, war ein 33-Jähriger aus Polen dort gegen 9 Uhr mit seinem E-Scooter unterwegs. Er fuhr auf dem Zugangsweg zwischen dem Edeka-Supermarkt und dem Geh- und Radweg auf der Egmontstraße. Dabei übersah er offenbar eine von links kommende 70-jährige Frau aus Kevelaer, die mit ihrem E-Bike auf dem Radweg in Richtung Innenstadt fuhr. E-Scooter und E-Bike stießen zusammen. Die Seniorin stürzte und verletzte sich dabei so schwer, dass sie zur stationären Behandlung ins Krankenhaus gebracht werden musste.

Bei der Unfallaufnahme stellte die Polizei fest, dass der E-Scooter nicht über ein Versicherungskennzeichen verfügte. Die Beamten stellten das Gerät daraufhin sicher. Der Gesetzgeber schreibt vor, dass E-Scooter eine Versicherung benötigen, um am öffentlichen Straßenverkehr teilzunehmen. Fehlt diese oder ist das Versicherungskennzeichen nicht ordnungsgemäß angebracht, kann dies Sanktionen nach sich ziehen, etwa ein Bußgeld. Auf dem Gehweg, in Fußgängerzonen und entgegen der Fahrtrichtung dürfen E-Roller nicht fahren.

Der Vorfall zeigt, welche Gefahren es durch E-Scooter geben kann. Immer wieder gibt es auch Probleme, wenn die Geräte einfach irgendwo abgestellt werden. In Gelsenkirchen gab es im Frühjahr sogar einen tödlichen Unfall. Da war ein E-Bike-Fahrer an seinen schweren Verletzungen gestorben. Er war gestürzt, nachdem er im Dunkeln gegen einen am Boden liegenden E-Scooter gefahren war.

Die Zahl der Unfälle mit E-Rollern ist erheblich angestiegen. Im ersten Halbjahr 2023 gab es bereits 1166 Unfälle. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres waren es 608.

(zel)

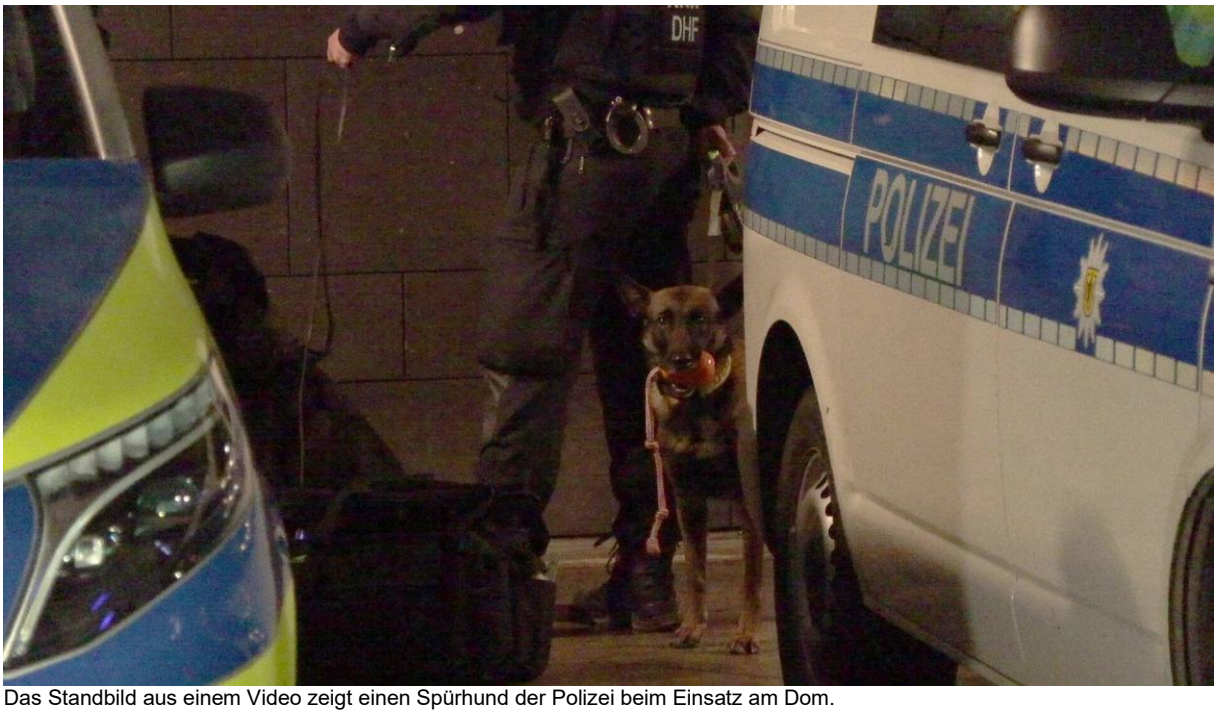
„Rheinische Post“ (online) vom 24.12.2023: „Polizeiaufgebot auf der Domplatte: Hinweise auf geplanten Anschlag auf Kölner Dom – erhöhte Sicherheitskontrollen“: https://rp-online.de/nrw/staedte/koeln/koelner-dom-hinweise-auf-geplanten-anschlag-erhoehte-sicherheitsmassnahmen_aid-103914769

Köln · Bei der Polizei Köln ist ein Gefahrenhinweis eingegangen: Ein Anschlag sei auf den Dom geplant worden – offenbar mit islamistischem Hintergrund. Besucher des Doms müssen in den nächsten Tagen etwas Geduld mitbringen.

Foto: dpa/Roberto Pfeil

Von Christian Schwerdtfeger
Auf den Kölner Dom sollte mutmaßlich ein islamistischer Anschlag verübt werden. „Der Kölner Dom ist ein mögliches ausgespähtes Ziel gewesen. Es lag aber noch nichts Konkretes vor, außer mit Silvester ein möglicher Zeitpunkt für den Anschlag“, wie unsere Redaktion aus Sicherheitskreisen erfuhr. „Der Fall in Köln hängt mit ähnlichen Bestrebungen in Madrid und Wien zusammen. Ob es sich um eine Terrorzelle oder Ähnliches handelt, wissen wir aber noch nicht genau“, so die Kreise weiter.

Demnach hat es in dem Zusammenhang bereits Festnahmen in Österreich und Deutschland gegeben. „In Deutschland gab es im Saarland einen Zugriff einer Person. Man kann auf jeden Fall sagen, dass die Richtigen erwischt worden sind“, so die Sicherheitskreise. „In NRW gab es keine Festnahme“, so die Kreise weiter. „Das ist natürlich wieder sehr erschreckend. Aber der Fall zeigt auch wieder, dass die Sicherheitsbehörden wachsam sind und wieder vor der Lage waren“, so die Kreise weiter.



Das Standbild aus einem Video zeigt einen Spürhund der Polizei beim Einsatz am Dom.
Foto: dpa/Sascha Thelen

Der Mann im Saarland sei den Behörden schon lange als Extremist bekannt, berichtete die ARD. Die Hinweise auf seine mögliche Beteiligung an einer Straftat sind aber vage. Bis Sonntag um Mitternacht müssten die Behörden nun entscheiden, ob sie einen Haftbefehl gegen den Mann beantragen würden. Auch der Generalbundesanwalt sei mit dem Vorgang befasst, sei aber wegen des dünnen Sachverhalts skeptisch, heiße es in Ermittlungskreisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker hat der Polizei „für ihr schnelles und umsichtiges Handeln“ gedankt. „Ich habe vollstes Vertrauen darauf, dass alles unternommen wird, um die Kölnerinnen und Kölner und unseren Dom in den nächsten Tagen zu schützen“, erklärte die Kommunalpolitikerin am Sonntag. Sie bittet zugleich darum, den Hinweisen und Empfehlungen zu folgen und damit die Arbeit der Polizei zu unterstützen.
Die Stadt Köln will nun prüfen, ob mit Blick auf den Jahreswechsel zusätzliche Maßnahmen des Ordnungsdienstes gemeinsam mit der Polizei erforderlich sind. „Wir stehen im engen Austausch um zu prüfen, ob wir seitens der Stadt mit Blick auf unsere Kontrollen rund um die Domplatte an Silvester diese Arbeit ebenfalls unterstützen können“, erklärte Reker. Rund um die Domplatte führt das Ordnungsamt bereits seit Jahren zu Silvester Taschenkontrollen zur Durchsetzung des Böllerverbotes an Schleusen durch, die durch Absperrungen führen. So soll etwa besprochen werden, ob die Polizei hier unterstützen kann.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul hat angesichts der Vorsichtsmaßnahmen der Polizei am Kölner Dom an die Menschen appelliert, nicht aus Angst vor einem Anschlag auf einen Kirchenbesuch zu Weihnachten zu verzichten. „Vorsicht ist das Gebot der Stunde. Wir wissen: die Terrorgefahr ist so hoch wie lange nicht mehr und unsere christlichen Feiertagsrituale sind natürlich auch ein Ziel von islamistischen Terroristen“, sagte der CDU-Politiker am Sonntag der Deutschen Presse-Agentur in Düsseldorf.

„Aber wir sind nicht schutzlos. Unsere Behörden nutzen alle Erkenntnisse, um uns bestmöglich zu schützen. Das zeigen jetzt die Maßnahmen in Köln“, unterstrich Reul und fügte hinzu: „Mein Appell: Gehen Sie in die Kirche, feiern Sie das Weihnachtsfest. Angst ist die Währung von Terroristen. Wir dürfen sie nicht zusätzlich aufwerten.“

Auch das Aachener Domkapitel steht angesichts der angespannten Sicherheitslage im Nachbarbistum in Kontakt mit den Behörden. Eine konkrete Gefahrenlage sieht man offenbar aber nicht. "Wir sind im Austausch mit dem Kölner Dompropst und der Aachener Polizei. Bisher gibt es keine Hinweise, dass die Polizei Maßnahmen wie in Köln einleiten muss", sagte der Aachener Dompropst Rolf-Peter Cremer am Sonntagvormittag unserer Redaktion. Erhöhte Sicherheitsmaßnahmen wie Taschenkontrollen führte der Aachener Dom am Sonntagvormittag nicht durch.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, erklärte: „Glücklicherweise funktioniert das Frühwarnsystem noch. Wieder zeigt sich, dass das Anschlagsrisiko weiterhin hoch und präsent ist. Islamisten haben wieder europaweit christliche Ziele im Visier, um ihren Krieg auch nach Europa zu bringen. Nicht zu vergessen sind die sich unauffällig radikalisierenden Einzeltäter, die bereits im Land sind – von denen ein hohes Anschlagsrisiko ausgeht.“

Und weiter sagte Rettinghaus: „Wir müssen nun dringend unsere Grenzen schützen und die illegale Migration stoppen, ebenso wichtig ist, dass Personen, die unsere Rechtsordnung und Werte nicht akzeptieren, unser Land zügig verlassen müssen. Es ist wirklich eine Sekunde vor 12 Uhr.“

In Köln leitet Kripochef Michael Esser den Einsatz. „Auch wenn sich der Hinweis auf Silvester bezieht, werden wir alles für die Sicherheit der Dombesucher an Heiligabend in die Wege leiten. In Abstimmung mit dem Sicherheitsbeauftragten des Domkapitels wird die Kathedrale nach der Abendmesse mit Spürhunden abgesucht und anschließend verschlossen“, so der Kripochef. Wie am Sonntagmorgen bekannt wurde, ist bei der Durchsuchung aber kein Sprengstoff gefunden worden.

Esser weiter: „Am Sonntag werden alle Besucher vor Betreten des Gotteshauses einer Kontrolle unterzogen.“ Polizei und Domkapitel empfehlen, auf Taschen zu verzichten und frühzeitig zu den Messen zu kommen. „Wir werden an Heiligabend mit verdeckten aber auch mit vielen sichtbaren Kräften am Dom sein“, hieß es aus den Kreisen.

Die Kirche bittet Besucher um Geduld. „Alle Weihnachtsgottesdienste im Kölner Dom finden statt, aber sie werden mit Zugangskontrollen verbunden sein, die leider nötig sind“, erklärte Dompropst Guido Assmann am Sonntagmorgen. „Ich bin überzeugt, wir werden diese Herausforderung in typisch kölscher Gelassenheit und getragen von weihnachtlicher Vorfreude meistern und in gewohnter, festlicher Weise die Geburt des Herrn feiern.“

Assmann dankte der Polizei, den anderen Sicherheitsbehörden, dem Sicherheitskoordinator am Kölner Dom und allen Aufsichtskräften dort für ihren Einsatz. „Ich habe gestern bis spät in die Nacht miterlebt, wie sie alle engagiert und mit hoher Professionalität Hand in Hand arbeiten, um den Dom zu schützen“, so Assmann. „Auch heute und in den Folgetagen zeigt die Polizei Präsenz am Dom.“

In Österreich herrscht erhöhte Alarmbereitschaft. „Da terroristische Akteure in ganz Europa in diesem Zusammenhang zu Angriffen auf christliche Veranstaltungen aufrufen, haben die Sicherheitsbehörden die entsprechenden Schutzmaßnahmen erhöht“, so die Wiener Polizei.

Nach dpa-Informationen könnte es bei der Gruppe möglicherweise einen Bezug zur Terrorgruppe Islamischer Staat Provinz Khorasan (ISPK) geben. Am Abend fuhren Polizeifahrzeuge vor dem Kölner Dom vor, wie dpa-Reporter beobachteten.
(mit dpa/epd/reuters)

„Rheinische Post“ (online) vom 27.12.2023: „Mutmaßlicher Anschlagsplan auf Kölner Dom – in Wesel festgenommener Mann kam aus dem Saarland“: https://rp-online.de/nrw/panorama/plan-anschlag-koelner-dom-wien-madrid-festnahme-wesel_aid-104049691

Wesel · Nach dem mutmaßlichen Anschlagsplan auf den Kölner Dom sind die Sicherheitsbehörden in Alarmbereitschaft. Der in Wesel festgenommene Tadschike war kurz zuvor schon im Saarland in Gewahrsam genommen worden.

Foto: dpa/Roberto Pfeil

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Bei dem an Heiligabend in Wesel im Zusammenhang mit den mutmaßlichen Anschlagsplänen auf den Kölner Dom festgenommenen Mann aus dem zentralasiatischen Tadschikistan (30) handelt es sich um dieselbe Person, die zuvor schon im Saarland wegen desselben Verdachts festgenommen worden ist, wie unsere Redaktion aus Sicherheitskreisen erfuhr.
Demnach sei der als Islamist bekannte Mann nach seiner Ingewahrsnahme im Saarland zunächst von einem Gericht wieder auf freien Fuß gesetzt worden. „Dann ist er nach Wesel gefahren, wo er Bekannte oder Verwandte hat“, hieß es aus Sicherheitskreisen. Dort sei er dann an Heiligabend in einer Wohnung gemeinsam mit vier weiteren Personen festgenommen worden. Während die vier anderen Personen, bei denen es sich mutmaßlich um seine Verwandten handelt, wieder auf freien Fuß kamen, wurde der 30-Jährige zur Gefahrenabwehr in Gewahrsam genommen. Zu ihm lägen staatsschutzrelevante Erkenntnisse vor, so die Polizei.

Das dann zuständige Amtsgericht Oberhausen erließ am ersten Weihnachtstag auf Antrag der Polizei Köln die Anordnung der Ingewahrsnahme bis 7. Januar. Der

Einsatzleiter, Kölns Kripochef Michael Esser, sagte: „Wir schöpfen alle rechtlichen Möglichkeiten aus, um die Menschen, den Dom und die bevorstehenden Silvesterfeierlichkeiten zu schützen.“

Die Sicherheitsbehörden hatten zuvor nach Informationen unserer Redaktion Hinweise auf einen möglichen Anschlagsplan einer islamistischen Gruppe auf den Kölner Dom und eine Kirche in Wien erhalten. Nach Angaben der Kölner Polizei bezogen sich die Hinweise auf Silvester. In Österreich waren bei Ermittlungen gegen ein islamistisches Netzwerk vier Personen festgenommen worden. Gegen drei wurde nach Angaben der Staatsanwaltschaft wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Verbindung mit terroristischen Straftaten ermittelt.

Aufgrund von Hinweisen auf einen geplanten islamistischen Anschlag hat die Polizei die Sicherheitsmaßnahmen am Kölner Dom hochgefahren.
Foto: dpa/Roberto Pfeil

„Es kann nicht sein, dass wir mittlerweile unsere Kirchen von massiven Polizeikräften schützen lassen müssen“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Wir haben den Terror längst ins Land gelassen. Ferngesteuerte Islamisten, die in unserem Land einst angeblich Schutz gesucht haben und alle Annehmlichkeiten und Freiheiten genießen, sind nun potenzielle Attentäter“, kritisierte Rettinghaus. Gegen diese Entwicklung müsse sich der Staat endlich zur Wehr setzen, betonte er.

„Rheinische Post“ (online) vom 28.12.2023: „Silvester 2023: So will die Polizei zum Jahreswechsel in NRW für Sicherheit sorgen“: https://rp-online.de/nrw/panorama/silvesternacht-2023-2024-polizei-so-sichert-sie-nrw-zum-jahreswechsel_aid-104054863

Düsseldorf · Mit massiven Kräften wird die Polizei die Feierlichkeiten zum Jahreswechsel in NRW schützen. Mit welcher Taktik die Polizei Ausschreitungen wie im vergangenen Jahr verhindern möchte. Und welche Rolle Bodycams dabei spielen.

Im vergangenen Jahr gab es in der Silvesternacht teils heftige Attacken auf Rettungskräfte in NRW.
Foto: dpa/David Young

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Kurz vor dem anstehenden Jahreswechsel wächst die Sorge vor neuerlichen Ausschreitungen und Attacken gegen Rettungskräfte in der Silvesternacht. Aus diesem Grund setzt das nordrhein-westfälische Innenministerium auf massive Polizeipräsenz in den Städten. Wie unsere Redaktion aus dem Landesinnenministerium erfuhr, werden landesweit mehr als 6600 Polizisten auf den Straßen für Sicherheit und Ordnung in der Silvesternacht sorgen. „Das sind 500 Einsatzkräfte mehr als im Jahr zuvor“, hieß es aus dem NRW-Innenministerium. Zum Vergleich: In einer normalen Samstagnacht sind in den Kreispolizeibehörden rund 3500 Polizisten im Einsatz.

„Die Bilder der letzten Silvesternacht haben wir alle noch vor Augen. Vor allem junge Männer in Gruppen haben randaliert und Einsatzkräfte mit Feuerwerk angegriffen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). „Dieses Jahr haben wir mit dem Konflikt in Nahost einen zusätzlichen Trigger. Das haben wir zum Anlass genommen, noch mehr Personal für den Jahreswechsel bereit zu stellen“, so Reul weiter.

Info

Verkauf von Feuerwerk startet früher als sonst
Verkaufsstart

Da der letzte Tag des Jahres 2023 auf einen Sonntag fällt, können in diesem Jahr Feuerwerksartikel bereits ab dem 28. Dezember gekauft werden

Warnung Der Bundesverband Pyrotechnik warnt eindringlich vor nicht geprüfter und gefährlicher Pyrotechnik. Der Verband appeliert, nur behördlich geprüfte und zugelassene Feuerwerkskörper der Kategorien F1 und F2 im Fachhandel

Die Polizei werde entschlossen gegen Randalierer und andere gewaltbereite Personen vorgehen. „Wer sich daneben benimmt, für den kann die Silvesternacht auf der Wache enden“, betonte Reul.

Im vergangenen Jahr waren in mehreren NRW-Städten gezielt Böller, Raketen und Steine auf Polizisten und Rettungskräfte geschossen und geworfen worden. Neue kommunale Sicherheitskonzepte, die die Städte mit der Polizei abgestimmt haben, sowie Böllerverbotszonen sollen Szenen wie beim zurückliegenden Jahreswechsel verhindern.

Während in Köln in der kompletten linksrheinischen Innenstadt vom Rhein bis zu den Ringen und in Düsseldorf in der Altstadt Böllern verboten sein wird, verzichten die Ruhrgebietsstädte Duisburg, Dortmund und Essen auf solche Verbote. Begründung: Die Probleme würden sich dann nur in Stadtteile außerhalb des Böllerverbots verlagern.

Zum Schutz der Einsatzkräfte vor Übergriffen und pyrotechnischem Bewurf hat das NRW-Innenministerium per Erlass besonders auf das Thema Eigensicherung hingewiesen. „Dass die Blaulichtfamilie Ziel von Angriffen ist, macht mich immer wieder fassungslos“, sagte Reul. Der Respekt gegenüber den Einsatzkräften würde zunehmend schwinden. Die Polizisten sind in der Silvesternacht aufgefordert, schon früh ihre Bodycams einzuschalten. „Dadurch können Täter nicht nur abgehalten werden, sondern auch Beweise gesichert werden“, so Reul.

Mehr als ein Viertel der 6600 Polizisten kommen aus der Bereitschaftspolizei, die die örtliche Polizei unterstützen wird. Insbesondere an Stellen, an denen voraussichtlich viele Menschen zusammenkommen, wird die Polizei massiv Präsenz zeigen. Zudem werden an Kriminalitätsschwerpunkten mobile Videobeobachtungsgeräte eingesetzt. „Das ist ein kriminalpräventives und einsatztaktisches Instrument für besondere Lagen wie die Silvesternacht“, betonte Reul.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) fürchtet, dass infolge der Terrorangriffe auf Israel hier lebende pro-palästinensische Krawallmacher in der Silvesternacht Pyrotechnik gegen Einsatzkräfte verwenden könnten. In Berlin wurde bereits bei einer Durchsuchung illegales Feuerwerk in großen Mengen sichergestellt, das für die aktionsorientierte palästinensische Szene bestimmt gewesen sein soll – darunter 80.000 Kugelbomben und 30.000 Böller. „Wir befürchten, dass es wieder zu Ausschreitungen kommen wird. Verschärft wird die Situation in diesem Jahr durch

viele junge pro-palästinensische Menschen hier, die unzufrieden sind mit der Lage im Nahen Osten und möglicherweise mit Gewalt darauf aufmerksam machen wollen“, sagte der DPolG-Landeschef Erich Rettinghaus.

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt das NRW-Innenministerium. So sei die Situation in Nahost mit Blick auf Nordrhein-Westfalen in der Lagebewertung mit aufgenommen worden. „Schon jetzt ist die Stimmung aufgeheizt – auch durch den Konflikt in Nahost. Ich hoffe, dass sich das nicht auf die Silvesterfeierlichkeiten überträgt. Denn es werden voraussichtlich wieder viele Menschen auf den Straßen sein – ausgelassen und mit Alkohol. Das kann ein explosives Gemisch sein“, so Reul.

Verschärft wird die Lage in der Silvesternacht durch die aktuell abstrakte Anschlagsgefahr. Nach dem mutmaßlich geplanten Anschlag auf auf den Kölner Dom sind die Sicherheitsbehörden auch in dem Bereich in Alarmbereitschaft.

(csh)